



QUELLEN ZUR GESCHICHTE
DES PARLAMENTARISMUS UND DER
POLITISCHEN PARTEIEN

Dritte Reihe
Die Weimarer Republik

*Im Auftrag der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
herausgegeben von*

Karl Dietrich Bracher und Rudolf Morsey

Band 8

Die Zentrumsfraktion
in der verfassunggebenden
Preußischen Landesversammlung
1919–1921

Sitzungsprotokolle

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Zentrumsfraktion
in der verfassunggebenden
Preußischen Landesversammlung
1919–1921

Sitzungsprotokolle

Bearbeitet von
August Hermann Leugers-Scherzberg
und Wilfried Loth

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen.



Copyright © 1994 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 1994
ISBN 3-7700-5179-3

VORWORT

Die Sitzungsprotokolle des preußischen Zentrums aus der Zeit der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung von 1919–1921 spiegeln das Ringen der politischen Vertreter des Katholizismus um die Gestaltung der neuen Staats- und Verfassungsordnung wider. Dabei führte die Heterogenität in der sozialen Zusammensetzung der Deutschen Zentrumspartei und ihrer Parlamentsfraktionen in Berlin zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen über den Standort des Katholizismus in dem mit Abstand größten Land der Weimarer Republik. Die Spannbreite der politischen Anschauungen unter dem „Zentrumsbanner“ ist ebenso bemerkenswert wie das Streben nach einem Ausgleich der divergierenden Interessen. Das interne Ringen innerhalb der preußischen Zentrumsfraktion führte dazu, daß ihre Arbeit nach außen hin eher als farblos erschien. Was der Öffentlichkeit präsentiert wurde, war bereits das Ergebnis des Kompromisses einer Volkspartei, das oftmals ohne Aufsehen den Anstoß für den anschließenden parlamentarischen Konsens gab.

Anhand der vorliegenden Quellenedition kann nunmehr beispielhaft die Politik des preußischen Zentrums in den Anfangsjahren der instabilen Weimarer Republik nachgezeichnet werden. Die kommentierenden Anmerkungen der Bearbeiter, die in ihrer Einleitung auf eine umfassende Auswertung des Quellenmaterials verzichten, erlauben die gezielte Weiterbeschäftigung mit einzelnen Fragen.

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien dankt den Bearbeitern August Hermann Leugers-Scherzberg und Wilfried Loth sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aller Archive, die diese Edition unterstützt haben; insbesondere dankt sie dem Leiter des Erzdiözesanarchivs Breslau, Jozef Pater, für seine großzügige Hilfestellung bei der Sicherung der Quellengrundlage, die noch zu Zeiten der kommunistischen Diktatur in Polen erfolgte. Ein ausdrücklicher Dank gebührt nicht zuletzt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, ohne deren Unterstützung dieses Projekt nicht zustande gekommen wäre.

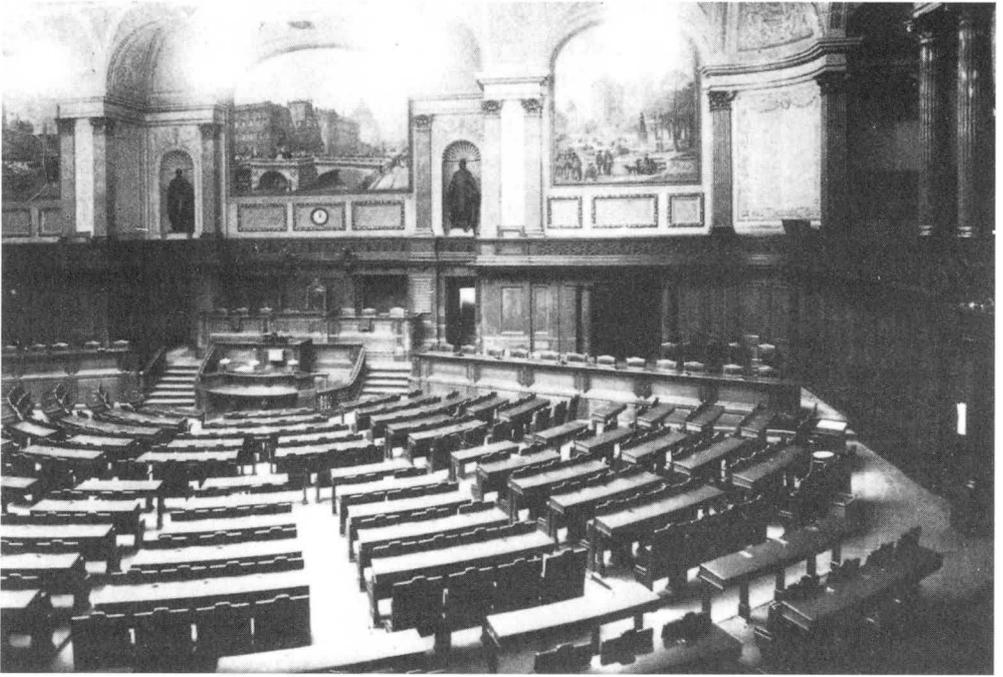
Bonn, im September 1992

Rudolf Morsej



INHALT

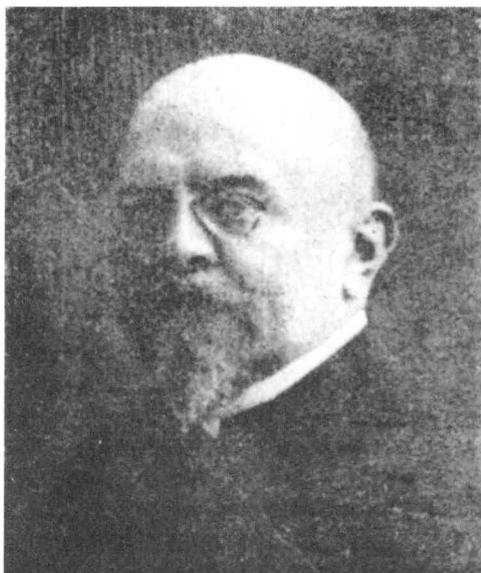
Vorwort	V
Einleitung	
I. Die Bedeutung der Zentrumsprotokolle der preußischen Landesversammlung für die Geschichte des preußischen Parlamentarismus und des politischen Katholizismus	XI
II. Das preußische Zentrum zu Beginn der Weimarer Republik ...	XIV
III. Die Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung	
1. Rekrutierung und Sozialprofil der Fraktion	XIX
2. Die Organisation der Fraktionsarbeit	XXIV
3. Die Stellung der Fraktion in der Gesamtpartei	XXIX
4. Die Stellung der Fraktion zur Regierung	XXXI
Einrichtung der Edition	
A. Zur Edition	
1. Beschreibung der Quellen	XXXII
2. Editionsgrundsätze	XXXIII
B. Verzeichnis der Archivalien	XXXVI
C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXVII
D. Verzeichnis der Abkürzungen	XL
E. Verzeichnis der Dokumente	XLI
Dokumente	1
Anlagen	
1. Mitglieder und Hospitanten der Zentrumsparlei der preußischen Landesversammlung	297
2. Drucksachenregister	304
Register	311



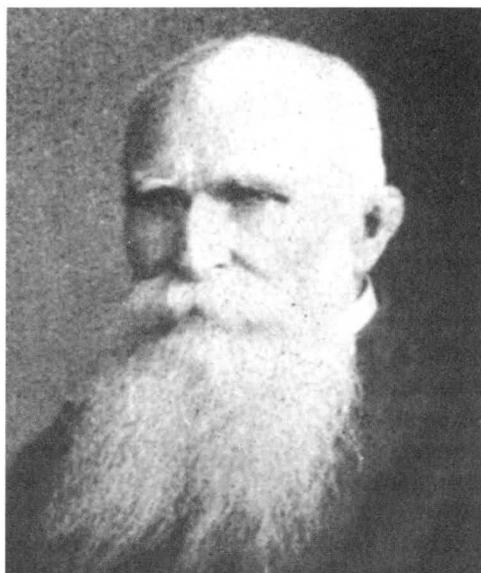
Die Zentrumsfraktion
in der verfassunggebenden
Preußischen Landesversammlung
1919–1921

Einleitung

von
August Hermann Leugers-Scherzberg
und Wilfried Loth



Felix Porsch



Carl Herold



Wilhelm Marx



Johannes Gronowski

Bildnisse der Mitglieder der verfassunggebenden preußischen Nationalversammlung, o. J. (1919)

I. Die Bedeutung der Zentrumsprotokolle der preußischen Landesversammlung für die Geschichte des preußischen Parlamentarismus und des politischen Katholizismus

Im Gegensatz zum Reich blieben in Preußen zwischen 1919 und 1932 die politischen Verhältnisse relativ stabil. Während im Reich die im Februar 1919 geschlossene Weimarer Koalition von SPD, DDP und Zentrum schon bei der Verabschiedung des Versailler Vertrags im Juni 1919 vorübergehend auseinanderbrach und nach den Neuwahlen im Juni 1920 endgültig auseinanderfiel, hat die Weimarer Koalition in Preußen bis zum „Preußenschlag“ 1932 im großen und ganzen Bestand. Sie wird nur 1921 wenige Monate durch das Minderheitskabinettt Stegerwald unterbrochen, von 1921-1925 durch die Hinzuziehung der DVP zur Großen Koalition erweitert. In der zeitgenössischen links- und rechtsradikalen Polemik galt deshalb Preußen, das „System Braun-Severing“, als „Bollwerk“, das als erstes auf dem Weg zur revolutionären Umwälzung niedergerungen werden mußte.

Dem preußischen Zentrum widerfuhr dabei in der Beurteilung ein ähnliches Schicksal wie der gesamten preußischen Politik in der Weimarer Republik. Die preußische Fraktion hatte in der Zeit des Kaiserreichs und in den ersten Jahren der Weimarer Republik im Vergleich zur Reichstagsfraktion stets als die konservativere von beiden gegolten. Gegen Ende der Weimarer Republik kehrte sich dieses Verhältnis jedoch um. Das „Preußenzentrum“ gewann nunmehr in der zeitgenössischen Wahrnehmung an Konturen und spielte die Rolle einer „linken“ Alternative zur Reichstagsfraktion.¹ Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen in Preußen und im Reich zwischen 1918 und 1933 fehlt es nicht an Versuchen, im preußischen Weg zur Demokratie alternative Entwicklungsmöglichkeiten für den Weimarer Parlamentarismus und sogar Wurzeln für die Genese des (funktionsfähigen) Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland zu suchen.² Diese Versuche haben Widerspruch hervorgerufen, weil dabei allzu leicht die unterschiedlichen Akzentsetzungen von Reichspolitik und preußischer Landespolitik, aber auch die gegenseitigen Abhängigkeiten von preußischer und deutscher Politik aus dem Blick geraten. Dabei leiden die Untersuchungen über den preußischen Parlamentarismus darunter, daß sie bisher auf weit verstreutes und ungleichmäßig überliefertes Quellenmaterial zurückgriffen, die reichhaltigen Bestände des ehemaligen Zentralen Staatsarchivs der DDR in Merseburg, insbesondere die Akten des preußischen Landtags, jedoch nicht oder nur zu einem geringen Teil auswerteten bzw. auswerten konnten. Die hier vorgelegten Niederschriften der Fraktionsitzungen des preußischen Zentrums aus der verfassunggebenden Preußischen Landesver-

1 Hömig, Zentrum.

2 Möller, Parlamentarismus; Schulze, Braun; Ehni, Bollwerk; Orlow, Prussia.

sammlung können dieses Manko nicht beseitigen, vermögen aber einige Lücken der Überlieferung für die frühen Jahre von 1919 bis 1921 zu schließen.

Als eine der drei Koalitionsparteien gehörte das Zentrum zu den schöpferischen politischen Kräften bei der Entstehung des Freistaates Preußen. Trotz einer umfassenden und sorgfältigen Studie Herbert Hömigs über das preußische Zentrum in der Weimarer Republik³ kamen aufgrund der ungünstigen Quellenlage die Ergebnisse über die Entwicklung des Zentrums in den ersten Jahren nach der Revolution kaum über das hinaus, was sich aus veröffentlichten Quellen erheben ließ. Insbesondere die Auseinandersetzungen innerhalb der Parlamentsfraktion, die Bedeutung des öffentlichen Diskurses bei der politischen Entscheidungsfindung, das Verhältnis zur Reichstagsfraktion und den Parteiinstanzen auf Reichs-, Landes- und Provinzebene blieben verborgen. Aber auch der Einfluß, den die preußische Zentrumsfraktion bei den Weichenstellungen der preußischen Politik 1919/20 ausübte, blieb nur schemenhaft faßbar.

Zwar wurde in allen Studien über den preußischen Parlamentarismus und die preußische Politik nach 1918 die Bedeutung des Zentrums grundsätzlich anerkannt. Doch bei der Rekonstruktion der Entscheidungsprozesse konnte diese Bedeutung aufgrund fehlender Quellen nur selten berücksichtigt werden. Die Zentrumsfraktion selbst beklagte schon in den internen Debatten, daß die SPD-Minister sich in der Öffentlichkeit darstellten, als seien sie Vertreter einer rein sozialdemokratischen Regierung. Andererseits machte das Zentrum aber auch gern für unpopuläre Entscheidungen den Einfluß des größeren Koalitionspartners geltend. Beides im Zusammenspiel mit der günstigeren Quellenüberlieferung für die preußische SPD führte dazu, daß das Zentrum in den allgemeinen Darstellungen zur preußischen Politik der Weimarer Zeit lediglich eine marginale Rolle spielte.

Die Fraktionsprotokolle des Zentrums der preußischen Landesversammlung bieten aber nicht nur Quellenmaterial für die Erforschung des preußischen Parlamentarismus und der preußischen Politik. Die Geschichte der Deutschen Zentrums-partei im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik wurde zuletzt in den sechziger Jahren durch eine wegweisende Studie Rudolf Morseys umfassend dargestellt. Seitdem konnte das Bild über die Zentrums-partei und den politischen Katholizismus in den frühen Jahren der Weimarer Republik lediglich durch die Edition der Zentrumsprotokolle des Reichstags ab 1920 ergänzt werden.⁴ Darüber hinaus blieben aber zentrale Quellen für die Rekonstruktion der Parteigeschichte in den ersten Jahren nach der Revolution von 1918 lange Zeit nicht zugänglich (Nachlaß Karl Trimborn) oder verschollen. Als verschollen müssen insbesondere die Fraktionsprotolle des Zentrums der Deutschen Nationalversammlung gelten, mit Ausnahme der in dieser Edition vorgelegten Protokolle der gemeinsamen Sitzungen mit der preußischen Fraktion am 9. und 11. Mai 1919.

Aufgrund der Protokolle der Preußenfraktion lassen sich nun Entwicklungen im politischen Katholizismus der Jahre 1919/20 insbesondere in ihren Rückwirkungen auf die Parlamentsarbeit präziser fassen. Die angesichts der heterogenen sozialen

3 Hömig, Zentrum.

4 Morsey/Ruppert, Protokolle der Reichstagsfraktion.

Zusammensetzung der Zentrumsanhängerschaft latenten Spannungen zwischen den verschiedenen innerparteilichen Interessengruppen (Arbeiter, Bauern, Kleriker, Frauen, Beamte und Akademiker, Handwerker und Kleingewerbetreibende sowie Industrielle) durchziehen ebenso wie die regionalen Antagonismen zwischen Rheinländern, Westfalen, Schlesiern, Ermländern und Diasporakatholiken die Fraktionsarbeit des preußischen Zentrums. In den Fraktionsprotokollen werden dabei die stets wechselnden Koalitionen zwischen diesen Parteigruppen deutlich und lassen allgemeine Schlüsse auf den Differenzierungsprozeß innerhalb des politischen Katholizismus zu Beginn der Weimarer Republik zu.

II. Das preußische Zentrum zu Beginn der Weimarer Republik

Der „Linkstrend“ des preußischen Zentrums in der Weimarer Republik war insofern überraschend, als es in der Führung der Partei nach 1918 zu keinem Wechsel kam. Porsch und Herold, die langjährigen Fraktionsvorsitzenden des Zentrums im preußischen Abgeordnetenhaus, blieben bis 1930 Vorsitzende der Fraktion. Joseph Heß, der ab Mitte der zwanziger Jahre zum einflußreichsten Fraktionsmitglied wurde und als Exponent des linken Zentrumsflügels galt, gehörte dem preußischen Abgeordnetenhaus bereits seit 1908 an und hatte sich in dieser Zeit als vehementer Gegner einer Demokratisierung des preußischen Wahlrechts betätigt. Das preußische Zentrum war in den Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg und lange Zeit nach Kriegsbeginn auf eine Zusammenarbeit mit den preußischen Konservativen ausgerichtet. Deutlich wurde dies, als es 1913/14 Abschied von der seit Windthorst Zeiten vorgebrachten Forderung nach Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nahm, während die Reichstagsfraktion unter Erzbergers Einfluß zur gleichen Zeit damit begann, partielle Koalitionen mit der SPD zur Durchsetzung ihrer Forderungen einzugehen.¹ Erst als sich die Auseinandersetzungen mit dem Arbeiterflügel der Partei im Laufe der sozialen Wandlungsprozesse im Ersten Weltkrieg krisenhaft zuspitzten und die weitere Verschleppung der Demokratisierung des preußischen Wahlrechts ausweglos wurde, fand sich die Fraktionsführung 1917/18 zum Einlenken bereit. Die Revolution im November 1918 traf die Fraktionsführung schließlich ebenso unvorbereitet wie die Fraktionsführung im Reichstag.² Jedoch versuchten die drei Vorsitzenden der größten preußischen Provinzialorganisationen des Zentrums, Karl Trimborn im Rheinland, Karl Herold in Westfalen und Felix Porsch in Schlesien, unverzüglich die Partei auf Provinzebene zu stabilisieren. Letztlich blieben alle drei damit erfolgreich, zumal nachdem gegen Jahresende die alte Parteiorganisation auf Reichsebene wieder in Funktion trat.

Organisatorisch bestand in Preußen als Zentralgremium seit 1908 der Landesauschuß der preußischen Zentrumspartei. Dies war jedoch weniger eine Parteiführung als ein Koordinationsgremium der Provinzialorganisationen. Neben der Fraktionsführung waren vor allem die Provinzialorganisationen bis zum Ende des Kaiserreichs die ausschlaggebenden Faktoren innerhalb der Parteiorganisation gewesen. Dabei spielten die rheinische, schlesische und westfälische Zentrumspartei eine dominierende Rolle. Zusammen errangen sie bei den Landtagswahlen 1913 89 der 103 Zentrumsmandate.³ Die Organisation auf Provinzebene war nicht einheit-

1 Leugers-Scherzberg, Porsch, S. 184-186; Loth, Katholiken, S. 209-212.

2 Leugers-Scherzberg, Porsch, S. 216-221.

3 Im einzelnen gewann das Zentrum 1913 im Rheinland 46, in Schlesien 26, in Westfalen 15 Mandate. Die übrigen Mandate verteilten sich auf Hessen-Nassau 5, Ostpreußen 4, Hannover, Hohenzollern und Sachsen je 2 und Westpreußen 1. Vgl. Gerhard A. Ritter, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch*, München 1980, S. 148.

lich und kannte eine Reihe örtlicher Besonderheiten.⁴ Im wesentlichen basierte sie jedoch in allen drei großen Provinzialorganisationen auf den Kreiskomitees, die sich in jedem landrätlichen Kreis gebildet hatten. Diese Komitees wurden in Westfalen und Schlesien sowie in Teilen des Rheinlands von den Wahlmännern des Zentrums zu den preußischen Landtagswahlen gewählt. Lediglich in einigen Teilen des Rheinlands bestanden Zentrumsvereine auf Mitgliederbasis, die die Funktionen der Kreiskomitees ausübten. Damit bildete das preußische Dreiklassenwahlrecht in weiten Teilen das Rückgrat der Zentrumsorganisation in Preußen. Von den Kreiskomitees wurden die Wahlkreiskomitees für die Kandidatenaufstellung bei den Landtags- und Reichstagswahlen gebildet und die Generalversammlung der Provinzpartei beschickt.⁵ In Schlesien und Westfalen wurde von dieser Generalversammlung der Parteivorstand gewählt sowie der Provinzialausschuß, der die laufenden Geschäfte führte. Im Rheinland wurde der Provinzialausschuß zum einen aus den Vorsitzenden der Wahlkreiskomitees und zum anderen aus Vertretern gebildet, die von der Generalversammlung gewählt wurden. Hier wählte der Provinzialausschuß den Parteivorsitzenden, der die laufenden Geschäfte – unterstützt von einem siebenköpfigen Beirat und einem Generalsekretariat – führte.

Die Grundstrukturen dieser Parteiorganisation blieben in den Monaten nach der Revolution erhalten. In Westfalen konnte bereits im Dezember 1918 wieder eine Generalversammlung der westfälischen Zentrumsparlei tagen.⁶ Ansonsten liefen seit Mitte Dezember 1918 die Vorbereitungen für die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung an, bei denen sich offenbar aus den alten Kreiskomitees neue Wahlkreiskomitees bildeten, die die Aufstellung der Wahllisten in den neuen, weitaus größeren Wahlkreisen zu besorgen hatten. Die Umwandlung des preußischen Zentrums in eine moderne Mitgliederpartei begann erst nach den Wahlen zu den verfassungsgebenden Parlamenten. Mit den Wahlen im Januar 1919 wurden die Fraktionen im Reich und in Preußen vorübergehend wieder zu den ausschlaggebenden Entscheidungsfaktoren innerhalb des Zentrums, zumal sie nun die einzigen demokratisch legitimierten Gremien der Partei waren.

In Preußen erhielt das Zentrum bei den Wahlen am 26. Januar 1919 21% der abgegebenen Stimmen und 88 von 401 Mandaten.⁷ Die Wahlen fanden nach demselben

4 Eine Studie zur Parteiorganisation des Zentrums in Preußen fehlt. Grundlage der folgenden Skizze bildeten die undatierten Satzungen und ein Organisationspapier der rheinischen Zentrumsparlei vom März 1905 sowie die Statuten der westfälischen Zentrumsparlei vom 2. Oktober 1906, alles in: NL Herold 21; ferner das Wahlorganisationsstatut für die schlesische Zentrumsparlei vom 10. April 1906, in: Schlesische Volkszeitung Nr. 176 vom 19. April 1906 (Exemplar in: NL Bachem 251a).

5 Diese Generalversammlungen trugen in den Provinzen verschiedene Bezeichnungen, so in Schlesien „Vertrauensmännerversammlung“, in Westfalen „Provinzialkomitee“, später „Provinzialvertretung“ und im Rheinland „Delegiertentag“. Neben den aus den Kreiskomitees entsandten Vertretern gehörten den Generalversammlungen auch geborene Mitglieder wie die Reichs- und Landtagsabgeordneten der Provinz an.

6 Vgl. Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 294 vom 13. Dezember 1918.

7 Vgl. Klöcker, Zentrumsfraktion, S. 19 und 25. Ein weiteres Mandat erhielt die Partei durch die Wahlen in Hohenzollern-Sigmaringen, die erst am 1. Juni 1919 abgehalten wurden.

Wahlrecht wie eine Woche zuvor die Wahlen zur Nationalversammlung statt.⁸ Für Preußen waren es damit nach den jahrzehntelangen erbitterten Kämpfen um die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts die ersten Wahlen nach den Grundsätzen der allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahl. Zudem erhielten wie bei den Wahlen zur Nationalversammlung die Frauen erstmals das aktive und passive Wahlrecht und das Wahlalter wurde auf 20 Jahre gesenkt.

Tabelle 1: Listenverbindungen in den Wahlkreisen

Wahlkreis-Nr. und -Name	Listenverbindung(en)
1. Ostpreußen	DNVP, DVP, Z
2. Westpreußen	SPD, USPD
3. Berlin	DNVP, DVP, Z
4. Potsdam I	DNVP, DVP, Z
5. Potsdam II	DNVP, DVP, Z
6. Frankfurt a. O.	DNVP, [DVP, Z], DDP
7. Pommern	DNVP, DVP, Z
8. Posen	a) DNVP, Z b) DVP, DDP
9. Breslau	–
10. Oppeln	SPD, USPD
11. Liegnitz	DNVP, Z, DDP
12. Magdeburg	DNVP, DVP, Z, DDP
13. Merseburg	[DVP, Z], DDP
14. Schleswig-Holstein	a) DNVP, Z b) DVP, DDP, SH
15. Osnabrück-Aurich	DNVP, DVP, DHann, Z, DDP
16. Hannover-Hildesheim	DNVP, DVP, Z/DHann
17. Münster-Minden	DNVP, DVP, Z, CSP
18. Arnberg	DNVP, Z
19. Hessen-Nassau	DNVP, DVP, Z
20. Köln-Aachen	–
21. Koblenz-Trier	–
22. Düsseldorf-Ost	DNVP/DVP/NVE, Z
23. Düsseldorf-West	DNVP, DVP, Z

Quelle: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 37 vom 13. Februar 1919, 1.

Bemerkungen: [] = Unterverbindung
/ zwischen Parteibezeichnungen weist auf eine vereinigte Liste im Wahlkreis hin
SH = Schleswig-Holsteiner
CSP = Christlich-soziale Partei
NVE = Nationaler Verein Essen

⁸ Vgl. Preußische Gesetzessammlung 1918, Nr. 11720; gedruckt auch bei Klöcker, Zentrumsfraktion, S. 9-11

Das Zentrum verfolgte im Wahlkampf einen prononciert antisozialistischen Kurs. Dies schlug sich bei beiden Wahlen⁹ in der kaum bekannten Strategie der Wahlbündnisse nieder. Die Wahlen fanden aufgrund des Verhältniswahlrechts als Listenwahlen statt. Dabei war die Möglichkeit von Listenverbindungen eingeräumt worden. Das Zentrum machte von dieser Möglichkeit bei beiden Wahlen ausgiebig Gebrauch. Dabei war die Bündnisstrategie in den preußischen Wahlkreisen bei beiden Wahlen nahezu identisch. Kennzeichnend ist, daß das Zentrum bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung in 19 von 23 Wahlkreisen eine Listenverbindung einging und davon in 18 Wahlkreisen unter Beteiligung der DNVP. Lediglich im Wahlkreis 13 (Merseburg) beschränkte es sich auf eine Listenverbindung mit der DDP und DVP (Vgl. Tabelle 1).

Angesichts dieser Tatsache war das Eingehen einer Koalition mit der SPD nach den Wahlen keineswegs selbstverständlich, weder im Reich noch in Preußen. Im Rückblick erschien der Koalitionsabschluß zwar lediglich als Fortführung der Zusammenarbeit mit SPD und DDP, wie er sich im Interfraktionellen Ausschuß des Reichstages vorgeprägt hatte, doch für den Zentrumsanhang war nach dem gegen die SPD gerichteten Wahlkampf der Abschluß der „Weimarer Koalition“ nur schwer nachzuvollziehen. Die Grundentscheidung dazu fiel allerdings im Reich und präjudizierte die Entwicklung in Preußen.

Im folgenden soll noch ein kurzer Überblick über die Entwicklungen und die Hauptaufgaben während der Dauer der preußischen Landesversammlung gegeben werden¹⁰, um den Rahmen abzustecken, in dem die vorliegenden Quellen entstanden.

Die preußische Landesversammlung trat am 13. März 1919 in Berlin zusammen. Die Koalition zwischen SPD, DDP und Zentrum wurde am 25. März 1919 geschlossen. Die SPD stellte vier Minister (Braun, Haenisch, Heine und Südekum) und den Vorsitzenden des Staatsministeriums (Hirsch). Je zwei Minister wurden von der DDP (Fischbeck und Oeser) und vom Zentrum (Stegerwald und am Zehnhoff) entsandt. Das Kriegsministerium wurde bis zu seiner Auflösung am 18. September 1919 von dem parteilosen Fachminister Oberst Walter Reinhardt weitergeführt.

Den Schwerpunkt der politischen Arbeit sollte die Verabschiedung einer neuen Verfassung für das nachrevolutionäre Preußen bilden. Dies konnte aber erst nach der Annahme der Weimarer Reichsverfassung am 11. August 1919 in Angriff genommen werden. Der Verfassungsentwurf wurde der preußischen Landesversammlung am 25. Februar 1920 unterbreitet, die Beratungen begannen nach dem Kapp-Putsch am 26. April 1920. Am 30. November 1920 wurde die Verfassung schließlich mit den Stimmen von SPD, DDP, Zentrum und DVP angenommen. Für das Zentrum bildeten vor allem die Bestrebungen zur Erweiterung der provincialen Selbstverwaltung angesichts der Selbständigkeitsbestrebungen in den Rhein-

⁹ Vgl. das amtliche Endergebnis der Wahlen zur deutschen Nationalversammlung in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 28 vom 3. Februar 1919, 1. Beilage. Zu den Konsequenzen der Listenverbindungen vgl. auch Klöcker, Zentrumsfraktion, S. 35-39.

¹⁰ Im übrigen muß hier auf die Studien von Möller, Parlamentarismus, und Orlow, Prussia, sowie für die Entwicklung des Zentrums auf Hömig, Zentrum, verwiesen werden.

landen und in Oberschlesien ein zentrales Anliegen. Es gelang am 14. Oktober 1919 die Annahme eines Gesetzentwurfs zur Errichtung einer Provinz Oberschlesien.¹¹ Ein Gesetzentwurf zur Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der Provinzialverbände scheiterte hingegen und wurde am 27. Januar 1920 im Ausschuß auf unbestimmte Zeit vertagt.¹² Zu schweren Konflikten zwischen Zentrum und dem Koalitionspartner SPD kam es bei der Schul- und Personalpolitik. Die schulpolitischen Kontroversen entzündeten sich an den Gesetzentwürfen zur Aufhebung der Ortsschulaufsicht und zur Neuordnung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen. Die Auseinandersetzungen wurden in der Öffentlichkeit ausgetragen und führten im Dezember 1919 bis zur Drohung des Zentrums, aus der Regierung auszutreten.¹³ Die personalpolitischen Kontroversen drehten sich vor allem um die Besetzung der Regierungspräsidien im Rheinland und in Westfalen und spitzten sich ebenfalls derart zu, daß zeitweilig erwogen wurde, die Koalition zu verlassen. Einen Einschnitt für die Parlamentsarbeit in Preußen bildete der Kapp-Putsch. Zwar führte er nicht wie im Reich dazu, kurzfristig Neuwahlen auszuschreiben. Statt dessen wurden die Verfassungsberatungen vorangetrieben und gleichzeitig das übrige Gesetzgebungsprogramm reduziert. Der Kapp-Putsch führte in Preußen zu einer Regierungsneubildung unter dem SPD-Politiker Otto Braun. Während die Minister der DDP und des Zentrums im Amt blieben, schieden von der SPD Hirsch, Südekum und der vom Zentrum besonders kritisierte Innenminister Heine aus. Der DDP und dem Zentrum gelang es bei der Regierungsneubildung, Ministerkandidaten des linken Parteiflügels der SPD abzuwehren und die Zahl der SPD-Minister von fünf auf vier zu vermindern. Carl Severing und Hermann Lüdemann traten daraufhin am 29. März 1920 ins neue Kabinett ein.

Für die Zeit nach dem Kapp-Putsch stand zunächst die Besoldungsreform der Beamten im Vordergrund, dann folgten bis zum November 1920 die Verfassungsberatungen. Gegen Ende der Legislaturperiode versuchte das Zentrum zunehmend, im Zusammenspiel mit der DDP die Gesetzgebungsinitsiativen der SPD zu unterlaufen und bis zum Ende der Sitzungsdauer zu verschleppen. Dies betraf vor allem den Grundsteuergesetzentwurf,¹⁴ den Gesetzentwurf über Kahlschläge in Privatwäldungen und den Gesetzentwurf zur Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung der Domänen.¹⁵ Auch der Entwurf des Landwirtschaftskammergesetzes wurde nicht zu Ende beraten, und es kam lediglich zu Änderungsanträgen zum geltenden Gesetz.¹⁶

11 Vgl. Nr. 70.

12 Vgl. Nr. 108.

13 Vgl. Nr. 97.

14 Vgl. Nr. 184.

15 Vgl. Nr. 162.

16 Vgl. ebd.

III. Die Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung

1. Rekrutierung und Sozialprofil der Fraktion

Die Rekrutierung der preußischen Zentrumsfraktion bei den Wahlen zur preußischen Landesversammlung wies im Vergleich zum Kaiserreich signifikante Unterschiede auf. Dabei spielte zunächst die Veränderung des Wahlrechts eine entscheidende Rolle.

Durch die Begrenzung der Wahlen auf die Wahlkreise und das Fehlen einer Landesliste hing die Entscheidung über die Wahl eines Kandidaten von der Platzierung auf der Liste im Wahlkreis ab. Im Vorfeld der Wahlen wurden dadurch die Wahlkreiskomitees zum ausschlaggebenden Faktor für die Entsendung von Kandidaten in die Landesversammlung. Gewählt wurde zwar jeweils nur ein Kandidat; die Stimmen, die auf eine Liste entfielen, wurden jedoch summiert und die Mandate der Reihenfolge der Liste entsprechend verteilt. In den Wahlkreiskomitees kam es daher zu Auseinandersetzungen um die Aufstellung der Listen, und der Ausgang dieser Auseinandersetzungen hing vor allem von den örtlichen Verhältnissen ab. Die (nominelle) Führung der Landespartei, d. h. der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei unter Führung Felix Porschs, hatte auf die Entscheidungen der Wahlkreiskomitees sowenig Einfluß wie die Führungen der Provinzialorganisationen. Dies läßt sich an dem Schicksal der Kandidaturen der Vorsitzenden der drei wichtigsten Provinzialorganisationen in Preußen veranschaulichen.

Allgemein bestand eine Stimmung gegen Doppelmandate in der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung. So erhielt der Vorsitzende des rheinischen Zentrums, Karl Trimborn, zwar im Wahlkreis 20 (Köln-Aachen) den ersten Listenplatz für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung, kein rheinisches Wahlkreiskomitee war hingegen bereit, ihn auch auf die Liste für die Wahlen zur preußischen Landesversammlung zu nehmen.¹ Karl Herold als Vorsitzender des westfälischen Zentrums erhielt im Wahlkreis 17 (Westfalen-Nord) den sicheren 2. Listenplatz für die Wahlen zur Nationalversammlung. Für die Wahlen zur Landesversammlung wurde ihm jedoch ein Listenplatz in diesem Wahlkreis verweigert, und ihm gelang der Einzug ins Landesparlament nur, weil das Wahlkreiskomitee des Wahlkreises 18 (Westfalen-Süd) ihn nachträglich in aussichtsreicher Position auf seine Liste platzierte.² Felix Porsch schließlich als Vorsitzender des schlesischen Zentrums wurde für die Wahlen zur Landesversammlung im Wahlkreis 9 (Breslau) auf Platz 1 gesetzt, bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt er im selben Wahlkreis nur Platz 3, obwohl abzusehen war, daß nur die ersten beiden Plätze aussichtsreich waren. Tatsächlich verfehlte Porsch dann

1 Vgl. Leugers-Scherzberg, Porsch, S. 227 mit Anm. 29.

2 Vgl. ebd., S. 227 mit Anm. 30.

auch den Einzug in die Nationalversammlung.³ Auch wenn damit die Rekrutierung der Zentrumsfraktion 1919 von dezentralisierten Entscheidungen abhing, lassen sich anhand des Ergebnisses doch allgemeine Tendenzen feststellen.

Von den 101 Abgeordneten, die bei der Auflösung des preußischen Abgeordnetenhaus im November 1918 Mitglied der Zentrumsfraktion gewesen waren, wurden lediglich 32 wiedergewählt,⁴ 69 schieden aus.⁵ Die Gründe für dieses Ausscheiden von fast 70% der ehemaligen Landtagsabgeordneten des Zentrums lassen sich im einzelnen nur schwer nachweisen. Gewiß spielte bei manchen die Einstellung zur Parlamentarisierung und Demokratisierung des politischen Systems eine Rolle. So wurden von den 25 Abgeordneten, die am 11. Juni 1918 im preußischen Abgeordnetenhaus in namentlicher Abstimmung gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen votiert hatten, nur zwei Abgeordnete (Peter Müller [Prüm] und Hermann Richtarsky) wiedergewählt. Andererseits gehörte zu diesen 25 Abgeordneten auch Joseph Bitta, der in die Deutsche Nationalversammlung gewählt wurde und im Laufe des Jahres 1919 zum Regierungspräsidenten in Oppeln und zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien avancierte. Letztlich lassen sich daher keine eindeutigen Kennzeichen für oder gegen die Wiederwahl feststellen.

Offenbar hat das veränderte Wahlsystem dazu beigetragen, daß eine große Anzahl von Kandidaten für die Neuwahl nicht mehr berücksichtigt wurde. Hatte es nämlich zuvor 278 Wahlkreise für die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus gegeben, in denen je nach Wahlkreis ein bis drei Abgeordnete jeweils von der Mehrheit der Wahlmänner zu wählen waren, so wurde nunmehr lediglich in 23 Wahlkreisen nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Durch die Einführung der Listenwahl kam es nicht mehr darauf an, einen oder mehrere im lokalen Bereich, auch mit Blick auf andere Parteien, konsensfähige Kandidaten in einem Wahlkreis zu präsentieren, sondern eine mit Blick auf die Wählerklientel ausgewogene Liste. So präsentierte sich schließlich auch die Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung in der Berufsschichtung insgesamt ausgewogener als ihre Vorgängerin. (Vgl. Tabelle 2)

Signifikant war der Rückgang der Landwirte (-14,4%), der höheren Justizbeamten (vor allem der Amtsrichter) (-7,8%) und der Geistlichen (-4,5%). Alle drei Gruppen konnten offensichtlich vor 1918 im Rahmen des alten Wahlrechts ihre Vertreter besser durchsetzen, zumal wenn es sich dabei um Persönlichkeiten handelte, die über die eigenen Parteigrenzen hinweg im örtlichen Bereich profiliert waren. Unter den Bedingungen des neuen Wahlrechts fiel das womöglich ausschlaggebende Kriterium einer ausschließlichen Profilierung auf Orts- und Kreisebene fort. Durch die Vergrößerung der Wahlkreise und die Aufstellung von Listen kam es 1919 zu einer stärkeren Berücksichtigung von Vertretern einflußreicher innerparteilicher Interessengruppen. So wuchs am stärksten die Gruppe der Volks- und

3 Vgl. ebd., S. 227 f.

4 Vgl. Klöcker, Zentrumsfraktion, S. 33

5 Vgl. ebd., S. 56 f. Klöcker kommt jedoch auf die Zahl 71, da er auch Giesberts und Trimborn dazuzählt. Beide waren jedoch mit ihrer Ernennung zu Staatssekretären im Oktober 1918 aus dem Parlament ausgeschieden. Nachwahlen für ihre Mandate fanden nicht mehr statt.

Mittelschullehrer (+9%), die der Gewerkschaftssekretäre (+5,6%), der Leiter von Berufsverbänden (+4,6%) und der mittleren Verwaltungsbeamten (+4,5%). Die ersten drei Gruppen entsandten dabei oftmals führende Vertreter von Organisationen, die dem politischen Katholizismus direkt oder indirekt zuzuordnen waren.

Tabelle 2: Berufsschichtung der Zentrumsabgeordneten 1918 und 1919* – (Angaben in %)

Beruf	1918	1919	Differenz
1. Ministerialdirektoren	2,0	–	– 2,0
2. Sonstige Verwaltungsbeamte in Reich und Staat			
a) höhere	5,0	3,3	– 1,7
b) mittlere	1,0	5,5	+ 4,5
c) untere	–	1,1	+ 1,1
3. Justizbeamte			
a) höhere	21,0	13,2	– 7,8
b) mittlere	1,0	1,1	+ 0,1
4. Kommunal- und Körperschaftsbeamte			
a) höhere	3,0	–	– 3,0
b) mittlere	–	–	–
5. Reichs-, Staats-, Kommunal-, Körperschaftsbeamte a. D.	1,0	–	– 1,0
6. Geistliche			
a) evangelische	–	–	–
b) katholische	10,0	5,5	– 4,5
7. Lehrer in und außer Dienst an			
a) Universitäten, Hochschulen	3,0	4,4	+ 1,4
b) höhere Lehranstalten	1,0	4,4	+ 3,4
c) sonst. Lehranstalten	2,0	11,0	+ 9,0
8. Rechtsanwälte/Notare	8,0	7,7	– 0,3
9. Ärzte	–	–	–
10. Privatbeamte und Angestellte			
a) Leiter von Berufsverbänden	2,0	6,6	+ 4,6
b) im Handel	–	–	–
c) Versicherungswesen	2,0	1,1	– 0,9
d) Industrie	1,0	–	– 1,0
e) Krankenkassen	–	–	–
f) Gewerkschaftssekretäre	1,0	6,6	+ 5,6
g) Arbeitersekretäre	–	3,3	+ 3,3
h) Parteibeamte	1,0	1,1	+ 0,1

* Die Angaben für 1919 nach Klöcker, Zentrumsfraktion, S. 42 f. Entsprechend wurden die Angaben für 1918 von den Bearbeitern erhoben. Vgl. dagegen die Berufsstatistiken für 1919 bei Hömig, Zentrum, S. 312, und Müller, Parlamentarismus, S. 282, die andere Kriterien zugrunde legen.

Die Zentrumsfraktion

Beruf	1918	1919	Differenz
11. Selbst. Kaufleute	1,0	–	– 1,0
12. Selbst. Industrielle	2,0	2,2	+ 0,2
13. Selbst. Kleingewerbetreibende/ Handwerker	1,0	4,4	+ 3,4
14. Landwirte	21,0	6,6	–14,4
15. Arbeiter	1,0	2,2	+ 1,2
16. Schriftsteller/Redakteure	2,0	3,3	+ 1,3
17. Sonst. Berufe	–	–	–
18. Rentner/Berufslose	5,0	3,3	– 1,7
19. Militärs	3,0	–	– 3,0

Bei der Auswahl der Kandidaten für die Wahlen zur preußischen Landesversammlung spielte auch eine Rolle, daß die Wahlvorbereitungen sich mit den Vorbereitungen für die Reichstagswahl überschneiden. Da die Wahlkreise für beide Wahlen identisch waren, ist davon auszugehen, daß die Listen für beide Wahlen in derselben Sitzung des Wahlkreiskomitees aufgestellt wurden. Dabei war es naheliegend, beide Listen miteinander abzugleichen, insbesondere was die Aufstellung der bisherigen Repräsentanten⁶ der Zentrums politik anbelangte. Beispielsweise entsandte der Wahlkreis 20 (Köln-Aachen) in die preußische Landesversammlung von 12 gewählten Zentrumsabgeordneten 10 Parlamentsneulinge. Der Wahlkreis Breslau hingegen hatte unter den vier gewählten Abgeordneten nur einen Neuling und dieser war erst auf den 4. Listenplatz gesetzt. Dieselben Wahlkreise optierten bei der Wahl zur Nationalversammlung entgegengesetzt. Im Wahlkreis Breslau wurden zwei Parlamentsneulinge gewählt, in Köln bestand ein Überhang an Altparlamentariern.⁷ Dennoch spielte das Bedürfnis nach der Präsentation „neuer Köpfe“ bei der Auswahl der Kandidaten offensichtlich eine Rolle. Es ist bezeichnend, daß bei den Wahlen zur Landesversammlung in 11 von 17 Wahlkreisen, in denen das Zentrum Mandate errang, Neulinge die Liste anführten. (Vgl. Tabelle 3)

Kann auf der einen Seite das neue Wahlrecht für einen Großteil der Verschiebungen in der sozialen Zusammensetzung der Fraktion verantwortlich gemacht werden, so zeigen die Rekrutierungsmuster für die Wahl der Neulinge, daß ein Bruch mit der Vergangenheit des politischen Katholizismus keinesfalls vollzogen werden sollte. Die Rekrutierung der Neulinge weist vielmehr auf ein hohes Maß an Kontinuität im Übergang vom Kaiserreich zur Republik hin.

So war es bezeichnend, daß von den 51 Parlamentsneulingen 41 z. T. schon recht lange führende Ämter in Partei oder katholischem Verbandswesen bekleidet hat-

⁶ Hierzu werden im folgenden auch Abgeordnete gezählt, die zwar bis November 1918 nicht Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses gewesen waren, die aber bereits im Kaiserreich einem Landes- oder Reichsparlament angehört hatten. Dies waren: Stegerwald (preußisches Herrenhaus), Koßmann, Kuckhoff, Sauer mann und am Zehn hoff.

⁷ Vgl. dazu das Wahlergebnis in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger Nr. 28 vom 3. Februar 1919, 1. Beilage.

Tabelle 3: Alt- und Neuparlamentarier

Wahlkreis-Nr. und -Name	Alte Abg.	Neue Abg.	Listenplatz der Neuen
1. Ostpreußen	–	2	1, 2
2. Westpreußen	–	2	1, 2
3. Berlin	1	–	–
8. Posen	–	2	1, 2
9. Breslau	3	1	4
10. Oppeln	5	6	1, 3, 5, 7, 9, 11
11. Liegnitz	–	1	1
13. Merseburg	–	1	1
15. Osnabrück-Aurich	–	2	1, 2
16. Hannover-Hildesheim	–	2	1, 2
17. Münster-Minden	6	4	2, 3, 5, 8
18. Arnsberg	4	3	4, 6, 7
19. Hessen-Nassau	3	2	1, 5
20. Köln-Aachen	2	10	1, 2, 4-8, 10-12
21. Koblenz-Trier	6	6	2, 5, 7, 9, 11, 12
22. Düsseldorf-Ost	2	3	1, 4, 5
23. Düsseldorf-West	4	5	3-7

ten. 25 übten Funktionen in der Zentrumspartei aus,⁸ 16 hatten führende Funktionen in Vereinen und Verbänden inne.⁹ Von den restlichen 10 waren 3 Landwirte mit Erfahrung in der Kommunalpolitik (Jakoby-Raffauf, Koepper, Küsters), ein Sohn eines Zentrumspolitikers mit Erfahrungen im Kommunalparlament (Letocha), 2 Universitätsprofessoren (Lauscher und Röhrich), 2 Rechtsanwälte mit Mitgliedschaft in katholischen Studentenverbindungen (Schulte und Wentrup), ein Pfarrer (Niestroj) und der Verkehrskontrolleur Gospos, der sich lediglich durch seine polnische Übersetzertätigkeit auszeichnete. Damit wiesen die neu Hinzukommenden eine ähnliche Struktur in ihrer Zusammensetzung auf wie die aus dem alten Parlament Überkommenen. Denn von den 37 Altparlamentarierern bekleideten 17 Funktionen innerhalb der Partei, 12 waren führend in einem katholischen Verein oder Verband tätig.

Im Mai 1919 traten fünf Abgeordnete der Deutsch-Hannoverschen Partei in die Fraktion als Hospitanten ein.¹⁰ Wortführer dieser Gruppe war von Wangenheim, der sich an den Diskussionen in der Fraktion rege beteiligte. Im ganzen blieb aber die Rolle der Hannoveraner in der Fraktion marginal und konzentrierte sich auf die Vertretung hannoverscher Interessen.

8 Sofern Abgeordnete Funktionen in der Zentrumspartei und in einem Verband innehatten, wurde die Funktion innerhalb des Zentrums stärker gewichtet.

9 Im einzelnen: Arbeitervereine und Gewerkschaften (4), Kath. Lehrerverband (3), KFB (3), Bauernvereine (2) und je 1 aus Volksverein, Caritasverband, Kath. Lehrerinnenverband. Herausstechend: Müller-Neuwied (Dachdeckerverband).

10 Vgl. Nr. 18 und 24.

2. Die Organisation der Fraktionsarbeit

Prägend für die Rolle der (Gesamt-)Fraktion im politischen Entscheidungsprozeß und für das politische Gewicht der Fraktionssitzungen ist das Verhältnis zwischen Fraktionsvorstand und Fraktion. Aufgrund der ältesten erhaltenen Fraktionsprotokolle der preußischen Zentrumsfraktion aus den Jahren 1900 bis 1903¹¹ und ganz im Zuge der schrittweisen Umwandlung bürgerlicher Honoratiorenparteien im Laufe des Kaiserreichs zu stärker plebiszitär orientierten Parteien, ist zunächst von einer überragenden Stellung der Fraktionsvorstände der Zentrumspartei im Kaiserreich für die politische Entscheidungsfindung der Fraktion auszugehen. Noch um die Jahrhundertwende wurden Fraktionssitzungen nur sporadisch abgehalten, während der Vorstand permanent zu Entscheidungen zusammentreten konnte.

Der Fraktionsvorstand wurde nach den Wahlen zur preußischen Landesversammlung in noch größerem Maße als die Fraktion vom Element der Kontinuität geprägt. Zwar ließ sich die Zusammensetzung des Vorstands der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses am Vorabend der Novemberrevolution im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht im einzelnen ermitteln,¹² doch ist es bezeichnend, daß die vier Mitglieder des Fraktionsvorstandes von 1913 (Porsch, Herold, Linz und Marx), die 1919 wiederum in die preußische Landesversammlung gewählt wurden, sofort wieder in den Fraktionsvorstand entsandt wurden. Porsch und Herold wurden erneut, Marx erstmals Vorsitzender der Fraktion. Im einzelnen setzte sich der Fraktionsvorstand zu Beginn der Legislaturperiode wie folgt zusammen: Porsch (1. Vorsitzender), Herold (2. Vorsitzender), Marx (3. Vorsitzender), Gronowski (4. Vorsitzender). Weitere Mitglieder des Vorstands waren Busch, Hager, Heß, Kamp, Linz, Müller (Prüm), Neuber, Schmedding, Schmidt (Conz), Stoffels, Vogelsang, Wildermann.¹³ Dabei ist bemerkenswert, daß Gronowski, Busch, Hager, Heß, Müller (Prüm), Schmedding, Schmidt (Conz), Vogelsang und Wildermann bereits dem preußischen Abgeordnetenhaus bis zur Auflösung im November 1918 angehört hatten. Lediglich Kamp (Vorsitzender des Kath. Lehrerverbands), Neuber (Generalsekretär des Schlesischen Bauernvereins) und Frau Stoffels (Vorstandsmitglied des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen) kamen als Parlamentsneulinge in den Vorstand. Nach dem Ausscheiden von Neuber aus der Landesversammlung wurde der Schlesier Maiß ebenfalls als Parla-

11 In: NL Porsch Ia 25.

12 Zu Beginn der 22. Legislaturperiode 1913 setzte er sich wie folgt zusammen: Porsch (1. Vorsitzender), Herold (1. Stellvertreter), Dittrich (2. Stellvertreter), Trimborn (3. Stellvertreter). Weitere Mitglieder des Vorstands waren Cahensly, Linz, Marx, von Savigny, Graf von Strachwitz, von Strombeck, Wallenborn, Wellstein. Vgl. Tätigkeit der Zentrumsfraktion 1913/14, S.10. Bis zum Ende der Legislaturperiode schieden eine Reihe von Vorstandsmitgliedern aus. Es starben Dittrich (21.2.1915), v. Strombeck (18.8.1915), Wallenborn (16.5.1917) und Wellstein (16.10.1917). Cahensly legte am 4.2.1916 aus Gesundheitsgründen sein Abgeordnetenmandat nieder, Karl Trimborn am 4.11.1918 infolge seiner Ernennung zum Staatssekretär des Innern. Wer für die während der Legislaturperiode ausscheidenden Vorstandsmitglieder neu in den Vorstand gewählt wurde, wurde nicht eruiert. Nach der Revolution schieden aus dem Landesparlament und damit auch aus dem Fraktionsvorstand Karl von Savigny und Alfred Graf von Strachwitz-Bertelsdorf aus.

13 Vgl. Nr. 1 Anm. 1.

mentsneuling in den Vorstand nachgewählt.¹⁴ Welche Aufgaben der Vorstand im einzelnen hatte, läßt sich allerdings nur schwer fassen. Die Fraktionsprotokolle geben darüber nur spärliche Auskünfte. Es ist davon auszugehen, daß die Hauptaufgabe des Vorstands darin bestand, die Tagesordnungen der Fraktionssitzungen festzulegen. Beschließen konnte die Fraktion nur über Angelegenheiten, die zuvor auf die Tagesordnung gesetzt worden waren.¹⁵ Ferner behielt sich der Vorstand vor, einzelne Fragen an sich zu ziehen, um sie eingehender zu beraten,¹⁶ und in Fragen, in denen die Fraktion zu keiner Einigung kam, Entscheidungen zu treffen.¹⁷ Das bedeutete aber nicht, daß durch den Beschluß des Vorstands in jedem Fall der Streit innerhalb der Fraktion geschlichtet werden konnte.¹⁸ Die Fraktion behielt eine überraschend hohe Entscheidungsfreiheit.

Eine Rolle dabei spielte die Häufigkeit der Fraktionssitzungen. In der Regel fand vor jeder Plenumsitzung eine Fraktionssitzung statt. Geleitet wurde diese Sitzung vom ranghöchsten anwesenden Fraktionsvorsitzenden, der zunächst Eingänge mitteilte sowie die Ergebnisse der Ältestenratssitzungen. Auf der Grundlage einer zuvor festgestellten Tagesordnung wurden die einzelnen Tagesordnungspunkte durchgesprochen. Dabei wurden regelmäßig von Fraktionsmitgliedern eingebrachte Anträge verabschiedet und der Ablauf der Plenarsitzungen vorbereitet. Der in der Regel reibungslose Durchgang der Tagesordnung der Plenarsitzungen weist darauf hin, daß das Abstimmungsverhalten der Fraktion und die Bestimmung der Fraktionsredner vermutlich im Vorstand vorbereitet wurde.

Neben diesen stets wiederkehrenden Elementen in den Fraktionssitzungen, die zwangsläufig eher den Charakter eines Pflichtprogramms hatten, kam es aber auch immer wieder zu offenbar unvorbereiteten und dadurch offen geführten Diskussionen, die z. T. zu tiefgreifenden Kontroversen führten. Sie entzündeten sich an tagespolitischen Fragen (Koalitionsbildung, Rheinlandbewegung, Versailler Vertrag, Kapp-Putsch, Listen zur Reichstagswahl 1920) oder an grundsätzlichen Positionsbestimmungen (Landwirtschaftspolitik, Schulpolitik, Beamtenpolitik, Personalpolitik). In diesen Debatten lassen sich keine Vorgaben seitens des Fraktionsvorstandes ausmachen. Sofern aus diesen Debatten die Notwendigkeit entstand, Fraktionserklärungen oder Parlamentsanträge zu formulieren, wurde dies nicht dem Fraktionsvorstand überlassen, sondern es wurden ad hoc Gruppen gebildet, um diese Aufgaben zu übernehmen. Sofern es notwendig war, Verhandlungen mit anderen Parteien oder Institutionen zu führen, wurden Abgesandte der Fraktion ebenfalls ad hoc bestimmt und mit einem Verhandlungsauftrag ausgestattet.

Mit der Besetzung der Parlamentsausschüsse – das hatte eine lange Tradition – wurde ein Mitglied des Fraktionsvorstandes betraut.¹⁹ Über die Ausschußarbeiten wurde in der Regel dann in der Fraktion berichtet, wenn Konflikte aufgetreten wa-

14 Vgl. Nr. 28.

15 Vgl. die Debatte über die Personalpolitik, Nr. 119. Ein Antrag Schmittmanns wurde zurückgewiesen, weil er nicht auf der Tagesordnung gestanden hatte, vgl. Nr. 125.

16 Vgl. Nr. 15 (Lehrerbeiratsstelle im Staatsministerium) und Nr. 136 (Publikationen des Dr. Görres).

17 Vgl. Nr. 113 (Kommissionszusammensetzung).

18 Vgl. dazu den Konflikt um die Kommissionsmitgliedschaft Stegers, Nr. 152.

19 Schmedding, vgl. Nr. 28.

ren oder die Beratung eines Gesetzentwurfs im Ausschuß abgeschlossen worden war. Nachdem offensichtlich Schwierigkeiten bei der Berichterstattung über die Ausschußarbeit aufgetreten waren, wurde am 28. Februar 1920 festgelegt, daß das älteste Mitglied des Ausschusses den Berichtersteller für die Fraktion benennen sollte.²⁰ Für die interne Arbeit hatte die Fraktion Arbeitsgruppen gebildet.²¹ Welche Gruppen im einzelnen bestanden und wie sie zusammengesetzt waren, ist nicht bekannt. In den Protokollen tauchen sie nur am Rande auf. Lediglich die Beamtengruppe unter Führung von Joseph Heß²² und die sog. „Ostgruppe“ der Fraktion unter Führung von Schulte²³ treten als eigenständige Akteure in Erscheinung. Daneben wurden für einzelne Gesetzesvorlagen Spezialkommissionen gebildet.²⁴ Bemerkenswert ist, daß die Anregung Schmittmanns, einen Ausschuß zur Regelung der Personalentscheidungen einzurichten, nicht aufgegriffen wurde. Die Personalfragen regelte offenbar federführend der Obmann der Beamtengruppe Joseph Heß.²⁵ In den Plenardebatten kristallisierten sich die Wortführer der Fraktion heraus. (Vgl. Tabelle 4) Insgesamt nahmen fünf Mitglieder der Fraktion während der Sitzungsdauer der Landesversammlung mehr als 30 Mal im Plenum das Wort. Dazu gehörten die ersten beiden Fraktionsvorsitzenden Porsch und Herold, das Vorstandsmitglied Schmedding und der im Wahlkreis Berlin wiedergewählte Abgeordnete Faßbender. Überraschend allerdings war, daß der Parlamentsneuling Reineke, der nicht einmal dem Fraktionsvorstand angehörte, die höchste Anzahl an Wortbeiträgen aufzuweisen hatte. Reineke, der nach Ausweis der Fraktionsprotokolle auch bei den Fraktionsberatungen zu einem der engagiertesten Fraktionsmitglieder gehörte, war Justitiar des westfälischen Bauernvereins und als Vertreter der westfälischen Landwirtschaft im Wahlkreis 17 (Münster-Minden) an aussichtsreicher Stelle auf der Wahlliste des Zentrums nominiert worden. Er galt als Kompromißkandidat der Landwirtschaft, der im Januar 1919 auch von den Arbeitervertretern des Wahlkreises akzeptiert worden war. Bei der Neuwahl im Februar 1921 wurde er nicht wieder aufgestellt. Seinen Platz als Landwirtschaftsvertreter im Wahlkreis Münster nahm Franz von Papen ein.

Unter den 27 Zentrumsabgeordneten, die 10 Mal und mehr das Wort im Plenum nahmen, befanden sich nichtsdestoweniger lediglich 12 von 51 Parlamentsneulingen, während 15 von 37 der wiedergewählten Abgeordneten darunter zu finden waren. Von den 12 Neulingen, die mehr als 10 Mal das Wort nahmen, waren allein drei Vertreter der Landwirtschaft (Reineke, Jakoby-Raffauf und Kaulen). Dies deutete daraufhin, daß die Landwirtschaft nicht nur zahlenmäßig in der Fraktion nach der Revolution dezimiert worden war, sondern auch ihre alten parlamentarischen Führer entbehren mußte. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur der Aufstieg Reinekés, sondern auch die Bedeutung Jakoby-Raffaufs und Kaulens in der Fraktion zu sehen. Im Vorstand waren alle drei nicht vertreten. Dort galten Herold, Busch und zunächst Neuber (bis zu seinem Ausscheiden) als Vertreter landwirt-

20 Vgl. Nr. 123.

21 Vgl. Nr. 12.

22 Nr. 1, 7, 107.

23 Nr. 30, 33, 45.

24 Vgl. Nr. 19.

25 Vgl. Nr. 18, 22, 74.

Tabelle 4: Zentrumsredner, geordnet nach der Häufigkeit der Wortmeldungen im Plenum
(WB=Wortbeiträge)

WB	Name	alt	neu	ausge- schie- d.	nach- gerückt	Fraktionsvorstand
46	Reineke		x			
45	Porsch	x				1. Vorsitzender
37	Faßbender	x				
35	Schmedding	x				Mitglied
34	Herold	x				2. Vorsitzender
28	Brust	x				
27	Beyer	x				
27	Heß	x				Mitglied
27	Jakoby-Raffauf		x			
23	Rhiel	x				
22	Schüling		x			
22	Schulte		x			
20	Oppenhoff		x			
18	(Brackmann)		x			
17	Müller-Prüm	x				Mitglied
17	Am Zehnhoff (davon 13 als Minister)	x				
16	Esser		x			
16	Gottwald		x			
16	Kloft		x			
15	Blank		x			(Schriftführer)
15	Stegerwald (als Minister)	x				
14	Heßberger		x			
13	Goebel	x				
13	Gronowski	x				4. Vorsitzender
13	Kaulen		x		17.6.19	
13	(Wangenheim)		x			
12	Lauscher		x			
12	Tewes	x				
11	(Biester)		x			
10	Wildermann	x				Mitglied
9	Busch	x				Mitglied
9	Hager	x				Mitglied
9	Sprenger		x			
8	Bergmann		x			
8	Hirtsiefer		x			
8	Stieler		x			

Die Zentrumsfraktion

WB	Name	alt	neu	ausge- schie- d.	nach- gerückt	Fraktionsvorstand
7	Grebe		X			
7	Krug		X			
6	Maiß	X				Mitglied
6	Schmittmann		X			
5	Harsch		X			
5	Herkenrath	X				
5	Kley		X			
5	Lauer		X		7.6.19	
5	Richtarsky	X				
5	Wentrup		X			(Schriftführer)
4	Steger		X			
3	Altegoer		X			
3	Behrendt		X			
3	Dinslage	X				
3	Drinnenberg	X				
3	Merx		X			
3	Rürup		X			
3	Stoffels		X			Mitglied
3	Wronka		X			
2	Dietrich		X			
2	Faltin	X				
2	Kamp		X			Mitglied
2	Koßmann	X		30.7.19		
2	Koepper		X			
2	Linz	X				Mitglied
2	Neumann	X				
2	Schoenkaes	X				
1	Andres		X			
1	Bell	X				
1	Belzer	X			25.6.19	
1	Bensch		X			
1	Eismann		X			
1	Kastert		X	30.5.19		
1	Küsters		X			
1	Loehr		X			
1	Niestroj		X			
1	Sauermann	X				
1	Traumann		X		10.9.20	
1	Vennen		X			
0	Berens		X		18.9.19	
0	Cohaus	X				
0	Dransfeld		X	21.6.19		
0	Elsner	X				

WB	Name	alt	neu	ausge- schie- d.	nach- gerückt	Fraktionsvorstand
0	Feldhuß		X			
0	Geil	X				
0	Giese		X		15.9.20	
0	Gospos		X			
0	Kuckhoff	X		30.5.19		(Schriftführer)
0	Langewand		X			
0	Letocha		X			
0	Marx	X				3. Vorsitzender
0	Maxen		X	10.9.20		
0	Müller-Neuwied	X				
0	Musiol		X			
0	Neuber		X	12.5.19		Mitglied
0	Röhrich		X			
0	Sawatzki		X			
0	Schmidt-Conz	X				Mitglied
0	Schmitt	X				
0	Steegmann		X			
0	Vogelsang	X				
0	Zimmer-Hönigsd.	X			5.6.19	

schaftlicher Interessen. Herold konnte jedoch durch die Vielzahl seiner Funktionen als 2. Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender des westfälischen Zentrums und Mitglied der Nationalversammlung und des Reichstags diese Rolle im Parlament ebensowenig spielen wie Busch, der als parlamentarischer Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium vor allem den Kontakt zwischen Ministerium und Fraktion zu halten hatte und sich nicht im Parlamentsplenum exponieren konnte.

3. Die Stellung der Fraktion in der Gesamtpartei

Auch nach der Revolution hatten sich die Gewichte innerhalb der Zentrumspar-
 tei noch nicht zuungunsten der Parlamentsfraktionen verschoben. Als zentrales Gremium der Partei existierte zwar der Reichsausschuß, der jedoch nach wie vor nur bei Bedarf zusammentrat und eher den Charakter einer Koordinierungsstelle be-
 saß, aber keine eigenständigen Impulse für die Partei- und Fraktionsarbeit gab. Das Zentralgremium der preußischen Zentrumspar-
 tei, der 1908 gegründete Landesaus-
 schuß, trat gar bis zum ersten Parteitag des preußischen Zentrums im De-
 zember 1920 überhaupt nicht in Erscheinung, auch wenn die Gremien nach der
 Revolution zum Teil neu besetzt worden waren.²⁶ Die Aufgaben der Landespar-
 tei nahm faktisch die Fraktion wahr. Bezeichnend war es, daß die Fraktion kein eige-

²⁶ Vgl. Nr. 12 und 37.

nes Sekretariat hatte. Das Büro des Landesausschusses übernahm faktisch die Aufgaben eines Fraktionssekretariats und die Fraktion beteiligte sich an der Finanzierung des Büros.²⁷ Hinsichtlich der Provinzialorganisationen war es bemerkenswert, daß mit Porsch und Herold die beiden Vorsitzenden der schlesischen und der westfälischen Zentrumspartei zugleich Vorsitzende der Fraktion waren. Zwischen der Fraktion und diesen beiden Provinzialorganisationen kam es während der gesamten Tagungsdauer der preußischen Landesversammlung zu keinerlei Spannungen.

Anders verhielt es sich mit der rheinischen Zentrumspartei. Die auch von führenden Vertretern des rheinischen Zentrums unterstützten Versuche zur Bildung einer Rheinischen Republik belasteten das Verhältnis zwischen rheinischem Zentrum und Fraktion bis zum Sommer 1919 und führten auch in der Fraktion immer wieder zu Spannungen. Der Parteitag der rheinischen Zentrumspartei im September 1919 stellte die Auseinandersetzungen auf eine neue Grundlage. Nunmehr wurden innerhalb der Fraktion die Anliegen der Rheinländer durch den Hinweis auf die Beschlüsse des rheinischen Parteitages legitimiert und erhielten dadurch ein außerordentliches Gewicht.²⁸ Dadurch war das rheinische Zentrum als einzige Parteiorganisation in der Lage, die Politik der Fraktion mitzuformen.

Die Bindungen zwischen der preußischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion waren traditionell eng. Dies lag daran, daß Preußen für die Reichspolitik von jeher eine besondere Rolle spielte. Zudem tagten beide Parlamente in Berlin. Als sich nach den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung das Reichsparlament in Weimar konstituierte, wurde der kontinuierliche gegenseitige Informationsfluß erheblich beeinträchtigt, was auch die Doppelmandatare Bell, Dransfeld, Herold, Koßmann, Marx, Maxen und Stegerwald nicht verhindern konnten. Koßmann legte schon im Juli 1919 sein preußisches Mandat nieder. Dransfeld, Marx und Maxen verlegten den Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit in die Nationalversammlung, so daß Dransfeld und Maxen nach der Neuwahl des Reichstags 1920 ihr preußisches Abgeordnetenmandat niederlegten, während Marx sich im Frühjahr 1921 nicht wieder für die Wahlen zum preußischen Landtag aufstellen ließ. Herold als 2. Fraktionsvorsitzender und Mitglied des Vorstands der Reichstagsfraktion war daher der eigentliche Vermittler zwischen beiden Fraktionen. Hinzu kam Bell, der als Reichsminister jedoch eher den Kontakt zum Reichskabinett aufrechterhielt. Stegerwald als preußischer Minister war dagegen zu wenig in die Arbeit beider Fraktion eingebunden, als daß er zwischen den Fraktionen vermitteln konnte.

Zu gemeinsamen Fraktionssitzungen kam es lediglich am 9. und 11. Mai 1919, nachdem der Friedensvertragsentwurf veröffentlicht worden war.²⁹ Die preußische Fraktion regte immer wieder an, in wichtigen Fragen die Reichstagsfraktion zu konsultieren.³⁰ Das Bedürfnis der preußischen Fraktion, umgekehrt ebenfalls von der Reichstagsfraktion konsultiert zu werden, blieb dagegen unerfüllt und führte

27 Vgl. Nr. 46, 71, 96, 178.

28 Vgl. Nr. 83 und 87.

29 Vgl. Nr. 20 und 21.

30 Vgl. Nr. 46, 47, 82, 83, 97, 120.

zur Verärgerung auf preußischer Seite.³¹ Diese Asymmetrie war jedoch strukturell bedingt und stellte einen wesentlichen Unterschied zur Situation im Kaiserreich dar. Bis 1918 war das Amt des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten in der Regel in Personalunion verwaltet worden. Im Kalkül der Parteien – insbesondere des Zentrums – vermischten sich deshalb stets Reichs- und preußische Angelegenheiten. Nach 1918 war die Abhängigkeit der Reichspolitik von der preußischen Politik nicht mehr gegeben. Trotzdem strebte die preußische Fraktion danach, ihre Politik nach wie vor mit der Reichstagsfraktion zu koordinieren und sogar über die Reichstagsfraktion Druck auf die Reichsregierung auszuüben, um bei der preußischen Regierung im Sinne preußischer Zentrumsforderungen zu intervenieren.³²

4. Die Stellung der Fraktion zur Regierung

Das Verhältnis der Fraktion zur Regierung war, wie die Untersuchung von Hömig bereits belegt hat, vor allem durch die Frontstellung zu den sozialdemokratischen Kultus- und Innenministern Haenisch und Heine bestimmt. Nach Heines Ausscheiden infolge des Kapp-Putsches war das Verhältnis zu seinem Nachfolger Severing zwar nicht konfliktfrei, aber merklich entspannter. Die Fraktionsprotokolle belegen die Schärfe der Auseinandersetzungen mit den SPD-Ministern, zeigen aber auch Formen der informellen Konfliktbeseitigung und Kooperation. Hierbei spielten direkte Kontakte mit dem Ministerpräsidenten eine wichtige Rolle.³³ Entscheidender aber war die Vermittlungsfunktion der parlamentarischen Staatssekretäre Busch, Wildermann und Linz im Landwirtschafts-, Kultus- und Innenministerium. Sie brachten nicht nur die Anliegen der Fraktion in den Ministerien, denen sie zugeordnet waren, zur Geltung, sondern nahmen aufgrund ihres Einblicks in die Arbeit der Ministerien zuweilen auch die attackierten SPD-Minister in Schutz.³⁴ Ihrer Vermittlungsarbeit war es in vielen Fällen zu verdanken, daß die latenten Spannungen innerhalb der Regierungskoalition niemals so weit führten, daß es zum endgültigen Bruch kam.

31 Vgl. Nr. 130.

32 Vgl. Nr. 46, 94, 95.

33 Vgl. etwa Nr. 26, 28, 30.

34 Vgl. Nr. 13, 26, 49, 55, 81, 101.

Einrichtung der Edition

A. Zur Edition

1. Beschreibung der Quellen

Die Fraktionsprotokolle des Zentrums der preußischen Landesversammlung sind in chronologischer Folge in zwei Schnellheftern im Nachlaß Porsch überliefert. Faszikel Ia 26 enthält die Mitschriften des Jahres 1919, Faszikel IV 14 die der Jahre 1920/21. Es handelt sich dabei um die handschriftlichen Originale. Die Protokollanten benutzten für ihre Mitschriften Einzelblätter, die gerade zur Hand waren, zumeist Kopfbögen des preußischen Parlaments. Zunächst wurden noch die Briefbögen des alten Abgeordnetenhauses verwandt, später die der preußischen Landesversammlung. Die Mitschriften wurden während der Verhandlungen angefertigt. In der Regel besorgten dies die Schriftführer der Fraktion, Christian Blank und Josef Kuckhoff. Am 30. Mai 1919 wurde Oskar Wenstrup mit der Stellvertretung Kuckhoffs beauftragt¹, nach dessen Mandatsniederlegung sein Nachfolger.

Die Protokolle wurden stets als Niederschriften oder Protokolle der Zentrumsfraktion überschrieben und bis auf eine Ausnahme datiert. Die undatierte Fraktionsniederschrift vom 14. Dezember 1920 ist im Quellenbestand zu Beginn des Jahres 1920 eingeordnet. Das Protokoll vom 8. Juli 1920 wurde irrtümlich auf den 8. Juni 1920 datiert und zwischen den Niederschriften vom 7. Mai und 23. Juni 1920 eingeordnet. Beginn und Schluß der Fraktionssitzungen wurden nur unregelmäßig angegeben, ebenso wurden die Protokolle nicht regelmäßig vom Protokollanten unterzeichnet.

Mit Ausnahme der Protokolle vom 9. und 11. Mai 1919, bei denen es sich um Niederschriften gemeinsamer Fraktionssitzungen mit der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung handelt, enthält der Quellenbestand lediglich Protokolle der Fraktionssitzungen des preußischen Zentrums. Weder Tagesordnungen der Sitzungen noch Anwesenheitslisten sind beigeheftet. Ein Antrag Kloft zur Frage der Doppelmandate, der in der Fraktionssitzung vom 7. Mai 1920 angenommen wurde, befindet sich unter den Akten. Er ist undatiert und zu Beginn des Jahres 1920 im Faszikel IV 14 beigeheftet.

Der Quellenbestand dokumentiert nicht vollständig die Fraktionssitzungen der Zentrumspartei. Das früheste Protokoll vom 15. März 1919 trägt den Vermerk, daß es sich um die 3. Fraktionssitzung handelt. Im Protokoll vom 6. Februar 1920 wird Bezug genommen auf die Fraktionssitzung vom Vortag, über die keine Nie-

¹ Vgl. Nr. 28.

derschrift vorliegt. Wenn man vergleicht, von wieviel Sitzungstagen des Plenums keine Niederschrift einer Fraktionssitzung vom gleichen Tage vorliegt, so kommt man auf die Zahl 35. Es handelt sich dabei um den 13., 14., 17., 28. und 29. März 1919, den 4., 19. und 27. November 1919 und den 11. Dezember 1919, ferner den 29. Januar 1920, den 5., 24. und 26. Februar 1920, den 1. und 4. März 1920, den 20. und 23. April 1920, den 6. und 7. Juli 1920, den 28. September 1920, den 19. und 30. Oktober 1920, den 15., 27., 29. und 30. November 1920, den 6., 7., 15., 16., 17. und 18. Dezember 1920 und den 11., 13. und 14. Januar 1921. Das bedeutet aber keinesfalls, daß an diesen Tagen auch tatsächlich Fraktionssitzungen stattgefunden haben. So wurde etwa die Plenardebatte am 6. Juli 1920 in einer Fraktionssitzung am Nachmittag des 5. Juli 1920 vorbereitet. Zwar fand in der Regel vor jeder Plenarsitzung eine Fraktionssitzung statt. In einer Reihe von Sitzungen des Parlaments wurde jedoch lediglich die Tagesordnung der vorhergehenden Sitzung weitergeführt. Es ist deshalb stets in jedem Einzelfall zu prüfen, ob möglicherweise eine Fraktionssitzung stattfand, die hier nicht dokumentiert werden konnte.

Die Existenz der Niederschriften über die Sitzungen der Zentrumsfraktion in der preußischen Landesversammlung war lange Zeit unbekannt. Lediglich von Herbert Gottwald und Günther Wirth wurde 1986 im „Lexikon zur Parteiengeschichte“² eine Äußerung Erzbergers aus der gemeinsamen Fraktionssitzung vom 9. Mai 1919 zitiert, ohne kenntlich zu machen, daß es sich dabei um ein Zitat aus dem Bestand der preußischen Zentrumsprotokolle handelte. Vom Erstbearbeiter wurden die Protokolle im Rahmen einer Biographie des preußischen Zentrumsvorsitzenden Felix Porsch erstmals ausgewertet und nachgewiesen.³

2. Editionsgrundsätze

Die Aufgabe der Quellenbearbeitung bestand zum einen in der Transkription der Handschriften und zum anderen in der Kommentierung der Quellentexte.

Bei der Transkription wurde die Schreibweise in den Quellen der heute üblichen Schreibweise angeglichen. Offensichtliche Schreibfehler und falsche Schreibweisen von Namen sind dabei stillschweigend verbessert, durch Verschreibungen notwendig gewordene Durchstreichungen weggelassen worden. Syntaxfehler, die beim Mitschreiben während der Sitzungen häufiger vorkamen, wurden in Fällen, in denen der Sinn des Satzes offensichtlich war, durch Hinzufügung oder Weglassung von Worten korrigiert. Hinzugefügte Worte sind dabei grundsätzlich in eckige Klammern gesetzt. In Fällen, in denen der Sinn des Satzes nicht eindeutig war, wurde die fehlerhafte Syntax übernommen und durch ein Ausrufungszeichen in eckigen Klammern gekennzeichnet. Stichwortartige Mitschriften blieben in ihrer ursprünglichen Form erhalten.

2 Bd. 4, S. 597 und 631 Anm. 236.

3 Leugers-Scherzberg, Porsch.

Eindeutige Abkürzungen wurden stillschweigend aufgelöst, nicht eindeutige Abkürzungen wurden im Sinne der wahrscheinlichsten Lesart ergänzt und dabei die Ergänzung durch eckige Klammern kenntlich gemacht. Eine Reihe geläufiger Abkürzungen blieben bestehen (Dr., Abg., betr., Prof., etc.). Bei wechselnden Abkürzungsweisen für denselben Begriff wurde die heute übliche Form verwandt. Unleserliche Worte und Auslassungen sind durch drei Punkte in eckigen Klammern gekennzeichnet.

Der Wechsel von Handschriften wird durch die Kopfzeile und den Kommentar aufgeschlüsselt. In der Kopfzeile sind die Handschriften der Protokollanten aufgeführt. Die Handschrift desjenigen Protokollanten, der mit der Niederschrift begann, wird dabei stets als erste genannt. Sprechernamen sind in Kapitalchen gesetzt, Unterstreichungen in Kursiv. Eventuelle Angaben über Beginn und Schluß der Sitzung finden sich in der Kopfzeile und sind im Text weggelassen. Lediglich, wenn der Protokollant diese Angaben als Bestandteil der Niederschrift über die Fraktionssitzung in Form eines Satzes niedergeschrieben hat, wurden sie im Text mitediert. Ob ein Protokoll vom Schriftführer abgezeichnet wurde, ist ebenfalls in der Kopfzeile vermerkt.

Die Tagesordnungspunkte der Plenarsitzungen werden in den Niederschriften zu meist lediglich durch ihre Nummern bezeichnet. Da alle Abgeordneten die gedruckten Tagesordnungen während der Fraktionssitzung vorliegen hatten, war dies die rationellste Art der Protokollführung. Dadurch sind aber die Protokolle für den, dem die Tagesordnungen der Plenarsitzungen nicht vorliegen, in weiten Teilen unleserlich. Eine geschlossene Sammlung der Tagesordnungen konnte nur in den Akten des preußischen Landtags im Geheimen Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz, Abt. Merseburg, nachgewiesen werden. Anhand der Stenographischen Berichte der preußischen Landesversammlung ließen sich die Tagesordnungen nur äußerst mühsam und in manchen Fällen überhaupt nicht rekonstruieren. Erwähnte Tagesordnungspunkte werden daher in der vorliegenden Edition grundsätzlich durch ihren vollständigen Titel ergänzt. Dies beinhaltet auch die Angabe der dazugehörigen Parlamentsdrucksachen, wie sie auf den Tagesordnungen angegeben waren. Gesetzentwürfe, Parlamentsanträge und -anfragen werden mit dem Titel zitiert, unter dem sie im Inhaltsverzeichnis der Drucksachenbände erscheinen. In vielen Fällen ist dort der Inhalt genauer bezeichnet als auf den Tagesordnungen, wo Anträge und Anfragen oftmals nur unter verkürzten Bezeichnungen aufgeführt wurden. Zudem ist nur in den Inhaltsverzeichnissen der Drucksachenbände angegeben, welche Fraktionen den Antrag unterstützten. Sofern Beratungsgegenstände mit einem Tagesordnungspunkt verbunden wurden, ist darauf verzichtet worden, dies anzugeben. Wenn es für die Beratung innerhalb der Fraktion eine Rolle spielte, werden dazu Erläuterungen in den kommentierenden Anmerkungen gegeben. Ansonsten wäre die Lesbarkeit der Quellen unnötig beeinträchtigt worden, da zuweilen mehrere Dutzend Einzelanträge (vor allem bei den Etatberatungen) mit einem Tagesordnungspunkt verbunden waren.

Bei den kommentierenden Anmerkungen ist in erster Linie darauf Wert gelegt worden, lediglich die im Quellentext vorliegenden Sachverhalte, sofern sie aus sich heraus nicht verständlich sind, knapp zu erläutern. In der Regel wird auf eingehendere Erklärungen und längere Quellenzitate verzichtet. Statt dessen wird – soweit

möglich – auf einschlägiges gedrucktes und ungedrucktes Quellenmaterial hingewiesen. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, daß während der Bearbeitungsdauer die Protokolle des preußischen Staatsministeriums im damals noch Zentralen Staatsarchiv der DDR, Abt. Merseburg, zur Sicherungsverfilmung ausgelagert und nicht zugänglich waren.

Der Nachweis der in den Protokollen erwähnten Gesetzentwürfe, Anträge und Anfragen erfolgt in der Regel unter Angabe ihres vollständigen Titels gemäß dem Inhaltsverzeichnis der Parlamentsdrucksachen. Auf die Sitzungsberichte der preußischen Landesversammlung wird durch Angabe der Sitzung und des Datums hingewiesen.

Um die Bearbeitung der Quellen in einem zeitlich vertretbaren Rahmen abzuschließen, wurde darauf verzichtet, unverhältnismäßig viel Zeit für den Nachweis einzelner Sachverhalte aufzuwenden. In diesen Fällen mußte eine Angelegenheit als „nicht nachgewiesen“ bezeichnet werden.

Zur besseren Erschließung der Quellen wird der Edition neben einem Personen-, Orts- und Sachregister noch ein Drucksachenregister beigegeben. Im Drucksachenregister werden die Parlamentsdrucksachen der preußischen Landesversammlung, auf die im Editionstext und in den Anmerkungen Bezug genommen wird, nach ihren Nummern aufgeführt. Dadurch kann leicht ermittelt werden, wo in der vorliegenden Edition die einzelnen Drucksachen behandelt werden.

B. Verzeichnis der Archivalien

Archivalien

Bundesarchiv Koblenz

R 45 III: Deutsche Demokratische Partei

Nachlaß Karl Herold

Historisches Archiv der Stadt Köln

Nachlaß Karl Bachem

Nachlaß Wilhelm Marx

Nachlaß Karl Trimborn

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Abt. Merseburg

Rep. 76: Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung

Rep. 77: Preußisches Ministerium des Innern

Rep. 90a: Preußisches Staatsministerium

Rep. 169: Preußischer Landtag

Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv Münster

Nachlaß Bernhard Würmeling

Archiv für christlich-demokratische Politik, St. Augustin bei Bonn

Nachlaß Adam Stegerwald

Bistumsarchiv Trier

Abt. 105 (Nachlaß Adam Eismann)

Archiwum Archidiecezjalne Wrocław

(Erzdiözesanarchiv Breslau)

Nachlaß Felix Porsch

C. Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. von Karl-Dietrich Erdmann und Wolfgang Mommsen [später: Hans Booms], Boppard 1968 ff.
- Das Kabinett Scheidemann (1919), bearb. von Hagen Schulze, Boppard 1971.
- Das Kabinett Bauer (1919/20), bearb. von Anton Golecki, Boppard 1980
- Das Kabinett Müller I (1920), bearb. von Martin Vogt, Boppard 1971.
- Das Kabinett Fehrenbach (1920/21), bearb. von Peter Wulf, Boppard 1972.
- Die Anfänge der Ära Seeckt. Militär und Innenpolitik, bearb. von Heinz Hürten, Düsseldorf 1979.
- Bachem, Karl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei, zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschlands 1815-1914, 9 Bde., Köln 1927-1932, Reprint Aalen 1968.
- Bericht, Offizieller, des Ersten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei in Berlin vom 19. bis 20. Januar 1920, hrsg. vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Berlin o. J.
- Bericht, Offizieller, des Zweiten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei. Tagung in Berlin vom 15. bis 17. Januar 1922, hrsg. vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, Berlin o. J.
- Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der Rheinischen Zentrumspartei. Abgehalten in Köln vom 15. bis 18. September 1919, Köln o. J.
- Ehni, Hans-Peter: Bollwerk Preußen? Preußen-Regierung, Reich-Länder-Problem und Sozialdemokratie 1928-1932, Bonn 1975.
- Eliasberg, George, Der Ruhrkrieg von 1920, Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin 1962, 21976.
- Erdmann, Karl Dietrich: Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966.
- Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967.
- Falter, Jürgen/Lindenberger, Thomas/Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.
- Germania, Berlin 1919 ff.
- Grünthal, Günther: Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1968.
- Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1922, Berlin 1921.
- Handbuch für den Preußischen Landtag, bearb. von E. Kienast, 1. Wahlperiode, Berlin 1921.
- Hehl, Ulrich von: Wilhelm Marx 1863-1946. Eine politische Biographie, Mainz 1987.

- Hömig, Herbert: Josef Heß (1878-1932), in: Jürgen Aretz/Rudolf Morsey/Anton Rauscher (Hrsg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern, Bd. 3, Mainz 1979, S. 162-175 u. 289 f.
- Hömig, Herbert: Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik, Mainz 1979.
- Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Reihe A: Preußen, hrsg. von Walther Hubatsch, Bd. 1-12, Marburg 1975 ff.
- Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bde. 5-7, Stuttgart 1978-1982.
- Karski, Sigmund, Albert (Wojciech) Korfanty. Eine Biographie, Dülmen 1990.
- Klöcker, Alois (Bearb.): Der erste Preußische Landtag. Ein Handbuch über die preußischen Landtagswahlen und den Landtag, Berlin 1921.
- Klöcker, Alois: Die Zentrumsfraktion in der preußischen Landesversammlung, Berlin 1919.
- Kölnische Volkszeitung, Köln 1919 ff.
- Leugers-Scherzberg, August Hermann: Felix Porsch. Politik für katholische Interessen in Kaiserreich und Republik, Mainz 1990.
- Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), 4 Bde., hrsg. von Dieter Fricke u. a., Leipzig 1983-1986.
- Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.
- Lucas, Erhard: Märzrevolution im Ruhrgebiet. (Bd. 1:) Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand. März-April 1920, Frankfurt a. M 1970.
- Möller, Horst: Parlamentarismus in Preußen 1919-1932, Düsseldorf 1985.
- Morsey, Rudolf/Ruppert, Karsten (Bearb.): Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920-1925, Mainz 1981.
- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966.
- Nachlaß, Der, des Reichskanzlers Wilhelm Marx, bearb. von Hugo Stehkämper, 4 Tle, Köln 1968.
- Orlow, Dietrich: Preußen und der Kapp-Putsch, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 191-236.
- Orlow, Dietrich: Weimar Prussia 1918-1925. The Unlikely Rock of Democracy, Pittsburgh 1986.
- Plate, August: Handbuch der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Berlin 1919.
- Runge, Wolfgang: Politik und Beamtentum im Parteienstaat, Stuttgart 1965.
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1919 ff.
- Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977.
- Sammlung der Drucksachen der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Berlin 1919 ff.
- Schumacher, Martin: Land und Politik. Eine Untersuchung über politische Parteien und agrarische Interessen 1914-1923, Düsseldorf 1978.
- Severing, Carl: Mein Lebensweg, 2 Bde., Köln 1950.

- Sitzungsberichte der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung von 1919-1921, Berlin 1919 ff.
- Traumann, Josef: Organisations-Handbuch für Zentrumswähler. Eine grundlegende Zusammenstellung der wichtigsten Organisations-Bestimmungen der Zentrumspartei, Hildesheim ²1925.
- Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte und Anlagen 1919-1920, Berlin 1920
- Zentrumspolitik in Preußen. Aufklärungsdienst des Landessekretariats der preußischen Zentrumspartei. Gruppe: Zeitfragen, Nr. 1 ff., Berlin 1919 f.

D. Verzeichnis der Abkürzungen

BA	Bundesarchiv
BAT	Bistumsarchiv Trier
begl.	beglaubigt
CPC	Centrums-Parlaments-Correspondenz
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DHann	Deutsch-Hannoversche Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Drucks.	Sammlung der Drucksachen der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung
DVP	Deutsche Volkspartei
gez.	gezeichnet
GStA	Geheimes Staatsarchiv preußischer Kulturbesitz
KV	Kölnische Volkszeitung
NL	Nachlaß
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Staatsanzeiger	Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Staatsanzeiger
Sten. Ber. NV	Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WTB	Wolffsches Telegraphenbüro
Z	Zentrumspartei

E. Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Seite	Lfd. Nr.	Datum	Seite
1	15. 3. 1919	3	45	3. 7. 1919	77
2	18. 3. 1919	4	46	4. 7. 1919	80
3	19. 3. 1919	5	47	8. 7. 1919	81
4	20. 3. 1919	8	48	9. 7. 1919	83
5	21. 3. 1919	9	49	10. 7. 1919	84
6	21. 3. 1919	12	50	11. 7. 1919	87
7	22. 3. 1919	14	51	15. 7. 1919	88
8	24. 3. 1919	15	52	16. 7. 1919	90
9	25. 3. 1919	17	53	17. 7. 1919	92
10	26. 3. 1919	18	54	18. 7. 1919	93
11	27. 3. 1919	20	55	19. 7. 1919	96
12	10. 4. 1919	21	56	18. 9. 1919	97
13	11. 4. 1919	23	57	19. 9. 1919	98
14	12. 4. 1919	24	58	23. 9. 1919	101
15	6. 5. 1919	26	59	24. 9. 1919	102
16	7. 5. 1919	29	60	25. 9. 1919	103
17	8. 5. 1919	30	61	26. 9. 1919	105
18	9. 5. 1919	31	62	30. 9. 1919	106
19	9. 5. 1919	32	63	1. 10. 1919	107
20	9. 5. 1919	33	64	2. 10. 1919	109
21	11. 5. 1919	35	65	3. 10. 1919	109
22	13. 5. 1919	38	66	7. 10. 1919	111
23	22. 5. 1919	39	67	8. 10. 1919	112
24	23. 5. 1919	40	68	9. 10. 1919	113
25	23. 5. 1919	41	69	10. 10. 1919	115
26	27. 5. 1919	41	70	14. 10. 1919	115
27	28. 5. 1919	45	71	15. 10. 1919	117
28	30. 5. 1919	47	72	16. 10. 1919	119
29	31. 5. 1919	49	73	16. 10. 1919	120
30	2. 6. 1919	51	74	17. 10. 1919	121
31	3. 6. 1919	54	75	21. 10. 1919	123
32	4. 6. 1919	56	76	22. 10. 1919	126
33	4. 6. 1919	57	77	23. 10. 1919	128
34	17. 6. 1919	59	78	24. 10. 1919	131
35	18. 6. 1919	61	79	5. 11. 1919	132
36	19. 6. 1919	63	80	6. 11. 1919	132
37	20. 6. 1919	63	81	7. 11. 1919	133
38	20. 6. 1919	66	82	8. 11. 1919	135
39	20. 6. 1919	67	83	10. 11. 1919	136
40	25. 6. 1919	68	84	11. 11. 1919	138
41	26. 6. 1919	71	85	12. 11. 1919	140
42	27. 6. 1919	72	86	13. 11. 1919	141
43	1. 7. 1919	74	87	14. 11. 1919	144
44	2. 7. 1919	76	88	15. 11. 1919	146

Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Seite	Lfd. Nr.	Datum	Seite
89	17. 11. 1919	147	138	22. 4. 1920	217
90	28. 11. 1919	148	139	24. 4. 1920	219
91	1. 12. 1919	150	140	26. 4. 1920	220
92	2. 12. 1919	152	141	27. 4. 1920	221
93	3. 12. 1919	153	142	28. 4. 1920	223
94	4. 12. 1919	154	143	29. 4. 1920	224
95	5. 12. 1919	156	144	5. 5. 1920	224
96	6. 12. 1919	158	145	6. 5. 1920	226
97	9. 12. 1919	159	146	7. 5. 1920	229
98	10. 12. 1919	161	147	23. 6. 1920	230
99	12. 12. 1919	162	148	24. 6. 1920	231
100	12. 12. 1919	163	149	5. 7. 1920	232
101	13. 12. 1919	164	150	5. 7. 1920	233
102	15. 12. 1919	166	151	7. 7. 1920	235
103	16. 12. 1919	167	152	8. 7. 1920	238
104	17. 12. 1919	169	153	15. 9. 1920	239
105	21. 1. 1920	170	154	16. 9. 1920	241
106	23. 1. 1920	171	155	17. 9. 1920	243
107	24. 1. 1920	172	156	18. 9. 1920	246
108	27. 1. 1920	173	157	21. 9. 1920	247
109	28. 1. 1920	174	158	22. 9. 1920	249
110	30. 1. 1920	178	159	23. 9. 1920	251
111	31. 1. 1920	179	160	29. 9. 1920	252
112	2. 2. 1920	180	161	30. 9. 1920	255
113	3. 2. 1920	181	162	1. 10. 1920	256
114	4. 2. 1920	183	163	6. 10. 1920	258
115	6. 2. 1920	185	164	7. 10. 1920	260
116	18. 2. 1920	186	165	20. 10. 1920	262
117	19. 2. 1920	188	166	21. 10. 1920	265
118	20. 2. 1920	189	167	22. 10. 1920	265
119	21. 2. 1920	190	168	27. 10. 1920	267
120	23. 2. 1920	192	169	28. 10. 1920	269
121	25. 2. 1920	194	170	29. 10. 1920	271
122	27. 2. 1920	195	171	4. 11. 1920	272
123	28. 2. 1920	197	172	5. 11. 1920	273
124	2. 3. 1920	198	173	16. 11. 1920	274
125	3. 3. 1920	199	174	23. 11. 1920	276
126	24. 3. 1920	201	175	24. 11. 1920	277
127	24. 3. 1920	202	176	25. 11. 1920	279
128	25. 3. 1920	205	177	26. 11. 1920	281
129	25. 3. 1920	206	178	1. 12. 1920	281
130	26. 3. 1920	208	179	2. 12. 1920	282
131	26. 3. 1920	209	180	3. 12. 1920	284
132	27. 3. 1920	210	181	4. 12. 1920	285
133	27. 3. 1920	211	182	9. 12. 1920	286
134	29. 3. 1920	211	183	10. 12. 1920	287
135	30. 3. 1920	214	184	11. 12. 1920	289
136	31. 3. 1920	214	185	14. 12. 1920	290
137	21. 4. 1920	216	186	12. 1. 1921	292

Die Zentrumsfraktion
in der verfassunggebenden
Preußischen Landesversammlung
1919–1921

Dokumente

Sitzungsprotokolle

1.

15. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Dinslage, gez. Dinslage, begl. Porsch. Beginn 10 Uhr.

3. Sitzung der Fraktion.

Der Vorsitzende [PORSCH] eröffnet um 10 Uhr die Sitzung.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung¹ schlägt er vor, eine freie Kommission zur Vorprüfung der Vorstandswahl einzusetzen. Der Vorschlag wird angenommen.

Vor Übergang zu Punkt 2 liest Abg. HESS die von der Unterkommission gefaßten Beschlüsse über den im Interesse der Beamten etc. zu stellenden Antrag² vor. Die Beschlüsse werden gutgeheißen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung. Abg. Dr. BELL informiert über den bisherigen Verlauf der sogenannten Rheinlandfrage.³ Sodann berichtet Abg. KASTERT. Darauf Abg. SCHMITTMANN.

1 Die Tagesordnung der Fraktion lag nicht vor. Vermutlich handelte es sich um die Wahl des Fraktionsvorstandes. Erst in der Germania Nr. 122 vom 17. März 1919 wurde das Ergebnis der Vorstandswahl gemeldet: Porsch (1. Vorsitzender), Herold (2. Vorsitzender), Marx (3. Vorsitzender), Gronowski (4. Vorsitzender); weitere Mitglieder des Vorstandes: Busch, Hager, Heß, Kamp, Linz, Müller (Neuwied), Neuber, Schmedding, Schmidt (Conz), Stoffels, Vogelsang, Wildermann.

2 Gemeint sind offensichtlich der Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf Neuregelung des Besoldungswesens der Beamten usw. und Sicherstellung ihrer erworbenen Rechte, Drucks. Nr. 32, und der Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf gesetzliche Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Beamten usw., Drucks. Nr. 33.

3 Gemeint sind die Bestrebungen im Rheinland zur Gründung einer „Rheinisch-Westfälischen Republik“ seit November 1918. Zuletzt hatte sich am 10. März 1919 bei einer Versammlung im Kölner Zivilkasino ein „Arbeitsausschuß zur Errichtung einer Westdeutschen Republik“ gebildet, der die sofortige Durchführung einer Volksabstimmung zur Errichtung einer mit dem Deutschen Reich verbundenen Republik, bestehend aus dem Rheinland, Nassau und Rheinhesen sowie der Rheinpfalz, Westfalen und Oldenburg, gefordert hatte. Reichsminister Bell schlug daraufhin in der Kabinettsitzung am 12. März 1919 einen vier Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog vor, der die Initiierung einer Gegenpropaganda, Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung im Rheinland, eine amtliche Erklärung des Reichsministerpräsidenten Scheidemann in der Nationalversammlung und eine ähnliche Erklärung in der preußischen Landesversammlung vorsah. Vgl. Kabinett Scheidemann, S. 37 f. Die Erklärung Scheidemanns wurde am 13. März 1919 in der Nationalversammlung abgegeben und von den Fraktionen einstimmig angenommen. Vgl. Sten. Ber. NV, Bd. 327, S. 776; Schulthess 1919 I, S. 119.

2.

18. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff

Es wurden Anträge vorgelegt vom Abg. Brust bezüglich Sonderzulage an Schwerarbeiter aus den einzuführenden Lebensmitteln¹, und vom Abg. Tewes bezüglich Darlehen an Angestellte, die als Kriegsteilnehmer in Not geraten sind.²

Dann wird die Aussprache über die *Rheinlandfrage*³ fortgesetzt.

Dazu spricht zunächst Abg. SCHMEDDING, der schwere Bedenken aus organisatorischen und wirtschaftspolitischen Gründen aufweist.

Frl. DRANSFELD spricht sich für den Gedanken aus, aus außenpolitischen, völkerpsychologischen Gründen, und macht gegenüber Herrn Schmedding darauf aufmerksam, daß die Haltung in Westfalen ganz verschieden ist. Sie schlägt vor, daß man mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung trete.⁴

Dr. HESS ist der Anschauung, daß die Interpellation⁵ nicht zur Verhandlung kommen kann. Die westdeutsche Republik ist tot. Man muß eine Einigung unter den Fraktionen versuchen auf dem Boden einer gemeinsamen Resolution.

Dr. LAUSCHER erörtert die Motive der Rheinländer auch als Deutsche und Katholiken. Er weist auf die Sonderstellung der Rheinlande hin und auf ihre Leidensgeschichte unter der preußischen Herrschaft.

LOEHR macht Bedenken geltend aus industriellen Rücksichten.

REINEKE: Ohne die anderen Fraktionen kann nichts unternommen werden.

MERX verteidigt die Motive der Kölner.

ALTEGOER weist darauf hin, daß auch in Westfalen Begeisterung für die Idee vorhanden war. Die Chemieindustrie sei allerdings dagegen, weil man wirtschaftliche Schädigung fürchtet.

SAWATZKI: Die Bestrebungen im Westen haben im Osten große Bestürzung hervorgerufen. Jetzt verstehen wir die Motive.

BLANK nimmt Stellung als Hannoveraner.

MAXEN desgleichen.

1 Antrag Brust usw. [Z] auf vorzugsweise Zuweisung von ausländischen Lebensmitteln an die Berg- und Hüttenarbeiter sowie sonstige Schwerarbeiter, Drucks. Nr. 57.

2 Antrag Dr. Tewes usw. [Z] über Notstandsdarlehen an Privatangestellte, Drucks. Nr. 56.

3 Vgl. Nr. 1 Anm 3.

4 Hedwig Dransfeld war über Maßnahmen des Auswärtigen Amtes informiert. So berichtete sie am 14. März 1919 an Karl Trimborn von einer Besprechung am Vortag mit Vertretern von Industrie und Handel des linksrheinischen Gebiets im Auswärtigen Amt, bei der angenommen worden sei, daß es infolge der Friedensverhandlungen mit Sicherheit zur Errichtung eines rheinischen Pufferstaates kommen würde. Vgl. NL Trimborn 219, Bl. 33-35.

5 Förmliche Anfrage Dr. Friedberg usw. [DDP] über Loslösung der Rheinlande von Preußen, Drucks. Nr. 16.

Es wird auch ein Antrag Esser vorgelegt bezüglich Unterstützung der Gemeinden, die durch Arbeitslosigkeit in Not geraten sind.⁶

⁶ Nicht nachgewiesen.

3.

19. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Kuckhoff und Blank. Schluß 12.30 Uhr

Der Vorsitzende [PORSCH] macht Mitteilung von verschiedenen Eingängen.

Es liegt ein Antrag Frl. Dransfeld bezüglich stellenlose Lehrpersonen vor.¹

Dr. HESS berichtet über die interfraktionelle Besprechung über die Rheinlandfrage vom 18. d. M.² Er schlägt vor, in die zu bildende Kommission zu entsenden: [...]

Zurückgestellt, um zunächst die Frage der Verfassung zu erörtern.

GOEBEL legt eine Entschließung vor, die sich gegen die Lostrennung östlicher Gebiete richtet.³

AM ZEHNHOFF berichtet über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses.⁴ Staatspräsident und Notverordnungen sind die wichtigsten Punkte.

Der Präsident Dr. PORSCH vertritt die Anschauung, daß es nicht opportun ist, einen Staatspräsidenten zu wählen. Es ist die Frage zu erörtern, den Ministerpräsi-

¹ Antrag Frau Stoffels usw. [Z] über die Notlage der stellenlosen Lehramtsbewerberinnen, Drucks. Nr. 73.

² In der interfraktionellen Besprechung war es zur Annahme des Antrags Gräf (Frankfurt), Drucks. Nr. 101, zur Rheinlandfrage gekommen, der von SPD, DDP, DVP und DNVP unterstützt wurde. Das Zentrum wollte eine Besprechung dieses Antrags im Plenum verhindern und statt dessen eine gemeinsame Resolution aller Fraktionen ohne Aussprache im Plenum verabschieden lassen. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 19. März 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 15. Vgl. zum Fortgang der Angelegenheit Anm. 14 und Nr. 8 Anm. 2.

³ Antrag Goebel usw. [Z] um Verbesserung des Dolmetscherwesens bei den Gerichten der östlichen Provinzen, Drucks. Nr. 81, und Antrag Goebel usw. [Z] auf Zulassung des Polnischen und Mährischen als Unterrichtsgegenstand an den höheren Lehranstalten der östlichen Provinzen, Drucks. Nr. 82.

⁴ Über die Ausschußberatungen vom 18. März 1919 wurde am 19. März 1919 im Plenum mündlicher Bericht erstattet. Der Berichterstatter stellte fest: „Der umstrittenste Punkt der Vorlage war selbstverständlich § 3, die Frage, ob ein Präsident an die Spitze des Staates zu stellen sei oder nicht.“ Dahingehende Anträge wurden abgelehnt. Das Notverordnungsrecht wurde erst im Laufe der Ausschußberatungen als § 7b in den Gesetzentwurf aufgenommen. Vgl. 5. Sitzung vom 19. März 1919, Sp. 328-333, Zitat: Sp. 330. Vgl. auch das stenographische Protokoll der Ausschußsitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D II b. A, Nr. 10, Beiheft 1, Bd. 1.

denen durch die Nationalversammlung zu wählen. Die Mitglieder der Fraktion in der Kommission haben für die Regierungsvorlage⁵ gestimmt.

STEGERWALD spricht sich gegen die Wahl eines Staatspräsidenten aus.

Desgleichen HAGER.

Die Fraktion beschließt so.

SCHMEDDING spricht über die Diätenvorlage⁶, schlägt vor, dahin zu wirken, daß sie ohne Debatte angenommen wird. Er ist der Anschauung, daß die Freifahrt auch auf Privatbahnen ausgedehnt wird.⁷ Bezüglich § 7 bemerkt er, daß der Ausdruck „Vergütung“ unklar ist und daß die Doppelmandate benachteiligt sind.⁸

HEROLD, STEGERWALD, BUSCH äußern sich ähnlich.

Es wird ein Antrag Schüling vorgelegt bezüglich Berücksichtigung der Kriegsbeschädigten in Staatsbetrieben und Kommunalverwaltungen.⁹

BUSCH unterstützt das.

Dr. TEWES meint, man solle zuerst mit den betr. Organisationen in Verbindung treten.

Weitere Punkte der Tagesordnung sind die Anträge betr. die Landwirtschaft.¹⁰ Sie wurden von Dr. REINEKE begründet.

Wegen drängender anderer Geschäfte wird der Gegenstand zurückgestellt und die Rheinlandfrage weiter behandelt.¹¹

5 Gesetzentwurf zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, Drucks. Nr. 14.

6 Gesetzentwurf über die Gewährung von einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Drucks. Nr. 40.

7 Gemäß § 1 Abs. 1 der Regierungsvorlage sollten die Mitglieder der Preußischen Landesversammlung lediglich die preußisch-hessischen Staatseisenbahnen unentgeltlich benutzen können. Durch Beschluß der Landesversammlung wurde dies auch auf die „in Preußen gelegenen Strecken der Privateisenbahnen“ ausgedehnt. Vgl. Drucks. Nr. 98.

8 § 7 der Regierungsvorlage regelte, daß ein Mitglied der Landesversammlung „in seiner Eigenschaft als Beamter oder Mitglied anderer politischer Körperschaften nur für diejenigen Tage Vergütung beziehen [dürfe], für welche ihm aufgrund dieses Gesetzes ein Abzug gemacht ist.“ Das Wort „Vergütung“ wurde im Laufe der Beratungen durch das Wort „Tagegeld“ ersetzt. Ferner hatte § 6 der Regierungsvorlage bestimmt, daß Mitglieder der Nationalversammlung bis zum Schluß der Nationalversammlung keine Entschädigung von der Landesversammlung erhielten. Auf Beschluß der Landesversammlung wurde diesen Mitgliedern für jeden Tag der Anwesenheit ein Tagegeld von 30 Mark zugestanden. Vgl. Drucks. Nr. 98.

9 Antrag Schüling usw. [Z] über die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten im Staatsdienste usw., Drucks. Nr. 67. Der Antrag wurde in der 17. Sitzung am 12. April 1919 dem Hauptauschuß überwiesen und in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920 angenommen. Vgl. Sp. 16310 (Sachweiser).

10 Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt „Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Hebung der Landwirtschaft zur Besserung der Volksernährung – Drucksache Nr. 22“ mit den damit verbundenen Anträgen. Der Tagesordnungspunkt kam in der 13. und 14. Sitzung am 28. und 29. März 1919 zur Sprache. Fraktionsprotokolle von diesen Sitzungstagen konnten nicht ermittelt werden.

11 Vgl. Nr. 1 und 2.

Dr. HESS: Der springende Punkt ist die Abtrennung *preußischer* Gebiete von *Preußen*. Er betont, daß die rheinischen Abgeordneten nicht auf den Boden treten können des Zusammenbleibens Preußens. Ihr Entgegenkommen besteht darin, daß sie sich auf eine Resolution einigen, die den Zusammenhalt *Deutschlands* verlangt.

Frh. DRANSFELD macht darauf aufmerksam, daß die Frage gerade jetzt in der *deutschen* Nationalversammlung zur Verhandlung steht;¹² deshalb ist die Resolution für den Zusammenhalt *Preußens* jetzt nicht am Platz.

Dr. TEWES hat Bedenken. Weiter äußern sich dazu:¹³

MÜLLER (Neuwied) wünscht, daß die Volksabstimmung auch auf das rechte Rheinufer ausgedehnt werde, nach Möglichkeit auf Rheinland und Westfalen.

KUCKHOFF spricht für Forderung des Volksreferendums.

TEWES behält sich vor, auch in der interfraktionellen Kommission gegen die Zerschlagung Preußens zu sprechen.

LAUSCHER spricht warm für die Lostrennung der Rheinlande; er weist insbesondere darauf hin, daß die Rheinlande 1815 ohne zu fragen zu Preußen geschlagen sind und zwar als Ersatz für Sachsen.

EISMANN spricht dafür.

AM ZEHNHOFF hält die Sache für verspätet. Seines Erachtens ist das Schicksal der Rheinlande schon besiegelt.

KUCKHOFF spricht nochmals warm für die Selbständigmachung der Rheinlande.

KLOFT befürchtet, daß das Industriegebiet nicht für eine Abtrennung stimmen wird.

BUSCH schlägt vor, bezüglich der Resolution¹⁴ sich einstimmig auf den deutschen Standpunkt zu einigen.

12 Im Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung wurde vom 18.-20. März 1919 über Art. 15 (Gliederung der Einzelstaaten) des Verfassungsentwurfs verhandelt. Vgl. dazu den Bericht des Verfassungsausschusses in: Sten. Ber. NV, Bd. 336, Anlage Nr. 391, S. 87-110. Vgl. auch Schulthess 1919 I, S. 127 f. Dransfeld wurde von Trimborn über diese Verhandlungen informiert. Vgl. NL Trimborn 219, Bl. 37.

13 Von hier ab Handschrift Blank.

14 Die Beratungen über die Rheinlandfrage in der Preussischen Landesversammlung sollten nach dem Willen der Reichsregierung mit einer gemeinsamen Entschließung aller Fraktionen beendet werden. Vgl. Nr. 1 Anm. 3. Dies gelang nicht. Am 24. März wurde der Antrag Gräff (Frankfurt), Drucks. Nr. 101, verabschiedet, bei dem sich das Zentrum enthielt. Vgl. Nr. 8 Anm. 2.

4.

20. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift

1. Jakoby-Raffauf legt einen Antrag vor, der zunächst im kleineren Kreise besprochen wird. Herr Dr. Reineke wird die betreffenden Herren einladen.¹

Zu Punkt 2 der Tagesordnung des Plenums [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung – Drucksache Nr. 40, 77-80] wird mitgeteilt, daß Vorschläge des Bürodirektors die Zustimmung des Ältestenrates gefunden haben.²

Zu Punkt Gemeinsame Regierungsbildung mit den Mehrheitssozialdemokraten und Demokraten wird zunächst ein gedruckter Vorschlag über die Frage der Volksschule und Kirche vorgelegt.³

WILDERMANN berichtet über seine Aussprache mit Herrn Haenisch und Gürich⁴ und weist darauf hin, daß die Mehrheitssozialdemokraten sich sehr klar darüber sind, daß mit Rücksicht auf die Gefahr des Bolschewismus man aus vaterländischen Rücksichten nicht die Mitarbeit ablehnen dürfe.

PORSCH stellt fest, daß die Fraktion *einmütig* die vorliegenden Grundsätze betr. Schule – Kirche ablehnt.

MARX spricht ebenfalls im versöhnlichen Sinne und rät, nach Möglichkeit in die Regierung einzutreten. Geheimrat MARX berichtet noch, daß nicht alle Regierungsmaßnahmen von allen Ministern vollzogen werden müßten.

1 Der Antrag wurde am 21. März 1919 von der Fraktion gebilligt. Vgl. Nr. 5 Anm. 2.

2 Die Anträge Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] zur II. Beratung des Gesetzentwurfs über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, Drucks. Nr. 77-80, wurden in der Sitzung des Ältestenrates am 19. März 1919 erörtert. Es wurde beschlossen, sie von den Fraktionsführern einbringen zu lassen und das Gesetz ohne Besprechung zu erledigen. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

3 Dabei handelt es sich um den „Vorschlag für eine Vereinbarung über Fragen der Volksschule und der Kirche“ vom 18. März 1918. Ein Exemplar dieses Schriftstücks befindet sich in: BAT 105, Nr. 1078, Bl. 83-84. Darin ist folgende Passage rot angestrichen: „Die öffentliche staatliche Schule steht über den politischen Parteien und den religiösen Bekenntnissen. Lehrern und Schülern wird der Grundsatz vollkommener politischer und religiöser Duldsamkeit gewährleistet. Bis zur endgültigen Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche sowie der Stellung von Schule und Kirche ist der Religionsunterricht für Lehrer und Schüler wahlfrei. Die Entscheidung über die Teilnahme am Religionsunterricht treffen bis zum Eintritt des religionsmündigen Alters die Eltern, darnach die Schüler selbst. Lehrer und Schüler dürfen außerhalb des Religionsunterrichts zu religiösen Übungen nicht gezwungen werden.“

4 Konrad Haenisch (SPD), preußischer Kultusminister; Arthur Gürich, Geheimer Regierungsrat im preußischen Kultusministerium.

BUSCH hat doch Bedenken. Das Zusammengehen mit der Regierung ist dem Zentrum in Wählerkreisen schon sehr verargt worden, besonders in ländlichen Kreisen.⁵

HEROLD stimmt dem Abgeordneten Marx bei.

KUCKHOFF erklärt, daß man das Arbeitsprogramm nicht bloß tolerieren, sondern stark bekämpfen müßte.

PORSCH schlägt vor, daß Marx und Wildermann mit dem Minister Preuß⁶ verhandeln sollen, ob nicht der Weg gangbar ist, daß das Zentrum erst später nach der Bildung des Ministeriums in das Ministerium eintritt.

Die beiden Herren werden dem Vorschlage gemäß beauftragt.

STEGERWALD ist für Eintritt in die Regierung, weil dadurch allein die Ordnung wiederhergestellt werden kann.

Frl. DRANSFELD erklärt sich gegen den Eintritt, ebenso LAUSCHER, SCHMITTMANN.⁷

REINEKE ist für den Eintritt unter ausdrücklicher Verwahrung gegen Annahme des Regierungsprogramms.

HEROLD spricht für Eintritt, da wir die konfessionelle Schule doch nicht retten können, sondern nur bei Mitwirken auf die Gesetzgebung einwirken können.

SCHMITTMANN schlägt vor, nur unter der Bedingung in die Regierung einzutreten, daß nachstehende beide Punkte⁸ vorher bekannt gegeben würden.

5 Ab hier unbekannte Handschrift.

6 Hugo Preuß (DDP), Reichsinnenminister und führendes Mitglied seiner Fraktion in der preußischen Landesversammlung.

7 Ab hier wieder Handschrift Blank.

8 Die Anlage fehlt.

5.

21. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, gez. Blank. Beginn: 10 Uhr, Schluß: 11.45 Uhr.

1. Eingegangen sind Satzungen des christlichen Soldatenbundes,¹ die zur Stellungnahme verteilt werden.

1 Dabei handelt es sich um den „Christlich-demokratischen Soldatenbund“, einer interkonfessionellen Standesvereinigung auf dem Boden des Zentrumsprogramms. Vgl. den Bericht über eine Versammlung der Ortsgruppe Neukölln-Britz in der Germania Nr. 166 vom 11. April 1919 (Beilage).

2. Verschiedene Anträge werden vorgelegt von Jakoby-Raffauf.²

Es wird sodann davor gewarnt, mit anderen Fraktionen zwecks gemeinschaftlicher Einbringung von Anträgen zu sprechen, da dann zu leicht die Priorität genommen wird.

Es wird sodann zur Tagesordnung Stellung genommen.

Zur Rheinlandfrage.³ Im Plenum soll Kastert sprechen als Hauptredner.⁴ Als Diskussionsredner ist Dr. Heß in Aussicht genommen.⁵

Es wird dann die Frage gestellt, wie man sich bei Abstimmungen stellt.

Frl. DRANSFELD schlägt vor, einen Gegenantrag einzubringen, besonders gegenüber dem scharfen Ton des Friedbergschen Wortlauts.⁶

PORSCH berichtet sodann über die Beteiligung an der Regierung. Er hat drei Vorschläge gemacht.

[1. . . .]

2. Die Regierung soll aus Sozialdemokraten und Demokraten gebildet werden und ihr Programm entwickeln, gegen das das Zentrum Stellung nimmt und Zentrum soll nachher in die Regierung eintreten.

3. Daß wir uns zunächst nicht beteiligen, aber dann freundschaftlich gegenüberstehen und daß bei Besetzung von Stellen unsere Leute berücksichtigt werden.

PORSCH berichtet, die Demokraten sind in überwiegender Mehrheit dafür, nur in die Regierung einzutreten, wenn das Zentrum mitmache.⁸ Herr Gräf von den Mehrheitssozialisten warnt davor, daß der linke Flügel seiner Partei bei dieser Situation die Überhand bekomme und bat, doch alles aufzustellen, daß eine Mittellinie gefunden werde.

Herr Kollege WILDERMANN hat mit Kollegen Marx ebenfalls mit verschiedenen anderen führenden Persönlichkeiten gesprochen. Er hat vorgeschlagen, ein reines Geschäftsministerium vorzuschlagen. Auch ihm hatten verschiedene Demokraten

2 Nachweisbar ist lediglich der Antrag Jakoby-Raffauf usw. [Z] auf Bekämpfung der Schädlinge des Weinstocks, Drucks. Nr. 104.

3 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Förmliche Anfrage Linz (Barmen) usw. [DNVP, DVP], betr. die Unteilbarkeit und Unversehrtheit des preußischen Staates – Drucksache Nr. 24.“ – Zuvor war es am 20. März 1919, 13 Uhr, zu einer vertraulichen Besprechung des Ältestenrates, der Fraktionsredner, Vertretern des preußischen Staatsministeriums und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes über die Rheinlandfrage gekommen. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 20. März 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 16.

4 Rede Kasterts in der 8. Sitzung am 22. März 1919, Sp. 488-504.

5 Rede Heß' in der 9. Sitzung am 24. März 1919, Sp. 557-569.

6 Gemeint ist die Förmliche Anfrage Dr. Friedberg usw. [DDP] über Loslösung der Rheinlande von Preußen, Drucks. Nr. 16. Sie lautete: „Welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung zu ergreifen, um den unterwühlenden Bestrebungen erfolgreich entgegenzutreten, die auf eine *Loslösung der Rheinlande* von Preußen hinzielen?“ Der Antrag war in der DDP-Fraktion von den Abg. Schloßmann und Rade eingebracht und als Fraktionsantrag unter den Namen der Fraktionsvorsitzenden eingebracht worden. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 13. März 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 11.

7 Der erste Vorschlag wurde nicht mitprotokolliert.

8 Vgl. dazu ausführlich das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 20. März 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 16 ff.

mitgeteilt, daß sie keinen Kulturkampf mitmachen und daß sie ohne Zentrum nicht in die Regierung eintreten.⁹ Herr Gräf von den Mehrheitssozialdemokraten schlug vor, jeder solle seinen Standpunkt wahren und nur die Not des Vaterlandes soll der Hauptgesichtspunkt sein.

WILDERMANN verlas eine vom Kollegen Marx formulierte EntschlieÙung.¹⁰

STEGMANN berichtet sodann über eine Besprechung mit Herrn Leinert und Gräf, zu der er eingeladen sei.

HESS warnt vor Kompromißregierung mit Rücksicht auf die Wähler; er schlägt der Partei vor, in eine kräftige Opposition einzutreten und bittet es zu erwägen.

PORSCH widerspricht der Ansicht des Dr. Heß und hält die gegenwärtige auswärtige Lage für zu schwierig, als daß sie eine derartige Belastungsprobe ertrage.

KLEY stimmt Herrn Heß zu und fordert, daß die Sozialdemokratie nachgäbe. Er ist der Ansicht, daß es lediglich eine Kraftprobe des Deutschen Lehrervereins¹¹ sei. Er schlägt vor, in den Einspruch noch schärfer Wert bezüglich des Kulturprogramms einzusetzen.

BRUST ist für Eintritt.

KAMP desgleichen.

SCHMITTMANN ist ebenfalls für Eintritt unter Verschärfung der Verwahrung von Wildermann. Er weist insbesondere auf die Wichtigkeit der Privatschulen hin, die wir uns unbedingt erhalten müssen.

HEROLD spricht für Eintritt in die Regierung.

Herr Geheimrat Porsch hat erneut verhandelt. Nachstehender Vorschlag wurde uns zur Annahme gewissermaßen als Ultimatum gestellt.

Wir halten grundsätzlich an der konfessionellen Volksschule fest, trotzdem sind wir angesichts der Not der Zeit und des Vaterlandes bereit, uns unter Aufrechterhaltung unserer Parteigrundsätze an der Regierung zu beteiligen. Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz räumen wir ein, daß, wo die Schulgemeinden in ihrer Mehrheit es verlangen, die Gemeinschaftsschule eingeräumt wird unter der Bedingung, daß der wahlfreie konfessionelle Religionsunterricht in ihr erhalten bleibt.

HESS hat Bedenken gegen die Worte „Gemeinschaftsschule“ und „Schulgemeinde“.

STEGERWALD spricht für Annahme, wenn die 2/3 Mehrheit statt einfache Mehrheit eingesetzt wird.

WILDERMANN erklärt, daß das Wort Gemeinschaftsschule für Simultanschule in den Verhandlungen gebraucht sei. Das Wort Schulgemeinde hält er nicht für so wichtig.

9 Zur Besprechung von Wildermann und Marx mit dem DDP-Abgeordneten Cassel, vgl. ebd., fol. 17.

10 Nicht nachgewiesen.

11 Die mitgliederstärkste Vertretung der deutschen Volksschullehrer. Vgl. Paul Mitzenheim, Deutscher Lehrerverein (DLV) 1871-1933, in: Lexikon zur Parteiengeschichte II, S. 184-189.

Herr Wildermann und Herr Dr. Heß werden zu weiteren Verhandlungen sofort delegiert.

EISMANN meint, doch das Wort Schulgemeinde vorher zu klären.

BRUST ist der Ansicht, daß nach der nötigen Klärung über Schulgemeinde man keine Verdrehungen zu befürchten brauche, da die Sozialdemokraten für Ruhe und Brot zu sorgen haben.

BUSCH spricht für Eintritt.

SCHMEDDING spricht desgleichen für Eintritt.

HEROLD desgleichen.

KAMP schlägt vor, den Episkopat noch zu befragen.

Herr Geheimrat PORSCH schließt um 11 3/4 die Sitzung zwecks weiterer Verhandlungen mit den anderen Parteien.

6.

21. 3. 1919, nachmittags: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff.

Tagesordnung: Frage des Eintritts in die Regierung aufgrund des dabei abzugebenden Protestes.¹

Der Vorsitzende [PORSCH] berichtet über die neuen Verhandlungen.

Desgleichen WILDERMANN: Die Minister Haenisch und Hirsch hatten erklärt, daß wir mit der Erklärung *keine* Verpflichtung eingehen, nachher einem Gesetz zur Änderung des Volksschulunterhaltungsgesetzes² zuzustimmen.

HEROLD hat nicht ganz den bestimmten Eindruck eines Entgegenkommens.

RHIEL ist der Anschauung, daß mit einem solchen Gesetz die vorläufige Verfassung umgangen wird.

KLEY fragt an, ob nach der Erklärung gegen die Privatschulen angegangen werden kann.

HEROLD meint, daß wir gut abkommen, wenn wir mit dieser einzigen Änderung davonkommen.

HESS: Durch Rettung des Gemeindeprinzips retten wir uns vor der Staatsomnipotenz. Wichtige Parole für die Gemeindewahlen.

KAMP fürchtet die Konzession bezüglich der Simultanschule.

1 Der Text dieser Protesterklärung wurde im Fraktionsprotokoll vom 21. März 1919, vormittags, zitiert. Vgl. Nr. 5.

2 Gesetz, betr. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28. Juli 1906 (Gesetzsamml. S. 335).

BRUST: Wir bekommen in dieser Session kein Schulgesetz.

WILDERMANN: Es ist eine Sache der Ehrlichkeit, die Erklärung abzugeben.

GOTTWALD: Alle katholischen Schulen in der Diaspora werden simultanisiert.

STEGERWALD: Die Simultanisierung kommt doch. Wir können es nicht hindern. Bleiben wir außerhalb der Regierung und tolerieren deren Vorgehen, so macht das draußen den gleichen Eindruck. Treten wir ein, so können wir allerlei verhindern.

NIESTROJ stößt sich an dem Worte „einräumen“.

HEROLD: Wenn wir gegen das Gesetz stimmen können, dann kommt es auf den Ausdruck nicht an.

GRONOWSKI: Die Entscheidung ist schwer. Wir müssen aber jedenfalls einig sein. Man sollte aber von der Billigung durch die Bischöfe³ wenigstens den Geistlichen in vertrautem Kreise Mitteilung machen.

KAMP wiederholt seine Bedenken.

HESS rügt auch das Wort „einräumen“. Es muß gesagt werden: „Wir finden uns damit ab“ und es muß zum Ausdruck gebracht werden, daß wir gegen das Gesetz stimmen werden.

LAUSCHER macht auf Gewissensbedenken aufmerksam. Wir geben zu, daß etwas geschehe, was dem Gewissen widerspricht.

SCHMITTMANN ist auch Gegner.

HESS schlägt vor: „Wir müssen uns damit abfinden.“

Die Fraktion ist damit einverstanden.

3 Die Konsultation der Bischöfe war in der vorhergehenden Fraktionssitzung von Kamp angeregt worden. Vgl. Nr. 5. Karl Bachem berichtete über die Antworten: „Erkundigungen an maßgebenden geistlichen Stellen, welche von dem Fraktionsvorsitzer Porsch eingezogen wurden, hatten ergeben, daß von der einen Seite die Meinung vertreten wurde, es könnte, um Schlimmeres zu verhüten, ohne Verletzung des Gewissens möglich sein, an einer solchen Regierung teilzunehmen. Von anderer Seite wurde die Erlaubtheit bejaht, indem darauf hingewiesen wurde, daß auch die frühere Regierung vielfach Grundsätze vertreten hätte, welche von Katholiken nicht angenommen werden konnten; trotzdem hätte man keine Bedenken getragen gegen die Teilnahme von Katholiken an den Aufgaben dieser Regierung. Von einer dritten Seite wurde später erklärt: 'Übrigens, was die jetzt eingeschlagene Politik des Zentrums anlangt, so kann ich sie unbedingt als richtig bezeichnen. Man muß immer sorgen, daß man dabei ist. Manchmal wird es vielleicht gelingen, einen Gesetzentwurf dadurch überhaupt zu verhindern, oder ihr die Giftzähne auszubrechen. Wird sie trotzdem vorgelegt, wird man sich vielleicht überstimmen lassen müssen. Aber es ist gut, wenn man dabei ist.'“ Bachem, Bd. 8, S. 386. Vgl. dazu auch Nr. 8.

7.

22. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank. Schluß: 11 Uhr.

1. Geheimrat PORSCH verliest mehrere Eingänge, insbesondere weist er auf 10 Druckschriften der Deutsch-Hannoverschen Partei [hin].

2. Mehrere Petitionen betr. Beamte werden von Blank und Dr. Heß verteilt zwecks weiterer Verhandlung.

3. PORSCH berichtet über das Ergebnis der Verhandlungen mit den anderen Parteien. Es soll auch das zuerst eingereichte Programm betr. die Schule¹ noch mit aufrechterhalten werden. Eine Regierungszusammensetzung scheint möglich.

Betr. der zu verteilenden Ministerien: Hirsch verlangt den Ministerpräsidenten.

Zentrum wurde angeboten: 1. Wohlfahrtsministerium (Wohnungswesen, Medizinabteilung, Erziehungs- und Jugendpflege), 2. Justizministerium, 3. ohne Portefeuille.

Demokraten: Kultus, Eisenbahnministerium, Politisches Unterstaatsekretariat.

Sozialdemokraten: Ministerien, die gefordert werden von ihnen: Präsidium, Inneres, Kultus, Finanzen und Landwirtschaft.

Volkswohlfahrt, Handel, Eisenbahnen und Justiz.²

Geheimrat Porsch hat verlangt Volkswohlfahrt und Justiz.

Es spricht zuerst Herr Minister BELL. Er sagt, wir müssen dem Lande gegenüber mit anderen Ministern und ausschlaggebenden Ministerien hervortreten können. Sonst müssen wir uns weiter ablehnend verhalten. In Weimar haben die Sozialdemokraten gefordert 5 Ministerien, 3 dem Zentrum und 2 den Demokraten.³ Die Demokraten sollten das Ministerium des Innern erhalten. Zentrum vor allem das Justizministerium. BELL resümiert, das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Bei den Verhandlungen müsse unter allen Umständen gefordert werden, daß wir ein uns angemessenes Ministerium erhalten. BELL sagt, heute liegt der Schwerpunkt im Kabinett.

PORSCH führt aus, daß die Sozialdemokraten die größten Schwierigkeiten machen.

WILDERMANN erklärt, nachdem die Ministerien verteilt, soll ein Regierungsprogramm aufgestellt werden und das dann den einzelnen Ministerien zur Stellungnahme vorgelegt werden. Die Demokraten fordern, daß die Privatschulen ebenfalls

¹ Vgl. Nr. 4 Anm. 3.

² An dieser Stelle ist die Niederschrift irreführend. Vermutlich werden diese vier Ministerien hier aufgeführt, weil sie nach den Forderungen der SPD noch als mögliche Ministerien für das Zentrum in Frage kamen.

³ Bell bezieht sich hier vermutlich auf die Vorverhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung in Preußen, die am 20. und 25. Februar 1919 in Weimar stattfanden. Vgl. Hömig, Zentrum, S. 39 f.

erhalten bleiben. WILDERMANN schlägt vor, [daß] die Sozialdemokraten auf Inneres und Landwirtschaft verzichten. Auf die Art bekämen wir auch ein gewichtiges Ministerium. Das Eisenbahnministerium müsse den Sozialdemokraten verbleiben.

HAGER spricht gegen das Übernehmen des Justizministeriums, da es zu wenig Einfluß habe.

LINZ sprich dem entgegen.

LAUSCHER spricht warm dafür, unter Berücksichtigung der großen Anzahl [ein] 3. Ministerium unter allen Umständen zu fordern.

BELL unterstützt das.

KOEPFER fordert unter allen Umständen das Landwirtschaftsministerium für unsere Partei mit Rücksicht auf die vielen landwirtschaftlichen Wähler.

Es wurde den Unterhändlern mit auf den Weg gegeben⁴, auf 3 Ministerien zu bestehen und Eisenbahnministerium abzulehnen.

⁴ Die Koalitionsverhandlungen wurden am 22. März 1919 nach Schluß der Fraktionssitzung fortgesetzt. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 22. März 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 20.

8.

24. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff.

HESS berichtet über die Rheinlandfrage¹ und über die praktische Frage der Abstimmung. Schlägt vor, sich bei Antrag 101 zu enthalten.²

WILDERMANN stimmt zu, besonders wegen der Behandlung der Frage im Hause.

HAGER desgleichen im Interesse der Einigkeit.

SCHMEDDING hat Bedenken.

Der Vorsitzende [PORSCH] berichtet über die „Ministererzeugung“. Dreierlei: Erklärung, Rede des Ministerpräsidenten, Ernennung der Minister. Macht Mitteilung über die Haltung der Bischöfe zur Stellung des Zentrums.³

¹ Zur Rheinlandfrage vgl. Nr. 1 Anm. 3. Heß redete in der 9. Sitzung am 24. März 1919, Sp. 557-569.

² Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD, DDP, DNVP, DVP] über die Lostrennungsbestrebungen in Preußen, Drucks. Nr. 101: „Die verfassungsgebende Preußische Landesversammlung wolle beschließen: die Landesversammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen alle *Bestrebungen einzelner Gebietsteile, sich von Preußen abzutrennen*, insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik. Sie vertraut darauf, daß die Staatsregierung diesen Bestrebungen mit der größten Tatkraft entgegentritt und sich für die Erhaltung eines ungeteilten Preußens einsetzt.“

³ Vgl. Nr. 6 Anm. 3.

LAUSCHER liest den betr. Kanon des CIC vor⁴, danach ist auch unser Eintritt gerechtfertigt, und es war richtig, uns an die Bischöfe zu wenden.

WILDERMANN spricht über die moralische „Mitwirkung“ der einzelnen Mitglieder, die in die Regierung eintreten und berichtet über die betr. Stellen in dem Programm der Regierung.

KAMP weist noch einmal auf seine Bedenken hin, aber nach dem Grundsatz der Verhütung des größeren Übels will er nachgeben.

Die Fraktion beschließt, die Sache „über sich ergehen“ zu lassen.

Bezüglich der Ministerstellen wird berichtet, daß die Sozialdemokraten 5 haben wollen, der Kriegsminister⁵ rechnet als bürgerlich. Wir sollen Justiz und Wohlfahrt haben.

BUSCH meint, wenn wir auf den 3. Minister verzichten, müssen wir wenigstens das Landwirtschaftsministerium haben.

Der Vorsitzende berichtet weiter über den Plan der parlamentarischen Unterstaatssekretärsstellen.

Verschiedene Redner machen darauf aufmerksam, daß sie die Sache nicht an der Personenfrage scheitern lassen können.

LAUSCHER ist der Anschauung, daß es sehr wichtig ist, auf die Mehrheitsbildung durch die Zahl der Minister Einfluß zu haben.

Es wird abgestimmt: gegen 14 Stimmen wird beschlossen sich auch dann an der Regierung zu beteiligen, wenn wir nur 2 Ministerien bekommen.

STEGERWALD meint, vielleicht verzichte man auf das Wohlfahrtsministerium und nimmt das Landwirtschafts- und Justizministerium.

REINEKE: Das Landwirtschaftsministerium ist sehr wichtig. Aber wir haben außer Herold keine Persönlichkeit.

SCHMEDDING weist auf Rintelen hin, der im Landwirtschaftsministerium ist.⁶

Für das Justizministerium ist Itschert⁷ vorgeschlagen, außerdem eine Reihe anderer Namen.⁸ Als Landwirtschaftsminister wird vor allem Blum vorgeschlagen.⁹ Es sollen Stegerwald, Blum, Bitta¹⁰ in erster Linie vorgeschlagen werden.

4 Um welchen Canon des Codex Iuris Canonici es sich hierbei handelte, läßt sich nicht mit Sicherheit bestimmen.

5 Oberst Reinhardt, seit 3. Januar 1919 preußischer Kriegsminister, behielt sein Amt bei.

6 Ludwig Rintelen, kommissarischer Hilfsarbeiter im preußischen Landwirtschaftsministerium. Vgl. Handbuch über den preußischen Hof und Staat 1918, S. 414.

7 Peter Marzellin Itschert, Senatspräsident in Berlin, war für das Zentrum von 1903-1906 Mitglied des Reichstags und von 1908-1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses gewesen.

8 Am Zehnhoff berichtete am 15. November 1928 an Karl Bachem: „Das Z[entrum] schlug den Soz[ialdemokraten] für das Justizministerium 3 Namen vor: Spahn, Itschert und Am Zehnhoff. Die Soz[ialdemokraten] wählten Am Zehnhoff.“ In: NL Bachem 948.

9 Johannes Blum, Gutsbesitzer, war für das Zentrum von 1916-1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1919 Mitglied der Deutschen Nationalversammlung.

10 Joseph Bitta, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung. Im September 1919 wurde er zum Regierungspräsidenten von Oppeln ernannt (vgl. Staatsanzeiger Nr. 221 vom 27. September 1919), später auch zum kommissarischen Oberpräsidenten der neuen Provinz Oberschlesien.

9.

25. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift. Schluß: 12.05 Uhr

1. Eingänge werden vom Vorsitzenden, Herrn Präsidenten PORSCH, verlesen und verteilt.

2. Der Vorsitzende teilt mit¹, daß der Garten des Herrenhauses dem Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellt werden soll, desgleichen die Wohnung des Herrenhauses. Ferner eine Wohnung für den ersten Vizepräsidenten und etwaige weitere Arbeitszimmer sollen zur Verfügung gestellt werden. Die Sitzungen beginnen voraussichtlich am 30. April. Inzwischen sollen die Kommissionen tagen.

3. Der Vorsitzende berichtet sodann über die Verhandlungen betr. die Ministerbesetzung: Das Zentrum fordert 3 Ministerien. Das Landwirtschaftsministerium forderten sowohl die Demokraten wie die Sozialdemokraten. Letztere wollen es unbedingt halten mit Rücksicht auf [den] zu erwartenden Streik der Landarbeiter. 3 Minister wollen die Sozialdemokraten unter keinen Umständen [zugestehen]. Zentrum hat sodann Unterstaatssekretäre gefordert: im Landwirtschaftsministerium, im Kultus- und im Ministerium des Innern (ev. Ministerialdirektor, eventuell soll ein beruflicher Unterstaatssekretär dem Zentrum gewährt werden).

LINZ berichtet, daß Exzellenz Bell vorgeschlagen [hat], uns einen dritten Unterstaatssekretär zu erkämpfen. Bell will bei Ebert und Scheidemann diesbezüglich drücken.

PORSCH berichtet sodann, daß nach den der Fraktion am 24. 3. gemachten Vorschlägen für Wohlfahrtsministerium Stegerwald und Dr. am Zehnhoff für Justiz Leinert² angenehm gewesen seien. PORSCH verlas sodann die allgemeinen Richtlinien betr. Unterstaatssekretäre unter Berücksichtigung des parlamentarischen Systems.

Als Unterstaatssekretäre werden genannt

I. für Kultus: 1. Herr Dr. Heß, 2. Herr Prof. Wildermann.

II. Für Landwirtschaft: 1. Herr Blum,³ 2. Herr Busch, 3. Herr Graf.⁴

III. für Inneres: Linz, Würmeling⁵, Itschert.⁶

Herr Gronowski unterbreitet diese Vorschläge dem Minister Haenisch.

1 Die folgenden Informationen stammen aus der Sitzung des Ältestenrates am 24. März 1919, ab 18.35 Uhr. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

2 Als Präsident der Landesversammlung hatte er das Staatsministerium zu berufen.

3 Zu Blum vgl. Nr. 8 Anm. 9.

4 Vermutlich ist Landesökonomierat Joseph Graw gemeint. Er war für das Zentrum von 1894 – 1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses gewesen.

5 Bernhard Würmeling, von 1886-1893 und 1911-1918 für das Zentrum Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, war Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium. Am 15. Mai 1919 wurde er zum Oberpräsidenten von Westfalen ernannt. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 216.

6 Zu Itschert vgl. Nr. 8 Anm. 7.

Bemerkt wird noch, daß Haenisch Dr. Heß abgelehnt hat, weil er früher ein Buch geschrieben⁷, welches den Lehrerkreisen sehr unannehmbar sei und deshalb große Mißstimmung gegen ihn hervorgerufen habe, weshalb seine Fraktion ihn ablehne.

Herr KUCKHOFF bringt eine Anfrage ein⁸ betr. der Akademiker allgemein, der von der Fraktion eingebracht werden soll.⁹

Herr Th. ESSER regt Interpellation betr. Bankraub in Euskirchen an. Polizei soll wieder eingeführt werden.¹⁰

Herr SCHMEDDING berichtet über den Notetat¹¹ und beanstandet einige Punkte desselben, weshalb er Kommissionsberatung der Vorlage beantragt.¹²

Dr. HAGER ebenfalls für Kommissionsberatung. Besonders für Steuerkommission.

BRUST für bessere Begründung des Etats.¹³

PORSCH spricht für kurze Verhandlung in der Kommission

MERX spricht über die Eisenbahnforderungen¹⁴ im Etat.

7 Joseph Heß, Der Kampf um die Schule in Preußen 1872-1906, Köln 1912.

8 Förmliche Anfrage Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über die Notlage der Akademiker, Drucks. Nr. 118.

9 Von hier ab unbekannte Handschrift.

10 Förmliche Anfrage Esser usw. [Z] über die Ausraubung der Reichsbanknebenstelle in Euskirchen und den verstärkten polizeilichen Schutz im besetzten Gebiete, Drucks. Nr. 117.

11 Gesetzentwurf, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für 1919, Drucks. Nr. 111.

12 Der Notetat stand für die 10. Sitzung am 25. März 1919 auf der Tagesordnung des Plenums. Schmedding beantragte im Namen aller Fraktionen die Ausschußüberweisung, Sp. 644.

13 Die Begründung des Gesetzentwurfs in Drucks. Nr. 111 war nur recht knapp gehalten.

14 Die Forderungen befinden sich in § 2, VI. Abschnitt der Drucks. Nr. 111.

10.

26. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff.

Es wurden vorgelegt:

Anfrage Reineke und Gen. über Unsicherheit im Rheinisch-Westfälischen Industriebezirk.¹

1 Förmliche Anfrage Dr. Reineke usw. [Z] über verstärkten polizeilichen Schutz gegen räuberische Überfälle auf dem Lande, Drucks. Nr. 132.

Antrag Altegoer und Gen. über Tarife im Handwerk.²

Der Vorsitzende [PORSCH] berichtet über die Erklärungen bei der Regierungsdebatte, insbesondere über die grundsätzlichen Punkte.³

Zum Etat wurden Wünsche nicht angebracht.

SCHMEDDING spricht zum Antrag Altegoer.⁴ Er sieht darin einen Eingriff in die Selbstverwaltung.⁵

ALTEGOER hält die Einrichtung von Sachverständigenbeiräten für notwendig.⁶

BUSCH bemerkt zur Etatsberatung, daß es wünschenswert sei, dahin zu wirken, daß die Rechte der Beamten in jeder Beziehung gewahrt werden.⁷

TEWES hat Bedenken wegen der zahlreichen neuen Beamtenstellen.⁸ Er befürwortet, bei der Steuer die niederen Einkommen bei den Zuschlägen zu schonen.⁹

GRONOWSKI regt an, daß das Kinderprivileg weiter ausgebaut wird und daß Rentempfänger geschont werden.¹⁰

Eine Reihe von Rednern spricht über Beamtenfragen.

2 Antrag Altegoer usw. [Z], betr. die Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen an das notleidende Handwerk, Drucks. Nr. 133.

3 Porsch antwortete in der 11. Sitzung am 26. März auf die Regierungserklärung Hirschs. Vgl. Sp. 715-719.

4 Vgl. Anm. 2.

5 Der Antrag Altegoer zielte darauf ab, neben den Staats- auch den Gemeindebehörden Richtlinien für die Vergabe von Arbeitsaufträgen vorzuschreiben.

6 Der Antrag Altegoer sah die Zuziehung von Sachverständigen vor, um „angemessene Preise“ für die handwerklichen Arbeiten zu ermitteln.

7 Schmedding forderte dazu in der 12. Sitzung am 27. März 1919, „dafür zu sorgen, daß gewisse Hauptrechte der Beamten, ganz besonders das Recht auf Ruhegehalt, das Recht auf Bestellung von Beamtenausschüssen und Beamtenkammern bereits in der bevorstehenden Verfassungsurkunde verankert werden.“ Sp. 860.

8 Schmedding meldete vor allem Bedenken wegen neuer Stellen der Eisenbahnbeamten und der Beamten der Ansiedlungskommission an, räumte aber ein, daß darüber bereits in der Staatshaushaltsausschußsitzung am 26. März 1919 Auskunft gegeben worden sei. Vgl. ebd., Sp. 860.

9 Schmedding erklärte dazu: „Es ist daher wichtig, daß wir rechtzeitig durch eine organische Reform des Einkommensteuergesetzes vorsorgen, damit mit den Zuschlägen überhaupt aufgeräumt wird und die Steuern in gleichmäßigeren, gerechteren Sätzen auf die steuerkräftigeren Schultern verteilt werden können.“ Ebd., Sp. 861 (Fortsetzung des Zitats in Anm. 10).

10 Schmedding: „Dabei muß dann auch mehr als bisher Rücksicht auf die geringere Steuerkraft der kinderreichen Familien genommen werden.“ Ebd. (Fortsetzung des Zitats von Anm. 9).

11.

27. 3. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Steegmann, gez. Steegmann. Beginn: 10 Uhr, Schluß: 11.15 Uhr.

1. Abg. GRONOWSKI verliest Entwurf eines Antrages betr. Vorlage eines Gesetzes wegen Standesprivilegien für Kinder, Abzüge für Auslagen, Steuerfreiheit der Renten, Abschaffung der Steuervorrechte.¹ Der Entwurf soll in kleinerem Kreise zunächst besprochen werden.

2. Dr. PORSCH verliest den Entwurf einer förmlichen Anfrage von Dr. Tewes betr. Kommunalisierung des Lebensmittelhandels.² Abg. SPRENGER, BRUST, KLOFT äußern Bedenken. Der Entwurf soll im kleineren Kreise besprochen werden.

3. Besprechung, welche Anträge, Anfragen ohne Besprechung im Plenum den betr. Ausschüssen überwiesen werden können.

4. Beratung eines Antrages Dr. Heß, die sämtlichen Orte des besetzten Gebietes hinsichtlich der Teuerungszulage als „Teure Orte“ (Klasse B) zu bezeichnen.³

Abg. HIRTSIEFER wünscht Ausdehnung des Antrages auf rheinisch-westfälisches Industriegebiet.

Abg. BUSCH wünscht Verallgemeinerung in besonderen Anträgen und unterstützt Antrag Dr. Heß.

Dr. HESS begründet seinen Antrag. Es soll damit bezweckt werden, den Bewohnern des besetzten Gebiets zu zeigen, daß man für ihre bedrängte Lage Verständnis hat.

Abg. KOSSMANN hebt Teuerung im besetzten Gebiete hervor.

Besprechung der Tagesordnung der Plenarsitzung

5. a) Abänderung der lex Adickes für Köln.⁴ Dr. PORSCH und Prof. SCHMITTMANN heben hervor, daß der Antrag ohne Debatte erledigt wird.

b) Die anderen Punkte bieten zu Bemerkungen keinen Anlaß.

6. Besprechung der Personalfragen der Unterstaatssekretäre, Beiräte und Oberpräsidenten. Minister STEGERWALD gibt die Namen bekannt, die für die einzelnen Posten vorgesehen sind und hebt hervor, daß die Liste der Namen⁵ in unseren Krei-

1 Antrag Gronowski usw. [Z] auf Steuernachlässe für kinderreiche Familien usw., Drucks. Nr. 146.

2 Förmliche Anfrage Tewes usw. [Z] über die Kommunalisierung des Lebensmittelhandels, Drucks. Nr. 143.

3 Antrag Dr. Heß usw. [Z] um Erhöhung der Teuerungszulagen im besetzten Gebiet, Drucks. Nr. 138.

4 Gesetzentwurf über Abänderung des Gesetzes, betr. die Umlegung von Grundstücken in Köln vom 28. Juli 1911, Drucks. Nr. 131. Als lex Adickes wurde ursprünglich ein in der Sessionsperiode 1902 verabschiedetes Gesetz bezeichnet, das der Stadt Frankfurt a. M. das Recht zur zwangsweisen Zusammenlegung von Grundstücken einräumte, um dadurch bebauungsfähiges

sen einen ungünstigen Eindruck machen wird. Es muß eine Änderung angestrebt werden.

Gelände zu erhalten. Benannt wurde das Gesetz nach dem Frankfurter Oberbürgermeister Adickes.

5 Es handelte sich dabei um einen Beschluß des preußischen Staatsministeriums vom 26. März 1919. Als parlamentarische Staatssekretäre waren demnach vorgesehen

Inneres: Oscar Meyer (DDP)

Landwirtschaft: Busch (Z)

Volkswohlfahrt: Eduard Gräf (SPD)

Kultus: Troeltsch (DDP), Wildermann (Z)

Justiz: Hugo Heinemann (SPD)

Staatsministerium: Paul Göhre (SPD).

Als Beiräte in den Ministerien sollten fungieren:

Handel: Hue, Hartmann, Vogelsang,

Eisenbahn: Brunner, Schmidt (Conz).

Vgl. den Auszug aus dem Protokoll des preußischen Staatsministeriums vom 26. März 1919, in: GStA Merseburg, Rep. 90a, Abt. D, Titel I.1, Nr. 25. Die Liste der vorgesehenen Oberpräsidenten konnte nicht ermittelt werden, da die Protokollbände des Staatsministeriums im GStA Merseburg während der Bearbeitungsdauer nicht zugänglich waren.

12.

10. 4. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff.

Porsch ist bettlägerig erkrankt.¹

Das Kuratorium des Landesausschusses² besteht aus Hager, Kuckhoff, Wildermann.

Die Stellung der Bischöfe zum Eintritt des Zentrums in die Regierung hat zu einer Einrede des Kardinals in Köln geführt gegen eine Äußerung Kuckhoffs in einer

1 Die Germania Nr. 164 vom 10. April 1919 notierte dazu: „Beim Einsteigen in die Straßbahn [!] ist er durch die Ungeschicklichkeit eines Mitfahrenden auf ein Knie gefallen und hat sich dadurch eine Muskelzerreißung zugezogen, die ihn für längere Zeit zum Liegen zwingt.“ Porschens Genesung und die Wiederaufnahme seiner politischen Tätigkeit wurden erst in der KV Nr. 459 vom 18. Juni 1919 gemeldet.

2 Der Landesausschuß der preußischen Zentrumspartei war 1908 gebildet worden. Als „Kuratorium“ werden hier vermutlich die drei Beisitzer für den Vorstand bezeichnet, die durch Satzungsänderung 1912 eingeführt wurden. Beisitzer waren seit 1912 Peter Spahn, Karl Bachem und Hans Graf Prashma. Vgl. Bachem, Bd. 7, S. 424.

Versammlung in Köln.³ Es wird die Anschauung geäußert, daß die Bischöfe jetzt auch zu ihrer Haltung öffentlich Stellung nehmen müssen. Man kann in vertrauten Kreisen [!].

Tagesordnung der Sitzung

DINSLAGE berichtet über Beschlüsse der Geschäftsordnungskommission, u. a. Einrichtung der „Kleinen Anfragen“.⁴

VOGELSANG macht Mitteilung über eine Sitzung im Handelsministerium wegen Erhöhung der Kohlenpreise und über die Haltung der Regierung zu den Unruhen im Ruhrrevier.⁵

Verschiedene Mitglieder, besonders die aus Arbeiterkreisen, machen auf die unrühmliche Politik der Regierung aufmerksam, die schuld ist an dem unhaltbaren Zustand.

KOSSMANN weist auf das Verhalten der Franzosen im Saarrevier hin. Es soll eine Interpellation in Erwägung gezogen werden.⁶

Vogelsang und Schmidt sind zu „sozialen Beiräten“ im Handelsministerium bzw. Eisenbahnministerium ernannt worden.⁷

LINZ berichtet über die fieberhafte Tätigkeit zur Besetzung der Oberpräsidentenposten, die sich wesentlich gegen das Zentrum richtet. Wesentlich ist, daß das Zentrum durch einen Unterstaatssekretär in das Ministerium des Innern hineinkommt.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die einzelnen Gruppen innerhalb der Fraktion zu ihren Sitzungen stets allgemeine Einladungen erlassen sollen.

³ Nicht nachgewiesen.

⁴ Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über Änderung der vorläufigen Geschäftsordnung, Drucks. Nr. 180. Vgl. dazu auch den Mündlichen Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Annahme von vorläufigen Bestimmungen der Geschäftsordnung in der 16. Sitzung vom 11. April 1919, Sp. 1177 f.

⁵ Eine „Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergarbeiter“ hatte am 31. März 1919 in Essen den Generalstreik für den 1. April 1919 ausgerufen, woraufhin die Reichsregierung den Belagerungszustand verhängte. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 152. Die preußische Regierung hatte am 7. April 1919 Carl Severing zum Staatskommissar im Bereich des VII. Armeekorps (Rheinland-Westfalen) ernannt. Vgl. Kabinett Scheidemann, S. 142. In einer daraufhin anberaumten Konferenz von Vertretern der vier Bergarbeiterverbände und der Zechenverbände unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers und unter Hinzuziehung des Staatskommissars Severing und Vertretern des preußischen Handelsministeriums wurde zwar die Verkürzung der Arbeitszeit der Grubenarbeiter auf 6 Stunden abgelehnt, jedoch die Einführung der 7 Stunden-Arbeitszeit von den Vertretern des Zechenverbandes akzeptiert. Vgl. den Pressebericht der Pressewarte Nr. 1128 vom 10. April 1919, abends, S. 716. (Exemplar in: GStA Merseburg, Rep. 76I, Sekt. I, Nr. 191, Bd. V.)

⁶ Förmliche Anfrage Vogelsang usw. [Z] über die Lage der Bergarbeiter im besetzten Saargebiet, Drucks. 194. Sie lautete: „Die *Bergarbeiter des Saarreviers* befinden sich seit 2 Wochen im Ausstand, weil die Durchführung der gesetzlich angeordneten achtstündigen Arbeitszeit und eine ausreichende Lohnaufbesserung von den französischen Besatzungsbehörden verhindert wird. Im Ausstand verharrende Arbeiter sind in großer Zahl von den französischen Besatzungsmächten verhaftet worden und sollen ins rechtsrheinische Gebiet ausgewiesen werden. Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um diese unhaltbaren Zustände zu beheben?“

⁷ Vgl. Staatsanzeiger Nr. 78 vom 4. April 1919; Schulthess 1919 I, S. 161.

13.

11. 4. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank. Beginn: 10.15 Uhr.

1. Abg. HEROLD eröffnet um 10.15 Uhr die Sitzung. Er verliest die Eingänge.

Herr BUSCH und Herr WILDERMANN berichten kurz über die Ansichten der Regierung über die Besetzung von Regierungspräsidenten- und Landratsstellen, sowie bezüglich der Oberpräsidenten.

2. Es wird sodann auf die Tagesordnung eingegangen.

Zuerst wird debattiert zu Drucksache 11, Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht p.p.¹

Herr Prof. WILDERMANN spricht dann bezüglich der Ortsaufsicht durch Geistliche und bittet Herrn KAMP, als Vertreter der katholischen Lehrerschaft dazu Stellung zu nehmen. Er erklärt, die katholischen Lehrer fordern die Aufhebung der Ortschulaufsicht und fordern Fachschulaufsicht.

Herr KUCKHOFF führt aus: Herr Wildermann hat gesagt, wir versteifen uns nicht auf die geistliche Schulaufsicht, sofern Sicherheit geboten ist, daß die christliche Erziehung gewährleistet wird. KUCKHOFF verweist auf die Weimarer Verhandlungen.²

Herr GOTTWALD ist der Ansicht, daß das Ganze mehr Sache der Schulverwaltung sei. Er ist der Ansicht, daß im Einvernehmen mit den Eltern in den einzelnen Schulen der Gemeinden die Frage nur gelöst werden kann. Er schlägt vor, hierzu nicht zu sprechen im Plenum.

Herr Prof. WILDERMANN sagt, wir müssen auf jeden Fall heute sprechen, eventuell einen Gegenantrag stellen.

Herr Dr. HAGER schlägt vor, heute keine feste Stellung einzunehmen, sondern Antrag für Überweisung an eine Kommission einzubringen.

Herr KAMP erklärt, daß seine Lehrerkollegen schlecht gegen den Antrag stimmen können.

Herr KLOFT fordert, daß die Fraktion sich umgehend an den Episkopat wenden muß, damit Klarheit in der Schulfrage geschaffen wird.³

Herr Prof. LAUSCHER schlägt vor, eine klare Stellung gegen die einseitige Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht einzunehmen.

1 Antrag Herrmann usw. [DNVP] auf Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht, Drucks. Nr. 11.

2 Gemeint sind die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Deutschen Nationalversammlung über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und Staat und Schule. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 154.

3 Vgl. Nr. 37, wo die Antwort des Episkopats erwähnt wird.

Frl. STOFFELS schlägt ebenfalls vor, durch Einbringung des Antrages auf Überweisung an eine Kommission [!].

Herr VENNEN ist der Ansicht, daß ein Lehrer sprechen muß.

Herr Prof. WILDERMANN stimmt dem bei.

Herr KAMP ist bereit, daß die Fraktion nicht für die einseitige Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht sei.⁴ Nach Abgabe dieser Erklärung soll die Fraktion gegen den Antrag stimmen.

Zu den anderen Anträgen⁵ wird keine Stellung genommen.

Die noch auf der Tagung stehende Rätefrage⁶ muß noch weiter besprochen werden.

4 Vgl. Nr. 14, wo die Plenarrede Kamps nochmals durchgesprochen wurde.

5 Antrag Herrmann usw. [DNVP] über Hebung der Volksschule und des Lehrerstandes, Drucks. Nr. 12 und Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP], betr. die geistliche Ortsschulaufsicht, Drucks. Nr. 21.

6 Am Ende der 15. Sitzung am 10. April 1919 entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, ob die Beratung der Anträge Gräf, Drucks. Nr. 86 und 87, Martin, Drucks. Nr. 94, und Friedberg, Drucks. Nr. 115, zur Rätefrage mit Rücksicht auf den gleichzeitig tagenden Rätekongreß vorgezogen werden sollten. Diese Forderung der DDP lehnten Zentrum, SPD und USPD jedoch ab. Vgl. Sp. 1158-1165. Die Anträge wurden schließlich in der 17. Sitzung am 12. April 1919 ohne Aussprache dem Handels- und Gewerbeausschuß überwiesen. Vgl. Sp. 1330.

14.

12. 4. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: unbekannte Handschrift

Antrag Hager-Tewes etc. über Besteuerung von Gewerbebetrieben.¹ Wird zurückgestellt. Desgleichen 2 Anfragen Blank.²

Über den Entwurf eines Landeskulturgesetzes³ soll Müller berichten.

BRUST berichtet über den Antrag bezüglich die Bergarbeiter im Saarrevier;⁴

KAMP über den Antrag bezüglich Ortsschulaufsicht und Hebung der Volksschule.⁵

1 Nicht nachgewiesen.

2 Lediglich nachweisbar ist die Kleine Anfrage Blank usw. [Z] über die Bevorzugung amtlicher Kreisblätter, Drucks. Nr. 228. Die Drucksache datiert vom 12. April 1919.

3 Gesetzentwurf über Landeskulturbehörden, Drucks. Nr. 191.

4 Förmliche Anfrage Zörgiebel usw. [SPD] über den Schutz der Bergarbeiter im besetzten Saargebiet, Drucks. Nr. 199.

5 Dabei handelt es sich um den Antrag Herrmann usw. [DNVP] über Hebung der Volksschule

Es ergibt sich eine Debatte über die Frage der Stellung der Fraktion zur Ortsschulaufsicht. Gegen einzelne entgegenstehende Ansichten aus Lehrerkreisen (STOFFELS und GOTTWALD) ist die Fraktion der Ansicht, daß geschlossen gegen die Aufhebung der Ortsschulaufsicht gestimmt werden soll. Kamp wird diese Stellungnahme vertreten⁶: „Wir stimmen für die Einführung der *Fachschulaufsicht*, aber wir wollen unbedingt zunächst in anderer Form den Einfluß der Kirche auf die sittlich religiöse Erziehung gewahrt wissen.“ Da diese Voraussetzung nicht vorliegt, müssen wir vorläufig gegen die Aufhebung der geistlichen Ortsschulaufsicht stimmen. Das gleiche gilt für die Zentrumsmitglieder in der Regierung.

WILDERMANN wollte den Weg gehen, für das Gesetz über die Fachschulaufsicht⁷ zu stimmen, dabei aber eine Erklärung über die grundsätzliche Wahrung des Einflusses der Kirche abzugeben.

Die Fraktion billigt diesen Standpunkt nicht, sondern will bei obiger Stellung bleiben.

BUSCH beantragt, den Versuch zu machen, die Anträge an eine Kommission zu verweisen. Wird abgelehnt.

Es wird mitgeteilt, daß nach der neuesten Besprechung der Staatssekretär im Reichsamt des Innern dem Zentrum nicht bewilligt wird.⁸

und des Lehrerstandes, Drucks. Nr. 12, und den Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP], betr. die geistliche Ortsschulaufsicht, Drucks. Nr. 21.

6 Kamp legte die folgenden Gedanken in der anschließenden Plenarsitzung ausführlich dar. Vgl. 17. Sitzung am 12. April 1919, Sp. 1301-1307.

7 Kultusminister Haenisch hatte in der 16. Sitzung am 11. April 1919 erklärt, daß der Gesetzentwurf, „der die Ortsschulaufsicht generell aufhebt, [. . .] und der ganz allgemein die Kreisschulaufsicht durch Fachleute einführt“, dem Staatsministerium zur Beschlußfassung bereits vorliege. Vgl. Sp. 1232. Als Unterstaatssekretär im Kultusministerium war Wildermann hierüber unmittelbar informiert. Dieser Gesetzentwurf wurde mit Datum vom 28. April 1919 veröffentlicht.

8 Gemeint ist hier offensichtlich nicht das Reichsamt des Innern, sondern das preußische Innenministerium. Bereits kurz nach der Regierungsbildung versuchte die preußische Zentrumsfraktion einen weiteren parlamentarischen Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern zu erhalten. Dies stieß auf den energischen Widerspruch der DDP. Im April 1919 zeichnete sich jedoch ab, daß die SPD bereit war, dem Drängen des Zentrums nachzugeben. Vgl. die Protokolle der DDP-Fraktionssitzungen vom 29. März, 9. und 12. April 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 29, 30 f., 32rs-33. Am 12. Mai 1919 erklärte sich schließlich auch die DDP bereit, der Forderung des Zentrums nachzugeben. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 12. Mai 1919, in: ebd., fol. 40. Am 13. Mai 1919 beschloß daraufhin das preußische Staatsministerium, der Ernennung eines der Zentrumspartei angehörenden zweiten parlamentarischen Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern zuzustimmen, falls die Mehrheitsparteien einen entsprechenden Antrag stellten. Vgl. den Auszug aus dem Protokoll des Staatsministeriums vom 13. Mai 1919, in: GStA Merseburg, Rep. 90a, Abt. D, Titel I.1, Nr. 25. Schließlich wurde in der Sitzung des Staatsministeriums am 23. Mai 1919 der Ernennung des Zentrumsabgeordneten Wilhelm Linz zugestimmt. Vgl. den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll vom 23. Mai 1919, in: ebd.

15.

6. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift.

Der II. Vorsitzende Herr Geheimrat HEROLD teilt zu Beginn mit, daß die Frau Gemahlin¹ unseres verehrten Vorsitzenden Präsident Porsch am Sonntag den 4. Mai an Halsentzündung in Breslau gestorben ist. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen. Herr HEROLD weist auf die großen Verdienste der Frau Geheimrat Porsch hin, die Zeit und Leid und Mühe und Arbeit im parlamentarischen Leben mit unserem verehrten Vorsitzenden geteilt hat.

Der Vorsitzende [HEROLD] trägt sodann die Eingänge vor.

Herr KAMP weist sodann auf die Schulfrage hin. Er verliest die sogenannte Osterbotschaft des Ministers Haenisch und einen diesbezüglichen Artikel im „Tag“.² Er fordert, daß mit Rücksicht auf die schiefen Darstellungen in der roten Presse und auch in der Deutschen Tageszeitung [. . .]³

Herr Abg. Dr. REINEKE weist auf die Polemik in der Deutschen Tageszeitung mit ihm hin.⁴

Herr BRUST empfiehlt eine Klarstellung durch die Presse.

Herr WILDERMANN führt aus, daß das Zentrum sich beim Eintritt in die Regierung zu nichts in der Schulfrage verpflichtet [habe].

Herr Reichsminister BELL rät ab, z. Zt. eine Erklärung der Fraktion loszulassen. Der Zeitpunkt sei dazu nicht geeignet.

Herr HEROLD fragt die Fraktion, ob nun eine gemeinsame Erklärung losgelassen werden soll? Er weist darauf hin, daß eine offizielle Erklärung jetzt Konfliktstoff ergeben würde; z. Zt. liegt der Antrag im Plenum vor auf Abänderung der Ortschaftschulaufsicht. Bei dieser Gelegenheit ließe sich die Erklärung am besten erledigen.

Herr BRUST ist nunmehr auch der Ansicht, daß z. Zt. nichts durch die Presse geht.

1 Lili Porsch, geb. am 4. Mai 1867 in Eltville, gest. am 4. Mai 1919 in Breslau. Tochter des Eltviller Sektfabrikanten Adam Müller (1840-1903) und seiner Ehefrau Marie, geb. Netscher (1844-1923). Seit dem 9. September 1896 verheiratet mit Felix Porsch.

2 Gemeint ist vermutlich der Bericht von der Sozialdemokratischen Lehrerkonferenz am 21. April 1919 in Berlin, der in Der Tag Nr. 179 vom 22. April 1919 erschien. Demnach hatte Ministerialdirektor Menzel namens des preußischen Kultusministeriums erklärt, daß Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit den sozialistischen Lehrern gelegt werde, bereits mehrere sozialdemokratische Lehrer in der zentralen Unterrichtsverwaltung angestellt worden seien, der Gesetzentwurf über die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht vorliege und ein weiterer Gesetzentwurf über die Einführung einer kollegialen Schulverwaltung bevorstehe. Vgl. dazu auch den Bericht in der KV Nr. 314 vom 22. April 1919. Der Wortlaut der Erklärung Haenischs ließ sich nicht ermitteln.

3 Der Satz bricht ab.

4 Nicht nachgewiesen.

Herr MERX erläutert die Verhältnisse in der Kölner Zentrumsparlei und bittet Dr. Wirtz um Einverständnis mit Kastert und Dr. Kuckhoff.⁵

Herr HEROLD verliest weitere Eingänge.⁶

Herr BUSCH teilt mit, daß das Staatsministerium seinen Antrag, [daß] während der Vertagung der Häuser keine Beamtenstellen besetzt werden, angenommen habe.

Dr. REINEKE wünscht einen Beschluß der *Fraktion*, daß vor der Besetzung der Beamtenstellen unsere parlamentarischen Vertreter in den einzelnen Ministerien befragt werden.

Dr. WILDERMANN macht darauf aufmerksam, daß es große Schwierigkeiten macht, einen geeigneten Herrn für Recklinghausen (Landrat) zu finden.⁷ Die Anmeldungen, die an seine Adresse gelangten, seien minimal. Die Landräte werden nur kommissarisch angestellt, und [es] findet sich unter diesen Umständen kein Beamter in fester Stellung bereit, eine solche Stelle zu übernehmen.

Herr KLOFT macht darauf aufmerksam, daß nach seiner Information bindende Abmachungen in der Sozialdemokratischen Partei über die Besetzung der Beamtenstellen gemacht sind. Er verlangt dieserhalb Klarstellung.

BUSCH gibt zur Aufklärung bekannt, daß er ausdrücklich im Staatsministerium verlangt habe, daß während der Vertagung keine Beamtenstellen besetzt werden und daß uns die Namen mindestens 8 Tage vorher bekanntgegeben werden. Diesem Verlangen sei zugestimmt worden.

SCHÜLING macht die Mitteilung, daß Unterstaatssekretär Meyer⁸ im Gemeindeausschuß erklärt habe, die Landräte werden bis zur Neuwahl der Kreistage nur kommissarisch angestellt.

STIELER bestätigt die Ausführungen Wildermanns, daß kein geeigneter Zentrumsman für Recklinghausen gefunden werden konnte.

GOTTWALD führt Klage über die Besetzung der Lehrerbeiratsstelle im Staatsministerium.⁹

WILDERMANN erklärt, daß er den katholischen Lehrerverein gefragt hat und weist jeden Vorwurf zurück.

Dr. HAGER: Wir müssen einen Mann im Hauptberuf haben, der in ganz entschiedenem Maße im Ministerium unsere Interessen vertritt. Wildermann und Busch sind zu stark mit Arbeit überlastet. Sie können es nicht machen.

5 Worum es im einzelnen ging, konnte nicht ermittelt werden. Justizrat Heinrich Wirtz, seit dem 24. November 1916 Vorsitzender der Kölner Zentrumsparlei, trat im Sommer 1918 zurück. Sein Nachfolger wurde Kastert. Vgl. KV Nr. 947 vom 25. November 1916 und Nr. 617 vom 7. August 1918.

6 Ab hier unbekannte Handschrift.

7 Nachfolger von Robert Bürgers (1913-1919) als Landrat von Recklinghausen wurde das Zentrumsmittglied Erich Klausener, 1917-1919 Landrat von Adenau, (1919) 1920-1924 Landrat von Recklinghausen.

8 Oscar Meyer (DDP), seit 4. April 1919 Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 161. Seine Stellungnahme im Gemeindeausschuß konnte nicht ermittelt werden. Vgl. Anm. 10.

9 Nicht nachgewiesen.

HEROLD: Wir werden die Angelegenheiten noch eingehend im Vorstande beraten.

BUSCH: Ich habe meine volle Pflicht und Schuldigkeit getan. Macht aber darauf aufmerksam, daß wir sehr vorsichtig sein müssen.

Dr. REINEKE teilt einen Antrag, der seitens der Sozialdemokratischen Partei gestellt wurde¹⁰, mit, der verlange, daß alle unbesoldeten Beigeordneten in Gemeinden durch Gesetz gezwungen werden, bis zum 1. Juli ihre Ämter niederzulegen. Er bittet, daß die Fraktion ihre Vertreter beauftragt, gegen den Antrag zu stimmen.

Der Gegenstand wird verlassen und zur Tagesordnung des Plenums übergegangen.

HEROLD teilt mit, daß der Ältestenausschuß sich noch eingehend mit der Geschäftslage beschäftigen muß. Desgleichen auch, wie die erste Lesung des Etats getätigt werden soll. Für die gesetzlichen Vorlagen bezüglich Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht wird eine besondere Fraktionssitzung gewünscht.

Dr. SCHMEDDING berichtet über den Etat.¹¹ Das Gesamtbild ist recht traurig und mahnt zur ernstlichen Zurückhaltung in neuen Anträgen mit neuen Forderungen.

KLOFT weist darauf hin, daß es bedauerlich sei, wenn die Fraktion damit allein vorgehe. Es müsse ein gemeinsames Vorgehen aller Parteien erstrebt werden. Die Verhältnisse im Eisenbahnministerium seien unhaltbar.

BRUST unterstrich die Anregung Klofts. Es sei auch an einer Beseitigung des Beamtenprivilegs zu denken und an eine Besteuerung der Teuerungszulagen der Beamten.

Dr. SCHMEDDING geht auf Einzeletats ein. Schmedding soll für die Fraktion zum Etat sprechen.¹²

GOTTWALD verteidigt die Rechte der Beamten.

MERX weist darauf hin, daß die hohen Lohnforderungen der Eisenbahner die Anregung zu allgemeinen Lohnforderungen gegeben haben. Bei einer allgemeinen Gehaltsreform werden die Beamten auch auf das Privileg verzichten. Die Beamtenanträge¹³ müssen aufrechterhalten werden, da die Sozialdemokraten energisch dafür eintreten.

10 Der Antrag der SPD wurde vermutlich im Gemeindeausschuß gestellt, in dem Reineke Berichterstatter war. Über die Ausschußverhandlungen wurde lediglich mündlich Bericht erstattet. Vgl. 43. Sitzung vom 10. Juli 1919, Sp. 3305-07, wobei der Antrag der SPD nicht erwähnt wurde. Die Akten über die Ausschußverhandlungen im GStA Merseburg konnten nicht konsultiert werden.

11 Gesetzentwürfe, betr. die Feststellung des Staatshaushaltsplans für 1919 und die Ergänzung der Einnahmen im Staatshaushaltsplan für 1919, Drucks. Nr. 134.

12 Rede Schmeddings in der 18. Sitzung am 6. Mai 1919, Sp. 1376-1382.

13 Antrag des Staatshaushaltsausschusses über die Verbesserung der Dienstehkünfte der Beamten, Lehrer usw., den Ausbau der Teuerungszulagen usw., Drucks. 292.

16.

7. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff

DINSLAGE berichtet über die Arbeiten der Geschäftsordnungskommission. Vorlage Drucksachen Anträge No. 42/43:¹ er meint, die verfassungsmäßigen Bestimmungen gehören nicht in die Geschäftsordnung hinein. Die Fraktion ist dieser Ansicht.

Es wird gesprochen über das Zurücktreten der Gemeindevorstände und Magistratsmitglieder. BRUST meint, man solle gesetzmäßige Regelung abwarten. Unterdessen können einzelne zurücktreten. Man soll das durch die Presse empfehlen. Der sozialdemokratische Antrag, bis 1. Juli Rücktritt aller unbesoldeten Magistratsmitglieder zu fordern, hat viel für sich und findet Sympathie auch in unseren Kreisen.² Aber es hat keinen Zweck, jetzt etwa der kommenden gesetzlichen Regelung vorzugreifen.

Arbeiterräte: RÜRUP berichtet über den Stand der Frage. Die christlich-nationalen Arbeiter wünschen, daß den Anträgen der Sozialdemokraten auf Einführung der Betriebsräte zugestimmt wird.³

KUCKHOFF, TEWES fragen an, wie man sich die Aufgabe der Räte denkt und vor allem ihren Einfluß auf die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Wirtschaftlich muß man sich damit abfinden, politisch muß man es ablehnen.

STEGER: Politisch sollen die Räte keine Befugnisse haben. Sie müssen auf paritätischer Grundlage aufgebaut werden. Im Bergbau sind sie ein Ausbau der bestehenden Ausschüsse. Dadurch ist die Gefahr beseitigt, daß die Gewerkschaften ausgeschaltet werden. Es bestehen auch Richtlinien für die Arbeit der Räte im Bergbau, die mit den Arbeitgebern vereinbart worden sind.

KUCKHOFF macht Bedenken geltend dahingehend, daß die Räte die gesamte Arbeiterbewegung schädigen.

1 Bisher hatten 6 Sitzungen des Ausschusses stattgefunden, in denen der Geschäftsordnungsentwurf in erster Lesung bis zum § 59 beraten worden war. Vgl. GStA Merseburg, Rep. 169 D I J Nr. 22a, Bd.1, fol. 1-47. In der 7. Sitzung des Ausschusses am 7. Mai 1919, ab 19 Uhr, wurde im Anschluß an die Diskussion der Zentrumsfraktion von Linz der Antrag gestellt, keine verfassungsrechtlichen Fragen in die Geschäftsordnung aufzunehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Vgl. das Protokoll der Ausschußsitzung vom 7. Mai 1919, in: ebd., fol. 48. Bei den Anträgen Nr. 42 und 43 handelt es sich um Abänderungsanträge, die im Ausschuß gestellt wurden. Vgl. zum gesamten Vorgang auch den gedruckten Ausschußbericht, Drucks. Nr. 1900 A.

2 Vgl. Nr. 15 Anm. 10.

3 Die Förmliche Anfrage Gräf (Frankfurt) (SPD), Drucks. Nr. 85, forderte Auskunft darüber, ob die Verbesserung des Bergarbeiterschutzes und die Reform des Knappschaftswesens durch Landes- oder Reichsgesetz erfolgen solle. Die Anträge Gräf (Frankfurt) (SPD), Drucks. Nr. 86 und 87, forderten die Bildung von Betriebsräten im Bergbau auf dem Verordnungswege und die Anstellung von Hilfsinspektoren aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen zur Unterstützung der staatlichen Aufsichtsbeamten.

Dr. HAGER hat Bedenken wegen der wirtschaftlichen Tätigkeit der Räte.

SAUERMANN und STEGERWALD meinen, daß den sozialdemokratischen Anträgen (85/86) zugestimmt werden kann. Drängend ist die Sache vor allem im Eisenbahnbetrieb. Es handelt sich um den Kampf der Einführung der Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben.

17.

8. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff

Anfrage Schüling bezüglich Rechtsgültigkeit der Gemeindevertretungen wird vorgelegt.¹ Sie soll weiter geprüft werden.

Frage der Besetzung des Oberpräsidiums Westfalen.² Schmedding hat abgelehnt, den Posten zu übernehmen. Er hat Dr. Würmeling vorgeschlagen. Der wird abgelehnt. SCHMEDDING erklärt, daß er nicht annehmen wird, wenn auch nur ein Teil der Fraktion ihm nicht volles Vertrauen ausspreche. Es soll erst entschieden werden, wenn Herr Herold zugegen ist.

KUCKHOFF beantragt, daß Schritte getan werden, daß die heutige Plenarsitzung ausgesetzt wird zum Zeichen des Protestes gegen die Friedensbedingungen.³ Die Fraktion ist einverstanden.

Tagesordnung von heute:

Antrag 164 betr. Rentenempfänger.⁴ Es wird ein Ergänzungsantrag vorgelegt, der aber im Staatshaushaltsausschuß eingebracht werden soll.⁵

1 Nicht nachgewiesen.

2 Zur Besetzung des Oberpräsidiums in Westfalen vgl. Nr. 22 Anm. 4.

3 Nachdem am 7. Mai 1919 der deutschen Friedensdelegation in Versailles die Friedensbedingungen übergeben worden waren (vgl. Schulthess 1919 I, S. 203), wurde die Friedensfrage in der Sitzung des Ältestenrates am 8. Mai 1919, 11.20 Uhr bis 13.20 Uhr, erörtert und die Abhaltung einer Protestkundgebung während der Vollsitzung beschlossen. Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

4 Antrag Herrmann usw. [DNVP] über die Notlage der Altpensionäre, Witwen und Rentenempfänger, Drucks. Nr. 164.

5 Der Antrag Herrmann wurde am 23. Mai 1919 dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen. Erst in der 69. Sitzung des Ausschusses am 27. Januar 1920 kam er zur Beratung. Ein Änderungsantrag des Zentrums wurde dann nicht mehr gestellt. Vgl. den Bericht dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 32h, Beiheft 1, Bd. 5.

18.

9. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff

Die Hannoveraner (7)¹ haben an die Fraktion das Ansinnen gestellt, als Hospitanten aufgenommen zu werden. Sie stellen dabei die Forderung, daß wir sie im Bestreben, in ihren Gebieten leitende Beamtenposten zu bekommen, unterstützen. Dem steht nach Ansicht der Fraktion nichts entgegen. Bedenken werden geltend gemacht (HESS, EISMANN) gegen den Eintritt von Protestanten. „Wir können dann nicht mehr so ungeniert über unsere spezifischen katholischen Angelegenheiten sprechen.“ Dem wird von anderer Seite widersprochen mit Rücksicht auf die Vergangenheit der Partei.² Es wird abgestimmt: Es erhebt niemand Einspruch gegen die Aufnahme und keiner enthält sich der Abstimmung.

Heß wird beauftragt, die Personalien bezüglich der Berufung von Anhängern des Zentrums in maßgebende Stellungen zu behandeln.

Friedensfrage³: MUSIOL teilt mit, daß beabsichtigt ist, [daß] Schleswig-Holstein die Autonomie bekommen soll. Man soll versuchen, vielleicht auch Oberschlesien diese Autonomie zu beschaffen. Es soll jede Fraktion eine Rede halten, in der in großen Zügen die Schwere der Bedingungen dargelegt wird.

KLOFT betont, daß mit möglichst harten Worten auf die Grausamkeit der Bedingungen hingewiesen wird.

SAUERMANN macht ebenso auf die Schwere aufmerksam.

GOTTWALD meint, der Friede sei unannehmbar.

LAUSCHER: Es muß auch auf die Brutalität des Friedens, die Auslieferung des Kaisers hingewiesen werden.

WENTRUP ist auch der Ansicht, daß der Friede nicht unterzeichnet werden kann.

Fr. HESSBERGER meint, daß wenn man die Unterschrift verweigert, wird die öffentliche Meinung der Welt vielleicht sich gegen die eigene Regierung wenden.

1 Von den sieben Abgeordneten der Deutsch-Hannoverschen Partei traten folgende fünf Abgeordnete der Zentrumsfraktion als Hospitanten bei: Biester, Brackmann, von Dannenberg, Rump, Frh. von Wangenheim. Die Abgeordneten Prella und Wulfestange blieben dagegen selbstständig.

2 Bereits im Kaiserreich hatten sich Abgeordnete der Deutsch-Hannoverschen Partei wiederholt als Hospitanten der Zentrumsfraktion angeschlossen. Vgl. Hans-Georg Aschoff, Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866-1918. Die Deutschhannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreiches, Düsseldorf 1987.

3 In der Sitzung des Ältestenrates am 9. Mai 1919, 15.50 Uhr bis 16.05 Uhr, wurde auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. Frentzel beschlossen, die nächste Plenarsitzung am 13. Mai 1919, 13 Uhr, abzuhalten. Punkt 1 der Tagesordnung sollte die Besprechung der vom Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 8. Mai 1919 abgegebenen Erklärung über die Versailler Friedensbedingungen sein. Es wurde vorgesehen, daß die Parteien zur Friedensfrage einzeln Erklärungen abgeben. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1. Vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 106 vom 10. Mai 1919, 1. Beilage.

19.

9. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff

KUCKHOFF berichtet über eine Sitzung des Unterausschusses zur Beratung der Haltung der Fraktion in Fragen der Aufhebung der Ortsschulinspektion. Anträge, die zu stellen sind, werden vorgelegt.¹ Die Aussprache behandelt vor allem die Frage, wie den kirchlichen Rechten und Behörden ihre Stellung gewahrt werden kann. § 2 des Entwurfes² beseitigt nicht die Ortsschulaufsicht, sie überträgt sie. Es wird vorgeschlagen, im Plenum nur eine Erklärung zu verlesen.

(Es wird die Frage erörtert, wie die Landesversammlung zur Friedensfrage Stellung nehmen soll. Es soll dahin gewirkt werden, daß eine besondere Sitzung dafür stattfindet.³)

Anschauung der Fraktion ist es, daß den Gesetzsvorschlägen nur zugestimmt werden kann, wenn die Abänderungen im Sinne der oben genannten Anträge (siehe die Anlage)⁴ angenommen werden.

1 Protokollnotizen dieser Sitzung des Unterausschusses am 7. Mai 1919 sind im Nachlaß Eismann überliefert, BAT 105, Nr. 1078, Bl. 70-76. Darin werden u. a. folgende Vorschläge aufgeführt:

„Vorgeschlagen von Krug

1. Der Pfarrgeistliche bzw. sein Vertreter erteilt den planmäßigen Religionsunterricht in der Volksschule. Über eine Teilung der Zweige des Religionsunterrichts (Katechismus und biblische Geschichte) verständigen sich der Pfarrer und der Lehrer (Lehrerin).

2. Die den Religionsunterricht erteilenden Geistlichen gelten als Mitglieder des Lehrkörpers der Schule. Als solche haben sie Sitz und Stimme in den Systemkonferenzen.

3. Den Bischöfen wird das Recht eingeräumt, innerhalb der Dekanate einen Geistlichen oder nach Bedarf mehrere Geistliche mit der Beaufsichtigung des gesamten Religionsunterrichts in den Schulen des ihnen zugewiesenen Bezirks und mit der Wahrung des Rechtes der Kirche auf Mitbestimmung der sittlich-religiösen Erziehung zu beauftragen.

4. Die Bischöfe sind sodann berechtigt, für den Umfang ihrer Diözesen durch von ihnen Beauftragte das kirchliche Recht auf Erteilung und Leitung des Religionsunterrichts und Mitbestimmung der sittlich-religiösen Jugend-erziehung ausführen zu lassen.

Vorschlag Kuckhoff zu § 2a

Bei den zentralen Unterrichtsbehörden des Regierungsbezirks sind im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden Vertrauensmänner zu ernennen, die in allen Fragen der religiös-sittlichen Erziehung gutachtlich zu hören sind und die gegebenenfalls Einspruch erheben können gegen Maßnahmen, die den Zielen ihrer Religionsgemeinschaften widersprechen. Die Aufsicht über den Religionsunterricht führen die von den R[eligi]ons]behörden ernannten Personen.“

2 Gemeint ist § 2 des Gesetzesentwurfs, betr. die Aufhebung der Ortsschulinspektion, Drucks. Nr. 248: „Die Schulaufsichtsbehörden sind befugt, die bisher den Lokalschulinspektoren obliegenden Geschäfte, soweit sie nicht wegfallen können, und die mit dem Amte als Lokalschulinspektor nach gesetzlicher Vorschrift oder durch Verwaltungsanordnung allgemein oder im einzelnen Falle verbundenen Geschäfte anderweit auf Behörden oder einzelne Fachleute zu übertragen.“

3 Vgl. Nr. 18, 20 ff.

4 Die Anlagen sind dem Protokoll nicht beigegeben. Vgl. dazu Anm. 1.

20.

9. 5. 1919: Gemeinsame Sitzung der Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff

GRÖBER berichtet über die Stellung der Deutschen Nationalversammlung¹: Man ist der Anschauung, daß die Bedingungen teils zu schwer, teils unerträglich sind. Es sollen im ganzen Land Versammlungen abgehalten werden. Jedoch [ist] dabei nicht endgültig Stellung „ja“ oder „nein“ zu nehmen.

IRL: Man soll nicht sagen: unerfüllbar und unannehmbar. Wir müssen sie schließlich doch annehmen.

HEROLD berichtet über eine Konferenz der Parteiführer im Ministerium.² Es wird der Wunsch ausgesprochen, auch zu sagen, *unannehmbar* in der heutigen Form. Auch die Regierung wünschte, daß dieses auch in Versammlungen und in den Häusern gesagt wird [!]. Aber es sollen die Brücken zur Verständigung nicht abgebrochen werden.

GRÖBER: Unannehmbar nur nach dem Abschluß der Verhandlungen.

SPAHN: Die Demokraten haben sich schlüssig gemacht, zu sagen, daß die Bedingungen, so wie sie sind, *unannehmbar* sind, auch dann wenn sie nicht *wesentlich* geändert würden.

ULITZKA: Die Oberschlesier hoffen, daß das deutsche Volk sich zu starker Hilfe auffaffen werde.³

HEIM: Die Agitationen in großen Versammlungen sind u. U. gefährlich. Die Frage lautet: wird der Friede angenommen oder nicht? Es gibt nur ein Mittel: Zeit gewinnen! Volksreferendum ist sehr zweifelhaft. Wenn wir Zeit gewinnen, können wir die größte Gefahr überwinden.

GRONOWSKI: Für uns gibt es nur ein „Unannehmbar“. Preußen ist der leidtragende Teil.

BELL: Kaltes Blut bewahren! Warnt vor einer Desperadopolitik. Ziel: Verhandlungen. Wenn wir das „Unannehmbar“ sprechen, geben wir der Entente die beste Waffe. Es gibt aber auch Kreise, die uns Verhandlungen erleichtern wollen. Deshalb müssen wir sagen: unerfüllbar und undurchführbar. Er bedauert, daß die De-

1 Gemeint ist die Stellung zu den am 7. Mai 1919 in Versailles übergebenen Friedensbedingungen.

2 Um welche Besprechung es sich handelt, ist unklar. Reichsministerpräsident Scheidemann nahm am 8. Mai 1919 Fühlung mit den Fraktionsvorsitzenden auf, bevor er um 17 Uhr im Friedensausschuß die Stellung der Regierung zum Friedensvertragsentwurf darlegte. Vgl. Kabinett Scheidemann, S. 304. Eventuell ist hier aber auch eine Besprechung der preußischen Parteiführer mit dem preußischen Kabinett gemeint.

3 Im Friedensvertragsentwurf war die ganze Abtretung Oberschlesiens vorgesehen. Vgl. Schult Hess 1919 I, S. 204.

mokratische [Partei] „unannehmbar“ gesprochen hat.⁴ Wenn *dieses* Kabinett und *diese* Mehrheit stürzt, ist das Vaterland verloren. Gefährlich ist zu sagen: unsere Rettung ist der Bolschewismus.

ERZBERGER: Was hat das Volk zu tun, um das Entsetzliche abzuwehren? Deutsche und Preußische Nationalversammlung müssen geschlossen vorgehen. Auch muß die Agitation einheitlich sein. Wie ist die Agitation in den besetzten Gebieten zu betreiben? Darüber werden Besprechungen stattfinden. Parteipolitik muß ausscheiden. Es darf nur vorwärts, nicht rückwärts geschaut werden. – Kein Endurteil darf abgegeben werden, weil niemand die Lage in 3 oder 4 Wochen beurteilen kann. Die Partei darf sich nicht auf „unannehmbar“ festlegen. Ziel ist Friede, der Weg ist Verhandlung. Die Regierung hat noch keine Stellung genommen und wird vorläufig keine einnehmen. Ablehnung bedeutet Krieg im Innern und nach außen.

Fr. NEUHAUS: Soll die Schuldfrage behandelt werden? Die Auslieferung des Kaisers?

FARWICK zweifelt, ob die Agitation einen Zweck hat.

BUSCH: Das Wesentliche sind nicht Versammlungen, sondern die Einmütigkeit in den Parlamenten. Dazu ist es nötig, daß wir auch das Unannehmbar sprechen, um mit den Parteien der Rechten zusammenzugehen.

STEGERWALD: Das Volk muß zu einer einmütigen Erhebung aufgepeitscht werden. Aber es ist die Frage, ob wir Katastrophenpolitik treiben sollen.

SPAHN: Das Unannehmbar soll vorläufig nur konditionell ausgesprochen werden. Als Wesentliches wird festgestellt, daß die Mehrheitsparteien einig bleiben müssen. Unerträglich und unerfüllbar, unannehmbar aber auch unter *diesen* Bedingungen. Wir werden uns aber der Mehrheit fügen. Dagegen stimmen nur 3 Abgeordnete.

⁴ Vgl. den vorangehenden Wortbeitrag Spahns. Die DDP-Minister in der Reichsregierung machten die Erklärung des „Unannehmbar“ durch die Regierung in der Kabinettsitzung vom 12. Mai 1919 auch zur Bedingung ihres Verbleibens in der Regierung, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfuhr. Vgl. Morsey, Zentrumspartei, S. 182 f. Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Reichskabinetts vom 12. Mai 1919, 11 Uhr, in: Kabinett Scheidemann, S. 315.

21.

11. 5. 1919: Gemeinsame Sitzung der Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung und der Preußischen Landesversammlung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, Beginn: 15.15 Uhr

Abg. GRÖBER eröffnet 3 1/4 die Sitzung. Er teilt mit, daß 6 Fraktionsredner die Erklärungen der Partei abgeben sollen. Außerdem soll für Oberschlesien und für Malmedy Eupen seitens der Zentrumsfraktion gesprochen werden.¹

HEROLD berichtet über die Abmachungen des Ältestenrates. Jede Partei stellt einen Redner. Die Parteien rangieren nicht nach der Größe, damit nicht Hoffmann ohne Widerspruch das Abschlußwort hat.² Die Sozialdemokraten wollen wohl unerfüllbar, unerträglich und nicht unannehmbar bringen.³ Alle anderen Parteien stehen auf dem Standpunkt des „unannehmbler“.

Dr. HESS teilt mit, daß die Zentrumsfraktion der Preußischen Nationalversammlung für wünschenswert hält, daß eine Frau namens des Hauses an die Frauen der ganzen Welt einen Appell richtet.

Abg. BRAUNS schlägt vor, daß in den Sitzungen keine scharfen Zwischenrufe gemacht werden.

Abg. HEROLD erklärt, daß jede Parteipolemik unterbleiben soll.

Herr HESS fragt an, ob im besetzten Gebiet Protestversammlungen abgehalten werden dürfen.

Abg. BRAUNS teilt mit, daß in Köln bereits am vergangenen Dienstag eine große Versammlung stattgefunden habe.⁴

Abg. KAAS berichtet, daß bislang im amerikanischen [Besatzungs-]Gebiet derartige Versammlungen statthaft waren. Er wünscht, daß die Vertreter der besetzten Gebiete gesondert zusammenkommen.

1 Gröber bezieht sich hier auf die Reden in der Deutschen Nationalversammlung am 12. Mai 1919 anlässlich der Kundgebung gegen den Versailler Friedensvertragsentwurf. Vgl. Sten. Ber. NV, Bd. 327, S. 1082 ff.; Schulthess 1919 I, 208-215.

2 Adolph Hoffmann (USPD). Tatsächlich sprach für die USPD jedoch Hugo Haase.

3 In der gemeinsamen Sitzung am 10. Mai 1919 beschlossen die SPD-Fraktionen der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung: „1. Über die Annahme oder Ablehnung der Bedingungen soll *Volksabstimmung* im ganzen Land verlangt werden; 2. über die Abtretung der bedrohten Gebiete soll besondere Abstimmung des Volkes in diesen betroffenen Gebieten verlangt werden; [Hermann] Müller-Breslau, der als Plenarredner bestimmt wurde, soll in seinen Ausführungen den erwähnten Satz *Hochs* über die vorbehaltliche Zustimmung *nicht* aufnehmen; 4. er soll erklären, daß die Partei die Bedingungen für *undurchführbar* hält, worin dann das ‚Unannehmbler‘ schon enthalten wäre.“ SPD-Fraktion in der Nationalversammlung, S. 82.

4 Tatsächlich fand die Versammlung in Köln am Montag, dem 5. Mai 1919, statt. Dabei wurde gegen die Entchristlichung der Volksschule protestiert. Vgl. KV Nr. 352 vom 6. Mai 1919.

Abg. BRAUNS teilt mit, daß seitens der Deutschnationalen bereits ein gemeinsamer Aufruf und Protest der Parteien auch in Zeitungen losgelassen wurde.⁵ Er teilt ferner mit, daß der Volksverein für das katholische Deutschland einen Appell an die Katholiken der ganzen Welt richten sollte. Er hat Bedenken, einen zu scharfen Entwurf loszulassen seitens des Volksvereins, da dessen Organisation und Grund im besetzten Gebiete sonst Gefahr läuft, von den Belgiern geschlossen zu werden. Er verliert einen bereits aufgesetzten Aufruf, den die Vertreter der katholischen Verbände unterschreiben sollen.⁶

Herr Prof. MAUSBACH schlägt vor, einen Aufruf an die Katholiken der ganzen Welt zu richten. Er weist darauf hin, daß man gegenüber den Erklärungen der politischen Gegner auch darauf hinweisen kann, daß die Bestrebungen des Papstes doch dem Frieden förderlich gewesen [sind]. Und insoweit doch die Internationalität des Katholizismus nicht ganz versagt habe. Er verliert einen mit Beifall aufgenommenen Aufruf.⁷

BECKER (Arnsberg) bittet, einige Abänderungen zu machen.

BECKER (Nassau) spricht sich gegen diese *Aufrufe* aus und sagt, auch wir haben derartige Aufrufe beim Frieden von Bukarest und Brest-Litowsk nicht gebracht.

Herr GERSTENBERGER schlägt vor, auf die harten Bedingungen hinzuweisen, die gerade die katholische Kirche treffen.

Frau NEUHAUS, Abg. BEYERLE und TRIMBORN sprechen für Absendung der Proteste an die Katholiken. BEYERLE führte noch aus, daß 3 Faktoren als Internationale in Deutschland in Frage kommen: 1. die Sozialdemokraten, 2. die Katholiken, 3. die Loge.

Abg. TRIMBORN hat Bedenken, noch erneut sich an den Hl. Vater zu wenden, da die Bischöfe bereits diesen Schritt unternommen [haben].⁸

Herr Abg. BRAUNS hat auch Bedenken, da der Hl. Stuhl sich in einer sehr peinlichen Lage z. Zt. befinde.

Abg. IRL spricht sich für einen Aufruf an die Katholiken der Welt [aus].

Abg. GRÖBER spricht auch dagegen, den Hl. Vater anzugehen, da das dem Londoner Verträge⁹ entgegenstehe, daß er an Friedensfragen sich beteiligen könne.

5 Dabei handelt es sich um einen Aufruf der DNVP-Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung vom 10. Mai 1919, der den Friedensvertragsentwurf für unannehmbar erklärte. Vgl. den Wortlaut des Aufrufs in: Deutsche Tageszeitung Nr. 233 vom 11. Mai 1919.

6 Der überarbeitete Aufruf Brauns, datiert vom 11. Mai 1919, wurde unter dem Titel „An die Katholiken Deutschlands“ in der Germania Nr. 213 vom 13. Mai 1919 veröffentlicht.

7 Mausbachs Aufruf wurde vermutlich unter dem Titel „Die deutschen Katholiken an die Katholiken der Welt“, datiert vom 11. Mai 1919, in der Germania Nr. 217 vom 15. Mai 1919 veröffentlicht. Zur Friedenspolitik des Papstes bemerkte dieser Aufruf: „Lasset die hohen Friedensgedanken *Benedikts XV.* von neuem in Wort und Schrift lebendig werden für einen Frieden des Ausgleichs und der Verständigung!“

8 Vgl. die Artikel „Kundgebung des Bischofs von Paderborn an den Papst in Sachen des Friedens“ in KV Nr. 373 vom 14. Mai 1919 und „Kardinal Hartmann an den Papst in Sachen der Friedensbedingungen“ in KV Nr. 375 vom 14. Mai 1919.

9 Gemeint ist der Londoner Vertrag vom 26. April 1915 zwischen Italien und der Triple-Entente,

Abg. BECKER (Nassau) bittet auch, den Hl. Vater nicht in Konflikt zu bringen.

Abg. GERSTENBERGER weist nochmals darauf hin, daß doch durch die Friedensbestimmungen und vor allem durch die Sperrung [der] Zinszahlungen zahlreiche Kirchengemeinden vor dem Zusammenbruch stehen.

Abg. KAAS bittet auch, den Hl. Vater nicht in Verlegenheit zu bringen. Er schlägt vor, den Entwurf Brauns einer Redaktionskommission zu überweisen.

Abg. HERSCHEL schlägt vor, sich durch den Nuntius¹⁰, nicht öffentlich an den Hl. Vater zu wenden.

Abg. MAUSBACH bittet, seinen Entwurf anzunehmen.

Abg. BRAUNS ist damit einverstanden, daß sein Entwurf einer Redaktionskommission überreicht wird. Er bemerkt nur, daß die Sache eilt.

Frau DRANSFELD teilt mit, daß der Frauenbund sich bereits an den Hl. Vater wenden werde, um ihn zu bitten, weiter zur Besserung der Lage der Kriegsgefangenen einzutreten.¹¹

Abg. FLEISCHER bittet, die Namen und Hinweis auf Irland, sowie Mammonismus und Materialismus in den Aufruf von Prälat Mausbach aufzunehmen.¹²

Abg. LOEHR weist auf die ungeheuren Kriegskosten hin, die uns auferlegt werden sollen. Er freut sich, daß die Partei der Preußischen Landesversammlung sich für ein Unannehmbar erklärt hat.¹³ Er weist darauf hin, daß unser Nationalvermögen nur Mk. 390 Milliarden beträgt, während die gesamten Kriegskosten rund 435 Milliarden ausmachen. Er bittet, diesen wirtschaftlichen Gesichtspunkt auch in dem Aufruf des Herrn Brauns zum Ausdruck zu bringen.

Abg. BRAUNS macht Vorschläge für die Unterschriften. Herr Kloft für die westdeutschen Arbeitervereine. Herr Graf Galen, Dr. Tewes, Kamp für die Lehrer. Frau Geheimrat [Heßberger], Ministerialdirektor Würmeling, Frl. Oberlehrerin Pfenning (Münster), Präsident Porsch, Gröber, Am Zehnhoff.¹⁴

Abg. GRÖBER schlägt vor, Abg. Bitta für Oberschlesien sprechen zu lassen und Frau Weber für Eupen.¹⁵

in dem Italien den Kriegseintritt gegen die Mittelmächte zusagte und dafür die Aussicht auf territoriale Zugewinne erhielt. Der Vertragstext war zu dieser Zeit noch geheim und wurde erst im Frühjahr 1920 veröffentlicht. Vgl. KV Nr. 328 vom 28. April 1920.

10 In München, Eugenio Pacelli.

11 Nicht nachgewiesen.

12 Diese Anregung wurde nicht aufgegriffen.

13 Die Zentrumsfraktion wie auch die SPD-Fraktion der preußischen Landesversammlung hatten sich gegenüber der preußischen Staatsregierung bereit erklärt, den Friedensvertragsentwurf als unannehmbar zu bezeichnen. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 10. Mai 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 39.

14 Beide Aufrufe, vgl. Anm. 6 und 7, wurden unterschrieben von Josef Andre, Clemens August Graf von Galen, Adolf Gröber, Maria Heßberger, Franz Hitze, Kaspar Kamp, Christian Kloft, Albert Lauscher, Joseph Mausbach, Oberlehrerin Pfenning, Felix Porsch, Lehrerin Schulz, Wilhelm Tewes, Hermann Vogelsang, Bernhard Würmeling.

15 Zur Rede Bittas vgl. Sten. Ber. NV, Bd. 327, S. 1094 f.; Schulthess 1919 I, S. 213; zur Rede Helene Webers, Sten. Ber. NV, Bd. 327, S. 1105; Schulthess, S. 214.

22.

13. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Kuckhoff und Blank, gez. Blank. Schluß: 12 Uhr

Es wird die Frage der Agitation im besetzten und gefährdeten Gebiet erörtert.¹ In den besetzten Teilen ist eine Agitation unmöglich. Es soll aber eine Kommission in Berlin bleiben, um jederzeit mit der Regierung Fühlung zu nehmen. Dasselbe soll für die östlichen Gebiete geschehen.

Personalfragen: Es kommen verschiedene Landratsstellen in Frage. Desgleichen der Oberpräsident für Hessen-Nassau.²

Hess spricht eingehend über die konfessionellen Verhältnisse im Kultusministerium.

Die Fraktion ist der Anschauung, daß eine Reihe von Oberpräsidenten- und Regierungspräsidentenstellen unbedingt sofort durch Zentrumsleute besetzt werden müssen. Es soll erneut die Forderung mit allem Nachdruck in Form eines Ultimatums gestellt werden.³

Abg. HEROLD teilt mit, daß er betreffend der Besetzung der Oberpräsidentenstelle von Westfalen mit Minister Heine gesprochen habe. Von Zentrumsseite wurde offiziell Ministerialdirektor Würmeling vorgeschlagen. Heine hat K[ennntnis] g[enommen], hielt aber Würmeling als Verwaltungsbeamten nicht für so hervorragend. Herold hat auf seinem Standpunkt bestanden und werden Verhandlungen darüber gepflogen werden.⁴

Abg. HEROLD berichtet sodann über die Beschlüsse des Ältestenausschusses, wonach die Rednerliste bestimmt ist für heute.⁵ Hoffmann soll nicht als letzter Redner sprechen.⁶

Bezüglich der Frauenrede schlugen die Frauen der Partei vor, daß Frl. Dransfeld namens der bürgerlichen Parteien [spricht].⁷

1 Gemeint ist die Agitation gegen die Versailler Friedensbedingungen. Vgl. Nr. 21.

2 Am 12. Juni 1919 wurde als Nachfolger von August von Trott zu Solz (1917-1919) Rudolph Schwander zum Oberpräsidenten von Hessen-Nassau ernannt. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 242.

3 Ab hier Handschrift Blank.

4 Bernhard Würmeling wurde am 15. Mai zum Oberpräsidenten von Westfalen ernannt. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 216.

5 Es handelt sich um die Besprechung der Regierungserklärung vom 8. Mai 1919 zur Friedensfrage. Der Ältestenrat tagte am 9. Mai 1919 von 15.50 Uhr bis 16.05 Uhr. Die Festlegung der Rednerliste wird im Protokoll nicht mitgeteilt. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

6 Adolph Hoffmann (USPD) sprach als 5. von 12 Rednern und Rednerinnen.

7 In der Sitzung des Ältestenrates am 13. Mai 1919, 12.26-12.40 Uhr, wurde berichtet, daß nach einer Versammlung aller der Landesversammlung angehörenden Frauen die Frauen darauf verzichtet hatten, eine gemeinsame Vertreterin für die Rednerliste zu stellen. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1. Für das Zentrum sprach daraufhin in der anschließenden Plenarsitzung Frau Heßberger, Sp. 1564 f. Von den anderen Parteien sprachen Frau Dönhoff (DDP) und Frau Poehlmann (DVP).

Kollege SCHMITTMANN beantragt, daß die Stellenbesetzungsfrage nicht nur Personen, sondern einem Ausschusse übertragen wird.⁸ Die Angelegenheit wird vertagt auf die nächste Parteisitzung.

HEROLD erbittet sich die Zustimmung der Partei, daß das Haus sich auf 8 Tage vertage.⁹

8 In einer Fraktionssitzung am 9. Mai 1919 war Heß mit dieser Aufgabe betraut worden. Vgl. Nr. 18. Der Vorschlag von Schmittmann wurde offensichtlich nicht weiterverfolgt. Vgl. Nr. 74.

9 Herold brachte diesen Antrag in den Ältestenrat am 13. Mai 1919 ein. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

23.

22. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff

Anfrage bezüglich Entwertung der Kriegsanleihen soll von der Fraktion eingebracht werden.¹

Tagesordnung für heute: Wohlfahrtsministerium.²

STEGERWALD wünscht morgen schon die [. . .]³ anzunehmen. Das ist ausgeschlossen, weil zuerst Kommissionsberatung nötig ist. SCHMEDDING hat finanztechnische Bedenken.

Es werden zahlreiche Wünsche für die Rede Faßbenders⁴ ausgesprochen. FASSBENDER legt die Leitgedanken dar.

1 Förmliche Anfrage Dr. Hager [Z] über die Entwertung der Kriegsanleihen, Drucks. Nr. 337.

2 Tagesordnungspunkt Nr. 2 der Plenarsitzung war die „Erste Beratung des Nachtrages zu dem Entwurf des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919 (Ministerium für Volkswohlfahrt) – Drucksache Nr. 280“. Der Nachtragsetat wurde in der 22. und 23. Sitzung am 22. und 23. Mai 1919 beraten, dem Hauptausschuß überwiesen und zusammen mit dem Staatshaushaltsplan erledigt. Vgl. Sp. 16458 (Sachweiser).

3 Unleserliches Wort.

4 Rede Faßbenders zum Etat des Wohlfahrtsministeriums in der 22. Sitzung am 22. Mai 1919, Sp. 1620-1640.

24.

23. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff

Es wird die Tagesordnung von heute besprochen. Eine Aussprache entwickelt sich über die Beratung des Entwurfes über Aufhebung der Ortsschulaufsicht.¹ Es wird eine Erklärung vorgelegt, die verlesen werden soll.²

KAMP wünscht, daß vor allem betont werden muß, daß wir keinesfalls einen Kompromiß mit den Linksparteien über die Schule geschlossen haben.

Man ist der Anschauung, daß nicht gesagt werden soll, daß wir die Einbringung eines entgegenstehenden Gesetzes nicht zur Kabinettsfrage machen können. Es muß vor allem betont werden, daß wir uns volle Freiheit der Abstimmung bewahren: wir werden gegen jedes Gesetz stimmen, daß unseren Grundsätzen widerspricht, also auch die vorliegende Vorlage. Die Worte unserer Erklärung³ „wir finden uns damit ab“ sind dahin aufgefaßt worden, daß wir „einverstanden“ sind, daß [in] Gemeinden auch ohne gesetzliche Regelung Simultanschulen eingerichtet werden können. Deshalb sind einzelne Mitglieder gegen die Wiederholung dieser Erklärung. Der Minister hat nur von einer *gesetzlichen* Regelung gesprochen.⁴

Die Mitglieder der Deutsch-Hannoverschen Partei sind in die Fraktion als Hospitanten eingetreten.⁵ Sie werden eingeführt durch HEROLD mit einigen Worten der Begrüßung.

Bezüglich der *Landarbeiterfrage* berichtet BERGMANN.

1 Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Ortsschulinspektion, Drucks. Nr. 248.

2 Die Erklärung wurde von Herold am 23. Mai 1919 im Plenum abgegeben. Vgl. Sp. 1787 f.

3 Gemeint ist die Erklärung der Fraktion, die im März 1919 vor der Regierungsbildung gegenüber der DDP und SPD abgegeben worden war. Vgl. Nr. 5.

4 Ministerpräsident Hirsch hatte in seiner Regierungserklärung angekündigt: „Bis zur endgültigen Regelung durch ein Schulgesetz ist durch sofortige Abänderung des Schulunterhaltungsgesetzes den Gemeinden das uneingeschränkte Recht zu gewähren, Simultanschulen mit wahlfreiem konfessionellen Religionsunterricht einzuführen.“ 10. Sitzung am 25. März 1919, Sp. 630.

5 Vgl. Nr. 18.

25.

23. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Kuckhoff, gez. Herold

Die Fraktion beschäftigt sich mit der Tatsache, daß die Abgeordneten Kuckhoff und Kastert mit französischen Offizieren in den Tagen 18./19. Mai in Verbindung getreten sind.¹

Sie faßt folgenden Beschluß:

Die Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung hat keinerlei Kenntnis gehabt von den Verhandlungen der Herren Kastert und Kuckhoff mit französischen Offizieren über eine Rheinische Republik. Die Herren haben selbständig und auf ihre eigene Verantwortung gehandelt und mit äußerstem Befremden hat die Fraktion von der Tätigkeit Kenntnis genommen. Sie mißbilligt das Vorgehen auf das entschiedenste.

Die Fraktion billigt einstimmig den 1. Teil, den letzten Satz mit Stimmenmehrheit.

1 Am 17. Mai 1919 hatten in Mainz Vertreter aus Aachen, Mainz, Wiesbaden und Köln mit den französischen Offizieren General Mangin und Hauptmann Rostan über die Bildung einer Rheinischen Republik gesprochen. Neben Kastert und Kuckhoff waren Froberger und Dorten die bekanntesten deutschen Vertreter. Über das Treffen verbreiteten sich am 22. Mai 1919 in Berlin Gerüchte. Erst durch eine Veröffentlichung der „Rheinischen Zeitung“ am 24. Mai 1919 wurde es der breiten Öffentlichkeit bekannt. Zur Entstehung der Fraktionserklärung vom 23. Mai 1919 vgl. den Bericht von Heß in der Sitzung des westdeutschen politischen Ausschusses am 30. Mai 1919 in Köln, abgedruckt bei Erdmann, Adenauer, S. 263.

26.

27. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift, gez. Blank. Schluß:
12.15 Uhr

Abg. HEROLD verliert die Eingänge.

Abg. BERGMANN bringt einen Antrag ein, auf die Kreis- und Provinzialbehörden hinzuwirken, daß den Kreis- und Kommunalbeamten, insbesondere den Kreiswegewärtern zeitgemäße Löhne gewährt werden.¹ Nach mehrfachem Für und Wider

1 Antrag Bergmann usw. [Z] über Lohnerhöhung für die Arbeiter und Wegewärter im Provinzial- und Kreisdienst, Drucks. Nr. 363.

wird es den Fraktionsmitgliedern überlassen, den Antrag Bergmann zu unterschreiben.²

Abgeordneter SCHÜLING bringt einen Antrag ein, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Umänderung der Provinzial- und Kreisbehörden aus den Reihen der Volksvertreter gutachtlich zu hören.³ [!] Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Reichsminister BELL schneidet sodann die von den Abg. Kastert und Kuckhoff unternommene Aktion an betreffend Errichtung einer Republik „Rheinland und Westfalen“.⁴ Er spricht sich scharf gegen dieselbe aus. Er betrachtet es als einen großen Bluff, daß durch die Aktion das Saargebiet, Eupen und Malmedy verbleiben. Es wird sodann ein Schreiben der Abg. Kuckhoff und Kastert verlesen, wonach das Mißtrauensvotum der Fraktion zurückgezogen werden soll.⁵

Abg. LINZ spricht sich scharf gegen die Aktion aus.

Abg. BRUST stellt den Antrag, die Herren zur Verantwortung vor die Fraktion zu laden und die Abgeordneten aus der Fraktion auszuschließen.

Abg. BUSCH erklärt, daß Adenauer ein überzeugter Zentrumsmann sei.⁶

Minister Abg. STEGERWALD teilt mit, daß Kuckhoff und Kastert von der Reichsregierung telegraphisch nach hier berufen seien.⁷

Abg. HEROLD berichtet sodann über Verhandlungen, die er mit den Unterstaatssekretären Busch und Linz und dem Assessor Bachem⁸ gehabt habe; er verliest eine formulierte Erklärung⁹, die [er] zur Debatte stellt. Auf Grund vorliegender Erklä-

2 Es unterschrieben: Andres, Behrendt, Blank, Brust, Busch, Cohaus, Frau Dransfeld, Eismann, Frau Feldhuß, Geil, Gospos, Gottwald, Grebe, Gronowski, Harsch, Heß, Hirtsiefer, Jakoby-Rauffauf, Kamp, Kley, Kloft, Koepper, Krug, Langewand, Letocha, Maxen, Merx, Müller (Prüm), Niestroj, Oppenhoff, Röhrich, Rürup, Sauer mann, Sawatzki, Schmidt (Conz), Schilling, Sprenger, Steger, Stieler, Vennen, Vogelsang, Freiherr von Wangenheim, Wentrup, Wildermann, Frau Wronka.

3 Antrag Schüling usw. [Z] auf gutachtliche Hö rung von Volksvertretern bei der Umänderung der Provinzial-, Kreis-, Städte- und Land gemeindeordnung, Drucks. Nr. 362.

4 Die Aktion von Kastert und Kuckhoff war durch eine Veröffentlichung der „Rheinischen Zeitung“ am 24. Mai 1919 in die Öffentlichkeit gelangt. Vgl. Nr. 25 Anm. 1. Vor dem Hintergrund der Fraktionsaussprache konnte Bell abends in der Sitzung des Reichskabinetts vom 27. Mai 1919, 18 Uhr, erklären, „daß seine Partei mit dem Vorgehen der daran beteiligten Abgeordneten Kuckhoff und Kastert nichts zu tun habe und es aufs schärfste mißbilligt.“ Kabinettscheidemann, S. 383 f.

5 Zur Mißtrauenserklärung vgl. Nr. 25. Das Schreiben von Kastert und Kuckhoff konnte nicht nachgewiesen werden.

6 Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, wurden separatistische Bestrebungen nachgesagt. Vgl. das Protokoll der Sitzung des westdeutschen politischen Ausschusses vom 30. Mai 1919, abgedruckt bei Erdmann, Adenauer, S. 253-279. Zu den Verdächtigungen Adenauers in der Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung vgl. den Wortbeitrag von Heß, ebd., S. 270 f.

7 In der Sitzung des Reichskabinetts am 27. Mai 1919, 18 Uhr, wo das Treffen rheinischer Politiker mit General Mangin besprochen wurde, wurde dies nicht erwähnt. Vgl. Kabinettscheidemann, S. 383 f.

8 Julius Bachem, Sohn des 1918 verstorbenen Zentrums politiklers Julius Bachem, war nach der Revolution im Kultusministerium beschäftigt.

9 Vgl. Anm. 16.

nung beabsichtigt der Herr Ministerpräsident seinerseits eine Erklärung loszulasen, wonach dem völkischen Charakter und den Wünschen der einzelnen Landesteile das größte Entgegenkommen gezeigt werden soll. Abg. HEROLD verliest nunmehr die Gegenerklärung des Herrn Ministerpräsidenten¹⁰ auf Wunsch des Abg. HESS.

Es spricht sodann Minister BELL und stellt anheim, ob durch die Veröffentlichung der Zentrumsfraktion allein nicht Unfriede im Rheinland geschlichtet werde.

Abg. ESSER bittet, daß insbesondere die rheinischen Abgeordneten der Erklärung zustimmen.¹¹

Abg. SCHMEDDING beantragt eine Änderung, die dem Mißverständnis vorbeugen soll, als ob das Zentrum früher eine andere Stellung eingenommen hätte.

Abg. LAUSCHER sucht zu erklären, warum die Herren Kastert und Kuckhoff nicht anwesend sind. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wird die Lage des Zentrums nur erleichtern, nicht aber leicht machen. Innere Kämpfe im Zentrum werden entstehen. Die rheinischen Abgeordneten sollen daher zunächst Stellung nehmen.

Abg. HESS teilt mit, daß Deutsche Volkspartei und die Demokraten eine förmliche Anfrage¹² wegen der Angelegenheit einzubringen beabsichtigen.¹³

Abg. BUSCH teilt mit, daß bis 11 3/4 der Ministerpräsident um Entscheidung bittet. Er schlägt vor, eine Redaktionskommission mit der Sache zu betrauen.

Abg. FASSBENDER schlägt vor, daß die Erklärung so abgefaßt werden muß, daß auch die Hannoveraner dem zustimmen können.

Herr Abg. BERGMANN wünscht, daß die rheinischen Abgeordneten zunächst noch mal zusammen kommen. Er schlägt ferner vor, die Erklärung im Plenum vorzubringen.

Frl. DRANSFELD warnt, die Erklärung so abzufassen, daß dadurch dauernd die Aufteilung Preußens aus innenpolitischen Gründen ausgeschlossen sei.

Abg. HARSCH schlägt vor, die Erklärung so abzufassen, daß alle zustimmen können.

Abg. BRUST und WENTRUP wünschen ebenfalls, daß die Erklärung der Partei im Plenum heute sofort eingebracht wird.¹⁴

Abg. von WANGENHEIM erklärt, daß die deutsch-hannoverschen Abgeordneten der Erklärung nicht zustimmen können.

10 Ministerpräsident Hirsch gab die Erklärung in der 25. Sitzung am 28. Mai 1919 ab. Vgl. Sp. 1902-1907.

11 Ab hier unbekannte Handschrift.

12 Dringende Förmliche Anfragen über die Bestrebungen zur Bildung einer Rheinischen Republik wurden eingebracht von SPD und DDP (Drucks. Nr. 369), von DVP und DNVP (Drucks. Nr. 370), sowie von der USPD (Drucks. Nr. 372). Die Anfragen wurden am 28. Mai 1919 im Plenum verhandelt.

13 Ab hier wieder Handschrift Blank.

14 Herold verlas die Erklärung tatsächlich bereits in der 24. Sitzung am 27. Mai 1919. Er motivierte dies mit angeblichen Angriffen Adolph Hoffmanns (USPD) auf das Zentrum. Vgl. Sp. 1850 f.

Abg. LANGEWAND erhebt Einspruch, daß die deutsch-hannoverschen Abgeordneten in dieser Beziehung sich eventuell ausschließen würden.

Abg. BLANK widerspricht dem und erklärt, daß der Begriff Deutsch-Hannoversche Partei und deutsch-hannoversche Abgeordnete ein ganz bestimmter Begriff sei.

Abg. LINZ bittet sodann die deutsch-hannoverschen Abgeordneten, in dieser Zeit nicht so scharf gegen Preußen loszuziehen, insbesondere hat ihm die Tonart Biesters nicht gefallen.¹⁵

HEROLD erklärt, daß Biester durch Held gereizt gewesen sei, daß aber im übrigen den Deutsch-Hannoveranern freie Meinungsäußerung in der deutsch-hannoverschen Frage fraktionsseitig zugebilligt sei. Er bitte, aber auch in Zukunft auf die Fraktion Rücksicht zu nehmen.

Es wird sodann die von der Redaktionskommission redigierte Erklärung der Partei verlesen¹⁶, der einmütig zugestimmt wird, auch von den deutsch-hannoverschen Abgeordneten.

HEROLD geht sodann zu den Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten.

Die Fraktion tritt sodann in die Verhandlungen über die Tagesordnung ein.

Dr. REINEKE will zu der Antwort auf seinen Antrag noch sprechen.¹⁷

Kollege Kamp soll eventuell als zweiter Fraktionsredner noch sprechen.

Kollege Steger soll zu Punkt 4 Bergarbeiterschutz¹⁸ sprechen, desgleichen [Kofsmann].¹⁹

Kollege Schmidt (Conz) spricht eventuell zu Punkt 6 [Beratung der förmlichen Anfrage Schubert usw. [SPD] über die Ausschüsse und Fachverbände der Eisenbahnverwaltung der besetzten Gebiete und die Durchführung der 8stündigen Arbeitszeit daselbst – Drucksache Nr. 184].²⁰

15 Im Vorfeld des Parteitages der Deutsch-Hannoverschen Partei hatte der Abgeordnete Held (DVP) in der 23. Sitzung am 23. Mai 1919 die Deutsch-Hannoversche Partei angegriffen, weil sie an die deutsche Friedensdelegation in Versailles appelliert hatte, sich für ein selbständiges Hannover einzusetzen. Der deutsch-hannoversche Abgeordnete Biester hatte darauf in scharfem Ton geantwortet und erneut die Forderung nach einer Verselbständigung Hannovers erhoben. Vgl. Sp. 1725-1740.

16 Herold verlas diese Erklärung in der 24. Sitzung am 27. Mai 1919, Sp. 1850 f, und in der 25. Sitzung am 28. Mai 1919, Sp. 1911 f.

17 Vermutlich ist die Antwort in Drucks. Nr. 346 auf die Kleine Anfrage Reineke usw. [Z] über die Plünderungen auf dem Lande, Drucks. Nr. 205, gemeint. Reineke sprach dazu nicht im Plenum. Allerdings erfolgte in Drucks. Nr. 486 eine weitere Antwort auf seine Anfrage.

18 Gemeint ist die Beratung der Förmlichen Anfrage Graf (Frankfurt) usw. [SPD] über die Verbesserung des Bergarbeiterschutzes und die Neuordnung des Knappschaftswesens, Drucks. Nr. 85. Sie wurde in der 26. und 27. Sitzung am 30. und 31. Mai 1919 verhandelt. Steger sprach am 30. Mai 1919, Sp. 2019-2024.

19 Im Original steht hier „Schlohmann“. Vermutlich ist jedoch Bartholomäus Kofsmann gemeint, der in der 26. Sitzung am 30. Mai 1919 als Fragesteller zu diesem Punkt sprach. Vgl. Sp. 2005-2010.

20 Dieser Punkt kam erst im Zusammenhang mit der Etatberatung der Eisenbahnverwaltung in der 61. Sitzung am 8. Oktober 1919 zur Verhandlung und wurde zurückgezogen. Vgl. Sp. 4894 f.

Kollege STEGER berichtet über einem Sonderfall von Oberhausen, wo der Reichskommissar für das Ruhrgebiet, Severing, überstürzt Eingriffe sich erlaubt.²¹

Kollege LINZ verspricht, die Sache im Staatsministerium zu vertreten.

21 Vgl. zu diesem Fall auch Nr. 28. Carl Severing wurde am 7. April 1919 zum Staatskommissar für die im Belagerungszustand befindlichen Gebiete des Rheinlands und Westfalens ernannt. Über seine Maßnahmen in diesem Amt häuften sich die Klagen über eigenmächtiges Vorgehen. Vgl. Severing, Lebensweg, Bd. 1, S. 239-250.

27.

28. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: unbekannte Handschrift, Unterschrift unleserlich. Beginn: 10.15 Uhr, Schluß: 12 Uhr

Der Vorsitzende [HEROLD] teilt die Verhandlungen mit, die bezüglich Abgabe der Erklärung über die Rheinrepublik von ihm gestern gepflogen wurden.¹

Abg. BUSCH teilt mit, daß das Staatsministerium auch auf unsere Erklärung antworten werde.² Es soll bei der Beantwortung der Anfrage besonders herausgehoben werden, daß auch Angehörige anderer Parteien an der Besprechung in Mainz teilgenommen haben.

Abg. BRUST führt aus, daß die Herren Abg. Kastert und Kuckhoff aufgefordert werden sollen, ihre Mandate niederzulegen. Die gute Absicht der Herren soll anerkannt werden.

Abg. KLOFT nimmt Bezug auf die Zeitungsnotiz, daß die Arbeiter in Köln streiken.³

Abg. BUSCH spricht gegen den Ausschluß.

Abg. BRUST spricht von einer Fälschung, die gestrige Mitteilung von der Kölnischen Volkszeitung bzw. von Kastert und Kuckhoff.⁴

Abg. REINEKE befürwortet den Antrag Brust.

1 Die Verhandlungen konnten nicht nachgewiesen werden. Zum Zusammenhang vgl. Nr. 26.

2 Vgl. die Rede Hirschs in der 25. Sitzung am 28. Mai 1919, Sp. 1902-1907.

3 Zum Streik in Köln vgl. die Meldung des WTB in: Staatsanzeiger Nr. 121 vom 28. Mai 1919.

4 Bereits in der KV Nr. 405 vom 25. Mai 1919 war die Behauptung aufgestellt worden, daß die Mainzer Besprechung über die Gründung einer Rheinischen Republik mit Zustimmung der Regierung stattgefunden hatte. Nachdem dies in Berlin dementiert worden war, behauptete die KV Nr. 412 vom 27. Mai 1919, für ihre Behauptungen den dokumentarischen Beweis antreten zu können. Vgl. Morsey, Zentrumspartei, S. 252 ff.

Abg. STEGERWALD stellt große Aufmachung von den Gegenparteien für heute in Aussicht. Es haben teilgenommen, Dahlen, Salm aus Aachen, von Wiesbaden Geueke, Dorten, [. . .]⁵, [. . .]⁶ Klingenschmidt.

Abg. OPPENHOFF wendet sich dagegen, daß die Aktion als Hochverrat bezeichnet werde. Die Abtrennung vom Deutschen Reiche war nicht beabsichtigt.

Abg. STIELER verlangt scharfe Trennung.

Abg. LAUSCHER spricht gegen den Ausschluß und vermißt das Verständnis für die Rheinlande. Auch fehle das neue Moment für das neue scharfe Vorgehen. Eine Spaltung im Rheinlande sei sicher.

Abg. WENTRUP kann für Ausschluß nicht sein, bevor die beiden gehört seien.

Abg. GRONOWSKI bemerkt, nicht die Auffassung der Befürworter teilen zu können und es seien auch die Momente des übrigen Preußens und Deutschlands zu berücksichtigen. Der Redner der Partei muß auch angreifen. Die Revolution sei mindestens ebenso Hochverrat gewesen.

Abg. BUSCH befürwortet, der Regierung für ihre Erklärung eine Brücke zu bauen.

Abg. SAUERMANN stellt die Auffassung über die Größe der Rheinrepublik fest. Die Vereinbarung reiße das Industriegebiet auseinander.

Abg. ESSER warnt vor zu scharfem Vorgehen und meint, daß Abwarten besser sei.

Abg. OPPENHOFF bemerkt, daß der Freistaat im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben solle und auf gesetzlichem Wege anzustreben sei.

Abg. BRUST befürwortet die Erklärung wie vom Herrn Vorsitzenden vorgeschlagen.

Abg. HEROLD schlägt als Redner Abg. Heß vor.

Abg. BUSCH wünscht Abg. Herold als Redner.

Abg. HESS lehnt ab.

Abg. LINZ befürwortet Herold als 1. und Abg. Heß als 2. Redner.

Abg. STEGER hielte es für besser, wenn der Vorsitzende redet.

Abg. VENNEN hat beobachtet bei der Tagung in Köln, daß die rheinische Bevölkerung die Republik wünscht.

Abg. KOSSMANN wünscht einen Redner aus dem nichtbesetzten Gebiet.

Abg. GRONOWSKI wünscht einen Redner vom Rheinland.

Abg. SCHMEDDING wünscht Gronowski.

Abg. HEROLD schiebt die Bewegung den führenden Männern zu. Sie muß niedergehalten werden und meint [. . .]⁷

Abg. MÜLLER erklärt, daß ein Rheinischer Abgeordneter nicht auftreten kann.

5 Unleserlicher Name.

6 Unleserliches Wort.

7 Der Satz bricht ab.

Abg. LAUSCHER wünscht dann einen Rheinländer als Redner, wenn die anderen Parteien solche reden lassen.

Abg. ESSER wünscht Herold und Dr. Heß.

Abg. STEGERWALD meint, Schikanen der Besatzungsarmee seien für den Redner nicht zu befürchten.

Abg. Geh. BELL wünscht schon in der 1. Rede einen Rheinländer und stellt den Einheitsstaat in Aussicht.

Abg. Dr. HESS lehnt es als 1. Redner ab.

Abg. HEROLD erklärt, daß der 1. Redner Diskussionsredner sei.

Abg. LAUSCHER verliest einen Brief des Abgeordneten Kuckhoff.⁸

Abg. STEGER weist auf die Übergriffe hin, die die Sozialdemokraten sich zu schulden kommen lassen und befürwortet Redner Herold und Heß.

Abg. BERGMANN warnt, einen Redner aus dem besetzten Gebiet zu nehmen.

Abg. HEROLD fragt, was werden soll.

ESSER befürwortet Redefolge Herold und Heß.⁹

Abg. HEROLD wünscht, daß Anträge erst beraten und dann unterschrieben werden.

⁸ Eventuell handelt es sich um einen Bericht Kuckhoffs von einer Besprechung mit Froberger, Dorten und Salm am 27. Mai 1919 um 15 Uhr in Bonn. Dort hatte Dorten die Proklamation einer Rheinischen Republik am 29. Mai in Aachen angekündigt. Vgl. den Bericht Kuckhoffs von der Unterredung in NL Trimborn 303, Bl. 32.

⁹ Es redeten in der 25. Sitzung am 28. Mai 1919 Herold, Sp. 1911-1916, und Heß, Sp. 1933-1940.

28.

30. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Blank und Wentrup, gez. Wentrup.

1. HEROLD verliest die Eingänge.

2. Anstelle des ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedes Neuber wird Abg. Maiß in den Vorstand gewählt.¹

3. Für den zur Zeit behinderten Abg. Kuckhoff wurde Abg. Wentrup als II. Schriftführer der Fraktion bestimmt.

4. Mit der Besetzung der Ausschüsse wurde Herr Schmedding ein für allemal bestimmt.

¹ Franz Neuber hatte am 12. Mai 1919 sein Mandat niedergelegt.

5. Ferner wurde für jeden Ausschuß ein Mitglied bestimmt, welches vorübergehenden Wechsel genehmigt.

6. Ein Antrag Jakobi-Raffauf fand die Zustimmung der Partei;² er soll im Benehmen mit Mitgliedern der Siedlungskommission redigiert werden. (Müller-Prüm, Blank, Dr. Reineke)

7. STEGER bringt den Fall Oberhausen nochmals vor.³ Der Reichskommissar Severing hat die Stadt Oberhausen angewiesen, unter Berufung auf den Belagerungszustand die Gelder für die Arbeiterräte am 1. Juni zu bezahlen. Dann soll abgebaut werden.

SAUERMANN erklärt, daß in den Städten mit Zentrumsmehrheit ebenfalls die Bezahlung der Arbeiterräte abgelehnt sei.

BRUST [. . .]⁴

SCHMEDDING: Die Bekanntmachung über die Soldaten- und Arbeiterräte soll nachgeprüft werden.⁵

LINZ tritt der Auffassung bei, dem Ministerpräsidenten die Sachlage zu unterbreiten.

STEGE, Dr. REINEKE, DINSLAGE, LINZ sprechen weiter zu dem Gegenstand.

HEROLD schlägt vor: Es soll mit dem Minister Rücksprache genommen werden. Das Resultat ist abzuwarten, dann eventuell eine Interpellation einzubringen. Die Fraktion ist damit einverstanden.

8. MUSIOL: In Beuthen ist z. Zt. kein Bürgermeister. Er richtet die Anfrage, ob es richtig ist, eine Interpellation einzubringen.

HEROLD schlägt vor: Bei dem Minister anzufragen, eventuell eine *kleine* Anfrage zu stellen.⁶

9. Es wurde jetzt die Tagesordnung des Plenums vom 30.5.19 durchgesprochen.

Zu Punkt 3 [Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Kalinowski – Drucksache Nr. 349]: Die Fraktion ist der Auffassung, die Genehmigung *zu erteilen*, im Gegensatz zu dem Geschäftsordnungsausschusse.⁷

2 Antrag Jakoby-Raffauf [Z] auf Verwendung der für Militärzwecke entbehrlich gewordenen Grundstücke zu Siedlungen, Drucks. Nr. 388.

3 Vgl. dazu auch Nr. 26 Anm. 21.

4 Die Ausführungen Brusts wurden nicht protokolliert. Es folgt ab hier Handschrift Wentrup.

5 Bekanntmachung vom 16. November 1918, betr. die Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Gesetzsammlung 1918, S. 191. Sie wurde im Rahmen des Etats des Innenministeriums am 10., 11. und 15. bis 19. Juli 1919 beraten.

6 Nachfolger von Georg Brüning als Oberbürgermeister von Beuthen wurde 1919 der Zentrumspolitiker Bernhard Stephan. Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Bd. 4, S. 198.

7 Vgl. Antrag des Geschäftsordnungsausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abgeordneten Kalinowski, Drucks. Nr. 349. Gegen Franz Kalinowski (SPD) war am 22. Februar 1919 Anzeige wegen Veruntreuung erhoben worden. In der 26. Sitzung am 30. Mai 1919 wurde die Angelegenheit an den Geschäftsordnungsausschuß zurückverwiesen. Nach erneuter Berichterstattung

Zu Punkt 11 [Förmliche Anfrage Boelitz usw. [DVP] über ein Monopol von Schulbüchern – Drucksache Nr. 107]: Die Fraktion ist *gegen* das Monopol von Schulbüchern.

Zu Punkt 14 [Förmliche Anfrage Woldt usw. [SPD] über Beschäftigung und Ansiedlung von Kriegsbeschädigten – Drucksache Nr. 149]: Es treten als Redner auf Hirtsiefer, bei dessen Verhinderung Schüling.⁸

10. HARSCH bringt zur Sprache, ob es nicht zweckmäßig sei, eine förmliche Anfrage dahin einzubringen, wie die Wahlen bezüglich der Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner *im besetzten Gebiete* sich gestalten sollen.⁹

11. LINZ stellt den Antrag, dahin zu wirken, daß die Versammlungen nicht in der Zeit gehalten werden, solange die Abgeordneten in Berlin anwesend sein müssen. Diesem Antrag wird entsprochen.

des Ausschusses (Drucks. Nr. 1065) wurde in der 73. Sitzung am 5. November 1919 die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens nicht erteilt. Vgl. Sp. 5798.

8 Die Anfrage wurde in der 30. Sitzung am 4. Juni 1919 besprochen. Es redete Schüling, Sp. 2294 f.

9 Kleine Anfrage Harsch usw. [Z] über Verhinderung von Neuwahlen für Arbeiterausschüsse und Sicherheitsmänner im besetzten Gebiete des Rheinlandes, Drucks. Nr. 384.

29.

31. 5. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup. Schluß 12.05 Uhr

1. Organisation der Landwirtschaft

JAKOBY-RAFFAUF berichtet über die Bauernvereine.¹ Die Organisation, die von dem Freiherrn von Loë betrieben wird, richtet sich gegen das Zentrum.²

MÜLLER (Prüm): Es kommen drei Richtungen in Frage für die Bauernvereine im Rheinland.³ Pflug ist die radikalste Seite.⁴ Wie stellt sich die Partei zu der Erklärung

1 Am 27. Mai 1919 hatte die „Vereinigung der deutschen Bauernvereine“ ein Programm beschlossen, das in vier Grundsätzen und sieben Forderungen die Ziele der christlichen Bauernvereine niederlegte. Vgl. Schumacher, Land und Politik, S. 403.

2 Clemens Freiherr von Loë war Vorsitzender des Rheinischen Bauernvereins. Nach der Novemberrevolution versuchte er die rheinischen Bauernvereine zur Keimzelle einer Bewegung zu machen, die alle bürgerlichen Mittelschichten auf christlich-konservativer Grundlage einigte. Damit geriet er in Gegensatz zur Zentrumsparlei. Vgl. Schumacher, Land und Politik, S. 397-399.

3 Neben dem Rheinischen Bauernverein handelte es sich dabei um die Freie Bauernschaft und die Christliche Bauernschaft.

4 Pflug propagierte die „Freie Bauernschaft“ als eine landwirtschaftliche Organisation „ohne Rücksicht auf Konfession und politische Partei“. Als Ziel wurde die Vertretung der agrarischen Interessen „rein egoistisch mit aller denkbaren Schärfe“ angestrebt. Vgl. KV Nr. 348 vom 5.

rung des Herrn Trimborn bezüglich des Rheinischen Bauernstandes? Es wurde die Erklärung des Herrn Trimborn verlesen. (Kölnische Volkszeitung vom 17. Mai 1919)⁵ Grundsatz muß sein, frei zu sein von der Politik. Wie stellt sich die Fraktion zu dem politischen Punkt?

BUSCH: Es ist scharf zu unterscheiden: als *Berufsstand* gehören die Bauern in die Bauernvereine. Dieser muß von Politik frei sein. Die *christliche Bauernschaft* der Rheinlande ist hauptsächlich gegründet worden, um den Bauern zu einer besseren parlamentarischen *Vertretung* zu verhelfen.⁶

RICHTARSKY tritt den Ausführungen des Herrn Busch entgegen.

BRUST: Die Stellungnahme der Fraktion kommt hier nicht in Frage. Der westfälische Bauernverein hat in den Satzungen gestrichen, daß er sich mit *politischen* Gegenständen beschäftigt. Im Rheinland und Westfalen war der Gedanke sehr rege, eine *christlich soziale Partei* zu gründen, hauptsächlich auf Wunsch der evangelischen Seite. Ich bin dieser Bewegung entgegengetreten, wenn wir in der *Zentrums-*
partei nur genügende Vertretung finden.

STIELER spricht sich gegen die freie Bauernschaft aus. Die Arbeiter- und die Bauernschaft muß zusammenarbeiten.

HEROLD: Die Landwirtschaft kann nur etwas erreichen in *Verbindung* mit den *anderen* Berufsständen. Die anderen Berufsstände müssen überzeugt werden, daß sie auch für die Landwirtschaft eintreten. Dieser Ausgleich wird am besten in der Zentrums-
partei gefördert. Die allgemeinen Vereinigungsbestrebungen sind mit Vorsicht zu behandeln. Wenn der *Rheinische* Bauernverein Zentrums-
politik treibt, so wird er dabei am besten fahren. Die Bolligsche Bewegung⁷ ist m. E. hochzuhalten, um einen Ausgleich herbeizuführen.

HEROLD übergibt den Vorsitz an Dr. Schmedding, da er zum Seniorenkonvent muß.⁸

KOSSMANN verzichtet.

REINEKE tritt dafür ein, dem Kollegen Müller einige Richtlinien, die die Fraktion vertritt, mitzuteilen. Es wird zuviel organisiert. Dadurch kommen zu viel Zersplitterungen. Den westfälischen Bauernverein kann ich [als] mustergültig hinstellen. In den einzelnen Parteien müssen sich die Bauern durchsetzen. Ich bin dagegen,

Mai 1919. Vgl. auch die Charakterisierung der Freien Bauernschaft in: Bericht des Parteitages der Rheinischen Zentrums-
partei 1919, S. 250-253.

5 Vgl. die Erklärung Trimborns vom 16. Mai 1919 in der KV Nr. 384 vom 17. Mai 1919. Darin lehnte er namens der Rheinischen Zentrums-
partei die Freie Bauernschaft der Rheinlande ab und erklärte die Christliche Bauernschaft der Rheinlande zur berufsständischen Vertretung der rheinischen Landwirtschaft innerhalb der Zentrums-
partei.

6 Gründungsaufruf und Leitsätze der „Christlichen Bauernschaft der Rheinlande“ vom 23. Februar 1919, in: NL Bachem 850.

7 Gemeint ist die Christliche Bauernschaft der Rheinlande. Sie wurde von Landesökonomierat Fritz Bollig ins Leben gerufen. Vgl. Bericht des Parteitages der Rheinischen Zentrums-
partei 1919, S. 245-266.

8 Die Sitzung des Ältestenrates am 31. Mai 1919 begann um 11.15 Uhr und schloß um 12.20 Uhr. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

eine Bauernpartei zu gründen. Diesen Standpunkt vertreten auch die Führer der Bauern in Westfalen.

BEYER: Der Schrei der Landwirte nach einer *politischen* Organisation ist groß. Die Zentrumspartei hat sich m. E. zu wenig der Bauern angenommen. Für Schlesien rate ich sehr, der christlichen Bauernschaft beizutreten.

MÜLLER (Prüm): Ist es richtig, den Weg einzuschlagen, den die christliche Bauernschaft betreten hat oder wie der westfälische oder der rheinische Bauernverein vorgegangen ist? Es handelt sich um die Frage, ob es wünschenswert ist, [daß] die freien Bauernvereine den Schritt tun wie die christliche Bauernschaft.

RICHARSKY und HARSCH sprechen weiter zu dem Gegenstand. Letzterer betont, daß die Bauern sich zu wenig politisch betätigt haben. In dieser Beziehung vertrete ich denselben Standpunkt, den Herr Busch einnimmt.

VENNEN: Die Frage Müller (Prüm) kann von der Fraktion *nicht* entschieden werden.

BRUST nimmt zu den Äußerungen von Richtarsky Stellung.

BUSCH: Ein *einheitlicher* Beschluß kann hier *nicht* gefaßt werden.

2. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 2 [Erste und zweite Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Annahme eines Gesetzes über die Wahl der Gemeindevertretungen in der Provinz Hannover – Drucksache Nr. 377]: Die Fraktion ist der Ansicht, daß Grebe den Antrag stelle, den Gesetzentwurf nicht in zweiter Lesung zu beraten, sondern der Kommission zu überweisen.⁹

Zu Punkt 10 [Förmliche Anfrage Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über die Notlage der Akademiker – Drucksache Nr. 118]: Dr. Reineke soll dazu sprechen.¹⁰

Es wurde der Antrag Jakoby-Raffauf, die von der Militärverwaltung in Anspruch genommenen Grundstücke baldigst zurückzugeben, angenommen.¹¹

⁹ Vgl. die Rede Grebes in der 27. Sitzung am 31. Mai 1919, Sp. 2036 f. Der Antrag wurde an die Gemeindekommission überwiesen.

¹⁰ Reineke sprach dazu in der 29. Sitzung am 3. Juni 1919 als Fragesteller. Vgl. Sp. 2225-2230.

¹¹ Antrag Jakoby-Raffauf [Z] auf Verwendung der für Militärzwecke entbehrlich gewordenen Grundstücke zu Siedlungen, Drucks. Nr. 388.

1. Es wurde von dem Vorsitzenden die Mitteilung der Abg. Kastert und Kuckhoff verlesen, daß sie dem Vorsitzenden der Zentrumspartei in Köln ihre Mandatsnie-

derlegung unterbreitet hätten.¹ Hierzu nimmt BLANK das Wort und erklärt, daß die Niederlegung des Mandates seitens Kastert und Kuckhoff auch hier im Büro vorliege. Bislang sei dieses Schreiben dem Präsidenten noch nicht überreicht worden.

2. LAUSCHER referiert über die Versammlung der im Rheinland gewählten Abgeordneten bei dem Ministerpräsidenten am 31. Mai 1919.² Er führt aus, daß Kastert und Kuckhoff sich von der Fraktion schlecht behandelt fühlten. Von Hochverrat könne keine Rede sein. HEROLD erklärt, daß das Schreiben von Kastert und Kuckhoff an den Direktor Plate³ weiterzugeben sei. Die Fraktion habe damit nichts weiter zu tun, die Fraktion könne nicht eingreifen. BRUST, HAGER, BUSCH und Dr. SCHULTE nehmen weiter hierzu das Wort.

3. Es wurde sodann die Tagesordnung der Fraktion durchgesprochen.

HEROLD berichtet über den Entwurf des Gesetzes über Landeskulturbehörden.⁴ Er hob insbesondere den Punkt hervor, daß der Vorsitzende und dessen Stellvertreter Richter*qualifikation* haben müssen.⁵ Auf das Richter*privileg* müsse dann verzichtet werden, weil beides nicht durchzusetzen sei.⁶

REINEKE ist derselben Ansicht.

BUSCH vertritt denselben Standpunkt

RHIEL vertritt den entgegengesetzten Standpunkt.

HIRTSIEFER führt aus, daß er den Standpunkt des Dr. Reineke nicht versteht, da er früher die Richter*qualifikation nicht* verlangt, vielmehr das Richter*privileg* verlangt habe. Er tritt für das Richterprivileg ein.

BRUST tritt der Ansicht des Vorredners entgegen.

REINEKE: Es handelt sich um zwei Sachen: a) Richterqualifikation, b) Richterprivileg. Er war der Ansicht, für den Vorsitzenden beides zu verlangen, da dies aber nicht durchzusetzen sei, müsse man retten, was zu retten sei. Er sei deswegen der

1 Das Schreiben Kasterts und Kuckhoffs an den Vorsitzenden der Kölner Zentrumsparlei ist abgedruckt in der KV Nr. 420 vom 30. Mai 1919.

2 Das Treffen der Rheinischen Abgeordneten mit Scheidemann fand am 31. Mai 1919, 17 Uhr, statt. Das Protokoll der Besprechung ist ediert in: Kabinett Scheidemann, S. 407-410. Eine weitere Besprechung fand am 2. Juni 1919 im Preußischen Staatsministerium statt. Vgl. ebd. S. 412. Berichte der Treffen in: Staatsanzeiger Nr. 124 vom 2. Juni 1919 und Nr. 125 vom 3. Juni 1919. Die Entschließung der rheinischen Abgeordneten vom 2. Juni 1919 erhob Protest gegen die „Ausrufung von Sonderrepubliken in Westdeutschland“, abgedruckt ebd. Nr. 125 vom 3. Juni 1919. Vgl. dazu auch das Konzept der Erklärung, datiert vom 31. Mai 1919, in: NL Trimborn 303, Bl. 33.

3 August Plate war Direktor der preußischen Verfassunggebenden Landesversammlung.

4 Gesetzentwurf über Landeskulturbehörden, Drucks. Nr. 191. Vgl. dazu auch den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 375 A und B.

5 Der Antrag Herold usw. [Z] zur II. Beratung des Gesetzentwurfs über Landeskulturbehörden, Drucks. Nr. 402, forderte für den Vorsitzenden der Spruchkammer des Landeskulturamtes und dessen Stellvertreter die Befähigung zum Richteramt.

6 Die Mitglieder der vormaligen Spezialkommissionen und Generalkommissionen hatten richterliche Privilegien und waren daher nicht absetzbar. Ein Hauptziel des Gesetzentwurfs war es, die bisherigen Kommissionen in Verwaltungsorgane mit absetzbaren Beamten umzuwandeln. Vgl. die Äußerung des Landwirtschaftsministers im Ausschuß, Drucks. Nr. 375 A, S. 12 f.

Ansicht, weil viele juristische Fragen in Betracht kommen, zumindestens die Richter*qualifikation* zu verlangen.

BUSCH, HIRTSIEFER, DINSLAGE, RHIEL, BUSCH und HEROLD nehmen weiter das Wort.

Die Fraktion ist damit einverstanden, daß Herold mit Unterstützung der Ausschußmitglieder den verlesenen Antrag einbringt.⁷

Dr. SCHMEDDING übernimmt den Vorsitz.

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.⁸

Geheimrat DINSLAGE stellte die Zustimmung der Fraktion zu den Vorschlägen der Geschäftsordnungskommission⁹ fest.

Zu 4 [Fortsetzung der Besprechung der Förmlichen Anfrage Dr. von Krause (Ostpreußen) usw. [DVP] über die Zerrüttung des Transportwesens – Drucksache Nr. 41]: Es soll beantragt werden, daß Punkt 4 vertagt wird.¹⁰

Zu 5 [Förmliche Anfrage Dr. von Krause (Ostpreußen) usw. [DVP] über die Bedeutung des Handels für das Wirtschaftsleben – Drucksache Nr. 45]: Dr. Tewes wird beantragen, den Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, wenn nicht, soll Herr Altegoer dazu sprechen.¹¹

Zu 9 [Förmliche Anfrage Wolدت usw. [SPD] über Beschäftigung und Ansiedlung von Kriegsbeschädigten – Drucksache Nr. 149]: wird Abg. Schüling sprechen.¹²

Herr Abg. SCHULTE teilt mit, daß sich eine Ostgruppe in der Partei gebildet hat aus Abgeordneten der östlichen Provinzen. Ferner teilt er mit, daß die Regierung über die Stellungnahme des katholischen Klerus in Ostpreußen falsch unterrichtet sei. Eine gewisse Animosität habe auch die Regierung, insbesondere der Herr Ministerpräsident Hirsch an den Tag gelegt.

Herr Abg. NIESTROJ teilt mit, daß auch eine Besprechung mit dem Herrn Ministerpräsidenten stattgefunden hat, und er von seiner irrigen Auffassung bekehrt worden sei. Er wird eine Erklärung loslassen in Form eines Zeitungsartikels¹³, worin

7 Vgl. Anm. 5.

8 Ab hier Handschrift Blank.

9 Bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt „Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über die Annahme von vorläufigen Bestimmungen der Geschäftsordnung (Förmliche Anfragen) – Drucksachen Nr. 180, 190“.

10 Schmedding redete dazu in der 28. Sitzung am 2. Juni 1919 und stellte den Antrag, den mit dem Punkt verbundenen Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Besserung des Eisenbahnverkehrs, Drucks. Nr. 174, dem Staatshaushaltsausschuß zu überweisen. Vgl. Sp. 2120 f.

11 Nach längerer Debatte wurde der Punkt in der 28. Sitzung am 2. Juni 1919 zurückgestellt. Vgl. Sp. 2125-2132. In der 31. Sitzung am 17. Juni 1919 begann die Aussprache, an der sich Altegoer beteiligte. Vgl. Sp. 2375-2377.

12 Schüling sprach dazu in der 30. Sitzung am 4. Juni 1919, Sp. 2294 f.

13 Hirsch veröffentlichte in der Abendausgabe der Deutschen Allgemeinen Zeitung Nr. 254 vom 8. Mai 1919 den Artikel „Eindrücke aus Ostpreußen“, in dem er behauptete, daß der katholische Klerus in Ostpreußen aus persönlichen Motiven den Anschluß an Polen propagiere. Vgl. KV Nr. 422 vom 31. Mai 1919. In einer Erklärung vom 2. Juni 1919 stellte er gegenüber der Deutschen Allgemeinen Zeitung fest, daß lediglich im Bezirk Allenstein eine kleine Anzahl von katholischen Geistlichen gegen Deutschland agitiere. Vgl. Germania Nr. 247 vom 3. Juni 1919 und KV Nr. 430 vom 3. Juni 1919.

er zum Ausdruck bringen wird, daß es falsch berichtet worden sei und daß er keinerlei Zweifel an der patriotischen deutschen Gesinnung des ermländischen katholischen Klerus hege.

Herr Rektor GOTTWALD schneidet die Frage der Lehrerausbildung an. Er schlägt vor, die Sache demnächst ausführlich in der Fraktion zu behandeln.

Herr Dr. LAUSCHER erklärt im Einvernehmen mit Dr. SCHMEDDING, daß unter allen [Umständen] festzuhalten sei an der konfessionellen Ausbildung der Lehrer.

31.

3. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es werden von dem Vorsitzenden [HEROLD] einige Eingänge verlesen.
2. BERGMANN berichtete über die Vorgänge in Köln, insbesondere über das Vorgehen in Köln von Kastert und Kuckhoff. Es sind von Kastert in einer Versammlung Vorwürfe gegen die Fraktion erhoben worden. Diese sind von Bergmann zurückgewiesen worden. Die Sachlage ist von ihm in einer Versammlung klargelegt worden. Er hat hierdurch auf die Besucher beruhigend gewirkt.¹
3. Auf den Bericht von Bergmann wird davon Abstand genommen, ein Schreiben an Kastert und Kuckhoff zu richten, das bereits von dem Vorsitzenden in rücksichtsvoller Weise abgefaßt war.²
4. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums getreten:

Zu Punkt 14 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Gemeindeeinkommenbesteuerung für das Rechnungsjahr 1919 – Drucksache Nr. 391]: nimmt Dr. REINEKE das Wort. Den Grundgedanken des Gesetzes begrüßt er. Aber zur Zeit kann das Gesetz so schnell nicht verabschiedet werden. Dr. SCHMEDDING tritt dem Standpunkte des Vorredners bei. Das Gesetz müsse in die Kommission zurückverwiesen werden. KLOFT, VENNEN sprechen auch zu diesem Punkte. Mit dem

1 Am 28. Mai 1919 fand eine Versammlung des erweiterten Ausschusses der Kölner Zentrumsparlei statt, in der Kastert und Kuckhoff Bericht über die Mainzer Besprechung über die Errichtung einer Rheinischen Republik erstatteten. Es wurde stundenlang ergebnislos debattiert. Vgl. KV Nr. 419 vom 30. Mai 1919. Der engere Ausschuß der Kölner Zentrumsparlei tagte daraufhin am 30., 31. Mai und 1. Juni, um weiteres Material über die Angelegenheit zu erlangen. Am 2. Juni fand eine zweite Sitzung des erweiterten Ausschusses der Kölner Zentrumsparlei statt, an der über 300 Vorsitzende und Delegierte der Bezirksorganisationen teilnahmen. Diese Versammlung mißbilligte das Vorgehen von Kastert und Kuckhoff. Vgl. KV Nr. 431 vom 3. Juni 1919. Die Vorwürfe Kasterts und die Verteidigung Bergmanns ließen sich dabei im einzelnen nicht nachweisen.

2 Nicht nachgewiesen.

Grundgedanken sind alle einverstanden. Die Fraktion ist damit einverstanden, daß das Gesetz in die Kommission verwiesen wird.

Zu Punkt 18 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Landeskulturbehörden – Drucksachen Nr. 191, 375 A u. B, 402]:

Der von Herold und Gen. gestellte Antrag wird angenommen.³ Zu diesem Antrag wird Hirtsiefer sprechen.⁴

RHIEL: Er bringt einige Wünsche der Vermessungsbeamten vor.

BEYER: Zu § 18 wünsche er statt des Wortes „soll“ – „muß“ gesetzt.⁵

Die Fraktion lehnt den Antrag ab, daß die Beamten mit 60 Lebensjahren freiwillig ausscheiden können und dann noch 5 Jahre volles Gehalt beziehen.⁶

5. Es kommen zwei Anfragen zur Verlesung.

a) von Kley (Neuwied),

b) von Rürup und Gen.

zu a) Kleine Anfrage mit schriftlicher Antwort genügt.⁷

zu b) Der Antrag wird zurückgezogen.

3 Vgl. Nr. 30 Anm. 5.

4 Rede Hirtsiefers in der 29. Sitzung am 3. Juni 1919, Sp. 2210 ff.

5 § 18 des Gesetzentwurfs über Landeskulturbehörden bestimmte: „Von den gemeinschaftlichen Bevollmächtigten und deren Vertretern, die in einem Umlegungsverfahren von allen Beteiligten zu wählen sind, soll mindestens je einer den mit Grundbesitz von kleinem, mittlerem und größerem Umfange beteiligten Eigentümern entnommen werden.“ Dieser Text blieb bis zur Verabschiedung des Gesetzes unverändert. Vgl. Drucks. Nr. 415.

6 Ein entsprechender Antrag konnte nicht nachgewiesen werden. § 32 Abs. 2 des Gesetzentwurfs regelte, daß Beamte, die beim Inkrafttreten des Gesetzes das 65. Lebensjahr vollendet hatten, in den Ruhestand versetzt werden konnten und für einen Zeitraum von 5 Jahren ihr bisheriges Diensteinkommen weiter erhielten. Vgl. Drucks. 98. Ein freiwilliges Ausscheiden aus dem Dienst führte nicht zur Fortzahlung des vollen Gehalts auf 5 Jahre.

7 Kleine Anfrage Kley (Neuwied) usw. [Z] über die Tätigkeit der Zentrale für Heimatdienst, Drucks. Nr. 418.

32.

4. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank

Herr Dr. REINEKE berichtet über die Beschlüsse der Gemeindekommission.¹ RICHTARSKY spricht hierauf. STIELER berichtet, daß die beschlossenen Zuschläge erst von 6500 Mark einsetzen sollen.²

Abg. HEROLD berichtet zu Punkt 5 der Tagesordnung [Erste, zweite und dritte Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP,SPD,DNVP] auf Annahme eines Gesetzes über die Beschränkung bei der Veräußerung von Grundstücken in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Schlesien und Schleswig-Holstein – Drucksache 416]. Die Fraktion beschließt, dem Gesetze zuzustimmen.³

Zu Punkt 6 [Wahl von zehn Mitgliedern der Staatsschulden-Kommission]: Für Wahl der Staatsschuldenkommission werden Dr. Hager und Abg. Drinnenberg vorgeschlagen.

Abg. KLOFT schlägt vor, an Stelle des auf längere Zeit erkrankten Kollegen Gronowski in den Vorstand und Ältestenrat einen anderen Arbeitervertreter [zu wählen].

RICHTARSKY widerspricht dem.

Abg. REINEKE führt aus, daß er mit dem Vorschlage des Kollegen Kloft einverstanden sei, daß Kollege Stieler als Fraktionsredner zu Punkt 4 der Tagesordnung [Zweite und dritte Beratung des Gesetzenwurfs, betr. die Gemeindeeinkommenbesteuerung im Rechnungsjahr 1919 – Drucksachen Nr. 391] spricht.⁴

Abg. MERX fordert nochmalige Besprechung der Rheinlandfrage.

Kollege BRUST berichtet über Sitzung des Ministeriums des Innern, wonach der Ministerialbeschluß *aufgehoben* ist, daß im Rheinland 2 Zentrumsleute in Köln und Trier als Regierungspräsidenten bestellt werden.⁵

1 Antrag des Gemeindeausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf, betr. Gemeindeeinkommenbesteuerung für 1919, Drucks. Nr. 413. Reineke war Berichterstatter des Ausschusses.

2 Der Gesetzentwurf sollte den Gemeinden ermöglichen, bei der Gemeindeeinkommenbesteuerung für 1919 eine Steuerprogression einzuführen, um die geringeren Einkommen zu entlasten und die höheren Einkommen stärker heranzuziehen. In der Regierungsvorlage war deshalb zunächst vorgesehen, Personen mit einem Einkommen von mehr als 5000 M nach einem Tarif besteuern zu können, „dessen Sätze die gegenwärtig geltenden überschreiten, dabei jedoch nicht über die im § 1 des Gesetzes vom 8. Juli 1916 (Gesetzsm. S. 109) für die natürlichen Personen vorgesehenen Zuschlagsprozente hinausgehen.“ Im Ausschuß wurde die Einkommensgrenze von 5000 M auf 6500 M heraufgesetzt. Vgl. Drucks. Nr. 413.

3 Der Antrag wurde zurückgezogen.

4 Rede Stielers in der 30. Sitzung am 4. Juni 1919, Sp. 2261 ff.

5 In der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 2. Juni 1919 war beschlossen worden, der Ernennung des Oberregierungsrats Brugger zum Regierungspräsidenten von Köln und des Geheimen Regierungsrats Fuchs zum Regierungspräsidenten von Trier zuzustimmen, sobald der vorgesehene Antrag des Innenministeriums vorliege. Vgl. den Auszug aus dem Protokoll

Unterstaatssekretär LINZ bestätigt dies und bittet die Fraktion, sofort Stellung dazu zu nehmen.

Kollege ESSER erklärt, daß die Absetzung des Regierungspräsidenten Starck in Köln⁶ z. Zt. eine politische Unklugheit sei.

Herr BERGMANN stimmt dem zu. Er bemängelt, daß diese Personenfrage nicht vorher in der Fraktion besprochen worden sei.

Herr BUSCH widerspricht dem und behauptet, die Personalfrage sei besprochen in der Fraktion. Ferner erklärt er unter Zustimmung von LINZ, daß die Partei endlich ihre alte Forderung eingelöst erhalte, in Köln einen Zentrumsmann als Regierungspräsidenten zu bekommen.

Herr Kollege LINZ vertritt den letzten Standpunkt gegenüber den Kollegen Esser und Bergmann.

Kollege WENTRUP tritt dem scharf bei.

Die Fraktion muß abgebrochen werden wegen des Plenums.

des Staatsministeriums vom 2. Juni 1919, in: GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4046, Nr. 21, Bd. 1, fol. 180. Daraufhin meldete die Germania Nr. 247 vom 3. Juni 1919: „Wie wir zuverlässig erfahren, ist Geh. Rat *Brugger* aus dem Kultusministerium zum *Regierungspräsidenten* in *Köln* und Oberregierungsrat *Fuchs* in Arnsberg zum Regierungspräsidenten in *Trier* ernannt worden. Beide sind Katholiken und Zentrumsmänner. Zurzeit sind Erwägungen im Gang, den früheren Staatssekretär *Trimbom* zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu ernennen.“ Nachdem das Innenministerium seinen Vorschlag zurückgenommen hatte, kam es zu Verhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien, die ergebnislos verliefen. Daraufhin bekräftigte die preußische Staatsregierung in ihrer Sitzung vom 4. Juni 1919 prinzipiell ihren Beschluß vom 2. Juni 1919, doch wurde zugleich angeordnet, daß der Kölner Regierungspräsident von Starck für das Amt des Reichs- und Staatskommissars für die Rheinprovinzen in Aussicht zu nehmen und nicht in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen sei. Vgl. den Auszug aus dem Protokoll des preußischen Staatsministeriums vom 4. Juni 1919, in: GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4046, Nr. 21, Bd. 1, fol. 182.

- 6 Karl von Starck wurde als Kölner Regierungspräsident erst zum 1. September 1919 verabschiedet, nachdem er schon am 21. Juni 1919 zum Staatskommissar für die besetzten Gebiete ernannt worden war. Sein Nachfolger als Kölner Regierungspräsident, Philipp Brugger, wurde am 23. September 1919 in sein neues Amt eingeführt. Vgl. GStA Merseburg, Rep. 77, Tit. 4046, Nr. 21, Bd. 1, fol. 186 und 199.

33.

4. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup. Beginn: 15 Uhr

1. Es wurde die Besetzung der Stellen der Regierungspräsidenten in *Köln* und *Trier* besprochen.¹

1 Vgl. dazu Nr. 32. Im Rheinland bestanden Regierungspräsidien in Aachen, Düsseldorf, Koblenz, Köln und Trier. In Aachen und Koblenz blieben die beiden bereits von der königlichen

2. Es wurde hierzu das Wort genommen:

a) ESSER: Er erklärt, daß er die Besetzung der Stelle in Köln *zur Zeit* nicht für günstig halte. Er behandle die Angelegenheit lediglich *sachlich*.

b) BUSCH: Es sei von der Fraktion einmütig angenommen worden, mit aller Energie die Stellen in Köln und Trier zu erhalten.² Er und auch Linz hätten lediglich den Auftrag der Fraktion ausgeführt. Er verstehe den Standpunkt von Esser nicht, er müsse wohl damals nicht an der Fraktionssitzung teilgenommen haben.

c) STEGERWALD äußert sich auch zu dieser Frage.

d) KLOFT: An Köln und Trier kann jetzt nicht mehr gerüttelt werden. Eine Stelle muß den Sozialdemokraten im Rheinland nicht eingeräumt werden.

e) LINZ: Er tritt dafür ein, keine der beiden Stellen, weder Koblenz noch Aachen, aufzugeben.

f) KLEY stimmt Linz zu, daß auf *Koblenz* nicht verzichtet werden könne.

g) HIRTSIEFER: Man muß Politik machen und aus diesem Grund ist den Sozialdemokraten eine Regierungspräsidentenstelle zu gestatten.

h) KRUG: Aachen darf nicht von einem Sozialdemokraten besetzt werden.

i) BUSCH: Wir müssen auf unserem Standpunkt stehen bleiben. Wenn die Sozialdemokraten nicht nachgeben wollen, dann ziehen wir die Konsequenz und treten aus der Regierung aus.

k) LINZ tritt dem Standpunkte des Vorredners bei.

l) HEROLD: Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß wir *alleine* nicht regieren. Wir müssen auf die anderen Parteien Rücksicht nehmen. Wenn eine Stelle eingeräumt werden muß, dann bin ich für *Koblenz*, weil dort doch auch der Oberpräsident *nicht* Sozialdemokrat ist.

DINSLAGE: Wir werden am besten Düsseldorf geben, dafür muß aber Arnberg festgehalten werden.

REINEKE: Wir müssen Koblenz und Aachen festhalten.

HEROLD: Wir können *nicht* einfach aus der Regierung austreten, wenn unserem Verlangen nicht stattgegeben wird. Wir müssen den höheren Gesichtspunkt gelten lassen, um endlich unser Vaterland zu retten. Wir können unter den heutigen schwierigen Verhältnissen die Regierung *nicht* stürzen.

LAUSCHER: Wir allein können das Vaterland *nicht* retten. Die anderen Parteien müssen auch mithelfen und nicht gegen uns arbeiten. Koblenz kann den Sozialdemokraten *nicht* eingeräumt werden.

Regierung ernannten Regierungspräsidenten Adolf Freiherr von Dalwigk-Lichtenfels und Albert von Gröning bis 1922 im Amt, ebenso der Oberpräsident Rudolf von Groote. Während Köln und Trier im Laufe des Jahres 1919 von den Zentrumsleuten Brugger und Fuchs besetzt wurden, wurde in Düsseldorf 1919 kommissarisch Hugo Landé eingesetzt, den 1920 Walter Grützner ablöste.

² Nicht nachgewiesen.

Die Fraktion ist der Ansicht, daß versucht werden soll, die Rheinprovinz mit katholischen und zentrumstreuen Regierungspräsidenten zu besetzen. Wenn das jetzt nicht möglich ist, soll die Frage bis nach Pfingsten beruhen bleiben.

34.

17. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [HEROLD] verliest einige Eingänge.
2. Müller (Prüm) ist wegen Erkrankung nicht erschienen. (Entschuldigungstelegramm liegt vor.)
3. Abgeordneter Kaulen ist für Herrn Kuckhoff eingetreten.¹
4. BEYER bringt eine Anfrage vor wegen Verteilung der Lebensmittel. Diesem Antrage schließen sich als Redner MAISS, SPRENGER und MUSIOL an. Diese Anfrage soll zunächst für *Oberschlesien* eingebracht werden.² Für die Westprovinz soll später eventuell eine kleine Anfrage eingebracht werden.
5. BUSCH: Es sei zweckmäßig, einen Vertreter zur Regelung der Arbeiterfragen im Ministerium zu haben.³ Zentralverband christlicher Landarbeiter soll diesen Antrag einbringen.
BERGMANN schließt sich dem Vorbringen an.
SPRENGER ebenso. Es muß ein *Zentrums*mann sein.
BUSCH: Bergmann soll als Vertrauensmann des Verbandes einen Antrag an die Fraktion stellen.
6. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.
zu 12 [Förmliche Anfrage Dr. von Krause (Ostpreußen) usw. [DVP] über die Bedeutung des Handels für das Wirtschaftsleben – Drucksache 45]:
Altegoer wird dazu sprechen.⁴
SPRENGER: Die einzelnen Punkte müßten hier vorgetragen werden, damit dazu Stellung genommen werden könne.
DINSLAGE: Es muß für den Mittelstand etwas geschehen.
Richtarsky wird zu den Ernährungsfragen reden, eventuell Kaulen.⁵

1 Kuckhoff hatte zusammen mit Kastert Ende Mai 1919 sein Mandat niedergelegt. Vgl. Nr. 30.

2 Kleine Anfrage Beyer (Oberschlesien) usw [Z] über Versorgung der Industriegemeinden Oberschlesiens und Mittelschlesiens mit ausländischen Lebensmitteln, Drucks. Nr. 451.

3 Ob ein Vertreter der christlichen Landarbeiter ins Landwirtschaftsministerium kam, konnte nicht ermittelt werden.

4 Rede Altegoers in der 31. Sitzung am 17. Juni 1919, Sp. 2375-2377.

5 Rede Richtarskys in der 32. Sitzung am 18. Juni 1919, Sp. 2469-2475.

zu 13 [Beratung des Antrags Neumann (Bärenberg) usw. [DNVP] auf Fürsorge für die in den Kämpfen mit den Polen verwundeten und gefallenen Mitglieder von Bürger- und Bauernwehren und deren Hinterbliebene – Drucksache Nr. 128, 258]: Maiß wird dazu sprechen.⁶

zu 14 [Förmliche Anfrage Budjuhn usw. [DNVP] über die Behandlung der von den Polen festgesetzten Geiseln und Gefangenen – Drucksache Nr. 314]: Schulte wird dazu sprechen.⁷

zu 15 [Förmliche Anfrage Dr. Friedberg usw. [DDP] über den Schutz der Deutschen in den von Polen besetzten Gebieten und die Versorgung der Beamten – Drucksache Nr. 277]: Schulte wird dazu sprechen.⁸

zu 16 [Förmliche Anfrage Mentzel (Stettin) usw. [DNVP] über die Verhinderung von Reichswehrformationen durch Arbeiterräte – Drucksache 315]: erledigt.

7. BUSCH: Dem Staatskommissar von Starck sollten 3 Beisitzer beigegeben werden. Demokrat: Jansen⁹, Sozialdemokrat: Haas. Zentrum muß einen tüchtigen Mann stellen, da er keinen leichten Stand hat. Diese Sache *eilt* sehr. Es soll der Fraktion einer vorgeschlagen werden.¹⁰

8. Kleine Anfrage Behrendt. Maschinen werden in das Ermland befördert. Es ist die allgemeine Ansicht, diese Anfrage jetzt *nicht* zu stellen.¹¹

9. SCHMEDDING: 1) Wer soll anstelle von Kuckhoff als Referent in Rentenfragen eintreten? 2) Eisenbahnetat. Welche Stellung soll die Fraktion einnehmen bezüglich der Übernahme der Eisenbahnen durch das Reich?

HEROLD: Wenn die Bundespartei [!] und die Regierung dafür sind, dann würde die Fraktion sich am besten auch auf diesen Standpunkt stellen.

VOGELSANG, BERGMANN und SCHMEDDING sprechen weiter zu diesem Gegenstande. In *finanzieller* Beziehung ist Gewicht darauf zu legen, daß Preußen besonders in Betracht gezogen wird. Ein grundsätzlicher Widerspruch der Fraktion gegen die Übernahme besteht in der Fraktion *nicht*.

10. SCHULTE: Die Kommissionen müssen stets voll besetzt sein. In dem Untersuchungsausschuß sind deswegen die bürgerlichen Parteien unterlegen, weil ein Bürgerlicher *fehlte*.¹² HEROLD: Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Kommissionsmitglieder alle *anwesend* sind.

6 Der Gegenstand wurde am 18. Juni 1919 von der Tagesordnung abgesetzt und erst im November 1919 im Zusammenhang mit dem Etat der Preußischen Regierung für 1919 beraten. Vgl. Sp. 12007 (Sachweiser).

7 Der Gegenstand kam erst im Juli 1919 im Zusammenhang mit der Beratung des Etats des Innenministeriums zur Sprache. Vgl. Sp. 11876 (Sachweiser).

8 Der Gegenstand wurde in der 31. Sitzung am 17. Juni 1919 von der Tagesordnung abgesetzt und erst im November 1919 im Zusammenhang mit dem Etat der Preußischen Regierung für 1919 beraten. Vgl. Sp. 11878 (Sachweiser).

9 Vgl. zur endgültigen Wahl Jansens das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 15. Juli 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 70.

10 Nicht nachgewiesen. Der Zentrumsmann Alexander von Brandt, gen. Flender wurde jedoch Stellvertreter des Staatskommissars.

11 Vgl. Nr. 37 Anm. 1.

12 Es handelte es sich um den Ausschuß, der die Unruhen in Berlin vom Januar 1919 untersuchte.

11. LAUSCHER: Es handelt sich um die Auslassungen des Herrn Kuckhoff und der Kölnischen Volkszeitung, die sich gegen die Fraktion richten. Die Fraktion muß dazu Stellung nehmen.¹³

Die Niederschriften der Ausschußsitzungen befinden sich in Drucks. Nr. 4121 B, die Originale der wörtlichen Berichte im GStA Merseburg, Rep. 169 D IX, Nr. 3, Beiheft 2. Demnach hatte am 16. Juni 1919 die 13. Sitzung des Untersuchungsausschusses getagt. Anhand der Berichte ist jedoch nicht eindeutig auszumachen, um welche Abstimmung es sich gehandelt hatte.

13 Von Kuckhoff wurden die Artikel „In eigener Sache“ (KV Nr. 452 vom 12. Juni 1919) und „Gesinnungsänderungen in Sachen des rheinischen Gliedstaates“ (KV Nr. 458 vom 14. Juni 1919) veröffentlicht. Darüber hinaus erschien in der KV Nr. 465 vom 16. Juni 1919 der Artikel „Zur Frage der rheinischen Republik“. Bergmann hatte bereits in der KV Nr. 464 vom 16. Juni 1919 Stellung gegen Kuckhoffs Artikel vom 12. Juni 1919 genommen. Zur Stellungnahme der Fraktion vgl. auch Nr. 35 und 36.

35.

18. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank

HEROLD verliest die Eingänge, insbesondere eine Zuschrift der Zentrumsparlei von Hattingen, welche Ausschluß der Abgeordneten Kastert und Kuckhoff fordert.¹ Die Fraktion erklärt die Sache für erledigt.

Vizepräsident Abg. PORSCH berichtet sodann über die Beschlüsse des Seniorenkonvents.² Es ist eine Pause von 6 Wochen in Aussicht zu nehmen und zwar ab 19. oder 26. Juli. Bezüglich der Absperrung hat der Seniorenausschuß beschlossen, dieselbe beizubehalten.³ Nächsten Dienstag beginnt die Verhandlung des Staatshaushaltsetats im Plenum.

Abg. SCHULTE verliest einen Artikel betr. Oberschlesien von dem Abgeordneten Musiol.⁴ Die Ostgruppe der Zentrumsfraktion mißbilligt die Veröffentlichung des Abg. Musiol.

1 Nicht nachgewiesen.

2 Die Sitzung des Ältestenrates fand am 17. Juni 1919 von 11.37 Uhr bis 12.48 Uhr statt. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

3 Das Gebäude der Landesversammlung war aufgrund der Berliner Unruhen im Frühjahr 1919 polizeilich und militärisch abgesperrt worden. In der Sitzung des Ältestenrates am 17. Juni 1919 wurde die weitere Beibehaltung dieser Maßnahme von der Mehrheit beschlossen. Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

4 Der Artikel wurde nicht nachgewiesen. Musiol war Gründungsmitglied des Mitte 1919 gegründeten Bundes der Oberschlesier, der einen selbständigen ober-schlesischen Staat forderte. Vgl. Karski, S. 290 f. Musiol hatte auch die Verhaftung ober-schlesischer Polenführer scharf kritisiert und in einem Telegramm an den preußischen Ministerpräsidenten und das Breslauer Generalkommando die Freilassung der Polen und eine versöhnende Politik in Oberschlesien gefordert. Dies wurde regierungsseitig zurückgewiesen. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 133 vom 13. Juni 1919.

Abg. MUSIOL berichtet sodann über die Verhältnisse in Oberschlesien, insbesondere berichtet er über den Staatskommissar Hörsing, der dort eine sozialdemokratische Parteipolitik treibt und alle Ämter seinen Parteigängern zuschanzt. Herr MUSIOL verliest sodann einen öffentlichen Brief, den er gegen Hörsing losgelassen.⁵

Herr Präsident PORSCH verliest sodann einen Brief von Herrn Dr. Bitta, [dem] kommissarischen Regierungspräsidenten in Oppeln.⁶

Herr VOGELSANG ist der Ansicht, daß das Zentrum offiziell nicht die Aktion des Abgeordneten Musiol unterstützen könne. Er müsse sehen, wie er die Sache beilegt.

Herr FALTIN verliest sodann einen Brief der Katholischen Volkspartei Oppeln⁷, die sich über die strenge Preßzensur Hörsings beschwert.

Herr VOGELSANG beantragt, die Sache Musiol für erledigt zu betrachten nach dieser Aussprache. Die Fraktion stimmt dem zu.

Es wird sodann zur Rheinlandfrage übergegangen.

Prof. Dr. LAUSCHER teilt mit, daß er den Rheinland-Artikel noch nicht fertig habe.⁸ Donnerstag 12 Uhr soll eine Zusammenkunft stattfinden, in der der Artikel vorgelegt wird.⁹

Es wird sodann zur Ernährungsfrage übergegangen.

Herr KLOFT beklagt sich darüber, daß in dem Ernährungsausschuß leider die Mitglieder der Zentrumsfraktion nicht geschlossen stimmten im Gegensatz zu den übrigen Parteien.¹⁰

Abg. REINEKE klärt auf, daß die hohen Preise nicht der Landwirtschaft zuzuschreiben sind, sondern dem Zwischenhandel.

Herr SPRENGER pflichtet Dr. Reineke bei. Es dürfe nicht immer alle Schuld der Landwirtschaft in die Schuhe geschoben werden. Er empfiehlt Verkürzung des Weges zwischen Produzent und Konsument.

Herr SCHOENKAES stimmt dem zu.

Herr HEROLD schlägt vor, in der Sache weiter zu tagen.

Herr Abg. JAKOBY-RAFFAUF und KLEY legen einen Antrag vor betr. Stellung von Futtermitteln im besetzten Gebiet.¹¹ Die Fraktion stimmt dem zu.

5 Nicht nachgewiesen.

6 Nicht nachgewiesen. Zu Bitta vgl. Nr. 8 Anm. 10.

7 Nicht nachgewiesen.

8 Dabei handelt es sich um eine Stellungnahme gegen Artikel der KV. Vgl. Nr. 34 Anm. 13.

9 Vgl. Nr. 36.

10 Das läßt sich anhand des Ausschußberichtes, Drucks. Nr. 648, nicht nachweisen. Im Ausschuß ging es vor allem um die Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft und den dabei zu erwartenden Preissteigerungen, wie sie sich bereits nach der Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung für Eier bemerkbar gemacht hatten.

11 Antrag Kley (Neuwied) usw. [Z] über die Versorgung des besetzten Gebiets mit Ersatzfuttermitteln, Drucks. Nr. 465.

Herr Abg. KOSSMANN legt eine kleine Anfrage vor, betr. Zuckerzuweisung an das Saargebiet.¹²

12 Kleine Anfrage Koßmann [Z] über die Zuckerversorgung im Saargebiet, Drucks. Nr. 466.

36.

19. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. LAUSCHER trägt die Abfassung eines Artikels vor, der der Presse übergeben werden soll.¹ Es handelt sich um eine Erwiderung auf die Äußerungen des Herrn Kuckhoff und der Kölnischen Volkszeitung und um eine objektive Darstellung der Stellungnahme der Zentrumsfraktion zur Rheinlandfrage.

Die Fraktion war mit der Abfassung nach einigen Änderungen einverstanden.

1 Es handelt sich um den Artikel „Zentrum und Rheinlandfrage“, der in der Germania Nr. 276 vom 21. Juni 1919 und in der KV Nr. 480 vom 22. Juni 1919 erschien. Vgl. zur Vorgeschichte Nr. 34 Anm. 13 und Nr. 35.

37.

20. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Verschiedene Eingänge werden von dem Vorsitzenden [PORSCH] verlesen.

2. a) Kleine Anfrage von Behrendt wegen Abtransportes der Maschinen aus den Fabriken in Danzig etc. wird genehmigt.¹

b) Kleine Anfrage Grebe wegen Entschädigung für von Truppen, die aus dem besetzten Gebiet verlegt worden sind, den Bewohnern, bei denen sie einquartiert waren, zugefügten Schaden wird genehmigt.²

3. LAUSCHER teilt ein Schreiben der preußischen Bischöfe mit, in dem die Grundsätze festgelegt sind, die sich auf die Einwirkung der religiös-sittlichen Erziehung

1 Kleine Anfrage Behrendt (Danzig) usw. [Z] über Beförderung von Rohstoffen, Maschinen usw. aus den Danziger Staatsbetrieben nach Preußen, Drucks. Nr. 475.

2 Kleine Anfrage Grebe usw. [Z] über die durch die deutschen Truppen in den besetzten Gebieten verursachten Schäden, Drucks. Nr. 477.

in der Schule seitens der Kirche bezieht.³ Die Stellungnahme wird seitens der Fraktion dem Unterrichtsausschuß überlassen.

4. Es wird in die Tagesordnung eingetreten:

Zu 1. Als Kuratorium für das Landesauschußbüro⁴ sind gewählt worden a) Dr. Hager, b) Dr. Neumann, [c)] Blank.

Zu 2. Tagesordnung des Plenums

zu 1 [Förmliche Anfrage Budjuhn usw. [DNVP] über die Behandlung der von den Polen festgesetzten Geiseln und Gefangenen – Drucksache Nr. 314]: nimmt Dr. SCHULTE das Wort. Er ist der Ansicht, daß nichts z. Zt. zu unternehmen sei. Außerdem sei die Sache *Reichsangelegenheit*.

zu 2 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern – Drucksache Nr. 433]: Dinslage wird dazu sprechen.⁵

zu 3 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über das Bürger- und Gemeinderecht der Frauen und die weitere Durchführung der Gemeindewahlen – Drucksache Nr. 434]: Frau Heßberger wird dazu sprechen.⁶

zu 4 [Förmliche Anfrage Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über die Verwendung der Überschüsse der Viehhandelsverbände – Drucksache Nr. 319]:

KLOFT und REINEKE sind der Ansicht, daß die Überschüsse *im ganzen* zur Hebung des Viehbestandes verwendet werden und nicht auf die einzelnen Gemeinden verteilt werden.

SPRENGER verweist auf den Mangel an Säuglingsmilch. Zu diesem Zwecke sollen die Überschüsse verwendet werden.

BRUST berichtet über die Ansicht in dem Ernährungsausschuß.

KLOFT spricht sich dafür aus, daß die Überschüsse für Milch zur Ernährung der Kinder verwendet werden.

SPRENGER spricht sich gegen Brust aus, daß die Überschüsse zum Aufbau des Viehbestandes verwendet werden.

REINEKE: Die landwirtschaftlichen Organisationen haben während des ganzen Krieges gegen die Viehhandelsverbände gekämpft.

3 Um welches Schreiben der preußischen Bischöfe es sich handelt, ließ sich nicht eindeutig klären. Eventuell handelt es sich um das undatierte und ungezeichnete Schriftstück „Zur Sicherung des kirchlichen Einflusses auf die Schule“, das im Nachlaß Eismann überliefert ist. Vgl. BAT 105, Nr. 1078, Bl. 1-3.

4 Das Büro war 1908 mit der Gründung des Landesauschusses der preußischen Zentrumspartei eingerichtet worden. Gemäß der Satzung des Landesauschusses in der Fassung vom 16. Februar 1913 war der Schriftführer des Vorstandes zugleich Leiter des Landesauschußbüros. Ein Kuratorium wird in den Satzungen nicht erwähnt. Vgl. Bachem, Bd. 7, S. 424-427.

5 Der Gegenstand wurde in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919 verhandelt. Rede Dinslages, Sp. 2603 f.

6 Der Gegenstand wurde in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919 verhandelt. Rede Heßbergers, Sp. 2617 f.

Zwischenfall:

Die Fraktion steht auf dem Standpunkt, dem Antrag der Deutschnationalen, Samstag über die Friedensfrage im Plenum zu sprechen⁷, *nicht* stattzugeben, weil uns die notwendige Unterlage fehlt.

HESS widerspricht der Ansicht von Sprenger.

RICHTARSKY schließt sich der Ansicht Reinekes und Heß' an. Es ist auch auf die Landwirtschaft und nicht auf die Stimmung der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Der Aufbau des Viehbestandes ist für die sichere Ernährung des Volkes von außerordentlicher Bedeutung.

JAKOBY-RAFFAUF: Die Arbeiter müssen mit gegen die *freie* Bauernschaft auftreten.⁸

HIRTSIEFER: Wer hat die Überschüsse bezahlt? Doch nicht die Landwirte.

MUSIOL: Der Landwirtschaft und auch der Arbeiterschaft ist Unrecht geschehen. Der *Zwischenhandel* hat den Vorteil gehabt. Der *Viehhandelsverband* muß *ganz aufgehoben* werden.

BRUST schlägt vor, in der Fraktion in dieser Beziehung keinen Antrag zu stellen.

STEGER: Wir müssen davon ausgehen, was heute am *notwendigsten* ist. Dies ist aber, die *Sterblichkeit* der Kinder zu vermindern.

REINEKE: Wir stehen auch auf dem Standpunkt, daß die Menschen zuerst, dann das Vieh kommt. Aber ist eine Milchversorgung möglich, wenn kein Vieh vorhanden ist?

Dr. HAGER: Diese Frage ist früher schon besprochen worden.

KLOFT: Beides muß berücksichtigt werden, sowohl die Landwirtschaft als auch die Arbeiterschaft.

Frau HESSBERGER: Beide Teile haben Recht. Doch ist die Versorgung der Kinder außerordentlich schlecht. Es wäre zweckmäßig, die Überschüsse zu *teilen*.

SAUERMANN nimmt den Standpunkt von Hirtsiefer und Kloft ein.

HERKENRATH spricht sich für beide Zwecke aus, aber es müssen noch mehr Mittel vom *Staate* gegeben werden.

BRUST spricht sich dafür aus, daß ein *Arbeitervertreter* zu der Frage als Redner auftritt, der einen *vermittelnden* Standpunkt einnehmen soll.

DINSLAGE: Es muß für *alle* Kreise, insbesondere auch für die Beamtenkreise gesprochen werden. Er spricht sich für die Teilung aus.

REINEKE: Wenn die Summe erheblich, dann Teilung, wenn *nicht* erheblich, dann für *leistungsschwache Gemeinden* und nur für *Kinder und Kranke*.

⁷ Gemeint ist die Frage nach der Annahme des Versailler Friedensvertrages. Das Reichskabinett war in der Nacht vom 19. zum 20. Juni 1919 wegen dieser Frage gestürzt. Vgl. Kabinett Scheidemann, S. 469-507.

⁸ Zur Freien Bauernschaft vgl. Nr. 29.

Die Fraktion schließt sich diesem Antrag an. *Brust soll sprechen.*⁹

zu 5 [Förmliche Anfrage Dr. von Krause (Ostpreußen) usw. [DVP] über die Grundsätze für die Anstellung und Entlassung von Staatsbeamten – Drucksache Nr. 66]: HESS ist bereit zu sprechen oder GOTTWALD.¹⁰

9 Die Anfrage kam erst am 21. Oktober 1919 im Rahmen des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung zur Verhandlung. Sie wurde weder beantwortet noch besprochen. Vgl. Sp. 12015 (Sachweiser).

10 Die Anfrage wurde erst im Rahmen des Etats des Innenministeriums im Juli 1919 besprochen. Vgl. Sp. 11983 (Sachweiser).

38.

20. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es handelt sich um den Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, die Friedensfrage im Plenum zu erörtern.¹ Mit Rücksicht auf die Friedensfrage soll eventuell am Sonntagnachmittag eine Sitzung im Plenum stattfinden. Dieserhalb soll noch eine Sitzung des Ältestenausschusses heute Abend sein.² Welche Stellung nimmt die Fraktion hierzu?

KLOFT bittet um schnelle Mitteilung des Beschlusses des Ältestenrates, damit diejenigen, die nach Hause fahren wollen, Bescheid wissen.

REINEKE: Zweckmäßig würden wohl einige Abgeordnete nach Weimar fahren.

SCHMIDT: Nach seiner Information führen keine Züge, weil die Eisenbahner streikten.³

LINZ: Wenn die Frage zur Sprache kommt, dann muß dafür gesorgt werden, daß Einmütigkeit herrscht.

BRUST spricht sich gegen eine Besprechung im Plenum aus.

HESS spricht sich auch gegen eine Aussprache im Plenum aus.

SCHÜLING schließt sich der Ansicht des Vorredners an.

WILDERMANN: Nach seiner Information würde auch das Preußische Ministerium zurücktreten.

1 Vgl. Nr. 37 Anm. 7.

2 In der Sitzung des Ältestenrates am 20. Juni 1919, 11.38 Uhr bis 12.10 Uhr, wurde beschlossen, den Antrag der Deutschnationalen zunächst in den Fraktionen zu beraten und um 19 Uhr wieder zu einer Besprechung im Ältestenrat zusammenzukommen. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

3 Vgl. die Meldung des WTB im Staatsanzeiger Nr. 136 vom 20. Juni 1919.

MUSIOL: [. . .]⁴

HESS hält es für gewagt, einige Abgeordnete nach Weimar zu entsenden, um auf die von diesen gegebenen Informationen sich zu stützen, weil man nicht weiß, wie nach der Abfahrt die Sachlage liegt.

LINZ spricht sich auch gegen die Aussprache im Plenum aus.

Die Fraktion erklärt sich einstimmig dafür, daß die Aussprache im Plenum *unterbleiben* soll. Maiß, Dr. Schulte und Blank werden informationshalber nach Weimar fahren.

2. LINZ: Es wäre vielleicht zweckmäßig, festzustellen, wie die Auffassung hier in der Fraktion ist, ob unterschrieben wird oder nicht. Es folgt eine allgemeine Aussprache.

4 Seine Äußerung wurde nicht protokolliert.

39.

20. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup. Beginn 20.15 Uhr

*Es handelt sich um die Friedensfrage*¹

Der Präsident [PORSCH] berichtet über die Beratung des Ältestenausschusses.² Ehe das Plenum zusammentritt, soll das Staatsministerium hier sein.³ Dies wird vor Dienstag nicht der Fall sein. Es ist eine Einigung dahin getroffen worden, daß erst am *Mittwoch 2 Uhr* die Sitzung stattfindet. Aber die Friedensverhandlung soll dann stattfinden, wenn das Staatsministerium sich bereit erklärt, Stellung zu nehmen. Es wird an den Vorsitzenden die Bitte gerichtet, persönlich nach Weimar zu fahren, um sich über die Sachlage zu informieren.

1 Vgl. Nr. 37 und 38.

2 Die Sitzung des Ältestenrates fand am 20. Juni 1919 von 19.03 Uhr bis 20 Uhr statt. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

3 Unterstaatssekretär Göhre berichtete in der Sitzung des Ältestenrates am 17. Juni 1919, daß am Abend des 16. Juni 1919 sämtliche Staatsminister nach Weimar abgereist seien, um an der Erörterung der Friedensbedingungen teilzunehmen. Vgl. das Protokoll der Sitzung vom 17. Juni 1919 in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1. Der Beschluß des Ältestenrates vom 20. Juni 1919, abends, erst am Mittwoch, dem 25. Juni 1919, wieder zur Beratung im Plenum zusammenzutreten, wurde mit den Stimmen der Mehrheitsparteien gefällt. Vgl. das Protokoll der Ältestenratssitzung vom 20. Juni 1919, abends, in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

40.

25. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Wentrup und Blank, sowie zwei unbekannte Handschriften, Schluß: 13 Uhr

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingaben verlesen.

2. Tagesordnung der Partei.¹

Der Vorsitzende berichtet zu Punkt 1.²

Es wurde die Besprechung eröffnet.

HESS ist der Ansicht, daß der *Vorsitzende* sprechen müßte.

BRUST ist der Ansicht des Vorsitzenden, daß *Herold* sprechen solle, weil er die Vorgänge in Weimar kenne.

Dr. HAGER schließt sich der Ansicht des *Vorsitzenden* an, daß *Herold* sprechen solle.

LINZ ist auch der Ansicht, daß *Herold* sprechen solle.

HESS: Die Gegenseite wird sehr scharf werden.

HEROLD berichtet über die Vorgänge in Weimar. Wenn die hiesige Fraktion denselben Standpunkt einnimmt wie die Fraktion in Weimar, dann könne der Vorsitzende sprechen.

Dr. PORSCH: Durch die Ausführungen Herolds vertrete er den Standpunkt, daß *Herold* sprechen müsse.

Frau DRANSFELD spricht sich über die Vorgänge in Weimar aus. Sie ist auch der Ansicht, daß *Herold* spricht.

KLEY: Der Regierung ist das Vertrauen auszusprechen.

WILDERMANN spricht sich dafür aus, daß *Herold* spricht. Über die Vorgänge in Weimar müsse eine besondere Fraktionssitzung stattfinden.

LINZ: Nach den Ausführungen der Frau Dransfeld verstehe ich den Vorgang in Weimar nicht.

WRONKA: Der Osten muß in der Rede erwähnt werden.

BUSCH: Es muß dafür gesorgt werden, daß die Presse die Ausführungen genau bringt.

Die Fraktion ist damit einverstanden, daß *Herold* spricht³.

Zu Punkt 2: Rheinlandfrage

¹ Lag nicht vor.

² Es handelt sich vermutlich um die Besprechung der Dringenden Förmlichen Anfrage Adolph Hoffmann usw. [USPD] über die Stellung der Preußischen Staatsregierung und der Landesversammlung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages, Drucks. Nr. 484.

³ Ab hier Handschrift Blank. Rede Herolds in der 34. Sitzung am 25. Juni 1919, Sp. 2536-2541.

Der Vorsitzende berichtet über die neuen Eingänge und [den] Zeitungsbericht der Kölnischen Volkszeitung in dieser Sache.⁴

Dr. LAUSCHER teilt mit, daß die Reichsregierung durch ein bedauerliches Versehen der Waffenstillstandskommission de facto nicht unterrichtet gewesen ist. Wenn Bestrebungen auf neuen politischen Aufbau Deutschlands hinzielen, so ist dies kein Hochverrat. Dies ist festgestellt und von der Regierung zugegeben.⁵

Dr. LAUSCHER bedauert, daß Kuckhoff einen Teil seines aus Mitleid geschriebenen Privatbriefes zu seiner Verteidigung gebraucht.⁶

LINZ bedauert, daß die Herren Kastert und Kuckhoff auch mit Dorten in Wiesbaden verhandelt haben und ihn nicht aufgesucht haben, um sich bei ihm über Dorten zu erkundigen.

Dr. HESS verliest eine aufgesetzte Erklärung, die namens der Fraktion in die Zeitungen gebracht werden soll.⁷

Der Vorsitzende verliest sodann einen dringenden Antrag Dr. Heß und Gen. betr. der Rheinlandfrage.⁸

Minister STEGERWALD erklärt, daß die Materie in Weimar unter Zuziehung der rheinischen Abgeordneten geprüft sei.

Abg. BUSCH und Frau STOFFELS führen Beschwerde, daß die rheinischen Abgeordneten von den preußischen Ministern bei ihren Beratungen nicht zugezogen wurden.⁹

LINZ bemängelt auch, daß Abgeordnete nicht hinzugezogen wurden.

Der Vorsitzende gibt ein Einladungsschreiben des Gewerkschaftsbundes der Eisenbahner [bekannt].

STEGERWALD: Der Verband steht der Sozialdemokratie nahe. Er bittet, nicht teilzunehmen.

Vorsitzender: Morgen früh 9 Uhr Fraktionssitzung.¹⁰

STEGERWALD: Rheinlandfrage: Information geschieht nur durch die Kölnische Volkszeitung. Schildert das Vorgehen der Herren Kollegen Kastert und Kuckhoff. Angelegenheit muß durch eine Erklärung der Fraktion endlich erledigt werden.

4 Gemeint ist der Artikel Kuckhoffs „Zur Rheinland-Frage“, der neben dem Artikel der Fraktion in der KV Nr. 480 vom 22. Juni 1919 erschien. Vgl. Nr. 36 Anm. 1.

5 Kuckhoff zitierte in seinem Artikel „Zur Rheinland-Frage“ (vgl. Anm. 4) aus einem Privatbrief Lauschers, daß die Reichsregierung bei der Besprechung mit den rheinischen Abgeordneten im Reichskanzleramt am 31. Juni 1919 (vgl. Nr. 30 Anm. 2) zugegeben habe, daß Neugliederungsbestrebungen nicht als Hochverrat anzusehen seien.

6 Vgl. Anm. 5.

7 Die Fraktion nahm mit dem Artikel „Nochmals: Zentrum und Rheinlandfrage“ in der Germania Nr. 288 vom 28. Juni 1919 erneut zur Haltung der KV Stellung. Vgl. Nr. 42 Anm. 8.

8 Dringender Antrag Heß usw. [Z] auf wirtschaftliche Entlastung des besetzten westlichen Gebietes, Drucks. Nr. 489.

9 Ab hier unbekannte Handschrift.

10 Vgl. Nr. 41.

KLOFF: Beruhigung wäre eingetreten, wenn nicht neben dem Artikel der Fraktion der Artikel des Studienrats Kuckhoff gestanden hätte.¹¹ Empfiehlt auch die nochmalige Herausendung einer Erklärung.

ESSER: Beunruhigt ist die Bevölkerung in Köln usw. sehr. Fraktion soll bei der Kölnischen Volkszeitung Vorstellung machen. Eine Stellungnahme der Fraktion unbedingt erforderlich.

Dr. LAUSCHER weist auf den 3. Artikel der Kölnischen Volkszeitung hin, der auch sehr gefährlich sei.¹²

OPPENHOFF: Es ist falsch, daß in der Fraktion ein Antrag auf Revision der Stellungnahme gestellt ist.

BRUST bestätigt dies.

HESS schlägt eine Kommission vor zur Redaktion der Erklärung der Fraktion.

Als Kommissionsmitglieder werden gewählt: Dr. Heß, Dr. Lauscher, Esser und Oppenhoff.

STEGERWALD: von Starck ist als Staatskommissar für das besetzte Gebiet vorgeschlagen.¹³ Es sind Staatskommissare bestellt für das Industriegebiet, Oberschlesien, Schleswig-Holstein. Stellung in den genannten Bezirken erledigt, wenn der Friede endgültig abgeschlossen ist. Im besetzten Gebiet ist das anders. Der Staatskommissar werde wenigstens 15 Jahre bleiben müssen. Stellung sehr schwierig, weil ihm seine Tätigkeit seitens der Besatzung verboten werden könne.¹⁴ Staatskommissar viele Rechte, großes Gehalt – Stellung eines Staatsministers. Oberpräsident neben ihm kaum Platz. Kostet sicherlich 250-400000 M. Beide Verwaltungen nicht nebeneinander. Deshalb Stellung noch zu prüfen. Gegen die Einsetzung des Staatskommissars. – Stellvertreter in Aussicht Herr von Schönebeck.¹⁵ Bezahlt 2/3 vom Staate, 1/3 vom Reiche.

Dr. HESS: Ob Abschaffung des Staatskommissars noch möglich – muß geprüft werden. [Am] besten, Oberpräsidenten übertragen. Jetzt Zeit, auf Besetzung des Oberpräsidiums zu dringen. Haas [meinte], die Besetzung des Oberpräsidenten durch Zentrum sei zu billigen.¹⁶

11 Vgl. Anm. 4.

12 Welcher Artikel hiermit gemeint ist, ist unklar.

13 Der Kölner Regierungspräsident von Starck wurde schon am 21. Juni 1919 zum Staatskommissar für die besetzten Gebiete ernannt. Vgl. Nr. 32 Anm. 5.

14 Ab hier eine andere unbekannte Handschrift.

15 Bereits Anfang Juni 1919, als von Starck als Staatskommissar für die besetzten Gebiete in Aussicht genommen wurde, wurde beschlossen, daß ihm „ein Kommissar der drei Mehrheitsparteien beigeordnet wird.“ Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 4. Juni 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 50. Das Zentrum versuchte daraufhin, einen seiner Anhänger als Stellvertreter von Starcks zu erhalten. Dafür war zeitweilig Dr. von Schönebeck, bis zur Revolution Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsamt, vorgesehen. Vgl. Busch an Trimborn vom 9. Juli 1919, in: NL Trimborn 207, Bl. 17. Schließlich wurde jedoch Alexander Freiherr von Brandt, gen. Flender, der als Zentrumsmann galt, Stellvertreter von Starcks. Vgl. Bericht des Parteitages der Rheinischen Zentrumspartei 1919, S. 197.

16 Ab hier wieder Handschrift Blank.

Minister STEGERWALD teilt mit, daß seines Erachtens die Frage des Staatskommissars für Rheinland noch nicht endgültig geklärt sei.

Herr KLOFT gibt weiter Erklärungen über die in Aussicht genommenen Befugnisse des Staats- und Reichskommissars für die Rheinlande. Er spricht sich gegen die Ernennung aus.

Herr STEGER desgleichen sehr scharf.

Herr WILDERMANN erklärt sich 1) für die Schaffung der Reichskommissare, 2) für möglichste Abschaffung der Oberpräsidenten.

Herr Dr. HESS fordert entschieden für das Zentrum den Staatskommissar und Oberpräsident für die Rheinlande und schlägt vor, Düsseldorf den Sozialdemokraten.

Herr Dr. HAGER stimmt dem zu und spricht sich scharf gegen Dr. Wildermann [aus].

Herr LINZ teilt mit, daß die Sache mit dem Regierungspräsidenten am zweckmäßigsten zurückgestellt werden müßte.

Herr ANDRES schlägt vor, Wiesbaden als Ort des Reichs- und Staatskommissars zu wählen.

Herr WENTRUP bittet um Aufklärung, was im Reiche bereits beschlossen sei.

Herr Minister STEGERWALD gibt Aufklärungen.

Herr Dr. LAUSCHER bittet die Sache zu vertagen.

Dem wird zugestimmt.

Zum Justizetat wird vorgeschlagen, daß RhieI spricht.¹⁷

Von WANGENHEIM bittet für die Assessoren sprechen zu dürfen. Dem wird zugestimmt.¹⁸

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

17 Die Rede zum Justizetat hielt RhieI in der 36. Sitzung am 27. Juni 1919, Sp. 2711-2718.

18 Von Wangenheim redete während der Debatte zum Etat der Justizverwaltung nicht.

41.

26. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup

1. Es wurde über die namentliche Abstimmung für die Vertrauensfrage der Regierung verhandelt.¹

1 Die namentliche Abstimmung fand in der anschließenden Plenumsitzung statt. Vgl. 35. Sitzung am 26. Juni 1919, Sp. 2598.

2. Es wurde Punkt 5 der Tagesordnung des Plenums [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Neuwahl der Provinziallandtage – Drucksache Nr. 482] kurz vorweggenommen. Die Fraktion ist der Ansicht, den Antrag zu stellen, die Angelegenheit einem Ausschuß zu überweisen.²
3. Bericht über die Verhandlungen in Weimar über die Friedensfrage wurde erstattet von HEROLD und Frl. DRANSFELD.³ Die Angelegenheit wurde dann besprochen.
4. Änderung der Gemeindeordnung in Schleswig-Holstein. Die Angelegenheit wurde besprochen. Dem Gesetzentwurf soll zugestimmt werden.⁴
5. Von WANGENHEIM stellt den Antrag, daß heute zu der Friedensfrage auch ein Hannoveraner redet.⁵

2 Es sprach dazu Schmedding in der 35. Sitzung am 26. Juni 1919, Sp. 2636. Er beantragte, die Vorlage dem Gemeindeausschuß zu überweisen.

3 Vgl. dazu Nr. 40. Am 25. Juni 1919 hatte das Reichskabinett von 18-21 Uhr getagt und dabei die Bevollmächtigten für die Unterzeichnung des Friedensvertrags benannt, die Zuständigkeiten für die Ausführung des Friedensvertrags geregelt und Maßnahmen gegen eine etwaige Reaktion des Militärs auf den Friedensvertrag eingeleitet. Vgl. Kabinett Bauer, S. 13.

4 Gemeint ist der Dringende Antrag Dr. Ruer usw. [DDP, DVP, DNVP] auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein, Drucks. Nr. 389.

5 In der Sitzung des Ältestenrates am 26. Juni 1919, 11.35 Uhr bis 12.17 Uhr, wurde festgestellt, daß die Deutsch-Hannoveraner keinen Anspruch darauf hätten, zu Wort zu kommen, da sie nicht die Fraktionsstärke besäßen. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1. Dennoch kam der deutsch-hannoversche Abgeordnete Prella in der Plenardebatte zu Wort. Vgl. Sp. 2593-2596.

42.

27. 6. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Wentrup

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden einige Eingänge verlesen.
2. Zusatzantrag zu Nr. 473 wird genehmigt.¹
3. Es wurde in der Fraktion beschlossen, *keine besonderen Abgeordneten* von der Fraktion aus zu der Einladung des Gewerkschaftsbundes der deutschen Eisenbahner zu entsenden.² Es wird freigestellt, ob jemand hingehen will.

1 Zusatzantrag Wentrup usw. [Z] zum Antrag Kley (Neuwied) usw. Nr. 473, Drucks. Nr. 511.

2 Vgl. Nr. 40.

4. LINZ berichtet über die Angelegenheit des Reichs- und Staatskommissars im Rheinland und dem übrigen besetzten Gebiete.³

5. BRUST berichtet über die Verhandlungen der Eisenbahnarbeiter und Beamten, die in den Streik getreten sind.⁴ Er trägt eine Erklärung vor, dessen Inhalt dahingeht, daß eine Weiterverhandlung erst dann Zweck habe, wenn der Dienst und die Arbeit aufgenommen sind.

Die Sachlage wurde besprochen.

Brust soll zunächst mit den anderen bürgerlichen Parteien entsprechend dem Antrag Dr. Heß Rücksprache nehmen. Die Erklärung vom Zentrum allein abzugeben, habe keinen Zweck.⁵

6. Dr. HESS begründet die Anträge kurz, die heute im Plenum auf der Tagesordnung stehen, nämlich Nr. 3a und b.⁶

7. Auf Anfrage von LINZ mißbilligt die Fraktion das Vorgehen des Vorstandes des ehemaligen II. Nassauischen Wahlkreises bezüglich der Abhaltung von Versammlungen mit Dr. Dorten in der Frage der rheinischen Republik.⁷

8. LAUSCHER trägt einen Gegenartikel gegen die Kölnische Volkszeitung und Kuckhoff vor.⁸ Die Fraktion ist damit einverstanden.

9. BRUST trägt vor, daß er sich mit den anderen Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Verbindung gesetzt habe. Wenn die Demokraten mitstimmen, kann die Erklärung abgegeben werden.⁹

³ Vgl. Nr. 40.

⁴ Es handelte sich dabei um Verhandlungen zwischen der preußischen Staatsregierung und Vertretern der Eisenbahnorganisation, die am 26. Juni 1919 stattgefunden hatten. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktion vom 27. Juni 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 57.

⁵ Die DDP-Fraktion lehnte diesen Antrag kategorisch ab. Vgl. das Protokoll der Fraktionssitzung am 27. Juni 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 58. In der anschließenden 36. Sitzung am 27. Juni 1919 wurden daraufhin lediglich Erklärungen des Finanzministers und des Ministers der öffentlichen Arbeiten abgegeben, Sp. 2761-2768. Vom Zentrum redete in der sich daran anschließenden Aussprache Brust, Sp. 2774-2777.

⁶ Es handelt sich um Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf Erhöhung der den Gemeinden des besetzten Gebietes gewährten Zuschüsse, Drucks. Nr. 270, und Dringender Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf wirtschaftliche Entlastung des besetzten westlichen Gebiets, Drucks. Nr. 489.

⁷ Anhänger der Zentrumsparlei hatten in einer Versammlung mit Dorten in Gau-Bickelheim eine Resolution zugunsten der Dortenschen Rheinischen Republik angenommen. Ähnliche Versammlungen waren in Bingen und Gau-Algesheim geplant. Vgl. KV Nr. 523 vom 7. Juli 1919. Zur Haltung der Nassauischen Zentrumsparlei vgl. auch das Schreiben Dahlems an das Sekretariat der Rheinischen Zentrumsparlei vom 16. Juli 1919 mit der anliegenden Erklärung des Vorstandes der Nassauischen Zentrumsparlei (Abschriften), in: NL Trimborn 223, Bl. 12 und 14: „Der Vorstand der Nassauischen Zentrumsparlei steht unverbrüchlich auf dem Boden der Rheinischen Republik und hält eine Volksabstimmung für dringend geboten . . .“ Diese Erklärung wurde veröffentlicht in der Germania Nr. 320 vom 17. Juli 1919.

⁸ Es handelt sich dabei um den Artikel „Nochmals: Zentrum und Rheinlandfrage“ in der Germania Nr. 288 vom 28. Juni 1919. Zur Vorgeschichte vgl. Nr. 40.

⁹ Vgl. Anm. 5.

10. Punkt 4 der Tagesordnung des Plenums [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Justizverwaltung – Band II Nr. 27 – Drucksache 472] wird durchgesprochen.

43.

1. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Verschiedene Eingänge werden von dem Vorsitzenden [PORSCH] verlesen.

2. *Rheinlandfrage:*

Es wurde von dem Vorsitzenden ein Brief von Kuckhoff vom 28.6.19 verlesen.¹ Die Fraktion war der Auffassung, daß der Brief *nicht* beantwortet werde.

Dr. HESS trug einen Artikel aus der Kölnischen Volkszeitung vor, der gegen die Fraktion Stimmung macht.² Der Artikel soll von einem Mitgliede beantwortet werden.³

SAUERMANNSpricht sich auch für einen rheinischen Parteitag aus.⁴

Dr. BELL: Es ist dringend nötig, daß eine Absprache mit der Zentrumspreste stattfindet.

LINZ: In der nächsten Woche soll eine Versammlung des Staatsministeriums in Düsseldorf wegen der rheinischen Republik stattfinden.⁵

1 Nicht nachgewiesen.

2 Vermutlich handelt es sich um den Artikel „Rheinischer Gliedstaat und Zentrum“ in der KV Nr. 498 vom 28. Juni 1919.

3 Eine Antwort eines Zentrumsabgeordneten konnte nicht ermittelt werden.

4 Der Parteitag der Rheinischen Zentrumsparlei fand vom 15. bis 18. September 1919 in Köln statt.

5 Die Besprechung in Düsseldorf fand erst am 23. Juli 1919 statt. Vom preußischen Staatsministerium erschienen Hirsch, Haenisch, Fischbeck, Stegerwald und die Unterstaatssekretäre Linz und Gräf. Sie debattierten mit 150 Vertretern aus dem Rheinland über die Rheinlandfrage. Vgl. KV Nr. 573 vom 24. Juli 1919 und Nr. 574 vom 25. Juli 1919.

3. Dr. BELL berichtet kurz über die Friedensfrage in Weimar.⁶

4. WILDERMANN berichtet über die Titelfrage.⁷ Die Fraktion ist mit dem alten Standpunkt, Titel beizubehalten, einverstanden.

Tagesordnung des Plenums:

Zu Punkt 8 [Erste und zweite Beratung des Antrags Dr. Dr. Abderhalden usw. [DDP] auf Annahme eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung bei ehrengerichtlichen Strafen und ehrengerichtlichen Verfahren gegen Ärzte – Drucksache Nr. 278] spricht Goebel.⁸

Zu Punkt 9 [Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände – Drucksache Nr. 471] wird Sprenger sprechen.⁹

Zu Punkt 10 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke – Drucksache 483]:

Dr. HAGER spricht sich dafür aus, daß die Angelegenheit einer Kommission überwiesen wird.¹⁰

Frau HESSEBEGGER spricht sich dafür aus, daß das Charlottenberger Wasserwerk kommunalisiert wird.

STEGERWALD schließt sich den Ausführungen der Vorrednerin an.

Zu Punkt 11 [Beratung der Verordnung vom 10. April 1918 (Gesetzsamml. S. 41) über Ergänzung der Enteignungsverordnung vom 11. September 1914 – Drucksache Nr. 440]: REINEKE und GOEBEL nehmen hierzu das Wort.

Zu Punkt 12 [Beratung der Nachweisung der an die Heeresverwaltung zu Remontezwecken verpachteten Domänenvorwerke – Drucksache Nr. 403]:

Jakoby-Raffauf wird dazu sprechen.¹¹

BUSCH steht auf dem Standpunkt, daß die sog. Grundpunkte für die Pferdezucht erhalten werden sollen.

6 Bell war in der Sitzung des Reichskabinetts am 25. Juni 1919 zum Bevollmächtigten für die Unterzeichnung des Friedensvertrags benannt worden (vgl. Kabinett Bauer, S. 13) und hatte zusammen mit H. Müller am 28. Juni 1919 in Versailles den Vertrag unterzeichnet. So konnte er erst an der Sitzung des Reichskabinetts am 1. Juli 1919, 11 Uhr, wieder teilnehmen. Dabei wurde die beschleunigte Ratifizierung des Friedensvertrags beschlossen, da daran die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland geknüpft war. Vgl. Kabinett Bauer, S. 37.

7 Die „Bekanntmachung der Preussischen Regierung, betr. Orden und Titel vom 14. Dezember 1919“, Gesetzsamml. S. 206, schaffte die Verleihung von Orden und Titeln ab, gestattete aber die weitere Verwendung verliehener Titel. Vgl. Drucks. Nr. 542. Der Verfassungsausschuß beantragte am 3. Juli 1919, diese Regelung außer Kraft zu setzen, Drucks. Nr. 538. In der 40. Sitzung am 4. Juli 1919 wurde dieser Schritt vor allem damit begründet, daß in der Reichsverfassung eine einheitliche Regelung dieser Materie zu erwarten sei. Vgl. Sp. 3019-3029.

8 Wortmeldung Goebels in der 37. Sitzung am 1. Juli 1919, Sp. 2795.

9 Reden Sprengers in der 37. Sitzung am 1. Juli 1919, Sp. 2800 f. und 2805.

10 Rede Hagers in der 37. Sitzung am 1. Juli 1919, Sp. 2805 f. Der Gesetzentwurf wurde auf Antrag Hagers einem besonderen Ausschuß überwiesen.

11 Rede Jakoby-Raffaufs in der 37. Sitzung am 1. Juli 1919, Sp. 2817-2820. Jakoby-Raffauf hatte dazu einen Antrag gestellt. Vgl. Drucks. Nr. 519. Weiter sprach vom Zentrum zu diesem Punkt Schmedding, Sp. 2820 f.

BRUST: Der Antrag muß sofort behandelt werden.

Zu Punkt 13 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Justizverwaltung – Band II Nr. 27 – Drucksache 472]: Es ist nichts weiter zu berichten.

44.

2. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] macht Mitteilung über einige Beschlüsse des Ältestenrates, so über die Ferien, die voraussichtlich in der Zeit vom 19.7. bis 25.8. sein werden.¹

2. RÜRUP wird eine kleine Anfrage einbringen.

a) bezüglich der Untersuchung der Kriegs- und Zivilgefangenen auf Wurmkrankheit²,

b) bezüglich der Abgabe der Bergregale.

zu a): Die Fraktion ist einverstanden.

zu b): Die Fraktion ist der Ansicht, daß diese Angelegenheit sich für eine kleine Anfrage *nicht* eignet.

3. Tagesordnung der Vollsitzung:

Zu Punkt 1 [Zweite und dritte Beratung des Antrags Dr. Ruer usw. [DDP, DVP, DNVP] auf Annahme eines Gesetzes über die Sonderrechte der Provinz Schleswig-Holstein – Drucksache 389, 514]: Die Fraktion ist mit dem Vorschlag Linz einverstanden, die Sache in die Kommission zu überweisen.³

Zu Punkt 2 [Dritte Beratung des Antrags Dr. Dr. Abderhalden usw. [DDP] auf Annahme eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung bei ehrengerichtlichen Strafen und ehrengerichtlichen Verfahren gegen Ärzte – Drucksache Nr. 278], 3 [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Abänderung des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes – Drucksache Nr. 503], 4 [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Änderung des Preußischen Gerichtskostengesetzes vom 25. Juli 1910 (Gesetzsamml. S. 184) – Drucksache Nr. 510]⁴, 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Auflösung und Neubildung der Steuerkommissionen – Drucksache Nr. 520], 6 [Erste Beratung des Ge-

1 Die Sitzung des Ältestenrates fand am 1. Juli 1919, von 11.15 Uhr bis 12.08 Uhr statt. Zu den Beschlüssen vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

2 Kleine Anfrage Rürup usw. [Z], betr. Untersuchung der aus Belgien und Nordfrankreich entlassenen Bergarbeiter auf das Vorhandensein von Wurmkrankheit, Drucks. Nr. 530.

3 Vgl. die Wortbeiträge Linz' in der 38. Sitzung am 2. Juli 1919, Sp. 2875 und 2876 f. Er beantragte, den Gegenstand an den Gemeindeausschuß zurückzuverweisen.

4 Hierzu sprach Goebel in der 38. Sitzung am 2. Juli 1919, Sp. 2880 f.

setzungsentwurf über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften – Drucksache Nr. 521]⁵ und 7 [Erste Beratung des Entwurfs eines Eisenbahnleihegesetzes – Drucksache Nr. 478] ist weiter nichts Besonderes zu bemerken.

Zu Punkt 8 A [Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Justizverwaltung – Band II Nr. 27 – Drucksache 472, Unterpunkte] a,b,c und d⁶ soll der Antrag Lüdicke⁷ angenommen werden. Dr. Reineke wird dazu sprechen.⁸

Zu Punkt 8 B [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Handels- und Gewerbeverwaltung – Band II Nr. 26 – Drucksache 294]: Es werden sprechen Dr. Hager und Bergmann.⁹

5 Hierzu sprach Reineke in der 38. Sitzung am 2. Juli 1919, Sp. 2885 f.

6 Hierbei handelt es sich um Anträge, deren Beratung mit der Beratung des Justizetats verbunden wurde.

7 Gemeint ist der Antrag Dr. Deerberg usw. [DNVP] zur II. Beratung des Haushalts der Justizverwaltung für 1919, Drucks. Nr. 504. Demnach sollten alle Rechtsanwälte nach 15 Jahren Dienstzeit zu Notaren ernannt werden, wenn sie 10 Jahre am Dienort tätig waren. Vgl. Reinekes Stellungnahme in der 38. Sitzung am 2. Juli 1919, Sp. 2905-2909.

8 Rede Reinekes in der 38. Sitzung am 2. Juli 1919, Sp. 2905-2909.

9 Hager redete in der 39. Sitzung am 3. Juli 1919, Sp. 3001-3009. Bergmann sprach nicht zu diesem Punkt.

45.

3. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank. Beginn 10.30 Uhr.

10 1/2 Eröffnung der Fraktion durch den Vorsitzenden [PORSCH].

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Herr Dr. REINEKE das Wort. Er weist auf einen Artikel in der Deutschen Tageszeitung hin, in dem das Zentrum scharf angegriffen wird bezüglich seiner Haltung in der Friedensfrage.¹ Er schlägt vor, aufklärendes Material den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen, damit in Versammlungen dem entgegengetreten werden kann.

FALTIN und DINSLAGE stimmen dem zu.

1 Gemeint ist der Artikel „Zentrum und Friedensschluß“ in der Deutschen Tageszeitung Nr. 319 vom 3. Juli 1919. Es handelte sich dabei angeblich um eine Zuschrift aus „Zentrumskreisen des Westens“, in der der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung vorgeworfen wurde, gegen den Willen der Partei den Friedensvertrag angenommen zu haben. Deshalb forderte der Schreiber die rechtsstehenden Zentrumsleute und besonders die Frauen auf, sich der „gläubigen deutschnationalen Partei“ anzuschließen.

Abg. STIELER erklärt, daß er in Versammlungen im Westen vollste Zustimmung zu der Friedensfrage zur Stellung des Zentrums gefunden habe.

Herr HESS gibt eine seitens der rheinischen Zentrumsabgeordneten gefaßte EntschlieÙung bekannt², die dem Beirat der rheinischen Zentrumspartei übersandt werden soll.

Die Fraktion ist damit einverstanden.

Tagesordnung der Vollversammlung

Zu Punkt B [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Handel- und Gewerbeverwaltung – Band II Nr. 26 – Drucksache Nr. 294]:

Dr. HAGER: Die Kommission für Handel und Gewerbe schlägt vor, daß Abg. Esser für den Mittelstand sprechen soll.³

Abg. FASSBENDER wünscht, daß Dr. Hager für Handel und Industrie spricht.⁴

Frau HESSBEGER weist auf die Agitation unter den Hausgehilfinnen (Dienstmädchen) hin, die seitens der Sozialdemokraten jetzt geführt wird. Sie schlägt vor, einen Zusatzantrag zum Antrag Kähler⁵ einbringen zu können.

BERGMANN weist auf die seitens der christlichen Gewerkschaften in dieser Angelegenheit bereits aufgestellten Richtlinien hin (christlicher Verband der weiblichen Hausangestellten).

Frau Geheimrat Heßberger und Abg. Bergmann sollen einen Antrag formulieren.⁶

Zu Punkt 8 [Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Untersagung der privaten Stellenvermittlung – Drucksache Nr. 176]:

Abg. BERGMANN und Frau Geheimrat HESSBERGER weisen auf die Wichtigkeit dieses Antrags hin. Es wird beschlossen, den Antrag einer Kommission zu überweisen.⁷

Abg. GOEBEL fragt an, ob die Fraktion den Abänderungsantrag Meyer⁸ zustimmt, für die Jugendlichen die bisherigen Bestimmungen betr. Teilnahme an gottesdienstlichen Handlungen weiter gelten zu lassen.

2 Darin wurde die Erklärung des Beirates der rheinischen Zentrumspartei vom 28. Juni 1919 begrüßt. Original der EntschlieÙung in: NL Trimborn 224, Bl. 4-5.

3 Esser sprach in der 41. Sitzung am 8. Juli 1919, Sp. 3122-3137. Er ersetzte damit den Arbeitervertreter Bergmann, der zunächst als Redner vorgesehen war. Vgl. Nr. 44 Anm. 9.

4 Tatsächlich sprach Hager. Vgl. Nr. 44 Anm. 9.

5 Antrag Frau Kähler (Berlin) usw. [SPD] auf Schaffung eines neuen Arbeitsrechts für Hausangestellte, Drucks. Nr. 157.

6 Antrag Frau Heßberger usw. [Z] über die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten, Drucks. Nr. 534.

7 Der Antrag wurde in der 42. Sitzung am 9. Juli 1919 dem Handels- und Gewerbeausschuß überwiesen.

8 Es handelt sich um den Antrag Meyer, Drucks. Nr. 526, zum Bericht des Staatshaushalts-Ausschusses über den Haushalt der Justizverwaltung für 1919, Drucks. Nr. 472. Der Ausschuß hatte beantragt, den Zwang zur Teilnahme an gottesdienstlichen Handlungen in den dem Justizministerium unterstehenden Strafanstalten aufzuheben. Der Antrag Meyer versuchte, Jugendliche von dieser Reform auszunehmen.

Die Fraktion ist für Zustimmung.

Herr Dr. SCHULTE teilt mit, daß von der Ostgruppe angeregt wird, die Frage einer oberschlesischen Republik mit der Staatsregierung zu besprechen.

STEGERWALD wird diesbezüglich Fühlungnahme mit Weimar aufnehmen.

Die Fraktion nimmt dies zur Kenntnis.

Dr. HESS teilt mit, daß heute abend über die Ortsschulaufsicht verhandelt wird.⁹ Er schlägt vor, eine offizielle Erklärung und Stellungnahme der Partei bei dieser Gelegenheit loszulassen.

Dr. LAUSCHER verliest eine längere Erklärung, die vollste Zustimmung der Fraktion findet.¹⁰

BUSCH weist darauf hin, daß eine II. Vorlage in der Schulfrage seitens der Regierung geplant sei. Er fordert, daß die Zentrumspartei alle Mittel aufbieten müsse, das zu verhindern.

Abg. BEHRENDT und HERKENRATH kommen auf die Erklärung Lauscher zurück und machen einige Abänderungsvorschläge.

Abg. BUSCH beantragt, [daß] die Erklärung Lauscher namens der Fraktion abgegeben werden soll im Ausschuß.

Abg. von WANGENHEIM schlägt vor, daß die Erklärung mit dem besonderen Hinweis abgegeben wird, daß auch die deutsch-hannoverschen Mitglieder in der Zentrumspartei diese Erklärung ausdrücklich mit abgegeben haben.

Die Fraktion stimmt dem zu.

Abg. GOTTWALD, STIELER und Dr. REINEKE weisen darauf hin, daß größte Vorsicht im Wortlaut der Erklärung am Platze sei.

Herr KLEY weist darauf hin, daß in Weimar z. Zt. Zugeständnisse seitens der Mehrheitssozialisten auf dem Kultus- und Schulgebiet erwartet werden.¹¹

Abg. HESS verliest einen Briefwechsel, den er mit dem Minister Haenisch gehabt hat.¹²

9 Es handelte sich dabei um die Sitzung des verstärkten Unterrichtsausschusses, die am 3. Juli 1919, 19 Uhr, stattfand. Vgl. das Protokoll dieser Ausschußsitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D IXd 4, Bd. 1, fol. 81.

10 Die Erklärung Lauschers wurde in der Germania Nr. 299 vom 4. Juli 1919 und in der KV Nr. 517 vom 5. Juli 1919 sowie KV Nr. 526 vom 8. Juli 1919 veröffentlicht.

11 Nach dem Regierungsaustritt der DDP am 20. Juni 1919 und der Neubildung einer Regierungskoalition aus SPD und Zentrum war die SPD bereit, dem Zentrum hinsichtlich der Schulfrage in den Verfassungsberatungen entgegenzukommen. Dies führte am 18. Juli 1919 zur Annahme des sog. ersten Weimarer Schulkompromisses. Vgl. Morsey, S. 212 f.

12 Nicht nachgewiesen.

46.

4. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, gez. Blank.

Der Vorsitzende [PORSCH] verliest die Eingänge.

Herr ESSER teilt mit, daß in Steglitz scharfe Anfeindungen gegen die Mitglieder der Zentrumsparlei im Stadtrat stattgefunden [haben].

PORSCH schlägt vor, daß die Mitglieder der Zentrumsparlei aus der bürgerlichen Fraktion austreten sollen, ihr Mandat aber behalten.¹

Herr HESS teilt Vorgänge aus der Schulkommission mit.² Die Erklärung des Herrn Prof. Lauscher ist dort abgegeben. In der Kommission steht das Zentrum allein. Dr. HESS befürchtet sofortigen Konflikt, sobald der Gesetzentwurf ins Plenum kommt.

Herr KRUG teilt die Ansicht des Dr. Heß.

Dr. REINEKE schlägt vor, Dr. Bell in Weimar darauf hinweisen zu lassen, daß der Konflikt bevorsteht und daß man von dort aus einwirken soll. Weiter schlägt er vor, eine Preßfehde gegen die Deutsch-Nationalen loszulassen.

Beschlossen wurde, es solle ein Mitglied der Unterrichtskommission nach Weimar fahren.³ Herr GOTTWALD ist bereit, den Auftrag zu übernehmen.

Herr KLEY schlägt vor, allen Abgeordneten durch das Landesausschuß-Sekretariat Material zu dem Preßkampf an [die] Hand geben zu lassen.

Herr WILDERMANN erhält die Zustimmung der Fraktion, im Staatsministerium die Sache scharf zu vertreten und möglichst die Einbringung des Gesetzes zu verhindern.

Herr Dr. HESS erklärt, daß er bereit ist, nach Weimar zu fahren.

Zur Tagesordnung berichtet der Vorsitzende über Punkt 1 [Mündlicher Bericht des 12. (Verfassungs-)Ausschusses über die Ordensfrage – Drucksache Nr. 234 zu 15, 275 zu V, 538]. Die Fraktion ist für Aufhebung der Verordnung.⁴

Zu 2 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zur Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände – Drucksache Nr. 471; zu 3 Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Abänderung des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes – Drucksache Nr. 503, 531 und zu] 4 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Änderung des Preußischen Gerichtskostengesetzes vom 25. Juli 1910 (Gesetzsamml. S. 184) – Drucksache Nr. 510] soll keine Besprechung stattfinden.

1 Zuvor waren bereits die Berliner Zentrumsstadtverordneten aus der Bürgerblockfraktion ausgeschieden, weil sie eine Resolution, die sich gegen die Politik des Zentrums in der Nationalversammlung richtete, nicht mittragen wollten. Vgl. Germania Nr. 291 vom 30. Juni 1919.

2 Vgl. Nr. 45.

3 Es wurde Heß entsandt. Vgl. Nr. 47.

4 Vgl. Nr. 43 Anm. 7.

Abg. LINZ berichtet zu Punkt 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechtes – Drucksache Nr. 527] und schlägt vor, den Gesetzentwurf dem verstärkten Gemeindeauschuß zuzuweisen. SCHÜLING stimmt dem zu.

Herr Dr. BRACKMANN gibt eine Erklärung ab bezüglich der Hannoverschen Frage, daß die Zeitungsartikel vom 8-Uhr Abendblatt am 3.7. aus der Luft gegriffen seien.⁵

Zum Handelsetat: Dr. HAGER und HARSCH weisen darauf hin, daß der sozialdemokratische Redner am 3.7. eine reine Wahlrede gehalten [habe]⁶, der eigentlich schärfer entgegengetreten werden müsse. Abg. KLOFT bedauert, daß kein Arbeiter zum Handelsetat gesprochen habe.⁷

Von WANGENHEIM verliest eine Erklärung, die er auf Grund des Pressegesetzes loslassen will.⁸ Die Fraktion stimmt dem zu.

5 Das 8-Uhr Abendblatt Nr. 146 vom 3. Juli 1919 brachte unter der Schlagzeile „Welfen-Putschabsichten in Hannover“ einen Drahtbericht seines hannoverschen Korrespondenten. Darin wurde behauptet, daß die Welfen mit Hilfe Englands die Wiedereinführung der Monarchie in Hannover und die Abtrennung Hannovers vom Reich planten. Dabei könnten sie auf die Unterstützung des Zentrums hoffen.

6 Gemeint ist die Rede des Abgeordneten Woldt (SPD) zum Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung in der 39. Sitzung am 3. Juli 1919, Sp. 2993-3000. Woldt hatte darin die Unternehmerschaft scharf angegriffen. Auf Widerspruch im Zentrum stieß auch die Behauptung, die SPD vertrete die Interessen des alten und neuen Mittelstandes.

7 Zunächst war der Arbeitervertreter Bergmann vorgesehen, wurde dann aber durch Esser als Vertreter des Mittelstandes ersetzt. Vgl. Nr. 44 und 45.

8 Die Erklärung des Freiherrn von Wangenheim vom 4. Juli 1919 erschien im 8-Uhr Abendblatt Nr. 147 vom 4. Juli 1919. Darin dementierte von Wangenheim den Artikel vom Vortag und stellte fest, daß das Ziel der Deutsch-Hannoverschen Partei die „Wiederherstellung Hannovers als Gliedstaat des Deutschen Reiches und zwar als Republik“ sei. Vgl. dazu auch die Erklärung der deutsch-hannoverschen Fraktion der Nationalversammlung vom 6. Juli 1919, in der ebenfalls eine Grundsatzklärung der Partei zur Errichtung einer hannoverschen Republik abgegeben wurde. KV Nr. 522 vom 7. Juli 1919.

47.

8. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Dr. REINEKE trägt einen Antrag bezüglich der Bergschäden vor. Die Fraktion ist damit einverstanden. Die Form wird noch näher festgelegt werden.¹

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

1 Erst am 5. November 1919 legte Reineke einen Antrag über die Vergütung von Berg- und Rauchschäden vor. Vgl. Drucks. Nr. 1152.

Zu Punkt 7 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Umbildung des Kommunallandtags der Hohenzollerschen Lande – Drucksache Nr. 536]: wird Belzer sprechen.²

Zu Punkt 8 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen – Drucksache Nr. 537]: wird abgesetzt werden.³

Zu Punkt 9 [Beratung des Antrags Moldenhauer usw. [DVP] auf Errichtung einer Zentralstelle zur Förderung des Volkshochschulwesens – Drucksache Nr. 283]: Dr. HESS erklärt, daß Frl. Dransfeld dazu sprechen wolle. Leider sei [sie] nicht zur Stelle. Es handle sich jetzt darum, wer dazu sprechen solle. Wildermann wird dazu sprechen.⁴

3. HEROLD berichtet über die Konferenz des Staatsministeriums und Reichsministeriums in Weimar.⁵ Es handelt sich um die oberschlesische Frage. Dr. Schulte wird darüber weiter berichten. Auch sind die westlichen Gebiete zur Sprache gekommen. In diesem Zusammenhange sind die Kulturfragen erörtert worden.

Dr. SCHULTE berichtet über die Verhandlung in Weimar bezüglich der oberschlesischen Frage, insbesondere über die etwaige Republik Oberschlesien. Auf die Erklärung, daß Oberschlesien sicher sich trenne, wenn auf kulturellem Gebiete keine Zugeständnisse gemacht würden, sprachen sich die Minister Oeser und Fischbeck und auch der Präsident der Landesversammlung, Leinert, für Zugeständnisse aus, um die Ablösung zu verhüten. Es soll heute eine Ministersitzung unter Zuziehung der Fraktionsvorsitzenden stattfinden, um diese Frage näher zu erörtern.

Dr. HESS berichtet über die Verhandlungen in Weimar.⁶ Eine positive Antwort der Reichstagsfraktion habe er *nicht* erhalten auf die Frage, ob die politischen Konsequenzen gezogen werden sollten, wenn in der Kirchen- und Schulfrage die erforderlichen Zugeständnisse nicht erfolgten. Widersprochen ist aber auch nicht, so daß wir freie Hand haben.

Hieran schloß sich eine ausgiebige Debatte.

2 Rede Belzers in der 41. Sitzung am 8. Juli 1919, S. 3099 f.

3 Der Punkt wurde auf der Tagesordnung ans Ende gesetzt und kam am 9. Juli 1919 zur Verhandlung.

4 Es sprach Heß in der 41. Sitzung am 8. Juli 1919, Sp. 3106, der lediglich die Kommissionsüberweisung beantragte.

5 Die Sitzung fand am 5. Juli 1919 unter Beteiligung von Fraktionsvertretern statt. Dabei zeichnete sich die Bereitschaft ab, allen Provinzen größere Selbständigkeit zu verleihen mit Rücksicht auf die Abstimmung in Oberschlesien. Das Zentrum stellte darüber hinausgehende Autonomieforderungen auf dem Gebiet der Kirchen- und Schulpolitik. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 8. Juli 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 62rs. Vgl. dazu KV Nr. 517 vom 5. Juli 1919 (Eintreffen des preußischen Kabinetts am 4. Juli 1919 in Weimar). Zum weiteren Verlauf der Verhandlungen über die oberschlesische Frage vgl. KV Nr. 531 und 533 vom 10. Juli 1919, Germania Nr. 310 vom 11. Juli 1919. Vgl. dazu auch Schulthess 1919 I, S. 298. In den Akten der Reichskanzlei werden Verhandlungen zwischen der preußischen Regierung und der Reichsregierung wegen der oberschlesischen Frage nicht dokumentiert. Vgl. Kabinett Bauer, S. 49 f.

6 Vgl. dazu Nr. 46.

48.

9. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank.

1. Herr Staatssekretär WILDERMANN berichtet über die Kompromißverhandlungen betr. die Schulfrage im Kultusministerium.¹

2. Abg. KAMP berichtet über die Reise des Ministers Haenisch nach Arnberg.² Er hat sich dort als Minister einer rein sozialistischen Regierung, nicht einer Mehrheitsregierung aufgespielt. In Arnberg ist ein demokratischer Rektor kurzerhand zum Regierungs- und Schulrat ernannt worden.

3. Rektor GOTTWALD berichtet, daß Haenisch sich allerorts im gleichen Sinne zeige. Es gelte schärfste Front gegen ihn zu machen. GOTTWALD wie KAMP erklären bestimmt, daß der katholische Lehrerverein im Kultusministerium zu kurz komme.

4. Dr. HESS stimmt dem zu und schlägt vor, daß baldigst 2 Geheimräte von Seiten des katholischen Lehrervereins ins Kultusministerium kommen.

5. LINZ fordert Aufschluß über die Verhandlungen im Staatshaushalt³, besonders bezüglich Arbeiter- und Soldatenräte.

6. SCHMEDDING berichtet darüber. Die den Gemeinden zugeteilten Arbeiter- und Soldatenräte sollen fortfallen. Die Arbeiter- und Beamtenräte bei den Regierungen und Eisenbahndirektionen sind als Regierungsorgane anzusehen.

7. LINZ berichtet zum [Etat des] Ministerium des Innern: als I. Redner spricht Herr Geheimrat Dr. Schmedding⁴, als II. Redner spricht Herr Kloft.⁵

Abg. BUSCH erklärt, auch bei den Regierungspräsidenten müsse in gewisser Beziehung die politische Gesinnung berücksichtigt werden. Die Sozialdemokraten üben dies zur Zeit in der Partei sehr aus.

Abg. STEILER ist der Ansicht, daß der Regierungspräsident möglichst ohne Rücksicht auf das politische Bekenntnis gewählt werden müsse. Die Landräte würden als gewählte Beamte schon von allein politisiert.

Abg. SPRENGER tritt dem bei und schlägt vor, daß alle Landräte zur Wahl gestellt würden, damit nur eine Klasse nachher noch bestehe und nicht teils gewählte, teils ernannte Landräte da sind.

1 Dabei handelte es sich vermutlich um die Ministersitzung unter Hinzuziehung der Fraktionsvorsitzenden am 8. Juli 1919 im Zusammenhang mit der oberschlesischen Frage. Vgl. Nr. 47.

2 Nicht nachgewiesen.

3 Die Verhandlungen über die Arbeiter- und Soldaten-Räte im Hauptausschuß wurden im Bericht des Staatshaushaltsausschusses über den Haushalt des Ministeriums des Innern vom 5. Juli 1919, Drucks. Nr. 545, mitgeteilt. Diese Mitteilungen reichten Linz offensichtlich nicht aus.

4 Rede Schmeddings in der 45. Sitzung am 15. Juli 1919, Sp. 3469-3483.

5 Rede Klofts in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919, Sp. 3873-3886.

Abg. WILDERMANN gibt kurze Aufklärung, daß der Gesetzentwurf betr. der Schuldeputationen⁶ ohne seine Zustimmung in der jetzigen Form abgeändert sei. Er sei in seiner Abwesenheit abgeändert und ihm mitgeteilt, daß er im Staatsministerium noch Gelegenheit habe, Stellung zu nehmen.

Abg. HESS drückt sein Befremden darüber aus, daß die Regierung so gehandelt. HESS fordert, daß unsere Zentrumsleute als Geheime Regierungsräte im Ministerium baldigst berufen werden müßten. Hierfür benennt er vor allem Kollegen Kley.

Abg. SCHMEDDING berichtet über seine beabsichtigte Rede betr. Ministerium des Innern.⁷

Es wurden sodann von Abg. SPRENGER und STIELER noch einzelne Wünsche vorgebracht, die Dr. Schmedding vertreten möge.

⁶ Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen, Drucks. Nr. 537.

⁷ Vgl. Anm. 4.

49.

10. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Die Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß in den Berichten der Name des Antragstellers und Redners weggelassen wird, dagegen die Partei aufgeführt werden kann.¹

2. STEGERWALD nimmt entschieden Stellung dagegen, daß ohne sein Einverständnis Gesetzentwürfe, die zu seiner Zuständigkeit gehören, eingebracht werden. (z. B. der Antrag Schloßmann bezüglich der Pflegekinder²)

Die Fraktion ist der Ansicht, daß Stegerwald dagegen vorgeht und außerdem die Fraktion.

3. Der Antrag Jakoby-Raffauf bezüglich des abzugebenden Viehs wird von der Fraktion angenommen.³

4. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten:

¹ Auf Antrag des Abgeordneten von Kries beschäftigte sich der Ältestenrat in seiner Sitzung am 10. Juli 1919, 12.12 bis 13.18 Uhr, mit der Frage, ob mit dem Brauch gebrochen werden sollte, in den Ausschußberichten Name und Parteistellung der Redner nicht zu nennen. Die Beratung über diesen Punkt mußte abgebrochen werden. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1. Zur endgültigen Beschlußfassung über diesen Punkt vgl. Nr. 60.

² Kleine Anfrage Dr. Schloßmann usw. [DDP] über die Unterbringung von Großstadtkindern in den Hospizen des Vereins für Kinderheilstätten an den deutschen Seeküsten, Drucks. Nr. 371.

³ Antrag Jakoby-Raffauf usw. [Z] auf Erleichterung für die besetzten Gebiete bei der nach dem Friedensvertrage zu bewirkenden Ablieferung von Vieh an die Entente, Drucks. Nr. 574.

[Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Ministerium des Innern – Band II Nr. 28 – Drucksache Nr. 404, 545].

Zu I [Anträge des Staatshaushaltsausschusses]

1-8: Die Entschließungen des Ausschusses sollen angenommen werden.⁴ Es werden reden: Dr. Schmedding und Kloft.⁵

Zu II [Uranträge]

10 [Antrag Schubert usw. [SPD] über die Personalakten der Beamten usw. – Drucksache Nr. 202]: Kommission zu überweisen.

11 [Antrag Oelze usw. [DNVP] auf Versetzung der Gendarmen unter die mittleren Beamten – Drucksache Nr. 424]: ablehnen.

Zu 12 [Anträge]: a [Graef (Anklam) usw. [DNVP] auf Entschädigung der durch die Unruhen Geschädigten – Drucksache Nr. 23], b [Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Übernahme der infolge der Unruhen zu zahlenden Entschädigungen durch das Reich – Drucksache Nr. 49], c [Dr. Gebeschus usw. [DVP] auf Ersatz der durch die Unruhen seit dem November 1918 entstandenen Schäden – Drucksache Nr. 121]: Die Anträge sollen angenommen werden.

Zu 13 [Antrag Dr. Negenborn usw. [DNVP] über parteipolitische Werbearbeit auf Staats- und Reichskosten – Drucksache Nr. 225]: Der Antrag soll angenommen werden.

Zu 14 [Antrag Bubert usw. [SPD] über die Errichtung von Mieteinigungsämtern in kleineren Orten – Drucksache Nr. 245]: Dieser Punkt soll von Kloft miterledigt werden.

Zu 15 [Antrag Mentzel (Stettin) usw. [DNVP] über die Wiedereinführung der Zensur für Jugendschriften und Lichtspiele – Drucksache Nr. 266]: Der Antrag soll angenommen werden.

Zu 16 [Antrag Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Aufhebung des Belagerungszustandes – Drucksache 352]: ablehnen.

Zu 17 [Antrag Dr. von Kries usw. [DNVP] auf Bekämpfung des öffentlichen Glücksspiels und der Spielklubs – Drucksache Nr. 392]: ablehnen.

Zu 18 [Anträge a) von der Osten usw. [DNVP] über die Gemeinde- und Kreistagswahlen – Drucksache Nr. 9; b) Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Aufhebung der alten Magistrate, Gemeindevorstände usw. – Drucksache Nr. 54; c) Dr. Friedberg usw. [DDP] über die Zusammensetzung der Kreistage – Drucksache Nr. 59; d) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Beschleunigung der Gemeindevertreterwahlen und Vorlegung eines neuen Gemeindeverfassungsgesetzes – Drucksache Nr. 155]: erledigt.

Zu 19 [Anträge a) Kuhle usw. [DDP] auf Öffentlichkeit der Verhandlungen der Gemeindevertretungen und Amtsversammlungen in Westfalen und der Gemeinderats- und Bürgermeistererversammlungen in der Rheinprovinz – Drucksache

4 Es handelt sich dabei um Anträge des Hauptausschusses, die dem Kommissionsbericht, Drucks. Nr. 545, beigegeben wurden.

5 Vgl. Nr. 48 Anm. 4 und 5.

Nr. 123; b) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über den Wohnsitz der Gemeindevertreter und die Gemeindewahlen in den besetzten Gebieten – Drucksache Nr. 158 zu 1 und 2]; erledigt.

Zu 20 [Antrag Lüdicke usw. [DNVP] auf gesetzliche Regelung des gemeindlichen Verhältnisses zwischen Berlin und seinen Vororten – Drucksache Nr. 156]; erledigt.

Zu 21 [Anträge Haas usw. [SPD] über die a) Aufstellung neuer Wählerlisten zu den Gemeindevertretungen – Drucksache Nr. 358; b) Wahlvorschläge zu den Gemeindevertretungen – Drucksache Nr. 359]; erledigt.

Zu 22 [Antrag Schüling usw. [Z] auf gutachtliche Anhörung von Volksvertretern bei der Umänderung der Provinzial-, Kreis-, Städte- und Landgemeindeordnung – Drucksache Nr. 362]; Der Antrag soll angenommen werden. – zurückgezogen –

Zu 23 [Anträge a) Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Erhöhung des gemeindesteuerfreien Einkommens – Drucksache Nr. 74; b) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über die Regelung der Einkommensteuer – Drucksache Nr. 158 zu 3 und 4; c) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über die gemeindliche Sonderbesteuerung der höheren Einkommen – Drucksache Nr. 175]; erledigt.

Zu 24 [Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über Kriegsbeihilfen für die Gemeindebeamten – Drucksache Nr. 152]; Der Antrag soll einer Kommission – der Gemeindekommission – überwiesen werden.

Zu 25 [Antrag Schubert usw. [SPD] über das Auswärtswohnen von Beamten und Angestellten – Drucksache Nr. 201]; annehmen.

Zu 26 [Antrag Bergmann usw. [Z] über Lohnerhöhung für die Arbeiter und Wegewärter im Provinzial- und Kreisdienst – Drucksache Nr. 363]; annehmen.

Zu 27 [Antrag Oelze usw. [DNVP] über die Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Besoldungsalter der Gemeindebeamten usw – Drucksache Nr. 423]; annehmen.

Zu 28 [Antrag Struve usw. [DDP] über das Dirnenwesen – Drucksache Nr. 215]; Überweisung an die Bevölkerungskommission.

Zu 29 [Antrag Adolph Hoffmann usw. [USPD] über die Notlage der Krankenschwestern und ihre Arbeitszeit – Drucksache Nr. 287]; Überweisung an die Bevölkerungskommission.

Zu 30 [Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik auf Neugestaltung des Hebammenwesens – Drucksache Nr. 417]; Zurückverweisung an die Kommission.

5. BERGMANN will eine förmliche Anfrage einreichen wegen Bildung einer großhessischen Republik.⁶ Die Fraktion ist einverstanden.

6. SCHMITTMANN vermißt, daß bei dem Ministerium des Innern die *Paritätsfrage* erörtert werde.

⁶ Dringende Förmliche Anfrage Bergmann usw. [Z] über die Gründung einer großhessischen Republik, Drucks. Nr. 572. Vgl. dazu Nr. 52 Anm. 5 und 6.

BRUST bittet, die Frage in *Anwesenheit* der *parlamentarischen Unterstaatssekretäre* zu verhandeln.

BUSCH bittet, die Frage der Parität *nicht* zu erörtern.

GOTTWALD: *Gerichtsassessoren* müssen auch in die *Verwaltung* übernommen werden.

50.

11. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wenstrup, gez. Wenstrup.

1. BEYER trägt einige wichtige Fragen, die in dem Gemeindeausschuß zur Entscheidung stehen, vor.

2. Es wurde in die Tagesordnung [der Fraktion]¹ eingetreten.

Dr. SCHMEDDING nimmt zu 1 das Wort und tritt dafür ein, daß die Steuern durch das Reich übernommen werden.²

Die Fraktion ist damit einverstanden.

Zu 2: berichtet Dr. HESS über den Vorgang in dem Unterrichtsausschuß.³

Dr. SCHULTE: Weite Kreise in Oberschlesien wollen einen selbständigen Gliedstaat in Preußen. Was die kulturellen Fragen angeht, so ist die Lage in Weimar für uns recht günstig. Es wird gut sein, eine Gesamtdarstellung zu geben.

WILDERMANN vertritt den Standpunkt, daß draußen geredet werden muß zur Aufklärung. Die Mehrheitsbildung in den kulturellen Fragen haben wir gegen uns, gleichgültig, ob wir in oder außerhalb der Regierung stehen. Die Personenfrage muß geklärt werden.

KLOFT: Der Mangel der Presse ist daran Schuld, daß die Leute nicht genügend aufgeklärt sind.

Zur Schulfrage nehmen weiter das Wort: Dr. LAUSCHER, SCHMITTMANN, GOTTWALD, Frh. von WANGENHEIM, Frh. STOFFELS, BRUST, Dr. LAUSCHER, WILDERMANN, BUSCH, KLEY und Dr. LAUSCHER.

3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

¹ Lag nicht vor.

² Nicht nachgewiesen.

³ Es handelt sich um die Beratungen des Gesetzentwurfs, betr. Aufhebung der Ortsschulinspektion, Drucks. Nr. 248, im verstärkten Unterrichtsausschuß, die am 9. Juli 1919 abgeschlossen worden waren. Vgl. das Protokoll der Ausschußsitzung vom 9. Juli 1919, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D Xd Nr. 4, Bd. 1, fol. 83 und 84. Vgl. auch den gedruckten Ausschußbericht, Drucks. Nr. 618.

Zu 3 [Zweite und Dritte Beratung eines Eisenbahnanleihegesetzes – Drucksache Nr. 478, 561]: Brust wird dazu sprechen.⁴

Zu Punkt 3 der Tagesordnung [der Fraktion]

SCHMITTMANN, Dr. SCHMEDDING, BUSCH sprechen sich dafür aus, daß Gerichtsassessoren zur *Verwaltung* übernommen werden.

Es wurde dann allgemein die Personenfrage bei Stellenbesetzung besprochen. Die Fraktion ist der Ansicht, daß die Frage der Annahme der Regierungsreferendare in der Rede⁵ nicht erwähnt werden soll.

4. *Zu Punkt 5 der Tagesordnung* [der Fraktion]

Die Fraktion ist damit einverstanden, daß ein interfraktioneller Ausschuß für Beamtenrechtsfragen gebildet wird.

5. Antrag Kley und Genossen bezüglich Neuordnung der Lehrerbildung wurde angenommen.⁶

4 Rede Brusts in der 44. Sitzung am 11. Juli 1919, Sp. 3374-3379.

5 Gemeint ist vermutlich die Rede Schmeddings zum Etat des Innenministeriums. Vgl. Nr. 48 Anm. 4.

6 Antrag Kley (Neuwied) usw. [Z] über die Behandlung der seminaristisch vorgebildeten Seminar- und Präparandenlehrer bei der Neuordnung des Lehrbildungswesens, Drucks. Nr. 585.

51.

15. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Dr. FASSBENDER will einen Antrag einbringen bezüglich strenger Durchführung der Zensur.¹ Die Fraktion ist damit einverstanden.

2. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Es war nichts Besonderes zu bemerken.

4. Es wurde zunächst Punkt 3 der Tagesordnung [der Fraktion] (Schulfrage) erörtert:

BUSCH trug eine Erklärung des Ministeriums vor, die sich auf die Anstellung von Geistlichen etc. [und] die gesetzliche Regelung der Materie im Reich bezieht.² Diese Erklärung ist gefaßt worden in Abwesenheit unserer Minister am Zehnhoff und Stegerwald. Busch hat entschieden Stellung dagegen genommen.

1 Antrag Faßbender usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1919, Drucks. Nr. 609.

2 Nicht nachgewiesen.

Die Fraktion ist mit dem Vorgehen entschieden einverstanden.

GOTTWALD: Es ist unbedingt erforderlich, daß der Einfluß der Kirche auf die Schule erhalten bleiben muß. Dies wird am ehesten bei der *konfessionellen* Schule möglich sein. Im allgemeinen kommt es in der Hauptsache *auf den guten Willen* der Lehrer an. Dieser ist durchweg vorhanden.

LAUSCHER: Es muß dafür Sorge getragen werden, daß neben der konfessionellen Schule der kirchliche Einfluß energisch gewahrt bleibt. Es ist wohl nicht zu verkennen, daß sich vielfach eine große Empfindlichkeit der Lehrer wegen des Einflusses der kirchlichen Leitungen geltend macht. Dies wird sich um so mehr zeigen, wenn die *Lehrerbildung* nicht mehr konfessionell ist.

5. Es soll zunächst Punkt 2 der Tagesordnung [der Fraktion] (Charlottenburger Wasserwerk) erledigt werden.

Dr. TEWES berichtet über die Ausschusssitzung.³ BRUST, HAGER, LOEHR, LINZ, DINSLAGE, SPRENGER, BRUST, Dr. BRACKMANN, WENTRUP, Dr. HAGER, DINSLAGE und Dr. TEWES nehmen dazu das Wort.

Es wurde abgestimmt über folgende Fragen:

- 1) Anhörung der Beteiligten.⁴ Die Mehrzahl der Fraktion war dafür.
 - 2) Ausschluß des Rechtsweges.⁵ Die Mehrzahl war dagegen.
 - 3) Über die Grenze der Entschädigung.⁶ Die Mehrzahl war dagegen.
6. Es wurde zur Schulfrage zurückgekehrt:

HIRTSIEFER spricht sich mit aller Entschiedenheit für die *konfessionelle* Schule aus.

STIELER nimmt denselben Standpunkt des Vorredners ein.

LAUSCHER, KLEY, Dr. HESS, KAMP, WILDERMANN, KLEY nehmen weiter das Wort.

Letzterer schlägt vor, eine Kommission zu bilden.

3 Am 4. Juli und am 11. Juli 1919 hatte im 15. Ausschuß die erste Lesung des Gesetzentwurfs stattgefunden. Die Regierungsvorlage war dabei bis auf eine Streichung in §4 vollständig angenommen worden. Vgl. den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 980, S. 1116-1427.

4 Eine Anhörung der zu enteignenden Aktionäre war in der Regierungsvorlage nicht vorgesehen. Vgl. Drucks. Nr. 483.

5 § 5 der Regierungsvorlage schloß den Rechtsweg aus und beauftragte ein fünfköpfiges Schiedsgericht mit der Feststellung der Entschädigungsleistungen an die Aktionäre. Vgl. Drucks. Nr. 483.

6 § 4 nach den Beschlüssen der ersten Lesung im Ausschuß bestimmte, die Entschädigungen nach dem Wert der Aktien zu ermitteln, wobei als untere und obere Grenze der niedrigste bzw. höchste Kurs der Aktien an der Berliner Börse zwischen dem 31. Dezember 1918 und dem 30. April 1919 festgelegt wurde. Vgl. Drucks. Nr. 980, S. 1426.

52.

16. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurde zunächst in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Ermächtigung des Justizministers zu Maßnahmen anlässlich der Besetzung von Landesteilen und der Ausführung des Friedensvertrages – Drucksache Nr. 601]: Das Gesetz soll angenommen werden.

Zu Punkt 2 [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Warenhaussteuergesetzes vom 18. Juli 1900 (Gesetzsamml. S. 294) – Drucksache Nr. 200, 533, 594]: Das Gesetz soll angenommen werden.

Zu Punkt 3 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Umbildung des Kommunallandtags der Hohenzollernschen Lande – Drucksache Nr. 536, 592]: Die Wahlzeit soll statt „3“ 5 Jahre betragen.¹

Zu Punkt 4 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Neuwahl der Provinziallandtage – Drucksache Nr. 482, 593, 614]: Antrag Negenborn²: Die Abstimmung ist freigestellt.

Zu Punkt 5 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Auflösung und Neubildung der Steuerkommissionen – Drucksache Nr. 520, 602]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt 6 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände – Drucksache Nr. 604]: Da der Gesetzentwurf große Mängel aufweist, ist eine eingehende Beratung in einer Kommission erforderlich. (28 Mitglieder).³ Dr. Faltin wird dazu sprechen.⁴

1 Gemeint ist die Dauer der Legislaturperiode. Vgl. dazu den Antrag Stieler usw. [Z] zur II. Beratung des Gesetzentwurfs über die Umbildung des Kommunallandtages der Hohenzollernschen Lande, Drucks. Nr. 617. Stieler redete auch dazu in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919, Sp. 3527 f.

2 Der Antrag Negenborn usw. [DNVP] zur II. Beratung des Gesetzes, betr. die Neuwahl der Provinziallandtage, Drucks. Nr. 614, forderte, die Wahlen vom 1. September auf den 1. Oktober 1919 zu verschieben, in den Gemeinden mit Magistratsverfassung die Abgeordneten von den Stadtverordnetenversammlungen gemeinsam mit den Magistraten wählen zu lassen und traf Anordnungen für die Wahl des Vorsitzenden, des Stellvertreters und des Provinzialausschusses durch die Provinzialversammlung. Strittig war im Zentrum die Frage, ob die Magistrate, die noch in ihrer alten Zusammensetzung fungierten, die Abgeordneten zu den Provinzialversammlungen mitwählen durften. Vgl. dazu die Rede Beyers (Oberschlesien) in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919, Sp. 3534 f.

3 Der Ausschuß hatte 27 Mitglieder.

4 Rede Faltins in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919, Sp. 3557-3559.

Zu Punkt 7 [Förmliche Anfragen a) Dr. Moldenhauer usw. [DVP], b) Bergmann usw. [Z] über die Gründung einer großhessischen Republik – Drucksachen Nr. 569, 572]: Der Ministerpräsident wird eine Erklärung abgeben⁵, so daß eine ausführliche Aussprache *nicht* erforderlich sein dürfte. Bergmann wird hierzu sprechen.⁶

Punkt 8 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Ministerium des Innern – Band II Nr. 28 – Drucksachen Nr. 404, 545, 571]: Es ist weiter nichts mehr zu bemerken.

2. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden einige Eingänge verlesen und die Beschlüsse des Ältestenrates bekannt gegeben.⁷

3. Verschiedene Anträge, nämlich Kloft⁸, Dr. Reineke⁹, Busch¹⁰ und Frl. Wronka¹¹, wurden angenommen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung [der Fraktion] (Schulfrage)

Es nehmen hierzu das Wort: GOTTWALD, WENTRUP, Frl. STOFFELS, VENNEN, KLEY, KAMP, BUSCH, Dr. LAUSCHER.

5 Am 28. Juni 1919 fand in Mainz eine Besprechung des hessischen Ministerpräsidenten Ulrich (SPD) und des hessischen Justizministers von Brentano (Zentrum) mit dem französischen General Mangin statt. Dabei kam es auch zur Erörterung eines Plans zur Bildung eines Großhessischen Freistaates unter Einschluß von Teilen der preußischen Rheinprovinz und Hessen-Nassaus. Nach Bekanntwerden dieser Besprechung verurteilte der preußische Ministerpräsident Hirsch in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919, daß mit einem Vertreter der Besatzungsmacht diese Fragen besprochen worden waren. Vgl. Sp. 3591-3593.

6 Bergmann sprach in der 46. Sitzung am 16. Juli 1919 als Fragesteller, Sp. 3576-3591, und als Fraktionsredner, Sp. 3610-3614. Er wies dabei vor allem auf die Ähnlichkeiten zum Fall Kastert und Kuckhoff hin und beklagte, daß damals ein öffentlicher Entrüstungssturm gegen das Zentrum inszeniert worden sei und nun dieselben Parteien sich in Schweigen hüllten.

7 Die Sitzung des Ältestenrates fand am 15. Juli 1919, 12.07 bis 13.20 Uhr, statt. Die Beschlüsse betrafen die Ferien der Landesversammlung vom 19. Juli bis 15. September 1919 sowie die Beratung der dringenden Anfrage wegen des Landarbeiterstreiks. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1. Ferner die Meldung des WTB in: Staatsanzeiger Nr. 158 vom 16. Juli 1919, 1. Beilage.

8 Nicht nachgewiesen.

9 Antrag Dr. Reineke usw. [Z] betr. die Berechnung des Wertes von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken bei der Steuergesetzgebung, Drucks. Nr. 623.

10 Antrag Busch usw. [Z] über die Freigabe landwirtschaftlicher Gebäude durch die Besatzungstruppen, Drucks. Nr. 629.

11 Abänderungsantrag Frau Wronka usw. [Z] zu dem Antrage Adolph Hoffmann usw. auf Aufhebung des Cölibats der Lehrerinnen und Staatsbeamtinnen, Drucks. Nr. 655.

53.

17. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Wentrup und Blank

1. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Warenhaussteuergesetzes vom 18. Juli 1900 (Gesetzsamml. S. 294) – Drucksache Nr. 594] war weiter nichts zu bemerken.

Zu Punkt 2 [Beratung des Antrags Schmiljan usw. [DDP] über die Fürsorge für Beamte und Lehrer in den bedrohten Grenzgebieten – Drucksache Nr. 595]: BRUST, GOTTWALD, GOEBEL, Dr. HESS, GOTTWALD, WILDERMANN nahmen hierzu das Wort. Frh. Wronka wird dazu sprechen.¹

Zu Punkt 3 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischgewässern – Drucksache Nr. 433, 597, 628]: DINS- LAGE berichtet über den Gesetzentwurf. Dinslage wird die Vertretung übernehmen.²

Zu Punkt 4 [Förmliche Anfrage von Kessel usw. [DNVP] über den Landarbeiterstreik – Drucksache Nr. 559]:

BUSCH, BRUST, BUSCH, SAUERMAN, RICHTARSKY nahmen hierzu das Wort.

Sauermann wird hierzu sprechen.³

MUSIOL wünscht, daß Sauermann betr. der Landarbeiter die Erklärung abgibt, daß der Landarbeiter kürzer als 8 Stunden in der Ernte arbeiten muß.

Dr. REINEKE wünscht, daß bei der Auswahl der christlichen Gewerkschaftsvertreter größte Vorsicht an den Tag gelegt wird.

BRUST sagt, es sind noch alte Sünden gutzumachen, deshalb haben die christlichen Gewerkschaften einen schweren Stand.

BRUST bemängelt die schlechte Vertretung der Partei im Plenum.

Dr. REINEKE wünscht, daß das Zentrum dafür stimme, den Gendarmen die Qualifikation der mittleren Beamten zu gewähren.⁴

Die Fraktion ist dagegen, da das zu Berufungen führt. Bis zur generellen Besoldungsreform müßten derartige Anträge z. Zt. zurückgestellt werden.

1 Rede Wronkas in der 47. Sitzung am 17. Juli 1919, Sp. 3630 f.

2 Der Gegenstand wurde am 17. Juli 1919 von der Tagesordnung abgesetzt und erst am 18. Juli 1919 besprochen. Rede Dinslages in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919, Sp. 3814-3817.

3 Ab hier Handschrift Blank. Rede Sauermanns in der 47. Sitzung am 17. Juli 1919, Sp. 3699-3704.

4 In der Fraktionssitzung am 10. Juli 1919 hatte die Fraktion beschlossen, gegen den Antrag Oelze usw. [DNVP] auf Versetzung der Gendarmen unter die mittleren Beamten, Drucks. Nr. 424, zu stimmen. Vgl. Nr. 49.

Zur Schulfrage berichtet Dr. HESS über eine Unterredung mit Minister Stegerwald. Letzterer wünscht bei der Schulfrage nicht zu scharf zu werden, damit die Weimarer Kompromißzirkel p.p. zur Zeit nicht gestört werden.⁵

Dr. HESS schlägt vor, gegen das Gesetz⁶ zu stimmen.

Dr. PORSCH vertritt denselben Standpunkt. Das Gesetz wird auch ohne das Zentrum angenommen. Letzteres kann doch nicht jetzt seine jahrelangen Grundsätze aufgeben, indem es für das Gesetz stimmt.

GOTTWALD vertritt den Standpunkt, daß die Ortsschulaufsicht im Grunde nichts zu tun habe mit dem Einfluß der Kirche auf die religiös sittliche Erziehung. Deshalb würden auch katholische Lehrer nicht verstehen, wenn wir dagegen stimmen. Er meint, man könne ohne Bedenken für die Regierungsvorlage stimmen.

Dr. SCHMITT sowie WENTRUP und WILDERMANN treten ebenfalls dafür ein, daß das Zentrum gegen das Gesetz stimme mit Rücksicht auf die Wirkung in Wählerkreisen allgemein.

Abg. KAMP erklärt, daß die katholischen Lehrer in der Fraktion sich dem Parteibeschlusse anschließen. Er weist aber nochmals darauf hin, daß Verstimmung in die Kreise der katholischen Lehrerschaft gebracht wird. Er schließt sich im übrigen der Erklärung des Kollegen Gottwald an, die er voll und ganz unterstützt.

⁵ Vgl. Nr. 45 Anm. 11.

⁶ Gemeint ist der Gesetzentwurf, betr. die Aufhebung der Ortsschulinspektion, Drucks. Nr. 248.

54.

18. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift. Schluß 12 Uhr.

1. Abg. BRUST berichtet über die Denkschrift der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung.¹

2. Abg. KLEY verliest einen Antrag zur Schulfrage, den er als Resolution im Anschluß an das Gesetz einbringen will.²

3. Abg. STIELER teilt mit, daß er und seine engeren politischen Freunde für Annahme des Gesetzes stimmen werden und zwar aus taktischen Gründen, damit nicht soundsoviel Lehrer der Partei den Rücken kehren.

4. Präsident PORSCH fragt, wo bleiben da aber die Grundsätze der Partei.

¹ Denkschrift über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung, Drucks. Nr. 640.

² Der Wortlaut des Entwurfs von Kley konnte nicht nachgewiesen werden.

5. Abg. RHIEL pflichtet dem bei und schlägt vor, die Abstimmung über § 1 auszusetzen, bis die von der Zentrumsparlei eingebrachten Anträge behandelt seien.

6. Abg. KLEY erklärt, daß er nicht die Befürchtungen teile, daß der katholische Lehrerverband dadurch großen Schaden leide. Er erklärt, diesen Wechselbalg von Gesetz nicht annehmen zu können.

7. Abg. LAUSCHER³ bestreitet dem Abg. Stieler gegenüber, daß die *Eltern* als solche ein Vorrecht bei der Entscheidung über den Einfluß der Kirche auf die Schule haben dürften. Die Lehrervereine haben sich zwar für die Aufhebung der Ortsschulaufsicht, aber auch für die Sicherung der kirchlichen Rechte erklärt. Wahrhaft katholische Lehrer werden sich durch eine ihnen persönlich nicht sympathische Abstimmung nicht in ihrer kirchlichen Gesinnung erschüttern lassen. Die Befürchtungen des Abg. Stieler auf weitgehende Lossagung der Lehrer vom Zentrum sei daher auch nicht begründet. Da wir bisher keine Anhaltspunkte dafür haben, daß in Weimar der Einfluß der Kirche auf dem Wege der Schulverwaltung gesichert werden wird, müssen wir an dem uns noch verbliebenen, wenn auch ungenügenden Recht der Ortsschulaufsicht um so mehr festhalten. Das wichtigste am Unterricht ist freilich der Geist, in dem er erteilt wird, und um ihn im Sinne der Kirche zu vertreten, muß der Lehrer fest auf deren Boden stehen, auch wo es sich um Auswendiglernen von Texten handelt, dessen der christliche Unterricht, weil auf einer positiven Lehre beruhend, nicht entbehren kann. Das vorliegende Gesetz ist der letzte Schritt des 1872 begonnenen Kampfes gegen den kirchlichen Einfluß auf die Schule und der erste in deren jetzt beabsichtigten gänzlichen Verweltlichung. Wir müssen also ablehnen.

8. Abg. Freiherr von WANGENHEIM: Wir Lutheraner treten als positive Christen für die Rechte der Kirche ein. Es fehlt uns freilich die feste Tradition, das starke Kirchenregiment und das Römische Recht der katholischen Kirche. Wir haben kein positives kirchliches Recht auf Ausübung der Ortsschulaufsicht durch den Geistlichen, diese Funktion ist bei uns nur eine staatliche, die ein Geistlicher nur ausübt, weil meistens kein anderer zu haben ist. An sich fällt auch bei uns die Ortsschulaufsicht mit dem kirchlichen Einfluß auf die Schule nicht zusammen. Uns bestimmen taktische Gründe für die Ablehnung des Gesetzes. Das Volk würde bei seiner Annahme glauben, daß wir den Einfluß der Kirche gänzlich preisgeben.

2. Wir haben uns auf die Erklärung des Herrn Prof. Lauscher geeinigt und lehnen das Gesetz als das erste, welches in die Rechte der Kirche Bresche legt, ab. Wenn die Resolution Kley angenommen wird, müssen wir auch eine zustimmende Erklärung der Regierung verlangen.

Infolge einer Geschäftsordnungsdebatte werden noch 5 Redner zum Wort gelassen.

9. Abg. STEGER: Die aus der Annahme des Gesetzes gefolgerten Befürchtungen treffen nur zu, wenn wir es mit den von Haus aus nicht darin liegenden Forderungen bepacken. Lehnen wir § 1 ab, so lehnen wir damit logischerweise auch § 2 ab, der nur Ausführungsbestimmungen enthält.

³ Ab hier unbekannte Handschrift.

10. Abg. SCHMITT: Die Entscheidung muß als *Gewissensfrage* behandelt werden. Die Schulaufsicht ist der letzte Faden, der die Schule mit der Kirche verbindet. Hüten wir uns, ihn durchzuschneiden.

11. Abg. KAMP: Ist die Fraktion [dagegen], so stimmen auch wir Lehrer gegen das Gesetz, obgleich wir die Lösung der Frage nicht in der Schulaufsicht, sondern in der Selbstverwaltung suchen. Ein gut katholischer Lehrer läßt sich durch unsere Abstimmung nicht beeinflussen.

12. Abg. KRUG: Ein Teil der Lehrer wünscht Ablehnung des Gesetzes, weil die durch § 2 vorgesehene Aufsicht für sie noch ungünstiger ausfallen könnte.

13. Abg. NIESTROJ: Die Annahme des Gesetzes würde für Oberschlesien katastrophale Folgen haben: Die katholische Arbeiterschaft würde dort eine solche Stellungnahme nicht verstehen.

14. Der Vorsitzende Herr Dr. PORSCH schlägt vor, die Resolution Kley vorzubringen. Wird sie angenommen, so stimmen wir *für*, sonst gegen das Gesetz, weil damit dokumentiert wird, daß man bestrebt ist, den Einfluß der Kirche auszuschalten.

15. Abg. Dr. HESS schlägt eine Änderung des Antrages Kley vor.⁴

Punkt 1 fällt weg.

2. Bei allen Volksschulen werden aufgrund eines Gesetzes Schulbeiräte gebildet etc. Die Vorsitzenden dieser Beiräte werden von deren Mitgliedern in freier Wahl gewählt.

16. Abg. Freiherr von WANGENHEIM unterstützt diesen Antrag, weil er etwas Positives leistet.

17. Abg. Dr. LAUSCHER verliest eine Erklärung, die von dem Vorsitzenden im Plenum vorgelesen werden soll⁵, des Inhalts, daß das Zentrum grundsätzlich der Aufhebung der Ortsschulaufsicht zustimmt, dann aber anderweitige Sicherung der kirchlichen Rechte – etwa im Wege der Schulverwaltung – verlangt. Von der Annahme unserer Anträge machen wir unsere Stellungnahme zum Gesetz abhängig.

18. Der *Vorsitzende* läßt darüber abstimmen, wieviele Abgeordnete auch bei Ablehnung obiger Anträge *für* das Gesetz stimmen werden. Die Abstimmung ergibt, daß 15 Abgeordnete auch nach Ablehnung der Anträge Kley in der Modifikation von Dr. Heß für Annahme des Gesetzes stimmen werden.

Schluß der Fraktionssitzung 12 Uhr.

19. Nach Schluß der Sitzung ist verabredet worden, daß, um die Einheit der Abstimmung nicht zu durchkreuzen, diese 15 Abgeordneten vor der Abstimmung den Saal verlassen sollen.

4 Der Antrag Heß wurde als Antrag Dr. Porsch usw. [Z] zur II. Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Aufhebung der Schulinspektionen, Drucks. Nr. 656, eingereicht.

5 Erklärung Porsch's in der 48. Sitzung am 18. Juli 1919, Sp. 3766 f.

55.

19. 7. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

Es wurden zunächst von dem Vorsitzenden [PORSCH] einige Mitteilungen gemacht.

Es wurde des längeren die Stellenbesetzungsfrage – Oberpräsidenten – Regierungspräsidenten etc. – erörtert. Es wurde von dem Vorsitzenden über die interfraktionelle Sitzung berichtet.¹

LINZ gibt einen längeren Bericht über die Art der Besetzung.

FALTIN protestiert gegen Hörsing.² LOEHR, DINSLAGE, RICHTARSKY, ALTEGOER, BRUST, WILDERMANN, LINZ nehmen hierzu das Wort.

Die Fraktion ist einstimmig der Ansicht, daß Linz *im Namen* der Fraktion erklären kann, daß *vor* der angekündigten Sitzung keine Stellenbesetzung stattfindet.³

2. BRUST zur persönlichen Bemerkung gegen die Äußerung Schmeddings, daß er hätte wegen seiner Abstimmung in der Leichenverbrennungsfrage aus der Fraktion ausscheiden müssen.⁴

Zu Punkt 3 der Tagesordnung [der Fraktion]

Als Ersatzleute für den Beirat⁵ sind bestimmt worden: Kaulen und Müller (Neuwied).

1 Es handelte sich dabei um eine interfraktionelle Besprechung mit dem preußischen Innenminister über die Ernennung von Regierungsbeamten. Dabei wurden von den Koalitionsfraktionen auch einige der vorgesehenen Kandidaten zurückgewiesen. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 19. Juli 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 73rs.

2 Otto Hörsing (SPD), von Januar bis Mai 1919 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldaten-Rates für Oberschlesien, war vom Juni 1919 bis Dezember 1919 Staatskommissar für den Regierungsbezirk Oppeln. Vgl. die Mitteilung über seine Amtsniederlegung in: Staatsanzeiger Nr. 294 vom 23. Dezember 1919. Im Februar 1920 wurde er zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt. Vgl. ebd. Nr. 49 vom 27. Februar 1920.

3 Um welche Sitzung es sich handelte, wurde nicht nachgewiesen.

4 Nicht nachgewiesen.

5 Dabei handelte es sich um den parlamentarischen Beirat für den Staatskommissar der besetzten westlichen Gebiete. Unter den sieben ordentlichen Vertretern vom Zentrum waren Bergmann und Heß aus der preußischen Zentrumsfraktion, unter den sieben Stellvertretern lediglich Müller (Neuwied). Vgl. die Liste der Mitglieder des parlamentarischen Beirats, in: Staatsanzeiger Nr. 174 vom 4. August 1919.

56.

18. 9. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurden die neuen Mitglieder, nämlich a) Herr Berens,¹ b) Herr Bensch² von dem Vorsitzenden [PORSCH] eingeführt.

2. Antrag Reineke bezüglich der Verfügung des Ministers auf Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten wurde angenommen.³

3. Antrag Faßbender und Reineke auf Verlegung der landwirtschaftlichen Hochschulen in Berlin wurde angenommen.⁴

4. LINZ teilt mit, daß die Herren, die zur Verwaltung übernommen werden wollen, einen Antrag beim Ministerium einzubringen haben.

5. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 12 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Ministerium für Volkswohlfahrt – Drucksache Nr. 280]: Dr. FASSBENDER erstattete Bericht.

GRONOWSKI berichtet über die Wohnungsnot in den Großstädten.

Minister STEGERWALD antwortet darauf, daß außerordentliche Schwierigkeiten der Durchführung entgegenstehen.

BERGMANN schlägt die Rationierung der Wohnungen vor.

GRONOWSKI: Auf die Gesetze kommt es weniger an. Es fehlt an Rohmaterial und Arbeitskräften.⁵

Frau Dr. HESSBERGER spricht⁶ a) für die Einrichtung von Pflegeämtern, b) für die Aufbesserung von Hebammen, c) für die Einrichtung von Jugendämtern.

Es wurden diese Fragen allgemein diskutiert.

1 Gerhard Berens (Eifel), Lokomotivführer aus Köln. Er rückte im 21. Wahlkreis (Koblenz-Trier) für Bartholomäus Koßmann nach, der am 30. Juli 1919 sein Mandat niedergelegt hatte.

2 Georg Bensch, Mittelschullehrer und Vorsitzender des katholischen Lehrerverbandes der Provinz Posen. Für den Wahlkreis 8 (Posen) trat er erst am 18. September 1919 in die Landesversammlung ein.

3 Kleine Anfrage Dr. Reineke [Z] über die Verordnung des Landwirtschaftsministers, betr. Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten, Drucks. Nr. 763.

4 Antrag Dr. Faßbender usw. [Z] über die Verlegung der landwirtschaftlichen Hochschule aus Berlin, Drucks. Nr. 764.

5 In der 50. Sitzung am 18. September 1919 erwähnte Frau Heßberger als Fraktionsrednerin zum Etat des Wohlfahrtsministeriums die Wohnungsfrage. Sie befürwortete die Rationierung des Wohnraums und die verstärkte Unterstützung des Baugewerbes in ländlichen Regionen. Vgl. Sp. 4017 f.

6 In ihrer Rede zum Etat des Wohlfahrtsministeriums führte Frau Heßberger u. a. die folgenden Punkte aus: die Einrichtung von Pflegeämtern zur Betreuung von Prostituierten, die Erhöhung des Einkommens der Hebammen und die Einrichtung von Jugendämtern. Vgl. ebd., Sp. 4019-4022.

6. Antrag Esser bezüglich Beschaffung von Rohstoffen an das Handwerk in den besetzten Gebieten wurde angenommen.⁷

7. Antrag auf Einreihung der Wachmeister in die Klasse der mittleren Beamten wurde gebilligt.⁸

⁷ Dringende förmliche Anfrage Esser usw. [Z] über die Behandlung des Handwerks im besetzten Gebiete, Drucks. Nr. 759.

⁸ Es handelt sich dabei um den Antrag Oelze, Drucks. Nr. 424. In der Fraktionssitzung am 10. Juli 1919 hatte die Fraktion zunächst beschlossen, den Antrag abzulehnen. Vgl. Nr. 49.

57.

19. 9. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Verschiedene Eingänge werden von dem Vorsitzenden [PORSCH] verlesen.

2. Antrag auf Unterstützung der Bücherei für blinde Studierende wird angenommen.¹

3. Antrag auf Untersuchungskommission von 21 Mitgliedern zwecks Feststellung der polnischen Unruhen etc. (Kleine Anfrage wird vorläufig zurückgestellt[²])²

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Es handelt sich um Abstimmungen zu folgenden Punkten.³

Zu 1 [Antrag Dr. Reineke usw. [Z] auf Einrichtung einer Berufsberatung – Drucksache Nr. 548 – beantragt: Überweisung an den Staatshaushaltsausschuß]: ja

Zu 2 [Antrag Schubert usw. [SPD] über die Personalakten der Beamten usw. – Drucksache Nr. 202 – beantragt: Überweisung an den Gemeindeausschuß]: ja

Zu 3 [Antrag Oelze usw. [DNVP] auf Versetzung der Gendarmen unter die mittleren Beamten – Drucksache Nr. 424]: ja

Zu 4 [Anträge a) Graef (Anklam) usw. [DNVP] auf Entschädigung der durch die Unruhen Geschädigten, b) Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Übernahme der

¹ Antrag Dr. Thaer usw. [DVP,DDP,DNVP,Z] auf Unterstützung der Hochschulbücherei für blinde Studierende in Marburg a. L., Drucks. Nr. 780.

² Eine seit längerer Zeit andauernde Streikbewegung im oberschlesischen Hüttenrevier hatte sich am 17. August 1919 zu einem bewaffneten Aufstand verschärft, der von Polen unterstützt wurde. Am 18. August 1919 war der Belagerungszustand verhängt und der Aufstand in den folgenden Tagen mit Regierungstruppen niedergeschlagen worden. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 398. Ein Untersuchungsausschuß zum Aufstand in Oberschlesien wurde in der preußischen Landesversammlung nicht eingerichtet, vom Zentrum auch keine kleine Anfrage dazu eingereicht.

³ Dabei handelte es sich um die Abstimmungen über die beim Etat des Ministeriums des Innern in zweiter Lesung beratenen Uranträge. Vgl. 51. Sitzung am 19. September 1919, Sp. 4049-4051. Das Abstimmungsverhalten der Fraktion bei diesen Anträgen in der ersten Lesung ist in der Fraktionssitzung vom 10. Juli 1919 vereinbart worden. Vgl. Nr. 49.

infolge der Unruhe zu zahlenden Entschädigungen durch das Reich, c) Dr. Gebeschus usw. [DVP] auf Ersatz der durch die Unruhen seit dem November 1918 entstandenen Schäden – Drucksachen Nr. 23, 49, 121, 256 – beantragt: Annahme der Anträge des Staatshaushaltsausschusses]: ja

Zu 5 [Antrag Dr. Negenborn usw. [DNVP] über parteipolitische Werbearbeit auf Staats- und Reichskosten – Drucksache Nr. 225]: ja

Zu 6 [Antrag Bubert usw. [SPD] über die Errichtung von Mieteinigungsämtern in kleineren Orten – Drucksache Nr. 245]: Gewerbekommission überweisen.

Zu 7 [a) Antrag Mentzel (Stettin) usw. [DNVP] über die Wiedereinführung der Zensur für Jugendschriften und Lichtspiele, b) Antrag Dr. Faßbender usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern für 1919 (Schmutzschriften und anstößige Lichtspiele) – Drucksache Nr. 266, 609, 639 – beantragt: zuerst Abstimmung über Antrag Friedberg, Drucksache Nr. 639]: ja

Zu 8 [Antrag Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Aufhebung des Belagerungszustandes – Drucksache 352]: ablehnen

Zu 9 [Antrag Dr. von Kries usw. [DNVP] auf Bekämpfung des öffentlichen Glücksspiels und der Spielklubs – Drucksache Nr. 392]: ja

Zu 10 [Anträge a) von der Osten usw. [DNVP] über die Gemeinde- und Kreistagswahlen, b) Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Aufhebung der alten Magistrate, Gemeindevorstände usw., c) Dr. Friedberg usw. [DDP] über die Zusammensetzung der Kreistage, d) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Beschleunigung der Gemeindevertreterwahlen und Vorlegung eines neuen Gemeindeverfassungsgesetzes – Drucksache Nr. 9, 54, 59, 155, 544 – beantragt: Annahme des Antrags des Gemeindeausschusses, Drucksache Nr. 544]: erledigt

Zu 11 [Anträge a) Kuhle usw. [DDP] auf Öffentlichkeit der Verhandlungen der Gemeindevertretungen und Amtsversammlungen in Westfalen und der Gemeinderats- und Bürgermeistereiversammlungen in der Rheinprovinz, b) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über den Wohnsitz der Gemeindevertreter und die Gemeindevahlen in den besetzten Gebieten – Drucksache 132, Nr. 158 zu 1 und 2, 394 – beantragt: Annahme des Antrags des Gemeindeausschusses, Drucksache Nr. 394]: erledigt

Zu 12 [Antrag Lüdicke usw. [DNVP] auf gesetzliche Regelung des gemeindlichen Verhältnisses zwischen Berlin und seinen Vororten – Drucksache Nr. 156]: [. . .]⁴

Zu 13 [Anträge Haas usw. [SPD] über die a) Aufstellung neuer Wählerlisten zu den Gemeindevertretungen, b) Wahlvorschläge zu den Gemeindevertretungen – Drucksache Nr. 358, 359 – beantragt: Überweisung an den Gemeindeausschuß]: Überweisung an die Gemeindekommission

Zu 14 [Anträge a) Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Erhöhung des gemeindesteuerfreien Einkommens, b) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über die Regelung der Einkommensteuer, c) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über die gemeindliche Sonderbesteuerung der höheren Einkommen – Drucksache Nr. 74, 158 zu 3 und 4, 175,

⁴ Zu diesem Punkt wurde nichts protokolliert.

543 – beantragt: Annahme der Anträge des Gemeindeausschusses, Drucksache Nr. 543]: erledigt

Zu 15 [Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über Kriegsbeihilfen für die Gemeindebeamten – Drucksache Nr. 152- Vorberatung in einem Ausschuß nach § 27 GO erforderlich]: Ausschuß überweisen – Staatshaushaltsausschuß

Zu 16 [Antrag Schubert usw. [SPD] über das Auswärtswohnen von Beamten und Angestellten – Drucksache Nr. 201]: ja

Zu 17 [Antrag Bergmann usw. [Z] über Lohnerhöhung für die Arbeiter und Wegehälter im Provinzial- und Kreisdienst – Drucksache Nr. 363]: ja

Zu 18 [Antrag Oelze usw. [DNVP] über die Anrechnung eines Teiles der Militärdienstzeit auf das Besoldungsalter der Gemeindebeamten usw – Drucksache Nr. 423 – Vorberatung in einem Ausschuß nach § 27 GO erforderlich]: Gemeindegemission

Zu 19 [Antrag Struve usw. [DDP] über das Dirnenwesen – Drucksache Nr. 215 – beantragt: Überweisung an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik]: Bevölkerungskommission

Zu 20 [Antrag Adolph Hoffmann usw. [USPD] über die Notlage der Krankenschwestern und ihre Arbeitszeit – Drucksache Nr. 287 – beantragt: Überweisung an den Ausschuß für Bevölkerungspolitik]: Bevölkerungskommission

Zu 21 [Antrag des Ausschusses für Bevölkerungspolitik auf Neugestaltung des Hebammenwesens – Drucksache Nr. 417- beantragt: Zurückverweisung an den Ausschuß]: An den Ausschuß zurückverweisen.

Zu 22 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Eisenbahnen – Drucksache Nr. 728]: (-Ausschuß verweisen -) Es wird Dr. Schmedding hierzu sprechen.⁵

Zu 23 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Ministerium für Volkswohlfahrt – Band II Nr. 33 – Drucksache Nr. 280, 340, 613]: Frau Dr. Lauer wird sprechen.⁶

4. Antrag auf Umgestaltung des Beirates der Genossenschaftskasse wird angenommen.⁷

5 Rede Schmeddings in der 51. Sitzung am 19. September 1919, Sp. 4067 f.

6 Rede Lauers in der 52. Sitzung am 23. September 1919, Sp. 4168-75.

7 Antrag Esser usw. [Z] auf zeitgemäße Umgestaltung des Beirates der Preußischen Zentral-Genossenschaftskasse, Drucks. Nr. 779.

58.

23. 9. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Dr. HESS stellt einen Antrag auf Bewilligung von Geldern zur Bestreitung von Wohnungsbauten.¹ Dieses Geld soll *sofort* bewilligt werden. Der Antrag wurde angenommen.

2. Dr. FASSBENDER berichtet über den Berliner Parteitag.²

3. Einige Eingänge wurden von dem Vorsitzenden [PORSCH] verlesen.

4. Anfrage Behrendt und Gen. auf Zahlung der Teuerungszulagen auch für die Beamten, die *vor* dem 1. September aus Preußen ausscheiden. Der Antrag soll zunächst noch zurückgestellt werden.³

5. Kleine Anfrage Kley und Faßbender wurde angenommen.⁴

6. Dr. SCHMEDDING spricht zum Bauetat. Er stellte den Antrag auf Gleichstellung der höheren technischen Beamten.⁵ Dieser Antrag wird angenommen.

7. Anfrage Schüling und Gen. bezüglich der Aufregung der Kriegsteilnehmer wegen der Steuereinschätzung.⁶ Der Antrag wird angenommen.

8. Frl. LAUER referiert wegen der zu haltenden Rede zum Staatshaushaltplan des Wohlfahrtsministeriums.⁷

9. VOGELSANG berichtet über den Antrag bezüglich Erhöhung der Kohlenpreise.⁸

10. HARSCH berichtet über eine Verhandlung mit dem Staatskommissar von Starck.⁹

1 Dringender Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf Gewährung von Überteueringzuschüssen an Gemeinden zur Bekämpfung des Wohnungsmangels, Drucks. Nr. 793.

2 Es handelt sich dabei um den Provinzialparteitag des Zentrums für Brandenburg, Mecklenburg und Lübeck, der am 21. September 1919, 10-17 Uhr, in Berlin stattfand. Vgl. dazu den Bericht der KV Nr. 746 vom 23. September 1919.

3 In der Fraktionssitzung am 1. Oktober 1919 wurde ein von Heß formulierter Fraktionsantrag angenommen, der sich allgemein mit den Teuerungszulagen beschäftigte. Vgl. Nr. 63.

4 Kleine Anfrage Dr. Faßbender usw. [Z] über Umwandlung der katholischen Schule in Berlin-Oberschöneweide in eine Simultanschule, Drucks. Nr. 794.

5 Antrag Dr. Schmedding usw. [Z,DVP] zur II. Beratung des Haushalts der Bauverwaltung für 1919 [Gleichstellung der höheren technischen Beamten der Bauverwaltung und der Staatseisenbahnverwaltung], Drucks. Nr. 802.

6 Dringende förmliche Anfrage Bergmann usw. [Z] über die Steuerveranlagung der Kriegsteilnehmer, Drucks. Nr. 797.

7 Rede Lauers in der 52. Sitzung am 23. September 1919, Sp. 4168-4175.

8 Nicht nachgewiesen.

9 Nicht nachgewiesen.

59.

24. 9. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919 und zwar] a [Lotterieverwaltung – Anlage Band I Nr. 5 – Drucksache Nr. 688], b [Münzverwaltung – Anlage Band I Nr. 7 – Drucksache Nr. 689], c [Staatsschuldenverwaltung – Anlage Band II Nr. 10 – Drucksache Nr. 690], d [Staatsarchive – Anlage Band II Nr. 15 – Drucksache Nr. 697] ist weiteres nicht zu bemerken.

Zu Punkt e [Oberrechnungskammer – Anlage Band II Nr. 18 – Drucksache Nr. 693]: berichtete Dr. SCHMEDDING. Es ist der Antrag angenommen worden, die Oberrechnungskammer möglichst einfach zu gestalten.¹

Zu Punkt f [Disziplinarhof – Anlage Band II Nr. 19 – Drucksache Nr. 696], g [Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte – Anlage Band II Nr. 19 – Drucksache Nr. 696], h [Gesetzsammlungsamt in Berlin – Anlage Band II Nr. 20 – Drucksache Nr. 698], i [Deutscher Reichs- und preußischer Staatsanzeiger – Anlage Band II Nr. 21 – Drucksache Nr. 699]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt k [Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten – Band II Nr. 23 – Drucksache Nr. 694]: Es hat sich grundsätzlich niemand gegen die Gesandtschaft beim Vatikan ausgesprochen in der Etatsberatung.

Zu Punkt l [Kriegsministerium (Zeughaus) – Band II Nr. 32 – Drucksache Nr. 695]: Das Zeughaus soll als Museum erhalten werden in der Etatsberatung.

3. Antrag von Wangenheim bezüglich einer Kanalstrecke.² Der Antrag wurde angenommen.

4. Antrag Jakoby-Raffauf u. Gen. auf Abschluß von Schwarzwild etc. wurde angenommen.³

5. Antrag Dr. Heß und Busch auf Verleihung des Promotionsrechts wird angenommen.⁴

1 Gemeint ist der Antrag des Staatshaushaltsausschusses zum Etat der Oberrechnungskammer für 1919, Drucks. Nr. 693.

2 Dringender Antrag Blank usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts der Bauverwaltung für 1919 [Kanalstrecken zwischen Misburg-Peine und Sehnde-Hildesheim], Drucks. Nr. 810.

3 Dringender Antrag Jakoby-Raffauf usw. [Z] über Abschluß von Schwarzwild und Hirschen in der Eifel, im Hunsrück und im Rheingau, Drucks. Nr. 806.

4 Antrag Busch usw. [Z] auf Verleihung des Promotionsrechts an die landwirtschaftliche Akademie Bonn-Poppelsdorf, Drucks. Nr. 807.

60.

25. 9. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank. Schluß: 12 Uhr

Dr. PORSCH berichtet über die Verhandlungen des Ältestenausschusses.¹

1. betr. Einrichtung von Geschäftsräumen.
2. betr. Antrag Belzer auf Gewährung von freier Fahrt auf süddeutschen Bahnen.
3. Freie Fahrt auf Kleinbahnen soll den Abgeordneten nicht zustehen.
4. Betr. Bittschriften sollen Änderungen vorgeschlagen werden.
5. Es sollen möglichst nur schriftliche Berichte von den Ausschüssen gefordert werden. In den Berichten sollen in Zukunft die Namen und Stellvertreter der teilnehmenden Abgeordneten aufgeführt werden. Im Berichte sollen aber vor wie nach nur die Parteien, nicht aber die Namen der Redner selbst [aufgeführt werden].²

Herr Kollege SCHULTE berichtet über den Ausstand der Justizbeamten in Posen.³ Zum Bauetat wird von WANGENHEIM als II. Redner sprechen⁴, [der] unter anderem für die unteren und mittleren Beamten eintritt, ferner erklärt, daß der Antrag Schmedding betr. die höheren technischen Beamten⁵ schon alles einbegreife, da bereits beim Eisenbahnetat der Antrag vorliege, daß grundsätzlich höhere juristische und technische Beamte gleichgestellt sein sollen. Zentrum lehnt daher Antrag Lüdemann Meyer No. 811⁶ als überflüssig ab.

Verhandelt wird sodann über die Autonomie der Provinzen.⁷

Kollege BEYER berichtet über Oberschlesien.

MUSIOL teilt mit, daß eine Versammlung in Beuthen die jetzt vorliegende Autonomie ablehnt.

1 Die Sitzung des Ältestenrates fand am 24. September 1919 von 10.18 bis 12.22 Uhr statt. Zu den Beschlüssen siehe im einzelnen das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

2 Vgl. dazu auch Nr. 49.

3 Vgl. zum Streik der deutschen Gerichtsbeamten in Posen die Meldung der KV Nr. 760 vom 28. September 1919.

4 Rede von Wangenheims in der 54. Sitzung am 25. September 1919, Sp. 4330-4336.

5 Gemeint ist der Antrag Schmedding, Drucks. Nr. 802. Vgl. dazu Nr. 58 Anm. 5.

6 Antrag Lüdemann usw. [SPD] zur II. Beratung des Haushalts der Bauverwaltung für 1919 [Gleichstellung der höheren technischen mit den juristisch vorgebildeten höheren Beamten der Bauverwaltung und der Staatseisenbahnverwaltung], Drucks. Nr. 811.

7 Beyer (Oberschlesien) hatte einen Antrag auf Errichtung einer Provinz Oberschlesien gestellt, Drucks. Nr. 652, der am 19. Juli 1919 dem 16. Ausschuß (Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände) überwiesen worden war. Ende September 1919 lag der erste Ausschußbericht vor. Vgl. Drucks. Nr. 824. Vgl. auch Nr. 62 Anm. 1.

FALTIN berichtet sodann über den allgemeinen Gesetzentwurf betr. die Autonomie.⁸

Herr WILDERMANN bittet vor allem die Schulfrage im Rahmen der Autonomie zu verhandeln.⁹

Herr BRUST und LINZ unterstützen dies.

BRUST berichtet sodann noch allgemein über den Gang der Verhandlungen.

Herr SCHMITTMANN berichtet sodann über den Gang der Sache; er erklärt, daß ihm der Antrag Faltin¹⁰ erst in der Sitzung bekanntgeworden sei. Er habe dann als rheinischer Abgeordneter sich verpflichtet gefühlt, die Sache zu vertreten. Er verweist besonders auf die Resolution des rheinischen Parteitages.¹¹

Herr HESS wünscht, daß ein älteres Mitglied Herrn Schmittmann noch im Ausschuß unterstütze.

Herr LINZ und Herr SCHMEDDING wünschen, daß ein Schulsachverständiger den Herrn Beyer durch seine Anwesenheit im Unterausschuß unterstütze. Es soll also Herr Beyer statt Herrn Schmittmann in den Unterausschuß eintreten und Kley oder ein sonstiger Schulfachmann Beyer unterstützen. Angeregt wurde, daß für Richtarsky ein rheinischer Abgeordneter eintrete.

Herr WILDERMANN erklärt den Antrag Schmittmann bzw. Faltin für nicht diplomatisch klug; er warnt, für einzelne Provinzen Sonderwünsche einzubringen.

Herr FALTIN erklärt, daß Oberschlesien ein selbständiger Länderstaat werden will. Er weist den Vorwurf Wildermanns zurück.

Herr GOEBEL führt aus, daß die Forderung des Länderstaates schon 1918 gestellt sei.

Herr RICHTARSKY erklärt, daß die schlesischen Abgeordneten direkt beauftragt waren, Hörsing¹² zu stürzen.

Herr SCHMEDDING beleuchtet seine Stellungnahme gegen Richtarsky.

8 Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Drucks. Nr. 604, war am 16. Juli 1919 einem besonderen Ausschuß überwiesen worden.

9 Nach den ersten beiden Lesungen des Gesetzentwurfs im Ausschuß konnte keine Einigung über die provinziellen Selbstbestimmungsrechte auf dem Gebiet der Schule erreicht werden. Daraufhin wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der die Angelegenheit klären sollte. Vgl. den Ausschußbericht Drucks. Nr. 991.

10 Der Antrag Faltin bezog sich auf § 3 des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Drucks. Nr. 604, der die Besetzung der Stellen der politischen Beamten in der Provinz regelte. Da Faltin den Antrag wieder zurückzog, ist er in den Akten des Ausschusses nicht überliefert. Vgl. Das Protokoll der 3. Sitzung des 16. Ausschusses (Selbständigkeit der Provinzialverbände) vom 23. September 1919, 19 Uhr, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D IVd Nr. 3, Beiheft 1, Bd. 1.

11 Gemeint ist die Resolution des Rheinischen Zentrumsparteitages vom 16. September 1919. Vgl. den Wortlaut der Entschließung im Bericht des Parteitages der Rheinischen Zentrumspartei 1919, S. 221-223.

12 Otto Hörsing trat Ende November 1919 wegen der Querelen mit dem oberschlesischen Zentrum von seinem Amt als Reichs- und Staatskommissar für den Regierungsbezirk Oppeln zurück. Vgl. Morsey, Zentrumspartei, S. 343 Anm. 14. Vgl. auch Nr. 55.

Herr HIRTSIEFER erklärt, daß die Abgeordneten des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes dem jetzigen Entwurf nicht zustimmen können. Die Grenze darf nicht mitten durch das Industriegebiet gehen.

Herr SCHMITTMANN pflichtet dem bei.

61.

26. 9. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Kleine Anfrage Goebel bezüglich der Provinz Oberschlesien wird angenommen.¹

2. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden einige Eingaben verlesen.

3. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten:

Zu Punkt 3 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar a) Finanzministerium – Band 2 Nr. 24 – Drucksache Nr. 613 zu 1a, 685, b) Allgemeine Finanzverwaltung – Band II Nr. 13 – Drucksache Nr. 691] berichtete Dr. SCHMEDDING.

4. Antrag Rhiel auf Anschluß an den Antrag der Sozialdemokraten auf Umgestaltung der Verwaltung und des Betriebs der Eisenbahnwerkstätten etc. vom 24.9.19 soll durch Brust weiterverhandelt werden.²

5. Weitere Verhandlung des Kultusetats am Dienstag, dem 30.9.19, nachmittags 3 Uhr, wurde bekanntgegeben.³

6. Antrag Berens und Gen. auf Druschprämie etc. den klimatischen Verhältnissen entsprechend anzupassen, soll zunächst zurückgestellt werden.⁴

7. Antrag Hirtsiefer, Merx u. Gen. auf Entsendung der Arbeiter- und Angestelltenvertreter in die Bezirkseisenbahnräte wird angenommen.⁵

8. Kleine Anfrage Harsch u. Gen. auf Erlaubnis zur Vornahme der Kommunalwahlen etc. wurde genehmigt.⁶

1 Kleine Anfrage Goebel usw. [Z] über die Unterstützung der Familien geflüchteter Oberschlesier und den Schleichhandel und Kettenhandel in Oberschlesien, Drucks. Nr. 836.

2 Das Ergebnis der Verhandlungen wurde der Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD,Z,DDP] zur II. Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919, betr. Umgestaltung der Verwaltung und Hebung der Transportkrise, Drucks. Nr. 965. Der Antrag wurde auf den 8. Oktober datiert. Vgl. auch Nr. 68 Anm. 6.

3 Vermutlich handelt es sich um die Beratung einer Arbeitsgruppe der Fraktion.

4 Der Antrag wurde in der Fraktionssitzung vom 1. Oktober 1919 angenommen. Vgl. Nr. 63 Anm. 9.

5 Antrag Hirtsiefer usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919 [Bezirkseisenbahnräte], Drucks. Nr. 826.

6 Kleine Anfrage Harsch usw. [Z] betr. Gemeindewahlen in der 4. Besatzungszone in der Rheinprovinz, Drucks. Nr. 835.

9. Förmliche Anfrage Schüling u. Gen. auf Entschädigung von Requisitionen von Pferden etc. im besetzten Gebiet wird genehmigt.⁷

10. Antrag von Wangenheim u. Gen. auf Verleihung des Titels Vermessungssekretär für die Vermessungsassistenten wurde angenommen.⁸

⁷ Förmliche Anfrage Schüling usw. [Z] über die Beschlagnahme von Vieh durch die belgischen Truppen in der Rheinprovinz, Drucks. Nr. 833.

⁸ Antrag Frhr. von Wangenheim usw. [DHann] zur II. Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1919 [Rang und Gehalt der Vermessungsassistenten], Drucks. Nr. 827.

62.

30. 9. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 13 [Zweite und dritte Beratung des Antrags Beyer (Oberschlesien) usw. [Z] auf Annahme eines Gesetzes, betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien – Drucksache Nr. 652, 824]: wird von der Tagesordnung abgesetzt werden.¹

Zu Punkt 14 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar a) Finanzministerium – Band 2 Nr. 24 – Drucksache Nr. 613 zu 1a, 685, 825, b) Allgemeine Finanzverwaltung – Band II Nr. 13 – Drucksache Nr. 691]: Brust wird dazu sprechen.²

Kleine Anfrage Schüling bezüglich Ausfuhr von Getreide etc. wird angenommen.³

1 Noch vor Beginn der Plenarsitzung fand am 30. September 1919, 11.30 Uhr, eine Besprechung der Mehrheitsparteien über den Gesetzentwurf statt. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 30. September 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 81. In der anschließenden Plenarsitzung wurde die Vorlage an den 16. Ausschuß zurückverwiesen. Der Berichterstatter Ruer begründete dies mit Bedenken, die aus ober-schlesischen Kreisen gegen den vorliegenden Gesetzentwurf laut geworden seien. Vgl. 56. Sitzung am 30. September 1919, Sp. 4455 f. Zur Ablehnung des Gesetzentwurfs in einer Versammlung in Beuthen vgl. Nr. 60.

2 Rede Brusts in der 56. Sitzung am 30. September 1919, Sp. 4474-4484.

3 Kleine Anfrage Schüling usw. [Z, DHann], betr. Ausfuhr von Brotgetreide nach dem Auslande, Drucks. Nr. 856.

63.

1. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Der Vorsitzende gab das Resultat der oberschlesischen Sitzung bekannt, die am 30.9.19 stattgefunden hat.¹
3. Förmliche Anfrage Jakoby-Raffauf bezüglich Bekämpfung der Reblaus wird angenommen.²
4. Kleine Anfrage Behrendt bezüglich der Vorbereitungen zur Ausreise der Lehrer in den abzutretenden Gebieten wird angenommen.³
5. Kleine Anfrage Dietrich bezüglich der Angabe der politischen Parteienzugehörigkeit an den Landrat Heine bei Neuwahlen zum Gemeindevorstand wurde angenommen.⁴
6. Es wurde die Erklärung des Landwirtschaftsministers im Plenum vom 30.9.19⁵ eingehend erörtert und beschlossen, die Stellung der Fraktion in der Sitzung des Haushaltsausschusses klar zum Ausdruck zu bringen.⁶

1 Die schlesischen Abgeordneten der Landesversammlung waren am 30. September 1919, 17 Uhr, auf Einladung des preußischen Ministerpräsidenten zu einer gemeinsamen Besprechung mit der Reichsregierung und dem Zentralrat für Schlesien zusammengekommen. Vgl. die Einladung vom 26. September 1919, in: GStA Merseburg, Rep 169 D I 36, Bd. 1. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde festgehalten, daß der Oppelner Regierungspräsident Bitta zum kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien ernannt werden sollte, sobald das Gesetz über die Autonomie Oberschlesiens durch die Landesversammlung verabschiedet worden sei. Dafür gab Porsch namens der Zentrumsfraktion die folgende Erklärung ab: „1) Das Zentrum ist mit der Provinzialautonomie zufrieden. 2) In dem Gesetz über die provinzielle Autonomie verlangt das Zentrum keine Vorrechte gegenüber anderen Provinzen. 3) Eine etwaige Propaganda für staatliche Autonomie wird bis dahin zurückgestellt.“ Staatsanzeiger Nr. 224 vom 1. Oktober 1919.

2 Förmliche Anfrage Jakoby-Raffauf usw. [Z] über die Reblausplage im Heimbachtal, Drucks. Nr. 867.

3 Kleine Anfrage Behrendt (Danzig) [Z], betr. die Lehrer und Seminarlehrer in den abzutretenden Gebieten, Drucks. Nr. 868.

4 Kleine Anfrage Dietrich [Z] über die Behandlung der Gemeindevahlen durch den Landrat von Oschersleben, Drucks. Nr. 870.

5 In der 56. Sitzung am 30. September 1919 hatte Landwirtschaftsminister Otto Braun (SPD) seine „Verordnung zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Arbeiten vom 2. September 1919“, Gesetzsaml. S. 143, verteidigt. Vgl. Sp. 4458-4461. Ziel der Verordnung war der Abschluß von Tarifverträgen in der Landwirtschaft. Bei Nichtabschluß von Tarifverträgen wurde die Zwangsbewirtschaftung der Güter angedroht. Vgl. dazu die Stellungnahme Rippels (DNVP) in der 68. Sitzung am 21. Oktober 1919, Sp. 5439-5445. Die Verordnung wurde publiziert in: Staatsanzeiger Nr. 202 vom 5. September 1919. Aufhebungserlaß vom 4. Januar 1920, in: ebd. Nr. 12 vom 15. Januar 1920.

6 Anhand der Ausschlußakten läßt sich eine entsprechende Stellungnahme der Fraktion nicht nachweisen.

7. Der Antrag Schüling und Busch bezüglich Urlaubsanträge bei der Wahrnehmung der Rechte in den Kommunalkörperschaften wurde für erledigt erklärt.

8. Antrag Altegoer bezüglich Holzlieferung an die Bäcker soll [in] der Kommission besprochen werden.⁷

9. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Beratung der Denkschrift über die Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage an unmittelbare Staatsbeamte usw. – Drucksache Nr. 727, 847-850] und 2 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung von Geldmitteln zur Deckung für eine den unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrpersonen usw. zu gewährende einmalige Beschaffungsbeihilfe – Drucksache Nr. 770]: Antrag Heß bezüglich der Teuerungszulage etc. wurde angenommen als *Fraktionsantrag*.⁸

10. Antrag Berens u. Gen. auf Gewährung der Frühdruschprämie den klimatischen Verhältnissen anzupassen etc. wurde angenommen.⁹

11. Antrag Schmidt (Conz) u. Gen. auf Erhöhung der Rentenbezüge für pensionierte Arbeiter etc. wurde angenommen und zwar als *Fraktionsantrag*.¹⁰

Dr. SCHMEDDING referierte über den Inhalt seiner Rede, die er heute im Plenum zum Finanzetat halten wird.¹¹

7 Es handelt sich dabei um Antrag Nr. 3 zu den Beratungen des Haushalts der Forstverwaltung in der 39. Sitzung des Staatshaushaltsausschusses am 4. Oktober 1919. Der Antrag sollte dazu dienen, den Brennstoffmangel der Bäckereien zu beheben. Vgl. das Protokoll dieser Ausschusssitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I Nr. 32h, Beiheft 1, Bd. 3.

8 Gemeint sind Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z], betr. die Teuerungszulagen: 1. für die im Ruhestand lebenden Beamten usw., 2. für die unverheirateten Beamten usw., Drucks. Nr. 864, und Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z], betr. die Teuerungszulagen für Volksschullehrpersonen, Drucks. Nr. 865.

9 Antrag Berens (Eifel) usw. [Z, DHann] über die Behandlung der Frühdruschprämie, Drucks. Nr. 866.

10 Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z] zur Denkschrift über die Gewährung einer neuen einmaligen Teuerungszulage an unmittelbare Staatsbeamte usw. (Nr. 727) [Pensionskassen für die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Bediensteten], Drucks. Nr. 863.

11 Rede Schmeddings in der 57. Sitzung am 1. Oktober 1919, Sp. 4551-4554.

64.**2. 10. 1919: Fraktionssitzung**

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Antrag Jakoby-Raffauf auf zeitige Lieferung des Weinzuckers wurde angenommen.¹
3. BEYER berichtet über die Selbständigkeit der Provinzialverbände.²
4. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt II 8 [Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über die Abänderung der Bestimmungen über die Kriegsteuerungszulagen – Drucksache Nr. 154]: Verweisung an die Kommission.³

Zu Punkt II 3: Erste Beratung [des Entwurfs] eines Ausführungsgesetzes zum Reichssiedlungsgesetz vom 11. August [19]19 [- Drucksache Nr. 783] wird Dr. SCHMITTMANN sprechen.⁴ Er referiert inhaltlich.

Zu Punkt 4 [Beratung der Verordnung vom 10. März 1919 (Gesetzsamml. S. 39) über Familiengüter – Drucksache Nr. 234 zu 35, 275 zu II, 734, 742]: Es soll nicht gesprochen werden, wenn doch gesprochen werden soll, wird Dr. Reineke sprechen.⁵

1 Antrag Jakoby-Raffauf usw. [Z] über die Lieferung von Zucker an die Winzer, Drucks. Nr. 882.

2 Der Gesetzentwurf, betr. die Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Drucks. Nr. 604, war einem besonderen Ausschuß überwiesen worden. Nachdem der Ausschuß den Entwurf in drei Lesungen beraten hatte, wurde am 3. Oktober 1919 der Ausschußbericht, Drucks. Nr. 991, vorgelegt.

3 Der Antrag wurde dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen. Vgl. 58. Sitzung am 2. Oktober 1919, Sp. 4625.

4 Rede Schmittmanns in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919, Sp. 4679-4685.

5 Der Punkt wurde in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919 verhandelt. Ein Zentrumsredner sprach dazu nicht.

65.**3. 10. 1919: Fraktionssitzung**

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es werden einige Eingänge mitgeteilt.
2. Es wurde dann in die Tagesordnung eingetreten.

a) BEYER referierte über den Gesetzentwurf bezüglich der Autonomie der Provinzen.¹

b) Dr. FASSBENDER berichtet über die Form des Kirchnaustritts.²

c) Es wurde die Personalfrage bezüglich des ernannten Regierungspräsidenten Fuchs besprochen.³ Es wurde von KLOFT der Antrag gestellt, eine besondere Fraktionssitzung überhaupt bezüglich der Personenfrage abzuhalten.⁴

d) Frau HESSBERGER trug den Wunsch vor, Versammlungen zu besuchen, die zwecks Aufforderung zur religionslosen Schule ab[ge]halten würden, um dort Stellung zu nehmen.

Im allgemeinen wurde dagegen gewarnt, weil es unter den heutigen schwierigen Verhältnissen keinen Zweck habe.

e) Dr. HESS referiert über den Gesetzentwurf bezüglich der Schuldeputationen.⁵ Es äußerten sich hierzu weiter GOTTWALD, Frh. STOFFELS, KLOFT.

WILDERMANN schlägt vor, die Regierung zu veranlassen, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.

DINSLAGE schließt sich den Ausführungen Wildermanns an.

BRUST, Dr. SCHMEDDING und SAUERMANN nehmen auch hierzu das Wort.

1 Vgl. Nr. 64 Anm. 2.

2 Das Gesetz, betr. die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und den jüdischen Synagogengemeinden vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199), Drucks. Nr. 903, legte fest, daß die Kirchnaustrittserklärung vor dem Amtsgericht stattfinden müsse und der Ausgetretene durch die Austrittserklärung von den Leistungen, die auf der persönlichen Kirchen- oder Kirchnge-
meindeangehörigkeit beruhen, mit Ablauf des laufenden Kalendervierteljahres befreit wurde. Da es sich bei diesem Gesetz um eine Notverordnung der Revolutionsregierung handelte, mußte es gemäß § 9 der vorläufigen Verfassung durch die preußische Landesversammlung überprüft werden. Am 23. Mai 1919 wurde es dem Rechtsausschuß überwiesen, der die Genehmigung des Gesetzes beantragte. Vgl. Drucks. Nr. 902. In der Kommissionsberatung hatte die DDP versucht, das Gesetz dahingehend abzuändern, daß der Kirchnaustritt vor den kirchlichen Behörden vorgenommen werden müsse und die Leistungen des Ausgetretenen erst mit dem Ende des auf den Austritt folgenden Kalenderjahres enden sollten. Vgl. ebd. Hierzu brachte die DDP schließlich einen gesonderten Antrag ein. Vgl. Nr. 71.

3 Trotz der Ernennung zum Regierungspräsidenten von Trier konnte der vortragende Rat im preußischen Landwirtschaftsministerium, Johannes Fuchs, erst Ende Dezember 1919 aufgrund der fehlenden Einreiseerlaubnis in das besetzte Gebiet diesen Posten antreten. Vgl. KV Nr. 1 vom 1. Januar 1919. Vgl. auch Nr. 101.

4 Die Fraktionssitzung zur Personalfrage fand am 16. Oktober statt. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung, Nr. 73.

5 Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen, Drucks. Nr. 537.

66.

7. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Dr. SCHMEDDING berichtet über den Gesetzentwurf betr. Errichtung einer Provinz Oberschlesien und stellt Zusatzanträge dazu.¹
2. Einige Eingänge wurden von dem Vorsitzenden [PORSCH] verlesen.
3. Dringende förmliche Anfrage Sprenger und Brust wegen Kartoffelversorgung wurde genehmigt.² Sprenger wird dazu sprechen.³ Eventuell als zweiter Redner Dr. Reineke.⁴
4. Antrag Kloft, eine Sitzung lediglich zur Besprechung der Stellenbesetzung anzuberaumen, wird angenommen und [soll] am *Freitag*, abends 7 Uhr, [stattfinden].⁵ Stegerwald soll referieren.
5. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.
Zu Punkt 26 b [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Preußische Zentral-Genossenschaftskasse – zweite Anlage zum Haushaltsgesetz (hinter Seite 24 des Staatshaushaltsplans) – Drucksache Nr. 686] referierte ESSER.⁶
6. Zum Antrag [Herrmann]⁷ spricht Dr. Heß.⁸
7. Heines Geschäftsordnungsentwurf⁹ wurde von DINSLAGE besprochen.

1 Vgl. den Bericht des 16. Ausschusses über den Antrag Beyer (Oberschlesien) usw. auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien, Drucks. Nr. 908. Die Änderungsanträge Schmeddings wurden vermutlich als Antrag der Koalitionsparteien, Drucks. Nr. 990, am 14. Oktober 1919 eingebracht.

2 Dringende förmliche Anfrage Sprenger usw. [Z, DHann] über die Kartoffelnot und die Wagenstellung, Drucks. Nr. 909.

3 Rede Sprenger in der 61. Sitzung am 8. Oktober 1919, Sp. 4900-4904.

4 Reineke sprach dazu nicht.

5 Die Besprechung fand erst am 16. Oktober 1919 statt. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung, Nr. 73. Kloft hatte diese Besprechung bereits in der Fraktionssitzung vom 3. Oktober 1919 angeregt. Vgl. Nr. 65 Anm. 4.

6 Esser hatte dazu den Antrag auf zeitgemäße Umgestaltung der Preußischen Zentral-Genossenschaftskasse, Drucks. Nr. 779, gestellt. Er redete in der 61. Sitzung am 8. Oktober 1919 als Antragsteller, Sp. 4859-4864.

7 Unsichere Lesart.

8 Der Hintergrund dieser Notiz wurde nicht ermittelt.

9 Zum Geschäftsordnungsentwurf vgl. den Ausschlußbericht, Drucks. Nr. 1900

67.

8. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, gez. Blank. Schluß 12.20 Uhr.

1. Abg. SCHMEDDING berichtet über die Verhandlungen betr. Eisenbahnetat im Staatshaushaltsausschuß.¹ Der Vorsitzende [PORSCH] dankt für die ausführliche Berichterstattung.

Präsident PORSCH berichtet über die Eingänge.

Verband rheinisch-westfälischer Gemeinden bittet um Beschickung ihrer Tagung am 15. und 16.10.² Im Gemeindeausschuß soll die Frage geklärt werden und [...]³ Vertreter entsandt werden.

Dr. REINEKE berichtet über seine Verhandlungen mit Unterstaatssekretär Moesle⁴, Reichsfinanzministerium. Es sollen Moesle darauf Bewerber namhaft gemacht werden.

Zum Eisenbahnetat weist BLANK auf die schlechte Vertretung der Katholiken im Eisenbahnministerium hin. Die Unterlagen werden dem Geheimrat Schmedding⁵ zur Vertretung übergeben. PORSCH schlägt vor, die Sache persönlich mit dem Herrn Minister⁶ zu besprechen.

HIRTSIEFER wünscht, daß dagegen Einspruch erhoben wird, daß die Bahnhofswirte das Publikum aussagen. Die Preistafeln müssen wieder eingeführt und ausgehängt werden.⁷

SCHÜLING bittet um Genehmigung, einen Antrag einbringen zu dürfen, die Postwagen nicht weiter als Schutzwagen zu verwenden.⁸ Die Fraktion ist damit einverstanden.

GRONOWSKY weist darauf hin, daß große Reisewagen in Breslau vorgefunden sind und nicht sachgemäß verwandt werden. Er fragt an, unter welchen Verhältnissen die Eisenbahnen an das Reich abgegeben werden sollen und wann.

BRUST beschwert sich über Ministerialrat Leese⁹ und wünscht Remedur im Eisenbahnministerium.

HESS schlägt vor, daß das Zentrum den unitarischen Charakter mehr vertrete.

1 Vgl. dazu den Bericht des Staatshaushalts-Ausschusses über den Haushalt der Eisenbahnverwaltung für 1919, Drucks. Nr. 781.

2 Am 10. Oktober 1919 wurde Schüling für die Zeit vom 14.-18. Oktober 1919 beurlaubt, um an der Tagung des Verbandes rheinisch-westfälischer Gemeinden in Köln teilzunehmen. Vgl. 63. Sitzung am 10. Oktober 1919, Sp. 5004.

3 Zwei Worte unleserlich.

4 Stefan Moesle, Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium.

5 Schmedding redete in der 62. Sitzung am 9. Oktober 1919 zum Eisenbahnetat. Vgl. Sp. 4928-4942.

6 Rudolf Oeser (DDP), 1919-1921 preußischer Minister für öffentliche Arbeiten.

7 Schmedding erwähnte dies kurz in seiner Etatrede, Sp. 4936.

8 Antrag Schüling usw. [Z] über die Postwagen in den Eisenbahnzügen, Drucks. Nr. 957.

9 Leese war Ministerialdirektor im preußischen Ministerium für öffentliche Arbeiten.

SCHMEDDING teilt mit, daß er das beabsichtige und zwar ungefähr mit den Worten von Prof. Lauscher.¹⁰

Herr BERENS (Eifel) will einen Antrag einbringen, daß den Lokomotivführern besondere Entschädigungen gezahlt werden sollen für die derzeitigen Mehrleistungen bei dem schlechten Zustand der Maschinen.¹¹

BEYER wünscht, daß die D-Züge nicht nur für den Osten ausfallen sollen, sondern auch der Westen anteilig bedacht werde.

WILDERMANN bittet, nicht allgemein so scharf Front gegen die alten Geheimräte zu machen, sonst würde man im Kultusministerium noch schlechter verfahren, wenn dort die jüngeren Radikalen mehr ans Ruder kommen.

BRUST spricht sich gegen das Streikrecht der Beamten aus.

MERX möchte dementsprechend im Plenum reden.¹²

Dr. HESS billigt auch nicht, daß den Beamten das Streikrecht zugebilligt wird.

MERX verliest eine Erklärung, die die Zustimmung der Fraktion findet.

¹⁰ Mit zurückhaltenden Worten setzte sich Schmedding dafür ein, durch eine Übertragung der preußischen Eisenbahnen auf das Reich den Prozeß zu Errichtung eines Einheitsstaates zu fördern. Vgl. Sp. 4931 f.

¹¹ Nicht nachgewiesen.

¹² Die Frage des Streikrechts der Beamten wurde in der Fraktionssitzung am 9. Oktober 1919 nochmals besprochen. Vgl. Nr. 68 Anm. 2.

68.

9. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift.

1. Präsident PORSCH teilt mit, daß Abg. Stieler auf 3 Wochen krank. Abg. Dr. Reineke wird für Vertretung im Gemeindeausschuß Sorge tragen.¹

2. MERX spricht zum Eisenbahnetat. Er wünscht, die Frage des Streikrechts nochmals zu besprechen.²

Dr. HESS tritt dafür ein, daß die Fraktion sich gegen das Streikrecht erklärt.

¹ Mit der Vertretung Stielers wurde Saueremann betraut. Vgl. 64. Sitzung am 14. Oktober 1919, Sp. 5168.

² Merx sagte dazu in seiner Etatrede: „Meines Erachtens können und müssen Streiks auf dem Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen verhindert werden. Ich will nun die Streikfrage hier nicht aufrollen, muß aber anerkennen, daß die neue Zeit allen Staatsbürgern, also auch den Eisenbahnern, das freie Koalitionsrecht gebracht hat. Die strittige Frage besteht nun, gehört zu diesem Rechte auch das Streikrecht. Die Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner vertritt den Standpunkt, daß auch den Eisenbahnbeamten das Streikrecht zusteht. Die Zentrumsfraktion ist entgegengesetzter Meinung.“ 64. Sitzung am 14. Oktober 1919, Sp. 5054. Vgl. dazu auch Nr. 67.

BRUST spricht in demselben Sinne.

BERENS (Eifel) empfiehlt, die Sache nicht zu erwähnen.³

BRUST erkennt kein Streikrecht der Verkehrs- und Landarbeiter während der Ernte an.

LOEHR erklärt Streikrecht als Vertragsbruch, erkennt kein Streikrecht der Beamten an, Streikrecht der Arbeiter soll nicht erwähnt werden. Unterscheidungen unter den Arbeitern sind nicht möglich. BRUST sagt, daß Streik nicht kriminell strafbar sei, daß Vertragsstrafen aber getragen werden müssen.

MERX⁴ fragt nochmals an, wie er sich stellen soll.

GOTTWALD weist darauf hin, daß die Beamten keine Vorrechte haben und wollen, sondern nur erworbene Rechte.

Abg. RICHTARSKY wünscht auch, daß den Landarbeitern das Streikrecht abgesprochen wird.

Abg. VOGELSANG besteht darauf, Beamte hätten Vorrechte.

BRUST vertritt denselben Standpunkt.

GRONOWSKI vertritt denselben Standpunkt.

Dr. HESS widerlegt dies und bittet gerade die Arbeiter Einsicht dafür zu haben, daß die Beamten auch große Nachteile haben gegen die Arbeiter. Ihr Lohn steigt und fällt mit der Konjunktur.

BRUST tritt nochmals scharf dagegen [auf].

SCHMEDDING bittet, dem Antrag Schmidt-Stettin⁵ zu[zu]stimmen.

BLANK bittet, den Antrag zu hören.

ANDRES bittet, den Antrag Schmidt anzunehmen.

BRUST spricht zur Drucksache 965 und wünscht, dem Antrage zuzustimmen.⁶

GRONOWSKI spricht sich in demselben Sinne aus.

Dr. HESS empfiehlt mit Rücksicht auf No. 962 einen Antrag Andres.⁷

Die Fraktion stimmt zu.

Auch einem Antrag Heß betr. Reblausbekämpfung⁸ wird zugestimmt.

³ Ab hier unbekannte Handschrift.

⁴ Ab hier wieder Handschrift Blank.

⁵ Der Antrag Schmidt (Stettin) usw. [DNVP] zur II. Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919, Drucks. Nr. 803, forderte, freiwerdende Stellen „bis zur Höchstzahl von 100 in *Obervorsteher- und nichttechnische Eisenbahnobersekretärstellen* umzuwandeln.“

⁶ Der Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD,Z,DDP] zur II. Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919, betr. Umgestaltung der Verwaltung und Hebung der Transportkrise, Drucks. Nr. 965, war auf Initiative der Sozialdemokraten zustande gekommen und als Antrag der Koalitionsparteien eingebracht worden. Vgl. Nr. 61.

⁷ Während der Antrag Rosebrock usw. [SPD] zur II. Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919, Drucks. Nr. 962, forderte, die Rangiermeister, Wagenmeister, Lademeister, Werkführer und Triebwagenführer in der Rang- und Gehaltsklasse den Eisenbahnzugführern gleichzustellen, forderte der Antrag Andres usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919, Drucks. Nr. 986, dasselbe auch für die Eisenbahnunterassistenten, Bahnhofs-aufseher, Reservelokomotivführer und Fahrkartenausgeber.

Prof. Dr. LAUSCHER bittet, für Malmedy und Eupen besser einzutreten. Fraktion ist einverstanden.

Abg. DINSLAGE berichtet sodann über die Geschäftsordnung.⁹

8 Gemeint ist der Antrag Heß usw. [Z] über die Schädigung des Winzerstandes durch den Friedensvertrag und die Einberufung eines Weinparlaments, Drucks. Nr. 968.

9 Die Erste Lesung des Geschäftsordnungsentwurfs war in der 13. Sitzung des Ausschusses am 17. September 1919 abgeschlossen worden. Am 14. Oktober begann die II. Lesung im Ausschuß. Vgl. die Ausschußakten, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I J Nr. 22a, Bd. 1. Vgl. auch den gedruckten Ausschußbericht, Drucks. Nr. 1900 A.

69.

10. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. BEYER (Oberschlesien) berichtet über den Geschäftsordnungsausschuß.¹
2. Antrag Dr. Heß bezüglich der rheinischen Musterschau wird angenommen.²
3. Antrag Krug und Kley bezüglich Dienstaufwandsentschädigungen der Schulinpektoren etc. wird vorläufig zurückgestellt.³

1 Vgl. dazu Nr. 68 Anm. 9.

2 Antrag Dr. Schmittmann usw. [Z,SPD,DDP,DVP] über die Rheinische Musterschau, Drucks. Nr. 1002.

3 Erst am 15. Oktober 1919 wurde er als Antrag Krug usw. [Z,DHann] auf Neuregelung der Dienstaufwandsentschädigung, Drucks. Nr. 1001, eingebracht.

70.

14. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Antrag Busch und Gen. auf Gleichstellung der Professoren an den landwirtschaftlichen Hochschulen wird genehmigt.¹
2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten:

1 Antrag Busch usw. [Z] auf Besserstellung der Professoren bei landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen, Drucks. Nr. 993.

Zu Punkt 12 [Zweite und Dritte Beratung des Antrags Beyer (Oberschlesien) usw. [Z] auf Annahme eines Gesetzes, betr. die Errichtung einer Provinz Oberschlesien – Drucksache Nr. 652, 824, 908]: BEYER (Oberschlesien) berichtete zu diesem Punkt.² Es nehmen weiter das Wort Dr. SCHMEDDING und GOEBEL.

Zu Punkt 13 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] über die Verschiebung von Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Auslande – Drucksache Nr. 881]:

Es sprechen dazu KÜSTERS, KAULEN, MÜLLER (Prüm), Dr. REINEKE, HEROLD. Es wurde im allgemeinen die Ansicht geäußert, daß die Preise im allgemeinen erhöht werden müßten. So stark die Preise zu steigern, wie solche im Auslande bestehen und um dadurch der Verschiebung ins Ausland vorzubeugen, sei nicht angängig.

3. Es wurden verschiedene Eingänge von dem Vorsitzenden [PORSCH] verlesen.

Zu Punkt 14 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Ausdehnung des Knappschaftsgesetzes auf Erdölbetriebe – Drucksache Nr. 906] wurde weiter nichts bemerkt.

*Punkt 2 der Tagesordnung der Partei: Besprechung der Siedlungsfrage*³:

Dr. REINEKE berichtet dazu. Es nehmen weiter das Wort: HEROLD, MÜLLER (Prüm), von WANGENHEIM, SCHMITTMANN. Es wurden hauptsächlich die Bestimmungen der § 6 Nr. 5 und § 15 erörtert.⁴ Allgemein herrschte die Ansicht, 1) dem Minister *keine* weitere Befugnis einzuräumen, 2) den ordentlichen Rechtsweg so weit wie möglich beizubehalten.

BUSCH schlägt vor, sich mit dem Dezernenten vom Justizministerium in Verbindung zu setzen.

4. Dr. SCHMEDDING berichtet über den Gesetzentwurf bezüglich der Autonomie der Provinzen.⁵ Er führt einen Kompromißantrag an, der mit den Demokraten vereinbart ist.⁶

2 Zur II. Beratung des Antrags Beyer hatten die Mehrheitsparteien einen Abänderungsantrag, Drucks. Nr. 990, gestellt, der in der 64. Sitzung am 14. Oktober 1919 angenommen wurde.

3 Das Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1429) verpflichtete die Bundesstaaten, „gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zur Schaffung neuer Ansiedlungen und zur Hebung bestehender Kleinbetriebe zu bilden“. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 275. Der Entwurf des preußischen Ausführungsgesetzes, Drucks. Nr. 783, wurde in der 59. Sitzung am 3. Oktober 1919 in erster Lesung verhandelt und dem 14. Ausschuß überwiesen.

4 § 6 Nr. 5 des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919, Drucks. Nr. 783, bestimmte, daß im Falle einer Enteignung gegen die Entscheidung über die Entschädigung statt des Rechtsweges lediglich die Spruchkammer des Landeskulturamts angerufen werden könne. Gegen den Beschluß der Spruchkammer sollte Beschwerde beim Oberlandeskulturamt zulässig sein. § 15 bestimmte, daß die Satzung der Landleieferungsverbände vom Landwirtschaftsminister erlassen werden sollte.

5 Vgl. Nr. 64 Anm. 2. Nach Vorlage des Ausschußberichts, Drucks. Nr. 991, am 3. Oktober 1919 fanden noch weitere Sitzungen des Ausschusses am 7. und 14. Oktober statt, bevor der Gesetzentwurf in der 73. Sitzung am 5. November 1919 zur zweiten Beratung kam.

6 Es handelte sich dabei um einen Antrag, betreffend die Vertretung von Volksschullehrern in den Bezirksvertretungen und Provinzialschulkollegien. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 15. Oktober 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 91rs.

Dr. LAUSCHER äußert seine Ansicht dahin, daß mit der Gesetzvorlage zu wenig für das Zentrum erreicht sei und deswegen das Gesetz abzulehnen sei. Weiter nehmen das Wort: GOEBEL, WILDERMANN, SCHMITTMANN. Sie schlossen sich der Ansicht des Dr. Lauscher an. Ebenso GOTTWALD, BEYER und KRUG.

Dr. LAUSCHER betont nochmals besonders, daß wegen der Ernennung der Beamten ein Vorschlagsrecht eingeräumt werden müsse. Wenn das nicht geschehe, dann bittet er darum, den Gesetzentwurf *abzulehnen*. SCHMITTMANN und BUSCH treten der ausgesprochenen Ansicht des Vorredners bei. Ebenso HIRTSIEFER.

Die Fraktion ist im allgemeinen der Ansicht, daß der Kompromißantrag *nicht* annehmbar sei.

71.

15. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Blank und Wentrup, sowie unbekannte Handschrift, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] verliest die Eingänge.
2. Herr Dr. REINEKE beschwert sich, daß das Landesausschußsekretariat z. Zt. keine Schreibhilfe habe und daß [es] z. Zt. unmöglich ist, Stenogramme aufnehmen zu lassen.
3. HEROLD fragt an, ob die Fraktion zustimme, daß ein Antrag eingebracht werde betr. der anderweitigen Vergütung der Häute.¹ Die landwirtschaftlichen Vertreter befürworten warm den Antrag. Desgleichen BRUST namens der Arbeiter. Die Fraktion stimmt zu.

Zur Tagesordnung berichtet SCHMEDDING über Punkt 1 [Zweite Beratung der Gesetzentwürfe A. betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1919 – Drucksache Nr. 816 A; B. betr. die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1919 – Drucksache Nr. 816 B; C. zur Ergänzung der Gesetze, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1919 vom 1. April und 4. Juni 1919 – Drucksache Nr. 816 C].²

1 Antrag Herold zur II. Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1919 [Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten für Schlachtvieh], Drucks. Nr. 1034. Vgl. dazu auch Nr. 72.

2 Schmedding war zum diesem Punkt Berichterstatter im Plenum. Vgl. seinen Bericht in der 65. Sitzung am 15. Oktober 1919, Sp. 5174-5176.

Zu Punkt 3 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] über die Verschiebung von Getreide und anderen Lebensmitteln nach dem Auslande – Drucksache Nr. 881] teilt Herr KÜSTERS mit, daß er bereit ist, dazu zu sprechen.³

Zu Punkt 5 [Beratung des Gesetzes, betr. die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199) – Drucksachen Nr. 234 zu 13, 275 zu II, 902, 903] teilt Herr FASSBENDER mit, daß die Demokraten einen Antrag einzubringen beabsichtigen, wonach die Kirchenaustrittserklärungen nicht vor dem Amtsgericht, sondern vor den Vertretern der Religionsgemeinschaften vorgenommen werden sollen.⁴ Grund hierfür: Trennung von Kirche und Staat. FASSBENDER schlägt vor, den Antrag bzw. Gesetzentwurf an die Kommission zurückzuverweisen.

Nach Erledigung der Tagesordnung bringt Herr KLEY einen Antrag ein⁵ betr. Dienstaufwandsentschädigung der Kreisschulinspektoren.⁶ Der Antrag wurde angenommen.⁷

Zu Punkt 3 der Tagesordnung der Partei:⁸

WILDERMANN ist der Auffassung, daß das Gesetz so gefaßt ist, das der § 1 allgemein gehalten wird. Was die Anstellung der Beamten angeht, so muß das Vorschlagsrecht eingeräumt werden.

Dr. LAUSCHER nimmt denselben Standpunkt ein. Für die Rheinländer sei der rheinische Parteitag maßgebend, nachdem dort eingenommenen Standpunkte müßte man für das Vorschlagsrecht der Beamten stimmen. Wenn man damit nicht durchkomme, dann müsse man gegen das Gesetz stimmen.

GOEBEL schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

BUSCH: Gegen den vorliegenden Gesetzentwurf ist zu stimmen, wenn wir die Wählerschaft halten wollen.

GOTTWALD und Dr. SCHMITTMANN, Dr. SCHMEDDING nehmen weiter das Wort. Er betont, daß man doch versuchen müsse, zu erreichen, was erreichbar sei. Sonst würde das Gesetz doch kommen und dann möglichst ungünstig.

Zu Punkt 4: *Domänen*: berichtete MÜLLER (Prüm).⁹

3 Küsters sprach dazu in der 73. Sitzung am 5. November 1919, Sp. 5821-5824.

4 Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP] zu dem Gesetz über die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und den jüdischen Synagogengemeinden vom 13. Dezember 1918, Drucks. Nr. 998. Der Antrag datiert vom 14. Oktober 1919.

5 Antrag Krug usw. [Z, DHann] auf Neuregelung der Dienstaufwandsentschädigung, Drucks. Nr. 1001.

6 Ab hier fremde Handschrift.

7 Ab hier Handschrift Wentrup.

8 Die Tagesordnung der Partei lag nicht vor. Vermutlich handelte es sich um eine Beratung über den Gesetzentwurf, betr. die Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Drucks. 604. Vgl. dazu Nr. 64 Anm. 2 und Nr. 70 Anm. 5.

9 Der Etat der Domänenverwaltung wurde in der 67. Sitzung am 17. Oktober 1919 in zweiter Lesung beraten. Müller (Prüm) redete dazu als Fraktionsredner, Sp. 5363-5365.

72.

16. 10. 1919¹: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. MÜLLER (Prüm) legt einen Antrag vor betr. den Kartoffelraub bei Trier.² Die Fraktion stimmt der Einbringung zu.

2. HIRTSIEFER bittet, den Antrag Herold³ anzuhalten, da die Arbeitervertreter große Bedenken haben. Er erklärt, daß er mit Herold gesprochen und dieser erklärt [habe], daß er nur Wert darauf lege, wenn der Antrag einig angenommen werde. Präsident PORSCH schlägt vor, den Antrag zunächst anzuhalten im Büro.

3. Zum Forstetat berichtet DINSLAGE.

DINSLAGE, BUSCH und MÜLLER (Prüm) treten dafür [ein], die Dienstaufwandsentschädigung der Oberförster und Förster zu erhöhen.⁴

SCHMEDDING spricht dagegen. Der Staat könne in seinen Finanznöten nicht mehr zahlen.

HARSCH spricht sich warm dafür aus, daß die Aufwandsentschädigungen erhöht werden.

BRUST hat Bedenken.

MÜLLER (Prüm) bemängelt, daß der Herr Landwirtschaftsminister keine klare Stellung eingenommen hat.

BUSCH spricht sich scharf gegen die beabsichtigte Staatsaufsicht über die Wälder [aus].

BLANK wünscht Erhöhung der Dienstaufwandsentschädigung.

RHIEL desgleichen.

GRONOWSKI ebenso.

KLOFT erklärt, er mache es nicht lange mehr mit, daß dauernd Beamtenaufbesserungen vorgenommen werden, ohne Deckung zu haben.

Rhiel soll als Fraktionsredner zum Forstetat sprechen.⁵

1 Im Original irrtümlich 15. Oktober 1919.

2 Kleine Anfrage Müller (Prüm) usw. [Z] über die gewaltsame Kartoffelbeschaffung im Dorfe Reinsfeld, Drucks. Nr. 1021.

3 Vgl. dazu auch Nr. 71. Der Antrag forderte, die „Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 23. September 1919“, dahingehend abzuändern, daß die Interessen der Tierhalter berücksichtigt würden und sie höheren Preis dafür erhielten, Drucks. Nr. 1034. Der Antrag wurde erst mit Datum vom 20. Oktober eingebracht.

4 Dieser Punkt war im Staatshaushaltsausschuß in der 39. und 40. Sitzung am 4. und 6. Oktober 1919 ausgiebig beraten worden. Vgl. das Wortprotokoll, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 32 h, Beiheft 1, Bd. 3. Vgl. dazu auch den Antrag Dinslage usw. [Z, DHann] zu II. Beratung des Haushalts der Forstverwaltung für 1919 [Dienstaufwandsentschädigungen für die Revierförster und Förster], Drucks. Nr. 1003.

5 Rede Rhiels in der 66. Sitzung am 16. Oktober 1919, Sp. 5284-5289.

Zum Etat der Domänenverwaltung.

Punkt 4 [Antrag des Staatshaushaltsausschusses auf Unterstellung der staatlichen Bäder unter das Ministerium für Volkswohlfahrt und Abgabe der Mineralwässer aus diesen Bädern an die Krankenkassen – Drucksache Nr. 997 zu 4]: SCHMITTMANN wünscht, daß nicht nur die Mineralwässer, sondern auch die Kur- und Heilstellen den Krankenkassen p.p. in erster Linie zur Verfügung stehen.

Dr. REINEKE kommt nochmals auf den Antrag Herold zurück.

KLOFT hat erneut Bedenken gegen denselben. Diese Sache soll im engeren Kreise zunächst geklärt werden.

Frau Dr. HESSBERGER bringt einen Antrag ein, Frauen als Beamte in den Landwirtschaftskammern anzustellen und Referentenstellungen.⁶ Dr. REINEKE wünscht, daß ein Ausschuß interessierter Kreise die Sache erst bespreche.

Dr. SCHMITTMANN bringt einen Antrag ein betr. Zur-Verfügung-Stellung von Badeführern p.p. den Krankenkassen.⁷

Zum Landwirtschaftsetat wird Kaulen als erster und Bergmann als zweiter Redner bestimmt.⁸

BERENS macht auf einen Zeitungsartikel des Abg. [. . .]⁹ in der Saarbrücker Zeitung aufmerksam.¹⁰ Die Fraktion ist damit einverstanden, daß scharf dagegen erwidert wird.

6 Antrag Frau Heßberger usw. [Z, DHann] auf Anstellung von Frauen bei den Landwirtschaftskammern und beim Landwirtschaftsministerium, Drucks. Nr. 1027.

7 Antrag Dr. Schmittmann usw. [Z] auf Übertragung der staatlichen Bäder auf die Krankenkassen und Versicherungsanstalten, Drucks. Nr. 1006.

8 Rede Kaulen in der 69. Sitzung am 22. Oktober 1919, Sp. 5511-5522; Rede Bergmann in der 71. Sitzung am 24. Oktober 1919, Sp. 5694-5717.

9 Unleserlicher Name.

10 Nicht nachgewiesen.

73.

16. 10. 1919: Sondersitzung der Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank. Beginn 19 Uhr.

1. Abg. Dr. HESS berichtet über den Besuch des Kultusministers Haenisch in Maria Laach und verliest die dort gehaltenen Reden.¹

2. Abgeordneter KLOFT berichtet darüber, wie die Sozialdemokratie z. Zt. mit staatlichen Mitteln für sich agitiert. Er weist auf das außerordentliche Anwachsen des Landarbeiterverbandes hin, desgleichen des deutschen Eisenbahnerverbandes. Die Zentrale für Heimatdienst scheint ungezählte Mittel für den Ausbau der sozi-

1 Nicht nachgewiesen.

aldemokratischen Parteiorganisation zur Verfügung gestellt zu haben. KLOFT bekämpft dann die bisherige Berücksichtigung der Zentrumspartei bei der Stellenbesetzung.

BRUST spricht zur Geschäftsordnung und schlägt vor, die Ausführungen Klofts zur Kenntnis zu nehmen, aber z. Zt. keine Opposition zu machen mit Rücksicht auf den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Der Vorsitzende [PORSCH] schlägt vor, in eine Besprechung des Referats von Kloft einzutreten.

STEGERWALD erhebt energischen Einspruch, daß Düsseldorf und Arnsberg mit sozialistischen Regierungspräsidenten besetzt werden.²

LINZ legt dann seine Stellung und bisherige Tätigkeit im Ministerium des Innern dar. U. a. behauptet er, seinerzeit sei die Fraktion auf den Standpunkt getreten, daß für die Stellen der Regierungspräsidenten nur qualifizierte Bewerber in Frage kämen.³

2 Max König (SPD) wurde am 16.10.1919 zum Regierungspräsidenten von Arnsberg ernannt, Hugo Landé 1919 zum kommissarischen Regierungspräsidenten von Düsseldorf.

3 Nicht nachgewiesen.

74.

17. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Blank und Wentrup, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] verliest die Eingänge.
2. Zum Landwirtschaftsetat entwickelt Herr KAULEN als Fraktionsredner seine beabsichtigten Ausführungen.¹
3. Herr Dr. REINEKE bringt auch verschiedene Wünsche der Landwirte vor, die beim Landwirtschaftsetat vorgebracht werden sollen.
4. Herr WILDERMANN berichtet, daß er sein Möglichstes getan habe, um im Kultusministerium in Personalfragen sich durchzusetzen.
5. Es wird sodann auf den Fall Konen² eingegangen.

Dr. HESS tritt warm dafür ein, daß Konen nach Bonn kommt. Dr. HESS bittet die Fraktion, daß sie sich hinter den Fall Konen stelle und daß er den Fall als Kabinettsfrage behandeln dürfe.

1 Rede Kaulens in der 69. Sitzung am 22. Oktober 1919, Sp. 5511-5522.

2 Heinrich Matthias Konen (1874-1948), Physiker und Zentrumspolitiker, war seit 1905 außerordentlicher Professor in Münster. Am 26 November 1919 wurde er in Münster zum ordentlichen Professor ernannt; 1920 in Bonn Direktor des physikalischen Instituts. 1946-1948 Kultusminister von Nordrhein-Westfalen.

Prof. LAUSCHER erklärt sodann das Vorschlagsrecht der Fakultäten; er unterstützt den Antrag Dr. Heß.

Es wird sodann zum Referate Kloft³ zurückgekommen.

KLOFT erklärt, daß er durch die Ausführungen Wildermanns nicht befriedigt sei.

Abg. KLEY drückt sich in demselben Sinne aus und bringt besonders den Fall Bensch⁴ vor, den man dauernd hinhalte; er wünsche, daß Wildermann sich mehr um die Kreisschulinspektorenstellen bekümmere. KLEY wünscht, daß baldigst katholische Volksschullehrer als Vortragende Räte ins Kultusministerium einziehen.

KLOFT schlägt vor, eine Sonderkommission zu den in Frage kommenden Ministern zu senden und zwar bestehend aus Herold, Dr. Reineke und Hirtsiefer. Als Zwischensache schlägt MERX vor, zu der am Montag stattfindenden Besprechung der Eisenbahnfrage⁵ Blank als Beamtenvertreter zu entsenden und Dinslage (als Jurist), falls die Abänderung der Disziplinarergesetzgebung in Frage kommt.

BRUST schlägt vor, statt Arnsberg eher sogar Münster für den Posten eines Regierungspräsidenten den Sozialdemokraten zu geben.

BRUST erklärt sich dann gegen den Entwurf des jetzigen Betriebsrätegesetzes.⁶

Weiter sprechen dazu Dr. SCHMITTMANN und GOTTWALD.

SCHMITTMANN betont, daß er schon vor Monaten beantragt habe, eine Kommission zu errichten, die stets mit den Unterstaatssekretären in Verbindung stehen [solle] wegen der Personenfrage.⁷

GOTTWALD ist der Ansicht, daß nur tüchtige Leute befördert werden dürfen.

3 Gemeint ist das Referat von Kloft in der Sondersitzung der Fraktion vom Vortag. Vgl. Nr. 73.

4 Georg Bensch war Mitglied der Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung. Seit 1907 war er Mittelschullehrer in Posen gewesen. Wegen Abtretung Posens an Polen infolge des Friedensvertrags mußte für Bensch eine neue Stelle bereitgestellt werden. Schließlich wurde er zum Kreisschulrat in Rupprich ernannt. Vgl. Nr. 80.

5 Am 16. Oktober 1919 hatte eine interfraktionelle Besprechung über die Transportkrise stattgefunden. Im Anschluß daran sollten drei Ausschüsse gebildet werden: a) eine „Arbeitsgemeinschaft aller beteiligten Organisationen unter Mitwirkung politischer Führer der Mehrheitsparteien“, b) ein „Ausschuß zur Beratung von Vorschlägen zur Abänderung des Arbeitsrechts im Eisenbahnwesen“ und c) ein Ausschuß der Mehrheitsparteien „zur Erörterung der Frage der Umänderung des Beamtenrechts“ im Eisenbahnwesen. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 17. Oktober 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 93.

6 Ab hier Handschrift Wentrup. – Das Gesetz über Betriebsräte, Sten. Ber. NV, Bd. 338, Anlage Nr. 928, war in der 85. Sitzung am 21. August 1919 in der Nationalversammlung in erster Lesung beraten und in den Ausschuß verwiesen worden. Die erste Lesung im Ausschuß dauerte bis zum 28. November 1919 und wurde von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungsparteien SPD, Zentrum und DDP begleitet, zumal Zentrum und DDP gemeinsam mit den Rechtsparteien gravierende Abstriche am Regierungsentwurf vornahmen. Mitte Oktober kam es deshalb in der Regierungskoalition zum Konflikt, der durch eine interfraktionelle Besprechung zunächst beigelegt werden konnte. Vgl. SPD-Fraktion der Nationalversammlung, S. 174 f. Vgl. auch Schulthess 1919 I, S. 490 f.

7 Vgl. Nr. 22.

BRUST schlägt Kollegen Gronowski vor zur Teilnahme an der Besprechung in dem Eisenbahnministerium wegen des Accordsystems.⁸ Die Fraktion ist damit einverstanden.

⁸ Auf Beschluß der Landesversammlung zum Antrag Gräf (Frankfurt) zur II. Beratung des Haushalts der Eisenbahnverwaltung für 1919, betr. Umgestaltung der Verwaltung und Hebung der Transportkrise, Drucks. Nr. 965, lud der Minister der öffentlichen Arbeiten am 20. Oktober 1919 zu einer Besprechung im Eisenbahnministerium am 23. Oktober 1919, 10 Uhr, ein. Dabei ging es um die Beratung mit den Eisenbahngewerkschaften über die Einführung des Akkordverfahrens bei der Staatseisenbahnverwaltung. Die Teilnehmer der Landesversammlung wurden vom Hauptausschuß gewählt. Vgl. Rundbrief Oesers vom 20. Oktober 1919 (Abschrift), in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 36, Bd. 1.

75.

21. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Die Erklärung, die Wildermann im Haushaltsetat des Kultus abgegeben hat, wurde verlesen.¹ Diese war von Wildermann eingereicht worden.
3. Es wurde die Debatte wegen der Stellenbesetzung weiter fortgesetzt.²

SCHMITT (Düsseldorf) ist der Ansicht, daß dort besser ein Regierungspräsident ernannt werde, wo bereits ein Oberpräsident aus unseren Reihen sitze, weil bei dem stärkeren katholischen Volksteil der Einfluß der Sozialdemokraten geringer sei.

Dr. REINEKE wünscht Beförderung der Lehrer aus unseren Reihen in dem Kultusministerium.

KAMP: Unsere Eingabe an den Präsidenten³ hat den Zweck, den Rücken des Unterstaatssekretärs Wildermann zu stärken. Haenisch würde nach seiner eigenen

¹ Wildermann hatte im Haushaltsausschuß als Unterstaatssekretär folgende Erklärung abgegeben, nachdem Kultusminister Haenisch Paritätsbeschwerden des Zentrums zurückgewiesen hatte: „Im Anschlusse an die Ausführungen des Herrn Ministers möchte ich erklären, daß unser gegenseitiges Verhältnis von Achtung und Offenheit getragen ist. Wir wissen, daß unsere politischen Anschauungen und unsere Weltanschauungen durchaus entgegengesetzt sind, und machen daraus kein Hehl; aber wir achten diese Anschauungen. Auch daraus habe ich nie ein Hehl gemacht, daß die Zentrumsparlei im Kultusministerium nicht genügend vertreten ist. Vor allem habe ich auch stets darauf gedrängt, daß die christliche Volksschullehrerschaft einen stärkeren Einfluß im Ministerium gewinnt. Der Herr Minister hat meine Beschwerden nicht immer anerkennen wollen, hat aber in manchen Fällen meinen berechtigten Wünschen nachgegeben, soweit ihm das möglich war. In der Zentrumsfraktion habe ich stets in diesem Sinne über mein Verhältnis zum Kultusministerium berichtet.“ Drucks. 1250 A, Sp. 11. Diese Erklärung ist auch abgedruckt in: KV Nr. 837 vom 25. Oktober 1919.

² Vgl. Nr. 73 und 74. Vgl. dazu auch Nr. 33 Anm. 1.

³ Nicht nachgewiesen.

Äußerung das sozialdemokratische Kulturprogramm restlos durchgeführt haben, wenn ihm nicht der Finanzminister im Wege stehe. *Reitz*⁴ hat nach meiner Meinung voll und ganz seine Schuldigkeit getan. Die Kritik Wildermanns halte ich nicht für berechtigt. Ich bin nicht der Auffassung, daß es im Kultusministerium alles so in Ordnung ist, wie von dem Unterstaatssekretär dargestellt wird. Die Parität ist *nicht* gewährt, wir sind nicht genügend berücksichtigt.

LINZ: Bei der interfraktionellen Besprechung waren wir der Ansicht⁵, daß Düsseldorf und Arnsberg von der Fraktion geduldet werden, es sei die *Personenfrage* nicht klar gewesen. Ein Beschluß liegt nicht vor. Es ist darauf zu sehen, daß im Rheinland kein Sozialdemokrat Regierungspräsident wird, dann doch eher in Westfalen.

KLOFT: Wir waren der Auffassung, daß die beiden Stellen Düsseldorf und Arnsberg zusammen besetzt werden sollen, nicht aber von Sozialdemokraten.

BUSCH: Es ist wegen der politischen Lage auf das Rheinland Rücksicht zu nehmen.

KLEY spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Besetzung von Koblenz mit einem Sozialdemokraten aus.

Dr. HESS: Bei einer Besprechung mit Heine ist zum Ausdruck gekommen, daß Düsseldorf und Arnsberg zugegeben werden, weil auf Koblenz keineswegs verzichtet werden könne.

Dr. LAUSCHER gibt bekannt, daß Kuckhoff ihm geschrieben habe, er sei nicht beteiligt an dem Ausschusse, der für Rheinland ein besonderes Parlament verlange. Kastert sei erheblich beteiligt.⁶

REINEKE: Minden kann mit einem Sozialdemokraten besetzt werden.

SCHULTE: Es kommt darauf an, daß wir nicht hohe Ämter erhalten, sondern daß wir Einfluß *im Lande* haben. Er besprach sodann den Fall Bensch⁷.

KLEY schließt sich der Ansicht Schultes an. Eine Liste der Bewerber aufzustellen, sei zweckmäßig.

BRUST: Ich würdige die Ansprüche der Lehrer, aber es ist die politische Lage zu berücksichtigen. Es ist zweckmäßig, eine Liste der Bewerber aufzustellen.

HERKENRATH: Haenisch ist m. A. gefährlicher, als es von dem Vorredner beurteilt ist. Wir müssen von uns aus die Herren in der Regierung unterstützen.

4 Gemeint ist vermutlich Lehrer Reitz. Er nahm als Vertreter des Kultusministeriums an den Beratungen des Kultusetats teil. Vgl. Drucks. Nr. 1250 A, Sp. 5.

5 Vgl. zur Besetzung der Regierungspräsidentenstellen in Düsseldorf und Arnsberg Nr. 73 Anm. 2. Zeitpunkt und Inhalt der interfraktionellen Besprechung konnten nicht nachgewiesen werden.

6 Nach einer Mitteilung Kuckhoffs hatte Dorten ein Schreiben im Namen des „Kölner Ausschusses“ an den Völkerbund gerichtet, der die „sofortige Schaffung einer wahren Vertretung des rheinischen Volkes aufgrund allgemeiner, geheimer, direkter Wahlen“ forderte. Vgl. Kuckhoff an Trimborn vom 8. Oktober 1919 mit der Abschrift des Briefes Dortens an den Völkerbund, undatiert, in: NL Trimborn, 128, Bl. 50-52.

7 Vgl. Nr. 74 Anm. 4.

KAMP: Brust hat uns wohl nicht verstanden. Wir haben Wildermann nicht angegriffen, sondern wir wollen ihm den Rücken stärken.

KLOFT: Kritik ist geübt worden an den Zuständen, nicht an der Person. Der Kritik entsprechend muß gehandelt werden. Dr. Schellberg⁸ hat erklärt, daß die Verhältnisse im Kultusministerium unerträglich seien. Es kommt darauf an, daß wir *im Lande* draußen einen Einfluß haben. Wir müssen darauf bestehen, daß die Dinge geändert werden.

Dr. HESS: Geheimrat Schellberg aus dem Kultusministerium herauszuholen, ist *sehr gefährlich*. Brugger⁹, von Brandt¹⁰ und Norrenberg¹¹ sind aus dem Kultusministerium bereits ausgeschieden. Wie bekommen wir nun neue Leute hin? Was wir an Räten im Kultusministerium haben, müssen wir unbedingt behalten. Deswegen soll [Hager]¹² auf Schellberg verzichten.¹³

Dr. LAUSCHER: Geheimrat Norrenberg hat erzählt, daß der *antikatholische* Koller so stark sei, daß es schwer sei, daß die Herren im Kultusministerium sich durchsetzen könnten.

BUSCH: Alles positive Geistliche wollen die Herren im Kultusministerium nicht dulden.

Der Präsident [PORSCH] macht einige geschäftliche Mitteilungen.

MÜLLER (Prüm): Haenisch ist sehr gefährlich, weil er für die ausgeschiedenen Räte keine neuen herangeholt hat.

Dr. LAUSCHER, HAGER, WENTRUP, Dr. SCHMITTMANN, Dr. HESS erörtern weiter die Paritätsfrage.

8 Wilhelm Schellberg (1880-1937), Dr. phil., Literaturhistoriker, bis September 1919 als Hilfsarbeiter im preußischen Kultusministerium tätig, dann zum Provinzialschulrat am Provinzialschulkollegium in Koblenz ernannt. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 210 vom 15. September 1919. Im Oktober 1919 erfolgte seine Ernennung zum vortragenden Rat im preußischen Kultusministerium. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 235 vom 14. Oktober 1919. Dieses Amt behielt er bis 1934.

9 Phillip Brugger (geb. 1865), seit 1907 vortragender Rat im preußischen Kultusministerium, im September 1919 als Nachfolger von Starcks zum Regierungspräsidenten in Köln ernannt. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 206 vom 16. September 1919. Vgl. auch Nr. 32 Anm. 6.

10 Geheimer Regierungsrat Alexander Freiherr von Brandt gen. Flender (1873-1960), Dr. cam., vortragender Rat im preußischen Kultusministerium, dann Stellvertreter des Staatskommissars von Starck. Vgl. Nr. 40 Anm. 15.

11 Johann Norrenberg (1864-1931), Dr. phil., vortragender Rat im preußischen Kultusministerium, seit 20. Juni 1919 Universitätskurator in Bonn.

12 Unsichere Lesart.

13 Der Hintergrund dieser Äußerung wurde nicht ermittelt.

76.

22. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde dann in die Tagesordnung der Partei eingetreten.

BEYER (Oberschlesien) berichtete über die Provinzialautonomie.¹

Es wurden die Vorschläge Beyer² [den] Paragraphen nach durchgesprochen. Allgemein war man der Ansicht, dem Vorschlage des Referenten entsprechend den § 1 I Schulverfassungsfragen zu *streichen*.³

Zu §1 II angenommen.

Zu § 1 III angenommen⁴.

Zu § 1 IV: Dr. SCHMITTMANN spricht sich für den Vorschlag des Referenten aus.⁵ BEYER, BRUST, LINZ, FALTIN sprechen sich weiter über die Beiräte aus. Der Ausdruck „grundsätzliche Bedeutung“ soll nach Möglichkeit durch die Worte „in wichtigerer Bedeutung“ ersetzt werden.

Zu § 2: soll angenommen werden.

Zu § 3: LINZ: Ich habe große Bedenken, daß der Provinzialausschuß das Vorschlagsrecht hat⁶, so daß die Regierung daran gebunden ist, z. B. wenn der Provinzialausschuß durchweg von Sozialdemokraten besetzt ist.

1 Gemeint ist der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Drucks. Nr. 604. Vgl. Nr. 64 Anm. 2 und Nr. 70 Anm. 5.

2 Die Vorschläge Beyers sind nicht überliefert. Das Ergebnis der Fraktionsberatungen war der Abänderungsantrag Beyer (Oberschlesien) usw. [Z] zur II. Beratung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Drucks. Nr. 1039.

3 Die Frage, ob die Provinzen in der Frage der Schulverfassung ein Selbstbestimmungsrecht erhalten sollen, war im Ausschuß umstritten. Hatte die Regierungsvorlage noch ein umfassendes Mitbestimmungsrecht vorgesehen, beschloß der Ausschuß, daß die Provinziallandtage lediglich über die Lage der Religionsstunden, die Zulassung einer zweiten Unterrichtssprache neben der deutschen, Beginn und Ende der Schulpflicht, sowie über Schulversäumnisstrafen eigenständig bestimmen konnten. Vgl. Drucks. Nr. 991.

4 Zu diesem Punkt beantragte Beyer die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, wonach die Provinziallandtage „über die Zulassung einer anderen Amtssprache neben der deutschen in gemischtsprachigen Landesteilen“ beschließen konnten, während der Ausschuß lediglich den Gebrauch einer anderen Sprache bei amtlichen Kundgebungen zugestanden hatte. Vgl. Drucks. Nr. 991 und 1039.

5 Die Regierungsvorlage hatte den Provinziallandtagen das Recht zur Einrichtung von Beiräten bei den staatlichen Behörden innerhalb der Provinzen zugestanden. Die Bestimmung wurde in den Ausschußberatungen gestrichen. Beyer beantragte nunmehr das Recht zur Einrichtung von Beiräten bei den Ober- und Regierungspräsidien sowie den staatlichen Polizeiverwaltungen. Vgl. Drucks. Nr. 991 und 1039.

6 Sowohl die Regierungsvorlage als auch die Ausschußbeschlüsse sahen bei der Besetzung der Stellen politischer Beamter nur ein Anhörungsrecht des Provinzialausschusses vor. Der Antrag Beyer forderte für den Provinzialausschuß das Recht, für die Stellen des Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und der Leiter der staatlichen Polizeiverwaltungen drei Personen in Vor-

Dr. PORSCH schließt sich diesen Bedenken an.

Dr. LAUSCHER: Für Rheinland können wir darauf *nicht* verzichten.

Dr. SCHMITTMANN schließt sich den Ausführungen des Dr. Lauscher an.

DINSLAGE: Es kommt darauf an, was man unter dem Wort „geeignet“ versteht.

BRUST: Wir werden uns in der Fraktion über die Frage nicht einigen können. Ich würdige die Forderungen der Rheinländer, wir müssen aber auch im allgemeinen die *anderen* Provinzen berücksichtigen. Also stimmen wir getrennt.

LINZ, Dr. LAUSCHER, FALTIN nehmen weiter das Wort dazu.

BRUST: Auch alle rheinischen Abgeordneten können nicht den Standpunkt von Dr. Lauscher teilen. Es sind 6 Abgeordnete, die für die Ruhrprovinz sind.

Dr. LAUSCHER: Die Mitteilung von Brust ist mir sehr überraschend. Wenn befürchtet wird, daß dort der Provinzialausschuß sozialdemokratisch wird, dann würde man die Gründung einer solchen Provinz doch zweifellos am besten unterlassen.

Dr. SCHMITTMANN: Um zu einem Einheitsstaate zu kommen, müssen wir eine *vollständige* Autonomie der Provinzen haben. Alle Beamten müssen von der Provinz angestellt werden.

Dr. HESS: Wir Rheinländer sind durch den rheinischen Parteitag gebunden.⁷ Es handelt sich hier um eine Frage, in der das Zentrum geschlossen sein sollte.

LINZ betonte Schmittmann gegenüber, daß in Düsseldorf meist Zentrumsleute waren und diese seine Ansicht als völlig richtig bezeichnet haben.⁸

STEGER: Die Bedenken, die von Brust ausgesprochen sind, sind in unseren Kreisen nicht ausgesprochen worden. Wir stehen auf dem Boden der Resolution des rheinischen Parteitages. Allerdings müssen wir die Frage der Ruhrprovinz im engeren Kreise besprechen.

Dr. LAUSCHER, KLOFT, LINZ nehmen noch weiter dazu das Wort.

Es soll bei dem Vorschlag Beyer mit den anfangs erwähnten Abänderungen bleiben.

3. GOEBEL: Der Richterverein⁹ wünscht hinzugezogen zu werden zu den Ausschüssen, die die Beamtenfragen erörtern. Die Fraktion ist der Ansicht, daß eine *grundsätzliche* Hinzuziehung *nicht* stattfinden kann.

4. *Kleine Anfrage Biester u. Gen.* wegen der zurückkehrenden kriegsgefangenen Handwerker zur Unterstützung [!] wurde angenommen. Nachträglich wurde festgestellt, daß diese Anfrage bereits erledigt sei.¹⁰

schlag zu bringen, aus denen die Staatsregierung einen Kandidaten auszuwählen hätte. Vgl. Drucks. Nr. 991 und 1039.

7 Vgl. Nr. 60 Anm. 11.

8 Gemeint ist die Besprechung von Vertretern der preußischen Staatsregierung mit Repräsentanten der Rheinlande. Vgl. Nr. 43 Anm. 5.

9 Gemeint ist der 1909 gegründete Preußische Richterverein.

10 Die Anfrage wurde schließlich als Kleine Anfrage Prella usw. [DHann] über die Fürsorge für die zurückkehrenden Kriegsgefangenen aus dem Handwerker- und Gewerbebestande, Drucks.

5. Es wurde sodann die Tagesordnung des Plenums erledigt.

Es wurden alle Punkte¹¹ mit Ausnahme der Punkte 16¹², 29¹³ mit ja beantwortet. Die Punkte 17¹⁴, 28¹⁵ und 29 wurden noch weiter erörtert. Über die Abstimmung besteht noch keine Einigkeit in der Partei.¹⁶

6. Anfrage Dietrich wurde angenommen.¹⁷

1069, am 23. Oktober 1919 eingebracht. Sie wurde in der 78. Sitzung am 11. November 1919, Sp. 6167 f., beantwortet.

11 Gemeint sind die Anträge zum Landwirtschaftsetat. Vgl. 69. Sitzung am 22. Oktober 1919, Sp. 5489-5492.

12 Antrag Adolph Hoffmann usw. [USPD] zu dem Antrage Gräf (Frankfurt) usw., betr. die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter (Nr. 67), Drucks. Nr. 144, Ausschlußbericht: Drucks. Nr. 854.

13 Antrag Hergt usw. [DNVP] auf Aufhebung der Verordnung über Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten, Drucks. Nr. 778. Vgl. dazu Nr. 63 Anm. 5.

14 Antrag Graf von Kanitz usw. [DNVP] auf Aufhebung der Zwangswirtschaft in den östlich des polnischen Korridors liegenden Teilen der Provinz Westpreußen und in der Provinz Ostpreußen, Drucks. Nr. 1035.

15 Antrag Müller (Hameln) usw. [SPD] über die Ausdehnung der Bestimmungen der Kleinpachtlandordnung, Drucks. Nr. 773.

16 Vgl. dazu die Fraktionsberatungen vom 23. Oktober 1919, Nr. 77.

17 Kleine Anfrage Dietrich [Z], betr. die Aufsicht über die kleineren Städte, Drucks. Nr. 1054.

77.

23. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschriften Blank und Wentrup, sowie unbekannte Handschrift, gez. Blank.

Dr. REINEKE schlägt vor, daß es sehr erwünscht wäre, wenn die Abstimmungen über den Landwirtschaftsetat¹ ausgesetzt werden bis nach den Ferien.

Präsident PORSCH verspricht dafür einzutreten.²

BUSCH spricht dagegen.

RHIEL ist der Ansicht, daß man keine Veranlassung habe, Braun zu schonen. Er tritt für den Vorschlag Dr. Reineke ein.

SPRENGER warnt, jetzt Front gegen Braun zu machen. Dies sei allgemein der Standpunkt der Konsumentengruppen.

BRUST spricht sich in demselben Sinne aus. Er führt u. a. aus, daß gegen die Landwirtschaft sogar in Westfalen in einigen Bezirken der Belagerungszustand mobil

1 Die Besprechung zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde am 24. Oktober 1919 geschlossen.

2 In der Sitzung des Ältestenrates am 24. Oktober 1919, 11.13 bis 12.15 Uhr, wurde beschlossen, die Abstimmung auf den 5. November 1919 anzusetzen. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 1.

gemacht werden mußte, damit nicht weiter Getreide und Vieh nach Holland verschoben wird.

Ein Antrag Dr. Reineke, den Landwirtschaftsminister aufzufordern, seinen Erlaß vom 2. September dem Justizminister zur Stellungnahme vorzulegen, wurde angenommen.³

BRUST und Dr. REINEKE empfehlen, die Zwangswirtschaft in West- und Ostpreußen⁴ aufzuheben.

KAULEN ist dafür, daß in Ostpreußen die Aufhebung erfolge.

SPRENGER spricht scharf dagegen.

SAUERMANN desgleichen; er erwähnt noch, daß voraussichtlich in dem Abkommen mit Polen uns zugestanden werde, den Schienenweg wie bislang zu gebrauchen.

HERKENRATH erklärt, daß Ostpreußen an 3 Seiten von Polen umgeben sei; es würden den Leuten von den Polen immer größere Summen für ihre Produkte geboten werden. Mit Rücksicht auf die besonderen politischen Momente bittet er, für die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu stimmen.

ELSNER tritt ebenfalls für die Aufhebung ein. Er bitte, auf jeden Fall den Landwirten die Abstimmung freizugeben.

HIRTSIEFER spricht sich gegen die Aufhebung aus.

JAKOBY-RAFFAUF bittet, eine andere Politik bei der Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse einzuschlagen. Im Prinzip sei er auch für Aufhebung der Zwangswirtschaft.

BRUST spricht in demselben Sinne. Er fordert, daß dem Landwirte mindestens die Produktionskosten für seine Ware gezahlt werden müssen.

KLOFT bittet, im Interesse der Arbeiterschaft nicht für die Aufhebung der Zwangswirtschaft einzutreten.

Prof. RÖHRICH erklärt: Der Osten will ein Zwangsmittel haben, Kohle aus dem Westen zu erhalten.⁵

ELSNER spricht für den Antrag Kanitz und Aufhebung der Zwangswirtschaft im Osten.⁶

Dr. REINEKE ist gegen den Antrag Kanitz.

STEGER ist gegen den Antrag Kanitz.

3 Antrag Dr. Reineke usw. [Z] auf Prüfung der Rechtgültigkeit der Verordnung über Sicherstellung landwirtschaftlicher Arbeiten, Drucks. Nr. 1056. Diesen Antrag motivierte Reineke in der 70. Sitzung am 23. Oktober 1919. Vgl. Sp. 5568 f. Siehe dazu auch die Kleine Anfrage Reinekes, Drucks. 763 (Vgl. Nr. 56 Anm. 3).

4 Dieser Vorschlag folgt der Anregung des Antrags Graf von Kanitz usw. [DNVP] auf Aufhebung der Zwangswirtschaft in den östlich des polnischen Korridors liegenden Teilen der Provinz Westpreußen und in der Provinz Ostpreußen, Drucks. Nr. 1035, der seit der 68. Sitzung am 21. Oktober 1919 im Rahmen der II. Beratung des Landwirtschaftsetats verhandelt wurde.

5 Ab hier Handschrift Wentrup.

6 Vgl. Anm. 4.

BEHRENDT (Danzig) ist gegen den Antrag Kanitz und für Beibehaltung der Zwangswirtschaft im Osten.⁷

Vorsitzender unterbricht zu einigen Mitteilungen.

SPRENGER weist auf die Kartoffelnot im Industriegebiet hin, ebenso auf Fleisch- und Viehnot.⁸

Die Fraktion ist mit großer Mehrheit dafür, *gegen den Antrag Kanitz zu stimmen*. Antrag Wittlich⁹ soll abgelehnt werden.

Zu Antrag 773¹⁰, Ziffer 29 in der Tagesordnung, wird beschlossen, denselben an die Kommission zu verweisen.

Prof. LAUSCHER kommt sodann auf den Zusammenstoß zwischen Minister Haenisch und Dr. Heß zurück.¹¹ Haenisch habe gewissermaßen dem Zentrum Gesinnungsschnüffelei in seinem Ressort vorgeworfen. In der Zeitungspressen werde die ganze Sache zur Zeit entstellt dargestellt.

WILDERMANN erklärt, daß der Minister Haenisch ihm nachher abends noch gesagt habe, es tue ihm leid, ihn als Kronzeugen angerufen zu haben.¹²

BRUST erklärt, daß er an der Sitzung teilgenommen [habe] und daß er mit den Ausführungen von Dr. Heß einverstanden gewesen [sei].

Dr. HESS macht den Vorschlag, die Erklärung Wildermanns durch die C. P. C. zu veröffentlichen.

KAMP bittet auch, den Widerspruch aufzuklären.

Die Fraktion stimmt dem zu.

⁷ Ab hier unbekannte Handschrift.

⁸ Ab hier wieder Handschrift Blank.

⁹ Antrag Wittlich usw. [SPD] zur II. Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1919 [Maßnahmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion], Drucks. Nr. 1038. Der Antrag forderte die preußische Regierung auf, dahin zu wirken, daß der neu zu errichtende Reichswirtschaftsrat folgende Maßnahmen treffe: „1. Aufstellung eines Bebauungsplans nach dem Grundsatz volkswirtschaftlicher Notwendigkeit; 2. Verwendung des Grundbesitzes nach der Maßgabe der Rentabilität und Zweckmäßigkeit; 3. den Land- und Forstarbeitern die gleichen Rechte zu gewähren, wie sie den in der Industrie beschäftigten Personen im Gesetz, betr. die Betriebsräte, gewährt worden sind.“

¹⁰ Antrag Müller (Hamel) usw. [SPD] über die Ausdehnung der Bestimmungen der Kleinpachtlandordnung, Drucks. Nr. 773. Der Antrag wurde in der 73. Sitzung am 5. November 1919 dem Siedlungsausschuß überwiesen.

¹¹ Am 18. Oktober 1919, abends, war es anlässlich der Aussprache über den Kultusetat im Haushaltsausschuß zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Heß und Haenisch gekommen. Nachdem Haenisch im Vorwärts Nr. 517 vom 9. Oktober 1919 erklärt hatte, daß alle leitenden Stellen im Kultusministerium mit neuen Männern besetzt worden seien, „die, wenn sie auch gewiß nicht organisierte Sozialdemokraten, so doch rückhaltlos und ehrlich mit Kopf und Herz bei der neuen Ordnung der Dinge sind“, warf Heß dem Minister eine systematische Diskriminierung von Katholiken vor. Vgl. KV Nr. 822 vom 20. Oktober 1919 und KV Nr. 826 vom 21. Oktober 1919.

¹² Haenisch hatte auf Heß' Paritätsbeschwerden geantwortet, daß ihm sein Unterstaatssekretär Wildermann niemals solche Beschwerden unterbreitet habe. Daraufhin gab Wildermann eine Erklärung ab, daß auch er stets die Paritätsforderungen des Zentrums erhoben habe. Vgl. dazu die durch die C. P. C. verbreitete Erklärung Wildermanns in KV Nr. 837 vom 25. Oktober 1919. Vgl. auch oben Nr. 75 Anm. 1.

78.

24. 10. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden Eingänge verlesen.
2. GRONOWSKI berichtete über eine Konferenz im Eisenbahnministerium, in der es sich um die Steigerung der Leistungen in den Eisenbahnwerkstätten etc. handelte.¹
3. Kleine Anfrage Wentrup wurde genehmigt.²
4. Es wurde in Punkt 2 der Tagesordnung der Partei eingetreten.
WILDERMANN berichtete über die Schulkonferenz der Vertreter der Einzelstaaten.³
5. Förmliche Anfrage Kaulen und Gen. wegen der westlichen Zuckerfabriken wurde angenommen.⁴
6. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.
BERGMANN referierte kurz über seine Rede.⁵
7. Kleine Anfrage Blank und Gen. bezüglich Kohlenmangels etc. wurde angenommen.⁶
8. SCHULTE berichtete über die Siedlungstätigkeit im Osten durch Hörsing u. Gen. Die Angelegenheit soll im Siedlungsausschuß zur Sprache gebracht werden.⁷

1 Vgl. Nr. 74 Anm. 8.

2 Kleine Anfrage Wentrup [Z] über den in belgischer Gefangenschaft befindlichen Adolf Heimann aus Montabaur (Westerwald), Drucks. Nr. 1075

3 Gemeint ist die vom 20.-22. Oktober 1919 im Reichswirtschaftsministerium stattfindende Konferenz der Kultusminister der Länder, die zur Vorbereitung der Reichsschulkonferenz diente. Vgl. Christoph Führ, Zur Schulpolitik der Weimarer Republik, Weinheim 1970, S. 45 ff.

4 Förmliche Anfrage Kaulen usw. [Z] über die Sicherung der Zuckererzeugung, Drucks. Nr. 1064

5 Rede Bergmanns zum Landwirtschaftsetat in der 71. Sitzung am 24. Oktober 1919, Sp. 5694-5716.

6 Kleine Anfrage Blank usw. [Z] über die Verwendung von militärischen Zugmaschinen zur Bekämpfung der Kohlennot, Drucks. Nr. 1076.

7 Laut Bericht des 14. Ausschusses über die Beratungen zum preußischen Ausführungsgesetz des Reichssiedlungsgesetzes wurde von seiten der Regierung erklärt, daß Reichs- und Staatskommissar Hörsing in Abstimmung mit dem Oberpräsidenten von Schlesien bereits einen informellen Siedlungsausschuß zusammengerufen habe, um eine rasche Umsetzung des zu erwartenden Ausführungsgesetzes in Schlesien in die Wege leiten zu können. Vgl. Drucks. Nr. 1439, S. 2047 f.

79.

5. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Wegen der schlechten Beförderung der Abgeordneten will der Präsident im Ältestenausschuß Rücksprache nehmen.
3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Die Abstimmung wurde durchgenommen.

Es wurde dann der Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke beraten.¹

4. Förmliche Anfrage Kaulen wurde vertagt.²

1 Gesetzentwurf über die Kommunalisierung der Aktiengesellschaft Charlottenburger Wasserwerke, Drucks. Nr. 483. Vgl. dazu auch den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 980. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs stand als Punkt 37 auf der Tagesordnung des Plenums.

2 Nicht nachgewiesen.

80.

6. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. WILDERMANN erklärt, daß Bensch Kreisschulinspektor in Ruppriich werde.¹ Stellen wären ihm angeboten worden, darunter die Stelle in Bochum, die er abgelehnt hat.
3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Fortsetzung der zweiten und dritten Beratung des Gesetzentwurfs über Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände – Drucksache Nr. 604, 991, 1039]: Es sprechen hierzu LINZ, FALTIN und BEYER.

Antrag Reineke bezüglich der Preiserhöhung für Kartoffeln wurde angenommen. Man wurde durch die nachfolgende Debatte vorläufig der Ansicht, die förmliche Anfrage nicht einzubringen.²

1 Vgl. zum „Fall Bensch“ Nr. 74 und 75.

2 Nicht nachgewiesen.

4. BRUST: Die Sozialdemokratische Partei will einen Antrag einbringen wegen erneuter Beihilfe für die Eisenbahnarbeiter. Es muß mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, diesen Antrag zu verhindern.³

Es nehmen hierzu das Wort: SCHMIDT (Conz), VOGELSANG, KLOFT, HEROLD, KRUG.

Es wird allgemein der Standpunkt vertreten, in erster Linie dahin zu wirken, den Antrag überhaupt nicht einzubringen. Wenn das nicht möglich, dann darf der Antrag nur *gemeinschaftlich* von den Mehrheitsparteien eingebracht werden. Brust soll mit Leinert sprechen.

5. RÜRUP referiert zum Bergetat.

6. Es wurde beschlossen, der Einladung zum Film von Hirschfeld⁴ nachzukommen, um die Sache kritisch behandeln zu können.

3 Die SPD wollte den im Hauptausschuß abgelehnten Antrag Hoffmann (USPD), Drucks. Nr. 985, wieder aufgreifen und ihrerseits einbringen. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 6. November 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 98rs.

4 Vermutlich handelt es sich um den Film „Anders wie die Andern (§175)“ von Richard Oswald, unter wissenschaftlicher Mitarbeit von Magnus Hirschfeld. Darin wurde das Problem der Homosexualität und des § 175 behandelt. Vgl. Droste-Geschichts-Kalendarium, Bd. 1, S. 46. Auf die Kleine Anfrage Mentzel (Stettin), Drucks. Nr. 648, hatte das Innenministerium am 9. September 1919 mitgeteilt, daß es keine Handhabe gegen die Aufführung des Films habe. Vgl. Drucks. Nr. 744.

81.

7. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. Herr Prof. Lauscher wird beauftragt eine Erklärung abzugeben, weshalb die Fraktion gegen das Autonomiegesetz stimme.¹

1 Zum Gesetzentwurf über die Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Drucks. Nr. 604. Vgl. Nr. 64 Anm. 2 und Nr. 70 Anm. 5. Die II. Beratung des Gesetzentwurfs hatte in der 73. und 74. Sitzung am 5. und 6. November 1919 stattgefunden. Vgl. die Zusammenstellung der Beschlüsse, Drucks. Nr. 1170. Die III. Beratung des Gesetzentwurfs wurde auf Antrag Beyers (Oberschlesien) in der 75. Sitzung am 7. November 1919 von der Tagesordnung abgesetzt. Vgl. Sp. 6012. In der 79. Sitzung am 12. November 1919 wurde die Beratung wiederum von der Tagesordnung abgesetzt. Vgl. Sp. 6322. In der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 wurde der Gesetzentwurf an den 16. Ausschuß zurückverwiesen. Vgl. Sp. 6989. In der Ausschußsitzung am 27. Januar 1920 wurde die Weiterberatung auf unbestimmte Zeit vertagt und blieb unerledigt. Im Dezember 1920 wurde schließlich vom preußischen Kabinett ein neuer Gesetzentwurf zur Provinzialautonomie vorgelegt. Vgl. Nr. 173 Anm. 6.

2. Herr BRUST bringt seine beabsichtigte Stellungnahme als Fraktionsredner zum Gesetzentwurf der Kommunalisierung des Charlottenburger Wasserwerks.² Die Fraktion stimmt dem zu.

Zum Bergetat.

Abg. HERKENRATH macht darauf aufmerksam, daß der Fortbestand der Bergschulen teilweise gefährdet sei. 3 Bergschulen werden durch das Berghülfskassengesetz getragen. Die weiteren 3 Bergschulen wünschen in gleicher Weise fundiert zu werden. Die Verstaatlichung, die seitens der Sozialdemokratie gefordert wird, ist abzulehnen.

Herr VOGELSANG wünscht, daß das ganze Vorbildungswesen des Bergfaches vom Fraktionsredner erläutert werde. Herr VOGELSANG wünscht ferner, daß scharf gegen die Verstaatlichung der Bergschulen Stellung genommen werde. Desgleichen auch gegen die Verstaatlichung der Bergwerke.

Herr BRUST und VOGELSANG erklären sich scharf gegen die beabsichtigte Unterstellung der Bergschulen p.p. unter das Unterrichtsministerium. Beide bitten, einen dementsprechenden Antrag abzulehnen.

Herr RÜRUP verliest sodann die Erklärung, die er bezüglich der Bergrede abgeben will.³

Die Fraktion stimmt zu.

Herr BUSCH erwähnt sodann eine beabsichtigte Anstellung eines Landforstmeisters im Landwirtschaftsministerium. Er erhält die Zustimmung, daß er dies als Fraktionsforderung betrachtet, daß er die Stelle für einen Katholiken fordere.⁴

WILDERMANN wünscht, daß man einen Zentrumsmann fordere.

HEROLD und HESS widersprechen dem.

SCHMITT (Düsseldorf) erhält Zustimmung zur Einbringung einer kleinen Anfrage betr. Anstellung von Gefängnisbeamten.⁵

KAULEN wünscht eine förmliche Anfrage einbringen zu dürfen betr. baldiger Freigabe der Weiterversendung von Saatkartoffeln.

STEGEGER und STIELER widersprechen dem, da unter der Firma „Saatkartoffel“ zur Zeit große Mengen von Eßkartoffeln verschoben werden.

Dr. REINEKE teilt auch die Bedenken, schlägt aber Kompromiß vor.

KLOFT schlägt vor, eine kleine Anfrage einzubringen⁶, damit die Debatte nicht über die bestehende Kartoffelnot heraufbeschworen wird.

2 Rede Brusts in der 75. Sitzung am 7. November 1919, Sp. 5998-6000.

3 Vgl. zum Vorstehenden die Rede Rürups in der 77. Sitzung am 10. November 1919, Sp. 6095-6119.

4 Möglicherweise wurde diese Stelle mit Rudolf Amelunxen besetzt. In der 193. Sitzung am 10. Dezember 1920 nahm er als Vertreter des Landwirtschaftsministeriums das Wort. Vgl. Sp. 14834. Vorher war er zum Regierungsrat im Ministerium für Volkswohlfahrt ernannt worden. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 231 vom 12. Oktober 1920. 1921 fungierte als Referent im Wohlfahrtsministerium. Vgl. Handbuch über den Preußischen Staat 1922, S. 82.

5 Kleine Anfrage Dr. Schmitt (Düsseldorf) [Z] über planmäßige Anstellung von Hilfsbeamten an den Strafanstalten und Gefängnissen der Justizverwaltung, Drucks. Nr. 1164.

JAKOBY-RAFFAUF bringt ebenfalls eine kleine Anfrage vor betr. Preise für Saatkartoffeln.⁷ Es wird ihm vorgeschlagen, die Anfrage nochmals durchzuformulieren.

6 Kleine Anfrage Kaulen usw. [Z, DHann] über die Versendung von Frühsaatkartoffeln, Drucks. Nr. 1182.

7 Förmliche Anfrage Jakoby-Raffauf usw. [Z] über Höchstpreise für Kartoffelsaatgut, Drucks. Nr. 1184.

82.

8. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank

1. Vorsitzender [PORSCH] verliert die Eingänge.

2. HEROLD teilt mit, daß der Parteitag auf 17.-19.11. oder 18.-21.11. verlegt werden sollte.

STEGERWALD schlägt vor, daß die z. Zt. in Berlin anwesenden Mitglieder des Reichsparteivorstandes sich noch heute schlüssig machen müssen.¹

PORSCH berichtet sodann an Stelle des erkrankten Minister am Zehnhoff über den Verfassungsentwurf.² Er schlägt vor, als Instanz über der Landesversammlung entweder eine I. Kammer oder einen Staatsrat in Vorschlag zu bringen.

STEGERWALD schlägt vor, den Einheitsstaat jetzt vorzubereiten.

WILDERMANN weist darauf hin, wie zur Zeit die Einzelstaaten sich gewissermaßen als Reichsgegner oder besser gesagt Gegenpartei aufspielen. Die süddeutschen Staaten wollen Gesandte bei Preußen behalten. Bayern will einen Gesandten beim päpstlichen Stuhle behalten. WILDERMANN tritt dafür ein, ein starkes Preußen zu schaffen mit einer unabhängigen Spitze.

Dr. HESS ist der Ansicht, daß der Unitarismus heute kaum zu schaffen ist wegen des Gegenstrebens der Sozialdemokratie, die sich zu wohl z. Zt. in Preußen findet. Er befürwortet die Vorschläge Dr. Porschs, entweder eine I. Kammer zu schaffen oder einen Staatsrat. Er schlägt vor, einen Staatspräsidenten statt einen Landesprä-

1 Der geplante Reichsparteitag des Zentrums wurde zunächst auf unbestimmte Zeit verschoben. Vgl. KV Nr. 877 vom 9. November 1919. Er fand schließlich vom 19.-22. Januar 1920 in Berlin statt.

2 Es handelte sich dabei um den III. Entwurf einer Verfassung für Preußen vom 7. November 1919. Exemplar in: GStA Merseburg, Rep. 77, tit. 496^a Nr. 188, Bd. 1, fol. 54-65. Dieser Entwurf wurde gemäß den Richtlinien angefertigt, die in der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 3. November 1919 aufgestellt worden waren. Vgl. Protokoll der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 3. November 1919 (Auszug), in: Ebd., fol. 72 f.

sidenten wählen zu lassen und zwar von der Landesversammlung, nicht vom Volk, das jetzt schon wahlmüde sei.

HEROLD unterstützt ebenfalls die Vorschläge Dr. Porschs. Er wünscht I. Kammer mit Mitbestimmungsrecht, nicht bloß Einspruchsrecht gegenüber der Landesversammlung. Er schlägt vor, einen gehobenen Ministerpräsidentenposten zu schaffen, mit dem Rechte, die Minister zu ernennen. Er müßte solange im Amt bleiben, bis ein neuer gewählt sei.

Minister BELL ist der Ansicht, den Gedanken der Reichseinheit mit allen Kräften zu unterstützen. Er wünscht z. Zt. keine baldige Verabschiedung der Verfassung. Mit der Finanzhoheit des Reiches ist die Selbständigkeit der Bundesstaaten eigentlich schon geschwunden.

Außerhalb der Tagesordnung teilt HEROLD mit, daß Fehrenbach depeschiert habe, die Reichstagsitzung könne nicht verschoben werden.³

LINZ erklärt, daß auch im Staatsministerium der Gedanke sich durchgerungen habe, daß ein retardierendes Element geschaffen werden müsse. Er unterstützt die Vorschläge Porschs.

BRUST wünscht, Fühlungnahme mit dem Vorstande der Reichstagsfraktion herbeizuführen, ehe die Verfassung beraten wird.

SCHMITTMANN wünscht, daß Montag⁴ Stegerwald und Bell möglichst zugegen sind wegen des Autonomiegesetzes.

Dr. PORSCH schlägt vor, Montag 9 1/2 Uhr pünktlich Fraktionssitzung abzuhalten.

3 Es war daran gedacht worden, die Plenarsitzung der Nationalversammlung zu verschieben, um den Reichsparteitag des Zentrums noch im November durchführen zu können. Vgl. KV Nr. 877 vom 9. November 1919.

4 Montag, den 10. November 1919, war Stegerwald lt. Sitzungsprotokoll in der Fraktionssitzung anwesend. Vgl. Nr. 83. Ob Bell anwesend war, ließ sich nicht ermitteln.

83.

10. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Abänderungsantrag Dr. Reineke bezüglich des Bergetats wurde angenommen.¹
3. Es wurde jetzt in die Tagesordnung der Partei eingetreten.

1 Antrag Dr. Reineke usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1919, Drucks. Nr. 1195.

Zu 1: Verfassungsfrage.²

Dr. PORSCH: Er spricht sich für die Einrichtung eines *Staatsrats* aus anstelle der ersten Kammer.

KLOFT: Es ist zu begrüßen, daß wir einheitlich auf dem Boden stehen, den *Einheitsstaat* zu erreichen. M. E. müssen wir den Vorstoß machen, insbesondere weil der Hauptwiderstand bei der preußischen Regierung selbst liegt. Die Sozialdemokraten nützen die Sachlage aus und besetzen die Hauptposten im preußischen Staate. Ich bin gegen die Gründung einer zweiten Kammer. Ich bin wohl für den *Staatsrat* und gegen einen Staatspräsidenten.

Von WANGENHEIM: Ich vertrete den Standpunkt, daß der Einheitsstaat jetzt verspätet ist. Dies hätte sofort bei der Revolution geschehen müssen. Ich bin für einen Staatspräsidenten.

Dr. SCHMITTMANN: Wir sind noch *nicht* im Einheitsstaat, auch kommt der Einheitsstaat nicht von selbst. Die Verfassung steht auf dem *bundesstaatlichen* Charakter. Wie ist die Sache nun wirklich? In Preußen liegt das stärkste Hindernis, um zum Einheitsstaat zu kommen. Preußen ist mit *Worten* dafür, in der *Tat* dagegen. Wie kommen wir nun zum Einheitsstaat? Das Reich selbst muß den Vorstoß machen, weil die Sperrfrist³ dann nicht in Frage kommt, sondern diese ist zu beobachten, wenn die Bestrebung von den *Einzelstaaten* ausgeht. Am besten wird die Frage durch eine gemeinsame Besprechung mit der Fraktion des Reichstages behandelt werden können.

BRUST: Man meide die Ausdrücke „zweite Kammer“ und „indirekte Wahl“. Diese Ausdrücke schon wirkten beim Volk dahin, daß man glaubt, wir seien rückständig und hielten am Alten fest. Wir müssen einen Vorstoß zum *Einheitsstaat* machen.

STEGERWALD: Ich bin der Auffassung, daß wir 1) den Standpunkt vertreten, daß die *Initiative von Preußen* ausgehen muß, den Einheitsstaat zu erhalten, 2) eine gemeinschaftliche Besprechung mit der Reichstagsfraktion abhalten und zwar in den nächsten Tagen schon.

Die Verfassungsfrage wurde auf Antrag BEYER abgebrochen und die Provinzialautonomie behandelt.

4. BEYER referierte über die Provinzialautonomie.⁴ Die Demokraten wollen *nur* ein Vorschlagsrecht *ohne Bindung* der Regierung.

LAUSCHER: Auf diesen Vorschlag können wir *nicht* eingehen, insbesondere nicht mit Rücksicht auf die Ansicht des rheinischen Parteitages.⁵

Antrag Altegoer u. Gen. bezüglich Vergebung von Arbeit in den Zechenbetrieben für das Kleinhandwerk soll noch weiter beraten werden.⁶

² Vgl. Nr. 82.

³ Gemeint ist die zweijährige Sperrfrist für Neugliederungsbestrebungen gemäß Art. 167 WRV.

⁴ Vgl. Nr. 81 Anm. 1. Die interfraktionellen Beratungen drehten sich um das vom Zentrum geforderte Vorschlagsrecht der Provinz für die Besetzung politischer Beamtenstellen. Zur Position der DDP vgl. die Protokolle der DDP-Fraktionssitzungen vom 6. und 8. November 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 98 und 99rs.

⁵ Vgl. Nr. 60 Anm. 11.

Dr. REINEKE: Es handelt sich weiter um das Bestätigungs- oder Widerspruchsrecht der Regierung bezüglich der Statuten.

KOLFT: Eine volle Einigkeit besteht in der Fraktion nicht. Wir dürfen die Vorlage nicht allein von Rheinland und Oberschlesien ansehen. In dieser Beziehung schließe ich mich der Ansicht Herolds an.

BRUST: Ich bin auch dafür, das ganze Gesetz abzulehnen.

Dr. REINEKE: Wie wird es für die Abstimmung in Oberschlesien wirken, wenn das Gesetz abgelehnt wird?

FALTIN: Durch die Ablehnung des Gesetzes wird die Abstimmung für die Polen begünstigt. Ob die Annahme des Gesetzes in der Vorlage der Regierung dies verhindert, kann ich heute noch nicht sagen.

SCHULTE schlägt vor, die Auswahl der Beamten nur im Einverständnis der Provinzen, die Ernennung durch die Regierung durchzuführen.

5. Antrag Jakoby, Müller, Herkenrath u. Gen. bezüglich der Kartoffelpreise wurde genehmigt.⁷

6. Kleine Anfrage von Wangenheim bezüglich der Vermessungsassistenten wurde angenommen.⁸

6 Antrag Altegoer usw. [Z] auf Vergebung von Bauarbeiten im Bereich der Staatsbergverwaltung an die selbständigen Handwerksmeister, Drucks. Nr. 1197.

7 Förmliche Anfrage Jakoby-Raffauf usw. [Z] über Höchstpreise für Kartoffelsaatgut, Drucks. Nr. 1184.

8 Kleine Anfrage Frhr. von Wangenheim [DHann] über Aufbesserung der Vermessungsassistenten der landwirtschaftlichen Verwaltung, Drucks. Nr. 1201.

84.

11. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank

1. Verlesung der Eingänge.
2. Zur Geschäftslage des Hauses: Vertagung vom 18.-27.11., Weihnachtsferien ab 16.12. oder 17.12. bis 13.1.¹
3. Ein Antrag Altegoer zum Bergetat wird angenommen.²
4. Die Frage der interfraktionellen Beamtenausschüsse wird zurückgestellt.

1 Vgl. dazu die Beschlüsse des Ältestenrates in der Sitzung am 10. November 1919, 11.35 bis 12.25 Uhr, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

2 Vgl. Nr. 83 Anm. 6.

5. Zur Provinzialautonomie berichtet BEYER über die weiter erfolgten Kompromißverhandlungen.³ Er befürwortet Annahme des Gesetzes. Er ist der Ansicht, daß dann Polen und Zentrum in Oberschlesien die Majorität dauernd haben würden. Die Rheinländer stimmen auch der vorgeschlagenen Fassung des § 3 zu.

6. FALTIN wünscht § 2 gemäß Beschluß der I. Lesung wieder eingebracht.⁴

LAUSCHER tritt auch für den Vorschlag Faltin ein.

Dr. SCHULTE ebenfalls; er will aber mit Beyer und Kloft nochmals einer vielleicht den Mehrheitsparteien genehmen Fassung des § 2 zu formulieren suchen.

BUSCH unterstützt dies mit der Begründung, daß dann die Rheinländer für das Gesetz stimmen können.

SCHMITTMANN schlägt vor, den Vorschlag Beyer anzunehmen und den vorgeschlagenen Kompromiß Schulte zu versuchen. Ferner, wenn dieses keinen Erfolg hat, so doch den § 2 im Sinne Faltin einzubringen. Sollte er abgelehnt werden, so sollte man doch für das Gesetz stimmen. Dem wird zugestimmt.

HEROLD tritt dem bei; auch er ist der Ansicht, daß das Zentrum eine Erklärung abgebe, es sei für den Einheitsstaat mit der Autonomie der Provinzen.

Prof. Dr. Lauscher soll als Fraktionsredner sprechen.⁵

Am Donnerstag oder Sonnabend⁶ soll ein Fraktionsessen stattfinden.

Zur Verfassungsfrage:⁷

TEWES schlägt vor, einen Staatsrat zu schaffen mit gewissem reichsständigen Einschlag.

Von WANGENHEIM ergänzt seine Ausführungen vom Vortage, er will sich auf keine territoriale Abgrenzung festlegen, sondern die neue preußische Verfassung so abgefaßt wissen, daß sie für jeden auch sich eher trennenden Teil paßt. Er hält es nicht für opportun, daß Preußen den Vortritt zur Bildung des Einheitsstaates einnehme.

HEROLD tritt für einen Staatsrat analog dem Reichsrat ein.

3 Vgl. Nr. 81 Anm. 1. In den Kompromißverhandlungen ging es vor allem um die Frage der Beamtenbesetzung in den Provinzen. Vgl. Nr. 83 Anm. 4. Es wurde anvisiert, in § 3 des Gesetzentwurfs die Besetzung „durch das Staatsministerium im Einvernehmen mit den Provinzialinstanzen“ zu regeln. So der Abg. Ruer im Protokoll der DDP-Fraktionssitzung am 11. November 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 100rs.

4 § 2 des Gesetzentwurfs betraf die Inkraftsetzung der Provinzialstatuten. Während die Regierungsvorlage eine Bestätigung durch die Staatsregierung vorgesehen hatte, war nach den Beschlüssen des Ausschusses in erster Lesung lediglich eine Beanstandung wegen der Verletzung von Gesetzen vorgesehen, über deren Berechtigung das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden hatte. Vgl. Drucks. Nr. 991, Sp. 29.

5 Der Gesetzentwurf wurde nicht mehr im Plenum in dritter Lesung beraten. Vgl. Nr. 81 Anm. 1.

6 13. bzw. 15. November 1919.

7 Vgl. Nr. 82 und 83.

85.

12. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. SCHÜLING berichtet über die Wahrnehmung der Interessen der Beamten in den abzutretenden Gebieten. Die Stimmung der Beamten hier in Berlin ist sehr radikal.

2. Dr. PORSCH: Die Erregung in den Studentenkreisen ist sehr groß und gegen das Zentrum gerichtet. Assessoren, die 12 Jahre lang gewartet haben, jetzt Amtsrichter werden, haben ein Gehalt von etwas über 3000 Mk. Für diese Kreise muß auch etwas getan werden.

3. BUSCH spricht sich auch dafür aus, daß für den Beamtenstand etwas getan wird. Es ist richtig, einen interfraktionellen Ausschuß im Parlament zu bilden¹, der sich mit der Beamtenfrage befaßt.

4. KLOFT spricht sich für den interfraktionellen Ausschuß aus mit dem Wunsche, nicht nur Beamte, sondern auch andere Berufe hineinzuziehen. Es wird von unserer Seite die traurige Lage sicherlich gewürdigt. Es gibt eine große Angst in diesen Kreisen, die sich mit der Demokratisierung nicht abfinden können. Es muß dem *materiellen* Bedürfnis der Beamten Rechnung getragen werden. Im allgemeinen steht sich die Arbeiterschaft aber nicht besser.

Dr. REINEKE: Im allgemeinen geht die Stimmung dahin, die Akademiker auszuschließen. Dagegen müssen wir auftreten, denn die Akademiker sind nicht zu entbehren. Das Vorurteil des Volkes gegen die Akademiker muß beseitigt werden.

KAMP spricht sich für den interfraktionellen Ausschuß für Beamte aus. Ich bitte auch einen Lehrer hineinzunehmen. Die Not der Beamten ist *groß*. Es muß etwas geschehen.

BRUST spricht sich *gegen* den interfraktionellen Ausschuß der Beamten aus. Es würde dahin führen, daß auch die Arbeiter einen interfraktionellen Arbeiterausschuß einberufen würden. Dies würde zu unerquicklichen Verhältnissen führen. Wir wissen, daß wir die Juristen und Akademiker nicht entbehren können. Wie sollen diese Kreise sich nicht als einen *bevorzugten* Stand betrachten. Diese treten den anderen Kreisen überhebend entgegen.

Dr. HAGER: Handel und Industrie muß die Kosten bezahlen. Es müssen viel weniger Beamte sein. Diese können mehr arbeiten, müssen dann auch besser besoldet werden. Wir müssen für *alle* Beamten sorgen. Eine gewisse Schuld haben die Akademiker selbst. Sie haben früher auf die anderen Kreise überhebend herabgesehen. Dann drohen sie immer damit, aus der Partei auszutreten. Wir müssen in der Fraktion einig sein und [man muß] auch mal mit Rücksicht hierauf gegen seine Überzeugung stimmen.

¹ Statt eines interfraktionellen Ausschusses kam es auf Antrag Hergts, Drucks. Nr. 1440, in der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 zur Einsetzung eines Parlamentsausschusses.

SCHÜLING: In der Partei sind alle Stände gleichberechtigt. Die Unterschiede dürfen nicht so sehr betont werden. Wir wollen alle Zentrumspolitik treiben. Zusammenschluß tut not, besonders gegen den allgemeinen Ansturm.

Dr. HESS: Es ist richtig, wenn Brust behauptet, daß der Unterrichtsausschuß nicht richtig besetzt ist. Es läßt sich im vorliegenden Fall nichts anderes machen, weil wir nur 4 Mitglieder entsenden.²

Dr. HAGER: Ich bin wohl zum Teil mißverstanden worden. Es müssen weniger Beamte sein, aber besser bezahlt werden.

VOGELSANG: Vor dem Kriege war alles zu sehr *militarisiert*. Dies war nicht allein beim Militär [. . .]³, sondern auch bei der Staats- und Kommunalverwaltung der Fall. Hieraus ergibt sich die Gegnerschaft im Volke gegen die Beamten und Akademiker. Wenn diese Gegensätze aus dem öffentlichen Leben verschwinden, dann wird die Sache besser werden. Wenn sich die Akademiker auch aktiv am Parteileben beteiligen, so begrüßen die Arbeiter das nur.

Dr. HESS: Man muß zu einem Ausgleich der Interessen kommen; Vogelsang hat ganz recht.

SCHÜLING: Ich schlage vor, zu der Kommission hinzuzuziehen Frl. Stoffels und Bergmann.

Frl. STOFFELS: An meine Stelle kann Frl. Wronka eintreten.

Es wurde beschlossen: Frl. Wronka und Bergmann in den Ausschuß zu entsenden.⁴

BEYER referiert über die Provinzialautonomie.⁵

Von dem Vorsitzenden werden verschiedene Eingänge verlesen.

2 Mitglieder des Unterrichtsausschusses waren Hauptlehrer Elsner, Kreisschulinspektor Heß, Gewerbelehrer Vennen und Oberlehrerin Wronka.

3 Unleserliches Wort.

4 Vgl. Anm. 1.

5 Vgl. Nr. 84 Anm. 3 und 5.

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu 1 [Beratung der Verordnung über die Verlängerung der Amtsdauer der Handelskammermitglieder vom 30. September 1918 (Gesetzsamml. S. 151) – Drucksache Nr. 226, 343, 1077]: nichts zu bemerken.

Zu 2 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie zur Verbilligung von Lebensmitteln – Drucksache Nr. 843, 1198]: STIELER und BRUST sprechen sich für Annahme des Antrags aus.¹ Das Reich zahlt die Vorschüsse an die Gemeinden immer auch nicht zurück, auch keine Zinsen. Die Gemeinden sind nicht mehr im Stande zu zahlen.²

Zu 3 [Beratung der Mitteilung der Staatsregierung über die Behandlung der Arbeiterlohnfragen bei der Staatseisenbahnverwaltung – Drucksache Nr. 1191]: nichts zu bemerken.

Zu 4 [Beratung des Antrages von Kessel usw. [DNVP] auf schleunigste Rettung der Hackfruchternte – Drucksache Nr. 1149]: Landwirtschaftsausschuß überweisen, wenn möglich ohne Debatte.³

Zu 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Veranlagung und Verwaltung der preußischen Steuern – Drucksache Nr. 1193]: Kommissionsüberweisung.

2) Provinzialautonomie⁴

Dr. PORSCH: Die Sachlage ist noch verwickelter geworden.

BEYER referierte über den Verlauf der interfraktionellen Besprechung. Die Sache soll zunächst im engeren Kreise erörtert werden, besonders sind genannt Linz, Beyer, Faltin, Schulte, Heß, Lauscher. 5 Uhr heute Sitzung in Saal 13.⁵

Zu Antrag 13 [Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf Gewährung von Überteuierungszuschüssen an Gemeinden zur Bekämpfung des Wohnungsmangels – Drucksache Nr. 793]: Vom nächsten Frühjahr ab soll die ganze Sachlage neu aufgebaut werden. Verweisung an die Kommission.⁶

Zu Antrag 15 [Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf Gewährung von Vorschüssen an die Gemeinden im besetzten Gebiet – Drucksache Nr. 840]: Dr. Heß wird den Antrag begründen.⁷

1 Gemeint ist der Antrag des Gemeindeausschusses, Drucks. Nr. 1198. Stieler redete dazu in der 80. Sitzung am 13. November 1919, Sp. 6338-6340.

2 Abs. 3 des Antrags Drucksache Nr. 1198 forderte die Staatsregierung auf, auf die Reichsregierung einzuwirken, die vorschußweise gezahlten Ausgaben der Gemeinden zu Kriegswohlfahrtszwecken schleunigst samt Tilgungs- und Verzinsungskosten zurückzuzahlen. Stieler bezifferte die Ansprüche der Gemeinden an das Reich auf 2 1/4 Milliarden Mark. Vgl. 80. Sitzung am 13. November 1919, Sp. 6338

3 Es kam zur Debatte. Für die Fraktion sprach Schoenkaes. Vgl. 80. Sitzung am 13. November 1919, Sp. 6376-6379.

4 Vgl. Nr. 84 Anm. 3 und 5.

5 Weder Verlauf und Ergebnis der interfraktionellen Besprechung noch der Fraktionsunterausschußsitzung konnten ermittelt werden.

6 Vgl. dazu die Rede von Heß in der 80. Sitzung am 13. November 1919, Sp. 6401 f., der die Verweisung an den Hauptausschuß beantragte.

7 In seiner Rede, ebd., Sp. 6403, beantragte Heß die Überweisung an den Hauptausschuß.

Zu Antrag 16 [Antrag Dr. Schmittmann usw. [Z,SPD,DDP,DVP] über die Rheinische Musterschau – Drucksache Nr. 1002]: Dr. Schmittmann wird den Antrag begründen.⁸

Punkt 6 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Preußische Regierung – Band II Nr. 14 – Drucksache Nr. 1000]:

KLOFT: Es wird sicherlich die allgemeine Stellenbesetzung zur Sprache kommen. Wir müssen also auch darauf gerüstet sein, eventuell Beschwerden vorzubringen und zu begründen, insbesondere was die Staatskommissare Hörsing etc. angeht.⁹ Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens leidet daran, daß die Landräte etc. sich nicht mehr so recht verpflichtet fühlen, den Anordnungen der Staatsregierung nachzukommen. Bei dieser Sachlage ist es zweckmäßig, bei der Etatsrede den *unitarischen* Gedanken recht deutlich hervorzuheben.

Dr. REINEKE: Ich gebe zur Erwägung, ob nicht mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande zu diesem Etat nicht ein Arbeitervertreter, sondern jemand aus den anderen Ständen spreche, an zweiter Stelle ein Arbeitervertreter.

KLOFT: Schmedding hat mich gebeten, das Referat zu übernehmen. Ich solle auch dazu sprechen.¹⁰

BRUST: Was die Führung angeht, so hat Rhiel diese jetzt an Stelle von Schmedding im Staatshaushaltsausschuß.

STEGERWALD: Bei dieser allgemeinen politischen Frage dürfen die Redner nicht nach Berufen gewählt werden, sondern Personen auswählen, die besonders dazu geeignet sind. Insofern hat Dr. Reineke recht. Es muß darauf hingewirkt werden, daß ein besseres Hand-in-Hand-arbeiten stattfindet. Reich und Einzelstaat müssen mehr zusammenarbeiten, um das Wirtschaftsleben zu heben. Es ist zweckmäßig, einen interfraktionellen Ausschuß zu bilden, um nicht im Plenum Gegensätze in der eigenen Koalitionsregierung zur Sprache zu bringen.

Dr. PORSCHE: Der angeregte interfraktionelle Ausschuß ist *theoretisch wohl richtig, aber praktisch* m. E. nicht durchführbar.

⁸ Vgl. die Rede Schmittmanns in der 80. Sitzung am 13. November 1919, Sp. 6425 f.

⁹ Kloft wurde mit der Rede zum Etat der preußischen Regierung betraut. Darin erhob er gegen Hörsing den Vorwurf, die deutschen Interessen in Oberschlesien geschädigt zu haben. Vgl. Klofts Rede in der 83. Sitzung am 17. November 1919, Sp. 6589 f.

¹⁰ Tatsächlich redete Kloft in der 83. Sitzung am 17. November 1919 zum Etat der preußischen Regierung. Vgl. Sp. 6584-6598. Ein zweiter Redner des Zentrums kam bei diesem Etattitel nicht zu Wort.

87.

14. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] verliest die Eingänge.
2. Zur interfraktionellen Verhandlung betreffs Sozialisierung der Charlottenburger Elektrizitätswerke wird Brust und Tewes bestimmt.¹
3. Zum Schuldeputationsgesetz.² Dr. HESS und LAUSCHER vertreten den Standpunkt, daß keine Hoffnung besteht, daß eine Mehrheit zu finden sei für die Anträge der Partei; sie schlagen vor, nach Ablehnung der Anträge den Saal zu verlassen.
4. BRUST und KLEY sind für weiteres Verhandeln, damit unser Standpunkt in der Öffentlichkeit bekannt wird.
5. KAMP bittet auch, nicht voreilig alle Brücken abzurechnen.

Dr. LAUSCHER weist darauf hin, daß der rheinische Parteitag beschlossen [habe], keine weiteren Zugeständnisse in der Schulfrage zu machen.³ Er vertritt den Standpunkt, die Kirche muß vertreten sein in einer Schule, die Religionsunterricht nach den Grundsätzen der Kirche erteilen soll.

HESS erklärt, daß er seinerzeit im Ausschuß das Gesetz zurückgestellt⁴, da damals die doppelte Belastung der Aufhebung der Ortsschulaufsicht und des Schuldeputationsgesetzes. [!]

HEROLD warnt vor Abbruch der Verhandlungen; er rät Verschleppungspolitik im Ausschuß an, durch dauernde Stellung von Anträgen.⁵

PORSCH tritt dem bei, er hält es für parlamentarisch falsch, den Saal ostentativ zu verlassen.

WILDERMANN tritt den Vorschlägen Herold und Porsch bei; er schlägt vor, durch die Vorsitzenden eine interfraktionelle Besprechung herbeizuführen, um so auf die entstehenden Schwierigkeiten hinzuweisen.

HERKENRATH erklärt, daß bei der nassauischen Simultanschule der Geistliche geborenes Mitglied der Schuldeputation sei.

1 Nicht nachgewiesen.

2 Am 14. November 1919 begannen die Beratungen des verstärkten Unterrichtsausschusses über den Gesetzentwurf, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen, Drucks. Nr. 537. Zum Verlauf der Ausschußberatungen und den Anträgen des Zentrums im einzelnen vgl. den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 2939.

3 Vgl. dazu die Verhandlungen des Parteitages, in: Bericht des Parteitages der Rheinischen Zentrumspartei 1919, S. 109-158.

4 Heß war Vorsitzender des verstärkten Unterrichtsausschusses.

5 Der Vorwurf einer gezielten Verschleppung der Ausschußberatungen wurde schon bald gegenüber dem Zentrum erhoben, vom Zentrum jedoch bestritten. Vgl. Nr. 94 Anm. 7.

GOTTWALD erklärt, daß bei diesem Gesetz keinerlei Rücksicht auf die Lehrer zu nehmen sei. Er erklärt, daß die Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht angenommen werden sollen. Danach könnten die Katholiken auch als Minderheiten Vertretung in der Schuldeputation erreichen. Er hält die Sache nicht für schwerwiegend genug, aus der Koalition auszutreten. Die Partei muß auf jede Weise versuchen, auf die späteren Schulgesetze vor Einbringung mehr Einfluß zu erhalten.

PORSCH berichtet, in Coburg habe man einen Fühler ausgestreckt. Es wolle preußisch werden, es soll aber auch an Bayern sich gewandt [haben].⁶ Sondershausen soll auch einen Antrag an das Ministerium des Innern gestellt haben.⁷ Im Laufe der Verhandlungen hatten alle Parteien den Gedanken des Einheitsstaates. Nur über den Weg dazu lagen verschiedene Ansichten vor. Die Regierung will auf dem Wege der Vergrößerung Preußens dazu kommen.

Zur Tagesordnung wird sodann die Abstimmung durchgegangen.

TEWES berichtet sodann, daß die Berliner Schutzmannschaft sich sehr scharf gegen die Parteien erklärt habe, die sie auf dem Wege über die Sicherheitswehr straffer militarisieren wollen.

Dr. NEUMANN erklärt, daß er seinerseits für ein starkes Preußen sei.

MÜLLER (Prüm) erörtert die Kartoffel-Erpressung Trier-Reinsfeld.⁸

SCHMIDT (Conz) beschwert sich über den Landrat von Trier.⁹

MÜLLER (Prüm) beschwert sich über den Landrat von Prüm.¹⁰

LINZ bittet ihm diese Beschwerden mitzuteilen; er wird für Abhilfe Sorge tragen.

6 Nachdem sich Vertreter Sachsen-Coburgs im Mai 1919 an der Gründung eines Freistaates Thüringen beteiligt hatten, wurde am 1. Juli 1919 beschlossen, über den Anschluß an Thüringen eine Volksabstimmung abzuhalten. Im Juli 1919 kam es schließlich zu Vorverhandlungen über einen eventuellen Anschluß an Bayern. Die Volksabstimmung fand am 30. November 1919 statt und brachte eine Mehrheit für den Anschluß an Bayern, der am 1. Juli 1920 erfolgte. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 220, 275, 371, 459; 1920 I, 185 f.

7 Schwarzburg-Sondershausen hatte sich im Mai 1919 ebenfalls an der Gründung eines Freistaates Thüringen beteiligt und ging am 1. Mai 1920 im neuen Freistaat Thüringen auf. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 220, 508; 1920 I, S. 126.

8 Müller (Prüm) hatte dazu eine Anfrage eingebracht (vgl. Nr. 72 Anm. 2), die in der 72. Sitzung am 4. November 1919 beantwortet worden war. Vgl. Sp. 5756.

9 Landrat von Trier war von 1894 bis 1920 Maximilian Freiherr von Troschke.

10 Landrat von Prüm war von 1909 bis 1925 Dr. Joseph Burggraef. Von 1925-1933 war er Landrat in Jülich.

88.

15. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Dr. LAUSCHER berichtet über den Verlauf des gestrigen Unterrichtsausschusses.¹
2. Von dem Präsidenten [PORSCH] werden verschiedene Eingänge verlesen.
3. Die dringende förmliche Anfrage vom 14.11.19 bezüglich des Vorgehens der Franzosen² zu vertreten, soll der Präsident des Hauses ersucht werden, eventuell die sozialdemokratische Partei.³
4. [Mit] einem gemeinsamen Antrag bezüglich Gleichstellung der technischen höheren Beamten mit den Juristen ist die Fraktion einverstanden.⁴
5. SCHMIDT (Conz) berichtet über eine Beratung im Eisenbahnministerium wegen der „Verreichlichung“ der Eisenbahnen.⁵
6. HEROLD trägt einen Antrag bezüglich der Ernährungsfrage vor.⁶ Er wurde einstimmig angenommen.

1 In der Sitzung des verstärkten Unterrichtsausschusses am 14. November 1919 wurde mit der Beratung des Schuldeputationsgesetzentwurfs, Drucks. Nr. 537, begonnen. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D X f, Nr. 2, Bd. 1.

2 Dringende förmliche Anfrage Gräf (Frankfurt) usw. [SPD,Z,DDP,DNVP,DVP] über die geistige Durchdringung der besetzten westlichen Gebiete in französischem Sinne, Drucks. Nr. 1228.

3 Die Anfrage wurde in der 84. Sitzung am 18. November 1919 verhandelt. Leinert motivierte sie als Fragesteller. Vgl. Sp. 6684-6688.

4 Antrag Rosebrock usw. [SPD,Z,DDP,USPD,DVP] auf Gleichstellung der höheren technischen Beamten mit den juristisch vorgebildeten Beamten derselben Verwaltung, Drucks. Nr. 1232.

5 Dabei handelte es sich um eine Besprechung mit Mitgliedern des Staatshaushaltsausschusses der preußischen Landesversammlung am 14. November 1919 wegen der Übernahme der preußischen Eisenbahnen in die Verwaltung des Reiches. Vgl. den Bericht über diese Besprechung, Drucks. Nr. 2115.

6 Antrag Herold usw. [Z] über die Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben und die Beschaffung von Saatkartoffeln, Drucks. Nr. 1231.

89.

17. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, gez. Blank. Schluß 11.15 Uhr.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] verliest die Eingänge.

2. Die Fraktion entsendet in den Beirat zur Übergabe der Eisenbahnen auf das Reich, Dr. Rhiel, Brust, Schmidt (Conz).¹

3. Dr. HAGER schlägt vor, gegen das Auftreten Heines Einspruch zu erheben (wie er Gräf abgefertigt).²

KLOFT widerspricht dem. Er teilt mit, daß er Erzberger mit ein paar Worten streifen werde.³

PORSCH stimmt dem zu.

ELSNER schlägt vor, allen Abgeordneten möge Material zur Erzberger-Frage an die Hand gegeben werden.

Dr. FASSBENDER hält einen Ausschuß in der Reichstagsfraktion zur Klärung der Erzberger-Anklagen für erwünscht.

BRUST tritt für Erzberger ein, entgegen Dr. Reineke.

Dr. WILDERMANN teilt mit, daß eine kleine Verteidigungsschrift betr. Erzberger vorliege. (C. P. C.)⁴

KLOFT wünscht Stellungnahme betr. Arbeiter- und Soldatenräte.⁵

HEROLD schlägt vor, zu sorgen, die Arbeiter und Soldatenräte baldigst aufzulösen, spätestens 1.4.1920.

Dr. LAUSCHER tritt dem entgegen. Er wünscht sofortige restlose Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte.

TEWES wünscht die Erklärung Herold mit Rücksicht auf die Stimmung im Kohlengebiet.

1 Die Einsetzung des parlamentarischen Beirats wurde in der Beratung im Eisenbahnministerium am 14. November 1919 beschlossen. Vgl. dazu Nr. 88 Anm. 5.

2 Gräf (Anklam) (DNVP) hatte in seiner Rede zum Etat der preußischen Regierung in der 82. Sitzung am 15. November 1919 die Koalitionsregierung scharf angegriffen. Vgl. Sp. 6514-6535. Innenminister Heine (SPD) antwortete darauf nur kurz und machte aus seiner persönlichen Abneigung gegen Gräf kein Hehl. Vgl. Sp. 6535-6540. Als Fraktionsredner wandte sich Kloft in seiner Etatrede nicht gegen Heine, sondern setzte sich scharf mit der Rede Gräfs auseinander. Vgl. 83. Sitzung am 17. November 1919, Sp. 6584-6589.

3 Während Ministerpräsident Hirsch die Sprengung einer öffentlichen Veranstaltung mit Erzberger in Berlin durch nationalistische Kreise beklagt hatte, wurde dies von Gräf (Anklam) in seiner Etatrede in der 82. Sitzung am 15. November 1919 verteidigt. Vgl. Sp. 6514 f. Kloft ging in seiner Rede zum Etat der preußischen Regierung auf Erzberger nicht ein. Vgl. 83. Sitzung am 17. November 1919, Sp. 6584-6599.

4 Die Verteidigungsschrift der C. P. C. für Erzberger wurde nicht nachgewiesen.

5 Kloft plädierte für die baldige Auflösung der Arbeiterräte, ohne allerdings einen Zeitpunkt dafür anzugeben, Vgl. 83. Sitzung am 17. November 1919, Sp. 6590 f.

Als II. Fraktionsredner schlägt Dr. HAGER vor, den Vizepräsidenten Porsch hierzu zu bitten.⁶

SCHÜLING und BRUST wünschen, daß Kloft auch mit ein paar Worten die Not der besetzten Rheinlande streife.⁷ Futtermittel p.p. müssen dorthin eingeführt werden.

Die Tagesordnung wird sodann durchgesprochen und Stellung zu den einzelnen Anträgen genommen.

LINZ macht auf den Antrag betr. 9. November aufmerksam und wünscht, daß deshalb alle, möglichst viele, bzw. alle hier bleiben.⁸

6 Der zweite Redner des Zentrums kam wegen des Schlusses der Debatte am 28. November 1919 nicht mehr zu Wort. Zur Diskussion um den ersten Fraktionsredner vgl. Nr. 86.

7 Kloft ging allgemein auf die Lage in den besetzten und abzutretenden Gebieten ein. Vgl. 83. Sitzung am 17. November 1919, Sp. 6596-6598.

8 Es handelte sich dabei um die Anträge Drucks. Nr. 135 und 1196. Sie wurden in der 86. Sitzung am 28. November 1919 abgelehnt. Vgl. Sp. 6843.

90.

28. 11. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten:

Zu 11 [Abstimmung über den Haushalt der Preußischen Regierung und die bei diesem Haushalt beratenen Anträge usw.]:

11 [Abstimmung über Kap. 44 Tit. 3 der dauernden Ausgaben – beantragt: Annahme des Ausschußantrags Drucksache Nr. 1000 zu 2a II]: ja

12 [Abstimmung über Kap. 44 Tit. 6 der dauernden Ausgaben (Wohnungsgeldzuschüsse) – beantragt: Annahme des Ausschußantrags Drucksache Nr. 1000 zu 2a IV]: ja

13 [Abstimmung darüber, ob hinter Kap 44 Tit 6 der dauernden Ausgaben neu einzuschalten ist: Tit. 6a: Aufwandsgelder für den mit der ständigen Vertretung im Reichsrat beauftragten Beamten und Vergütungen an Büro-, Kanzlei- und Unterbeamte für Mehrarbeit aus Anlaß dieser Vertretung 6000 M – Drucksache Nr. 1000 zu 2a V]: ja

14 [Abstimmung über sämtliche Kapitel und Titel des Haushalts der preußischen Regierung]: ja

15 [Abstimmung über die Liste der vorgekommenen Fälle der Verhängung des Belagerungszustandes – Drucksache Nr. 754]: ja

16 [Abstimmung über folgende Anträge des Staatshaushaltsausschusses a) Rechnungslegung über das Preußische Kronfideikommißvermögen und das Vermögen des Preußischen Königshauses, sowie die Verwendung der Königlichen Schlösser – Drucksache Nr. 1000 zu 4a, b) Kosten für die außerplanmäßig usw. beschäftigten Personen in den Staatsverwaltungen (Parlamentarische Unterstaatssekretäre, Staatskommissare, Beigeordnete) – Drucksache Nr. 1000 zu 4b, c) Erwerb der auf Lebenszeit verliehenen preußischen Orden – Drucksache Nr. 1000 zu 4c, d) Vorbildung der Beamten, insbesondere der politischen Beamten – Drucksache Nr. 1000 zu 4d, e) Einstellung der Zahlungen an die den Provinzial- und Lokalbehörden beigeordneten Volksbeauftragten – Drucksache Nr. 1000 zu 4e, 1226]: ja

17 [Abstimmung über den Antrag des Staatshaushaltsausschusses zu dem Antrag Neumann (Bärenberg) usw. [DNVP] auf Fürsorge für die in den Kämpfen mit den Polen verwundeten und gefallenen Mitglieder von Bürger- und Bauernwehren und deren Hinterbliebene – Drucksachen Nr. 128, 258]: ja

18 [Abstimmung über die Frage, welchem Ausschuß der Antrag Busch usw. [Z] auf Erhöhung des Ehrensoldes der Kriegsveteranen von 1870/71 überwiesen werden soll – Drucksache Nr. 171; 19 Abstimmung über die Frage, welchem Ausschuß der Antrag Gräf (Frankfurt usw. [SPD] über die unehelichen Kinder gefallener Krieger überwiesen werden soll – Drucksache 207; 20 Abstimmung über die Frage, welchem Ausschuß der Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über die Entschädigung wieder verheirateter Kriegerwitwen, die Aufbesserung der Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen und die Auszahlung der Gefangenenlöhnung überwiesen werden soll – Drucksache Nr. 208,] 21 [Abstimmung über die Frage, welchem Ausschuß der Antrag Müller (Hannover) usw. [SPD] über die Kapitalisierung der den Kriegerwitwen zustehenden Renten überwiesen werden soll – Drucksache Nr. 235]: Ausschußüberweisung (Staatshaushaltsausschuß)

22 [Abstimmung über den Antrag Woldt usw. [SPD] auf Umgestaltung der industriellen Staatsbetriebe zur Friedensarbeit – Drucksache 575]: ja

24 [Abstimmung über die Frage, welchem Ausschuß der Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf Gewährung von Überteurungszuschüssen an Gemeinden zur Bekämpfung des Wohnungsmangels überwiesen werden soll – Drucksache Nr. 793]: Ausschußüberweisung (Staatshaushaltsausschuß)

25 [Abstimmung über den Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Einsetzung eines ständigen Fachausschusses für die Wohnungsfrage – Drucksachen Nr. 805, 1223]: ja

26 [Abstimmung über die Frage, welchem Ausschuß der Antrag Dr. Heß usw. [Z] auf Gewährung von Vorschüssen an die Gemeinden im besetzten Gebiet überwiesen werden soll – Drucksache Nr. 840]: Ausschußüberweisung (Staatshaushaltsausschuß)

27 [Abstimmung über den Antrag Dr. Schmittmann [Z,SPD,DDP,DVP] über die Rheinische Musterschau – Drucksache Nr. 1002]: ja

28 [Abstimmung über den Antrag Dr. von Richter usw. [DVP] auf Milderung der trostlosen Finanzlage durch Rückkehr zur altpreußischen Sparsamkeit – Drucksache Nr. 1058]: ja, *Schluß ablehnen*.¹

29 [Abstimmung über den Antrag Hammer usw. [DNVP] über die Vertretung des Handwerks, der gewerblichen Genossenschaften und des Einzelhandels im Reichswirtschaftsrat – Drucksache Nr. 1145]: ja

30 [Abstimmung über die Anträge Adolph Hoffmann usw. [USPD] a) den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären – Drucksache Nr. 135, b) den Bußtag als gesetzlichen Feiertag aufzuheben und den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu erklären – Drucksache Nr. 1196]: *nein*

1 Der Antrag forderte u. a., „eine Übersicht über den heutigen Stand der preußischen Finanzen und die Mehrausgaben, die die bisher von der Landesversammlung gefaßten Beschlüsse zur Folge haben werden, vorzulegen.“ Der Schlußsatz lautete: „Bis zur Vorlage der Übersicht ist die Beschlußfassung über alle der Landesversammlung vorliegenden Anträge, die eine Erhöhung der Ausgaben zur Folge haben, auszusetzen.“ Drucks. Nr. 1058.

91.

1. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Kleine Anfrage Dr. Zimmer wurde angenommen.¹
2. Kleine Anfrage Kley u. Gen. wegen der Explosionsschäden in Neuwied wurde angenommen.²
3. Antrag Krug, Merx u. Gen. wegen Wochenhilfe bezüglich der Lehrer und Beamten wurde zurückgestellt.³
4. BRUST trägt die Richtlinien vor, die sich auf die Verreichlichung der Eisenbahnen beziehen.⁴
5. Kleine Anfragen Goebel bezüglich der persönlichen Sicherheit in Oberschlesien⁵ und bezüglich Wasserversorgung⁶ werden angenommen.

1 Kleine Anfrage Dr. Zimmer-Hönigsdorf [Z] über Zahlungen der Posener Landschaft in polnischer Währung, Drucks. Nr. 1345.

2 Dringende kleine Anfrage Kley (Neuwied) usw. [Z] über die durch Entzündung im Nahkampfmittellager bei Neuwied verursachten Schäden, Drucks. Nr. 1346.

3 Die Anfrage wurde in der Fraktionssitzung am 2. Dezember 1919 angenommen. Vgl. Nr. 92.

4 Die Richtlinien waren in einer Besprechung des parlamentarischen Beirats zur Übertragung der preußischen Eisenbahnen auf das Reich am 29. November 1919 entwickelt worden. Vgl. die Niederschrift dieser Besprechung, Drucks. Nr. 2115

5 Kleine Anfrage Goebel usw. [Z] über Raubüberfälle und Morde im besetzten Oberschlesien, Drucks. Nr. 1347.

6 Kleine Anfrage Goebel usw. [Z] über die Wasserversorgung im Kreise Kattowitz, Drucks. Nr. 1349.

6. BERGMANN bringt einen Artikel zur Sprache, in dem gegen die Arbeitervertreter der Fraktion vorgegangen wird. Richtarsky soll der Verfasser sein.

RICHTARSKY bestreitet dies entschieden, betont aber, daß die Rede Bergmann in landwirtschaftlichen Kreisen verschnupft habe.⁷

7. Dr. HESS berichtet über eine Besprechung, die mit Lewald⁸ stattgefunden habe, die darauf hinausgeht, vom Reich aus auf Preußen zu wirken, daß der einseitige Kultusstandpunkt aufgegeben wird.

8. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

9. Dr. HESS berichtet über den Zwischenruf, den er s. Zt. im Plenum gemacht hat⁹, und beklagt sich darüber, daß vorher nicht mit ihm Rücksprache genommen worden sei.

Dr. PORSCH erwidert, daß ihm die Sachlage mitgeteilt worden sei und er seine Maßnahme unter den gegebenen Verhältnissen nicht anders hätte treffen können.

10. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten:

Zu Punkt 1 [Beratung des Antrags Heilmann (Charlottenburg) usw. [SPD] über die Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke – Drucksache Nr. 1285]¹⁰:

Dr. HAGER spricht sich gegen den Antrag aus.

BRUST spricht sich *für* den Antrag aus.

SPRENGER spricht sich *für* den Antrag aus.

HEROLD spricht sich zunächst dafür aus, daß eine Verständigung innerhalb der Fraktion angestrebt werden müsse. Was den Antrag selbst angehe, so sei er aus Rücksicht auf die Reichsverfassung wohl kaum angängig. Nr. 1 erster Absatz könne angenommen werden.

Dr. TEWES spricht sich für den Antrag Herold aus, den ersten Absatz Nr. 1 anzunehmen.¹¹

DINSLAGE: Heilmann will ein Reichsgesetz haben, welches die Verfassung vorsieht. Er spricht sich auch für den Antrag Herold aus.

7 Der Artikel ließ sich nicht nachweisen. Der Anlaß war vermutlich die Rede Bergmanns zum Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung in der 71. Sitzung am 24. Oktober 1919, Sp. 5694-5716.

8 Theodor Lewald (1860-1947), seit 1917 Unterstaatssekretär und seit 1919 Staatssekretär im Reichsministerium des Innern.

9 Nicht nachgewiesen.

10 Der Antrag Heilmann, Drucks. Nr. 1285, forderte die preußische Staatsregierung auf, „die *Kommunalisierung* der Charlottenburger Wasserwerke *durch die Reichsgesetzgebung* mit aller *Tatkraft* anzustreben“, wobei die Entschädigung nach dem mittleren Wert der Aktien eines noch festzulegenden Zeitraums bemessen und bei der etwaigen Entschädigung der Schöpfergerechtigkeiten der Kaufpreis zugrunde gelegt werden sollte. Nr. 2 des Antrags forderte, den Gesetzentwurf zur Kommunalisierung der Charlottenburger Wasserwerke, Drucks. Nr. 483, und den Ausschlußbericht, Drucks. Nr. 980, der Reichsregierung als Material zu überweisen.

11 Nr. 1 Abs. 1 des Antrags Heilmann beinhaltet lediglich die Forderung, die Kommunalisierung des Charlottenburger Wasserwerks durch die Reichsgesetzgebung anzustreben.

ESSER: Vom Standpunkt des Handwerks aus muß ich bedauern, daß es sehr viel Entrüstung hervorgerufen hat, daß der Rechtsweg ausgeschlossen werden soll. Er spricht sich für den Antrag Herold aus.

HIRTSIEFER spricht sich *für* den Antrag Heilmann aus.

MÜLLER (Prüm) spricht sich für den Antrag Herold aus.

BUSCH spricht sich für die *Geschlossenheit* der Fraktion aus und für den Antrag Herold.

Dr. REINEKE spricht sich für den Antrag Herold aus.

Dr. PORSCH spricht sich für den Antrag Herold aus und bittet, *einmütig* diesen Standpunkt einzunehmen.

GRONOWSKI spricht sich für den Absatz a¹² aus.

Zu Punkt 2 [Beratung des Antrags Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Kommunalisierung und Verstaatlichung des Lebebildwesens – Drucksache Nr. 1031]: FASSBENDER spricht sich *gegen* den Antrag Hoffmann aus. Die Zensur muß gefordert werden und Konzessionspflicht für Fabriken und Unternehmer.

Zu Punkt 3 [Beratung des Antrags Dr. Ing. Kloß usw. [DNVP] über die Assistenten des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Landwirtschaft zu Bromberg – Drucksache Nr. 1057]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt 4 [Beratung des Antrags von Kessel usw. [DNVP] auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker – Drucksache Nr. 1150] *und 10* [Beratung der förmlichen Anfrage Kaulen usw. [Z] über die Sicherung der Zuckerversorgung – Drucksache Nr. 1064]: Ausschuß zu überweisen.

12 In Nr. 1a des Antrags Heilmann wurde die Forderung aufgestellt, die Entschädigung lediglich gemäß dem mittleren Wert der Aktien zu bemessen.

92.

2. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Antrag Merx u. Gen. bezüglich der Wochenbeihilfe für Lehrer und Beamte wird angenommen.¹

1 Kleine Anfrage Merx (Cöln) usw. [Z] über die Wochenhilfe für Beamte und Lehrer, Drucks. Nr. 1350.

3. Anfragen Andres u. Gen. wegen Kartoffellieferung² und Ankauf von Fahrkarten³ wurden angenommen. Die letzte Anfrage soll zunächst zurückgestellt werden. Auch die erste Anfrage soll doch noch zunächst besprochen werden.

4. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

*Provinzialautonomie*⁴:

Hierzu berichtete SCHULTE.

Dr. Lauscher wird dazu sprechen.⁵

Groß-Berlin.⁶

Hierzu berichteten Dr. FASSBENDER und LINZ.

Dr. Faßbender wird dazu sprechen.⁷

GOTTWALD spricht sich *gegen* die Vorlage aus.

2 Kleine Anfrage Andres usw. [Z] über Belästigung der Landwirte durch Beschlagnahmen und Nachrevisionen, Drucks. Nr. 1395. Die Anfrage wurde unter dem 3. Dezember 1919 eingebracht.

3 Nicht nachgewiesen.

4 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände – Drucksachen Nr. 604, 991, 1170, 1172“. Vgl. dazu Nr. 84 Anm. 3 und 5.

5 Lauscher sprach dazu nicht, da die Vorlage in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 an den 16. Ausschuß zurückverwiesen wurde. Vgl. Sp. 6989.

6 Dabei handelte es sich um den Tagesordnungspunkt „Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin – Drucksache Nr. 1286“.

7 Rede Faßbenders in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919, Sp. 7030-7033.

93.

3. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. RHIEL berichtete über eine Besprechung bezüglich der Verreichlichung der Eisenbahnen.¹ Die Fraktion ist damit einverstanden, daß die Eisenbahnen zum 1. April 1920 übergehen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die finanzielle Seite in befriedigender Weise für Preußen erledigt werden wird.

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums² eingetreten:

1 In der Besprechung des parlamentarischen Beirats am 29. November 1919 war beschlossen worden, daß die Fraktionen der preußischen Landesversammlung bis zum 3. Dezember 1919 zur Übertragung der preußischen Eisenbahnen auf das Reich Stellung nehmen sollten. Vgl. Drucks. Nr. 2115.

2 Auf der Tagesordnung stand die „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1919, und zwar Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, und

WILDERMANN: Unser Redner muß unseren Standpunkt *scharf* betonen, es ist besonders darauf Gewicht zu legen, daß die Andersdenkenden auf uns Rücksicht nehmen.

Es nehmen weiter das Wort: Dr. SCHMITTMANN, GOTTWALD, GRONOWSKI, SCHMIDT (Conz), KAMP.

Es wurde im allgemeinen betont, daß es dringend erwünscht sei, daß der Fraktionsredner und der Referent anwesend seien.³

OPPENHOFF betont, daß die Anregungen *früher* geltend gemacht werden, damit die Redner sich eher darauf einrichten können.

Frl. STOFFELS: Es stehen auch verschiedene Anträge zur Beratung. Darauf muß von den Rednern noch eingegangen werden.

Von WANGENHEIM bittet auch, daß ein Redner ihrer Partei zu Worte komme.⁴

KRUG entschuldigt das Nichterscheinen des Dr. Lauscher.

BRUST: Die Ausführungen von Gronowski können am besten beim Volksschulwesen angebracht werden.

3. Förmliche Anfrage Dr. Heß, Dr. Lauscher und Schüling wegen Beschlagnahme von Waren für das *besetzte* Gebiet soll zunächst zurückgestellt werden.⁵

zwar Ministerium, Kultus und Unterricht allgemein, Evangelischer Oberkirchenrat usw., Bistümer usw. – Drucksache Nr. 1250 A“.

3 Fraktionssprecher beim Kultusetat war Lauscher. Bei den Ausschußberatungen fungierte er auch als Referent für die Etateile „Kunst und Wissenschaft“ und „Allgemein“. Vgl. Drucks. Nr. 1250 A, Sp. 1 f.

4 Für die Deutsch-Hannoversche Partei sprach Prella in der 89. Sitzung am 3. Dezember 1919, Sp. 7153-7155.

5 Nicht nachgewiesen.

94.

4. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup und unbekannte Handschrift. Schluß 11.10 Uhr.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Anfrage Krug wegen der Wohnungsinsanspruchnahme im besetzten Gebiet wurde angenommen.¹

3. Anfrage Esser wegen Erhaltung von Eupen und Malmedy beim Deutschen Reich wurde angenommen.²

1 Dringende kleine Anfrage Krug usw. [Z] über die Beschaffung von Wohnungen für die Besatzungstruppen im Rheinland, Drucks. Nr. 1400.

2 Kleine Anfrage Esser usw. [Z] über die Abtretung von Moeresnet, Eupen und Malmedy, Drucks. Nr. 1401.

4. Anfrage Kley wegen Wohnungsmangels wurde angenommen.³

5. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten:

Kultusetat:

Es berichtete Dr. HESS über den Inhalt seiner Rede.⁴

GRONOWSKI: 1) Es muß für das Volksschulwesen mehr getan werden. 2) Für die Provinzen muß mehr für die Musik getan werden.

GRONOWSKI teilt aus einer ministeriellen Sitzung mit, daß die Sozialdemokraten den Standpunkt vertreten, daß die Eisenbahnverbände direkt mit dem Ministerium Tarifverträge abschließen können. Es wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß von jeder Fraktion ein Vertreter zur Beratung entsandt wird.⁵

SCHMIDT (Conz) weist darauf hin, daß der Landesversammlung auch ein bestimmender Einfluß auf die Tarifverträge gewährt werden muß.

GRONOWSKI: Die Fraktion ist gedeckt durch die Hinzuziehung eines Vertreters.

SCHMIDT (Conz) unterstreicht seine Ansicht; wünscht, daß Abg. Gronowski teilnimmt. Wir können uns auf die Dauer gegen die radikalen Tendenzen nicht stemmen.

Abg. GRONOWSKI widerspricht.

Abg. BERGMANN wünscht starke Haltung.

Eine kleine Anfrage Lauscher u. Gen. betr. Fleisch und Fischversorgung des besetzten Gebiets wird nach Befürwortung der Abg. KLEY und SCHÜLING angenommen.⁶

Dr. HESS berichtet über die Sitzung des verstärkten Unterrichtsausschusses am 2. Dezember, den Protest bezüglich der Preußischen Lehrerzeitung⁷ und den Beschluß des Ausschusses, am 9. Dezember eine Sitzung abzuhalten. Dies bedeutet Vergewaltigung der Minderheit. Der Ältestenausschuß soll damit befaßt werden.

Der Vorsitzende wünscht Beschwerde beim Präsidenten.

Abg. LAUSCHER schlägt interfraktionelle Besprechung vor.

Der Vorsitzende stellt Einwirkung durchs Reich anheim.

Die Abg. Frau STOFFELS und Dr. LAUSCHER zeigen, daß erst die Regierung auf die kirchenfeindlichen Paragraphen des Schuldeputationsgesetzes keinen größeren

3 Kleine Anfrage Kley (Neuwied) usw. [Z] über die Kohlennot der rheinischen Schwemmsteinindustrie, Drucks. Nr. 1399.

4 Rede Heß zum Etatteil „Kunst und Wissenschaft“, Drucks. Nr. 1329, in der 90. Sitzung am 4. Dezember 1919, Sp. 7271-7284.

5 Ab hier unbekannte Handschrift.

6 Kleine Anfrage Dr. Heß usw. [Z] über die Fischversorgung im besetzten Gebiet, Drucks. Nr. 1402.

7 In einem Artikel der Preußischen Lehrerzeitung Nr. 187 vom 20. November 1919 waren schwere Vorwürfe gegen den Ausschußvorsitzenden Heß und die Zentrumsparlei wegen der Verschleppung des Schuldeputationsgesetzes erhoben worden. Dagegen hatte Lauscher in der Sitzung des verstärkten Unterrichtsausschusses am 2. Dezember 1919, 19 Uhr, protestiert. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D X f, Nr. 2, Bd. 1.

Wert gelegt habe, während jetzt Haenischs Ausführungen eine Schwenkung nach links verraten.

Abg. Dr. REINEKE bringt Antrag ein bezüglich Beteiligung der Privatfirmen etc. im Wiederaufbaugebiete.⁸ – Angenommen.

8 Antrag Dr. Reineke usw. [Z] über die Hinzuziehung von Vertretern der Privatarchitekten zum Wiederaufbau von Nordfrankreich, Drucks. Nr. 1408.

95.

5. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Beamtenfragen

Dr. REINEKE ist der Ansicht, daß die ständigen Teuerungszulagen nicht gebilligt werden können, denn dann kommen die Arbeiter auch und die Sache nimmt kein Ende.

Dr. HESS: Ich bin entschieden anderer Ansicht. Wenn andere Parteien vorgehen, dürfen wir nicht zurückbleiben.

KAMP: Der tiefere Grund liegt in den unhaltbaren Verhältnissen der Beamten. Die Notlage der Beamten ist groß.

Dr. TEWES: Gegen Abs. 1 des Antrages¹ liegen keine Bedenken vor. Bedenken liegen gegen Abs. 2² vor, wie auch Dr. Reineke vorgetragen hat.

MERX: Es muß für die Beamtenschaft gesorgt werden.

BEYER: Ich stimme den Ausführungen des Dr. Heß in allen Punkten bei.

SCHMIDT (Conz): Es muß für die Beamten etwas geschehen. Wir stehen nicht vor dem Ruin, sondern sind schon mitten drin. Die verfehlte Wirtschaftspolitik ist an dem Ruin schuld. Wird die Zwangswirtschaft aufgehoben, dann werden die Lebenspreise zweifellos auch höher. Solange man dem Handel die Hände noch bindet, wird es nicht besser. Es muß nach einem besonderen Plan gearbeitet werden.

SCHÜLING: Wir haben die *gesamten* Interessen des Volkes zu vertreten. Ich bitte dringend, dem gestellten Antrage zuzustimmen.

1 Es handelt sich dabei um den Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD,Z,DDP] über die Neuregelung des Beamtenbesoldungswesens und die Erhöhung der Teuerungszulagen, Drucks. Nr. 1422, der am 6. Dezember 1919 als Antrag der Koalitionsparteien eingebracht wurde. Abs. 1 forderte die Staatsregierung auf, „entsprechend der für das Reich bestimmt in Aussicht gestellten Besoldungsregelung auch für Preußen bis spätestens zum 1. April 1920 oder mit Wirkung von diesem Tage ab eine *Neuregelung des Besoldungsgesetzes* vorzunehmen“.

2 Abs. 2 forderte, „bis zu dieser Neuregelung die laufenden *Teuerungszulagen* der Staatsbeamten entsprechend den verschärften Teuerungsverhältnissen ab 1. Januar 1920 zu erhöhen.“

BRUST: Wir wenden uns nicht gegen die *Besoldungsordnung*. Gegen Punkt 2 richten [sich] unsere Bedenken. Es wird dazu kommen, auch einen *Arbeiterverschuß* zu bilden. Punkt 3 muß eingeschaltet werden „soweit nicht bereits eine Erhöhung stattgefunden hat“.

BLANK: Ich bitte, dem Antrage zuzustimmen.

HIRTSIEFER: Wir müssen auf die Reichsregierung drücken, daß andere Wege eingeschlagen werden.

GOTTWALD: Den Beamten muß geholfen [werden]. Wer nicht etwas zuzusetzen hat, kann nicht auskommen.

WILDERMANN: M. E. muß dahin gestrebt werden, daß ein allgemeiner Antrag aller Fraktionen eingebracht wird.

Dr. PORSCH: Bisher ist noch keine Rücksicht auf die *Rentner* genommen worden.

BLANK: Die Beamten erwünschen zu Weihnachten *Vorschüsse*.

SCHMIDT: Ich bin entschieden dagegen. Wir haben damit schlechte Erfahrungen gemacht.

GOTTWALD: Ich bin auch ein Gegner der *Gehaltvorschüsse*.

Es soll nochmals im Beamtenausschuß verhandelt werden.

SCHÜLING: Dem Antrag der Polizeiwachtmeister auf Erhöhung in die mittlere Beamtenklasse³ bitte ich nicht zuzustimmen.

Die Fraktion ist auch dieser Ansicht.

KAULEN trägt einen Artikel vor, nach welchem die Entente das Reichsnotopfer beschlagnahmen werde.⁴

GOEBEL: Es soll ein Antrag gestellt werden, den Titel „Gerichtsschreiber“ zu ändern.⁵

ALTEGOER: Die Fortbildungsschule soll dem Kultusministerium unterstellt werden.⁶ Das müssen wir entschieden ablehnen.

3 Vgl. Nr. 56 Anm. 8

4 Um welchen Artikel es sich handelt, konnte nicht ermittelt werden. Allerdings erhob auch der demokratische Abgeordnete Dr. Friedberg in der Landesversammlung den Vorwurf, daß das Reichsnotopfer von der Entente beschlagnahmt werden könne. Vgl. 101. Sitzung am 17. Dezember 1919, Sp. 8271 f. Dies wurde vom Reichsjustizministerium bestritten. Vgl. KV Nr. 989 vom 19. Dezember 1919.

5 Nicht nachgewiesen.

6 Gemeint ist der Antrag Frau Jaquet usw. [SPD] über das Fortbildungswesen, Drucks. Nr. 400. Der Antrag wurde zurückgezogen. Vgl. Sp. 16217 (Sachweiser).

96.

6. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Es wurde sodann der Arbeitsplan von dem Vorsitzenden bekanntgegeben.¹
3. Grundsätzlich ist die Fraktion damit einverstanden, daß Dr. Klöcker als Sekretär des Landesausschuß-Sekretariats zu den Fraktionssitzungen zugelassen werde.
4. Antrag Merx (Antrag der Mehrheitsparteien) auf Hebung der gehobenen Unterbeamten in die Klasse der mittleren Beamten wurde angenommen.²
5. Kleine Anfrage Richtarsky wegen Angebots einer Firma Rosenthal von Liebau über Dänemark von Heeresbeständen etc. wird angenommen.³

Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Frl. STOFFELS berichtet über die Mädchenerziehung und das Zölibat der Lehrerinnen, über die Fortbildungsschulen.⁴

Dr. LAUSCHER: Der Antrag Dr. Wegscheider wegen des Zölibats ist im Ausschuß *nicht* angenommen worden. Sämtliche bürgerliche Parteien haben sich dagegen ausgesprochen. Der Antrag wurde daraufhin zurückgezogen. Es wurde ein anderer Antrag eingebracht, der die Regierung ersucht, auf die Reichsregierung einzuwirken.⁵ Wir dürfen unseren Standpunkt nicht als verloren betrachten.

KAMP: Im allgemeinen bin ich mit den Ausführungen des Frl. Stoffels einverstanden. Eine Trennung der Knaben und Mädchen ist durchzuführen. Nur wenn im Unterricht Schwierigkeiten entstehen, können wir diesen Grundsatz nicht durchführen.

BUSCH: Ich bin entschieden dagegen, daß die Fortbildungsschulen sämtlich dem Kultusministerium unterstellt werden, insbesondere aus politischen Gründen.⁶

1 Der Arbeitsplan der Landesversammlung war in der Sitzung des Ältestenrates am 6. Dezember 1919, 10.13 bis 11.07 Uhr, festgelegt worden. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

2 Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD,Z,DDP] über Rangerhöhung für die gehobenen Unterbeamten, Drucks. Nr. 1409.

3 Kleine Anfrage Richtarsky usw. [Z] über die Verschiebung von militärischen Lederwaren ins Ausland, Drucks. Nr. 1417.

4 Stoffels war Fraktionsrednerin zum Etat des Volksschulwesens. Vgl. 92. Sitzung am 6. Dezember 1919, Sp. 7469-7476.

5 Der Antrag Wegscheider (SPD) war Antrag 11 des Ausschusses, abgedruckt in Drucks. Nr. 1250 A, S. 1640. Der Antrag forderte unter Hinweis auf § 128 Abs. 2 der WRV die Beseitigung der Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte. Insbesondere war damit die von Lehrerinnen geforderte Ehelosigkeit gemeint. Der Antrag fand keine Mehrheit, da dagegen Bedenken aufgrund der Ehegesetzgebung des BGB erhoben wurden. Deshalb wurde in einem neuformulierten Antrag an die Staatsregierung appelliert, auf die beschleunigte Durchführung des § 128 Abs. 2 hinzuwirken. Vgl. Drucks. Nr. 1250 A, S. 1646.

6 Vgl. dazu Nr. 95 Anm. 6.

ALTEGOER stimmt den Ausführungen des Vorredners zu.

Frl. Dr. LAUER: Auch müssen wir als obligatorisches Unterrichtsfach den Unterricht über Säuglingspflege und Gesundheitspflege verlangen. Ich bin *gegen* den *Zwangskindergarten*. Nur ist er angebracht für die Kinder, die mit dem 6. Jahre noch nicht schulfähig sind.

KRUG: Es muß besonders darauf hingewiesen werden, daß weder Lehrerinnenstellen in Lehrerstellen noch umgekehrt Lehrerstellen in Lehrerinnenstellen umgewandelt werden. Bezüglich der Fortbildungsschulen muß hervorgehoben werden, daß diese den *verschiedenen* Ministerien belassen werden aus den Gründen, die Brust und Altegoer angegeben haben. Hinsichtlich des *Kindergartens* muß scharf darauf hingewirkt werden, daß es *nicht* obligatorisch ist, daß die nicht schulpflichtigen Kinder denselben passieren.

BEYER: Es ist darauf hinzuweisen, daß die Schülerinnen auch den *Haushalt* lernen. Sie müssen für das *praktische* Leben erzogen werden.

Frl. Dr. LAUER: Für die Fortbildungsschulen müssen wir *besondere Fachbildung* verlangen.

Frl. STOFFELS begrüßt die Anregungen der Vorredner, und sie wird sie entsprechend verwerten.⁷

6. Antrag Jakoby u. Gen. auf Lieferung von Kraftfutter für die besetzten Gebiete wurde angenommen.⁸

7 Die Anregungen aus der Fraktionsbesprechung griff Frau Stoffels fast vollständig auf. Lediglich auf die Frage nach der Unterstellung der Fortbildungsschulen unter das Kultusministerium ging sie nicht ein, da der Antrag zurückgezogen wurde.

8 Antrag Jakoby-Raffauf usw. [Z] über die Versorgung der besetzten Gebiete mit Kraftfutter, Drucks. Nr. 1423.

97.

9. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank.

KAULEN wünscht eine bestimmte Erklärung der Partei herbeizuführen bezüglich der Stellung zur Aufhebung der Zwangswirtschaft.¹ Er schlägt Verhandlungen diesbezüglich mit der Reichstagsfraktion vor.

BUSCH unterstützt den Antrag.

1 Am 9. Dezember 1919 beriet der Landwirtschaftsausschuß den Antrag von Kessel usw. [DNVP] auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker, Drucks. Nr. 1150. Kaulen nahm als Stellvertreter an dieser Sitzung des Ausschusses teil. Vgl. den Ausschlußbericht Drucks. Nr. 1508. Eine Erklärung der Partei zur Zwangswirtschaft ließ sich in diesem Zusammenhang nicht ermitteln.

Dr. REINEKE schlägt vor, eine Resolution zunächst lediglich bezüglich des Zuckers einzubringen.

Die Fraktion stimmt dem zu.

Dr. REINEKE macht dann unter Verlesung eines Briefs auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die der Partei in landwirtschaftlichen Kreisen drohen.

Dr. LAUSCHER erklärt, daß die Situation z. Zt. immer unhaltbarer geworden sei für das Zentrum. Man müsse ernsthaft mit dem Austritt aus der Regierung rechnen, wenn die Schulpolitik der Sozialdemokratie fortgesetzt werde.² Er als Geistlicher könne nicht länger die Sache ertragen und trage sich ernsthaft mit Gedanken, sein Mandat niederzulegen.

Dr. SCHMITT stellt sich auf denselben Standpunkt.

Die Fraktion ist nach Anhörung des Vorsitzenden [PORSCH] damit einverstanden, daß sofort noch heute mit Trimborn und der Reichstagsfraktion Fühlung genommen wird und daß wir entweder Hilfe von dort bekommen oder freie Hand erhalten, eventuell aus der Regierung auszutreten. Verschiedene Redner stimmen dem zu und ist die Fraktion ziemlich einmütig in dieser Frage.

Zur Tagesordnung:

In der Eingemeindungsfrage Hannovers³ soll Kommissionsberatung beantragt werden.

HEROLD erklärt, daß Trimborn ihm mitgeteilt, daß der Reichskanzler mit Haenisch gesprochen [habe] und größere Rücksichtnahme auf das Zentrum unbedingt erforderlich sei. Haenisch habe dies zugesagt.

Dr. LAUSCHER erklärt, daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei im Unterrichtsausschusse sich auch nicht an die Abmachungen der Parteivorsitzenden halten. Er bittet, die vorherige Stimmung der Zentrumsfraktion nicht abzuschwächen und den gefaßten Beschluß auszuführen.⁴

DINSLAGE unterstützt die Forderung Lauschers. Auch er wünscht, daß die Schulgesetzgebung zurückgestellt werde.

2 Der Konflikt zwischen Zentrum und SPD wegen der Schulpolitik spitzte sich Anfang Dezember 1919 zu. Zuletzt hatte die SPD-Fraktion am 6. Dezember 1919 beantragt, die Lehrerbildungsanstalten in „höhere Lehranstalten auf simultaner Grundlage“ umzuwandeln (Antrag König, Drucks. Nr. 1378), was der Abgeordnete Kley in der KV Nr. 969 vom 12. Dezember 1919 als Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Zentrum scharf zurückwies. Vgl. Hömig, S. 61. Vgl. auch Anm. 4.

3 Gesetzentwurf, betr. Erweiterung des Stadtkreises Hannover, Drucks. Nr. 1407.

4 Lauscher drohte daraufhin in der Sitzung des verstärkten Unterrichtsausschusses am 9. Dezember 1919 mit dem Austritt aus der Regierung, wenn die bisherige Schulpolitik fortgesetzt werden sollte. Vgl. Drucks. Nr. 2939, Sp. 4852, 4847. Vgl. dazu auch KV Nr. 965 vom 10. Dezember 1919, KV Nr. 969 vom 12. Dezember, KV Nr. 975 vom 14. Dezember und KV Nr. 977 vom 15. Dezember 1919. Zum Fortgang des Konflikts vgl. Nr. 101 Anm. 5.

98.

10. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Kleine Anfrage Kley wegen des Kartoffelmangels im besetzten Gebiet wurde genehmigt.¹
3. Die Fraktion ist damit einverstanden, daß der interfraktionelle Ausschuß für die Bearbeitung des Gesetzes betr. die Unterbringung der Beamten in den besetzten und abzutretenden Gebieten *der Stärke der Fraktionen* entsprechend zusammengesetzt werde.²

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

GREBE referierte über den Inhalt seiner zu haltenden Rede zum Kultusetat.³

Frl. WRONKA referierte ebenfalls über den Inhalt der von ihr zu haltenden Rede.⁴

BEYER: Er stimmt den Ausführungen der Vorredner im allgemeinen zu. Er weist auch besonders darauf hin, daß dem Kultusminister gesagt wird, er solle nicht die Anstalten besuchen, sondern dies den Schulräten überlassen. In Schlesien müssen Oberlehrer angestellt werden, die der *polnischen* Sprache mächtig sind. Man soll darauf dringen, daß der Unterricht in der *polnischen* Sprache *obligatorisch* werde.

FASSBENDER regt an, daß Theateraufführungen unterbleiben, die das katholische Gefühl verletzen.

KLEY: Er weist darauf hin, daß die ethischen Fächer berücksichtigt werden und zwar mehr wie früher.

Prof. FASSBENDER redet zu den technischen Hochschulen.⁵

4. Antrag Dr. Lauer u. Gen. bezüglich der Unterrichtsfächer Gesundheit und Säuglingspflege als *obligatorische* Fächer aufzunehmen [!]⁶ wurde zurückgestellt.

1 Kleine Anfrage Kley (Neuwied) usw. [Z] über die Kartoffelversorgung im besetzten Gebiet des Westens, Drucks. Nr. 1435.

2 Auf Antrag des Abg. Rosebrock (SPD) wurde in der 97. Sitzung am 13. Dezember 1919 der 18. Ausschuß zur Beratung der Verhältnisse der Beamten in den abzutretenden Gebieten eingesetzt. Vgl. Sp. 7993.

3 Rede Grebes zum Etaireil „Provinzialschulkollegien, Prüfungsamter, Höhere Lehranstalten“ in der 95. Sitzung am 11. Dezember 1919, Sp. 7787-7801.

4 Rede Wronkas zum selben Etaireil in der 95. Sitzung am 11. Dezember 1919, Sp. 7857-7863.

5 Rede Fassbenders in der 94. Sitzung am 10. Dezember 1919, Sp. 7685-7693.

6 Der Antrag wurde am 15.12.1919 als Antrag Frau Dr. Lauer usw. [Z] zur III. Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919 (Gesundheitslehre und Kinderpflege), Drucks. Nr. 1489, gestellt.

99.

12. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. [. . .]¹

2. RHIEL berichtet über den Ausschuß des Etats des Hauses.² Es ist auch die Frage erörtert [worden], ob dem Präsidenten des Hauses eine Aufwandsentschädigung gewährt werden solle.³ Darüber sollen die Fraktionen beraten. Auch darüber sollen die Fraktionen beraten, ob die Anträge zum Kultusetat in der Form der Entschließungen angenommen werden sollen.

Dr. HAGER: Ich bin dafür, die Aufwandsentschädigung zu bewilligen. Es muß die Möglichkeit gegeben werden, daß auch arme Leute Präsident werden.

BRUST: Ich bin der Ansicht des Vorredners, aber nicht 20 000 Mk, sondern 15 000 Mk auch noch für *dieses* Jahr.

Dr. PORSCH: M. E. muß [man] dem Präsidenten die gleiche Aufwandsentschädigung geben wie dem *Reichstags*präsidenten, aber nicht mit rückwirkender Kraft.

GRONOWSKI: Ich bin auch für die Bewilligung von 1. Januar 1920 ab.

Dr. PORSCH: Was die Anträge angeht, so müssen diese gemeinschaftlich gestellt werden.

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten:

Es wurden die Abstimmungen durchgenommen:

Zu I:⁴ Sämtliche Nummern mit *ja* mit Ausnahme der Nr. 8, 16, 26, 29, 30, 33, 32,

zu II:⁵ 8 nein, 13, 18, 31, [44] *Drucksache 1378 nein, Drucksache 1380 ja*, 52, 68, 69, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 89, 117, 130.

1 Zum ersten Punkt wurde nichts protokolliert.

2 Rhiel war Berichterstatter des Hauptausschusses für den Etat-Titel „Haus der Abgeordneten“. Der Etat war dem Ausschuß am 9. Dezember 1919 überwiesen worden.

3 Vgl. zu den Beratungen des Hauptausschusses das Wortprotokoll der 67. Sitzung vom 11. Dezember 1919, 19-22 Uhr, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I, Nr. 32h, Beiheft 1, Bd. 4. Es ging dabei um die Frage, ob in Tit. 6 des Kap. 41 ergänzend eine Aufwandsentschädigung für den Landtagspräsidenten vorgesehen werden sollte.

4 Die folgenden Nummern beziehen sich auf die Anträge zum Tagesordnungspunkt 6: Haushalt der Provinzialschulkollegien, Prüfungsämter, Höheren Lehranstalten. Vgl. 96. Sitzung vom 12. Dezember 1919, Sp. 7875-7877.

5 Die folgenden Nummern sind die Abstimmungen über die Anträge zum Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Tagesordnungspunkte 7 bis 166. Vgl. 96. Sitzung vom 12. Dezember 1919, Sp. 7942-7975.

100.

12. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Für die Kommission der Abbauwirtschaft¹ wurden gewählt: Richtarsky, Dr. Reineke, Dr. Tewes, Bergmann und Sprenger oder Schüling.
3. GRONOWSKI berichtet über die Konferenz wegen der Verfassungsvorlage²: *Linz* tritt für die Schaffung eines *Staatsrats* ein gegen einen *Präsidenten*. *Leinert* lehnte den Staatsrat ab und trat für den *Präsidenten* ein. Eine Einigung wurde nicht erreicht. *Jansen* erklärte einen Antrag seiner Fraktion, daß man mit den einzelnen Länderstaaten in Verbindung eintreten soll für den Einheitsstaat. *Freund* tritt für den *Staatspräsidenten* ein. Auffällig war der Gegensatz zwischen Gräf und Leinert. Erster war entschieden *gegen* einen *Präsidenten*. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß eine Resolution eingebracht werden [soll], möglichst den *Einheitsstaat* zu erreichen.³ Es kam auch die Aufwandsentschädigung für den *Präsidenten* des Hauses zur Sprache.⁴

VOGELSANG: M. E. ist die Angelegenheit bis zur Erledigung der Verfassung zurückzustellen.

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses werden beauftragt zu sagen, daß sie prinzipiell dafür seien, müßten sich aber die Stellungnahme vorbehalten.

4. Dr. REINEKE berichtete über das Privatbergregal⁵, anschließend den Antrag Hue.⁶ Der sozialdemokratische Antrag verstößt *gegen* die *Reichsverfassung*. Er will *ohne* Entschädigung die Enteignung. Durch besonderes Reichsgesetz wäre zu erreichen, daß eine Enteignung *ohne* Entschädigung durch Überführung auf den

1 Um welche Kommission es sich dabei handelte, wurde nicht ermittelt.

2 In der Sitzung des preußischen Staatsministeriums vom 3. Dezember 1919 war beschlossen worden, „daß zunächst interfraktionelle Besprechungen über die Frage der Schaffung eines retardierenden Moments gegenüber dem Landtage stattfinden sollen.“ Mit der Einberufung der Sitzung wurde der Ausschußvorsitzende Gräf (Frankfurt) beauftragt. Vgl. den Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums vom 3. Dezember 1919, in: GStA Merseburg, Rep. 77 tit. 496 Nr. 188, Bd. 1, fol. 145. Vgl. zu dieser interfraktionellen Besprechung auch die Protokolle der DDP-Fraktionssitzungen vom 5. und 12. Dezember 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 108 und 111.

3 Daraus wurde der Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP,SPD,Z] zur III. Beratung der Haushaltspläne für 1919 (Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat), Drucks. Nr. 1467 vom 13. Dezember 1919. Vgl. Nr. 101.

4 Vgl. Nr. 99 Anm. 3. In der 68. Sitzung des Hauptausschusses am 12. Dezember 1919, 19 bis 19.30 Uhr, wurde darauf verzichtet, einen Antrag zur Einführung einer Aufwandsentschädigung für den Landtagspräsidenten zu stellen, so daß sich dadurch diese Frage erledigte. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I V, 32h, Beiheft 1, Bd. 4.

5 Gesetzentwurf zur Sicherung der Überführung der Privatbergregale an den Staat, Drucks. Nr. 1463.

6 Antrag Hue usw. [SPD] über die Verwendung der Regalabgaben von Privatbergwerken, Drucks. Nr. 1249.

Staat durchgeführt würde. Der Antrag stellt uns eine Falle. Wir müssen einen Ausweg suchen. Wenn auch allgemein die großen Einkünfte für die Einzelpersonen nicht zu begrüßen sind, so dürfen wir doch den *Rechtsboden nicht* verlassen.

VOGELSANG: Der Antrag Hue ist für uns sehr unangenehm. Er will die Ablösung der Privatbergregale *ohne* jede Entschädigung. Dagegen hat sich die Fraktion ja bereits bei Lesung des Bergetats ausgesprochen.⁷ Man muß sagen: 1) Wir sind mit dem Ziel des Antrags einverstanden. 2) Wir wünschen die Regelung im *Reich*. 3) Wenn Preußen die Regelung selbst vornehmen will, dann ist es an die [in der] Reichsverfassung festgelegten Bestimmungen gebunden.

Ein Antrag soll noch formuliert werden.⁸

⁷ Bei der II. Lesung des Bergetats brachte das Zentrum den Antrag Reineke, Drucks. Nr. 1195, ein, der die Ablösung der Privatbergregale nur „gegen angemessene Entschädigung“ forderte. Dieser Antrag wurde in der 81. Sitzung am 14. November 1919 im Plenum angenommen. Vgl. Sp. 6415.

⁸ Nicht nachgewiesen.

101.

13. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank.

1. Zur Tagesordnung:

Die Fraktion ist für Eingemeindung Lindens.¹

Für die Abänderung des Gesetzentwurfs betr. Rest-Posen ist die Fraktion.²

¹ Gesetzentwurf, betr. Erweiterung des Stadtkreises Hannover, Drucks. Nr. 1407.

² Der Gesetzentwurf, betr. den Provinzialausschuß der Restprovinz Posen, Drucks. Nr. 1410, sollte die Verwaltung in der Restprovinz regeln. Durch die Abtrennung des größten Teils der Provinz Posen infolge des Friedensvertrags waren der Provinziallandtag und der Provinzialausschuß nicht mehr funktionsfähig. Es sollte darauf verzichtet werden, für die Restprovinz einen Provinziallandtag zu bestellen. Vielmehr sollte der Provinzialausschuß die Befugnisse des Provinziallandtages wahrnehmen. Dazu wurde die Stärke des Provinzialausschusses der Restprovinz Posen auf 7 Mitglieder und 6 Stellvertreter festgesetzt. Mitglieder des neuen Provinzialausschusses sollten die Mitglieder des bisherigen Provinzialausschusses sein, die noch ihren Wohnsitz im bei Preußen verbliebenen Gebiet hatten. Da damit die vorgesehene Anzahl der Provinzialausschuß-Mitglieder nicht ausgeschöpft wurde, mußte die Frage der Zuwahl geregelt werden. Während der Regierungsentwurf vorsah, daß die aus dem alten Provinzialausschuß überkommenen Mitglieder diese Zuwahl ausführten, wurde im Laufe der Ausschußberatungen die Ergänzung durch die preußische Staatsregierung beschlossen. Vgl. den Antrag des Gemeindeausschusses zu seinem mündlichen Bericht über den Gesetzentwurf, betr. den Provinzialausschuß der Restprovinz Posen (Nr. 1410), Drucks. Nr. 1457. Da die Zentrumsfraktion mit dieser Beschlußfassung nicht einverstanden war, schloß sie sich einem Änderungsantrag Hergt (DNVP), Drucks. Nr. 1461, an, der im wesentlichen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage be-

2. Mitteilung

Der Vorsitzende [PORSCH] verliest die Eingänge.

Dem Antrag Dr. Lauer betr. Mädchenschule p.p.³ Die Fraktion stimmt zu.

GRONOWSKI trägt eine EntschlieÙung vor, betr. Einheitsstaat, die seitens der Demokraten vorgelegt wurde.⁴

LINZ spricht dagegen. Wir müssen dem Lande eine Verfassung geben, dazu sind wir gewählt.

WILDERMANN ist auch gegen die EntschlieÙung. Er stimmt einer kurzen EntschlieÙung zu, die die Regierung drängt, daß sie der Frage des Einheitsstaates näher tritt.

Der Präsident schlägt vor, jedem Abgeordneten ein Exemplar der EntschlieÙung zu geben.

BERGMANN tritt dafür ein, daß Preußen die Verhandlungen nicht führen kann. Das muß das Reich machen.

Dr. LAUSCHER vertritt denselben Standpunkt.

Der Präsident bedauert sodann, daß in den letzten Tagen so viel Geschwätz aus der Fraktion dringt; insbesondere sei es bedauerlich, daß die Konferenz mit Ebert so vorzeitig bekannt geworden sei.⁵

FASSBENDER bedauert auch sehr die Indiskretion.

WILDERMANN ist dagegen der Ansicht, daß durch die amtlichen Stellen die Sache bekannt geworden sei.

LINZ berichtet zur III. Lesung des Etats über die Sache Fuchs-Trier.⁶ Die Regierung treffe keine Schuld, daß die Einreise noch nicht vorliegt. Er berichtet ferner über die Besetzung der Regierungspräsidentenstellen in Düsseldorf und Arnsberg.⁷

zweckte. Vgl. dazu die Stellungnahme Beyers (Oberschlesien) in der 98. Sitzung am 13. Dezember 1919, Sp. 8012.

3 Antrag Frau Dr. Lauer usw. [Z] zur III. Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für 1919 (Gesundheitslehre und Kinderpflege), Drucks. Nr. 1489.

4 Diese Initiative sollte von den Mehrheitsparteien ausgehen und noch vor Verabschiedung der preußischen Verfassung zur Schaffung eines Einheitsstaates führen. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 12. Dezember 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 111. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde der Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP, SPD, Z] zur III. Beratung der Haushaltspläne für 1919 (Grundlagen für den deutschen Einheitsstaat), Drucks. Nr. 1467, vom 13. Dezember 1919. Er forderte die preußische Regierung ohne Bezug auf die preußischen Verfassungsberatungen dazu auf, die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen der Länder Verhandlungen zur Schaffung eines Einheitsstaates aufzunehmen.

5 Dabei handelte es sich um eine Besprechung der Führer der Mehrheitsparteien aus dem Reich und Preußen unter Vorsitz des Reichspräsidenten am 12. Dezember 1919, nachmittags, um die schulpolitische Krise in Preußen beizulegen. Dies hatte die KV bereits in der Morgen-Ausgabe (Nr. 969) vom 12. Dezember 1919 gemeldet. Die Krise wurde dadurch beigelegt, daß beschlossen wurde, zu überprüfen, ob §3 der Gesetzentwurf, betr. Neubildung der Schuldeputationen (Mitgliedschaft der Ortspfarren in den Schuldeputationen) mit Art. 174 der WRV vereinbar sei. Vgl. KV Nr. 975 vom 14. Dezember 1919. Vgl. zum Hintergrund der Krise auch besonders KV Nr. 979 vom 15. Dezember 1919.

6 Vgl. zum „Fall Fuchs“ Nr. 65 Anm. 3.

Ferner berichtet er über die Machenschaften des Herrn Polizeipräsidenten Runge in Köln.⁸

Präsident PORSCH macht Mitteilung aus dem Ältestenausschuß.⁹ Die III. Lesung der Eingemeindung Lindens soll auf Antrag der Deutschnationalen erst am Montag stattfinden. Zur dritten Lesung des Etats sollen 2 Rednergarnituren gestellt werden. Beim Eisenbahnetat soll 1/2 Stunde gesprochen werden. Bei den anderen Etats 1/4 Stunde. *Beamtenanträge* zum 20. Januar auf der Tagesordnung.

7 Vgl. Nr. 73 Anm. 2.

8 Paul Runge (SPD) war Parteisekretär und Mitglied der preußischen Landesversammlung. Als Nachfolger von Glasenapps wurde er Kölner Polizeipräsident. Vgl. Drucks. Nr. 746. Im Februar 1920 wurde seine Ernennung publiziert. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 46 vom 24. Februar 1920. Anlaß für die Besprechung in der Zentrumsfraktion war eventuell Runges Plenarrrede vom 6. Dezember 1919 zum Volksschuletat. Darin hatte er diskreditierende Äußerungen aus dem Brief eines Herrn Marx zitiert. Allgemein wurde davon ausgegangen, daß es sich dabei um den Zentrumspolitiker Wilhelm Marx handle. Tatsächlich stammte der Brief jedoch von dem Trierer Official Dr. Marx. Vgl. KV Nr. 173 vom 3. März 1920 und KV Nr. 191 vom 10. März 1920.

9 Die Beschlüsse wurden in der Sitzung des Ältestenrates am 13. Dezember 1919, 11.08 bis 11.50 Uhr, gefaßt. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

102.

15. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Blank, gez. Blank.

Mit Rücksicht auf die schwache Besetzung der Fraktion wird zunächst in die Tagesordnung des Plenums eingetreten und die Mitteilungen zurückgestellt.

1. Zum Ausführungsgesetz zum Reichssiedlungsgesetz¹ wird Dr. Schulte sprechen.²

2. Dr. Müller (Prüm) wird zum 4. Teil sprechen.³

3. RICHTARSKY, RHIEL und mehrere andere fordern kleinen Ausschuß über die Adjazenten-Siedlung.

4. Die Fraktion ist sehr geteilt über diese Frage. Es soll eine Denkschrift oder Flugschrift zur Aufklärung der Wähler erarbeitet werden⁴, dem Generalsekretär diesbezügliche Mitteilung.

1 Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichssiedlungsgesetz vom 11. August 1919, Drucks. Nr. 783. Die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs stand auf der Tagesordnung des Plenums.

2 Rede Schulte in der 99. Sitzung am 15. Dezember 1919, Sp. 8029-8039.

3 Müller (Prüm) sprach in der 99. Sitzung am 15. Dezember 1919, Sp. 8065, 8066, 8067-8069.

4 Nicht nachgewiesen.

5. Die Besetzung des Beamten-Ausschusses⁵ wird zurückgestellt.

5 Gemeint ist der 18. Ausschuß zur Beratung der Verhältnisse der Beamten in den abzutretenden Gebieten, der durch Beschluß des Plenums in der 97. Sitzung am 13. Dezember 1919 eingesetzt worden war. Vgl. Nr. 98 Anm. 2. Der Ausschuß trat erst am 22. Januar 1920 zusammen. Stammitglieder vom Zentrum wurden Behrendt, Gospos, Krug, Merx, Schüling und Schulte. Vgl. Drucks. Nr. 41.

103.

16. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Anfrage Brackmann u. Gen. betr. Feststellung des Entwurfs der Städteordnung etc. wurde genehmigt.¹

2. Förmliche Anfrage Schüling u. Gen. bezüglich Preisfestsetzung der abzuliefernden Milchkühe wurde genehmigt.²

3. Anfrage Blank wegen Erhöhung der Semesterzahl für Landmesser zur dritten Lesung soll als Anfrage formuliert werden.³

4. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge bekanntgegeben.

5. HIRTSIEFER trägt die Äußerungen der Presse wegen der Besetzung des Regierungspräsidentenpostens in Düsseldorf und Arnberg vor⁴ und verlangt die Versetzung des sozialdemokratischen Regierungspräsidenten König von Arnberg nach Minden.

LINZ: Die Angelegenheit wird in diesen Tagen im Staatsministerium wieder zur Sprache kommen. Minister Stegerwald hat die Anregung schon gegeben.

Es wurde vorgeschlagen, daß an der Besprechung Hirtsiefer und Herold von der Fraktion teilnehmen sollen.

Dies wurde angenommen.

DINSLAGE: Die Angelegenheit in *Arnberg* eilt.

1 Kleine Anfrage Dr. Brackmann usw. [Z] über die kommunalpolitische Gesetzgebung in Hannover, Drucks. Nr. 1502.

2 Förmliche Anfrage Schüling usw. [Z] über die an die Entente abzuliefernden Milchkühe, Drucks. Nr. 1503.

3 Nicht nachgewiesen.

4 Vgl. Nr. 73 Anm. 2.

GRONOWSKI: M. E. ist es eine persönliche Angelegenheit von dem Minister Heine, daß er den König nach Arnsberg geschickt hat. Da König bestätigt ist, muß man dahin wirken, daß Düsseldorf anderweitig besetzt wird.⁵

STIELER: Wie die Behandlung in Westfalen bis jetzt gegangen ist, kann es nicht weitergehen.

BUSCH: Es ist heute ein Telegramm eingetroffen, daß die Franzosen die Einreiseerlaubnis des Fuchs genehmigt hätten.⁶ Es sei nur ein Gesuch dort eingelaufen.

LINZ: Die Sachlage ist anders. Das Gesuch ist dann von den Franzosen nicht rechtzeitig an die *zuständige* Stelle weitergegeben worden.

BUSCH: Der Minister des Innern hat die Schuld. Er hat nicht mit genügender Konsequenz die Sache Fuchs verfolgt.

Die Fraktion ist der Ansicht, die Besprechung im Ministerium des Innern muß noch *vor* den Ferien stattfinden.

6. LAUSCHER wird als *zweiter* Redner zum Etat sprechen.⁷

[7.] BUSCH: Es ist wünschenswert, wenn der Deutschnationalen Partei gegenüber betont wird, daß das Zentrum für die Landwirtschaft sicherlich soviel geleistet habe wie die Deutschnationale Partei.

8. WILDERMANN: Alles was Ausnahmebestimmungen waren, ist aufgehoben. Für Schulen ist nach wie vor die Genehmigung des Kultusministers erforderlich.

9. LAUSCHER: Es wäre wünschenswert, wenn ein kirchenpolitischer Ausschuß gebildet wird.

Diese Anregung wurde allgemein begrüßt.

10. Zum Eisenbahnetat wird Dr. Hager sprechen.⁸ Es wurden die einzelnen Anträge zur dritten Lesung des Etats durchgenommen.

Der Antrag wegen des Einheitsstaates⁹ soll angenommen werden. Der frühere Beschluß¹⁰, ihn der Kommission zu überweisen, ist hiermit aufgehoben.

11. KAULEN: Ein Antwortschreiben bezüglich der Kommunalisierung von gewerblichen Betrieben¹¹ wurde angenommen. Es soll aber zunächst mit der Reichstagsfraktion Fühlung genommen werden.

5 Während Max König bis zum 15. Februar 1933 Regierungspräsident in Arnsberg blieb, wurde Hugo Landé in Düsseldorf 1920 durch Walter Grützner ersetzt.

6 Zum „Fall Fuchs“ vgl. Nr. 65 und 101.

7 Lauscher redete im Rahmen der allgemeinen Besprechung während der dritten Beratung des Haushaltsplans für 1919. Die Anregungen von Busch und Wildermann verwandte er nicht für seine Rede. Vgl. 100. Sitzung am 16. Dezember 1919, Sp. 8251-8260.

8 Rede Hagers in der 101. Sitzung am 17. Dezember 1919, Sp. 8329-8335.

9 Es handelte sich dabei um den Antrag der Mehrheitsparteien, Drucks. Nr. 1467, vgl. Nr. 101. Vgl. dazu auch das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 17. Dezember 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 112rs.

10 Vgl. dazu Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 17. Dezember 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 112rs.

11 Nicht nachgewiesen.

104.

17. 12. 1919: Fraktionssitzung

NL Porsch Ia 26: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
 2. KAULEN trägt vor, daß er s. Zt. eine Aufstellung bezüglich der Überschüsse der Viehhandelsverbände vorgelegt habe. Es sei ihm darauf geantwortet, daß die Aufstellung beim Zusammentritt vorgelegt werde.¹
 3. WILDERMANN trägt kurz vor, was seit der Koalitionsregierung erreicht sei.
 - a) Errichtung von Klosterschulen z. B. Beckum und Montabaur.
 - b) Aufhebung der Kulturkampfgesetze.
 - c) Bezüglich Trennung von Staat und Kirche wegen der Vermögensauseinandersetzung Verhandlungen mit den Bischöfen.
 - d) Fürsorgestellen für Unterbringung der Beamten in den abzugebenden Gebieten.
 - e) Durchführung der Reichsverfassung auf dem Gebiete der Schulgesetzgebung.
 - f) Personenfrage: Es ist die Zahl der Katholiken noch zu gering, andererseits muß man auch zugeben, daß die Sozialdemokraten noch nicht entsprechend vertreten seien.
- Für die Universitäten haben wir einen katholischen Personalreferenten (Wende).² Konen in Münster ist *ordentlicher* Professor geworden.³ Auch ist eine katholische Dame im Ministerium.⁴
4. Zum Eisenbahnetat wird Dr. Hager sprechen.⁵
 5. Antrag Bergmann bezüglich Erhöhung der Schöffen- und Geschworenengebühren⁶ wurde angenommen.

1 Das Landwirtschaftsministerium legte erst am 25. Februar 1920 der Landesversammlung eine „Nachweisung über die Höhe und die Verwendung der Überschüsse der Preußischen Viehhandelsverbände“ vor. Vgl. Drucks. Nr. 2042. Vgl. dazu auch die Fraktionsberatungen am 22. April 1920, Nr. 138.

2 Im Original steht Wendel. Gemeint ist jedoch der Geheime Regierungsrat Erich Wende. Bis Mai 1917 war er Regierungsassessor im Provinzialschulkollegium Münster, dann Regierungsassessor, seit 11. März 1918 Regierungsrat und seit 19. September 1919 vortragender Rat im preußischen Kultusministerium. Vgl. GStA Merseburg, Rep. 76 I, Sekt. 31, Lit. W, Nr. 71; siehe auch Staatsanzeiger Nr. 270 vom 26. September 1919.

3 Zu Konen vgl. Nr. 74 Anm. 2. Die Ernennung Konens zum ordentlichen Professor war im Staatsanzeiger Nr. 276 vom 2. Dezember 1919 bekanntgegeben worden.

4 Julie Ermiler, geb. 1883, wurde Referentin in den Abteilungen U II und U III des preußischen Kultusministeriums. Vgl. Handbuch über den preußischen Staat 1922, S. 87.

5 Rede Hagers in der 101. Sitzung am 17. Dezember 1919, Sp. 8329-8335.

6 Antrag Bergmann usw. [Z] über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen, Drucks. Nr. 1572.

105.

21. 1. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Zu der Hochwasserinterpellation¹ wird Schüling sprechen.²

BRUST: Es muß der Staatsregierung gegenüber betont werden, daß ein Vertreter auch die Rheinlande aufsucht.³ Es muß auch betont werden, daß durch die Interpellation die Regierung erst veranlaßt worden ist, den Antrag auf Gewährung von Beihilfen zu stellen.⁴

KLEY schließt sich den Ausführungen an und betont hauptsächlich die Schäden am Rhein, besonders in Neuwied.

SCHÜLING trägt kurz den Inhalt seiner Interpellation vor.

2. BUSCH trägt vor, daß in dem besetzten Gebiet die Hohe Kommission⁵ die Behörden nach Koblenz eingeladen habe. Die Regierung habe verboten, dieser Einladung Folge zu leisten.⁶ Die Behörden kämen dadurch in eine üble Lage. Entweder würden sie von der Entente ausgewiesen oder von der Regierung beseitigt.

LINZ: Die Regierung habe gesagt, daß eine Disziplinierung der Beamten *nicht* stattfinde.

Wegen dieser Frage soll eine Kommission der Rheinländer zusammentreten.

3. Der Vorsitzende [PORSCH] macht verschiedene Mitteilungen.

4. Es wurde in die Beratung des Plenums eingetreten.

1 Das Rheinland hatte die größte Hochwasserkatastrophe seit 1784 erlebt. Dazu hatte das Zentrum die förmliche Anfrage Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über das Hochwasser in der Rheinprovinz, Drucks. Nr. 1607, eingebracht. Diese Interpellation war mit Drucks. Nr. 1626 verbunden worden (vgl. Anm. 4) und stand als Punkt 1 auf der Tagesordnung.

2 Schüling sprach als Fragesteller in der 102. Sitzung am 21. Januar 1920, Sp. 8420-8426.

3 Schüling forderte die Entsendung einer Regierungskommission. Vgl. ebd., Sp. 8421. Dies wurde von Finanzminister Südekum zugesagt. Vgl. ebd., Sp. 8441. Zur Ministerreise ins Rheinland vgl. auch Nr. 109 und 111.

4 Der Antrag der preußischen Regierung auf Ermächtigung zur Gewährung von Beihilfen, Drucks. Nr. 1626, ist vom 16. Januar 1920 datiert, die Zentrumsinterpellation, Drucks. Nr. 1607, hingegen vom 9. Januar 1920.

5 Die „Interalliierte Hohe Kommission für die Rheinlande“ übte seit Inkraftsetzung des Friedensvertrages am 10. Januar 1920 die oberste Gewalt in den besetzten Rheinlanden aus. Vgl. dazu das Rheinlandabkommen, in: Schulthess 1919 II, S. 579-582. Zum Beginn der Tätigkeit der Hohen Kommission vgl. Schulthess 1920 I, S. 4.

6 Das Verbot der Regierung wurde nicht nachgewiesen.

106.

23. 1. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Herrn Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde die Debatte über die Aufhebung der Zwangswirtschaft bezüglich Zucker fortgesetzt.¹

KAULEN: Im Interesse unserer Wählerschaft müssen wir für die Aufhebung stimmen.

RICHTARSKY schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

KLOFT spricht sich für die *Beibehaltung* der Zwangswirtschaft bez. Zucker aus.

SCHMIDT: Aus politischen Erwägungen können wir dem Antrage *nicht* zustimmen.

KÜSTERS spricht [sich] für die *Aufhebung* aus.

Dr. REINEKE ist für Aufhebung, um die Produktion zu steigern.

STIELER spricht [sich] *gegen* die Aufhebung aus.

WENTRUP: Die Entscheidung der Frage hängt davon ab, wie die *Produktion* am meisten *gefördert* wird.

GRONOWSKI: Aus taktischen Gründen müssen wir uns *gegen* die Aufhebung aussprechen.

STEGER spricht sich *gegen* die Aufhebung aus.

HERKENRATH: Die Produktionsförderung ist der ausschlaggebende Punkt.

HIRTSIEFER ist *gegen* die Aufhebung.

SCHÜLING spricht sich *gegen* die Aufhebung aus.

HEROLD: Es kommt darauf an, daß ein genügender *Preis* gezahlt wird. Der Zwangszustand wird bezüglich des Zuckers für den Landwirt am wenigsten unangenehm empfunden.

Die Fraktion ist der Ansicht, daß der Mittelweg auf Festsetzung des Rübenpreises unter Beibehaltung der Zwangswirtschaft am besten ist.

1 Anlaß für die Debatte in der Fraktion war der Antrag von Kessel usw. [DNVP] auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker, Drucks. Nr. 1150. Dieser Antrag kam in der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 in Verbindung mit Drucks. Nr. 1344 zur Beratung. Vermutlich wurde die Diskussion darüber deshalb bereits in einer Fraktionssitzung am 22. Januar 1920 begonnen, von der allerdings kein Protokoll vorliegt.

In dieser Richtung soll ein Antrag erstellt werden.² Koepper wird diesen Antrag begründen.³

2 Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z] zu dem Antrage der Abgeordneten von Kessel auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker (Nr. 1150, 1508), Drucks. Nr. 1706.

3 Rede Koeppers in der 105. Sitzung am 27. Januar 1920, Sp. 8720-8736.

107.

24. 1. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

I. GOTTWALD berichtet über den derzeitigen Stand der Vorverhandlungen betr. Groß-Berlin.¹

Beschlossen, keine offizielle Beschlußfassung an die Demokraten gelangen zu lassen. Der Ausschuß soll bestrebt sein, daß das Dezentralisationsprinzip eingehalten wird.

II. Verfassungsfrage

Dr. PORSCH verliest zunächst den Bericht über die stattgehabte Sitzung des Staatsministeriums.²

Die Regierung will eine besondere Körperschaft gewählt wissen, die [zu] einer Erschwerung von Finanzbeschlüssen führt.

Vorschlag A: Staatsrat soll gebildet werden. Am Zehnhoff trat im Ministerium eher für einen Finanzrat ein.

Vorschlag B fordert eine zweite Abstimmung des Landtags, sofern das Gesamtministerium widerspricht. Dann soll aber 2/3 Mehrheit gefordert werden.

HEROLD verweist auf den Reichsrat im Reiche. Er wünschte eine ähnliche Einrichtung für Preußen. Er fordert also kurz einen Staatsrat.

PORSCH schließt sich dem an.

Geheimrat BEYER schließt sich dem an und wünscht, daß die Hälfte von den Provinzen gewählt wird.

Von MÜLLER (Prüm), LINZ und KLEY wird Klage darüber geführt, daß die preußische Regierung bedauerlicherweise ein Verbot erlassen habe, an der Eröffnungsfei-

1 Der Gesetzentwurf über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, Drucks. Nr. 1286, war in der 88. Sitzung am 2. Dezember 1919 einem besonderen Ausschuß überwiesen worden. Zu Beginn der Ausschußberatungen wurde zunächst beschlossen, von der preußischen Staatsregierung weiteres Material zur Beurteilung des Gesetzentwurfs einzuholen. Vgl. den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 2172, S. 3295 ff.

2 Am Nachmittag des 24. Januar 1920 fand eine Sitzung des Staatsministeriums statt, in der die Verfassungsfrage besprochen wurde. Vgl. KV Nr. 68 vom 25. Januar 1920.

er der Entente-Verwaltung in Koblenz teilzunehmen.³ Es wird gewünscht, daß dieser Beschluß zurückgenommen wird.

BERGMANN teilt mit, daß man diesbezüglich verschiedener Ansicht sein könne. Ein Teil der Bevölkerung habe lebhaft begrüßt, daß endlich der Entente mit diesem Er- laß die Zähne gezeigt würden.

Verhandelt wird dann, wer in den Besoldungsausschuß gewählt werden soll.⁴

BLANK gibt die heute früh von der Beamtengruppe aufgestellten Vorschläge be- kannt. Danach sind vorgeschlagen als Mitglieder: Dinslage, Schüling, Blank, Merx, Andres, Drinnenberg, Krug, als Stellvertreter: Dr. Heß, Berens, eine Dame od. Faßbender, Dr. Tewes, Beyer, Gottwald.

Zur Führung der Verhandlungen im Finanzministerium waren vom Staatshaushalt aus bislang Brust und Rhiel benannt. Es wurde als praktisch von RHIEL vorgeschla- gen, auch hierzu zwei Mitglieder des Beamtenausschusses zu benennen. RHIEL schlägt vor: Geheimrat Dinslage und Blank.

³ Vgl. Nr. 105.

⁴ Der Ausschuß für Fragen der Beamtenbesoldung (20. Ausschuß) war auf Antrag der DNVP und DVP, Drucks. Nr. 1440, in der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 eingesetzt worden. Die konstituierende Sitzung fand am 29. Januar 1920 statt. Vom Zentrum wurden die von der Be- amtengruppe vorgeschlagenen Abgeordneten in den Ausschuß entsandt. Vgl. dazu auch die Diskussion über die Besetzung des Ausschusses durch das Zentrum in der Fraktionssitzung am 31. Januar 1920, Nr. 111.

108.

27. 1. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] gibt verschiedene Eingaben bekannt.
 2. Antrag Busch wegen Festsetzung der Preise der abzugebenden Pferde etc. wur- de von der ganzen Fraktion angenommen. Er soll als Fraktionsantrag eingebracht werden.¹
 3. REINEKE spricht sich dafür aus, bezüglich des Zuckers die Zwangswirtschaft auf- zuheben, aber nicht bezüglich der Schweine.²
- BUSCH: Es muß von der Regierung aus für die Landwirtschaft ein erstes Programm vorgelegt werden.

¹ Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über die Preise für das an die Ententemächte abzuliefernde Vieh, Drucks. Nr. 1727.

² Zum Anlaß der Debatte vgl. Nr. 106 Anm. 1. Die Plenarberatungen über die Aufhebung der Zwangswirtschaft wurden in der 103.-105. Sitzung am 22., 23. und 27. Januar 1919 geführt. In der 106. Sitzung am 28. Januar wurde über die Anträge namentlich abgestimmt.

STEGERWALD: Das Problem der Zwangswirtschaft ist eine *Kartellfrage*. Was die Preisfestsetzung angeht, so ist die Sache falsch gemacht worden.

ELSNER: Den kleinen und mittleren Bauern liegt weniger an den Preisen als an den Belästigungen.

HEROLD: Die Beschlußfassung liegt ja beim *Reich*. Rindvieh muß aufgehoben werden. Wegen der Schweine habe ich sehr große Bedenken. Wegen der dann starken Schweinezucht wird zuviel Getreide und Kartoffel verfüttert. Den Antrag Friedberg³ halte ich für zweifelhaft.

BERGMANN spricht sich gegen die Aufhebung aus.

Es nehmen weiter das Wort HEROLD, REINEKE, RICHTARSKY, WENTRUP, STEGERWALD, KAULEN, DINSLAGE. Es wurden die Gründe hin und wider erörtert.

4. Es wurde der demokratische Antrag bezüglich der Rechtmäßigkeit der Verordnung wegen Wohnungsmiete⁴ besprochen.

5. BEYER berichtet über die Provinzialautonomie.⁵

Es nehmen hierzu das Wort Dr. SCHMEDDING, LINZ, Dr. LAUSCHER.

3 Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP] zu dem Antrag der Abgeordneten Herold usw. über die Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben und die Beschaffung von Saatkartoffeln (Nr. 1231), Drucks. Nr. 1700. Dieser Antrag forderte u. a., daß noch im Jahr 1920 „alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit Ausnahme von Getreide und Milch freigegeben werden.“

4 Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP] über die Höchstmieten, Drucks. Nr. 1705.

5 Der Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeitsrechte der Provinzialverbände, Drucks. Nr. 604, war in der 88. Sitzung am 2. Dezember dem 16. Ausschuß zurückverwiesen worden, vgl. Sp. 6989. In der 8. Sitzung des Ausschusses am 27. Januar 1920, 19 Uhr, wurde gegen das Votum Beyers (Oberschlesien) die Vertagung beschlossen. Vgl. das Protokoll der Ausschußsitzung vom 27. Januar 1920, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D IVd Nr. 3, Beiheft 1, Bd. 1. Daraufhin blieb der Gesetzentwurf bis zum Ende der Legislaturperiode unerledigt. Vgl. dazu auch Nr. 81 Anm. 1.

109.

28. 1. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. SCHMIDT (Conz) berichtet über die Schließung der Eisenbahnwerkstätten.¹ Er schlägt vor, eine Besprechung mit den Gewerkschaften und dem Minister zusammen abzuhalten.

1 Am 18. Januar 1920 wurde die Eisenbahnwerkstätte in Nied a. M. vom preußischen Minister für öffentliche Arbeiten geschlossen. Vgl. KV Nr. 51 vom 19. Januar 1920. Weitere Schließungen von Eisenbahnwerkstätten folgten in den nächsten Tagen. Daraufhin wurden in der Landesversammlung Anfragen zu dieser Maßnahme von der USPD (Drucks. Nr. 1632) und der SPD (Drucks. Nr. 1635) gestellt. Die Beratungen darüber begannen in der 107. Sitzung am 29. Januar 1920 und dauerten bis zur 110. Sitzung am 2. Februar 1920. Sie entwickelten sich zu einer

MERX schlägt vor, einen Ausschuß zu bestellen, um die Angelegenheit zu beraten.

2. GOSPOS will eine kleine Anfrage wegen der im abzutretenden Gebiete erlassenen Verordnung der polnischen Regierung, daß die polnische Mark das einzig gültige Zahlungsmittel ist, einbringen.² Die Fraktion ist damit einverstanden.

3. BERGMANN ist der Ansicht, daß die geplante Interpellation wegen der Ordonnanzen³ später *nach* der Rheinlandreise der Minister⁴ eingebracht werde.

MÜLLER (Prüm) ist derselben Ansicht.

Die Fraktion ist der Ansicht, daß die Interpellation *später* eingereicht werde. Dies soll den anderen Fraktionen mitgeteilt werden.

4. SCHOENKAES wird eine kleine Anfrage wegen des Transportes der Düngemittel an die Landwirtschaft einbringen.⁵ Die Fraktion ist damit einverstanden.

5. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Es handelt sich um die Abstimmung der Anträge Herold und Friedberg etc.⁶ wegen der Aufhebung der Zwangswirtschaft mit Ausnahme von Fleisch und Getreide.

REINEKE berichtet darüber. Er ist der Ansicht, für den Antrag der Deutschnationalen und Demokraten zu stimmen.⁷

Dr. HESS schließt sich den Ausführungen an.

KLOFT: Wir sind grundsätzlich für die Aufhebung, aber damit wird die *Erfassung* der Lebensmittel nicht gewährleistet. Es tritt eine große Preissteigerung ein, so daß die ärmere Bevölkerung nichts bekommen kann. Die Beispiele wegen der bereits freigegebenen Produkte beweisen dies.

Von WANGENHEIM schließt sich den Ausführungen Dr. Reineke und Heß an.

RICHTARSKY spricht sich für die Aufhebung aus.

eingehenden Auseinandersetzung über Fragen nach der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung.

2 Kleine Anfrage Gospos usw. [Z] über die polnische Valuta, Drucks. Nr. 1733.

3 Als Ordonnanzen werden die Kundgebungen der interalliierten Rheinlandkommission hinsichtlich der Ausführung des Rheinlandabkommens bezeichnet. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 4 f. Die Frage nach der Stellung der Landesversammlung zu diesen Ordonnanzen wurde im Ältestenrat am 26. Januar 1920 behandelt. In der Sitzung am 29. Januar 1920 beschloß der Ältestenrat, die Frage bis nach der Rückkehr der Minister von der geplanten Rheinlandreise zu vertagen. In seiner Sitzung am 29. März 1920 erklärte der Ältestenrat schließlich diese Angelegenheit für erledigt. Vgl. die Protokolle dieser Sitzungen, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

4 Die Rheinlandreise der preußischen Minister Hirsch, Südekum, am Zehnhoff, Fischbeck und Stegerwald war zu diesem Zeitpunkt für den 1.-9. Februar 1920 geplant. Vgl. KV Nr. 88 vom 1. Februar 1920.

5 Kleine Anfrage Schoenkaes usw. [Z] über die Abbeförderung künstlicher Düngemittel, Drucks. Nr. 1734.

6 Gemeint ist Tagesordnungspunkt 1, die Abstimmung über den Antrag Herold, Drucks. Nr. 1231, 1700, 1707, 1728, und den Antrag von Kessel, Drucks. Nr. 1150, 1508, 1630, 1706.

7 Gemeint sind die Anträge von Kessel (DNVP), Drucks. Nr. 1150, und Dr. Schreiber (DDP), Drucks. Nr. 1630, die beide die Abschaffung der Zwangsbewirtschaftung für Zucker forderten.

SCHMIDT (Conz) spricht sich *gegen* die Aufhebung bezüglich des Zuckers aus.

STEGER schließt sich den Ausführungen Kloft an.

MUSIOL gibt zur Erwägung, ob nicht ein Mittelweg gefunden werden könne. Er werde sich der Majorität anschließen.

Die Fraktion beschließt folgendes:⁸

- 1) Antrag Herold Nr. 1231 wird angenommen.
 - 2) Antrag Nr. 1700 Nr. 1 Verweisung an die Kommission.
 - 3) Antrag 1700 Nr. 2 und 3 soll angenommen [werden].
 - 4) Antrag 1707 soll in die Kommission verwiesen werden.
 - 5) Antrag 1728 soll in die Kommission verwiesen werden.
 - 6) Antrag Nr. 1150 soll in die Kommission verwiesen werden. Wenn das nicht gelingt, dann freie Abstimmung.
 - 7) Antrag 1630 a: in erster Linie Kommission, wenn abgestimmt, dann freie Abstimmung.
- [Antrag 1630] b: angenommen.
- 8) Antrag 1706: angenommen.
 - 9) Getrennte Abstimmung beantragen bezüglich Nr. 1508, wenn nicht in die Kommission verwiesen wird.

Antrag Nr. 1508 a: freie Abstimmung.

Antrag Nr. 1508 b) 1,2,3 soll angenommen werden.

Antrag Herold muß *zuerst* zur Abstimmung gebracht werden.

6. Nr. 2a der Tagesordnung [Beratung des Antrags Dallmer usw. [DNVP] über die Verhältnisse der Hausangestellten in Landwirtschaft und Gewerbe – Drucksache Nr. 549]: Kommission überweisen.

[Nr. 2] b [Beratung des Antrag Schmidt (Cöpenick) usw. [SPD] auf reichsgesetzliche Regelung der Landarbeiterverhältnisse – Drucksache Nr. 959]: Bergmann wird sprechen.⁹

Nr. 3 [Beratung der Anträge a) Adolph Hoffmann usw. [USPD] über die Verhältnisse der Hausgehilfen und -gehilfinnen – Drucksache Nr. 288, b) Frau Heßberger usw. [Z] über die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten – Drucksache Nr. 534, c) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Schaffung eines neuen Arbeitsrechts für Hausangestellte – Drucksache 552]: Frau Heßberger wird sprechen.¹⁰

⁸ Im folgenden wird die Abstimmungsstrategie der Fraktion gegenüber den Drucksachen Nr. 1150, 1231, 1508, 1630, 1700, 1706, 1707, 1728 festgelegt. Um im einzelnen die Beschlüsse der Fraktion nachzuvollziehen, muß hier auf diese Drucksachen und den Abstimmungsvorgang in der 106. Sitzung am 28. Januar 1920, Sp. 8777-8783, verwiesen werden. Im wesentlichen einigte sich die Fraktion darauf, die Entscheidung über die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker dadurch zu vertagen, daß die diesbezüglichen Anträge in den Landwirtschaftsausschuß verwiesen wurden. Dieser Linie schloß sich auch die Mehrheit des Plenums in der anschließenden Abstimmung an.

⁹ Rede Bergmanns in der 106. Sitzung am 28. Januar 1920, Sp. 8792-8797.

¹⁰ Rede Heßbergers in der 106. Sitzung am 28. Januar 1920, Sp. 8820-8827.

Nr. 6 [Beratung der Mitteilung des Staatsministeriums, betr. Antrag Dr. Negenborn usw. (Nr. 225) über Aufwendung von staatlichen und Reichsmitteln für parteipolitische Propagandazwecke – Drucksache Nr. 1590, 1615]: Abwarten.

Nr. 7 [Beratung des Antrags Hammer usw. [DNVP] auf Entschädigung der Tierhalter für gefallene Tiere – Drucksache Nr. 1406]: Schoenkaes wird sprechen, wenn nicht in die Kommission.¹¹

Nr. 8 [Beratung des Antrags Haseloff usw. [DNVP] über Steuerniederschlagungen für Kriegsteilnehmer und Auslandsdeutsche – Drucksache Nr. 1510]: an die Kommission.

Nr. 9 [Beratung des Antrags Haas usw. [SPD,Z,DDP] auf Einschränkung der Steuervorrechte die aus Eingemeindungen herrühren – Drucksache Nr. 667, 1448]: erledigt. Es soll Kloft sprechen.¹²

Nr. 10 [Beratung des Antrags Gronowski usw. [Z] auf Steuernachlässe für kinderreiche Familien – Drucksache Nr. 146, 218, 1448] erledigt.

Nr. 11 [Beratung des Antrags Dr.-Ing. Kloß usw. [DNVP] über die Assistenten des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Landwirtschaft zu Bromberg – Drucksache Nr. 1057, 1564]: Faßbender wird sprechen.¹³

Nr. 12 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Vorlegung eines Gesetzes über Baulastenbücher – Drucksache Nr. 885]: Kommission zu überweisen.

Nr. 13 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Erlaß eines Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose – Drucksache Nr. 893]: erledigt.

Nr. 14 [Beratung des Antrags Dr. Beyer (Westpreußen) usw. [SPD] auf Neugestaltung der Gewerbehygiene – Drucksache Nr. 894]:

Nr. 15 [Förmliche Anfrage Schüling usw. [Z] über die Beschlagnahme von Vieh durch die belgischen Truppen in der Rheinprovinz – Drucksache Nr. 833]: wird Schüling sprechen.¹⁴

7. Kleine Anfrage Bensch bezüglich Flußkontrolle in Neuß wird zurückgestellt.¹⁵

11 Der Antrag wurde am 4. Februar 1920 dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen. Müller (Prüm) nahm dazu das Wort. Vgl. 112. Sitzung am 4. Februar 1920, Sp. 362 f.

12 Bei der Beratung des Antrags in der 112. Sitzung am 4. Februar 1920 fand keine Aussprache statt.

13 Bei der Beratung des Antrags in der 112. Sitzung am 4. Februar 1920 fand ebenfalls keine Aussprache statt.

14 In der 112. Sitzung am 4. Februar 1920 sprach Schüling dazu als Fragesteller. Vgl. Sp. 9336-9341.

15 Nicht nachgewiesen.

110.

30. 1. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup und Blank, gez. Blank.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Freiherr von WANGENHEIM will eine Anfrage wegen Unterstützung in dem Überschwemmungsgebiete der Elbe und Weser etc. einbringen.¹

Es wurde erwidert, daß bereits allgemein ein solcher Antrag von Richtarsky² eingebracht worden sei und damit der Antrag wohl nicht mehr erforderlich sei.

Der Antrag von Wangenheim wurde angenommen.

3. OPPENHOFF berichtet über den Gesetzentwurf bezüglich Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem Preußischen Staate und dem Preußischen Königshause.³

Es nehmen hierzu das Wort: RHIEL, GRONOWSKI, WILDERMANN.

Oppenhoff wird im Plenum dazu sprechen.⁴

4. Von DANNENBERG trägt vor, daß die Fraktion es unterstützen sollte, daß als Regierungspräsident der Graf von Wedel nach Hannover komme.⁵ Als Landrat nach Alfeld soll ein Maurergeselle kommen.⁶ Dieser wird von dem Kreistag mit 11 sozialdemokratischen gegen 9 bürgerliche Stimmen gewählt werden. Dieser Mann ist durchaus *nicht* qualifiziert.

Dr. HAGER: Wenn wir die Mehrheit haben, dann verlangen wir einen von unseren Leuten. Wir können auch nur Sturm laufen dagegen, daß der Mann nicht geeignet ist.

BRUST: Man muß bei der Auswahl der Kandidaten darauf achten, daß diese auch überzeugungstreue Katholiken sind. Das soll z. B. bei Fuchs⁷ nicht der Fall sein.

BUSCH: Was den Regierungspräsidenten Fuchs angeht, so sind die Angaben *nicht* richtig. Im Gegenteil, es sind mir von den verschiedenen Seiten und zwar von maßgebender Seite Mitteilungen gemacht, daß Fuchs durchaus in religiöser Bezie-

1 Dringender Antrag Frhr. von Wangenheim usw. [DHann,Z] über die Überschwemmungen an der Elbe und an der Weser, Drucks. Nr. 1819.

2 Nicht nachgewiesen.

3 Gesetz über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Preußischen Staate und dem Preußischen Königshause, Drucks. Nr. 1722.

4 Rede Oppenhoffs in der 128. Sitzung am 2. März 1920, Sp. 10305-10308.

5 Gemeint ist vermutlich Clemens Graf von Wedel-Gödens (1866-1945). Er war von 1904-1930 Landrat von Hannover, 1920 Vorsitzender des Provinziallandtages von Hannover. Regierungspräsident in Hannover blieb von 1917 bis 1933 Friedrich Carl Ludwig von Velsen. Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Bd. 10, S. 442 und 472.

6 Landrat von Alfeld wurde 1920 der Kreisdeputierte und Senator Wilhelm Beushausen. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 275 vom 3. Dezember 1920. Beushausen amtierte bis 1933. Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Bd. 10, S. 529.

7 Zu Fuchs vgl. Nr. 65, 101 und 103.

hung zuverlässig sei. Die Herren von der Deutsch-Hannoverschen Partei müssen mit den Vorschlägen *früher* kommen. Weiter fragt es sich, ob die parlamentarischen Unterstaatssekretäre beibehalten werden sollen.⁸

PORSCH stimmt der letzteren Frage zu.

8 Ab hier Handschrift Blank.

111.

31. 1. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschriften Wenstrup und Blank, gez. Blank.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen, u. a. ein Danktelegramm von Reichsfinanzminister Erzberger.¹

2. Es wurde die Frage erörtert, inwieweit Abgeordnete an der Reise des Ministeriums teilnehmen werden.²

KLEY wünscht mit Rücksicht auf die schweren Schäden in Neuwied, sich dort der Kommission anschließen zu dürfen.

3. BUSCH schlägt vor, daß ein Vertreter des Kultusministeriums an der Reise teilnimmt.

4. WILDERMANN verliest eine Eingabe der Lehrer betr. Elternbeiräte. Sie wird als kleine Anfrage genehmigt.³

5. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wünscht GRONOWSKI Einsetzung einer besonderen Kommission zur Beratung betr. Siedlungsverbandes „Ruhrkohlenbezirk“.⁴

Dr. PORSCH leitet über zur Besprechung der Verfassungsfrage. Er berichtet zunächst über die bisher gehaltenen Besprechungen im Staatsministerium.⁵ Finanzmi-

1 Vermutlich handelt es sich dabei um eine Antwort auf Genesungswünsche der Fraktion. Erzberger war bei einem Attentatsversuch am 26. Januar 1920 schwer verletzt worden. Vgl. Epstein, S. 400 f.

2 Ab hier Handschrift Blank. – Zur Ministerreise ins Rheinland vgl. Nr. 109. Es war geplant, Hochwassergebiete in Kreuznach und Neuwied zu besuchen. Vgl. KV Nr. 89 vom 1.2.1920. Die Besichtigung der Hochwasserschäden war für Dienstag, den 3. September 1920, nachmittags, vorgesehen. Vgl. den Bericht des Stadt-Anzeigers Nr. 52 vom 1. Februar 1920. [Exemplar in: ACDP I-206-001/2, Bl. 93.]

3 Kleine Anfrage Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über die Bildung von Elternbeiräten, Drucks. Nr. 1825.

4 Punkt 1 der Tagesordnung war die „Erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk – Drucksache Nr. 1741“. Gronowskis Wunsch wurde durch Einsetzung des 21. Ausschusses entsprochen. Der Ausschuß trat am 6. Februar zusammen. Vgl. Drucks. Nr. 4p.

5 Der Verfassungsentwurf war in der Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1920 beraten worden. Die Beschlußfassung mußte jedoch vertagt werden, weil der Finanzminister ausführli-

nister wollte einen Finanzrat gebildet wissen. Heine macht von einer Einigung der Mehrheitsparteien sein Verbleiben im Amte abhängig.

Die Fraktion ist damit einverstanden, daß der bisherige Standpunkt beibehalten bleibt, wonach also ein Staatsrat angestrebt werden soll.⁶

WILDERMANN und GRONOWSKI schlagen für die neue Kommission⁷ Hirtsiefer, Küsters, Stieler, Loehr, Dr. Reineke, Steger [vor].

FrL. WRONKA bittet, eine Frau in den Besoldungsausschuß zu senden.

KLOFT wünscht einen Arbeitervertreter.⁸

Die Sache soll später noch endgültig beschlossen werden.

che Begründungen für seine Forderung nach Schaffung eines Finanzrats angekündigt hatte. Vgl. den Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums vom 15. Januar 1920, in: GStA Merseburg, Rep. 77 tit. 496^a Nr. 188, Bd. 1, fol. 148. Zu den Vorschlägen des Finanzministers vgl. ebd., fol. 180-184.

6 Diesen Standpunkt machten die Vertreter des Zentrums auch in der interfraktionellen Besprechung am 6. Februar 1920 geltend. Vgl. den Bericht von Innenminister Heine vom 6. Februar 1920, in: GStA Merseburg, Rep. 77 tit. 496^a Nr. 188, Bd. 1, fol. 193-195.

7 Gemeint ist der 21. Ausschuß. Vgl. Anm. 4. Statt Loehr trat Altegoer ein. Vgl. Drucks. Nr. 4p.

8 Zur Beschickung des 20. Ausschusses durch die Fraktion vgl. Nr. 107 mit Anm. 4.

112.

2. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. Präsident PORSCH berichtet über die Geschäftslage des Hauses.
2. Verteilung der Eingänge.
3. Zur Tagesordnung.

Zu Punkt 3 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) – Drucksache Nr. 1723] soll an Ausschuß verwiesen werden. Die Fraktion hält die Sache nicht für so eilig und steht der Sache nicht so entgegenkommend gegenüber.

Zu Punkt 14 [Förmliche Anfrage Dr. Boelitz usw. [DVP] über die Lehrbücher der Geschichte – Drucksache Nr. 1593] ist Prof. WILDERMANN bereit zu sprechen.¹ (Fraktion ist im Prinzip gegen lange Besprechung).

Zu 16 [Beratung des Antrags Adolph Hoffmann usw. [USPD] zur II. Beratung des Haushalts des Deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeigers für 1919 [Zustellung des Anzeigers an die Mitglieder der Landesversammlung] – Drucksache Nr. 801, 1563] abzulehnen.

1 Zur Rede Wildermanns vgl. Nr. 119.

Zu 17 [Beratung des Antrags Dr. Schmittmann usw. [Z] auf Übertragung der staatlichen Bäder auf die Krankenkassen und Versicherungsanstalten – Drucksache Nr. 1006]: Vertagung beantragen, bzw. abzusetzen bis Schmittmann da ist.² Müller (Prüm) soll sich der Sache annehmen.

Zu 20 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Vorlegung eines Gesetzes über Baulastenbücher – Drucksache Nr. 885] an Gemeinde-Ausschuß überweisen.

Zu 21 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Erlaß eines Reichsgesetzes zur Bekämpfung der Tuberkulose – Drucksache Nr. 893]: Abg. Brackmann soll die Sache studieren.

Abg. NIESTROJ hat eine kleine Anfrage betr. der Belegung von Oppeln mit Besatzungsstruppen [vorgelegt].³ Die Anfrage wird genehmigt.

Abg. HEROLD kommt auf die Anfrage des Abg. Jakoby-Raffauf⁴ zurück. Er ist der Ansicht, daß seitens der Fraktion dazu gesprochen werden muß. (Müller [Prüm] soll sich der Sache annehmen.)

Zu 56 [Bittschrift des Landwirts Scheulen in Mülheim (Ruhr), betr. Abänderung der Bestimmungen über die Veranlagung von Grundstücken nach dem gemeinen Wert – Drucksache Nr. 1674]: Abg. DINSLAGE schlägt Zustimmung bezüglich dieser Bittschrift vor.⁵

Abg. SCHULTE beschwert sich, daß [es] z. Zt. [schwierig sei], von den Stenographen Berichte herauszubekommen. Er schlägt baldige Aussetzung des Plenums vor.

Abg. HAGER, HEROLD, LAUSCHER und GREBE sprechen zur Frage der Berichterstattung.

2 Die Anfrage wurde in der 114. Sitzung am 6. Februar 1920 von der Tagesordnung abgesetzt. Vgl. Sp. 9455.

3 Kleine Anfrage Niestroj usw. [Z] über die Ententebesatzung der Stadt Oppeln, Drucks. N. 1829.

4 Gemeint ist die Förmliche Anfrage Jakoby-Raffauf usw. [Z] über Höchstpreise für Kartoffel-saatgut, Drucks. Nr. 1184. Die Anfrage wurde in der 114. Sitzung am 6. Februar 1920 verhandelt. Es sprach dazu Herkenrath als Fragesteller. Vgl. Sp. 9413-9416.

5 Die Bittschrift wurde als Material überwiesen.

113.

3. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Eingänge bekanntgegeben.

2. Dr. REINEKE teilt den Dank einer großen Versammlung in Münster mit bezüglich des energischen Vorgehens in kirchlichen Fragen.

3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 7 [Beratung des Antrags Frhr. von Wangenheim usw. [DHann,Z] über die Überschwemmungen an der Elbe und der Weser – Drucksache Nr. 1819]: muß in die Kommission verwiesen werden.

Zu Punkt 8 [Fortsetzung der Beratung der Anträge a) Adolph Hoffmann usw. [USPD] über die Verhältnisse der Hausgehilfen und -gehilfinnen – Drucksache Nr. 288, b) Frau Heßberger usw. [Z] über die Arbeitsverhältnisse der Hausangestellten – Drucksache Nr. 534, c) Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Schaffung eines neuen Arbeitsrechts für Hausangestellte – Drucksache Nr. 552]: Ausschlußantrag¹ soll angenommen werden.

Zu Punkt 9 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Abänderung des Forstdiebstahlgesetzes vom 15. April 1878 (Gesetzsamml. S. 222) – Drucksache Nr. 1724]: Hierüber berichtete MÜLLER (Prüm).² Er muß in die Kommission verwiesen werden. (Rechtsausschuß)

Zu Punkt 10 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) – Drucksache Nr. 1723]: Dr. Reineke wird dazu sprechen.³ Muß in die Kommission verwiesen werden. (Siedlungsausschuß)

Zu Punkt 19 [Förmliche Anfrage Jakoby-Raffauf usw. [Z] über Höchstpreise für Kartoffelsaatgut – Drucksache Nr. 1184]: Herkenrath wird dazu sprechen.⁴

Zu Punkt 21 [Beratung des Antrags Dr. Schmedding usw. [Z] über Baukostenzuschüsse zur Bekämpfung der Wohnungsnot – Drucksache Nr. 765, 1564]: Absetzung beantragen.

Zu Punkt 23 [Beratung des Antrags Dr. Schmittmann usw. [Z] auf Übertragung der staatlichen Bäder auf die Krankenkassen und Versicherungsanstalten – Drucksache Nr. 1006]: Kommission verwiesen werden (Staatshaushaltskommission)

Zu Punkt 27 [Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk – Drucksache Nr. 1741]: Hirtsiefer wird dazu sprechen.⁵ Wird in die Kommission verwiesen.

Zu Punkt 29 [Mündlicher Bericht des Verfassungsausschusses über Bittschriften, betr. die Gestaltung Deutschlands und Preußens – Drucksache Nr. 1817]: Die Fraktion wird gegen den Ausschlußbeschluß stimmen. (Antrag A)⁶

1 Der Ausschluß hatte eine Interpellation an die Reichsregierung beantragt. Vgl. Drucks. Nr. 1355.

2 Vgl. dazu die Rede von Müller (Prüm) in der 111. Sitzung am 3. Februar 1920, Sp. 9245 f.

3 Rede Reinekes in der 111. Sitzung am 3. Februar 1920, Sp. 9249-9251.

4 Herkenrath redete dazu als Fragesteller in der 114. Sitzung am 6. Februar 1920, Sp. 9413-9416.

5 Hirtsiefer redete dazu in der 111. Sitzung am 3. Februar 1920, Sp. 9277-9281.

6 Es handelte sich dabei um Abschnitt A des Ausschlußantrages, Drucks. Nr. 1817. Zur Begründung der ablehnenden Haltung des Zentrums vgl. die Rede Wildermanns in der 112. Sitzung am 4. Februar 1920, Sp. 9369.

Zu Punkt 30 [Beratung des Antrags Wittlich usw. [SPD] auf Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung – Drucksache Nr. 1573]: nichts Besonderes.

Zu Punkt 31 [Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelschulen – Drucksache Nr. 1322]: [. . .]⁷

Zu Punkt 33 [Beratung des Antrags Dr. Reineke usw. [Z] über die Hinzuziehung von Vertretern der Privatarchitekten zum Wiederaufbau für Nordfrankreich – Drucksache Nr. 1408]: dafür stimmen. Blank wird dazu sprechen.⁸

Zu Punkt 34 [Beratung des Antrags Bergmann usw. [Z] über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen – Drucksache Nr. 1572]: Rechtsausschuß überweisen. DINSLAGE berichtet hierzu.

4. HIRTSIEFER trägt vor, daß ein besonderer Wirtschaftsrat bei der Eisenbahn geschaffen wird.

BLANK, ANDRES und GRONOWSKI sind derselben Ansicht.

Es soll ein Antrag zwecks Einrichtung des Wirtschaftsrates im Eisenbahnministerium ausgearbeitet werden.⁹

5. DINSLAGE fragt an, wie die Beratung im 20. Ausschuß (Besoldungsreform der Beamten) geführt werden soll. Es soll im Ältestenrat die Sache geklärt werden. Es wurde folgende Kommission zusammengesetzt: 1) Dinslage, 2) Drinnenberg, 3) Blank, 4) . . .

Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, wurde beschlossen, daß der *Vorstand* die Kommission festsetzen solle.

6. Der Vorsitzende machte die Beschlüsse des Ältestenrates bekannt.¹⁰

7 Zu diesem Punkt wurde nichts protokolliert.

8 Der Antrag wurde erst in der 116. Sitzung am 19. Februar 1920 besprochen. Reineke beantragte lediglich die Ausschußüberweisung. Vgl. Sp. 9558.

9 Antrag Hirtsiefer usw. [Z] über den Landeseisenbahnrat und die Bezirkseisenbahnräte, Drucks. Nr. 1868.

10 Die Sitzung des Ältestenrates am 3. Februar 1920 fand von 11.09 Uhr bis 11.53 Uhr statt. Zu den Beschlüssen vgl. das Protokoll der Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

NL Porsch IV 14: Handschriften Blank und Wenstrup, gez. Wenstrup.

1. GRONOWSKI eröffnet und leitet die Sitzung.

Tagesordnung.

Zu 1 [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Ermächtigung des Justizministers zu vorübergehenden Maßnahmen auf dem Gebiet der Dienstaufsicht und der Disziplinargewalt aus Anlaß der Ausführung des Friedensvertrages – Drucksache Nr. 1740] nichts.

Zu 2 [Förmliche Anfrage Schmidt (Cöpenik) usw. [SPD] über die Maßregelung von Landarbeitern – Drucksache Nr. 1721]: Es wird vorgeschlagen, zu diesem Punkte möglichst nicht zu sprechen, gegebenenfalls soll Richtarsky im Einvernehmen mit den Arbeitersekretären sprechen.¹

Zu 3 [Förmliche Anfrage Schüling usw. [Z] über die Beschlagnahme von Vieh durch die belgischen Truppen in der Rheinprovinz – Drucksache Nr. 833] spricht Schüling.²

Zu 4 [Beratung des Beschlusses der Preußischen Staatsregierung, betr. die Zuständigkeit des Ministeriums für Volkswohlfahrt – Drucksache Nr. 1229] und 5 [Beratung der Mitteilung des Präsidenten des Staatsministeriums über parteipolitische Werbearbeit auf Staatskosten – Drucksache Nr. 1590]: nichts zu bemerken.

Zu 6 [Beratung des Antrags Hammer usw. [DNVP] auf Entschädigung der Tierhalter für gefallene Tiere – Drucksache Nr. 1406] soll Müller (Prüm) sprechen.³

Zu 7 [Beratung des Antrags Haseloff usw. [DNVP] über Steuerniederschlagungen für Kriegsteilnehmer und Auslandsdeutsche – Drucksache Nr. 1510] soll in die Kommission verwiesen werden. Es wird Kloft sprechen.⁴

Zu 8 [Beratung des Antrags Haas usw. [SPD,Z,DDP] auf Einschränkung der Steuervorrechte, die aus Eingemeindungen herrühren – Drucksache Nr. 667, 1448]:⁵ nichts Besonderes.

Zu 9 [Beratung des Antrags Grönowski usw. [Z] auf Steuernachlässe für kinderreiche Familien usw. – Drucksache Nr. 146, 216, 1448]: erledigt.

Zu 10 [Beratung des Antrags Dr. Ing. Kloß usw. [DNVP] über die Assistenten des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Landwirtschaft zu Bromberg – Drucksache Nr. 1057, 1064]: braucht nicht gesprochen zu werden.

Zu 11 [Förmliche Anfrage Jakoby-Raffauf usw. [Z] über Höchstpreise für Kartoffelsaatgut – Drucksache Nr. 1184]: Herkenrath wird dazu sprechen.⁶

Zu 13 [Beratung des Antrags Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Zustellung des Reichs- und Staatsanzeigers an die Mitglieder der Landesversammlung – Drucksache Nr. 801, 1563]: Auf Antrag soll den Abgeordneten der Reichs- und Staatsanzeiger zugeschickt werden.

1 Das Zentrum beteiligte sich nicht an der Aussprache.

2 Schüling sprach als Fragesteller in der 112. Sitzung am 4. Februar 1920, Sp. 9336-9341.

3 Rede von Müller (Prüm) in der 112. Sitzung am 4. Februar 1920, Sp. 9362 f.

4 Vom Zentrum wurde zu diesem Punkt nicht gesprochen.

5 Ab hier Handschrift Wentrup.

6 Herkenrath sprach dazu in der 114. Sitzung am 6. Februar 1920 als Fragesteller, Sp. 9413-9416.

Zu 14 [Beratung des Antrags Schmittmann usw. [Z] auf Übertragung der staatlichen Bäder auf die Krankenkassen und Versicherungsanstalten – Drucksache Nr. 1006]: Müller (Prüm) wird sprechen.⁷

Zu 22 [Beratung des Antrags Dr. Reineke usw. [Z] über die Hinzuziehung von Vertretern der Privatchitekten zum Wiederaufbau für Nordfrankreich – Drucksache Nr. 1408]: Dr. Reineke wird dazu sprechen.⁸

2. Betr. Beirat für die organisatorische und technische Leitung im Eisenbahnministerium. Hierzu hat Hirtsiefer einen Antrag gestellt.⁹ Dieser Antrag soll zunächst mit Dr. Bell durchgesprochen werden.

3. WILDERMANN beantragt, zur Beantwortung der Eingänge bezüglich der Besoldungsordnung¹⁰ jemanden zu bestimmen. Blank übernimmt die Erledigung.

4. Kleine Anfrage Kley bezüglich Auszahlung der Teuerungszulagen an die Lehrer wird genehmigt.¹¹ Es soll dies als *förmliche* Anfrage eingebracht werden.

5. Antrag Frau Heßberger bezüglich Einrichtung eines einjährigen Pflichtbesuchs des hauswirtschaftlichen Unterrichts aller Mädchen wurde genehmigt.¹²

7 Der Antrag kam erst in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920 zur Verhandlung. Schmittmann selbst übernahm die Vertretung im Plenum. Vgl. Sp. 10115-10118.

8 Vgl. Nr. 113 Anm. 8.

9 Antrag Hirtsiefer usw. [Z] über den Landeseisenbahnrat und die Bezirkseisenbahnräte, Drucks. Nr. 1868. Vgl. dazu auch Nr. 113.

10 Der 20. Ausschuß für die Beamtenbesoldungsfrage war am 22. Januar 1920 eingesetzt worden und am 29. Januar 1920 zusammengetreten. Erst Ende April wurde dem Ausschuß das umfassende Gesetzeswerk zur Neuregelung der Beamtenbesoldung, Drucks. Nr. 2340 ff., überwiesen. Vermutlich handelt es sich daher bei den erwähnten Eingängen um Wünsche von Interessengruppen und Zentrumsanhängern.

11 Förmliche Anfrage Kley (Neuwied) usw. [Z] über die Auszahlung der erhöhten Teuerungszulagen, Kinderzulagen usw. an die Lehrer, Drucks. Nr. 1853.

12 Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z] auf Einführung eines einjährigen pflichtgemäßen hauswirtschaftlichen Unterrichtes für Mädchen, Drucks. Nr. 1846.

115.

6. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank. Schluß 11.30 Uhr.

1 Der Vorsitzende [PORSCH] verliert Eingänge.

2. Prof. WILDERMANN wünscht, daß Punkt 4 [Förmliche Anfrage Dr. Boelitz usw. [DVP] über die Lehrbücher für Geschichte – Drucksache Nr. 1593] von der Tagesordnung abgesetzt werde.

Dr. PORSCH will entsprechenden Antrag im Ältestenrat stellen.¹

3. WILDERMANN spricht betr. Teuerungszulagen der Hilfsgeistlichen. Er hält deren Aufbesserung für dringend erforderlich.

Dr. LAUSCHER tritt dem bei und ist der Ansicht, daß der Staat doch eine moralische Pflicht habe, hier zu helfen. Er baut dies auf das Konkordat auf.

Prof. WILDERMANN soll dieserhalb an den Episkopat ein persönliches Schreiben loslassen.²

11 1/2 Schluß der Sitzung.

Tagesordnung war am 5. bereits besprochen.³

1 Porsch beantragte die Vertagung erfolgreich im Plenum. Vgl. 114. Sitzung am 6. Februar 1920, Sp. 9446 f.

2 Nicht nachgewiesen

3 Ein Fraktionsprotokoll vom 5. Februar 1920 lag nicht vor.

116.

18. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurde eine Anzahl Eingänge verlesen.

2. Es wurde sodann der Erzbergerprozeß¹ kurz behandelt.

3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1: [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. steuerliche Vorrechte in eingemeindeten Ortsteilen – Drucksache Nr. 1860]: Wenn Überweisung an die Kommission gestellt wird, dann soll *nicht* widersprochen werden.²

Zu Punkt 2 [Beratung der Anträge Nebelung usw. [DDP] und Linz (Barmen) usw. [DNVP] über die Wahlen zu den Elternbeiräten – Drucksache Nr. 1702, 1708, 1861]: Der Antrag soll zurückgezogen werden.³

Zu Punkt 3 [Beratung des Antrags Weber usw. [SPD] über die Bestätigung und Vereidigung der Bürgermeister, Beigeordneten und Schöffen – Drucksache Nr. 1063], ⁴ [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf verfassungsmä-

1 Es handelt sich dabei um den Beleidigungsprozeß gegen Karl Helfferich, der vom 19. Januar bis 12. März 1920 vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin-Moabit geführt wurde und anschließend zum Rücktritt Erzbergers als Reichsfinanzminister führte. Vgl. Epstein, S. 392-413.

2 Der Gesetzentwurf wurde an den Gemeindevausschuß überwiesen. Es sprachen dazu in der 115. Sitzung am 18. Februar 1920 Kloft (Sp. 9469 f.) und Hirtsiefer (Sp. 9476).

3 Der Antrag wurde zurückgezogen.

ßige Gleichstellung der freimaurerischen Richtungen – Drucksache Nr. 1230], 5 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Vorlegung eines Gesetzes über die Baulastenbücher – Drucksache Nr. 885], 6 [Beratung des Antrags Lüdemann usw. [SPD] auf Einsetzung einer parlamentarischen Studienkommission – Drucksache Nr. 1325]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt 7 [Beratung des Antrags Dr. Reineke usw. [Z] über die Hinzuziehung von Vertretern der Privatarchitekten zum Wiederaufbau für Nordfrankreich – Drucksache Nr. 1408]: Reineke wird sprechen.⁴

Zu Punkt 8 [Beratung der Verordnung vom 14. November 1918 (Gesetzsamml. S. 189), betr. die Zuständigkeit der Preußischen Regierung sowie die Zuständigkeiten und die Bezeichnung der Zentral-, Provinzial- und Lokalbehörden – Drucksache Nr. 234 zu 2, 275 zu V, 1743, 1744, 1848], 9 [Beratung der Bekanntmachung vom 14. November 1918 (Gesetzsamml. S. 190), betr. das Inkraftbleiben der bestehenden Gesetze und Verordnungen – Drucksache Nr. 234 zu 3, 275 zu V, 1743, 1745], 10 [Beratung der Verordnung vom 15. November 1918 (Gesetzsamml. S. 191), betr. Auflösung des Abgeordnetenhauses und Beseitigung des Herrenhauses – Drucksache Nr. 234 zu 4, 275 zu V, 1743, 1746], 11 [Beratung a) der Verordnung vom 21. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 201) über die Wahlen zur verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, b) der Verordnungen vom 28. Dezember 1918, 19., 20., 21. Januar 1919 zur Abänderung der vorbezeichneten Verordnung – Drucksache Nr. 234 zu 16, 18, 21, 23 und 24, 275 zu V, 1743, 1747-1751], 12 [Beratung der Mitteilung des Ministers des Innern über die Verwaltung von Teilen der Kreise Heydekrug und Tilsit – Drucksache Nr. 1709], 13 [Beratung der Mitteilung des Ministers des Innern über die Ausübung von Befugnissen des Bezirksausschusses Oppeln und der Kreisausschüsse Neustadt O.-S. und Namslau – Drucksache Nr. 1821], 14 [Beratung des Antrags des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) über Regelung der Beamtengehälter – Drucksache Nr. 1613], 15 [Beratung des Antrags Dallmer usw. [DNVP] über Vermehrung der Stellen für Katasterlandmesser – Drucksache Nr. 1641], 16 [Beratung des Antrags Lukassowitz usw. [DNVP] über die Versorgung der Lehrer, die die Mittelschullehrer- und Rektorenprüfung abgelegt haben – Drucksache Nr. 1703], 17 [Beratung des Antrags Dr. Kalle usw. [DVP] über die Weinversteigerungen – Drucksache Nr. 1704]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt 18 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] über die landwirtschaftliche Ausnutzung von Truppenübungsplätzen – Drucksache Nr. 1742]: wird Wentrup sprechen.⁵

Punkt 24 [Beratung des Antrags Bergmann usw. [Z] über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen – Drucksache Nr. 1572]: [soll] Justizausschuß überwiesen werden.

Punkt 25 [Beratung der Anträge Dr. Friedberg usw. [DDP] und Conradt usw. [DNVP] über die Höchstmieten – Drucksache Nr. 1705, 1729]

Es referierte BEYER (Oberschlesien).

⁴ Vgl. oben Nr. 114 Anm. 8.

⁵ Wentrup sprach dazu in der 117. Sitzung am 20. Februar 1920, Sp. 9620 f.

Es nahm das Wort dazu der Minister STEGERWALD. Die Verordnung⁶ steht zu Recht.

ALTEGOER: Es ist doch sehr notwendig, den Wünschen der Hausbesitzer Rechnung zu tragen. Es fragt sich, ob sie rechtsgültig ist.

BEYER: Die Verordnung als solche ist zu begrüßen, ob sie rechtsgültig ist, ist eine andere Frage. Der Antrag ist der Kommission zu überweisen.

HERKENRATH: Es ist nicht richtig, daß in den anderen Ländern viel schärfer vorgegangen werde.

HIRTSIEFER: Die Verordnung muß unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben.

KLOFT schließt sich den Ausführungen an.

Minister Stegerwald wird ausführlich dazu sprechen.⁷

Beyer wird sprechen.⁸

6 Gemeint ist die „Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt, betr. Einführung einer Höchstgrenze für Mietsteigerungen, vom 9. Dezember 1919“, abgedruckt in: Drucks. Nr. 2076. Der Antrag Friedberg, Drucks. Nr. 1705, forderte, die Anordnung der Landesversammlung vorzulegen, um ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen.

7 Stegerwald redete dazu in der 119. und 120. Sitzung am 23. und 24. Februar 1920, Sp. 9795-9812, 9853-9858.

8 Rede Beyers in der 119. Sitzung am 23. Februar, Sp. 9822-9824.

117.

19. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Zu Punkt 1 der Tagesordnung des Plenums [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über Erhebung von Zuschlägen im Güter- und Tierverkehr der preußisch-hessischen Staatseisenbahnen – Drucksache Nr. 1880]: Er soll in die Kommission verwiesen werden ohne Debatte.

2. Zu Punkt 2 [Fortsetzung der Beratung des Antrags Nebelung usw. [DDP] und Linz (Barmen) usw. [DNVP] über die Wahlen zu den Elternbeiräten – Drucksache Nr. 1702, 1708, 1861]: Die Fraktion steht auf dem Standpunkt, daß dort, wo die Wahlen noch nicht stattgefunden haben, alle Eltern, die auch nicht am Orte wohnen, mitwählen können und zwar *schriftlich* und nur für *Auswärtige*. Es wurde die ganze Angelegenheit sehr eingehend erörtert.¹

3. Es wurden von dem Präsidenten [PORSCH] verschiedene Eingänge verlesen.

1 Es redete zu diesem Punkt Gottwald. Vgl. 116. Sitzung am 19. Februar 1920, Sp. 9540-9545.

4. Punkt 2 der Tagesordnung der Partei² wurde angenommen.

5. Zu Punkt 21 der Tagesordnung des Plenums [Beratung des Antrags Dr. Dr. Porsch usw. [Z] auf Einführung eines einjährigen pflichtgemäßen hauswirtschaftlichen Unterrichts für Mädchen – Drucksache Nr. 1846] wird Frau Heßberger sprechen.³

Zu Punkt 22 [Besprechung der Förmlichen Anfrage Dr. Boelitz usw. [DVP] über die Lehrbücher für Geschichte – Drucksache Nr. 1593] wird Wildermann sprechen.⁴

Zu Punkt 23 [Besprechung der Förmlichen Anfrage Dr. Friedberg [DDP] über die Schließung der Gastwirtschaften – Drucksache Nr. 1636]: vorläufig nichts zu bemerken. Kloft wird sich darum kümmern.

Punkt 24 [Förmliche Anfrage Höfler usw. [DDP] über den Erlaß eines Beamtengesetzes und die Änderung des Disziplinargesetzes – Drucksache Nr. 1852]: bleibt noch zu erörtern.

² Die Tagesordnung der Fraktion lag nicht vor.

³ Frau Heßberger sprach dazu in der 124. Sitzung am 27. Februar 1920 als Fragestellerin, Sp. 10083-10089.

⁴ Wildermann redete dazu in der 118. Sitzung am 21. Februar 1920, Sp. 9710-9715.

118.

20. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. BEYER berichtet über die Petitionen über Höchstmieten.¹ Er tritt entschieden dafür ein, daß der Antrag² der Gemeindekommission überweisen werde.

Die Fraktion steht im allgemeinen auf dem Standpunkt, den Antrag in die Kommission zu überweisen.

2. Der Vorsitzende [PORSCH] teilt den Inhalt verschiedener Eingänge mit.

3. STEGER trägt die Vereinbarung mit den Bergarbeitern vor, nach welcher diese erheblich mehr Kohlen fördern. Indes habe die Mehrbeförderung keinen Zweck, wenn die Eisenbahn die Kohlen nicht weitertransportiert. Auch fehle es an Grubenholz. Aus diesem Grunde will er eine dringende förmliche Anfrage einbringen

¹ Über die Petitionen wegen der Höchstmietenverordnung wurde der Landesversammlung in der 151. Sitzung am 15. September 1920 Bericht erstattet. Vgl. Sp. 12074 f.

² Gemeint ist der Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP] über die Höchstmieten, Drucks. Nr. 1705.

bezüglich der vorgelesenen Punkte.³ Die Fraktion ist mit der Einbringung dieses Antrages einverstanden.

4. WILDERMANN berichtet über die Reichsschulkonferenz.⁴

5. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 16 [Beratung des Antrags des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Regelung des Dirnenwesens – Drucksache Nr. 1823]; Faßbender wird dazu sprechen.⁵

Zu Nr. 22 [Beratung des Antrags Bergmann usw. [Z] über die Entschädigung der Schöffen und Geschworenen – Drucksache Nr. 1572]; Bergmann wird dazu sprechen.⁶

Zu Nr. 24 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Zulassung der Frauen zu den juristischen Prüfungen usw. – Drucksache Nr. 1841]; wird Frau Dr. Lauer sprechen.⁷

Zu Nr. 28 [Förmliche Anfrage Höfler usw. [DDP] über den Erlaß eines Beamtengesetzes und die Änderung des Disziplinargesetzes – Drucksache Nr. 1852]; Gobel wird sich darum kümmern.

GOTTWALD berichtete zu dem Gesetzentwurf „Groß-Berlin“.⁸

3 Dringende Förmliche Anfrage Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über gesteigerte Kohlenproduktion, Drucks. Nr. 1926.

4 Zunächst für den April 1920 vorgesehen, fand die Reichsschulkonferenz erst vom 11.-19. Juni 1920 statt. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 127 vom 12. Juni 1920.

5 Rede Faßbenders in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920, Sp. 9938-9943.

6 Bergmann redete als Antragsteller in der 117. Sitzung am 20. Februar 1920, S. 9665 f.

7 Rede von Frau Dr. Lauer in der 118. Sitzung am 21. Februar 1920, Sp. 9688-9691.

8 Vgl. Nr. 107 Anm. 1.

119.

21. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 2 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Zulassung der Frauen zu den juristischen Prüfungen – Drucksache Nr. 1841]; Es soll der Antrag in den Ausschuß verwiesen werden.

Zu Punkt 3 [Erste Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP] auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Abänderung des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 – Drucksache Nr. 1842]: wird Rhiel sprechen.¹

Zu Punkt 4 [Besprechung der Förmlichen Anfrage Dr. Boelitz usw. [DVP] über die Lehrbücher für Geschichte – Drucksache Nr. 1593]: wird Wildermann sprechen.²

Zu Punkt 5 [Förmliche Anfrage Höfler usw. [DDP] über den Erlaß eines Beamtenengesetzes und die Änderung des Disziplinargesetzes – Drucksache Nr. 1852]: wird Goebel sprechen.³

3. Förmliche Anfrage Hager und Genossen wegen Erhebung der Steuern in den Gemeinden wurde angenommen.⁴

Zu Punkt 6 [Beratung des Antrags des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Regelung des Dirnenwesens – Drucksache Nr. 1823, 1927]: Frl. Dr. Lauer wird dazu sprechen.⁵

Zu Punkt 7 [Beratung des Antrags Schüling usw. [Z] über die Beschäftigung der Kriegsbeschädigten im Staatsdienste usw. – Drucksache Nr. 67, 1865]: Schüling wird dazu sprechen.⁶

Zu Punkt 8 [Beratung des Antrags Dr. Heß usw. [Z] um Erhöhung der Teuerungszulagen im besetzten Gebiet – Drucksache Nr. 138, 162, 1871]: Schüling wird dazu sprechen.⁷

4. KLOFT erklärt, daß Klarheit darüber herrschen müsse, daß Düsseldorf nicht von einem Sozialdemokraten als Regierungspräsidenten besetzt werden könne.⁸ Die Sache eilt sehr. Sie müßten jetzt ins Rheinland fahren und müßten mit dem Resultat erscheinen, daß Düsseldorf von uns besetzt werde. Die Angelegenheit sei von sehr weittragender Bedeutung. Wenn Arnsberg eingeräumt werde, genüge es. Jedenfalls sei es *unerträglich*, wenn beide Stellen, Arnsberg und Düsseldorf, mit *Sozialdemokraten* besetzt würden. Es braucht nicht von uns besetzt zu werden.

Diesen Ausführungen schließen sich Dr. REINEKE, Dr. HAGER [an].

WILDERMANN: Wir müssen Minden oder Münster anbieten, um aus der Situation herauskommen zu können.

HIRTSIEFER und SAUERMANN schließen sich den Ausführungen von Kloft an.

GREBE: Ich kann mich den Ausführungen von Wildermann *nicht* anschließen. Die Vertretung von uns kann doch nur in Westfalen für Minden den Sozialdemokraten zugestanden werden.

1 Eine Aussprache zu diesem Punkt fand nicht statt.

2 Rede Wildermanns in der 118. Sitzung am 21. Februar 1920, Sp. 9710-9715.

3 Rede Goebels in der 118. Sitzung am 21. Februar 1920, Sp. 9750-9752.

4 Dringende förmliche Anfrage Dr. Hager usw. [Z] über die Zahlungsunfähigkeit von Gemeinden, Drucks. Nr. 1934.

5 Tatsächlich sprach dazu in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920 Faßbender, Sp. 9938-9943.

6 Schüling sprach dazu in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920, Sp. 9968-9970.

7 Dazu sprach Schüling ebenfalls in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920, Sp. 9972-9978, 9983 f.

8 Zur Besetzung der Regierungspräsidiums in Düsseldorf vgl. Nr. 103 Anm. 5.

KLOFT: Die Sozialdemokraten haben Anspruch auf einen Regierungspräsidenten im Rheinland. Das kann aber nur geschehen, daß *Arnsberg* freigemacht wird. Es müßte dann wieder Minden oder Münster angeboten werden.

HAGER: Wenn die Sozialdemokraten auf Düsseldorf oder Arnsberg verzichten, dann müssen wir Minden oder Münster anbieten.

STEGERWALD: Auf einen Regierungspräsidenten im *Rheinland* haben die Sozialdemokraten Anspruch. Arnsberg muß freigemacht werden, oder es muß Aachen oder Koblenz eingeräumt werden.

OPPENHOFF: Aachen kann unter keinen Umständen den Sozialdemokraten eingeräumt werden. Hier liegt [der Fall] genauso wie in Koblenz.

BUSCH: Koblenz kann noch eher eingeräumt werden als Aachen, weil hier schon ein Katholik ist.

Es wurde beschlossen: Es soll Düsseldorf den Sozialdemokraten bleiben, dafür soll mit allem Nachdruck dafür gesorgt werden, daß Arnsberg von den Sozialdemokraten geräumt werde und Arnsberg mit einem Zentrumsmann besetzt werde.

WENTRUP macht ausdrücklich darauf aufmerksam, daß diese Frage heute nicht auf der Tagesordnung gestanden habe. Es wurde demgegenüber von STEGERWALD erwidert, daß die Angelegenheit *sehr dringlich* sei.

5. GREBE: Als Grundsatz muß gelten, daß die katholischen Anstalten grundsätzlich als solche erhalten bleiben. Wenn aber tatsächlich der Schulbesuch sich anders gestaltet, dann muß dieser Tatsache Rechnung getragen werden.

Dr. LAUSCHER: Es muß von dem *Einzelfalle* aus die Sache beurteilt werden.

120.

23. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

Zunächst wird über den Antrag Friedberg betr. Höchstmieten verhandelt.¹

ALTEGOER und BEYER bestreiten die Rechtsgültigkeit der betreffenden Verordnung.

STEGERWALD erklärt, daß er nach vorheriger Befragung des Reichsjustizministeriums und des preußischen Justizministeriums die Verordnung erlassen habe.

HEROLD weist darauf hin, daß es Usus ist, der Kommissionsberatung zuzustimmen, sofern d[. . .]²

¹ Vgl. Nr. 116 und 118. Die Beratung des Antrags Friedberg, Drucks. Nr. 1705, war Punkt 5 der Tagesordnung des Plenums.

² Der Satz bricht ab. Zu der von Herold vermutlich beabsichtigten Strategie erklärte das Fraktionsprotokoll der DDP vom 23. Februar 1920: „Abg. Bergh[aus] übermittelt Wunsch des Zen-

Beschlossen wird, den Antrag zu stellen, die Verordnung der Landesversammlung vorzulegen mit den betr. Anhängen.³

Verlesung der Eingänge.

PORSCH kommt dann auf den Fall Erzberger.⁴ Er befürchtet, daß wir plötzlich vor der Frage einer Erklärung stehen können. Er ist der Ansicht, daß die Erklärung des Wolff'schen Büro's unzulänglich sei seines Erachtens.⁵ Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages trete am Donnerstag zusammen und müsse es dem vorbehalten bleiben, bezüglich Erzberger Stellung zu nehmen.⁶

PORSCH teilt dann mit, daß bis Sonnabend getagt werde und daß Anfang nächster Woche der neue Verfassungsentwurf vorliege.⁷

Die Verfassung wird sodann besprochen, insbesondere die Institution des Finanzrates. Die Einrichtung eines Staatsrates wird von den Mehrheitssozialisten für unerträglich gehalten.

HEROLD fordert unter Zustimmung eines großen Teils der Fraktion Festhalten am Staatsrat.

WILDERMANN wünscht, daß der Schulfrage in der Fraktion mal breiter Raum gewährt wird.

trums, einen glimpflichen Rückzug der Verordnung durch Überweisung an einen Ausschuß veranlassen zu helfen.“ BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 123.

3 Antrag Bartels (Berlin) usw. [SPD,Z] zur Beratung der Anträge Dr. Friedberg usw. und Conradt usw. über die Höchstmieten (Nr. 1705, 1729), Drucks. Nr. 1951. Im Gegensatz zum Antrag Friedberg, Drucks. Nr. 1705, forderte der Antrag Bartels, Drucks. 1951, nicht die Überprüfung der Rechtsgültigkeit der Verordnung durch die Landesversammlung, sondern lediglich die Vorlegung der Verordnung zur Kenntnisnahme der Abgeordneten. Diesem Antrag wurde in der 121. Sitzung am 25. Februar 1920 zugestimmt.

4 Am 22. Februar 1920 war in den Hamburger Nachrichten Erzbergers persönliche Steuererklärung veröffentlicht worden, die auf den ersten Blick eine Steuerhinterziehung zu beweisen schien. Vgl. Epstein, S. 409.

5 Vermutlich ist die auf Anfrage des WTB gegebene Erklärung des Reichsfinanzministeriums gemeint, in der die Veröffentlichung von Erzbergers Steuerakte scharf verurteilt wurde. Vgl. KV Nr. 145 vom 23. Februar 1920.

6 Der Parteivorstand des Zentrums sollte am 26. Februar 1920 in Berlin zusammentreten, um zum Fall Erzberger Stellung zu nehmen. Vgl. KV Nr. 154 vom 26. Februar 1920. Am 28. Februar 1920 fand schließlich diese Sitzung als gemeinsame Tagung der Vorstände der Deutschen Zentrumspartei und der Zentrumsfraktion der Deutschen Nationalversammlung statt. Vgl. KV Nr. 163 vom 29. Februar 1920. Eine endgültige Stellungnahme zum Fall Erzberger wurde dabei bis zur Urteilsverkündung im Beleidigungsprozeß gegen Helfferich verschoben. Vgl. KV Nr. 165 vom 1. März 1920.

7 Entwurf einer Verfassung für Preußen, Drucks. Nr. 2000. Der Gesetzentwurf wurde in der am 24. Februar 1920 beschlossenen Fassung der Landesversammlung am 25. Februar 1920 zugesandt.

121.

25. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. Mitteilungen über Sitzung.

2. Abg. Dr. REINEKE bringt 2 Anträge ein

a) betr. Erhöhung der Gebühren für Notare p.p.¹

b) betr. Feststellung der Düngerbestände.²

3. Bei Beratung der Tagesordnung verbreitet sich Frau Dr. HESSBERGER ausführlich zu Antrag Nr. 1846, laufende No. 11 der Tagesordnung.³

4. Abg. BEYER und DINSLAGE berichten über die Beschlüsse der Geschäftsordnungskommission.⁴

Prof. FASSBENDER berichtet dann weiter über seine Verhandlungen mit Heine.

Dr. HESS wünscht scharfes Vorgehen gegen Heine, aber Heine dürfe nicht unter Flagge „Pfarrhauskomödie“⁵ zu Fall gebracht werden.

Abg. BERGMANN weist darauf hin, daß Heine ja bezüglich der beiden Regierungsbezirke nicht nachgeben will.⁶ Man soll ihm deshalb zu Leibe gehen.

Abg. LAUSCHER erklärt, wir dürfen nicht wehrlos und widerspruchslos diesen Skandal über uns ergehen lassen. In irgend einer Weise muß Sorge getragen werden, daß das Stück abgesetzt wird.

Abg. LINZ und BELL stimmen dem zu.

FASSBENDER weist darauf hin, daß die Berliner auf jeden Fall von der Fraktion ein Vorgehen erwarten.

KLOFT erklärt, daß es nicht klug wäre, Heine über die Pfarrhauskomödie stolpern zu lassen. Auch über Düsseldorf soll man ihn nicht stolpern lassen. Er schlägt vor, ihn über seine Stellung zum Finanzrat⁷ zu Fall zu bringen.

1 Antrag Dr. Reineke usw. [Z,DHann] auf Erhöhung der Notariatsgebühren, Drucks. Nr. 1960.

2 Antrag Dr. Reineke usw. [Z,DHann] über die Bestände an künstlichen Düngemitteln, Drucks. Nr. 1959.

3 Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z] auf Einführung eines einjährigen pflichtgemäßen hauswirtschaftlichen Unterrichts, Drucks. Nr. 1846. Der Antrag wurde in der 124. Sitzung am 27. Februar 1920 beraten. Heßberger sprach als Antragstellerin. Vgl. Sp. 10083-10089.

4 Vgl. Nr. 122.

5 Gemeint ist „Die Pfarrhauskomödie“, ein Theaterstück in drei Szenen von Heinrich Lautensack, das am 5. Januar 1920 im Berliner Kleinen Theater Unter den Linden uraufgeführt wurde. Es thematisierte das Problem des Zölibats. In Berlin erlebte das Stück über 200 Aufführungen und wurde in über 100 Städten des deutschen Sprachraums gezeigt. Die Aufführungen führten zu einer Reihe von Theaterskandalen. Der Text des Stücks ist abgedruckt in: Heinrich Lautensack, Das verstörte Fest. Gesammelte Werke, München 1966, S. 159-208. Zur Skandalgeschichte des Stücks vgl. ebd., S. 495 f.

6 Vgl. Nr. 119.

Herr Dr. REINEKE erklärt, daß er das Stück Pfarrhauskomödie gesehen [habe]. Er ist mit anderen Mitgliedern der Ansicht, daß ein offizielles Schreiben der Fraktion an das Staatsministerium gerichtet werde.⁸

Herr Dr. SCHMITT stimmt dem zu, weist darauf hin, daß demnächst das Stück in der Provinz aufgeführt werden wird und dann werden die Verhältnisse für uns unerträglich.

Herr Dr. LAUSCHER fordert, daß baldigst gehandelt wird.

7 Zum Streit um den Finanzrat vgl. Nr. 111.

8 Das Schreiben wurde unter dem 3. März 1920 an das Staatsministerium gesandt. Zum Inhalt und zur Behandlung dieser Eingabe vgl. KV Nr. 297 vom 18. April 1920.

122.

27. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. Verlesung der Eingänge.

2. Zur Tagesordnung

Punkt 1 [Abstimmung über den Antrag des Wahlprüfungsausschusses (Wahlkreis 10 – Oppeln) – Drucksache Nr. 1323]: Prinzipiell für Rückverweisung an die Kommission, andernfalls gegen die Wahl Hacks¹ stimmen.

Zu Punkt 10 [Beratung des Berichts des Geschäftsordnungsausschusses über den Entwurf einer endgültigen Geschäftsordnung für die Preußische Landesversammlung – Drucksache Nr. 1900 A und B, 1964-1975]: BEYER berichtet über die Be-

1 Johannes Reginek aus Ratibor war auf Antrag des sozialdemokratischen Vertrauensmannes von der Liste der SPD für den Wahlkreis 10 (Oppeln) kurzfristig gestrichen und durch Franz Hacks ersetzt worden. Dabei unterlief ein Formfehler, so daß der Zentrumsabgeordnete Richtarsky als Berichterstatter des Wahlprüfungsausschusses für die Ungültigkeit der Wahl plädierte. Der Ausschuß votierte dagegen für die Gültigkeit der Wahl. Vgl. den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 1323. Bei der Abstimmung über den Ausschußantrag in der 122. Sitzung am 26. Februar 1920 war das Haus beschlußunfähig; in der 124. Sitzung am 27. Februar 1920 wurde die Abstimmung auf Wunsch des Ältestenrates von der Tagesordnung abgesetzt. Schließlich wurde in der 143. Sitzung am 6. Mai 1920 die Gültigkeit der Wahl beschlossen. Vgl. Sp. 11381 f. Vgl. auch Nr. 145.

schlüsse des Geschäftsordnungsausschusses. Antrag Gräf 1964 und 1965 soll abgelehnt werden², desgleichen die anderen Anträge.³

Zur Hannoverschen Frage stimmt Abg. LINZ dem Wunsche der Hannoveraner zu, bei Freiwerden des Regierungspräsidentenpostens in Hannover den Hannoverschen Kandidaten zu unterstützen.⁴

Die Fraktion billigt dies.

Zur Schulfrage

Abg. WILDERMANN teilt mit, daß die Demokraten sich beschwert hätten, daß keine Dame ihrer Fraktion im Kultusministerium sei. Die Sozialistin wird in Zukunft ausscheiden und dann Gelegenheit gegeben sein, [daß] der Demokratin Platz gemacht werde.⁵

In der Besoldungsfrage⁶ wird vorgeschlagen, die Stellungnahme des Gesamtministeriums hinauszuschieben. Eine interfraktionelle Besprechung soll erst eine Einigung der Parteien herbeiführen.

Es wird dann eingehend über die Klasse der Seminarlehrer gesprochen. Im Staatshaushalt liegt jetzt ein Antrag⁷ vor, die Seminarlehrer mit den Oberlehrern gleichzusetzen. Es wird vorgeschlagen, die Abstimmung darüber hinauszuschieben, damit wir der Besoldungsreform nicht vorgreifen. In der interfraktionellen Besprechung muß die Sache erst geklärt werden. Abg. Kley hat für den Umfall gegenüber der früheren Stellung in der Frage der Seminarlehrer keine rechte Begründung angebracht.⁸ Es soll im Sinne der Hinausschiebung im Staatshaushalt gewirkt werden.

2 Anträge Graef (Anklam) usw. [DNVP] zu dem Entwurf einer endgültigen Geschäftsordnung für die Preußische Landesversammlung, Drucks. Nr. 1964 und 1965.

3 Gemeint sind offensichtlich die Anträge der USPD, Drucks. Nr. 1966-1971, und ein Antrag der DVP, Drucks. Nr. 1972. Das Zentrum selbst hatte Anträge dazu auf den Drucks. Nr. 1973-1976 gestellt.

4 Zur Frage des Hannoverschen Regierungspräsidenten vgl. Nr. 110 Anm. 5.

5 Frau Dr. Heine hatte bereits im Herbst 1919 in der DDP-Fraktion die Forderung aufgestellt, eine Angehörige der DDP in die Abt. U II des Kultusministeriums berufen zu lassen. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 22. Oktober 1919, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 94rs.

6 Vgl. Nr. 114 Anm. 10.

7 Es handelt sich um den Antrag des Staatshaushaltsausschusses, den Lehrerseminaren den Charakter höherer Lehranstalten zu verleihen. Vgl. die Drucks. Nr. 1342 zu 70, 1378, 1380. In der 47. Sitzung des Staatshaushaltsausschusses am 2. März 1920 wurde beschlossen, diesen Punkt vorläufig zurückzustellen. Vgl. den Bericht der Ausschußsitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I, Nr. 32h, Beiheft 1, Bd. 5.

8 Nicht nachgewiesen.

123.

28. 2. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Stieler, gez. Stieler.

I. Außerhalb der Tagesordnung

Die Sitzung wird vom Abg. GRONOWSKI geleitet.

1. Die Fraktion erklärt sich bereit, einen Antrag der Sozialdemokratie auf Besteuerung der Hochseefischerei zu unterstützen.¹

2. Es findet eine längere Besprechung über die Frage [statt], wie die Fraktion über Vorgänge in Ausschüssen zu berichten hat. Das älteste Mitglied des Ausschusses soll den Berichtersteller für die Fraktion bestimmen.

3. SCHULTE regt die Frage an, ob es nicht zweckmäßig sei, in der Frage „Erzberger“² eine gemeinsame Sitzung mit der Reichstagsfraktion abzuhalten.

4. MUSIOL teilt mit, daß er gestern abend eine Unterhaltung von Polen belauscht [habe], die die „Pfarrhauskomödie“³ besucht [hatten] und die Vorstellung als Agitationsmittel zur Abtretung von Oberschlesien benutzen wollen.

LINZ teilt einiges aus der gestrigen Ministerialsitzung mit.⁴

II. *Geschäftliche Mitteilungen*⁵

Es soll alles aufgearbeitet werden, was vorliegt.

Etwa Donnerstag Pause auf 4 Tage. Desweiteren wurde Mitteilung gemacht über die geplanten Teuerungszulagen. Hieran schließt sich eine längere Aussprache an. Mit Mehrheit wird beschlossen, vorzuschlagen, eine Teuerungszulage von 30 Mk. für *jeden* Sitzungstag, Plenum, Ausschüsse für *alle* Abgeordnete, also auch für die Berliner Kollegen zu gewähren.⁶

Für die Abgeordneten soll eine Besichtigung der Museen stattfinden.

III. *Plenum*

1 Dies sollte ein Antrag der Mehrheitsparteien werden. Die DDP stellte die Unterstützung dieses Antrags in der Fraktionssitzung am 28. Februar 1920 jedoch zurück, nachdem sich mehrere Mitglieder gegen die Erschließung neuer Gewerbesteuerquellen ausgesprochen hatten. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 126rs.

2 An den nach der Veröffentlichung von Erzbergers Steuererklärung am 22. Februar 1920 im Zentrum einsetzenden Bemühungen, zum „Fall Erzberger“ eine Erklärung abzugeben, wurde das preußische Zentrum nicht beteiligt. Vgl. auch Nr. 120.

3 Vgl. Nr. 121 Anm. 5.

4 Nicht nachgewiesen.

5 Die folgenden Mitteilungen beziehen sich auf die Verhandlungen im Ältestenrat am 27. Februar 1920, 11.10 Uhr bis 12.26 Uhr. Vgl. das Protokoll der Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

6 In der 132. Sitzung am 31. März 1920 wurde auf Antrag des Ältestenrates, Drucks. Nr. 2121, beschlossen, den Mitgliedern der Landesversammlung rückwirkend vom 1. Februar 1920 eine Teuerungszulage zuzugestehen, die der Präsident der Landesversammlung nach Rücksprache mit dem Staatsministerium festsetzen sollte. Vgl. Drucks. Nr. 2124.

Es wird die oft eintretende Beschlußunfähigkeit des Hauses bemängelt.⁷

BEYER macht Ausführungen über die Geschäftsordnung. Ihm wird die Ermächtigung erteilt, entsprechend zu handeln.

STEGERWALD regt den Verkauf der Germania⁸ am Zeitungsverkaufsstande an.

7 In der 122. und 124. Sitzung am 26. und 27. Februar 1920 wurde Beschlußunfähigkeit des Hauses festgestellt.

8 Berliner Tageszeitung, 1871 gegründet, Zentralorgan der Deutschen Zentrumspartei.

124.

2. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. Mitteilungen:¹

Die Sozialdemokraten wünschen betr. der Teuerungszulage² für die Mitglieder des Hauses rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1920. Zu hoffen ist, daß rückwirkende Kraft bis 1. Februar erreicht wird.

Vertagung ist voraussichtlich zum Sonnabend zu erwarten. Gewünscht wird Vertagung bis Donnerstag, den 11. März.

Zur Tagesordnung:

Punkt 2 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem Preußischen Staate und dem Preußischen Königshause – Drucksache Nr. 1722]:

Herr OPPENHOFF berichtet über die beabsichtigte Stellungnahme.³ Der privatrechtliche Standpunkt der Vorlage muß in den Vordergrund gestellt werden.

Geheimrat PORSCH sowie HAGER weisen darauf hin, daß wir auf die große Anzahl der Monarchisten in unserer Partei Rücksicht nehmen müssen.

1 Die Mitteilungen beziehen sich auf die Sitzung des Ältestenrates am 1. März 1920, 11.23 Uhr bis 12.25 Uhr. Vgl. das Protokoll der Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

2 Zur Teuerungszulage vgl. Nr. 123 Anm. 6.

3 In der 128. Sitzung am 2. März 1920, Sp. 10305-10309, konzentrierte sich Oppenhoff darauf, die Vermögensauseinandersetzungen zwischen dem preußischen Staat und dem Königshaus strikt privatrechtlich zu behandeln. Insbesondere lehnte er die Vorstellung ab, der Kaiser sei zu Schadenersatz verpflichtet, „denn die Voraussetzung für einen solchen Schadenersatz, der Kaiser trüge die Schuld am Kriege, trifft *nicht* zu.“ Hinsichtlich der politischen Implikationen der Debatte beschränkte er sich auf die Bemerkung: „Ich kann aber nicht umhin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß der Herr Vorredner [Gräf (Frankfurt) (SPD)] die Gelegenheit benutzt hat zu Angriffen auf das frühere Königshaus und zu Ausführungen, die geeignet sind, weite Kreise des preußischen Volkes aufs empfindlichste zu verletzen (Sehr richtig! rechts. Widerspruch und Zurufe links) und die nicht die Gesinnung der Mehrheit des Volkes darstellen. Hier ist vielleicht die Frage berechtigt, wer wohl an diesen Ausführungen des Herrn Vorredners die Hauptfreude haben wird. (Sehr richtig! im Zentrum)“

Dr. HESS stimmt dem zu, bittet aber zu bedenken, daß wir auch viele überzeugte Republikaner in unseren Kreisen [haben].

LINZ unterstreicht, daß wir dem Auslande gegenüber die Pflicht haben zu erklären, daß wir vom sozialdemokratischen Antrage⁴ abrücken und daß wir auch den Kaiser decken. Die Entente darf kein Kapital aus der Debatte schlagen.

Frl. DRANSFELD bittet ebenfalls, den Kaiser zu decken. Sie erklärt, daß in Frauenkreisen sehr viele monarchistische Bestrebungen sich bemerkbar machen.

BRUST und GRONOWSKI erklären, daß man wohl monarchistisch sein [könne], ohne für die Hohenzollern zugleich einzutreten. Monarchie und Hohenzollerntum ist nicht unbedingt dasselbe.

Dr. LAUSCHER stimmt dem zu.

4 Der Antrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] zur Beratung des Antrages Adolph Hoffmann usw. über die Enteignung des Vermögens der ehemaligen Fürstenhäuser (Nr. 1909), Drucks. Nr. 2043, forderte die preußische Regierung auf, bei der Reichsregierung die Einbringung eines Gesetzes gemäß § 153 WRV zu beantragen, um eine Enteignung des preußischen Königshauses zu erreichen.

125.

3. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. SCHMITTMANN beabsichtigt einen Antrag betr. Behebung der Wohnungsnot einzubringen. Die Fraktion lehnt das zunächst ab. Die Sache soll erst in der Fraktion auf die Tagesordnung gesetzt werden.

2. Verlesung der Eingänge.

3. Zur Tagesordnung.

Zu 1 [Beratung des Antrags des Geschäftsordnungsausschusses über die Unverletzlichkeit des Gebäudes der Landesversammlung – Drucksache Nr. 1900 A Spalte 139 zu 2; zu 2 Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag des Abgeordneten Bräucker auf Genehmigung zur Durchführung einer Privatbeleidigungsklage gegen ihn – Drucksache Nr. 2010; zu 3 Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag auf Genehmigung zur Fortsetzung eines ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den Abgeordneten Dr. Berndt (Stettin) – Drucksache 2011, 2038; zu 4 Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag des Justizministers auf Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Woldt wegen Beleidigung – Drucksache Nr. 2012; zu 5 Bericht des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag des Kaufmanns Ebelt in Niesky auf Genehmigung zur Durchführung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Oswald wegen Beleidigung – Drucksache Nr. 2013; zu] 6 [Bericht des

Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag des Landgerichts Naumburg (Saale) auf Genehmigung zur Vernehmung des Abgeordneten Stendel als Zeuge – Drucksache Nr. 2014]: BEYER.¹

Zu 9 [Förmliche Anfrage Dr. Lauscher usw. [Z] über die Grenzregelung im Kreise Monschau und die Bahnlinie Aachen-St. Vith – Drucksache Nr. 1952]: Es soll Besprechung beantragt werden. Lauscher spricht dazu.²

Zu 10 [Förmliche Anfrage Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über die Belieferung der Landwirtschaft mit Kunstdünger – Drucksache Nr. 1991] spricht Herr Abg. Kaulen und als zweiter Redner eventuell Herr Richtarsky.³

Zu 11 [Beratung der Anträge Graef (Anklam) usw. [DNVP], Dr. Friedberg usw. [DDP], Lüdemann usw. [SPD] über den Mangel an Zeitungspapier – Drucksachen Nr. 1978, 1979, 2015]: Es wird gewünscht, daß hierzu gesprochen wird.⁴

Zu 12 [Beratung des Antrags Dr. Reineke usw. [Z, DHann] auf Erhöhung der Notariatsgebühren – Drucksache Nr. 1960]: Drinnenberg ist in Aussicht genommen, sofern Dr. Reineke verreist ist.⁵

Zu 13 [Beratung des Antrags Dr. Ritter usw. [DNVP] über Fahrpreisermäßigungen für die Jugend – Drucksache Nr. 2018] ist Prof. Grebe in Aussicht genommen.⁶

Prof. FASSBENDER erhält Genehmigung zur Einbringung einer Kleinen Anfrage betr. Bekämpfung der Schmutzliteratur und -darstellung.⁷

*Zur Verfassung:*⁸

Die Sozialdemokraten wollen keine II. Kammer und keinen Staatsrat. Es führt GRONOWSKI aus. Insbesondere wehren sie sich gegen die Wahl durch die Provinzi- allandtage.

Die *Zentrumsfraktion* ist für Schaffung eines Staatsrates, der insbesondere zu Verfassungsänderungen seine Zustimmung geben muß. Dies wird festgestellt.

Von WANGENHEIM wünscht einen Staatspräsidenten.

ZIMMER sagt, für Reich und Preußen ist beides in Berlin nicht tunlich.

SCHMITTMANN tritt ein für selbständige Verwaltungsbezirke nach Stammesart.

1 Beyer berichtete der Fraktion offensichtlich als Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses über die Tagesordnungspunkte 1 bis 6. Im Plenum wurde dazu nicht gesprochen.

2 Rede Lauschers in der 129. Sitzung am 3. März 1920, Sp. 10428-10431.

3 Die Anfrage wurde in der 129. Sitzung am 3. März 1920 von der Tagesordnung abgesetzt und kam erst in der 158. am 28. September 1920 zur Verhandlung. Kaulen nahm als Fragesteller das Wort. Vgl. Sp. 12468-12471. Als Diskussionsredner fungierten in der 160. Sitzung am 29. September 1920 Kaulen, Sp. 12602-12604, und Sprenger, Sp. 12576-12587, 12608.

4 Heß sprach dazu in der 129. Sitzung am 3. März 1920, Sp. 10441 f.

5 Drinnenberg redete dazu als Antragsteller in der 129. Sitzung am 3. März 1920, Sp. 10445 f.

6 Rede Grebes in der 130. Sitzung am 4. März 1920, Sp. 10461-10463.

7 Kleine Anfrage Dr. Faßbender [Z] über die Bekämpfung des Schmutzes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, Drucks. Nr. 2064.

8 Der Verfassungsentwurf, Drucks. Nr. 2000, war am 25. Februar 1920 in die Landesversammlung eingebracht worden. Vgl. Nr. 120 Anm. 7. Zur ersten Beratung kam es erst nach dem Kapp-Putsch in der 138. und 140. Sitzung am 26. und 28. April 1920.

GRONOWSKI weist darauf hin, daß dies mit Minister Heine schlecht zu machen [sei].

Von WANGENHEIM erklärt, daß Hannover seine volle Selbständigkeit fordert und erstrebt.

BUSCH weist darauf hin, daß die Forstkariere jetzt sehr gut.

126.

24. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. HEROLD berichtet über die Umbildung der Ministerien im Reich und in Preußen.¹ Es war eine Sitzung im Reichsministerium.² Es soll mit den einzelnen Vorsitzenden der Fraktionen wegen der Besetzung der Ministerien Rücksprache genommen werden. Wann eine Sitzung der Nationalversammlung stattfindet, ist noch nicht beschlossen worden. Es ist in Aussicht genommen, die Neuwahlen baldigst vorzunehmen, entweder Ende Mai oder 6. Juni. So wird es auch in Preußen geschehen, aber 8 Tage später.

LINZ: Heine wird gehen.³ Als Nachfolger werden in Betracht kommen Krüger, Severing und Gräf. Er berichtet kurz über die Vorgänge in dem Ministerium des Innern während der Kapp-Regierung.⁴ Es wurde Herold der Dank für sein Verhalten ausgesprochen.⁵

1 Infolge des Kapp-Putsches (13.-17. März 1920) kam es sowohl im Reich wie in Preußen zu Verhandlungen über Regierungsneubildungen.

2 Dabei handelte es sich um eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Deutschen Nationalversammlung am 23. März 1920, 21 Uhr, in der die Regierungsumbildung im Reich besprochen wurde. Vgl. die Tagebuchaufzeichnung über diese Sitzung von Reichsinnenminister Koch, in: Kabinett Bauer, S. 755-758.

3 Innenminister Wolfgang Heine (SPD) hatte am 18. März 1920 sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Vgl. Kabinett Bauer, S. 791. Carl Severing (SPD) wurde sein Nachfolger.

4 Innenminister Heine und Unterstaatssekretär Friedrich Freund (DDP) waren von Kapp abgesetzt und durch Traugott von Jagow und Regierungsrat Doyé ersetzt worden. Das Verhalten der Beamten des preußischen Innenministeriums gegenüber dem von Kapp eingesetzten Minister und Unterstaatssekretär wurde in der Folgezeit kontrovers beurteilt. Vgl. Erger, S. 210.

5 Herold übernahm die Führung der Fraktion während des Kapp-Putsches, da sich Porsch nicht in Berlin aufhielt. Vgl. Porsch an Erzpriester Metzner vom 18. März 1920, in: NL Porsch III 5. Als Mitglied der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung war Herold einer der Verhandlungsführer des Zentrums während des Kapp-Putsches. Vgl. Erger, S. 254, 267 f. Auch an den Vereinbarungen zwischen den Freien Gewerkschaften und den Vertretern der preußischen Regierung und den Koalitionsparteien im Reich und in Preußen über das Neunpunkte-Programm der Gewerkschaften, die am 20. März 1920 zum Abbruch des Generalstreiks führten, war er maßgeblich beteiligt. Vgl. Arbeiterklasse siegt über Kapp und Lüttwitz. Quellen ausgewählt und bearbeitet von Erwin Könnemann, Brigitte Berthold und Gerhard Schulze, 2 Bde., Glashütten/Taunus 1971, S. 210, 826.

HAGER: Es muß zunächst abgewartet werden, was im *Reich* geschieht.

BUSCH: Es kommt zunächst darauf an, wie das Ministerium im Reich gebildet wird. M. E. müssen die Wahlen zurückgestellt werden in *Preußen*. Dieser Auffassung war man auch auf dem Provinzialausschuß in Köln.⁶

STEGERWALD: Es kommt jetzt darauf an, ob in Preußen die Regierung zurücktreten muß. Es kommt aber zunächst darauf an, was im Reich geschieht. Dort ist die Sache, wie ich höre, noch nicht geregelt. Ich nehme kein Ministerium mehr an, wenn nicht ein systematisches Zusammenarbeiten zwischen Reich und Preußen sichergestellt wird.

BELL: Ob im Reich die Nationalversammlung am Donnerstag oder Freitag zusammentritt, ist noch nicht entschieden.

PORSCH: Heute nachmittag 3 Uhr pünktlich ist weiter Fraktionssitzung.⁷

6 Der Provinzialausschuß der Rheinischen Zentrumspartei tagte am 22. März 1920 in Köln. Er erklärte u. a., daß er die baldige Neuwahl des Reichstages „mit Rücksicht auf die Gesamtlage für wünschenswert eracht[e]“. KV Nr. 226 vom 23. März 1920.

7 Vgl. Nr. 127.

127.

24. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup. Beginn: 15 Uhr

1. GRONOWSKI berichtete über die Verhältnisse im Westen.¹ Die erste Stadt, die sehr gelitten hat, war Dortmund.² Korps Lichtschlag hat ungünstig gewirkt.³ Gegen Nachmittag verbreitete sich das Gerücht, daß die Stadtvertretung sich zu Kapp

1 Im Ruhrgebiet kam es infolge des Kapp-Putsches von Hagen ausgehend zum bewaffneten Arbeiteraufstand. Vgl. Eliasberg; Lucas.

2 Am 15. März kam es in Dortmund zu schweren Zusammenstößen zwischen der Dortmunder Sicherheitswehr unter Führung von Heeringens und der Bevölkerung. Vgl. Lucas, S. 180-187.

3 Das von Hauptmann Otto Lichtschlag geführte Freikorps hatte den Auftrag, gegen bewaffnete Arbeitertruppen in Hagen vorzurücken. Auf seinem Weg von Osnabrück nach Hagen wurde das Freikorps am 16. März 1920 in Dortmund an der Weiterfahrt mit der Eisenbahn gehindert. Hier hatte sich tags zuvor die Meldung verbreitet, daß das Freikorps auf die Seite Kapps getreten sei. Vgl. Lucas, S. 186, 189. Zur Einschätzung der Lage im Ruhrgebiet durch das Freikorps Lichtschlag vgl. die Denkschrift Leutnant Mahnkens vom 26. März 1920, abgedruckt in: Anfänge der Ara Seeckt, S. 95-99.

bekannte.⁴ Der Regierungspräsident führte das Corps heraus.⁵ Doch kam es hinter Applerbeck zum Gefecht mit den Bergleuten.⁶ General von Watter hatte keinen geeigneten Aufruf erlassen.⁷ Obschon die Stadt Dortmund einen Aufruf erlassen hatte, daß sie treu zur alten Regierung stehe⁸, wurde das Volk von den Linksstehenden belogen. Gegen Dortmund kämpften etwa 20 000 Mann.⁹ Diese waren organisiert. Der Oberbürgermeister Cuno von Hagen hat eine merkwürdige Rolle dadurch gespielt, daß er von Hagen nach Dortmund kam, um Dortmund von Kapp abzubringen.¹⁰ Hierdurch wurden die Leute darin bestärkt, daß die Stadt Dortmund zuerst mit Kapp sympathisierte. Die Stadt Dortmund kam in die Gewalt der Kommunisten.¹¹ Bis Samstag¹² reichen nur noch die Lebensmittel. Nachdem das Ruhrrevier fest in der Hand der Kommunisten ist, wollen sie Münster nehmen, dann soll gegen Minden vorgegangen werden. Z. Zt. wird in Bielefeld verhandelt.¹³

-
- 4 Bereits am Nachmittag des 13. März 1920 wurde von Vertretern der SPD und der USPD beim Dortmunder Oberbürgermeister Ernst Eichhoff die Entlassung des Polizeichefs von Heeringen gefordert, weil man ihn für einen Sympathisanten Kapps hielt. Vgl. Lucas, S. 182-184. Vermutlich war die Ablehnung dieses Begehrens der Anlaß für die Annahme, daß die Dortmunder Stadtverwaltung auf die Seite Kapps getreten sei. Bei einer Protestversammlung auf dem Hansaplatz am Nachmittag wurde die Forderung nach Entlassung von Heeringens erneut erhoben, in einer Sitzung der Fraktionsvorsitzenden des Stadtparlaments am Abend jedoch abgelehnt.
- 5 Der Arnberger Regierungspräsident Max König (SPD) war am 15. März 1920 nach Dortmund gekommen. Da er befürchtete, daß die Anwesenheit des Freikorps in Dortmund zum Angriff der bewaffneten Arbeitertruppen auf Dortmund führen könne, verlangte er den Abzug des Freikorps. Es wurde eine Marschroute über Applerbeck nach Schwerte vereinbart. König fuhr der Truppe voran, um freien Durchmarsch zu sichern. Vgl. Lucas, S. 189 f.
- 6 Das Korps Lichtschlag wurde in Applerbeck am Morgen des 17. März 1920 von Arbeitertruppen angegriffen, so daß es sich nach Dortmund zurückziehen mußte. Vgl. Lucas, S. 191-194.
- 7 General Oskar von Watter war als Befehlshaber im Wehrkreis VI Kommandeur der Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet. Er gab keine eindeutige Stellungnahme ab, daß er weiterhin auf der Seite der verfassungsmäßigen Regierung stehe. Vgl. Lucas, S. 98 ff.
- 8 Erst nach den ersten blutigen Zusammenstößen in Dortmund kam es am 15. März 1920 zu einem gemeinsamen Aufruf der Dortmunder Regierungsparteien mit USPD und KPD. Vgl. Lucas, S. 187.
- 9 Nachdem sich das Korps Lichtschlag nach Dortmund zurückgezogen hatte, wurde die Stadt von Arbeitertruppen angegriffen und das Freikorps am 17. März 1920 geschlagen. Die Zahl der angegriffenen Arbeiter wurde nach anderen Schätzungen mit 10-12 000 angegeben. Vgl. Lucas, S. 195 f.
- 10 Der Hagener Oberbürgermeister Willi Cuno (DDP) kam auf Weisung von Severings Adjutant Hauptmann Lorenz am 17. März 1920 zu Verhandlungen nach Dortmund, um für das Korps Lichtschlag den Abzug zu erreichen. Als Cuno in Dortmund eintraf, war das Korps jedoch bereits geschlagen und gefangengenommen. Vgl. Lucas, S. 196 f.
- 11 Nach der Niederlage des Korps Lichtschlag in Dortmund ging die vollziehende Gewalt auf einen „Aktionsausschuß der revolutionären Arbeiterschaft“ unter Vorsitz von Adolf Meinberg (KPD) über. Ferner gehörten dem Ausschuß Vertreter der USPD, SPD, Freien Gewerkschaften und der DDP an. Vgl. Lucas, S. 196 f.
- 12 27. März 1920.
- 13 Unter Leitung Severings tagte seit dem 23. März 1920 in Bielefeld eine Konferenz mit Vertretern der Regierung, Parteien, Gewerkschaften, Vollzugsräten, lokalen und regionalen Behörden, um den Aufstand im Ruhrgebiet beizulegen. Am 24. März 1920 kam es zu einer Einigung im sog. Bielefelder Abkommen. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 66.

Dr. REINEKE: Als Zentrumspartei haben wir sofort den Standpunkt eingenommen, daß die Revolution Kapp verurteilt werde, daß wir auf dem Boden der Verfassung stehen. Von Watter war zuerst zögernd, erst am Mittwoch hat er sich klipp und klar auf den Boden der *alten* Regierung gestellt. Von Watter war m. E. *innerlich* auf dem Standpunkt der *alten* Regierung, er hat nur Rücksicht auf die *Offiziere* genommen. Wir betrachten es als ein Unglück, wenn von Watter jetzt abberufen würde.¹⁴

STIELER: Die rote Armee ist tadellos diszipliniert. Alles ist in Zivil, schwarz mit roter Binde. Ein unbeschreiblicher Fanatismus herrscht.

WENTRUP berichtet über die Berliner Verhältnisse.

DIETRICH (Halle) erstattet Bericht über die Vorgänge in Halle a. S.

Dr. PORSCH berichtet kurz über das Resultat des Ältestenrates.¹⁵ 1. Es sollte heute kein Plenum abgehalten werden. 2. Das Plenum soll erst zusammengerufen werden, wenn zunächst die Nationalversammlung gesprochen hatte. Rosenfeld¹⁶ war dagegen.

LINZ berichtet kurz über die Vorgänge im Ministerium des Innern¹⁷ und trägt die Aufrufe der Deutschnationalen Volkspartei vor.¹⁸

Von WANGENHEIM: Kampf gegen die Bolschewisten nur möglich durch Tötung.

BERENS (Eifel) berichtet über die Haltung des deutschen Beamtenbundes.¹⁹

Dr. PORSCH: Es handelt sich jetzt um die Stellungnahme zu den *Neuwahlen*. Entweder müssen wir auf die Verfassung verzichten oder wir müssen die Verwaltungsreform miterledigen. Dies kann noch ein Jahr dauern.

HESS: M. E. müssen wir die Verfassung erledigen.

Dr. HAGER: Wir können nicht noch 1 Jahr sitzen. Die Verfassung muß durchgeführt werden.

Dr. LAUSCHER: Es ist mir sehr zweifelhaft, ob wir noch eine Verfassung machen können, mit der die Länder zufrieden [sind], die wir vertreten. Eine Weitertagung bis über 1 Jahr halte ich für sehr bedenklich. Ich halte es für zweckmäßig, daß die Körperschaft, die die Verfassung macht, auch die Verwaltungsreform durchführt. Angesichts der Tatsache, daß Hannover, Schleswig-Holstein, Rheinland mit Berlin nicht verbunden sein wollen, halte ich es für am besten, die Auflösung mitzumachen, *ohne* die Verfassung zu machen.

14 Zur Haltung des Zentrums in Münster gegenüber General von Watter vgl. Lucas, S. 269 f. Zur Entlassung von Watters vgl. Nr. 141 Anm. 11 und Nr. 142 Anm. 3.

15 Vgl. die Beschlüsse und Diskussionen in der Sitzung des Ältestenrates vom 24. März 1920, 12.15-12.40 Uhr, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

16 Abgeordneter der USPD.

17 Vgl. Nr. 126.

18 Aufrufe der DNVP in Schulthess 1920 I, S. 51. Die DNVP verurteilte nicht den Putsch.

19 Der Deutsche Beamtenbund unterstützte den Aufruf zum Generalstreik. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 48.

BERGMANN schließt sich den Ausführungen des Dr. Lauscher an. Von Neuwahlen kann doch dann erst die Rede sein, wenn die Verhältnisse *geordnete* seien. Dies wird voraussichtlich noch lange dauern.

DINSLAGE: Die Verfassung müssen wir fertigstellen.

WILDERMANN: Wir müssen die Verfassung machen.

128.

25. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurde über die Neuwahlen weiterverhandelt.¹

HEROLD: Im Reichstag besteht die Ansicht, daß die Wahlen Anfang Juni sein sollen. Die erste Sitzung wird morgen stattfinden. Reichswehrministerium wird der jetzige Wiederaufbauminister *Gessler* übernehmen. *Cuno* (Hamburg) wird das *Reichsfinanzministerium* übernehmen.² Reichsschatzministerium ist noch *nicht* festgelegt.³ Andere Veränderungen sollen vorläufig nicht stattfinden. Wenn der Reichstag neu wählt, dann kann der Landtag *nicht* länger zusammenbleiben. Zwei Wahlkämpfe sind zu teuer und nehmen die Kraft zu sehr in Anspruch. Die Verfassung muß m. E. gemacht werden. Die Verwaltungsreform zu beraten, halte ich für ausgeschlossen.

Dr. HESS: Die Verwaltungsreform kann m. E. nicht gemacht werden. Wie denkt man sich die Beibehaltung des Termins der Neuwahl im Reichstag? Wie steht es mit der Einbringung eines Wahlgesetzes? Wir können m. E. ohne Verfassung nicht nach Hause gehen. Auch ohne Besoldungsreform können wir uns nicht einflößen.

HEROLD: Die Aufgaben, die man sich vor der Kapp-Revolution vorgenommen hatte, waren weitergehend. Jetzt will man die Besoldungsreform und Kriegsbeschädigtenfürsorge erledigen. Was das Wahlgesetz angeht, so ist Minister Koch der Ansicht, daß dieses Gesetz noch erledigt werden könne. Die Reichslisten würden aber dann wohl fallen müssen.

HEROLD verlas ein Telegramm, daß die Verhältnisse in Wesel sehr übel seien. Die Kommunisten haben die Versprechungen *nicht* gehalten.⁴ Wesel wird beschossen. Münster wird bedroht.

¹ Vgl. Nr.127.

² Der Katholik Wilhelm Cuno, Bruder eines Breslauer Domherrn, war Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie. Bis zum Kapp-Putsch war er Anhänger der DVP. Seine Ministerkandidatur wurde von den Gewerkschaften bekämpft, so daß er sie am 27. März 1920 zurückzog. Vgl. Kabinett Bauer, S. 767 Anm. 1.

³ Das Reichsschatzministerium war seit dem Rücktritt des BVP-Ministers Mayer-Kaufbeuren am 14. Januar 1920 vakant. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 10.

BEYER: Wir müssen die Verfassung machen. Eine günstigere Zusammensetzung werden wir *nicht* erreichen. Alles, was wir im Autonomiegesetz festlegen wollten, muß in der Verfassung festgelegt werden.⁵

GRONOWSKI: Die Vereinbarung mit Kapp-Lüttwitz muß als sehr bedauerlich bezeichnet werden.⁶ Abgesehen von Beamtenbesoldung etc. *muß* die Verfassung gemacht werden.

WILDERMANN: Die Verfassung müssen wir machen. Es ist Kapp und Lüttwitz *nichts* versprochen worden.

STEGERWALD: Im Reich muß gewählt werden, entweder im Juni oder im Oktober. Es ist wohl ziemlich sicher, daß im Juni gewählt wird. Wenn eine organische Verbindung zwischen Reich und Preußen bestanden hätte, dann hätte der Putsch nicht durchgeführt werden können.

Heute nachmittag 4 Uhr pünktlich Fortsetzung der Debatte.⁷

4 Bei den Verhandlungen in Bielefeld am 23. März 1920 wurde ein Waffenstillstand vereinbart. Der Beschuß Wesels wurde als Bruch dieses Abkommens betrachtet. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 66.

5 Das Autonomiegesetz war im Januar 1920 gescheitert. Vgl. Nr. 108 Anm. 5. Zu den Versuchen des Zentrums, Grundsätze der Provinzialautonomie in die Verfassung einzubringen, vgl. Hömig, S. 78-83.

6 Kapp motivierte seinen Rücktritt am 17. März 1920 damit, daß sich die Regierung bereit erklärt habe, seine politischen Forderungen „von sich aus zu erfüllen“. Die Reichsregierung dementierte dagegen unmittelbar nach dem Rücktritt Kapps, Vereinbarungen mit ihm getroffen zu haben. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 55.

7 Vgl. Nr. 129.

129.

25. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup. Beginn 16 Uhr.

Der Vorsitzende [PORSCH] macht folgendes bekannt:

1. Es liegt ein Gesuch vom Oberreichsanwalt vor zur Strafverfolgung des Abgeordneten von Kessel.¹ Dies soll im Ältestenrat beschlossen werden, ob diesem Gesuch nicht direkt im Plenum stattzugeben sei.

1 Der Abg. von Kessel (DNVP) hatte sich von Kapp zum Oberpräsidenten von Schlesien ernennen lassen. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 50.

2. Als Minister des Innern sei Severing² vorgeschlagen. Es fragt sich, ob er auch die Sicherheitswehr³ unter sich behalte.

Es wurde auch erörtert, ob die Fraktionen über die 8 Punkte⁴ verhandelt hätten.

Es wurde die Debatte über die Neuwahlen fortgesetzt.⁵

GREBE: Die Verfassung muß fertiggestellt werden.

SCHÜLING: Die Besoldungsreform ist nicht so schnell zu erledigen.

GOEBEL: Die Verfassung muß erst fertiggestellt werden. Sonst würde der Eindruck in den Abstimmungsgebieten ein sehr schlechter sein.

Dr. LAUSCHER: Ich halte es für sehr gefährlich, jetzt die Parole einer *organischen* Verbindung Preußens mit dem Reiche herauszugeben, gerade mit Rücksicht auf das Rheinland und auch der süddeutschen Staaten. Wenn wir die Verfassung machen müssen, dann müsse man sie so gestalten, daß auch die Landesteile, in denen hauptsächlich unsere Wählermassen sich befinden, zufrieden seien.

STEGERWALD: Die Auswirkung des Kapp-Putsches wird auf die Verfassung nicht günstig wirken. M. E. muß aber die Verfassung fertiggestellt werden. Was die 8 Punkte angeht, so hat sich damit die Reichstagsfraktion eingehend befaßt und wird einen Aufruf erlassen, in dem die Sachlage klargestellt wird.

Dr. REINEKE: Wir müssen die Verfassung machen. Dann können wir Anfang Juni *nicht* wählen. Die Beamtenbesoldung muß auch erledigt werden. Die Verwaltungsreform können wir nicht mehr machen. Was die Unruhen angeht, so bin ich sehr pessimistisch. Die Schwäche regiert im Reich und in Preußen.

LINZ: Polizeiminister außer Minister des Innern [!]. Die grundlegenden Bestimmungen der Verwaltung können *nicht* in die Verfassung hineingearbeitet werden. Weil die Verwaltungsreform sehr viel Zeit in Anspruch nehmen wird, die Versammlung aber nicht so lange tagen kann, so ist die Frage sehr schwer zu entscheiden.

GOEBEL: Die Unruhen im Westen werden im Osten überschlagen.

DINSLAGE: Im Finanzministerium wurde mir gesagt, daß die Besoldungsordnung noch vor Ostern nicht eingebracht werden könne.

Dr. LAUSCHER: M. E. muß die Aufteilung Preußens erfolgen, weil Preußen und Reich, so wie heute, nicht nebeneinander laufen können.

BUSCH: Es muß ein besseres Einvernehmen zwischen Reich und Preußen geschaffen werden. Das Reich will eine Aufteilung der Länder. Deswegen erscheint mir eine Personalunion nicht ungünstig. Im Rheinland ist man der Auffassung, daß die Verfassung noch geschaffen wird.

Frau HESSBERGER: Die Verfassung müssen wir fertigstellen.

2 Vgl. Nr. 126 Anm. 3.

3 Heines Rücktritt wurde auf seine Verantwortung für die Sicherheitswehr zurückgeführt. Vgl. Kabinett Bauer, S. 791.

4 Gemeint sind die Vereinbarungen mit den Gewerkschaften vom 20. März 1920, die zum Abbruch des Generalstreiks führten; gedruckt in: Schulthess 1920 I, S. 69 f.

5 Vgl. Nr. 127 und 128.

Die Fraktion ist der Auffassung, daß die Verfassung fertiggestellt werde. Was die Verwaltungsreform angeht, so kann darüber noch kein Beschluß gefaßt werden.

130.

26. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. BEYER berichtet über die Strafverfolgung bezüglich des Abg. von Kessel.¹
 2. SCHMITT (Düsseldorf). Gemeinsamer Antrag mit den Demokraten wegen Überlassung von Gemälden an die Stadt Düsseldorf wurde angenommen.²
 3. HEROLD: Die Demokraten wollen im Reich den 8 Punkten nicht zustimmen. Sie wollen Abänderungen herbeiführen.³ Die Sozialdemokraten wollen Schiffer nicht haben⁴, weil er die Einbringung eines Amnestiegesetzes für alle seit 9. November 1918 einbringen will. Cuno ist Reichsfinanzminister.⁵ Wirth ist Reichsschatzminister⁶ und Lüdemann wahrscheinlich Wiederaufbauminister⁷ geworden.
 4. HESS, STEGERWALD, REINEKE, HESS, REINEKE, WILDERMANN, HEROLD, STEGER. ALTEGOER, RICHTARSKY, HAGER, STEGERWALD sprechen teils zur Geschäftsordnung, teils über die Bildung des Reichs- und preußischen Kabinetts. Krüger und Lüdemann erscheinen nicht als annehmbar.⁸ Alle Redner geben ihren Ärger über das Vorgehen der Fraktion im Reich ohne uns Ausdruck, insbesondere über die Ablehnung einer gemeinsamen Beratung der 8 Punkte.
- LINZ und HEROLD verteidigen die Annahme der 8 Punkte durch die Zentrumsführer.

1 Vgl. Nr. 129 Anm. 1.

2 Kleine Anfrage Dr. Schloßmann usw. [DDP, Z, USPD, DNVP, SPD] über die Überführung von Kunstwerken des 19. Jahrhunderts in den Besitz des Preußischen Staates und der Stadt Düsseldorf, Drucks. Nr. 2199.

3 Zur Haltung der DDP-Fraktion der Deutschen Nationalversammlung zu den acht Punkten vgl. Kabinett Bauer, S. 764. Das Fraktionsprotokoll der DDP der Landesversammlung vom 26. März 1920 bemerkte zu den 8 Punkten und zur Haltung der Fraktion der Nationalversammlung: „Die Demokr[at]ische] Frakt[ion] erkennt sie an bis auf P[unkt] 1, der eine Landessache betrifft.“ Protokoll dieser Sitzung, in: BA Koblenz, R 45 III/63, fol. 131.

4 Zur ablehnenden Haltung gegenüber dem Eintritt des bisherigen Vizekanzlers Schiffer (DDP) in die neue Reichsregierung vgl. das Protokoll der Sitzung des Reichskabinetts vom 26. März 1920, 11 Uhr, in: Kabinett Bauer, S. 763 f.

5 Cuno wurde es nicht (vgl. Nr. 128 Anm. 2), sondern der Zentrumspolitiker Josef Wirth.

6 Wirth wurde Reichsfinanzminister. Reichsschatzminister wurde Gustav Bauer (SPD).

7 Lüdemann wurde es nicht. Das Ministerium blieb nach Geßlers Ausscheiden am 24. März 1920 vorerst unbesetzt.

8 Beide SPD-Politiker waren als Ministerkandidaten für eine Kabinettsumbildung in Preußen im Gespräch. Vgl. die folgenden Fraktionsprotokolle, Nr. 131 ff.

Dr. HESS schlägt vor, entsprechend einem Vorschlage Buschs einen Aufruf der Landtagsfraktion zu den 8 Punkten zu beschließen.⁹ Dazu sprechen: LAUSCHER befürwortend, KLOFT dagegen.

9 Ein Aufruf, wie er von Busch vorgeschlagen worden war, konnte nicht nachgewiesen werden.

131.

26. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup. Beginn: 17.30 Uhr.

1. Der Präsident [PORSCH] berichtet über das Ergebnis der interfraktionellen Besprechung.¹

BUSCH: Solange im Reich die Sache nicht geklärt worden ist, können wir keine Stellung nehmen. Dies muß den Sozialdemokraten mitgeteilt werden.

LINZ: Wenn die Sozialdemokraten auf Erklärung drängen, dann müssen wir unter allen Umständen die *drei* vorgeschlagenen Minister ablehnen. Es handelt sich um Gräf (Frankfurt), Krüger und Lüdemann.²

Dr. HESS: Zur Geschäftsordnung.

STEGERWALD berichtet über das Ergebnis der Sitzung beim Reichspräsidenten.³

KLOFT: Ohne die Demokraten können wir allein mit den Sozialdemokraten die Regierung nicht bilden. Dies muß den Sozialdemokraten mitgeteilt werden.

Dr. REINEKE: Gräf können wir als Ministerpräsident nicht annehmen. Ist überhaupt ein Ministerpräsident erforderlich?

Dr. BELL berichtet kurz über die Ministervorschläge im Reich. Die Demokraten wollen keine Kabinettskrise herbeiführen.⁴

GRONOWSKI: M. E. legen die Sozialdemokraten auf uns im Kabinett keinen großen Wert.

1 Die interfraktionelle Besprechung wurde nicht nachgewiesen. Es handelte sich dabei vermutlich um die Frage der Neubildung des preußischen Kabinetts. Vgl. zum Zusammenhang die vorhergehenden Fraktionsprotokolle.

2 Es handelte sich dabei um die maßgeblichen Führer der Berliner SPD-Organisation, die enge Fühlung zu den Gewerkschaften hatten und dem linken Parteiflügel zugerechnet wurden. Vgl. Orlow, Preußen, S. 223-225.

3 Nicht nachgewiesen.

4 Am Nachmittag des 26. März 1920 war es zu Koalitionsverhandlungen zwischen DDP, SPD und Zentrum über die Bildung eines Reichskabinetts unter Führung von Hermann Müller (SPD) gekommen. Dabei war auch die Verteilung der Ministerien zur Sprache gekommen. Vgl. Kabinett Bauer, S. 764.

132.

27. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup und unbekannte Handschrift. Schluß 11.20 Uhr.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge bekanntgegeben.
2. Der Vorsitzende berichtete über das Ergebnis der gestrigen interfraktionellen Besprechung, die von 9 bis gegen 1/2 12 Uhr dauerte.¹ Krüger und Lüdemann sind von uns abgelehnt worden. Durch das stetige Verlangen der Verbindung des Ministerpräsidenten mit einem Fachminister erkannten die Sozialdemokraten, daß alle drei Persönlichkeiten *nicht* genehm waren. Herold versuchte, Braun² abzuschieben. Das Unterbringungsgesetz³ soll noch erledigt werden.
3. GRONOWSKI: Wir werden doch darin einig bleiben, daß wir einig Krüger ablehnen. Im Ruhrrevier ist die Sache *sehr ernst*.
4. HIRTSIEFER: Ich kann die Ausführungen des Vorredners nur unterstreichen.
5. SCHMITTMANN: Die Situation ist außerordentlich ernst. Was hat zu geschehen? Von einer Solidarität des Bürgertums ist nichts zu erwarten.
6. HIRTSIEFER: Wir dürfen nicht übertreiben, sondern die tatsächlichen Verhältnisse richtig schildern.⁴

Dr. SCHULTE legt eine kleine Anfrage bezüglich der Ansiedlungspolitik im Osten vor.

BUSCH begrüßt die kleine Anfrage.

STEGERWALD erhebt Bedenken und schlägt eine persönliche Vorstellung im Ministerium vor.

Die Fraktion ist damit einverstanden.

1 Bei der interfraktionellen Besprechung vom 26. März 1920 wurde über die Regierungsneubildung in Preußen verhandelt, insbesondere die Ministerkandidaturen der SPD-Abgeordneten Gräf (Frankfurt), Krüger und Lüdemann. Vgl. dazu Nr. 131 Anm. 2.

2 Otto Braun (SPD), preußischer Landwirtschaftsminister.

3 Dabei handelt es sich um den Gesetzentwurf, betreffend die Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen aus den an fremde Staaten abzutretenden oder von ihnen besetzten preußischen Gebietsanteile (Unterbringungsgesetz), Drucks. Nr. 1614. Der Gesetzentwurf war in der 103. Sitzung am 22. Januar 1920 in erster Lesung beraten worden. Die zweite und dritte Beratung fand bereits in der 131. Sitzung am 30. März 1920 statt. Vgl. Sp. 10509 f.

4 Ab hier unbekannte Handschrift.

133.

27. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup. Beginn: 16.00 Uhr.

1. Der Präsident [PORSCH] teilt mit, daß im Reich jetzt Wirth Finanzminister, Bauer Schatzminister und Bell Verkehrsminister seien.¹ Ministerpräsident in Preußen muß bleiben, dem Reich gegenüber.²

HEROLD: Es liegt im Interesse des Vaterlandes, wenn wir die Koalition hochhalten. Wir müssen Stegerwald bitten, in der gegenwärtigen Zeit im Interesse des Vaterlandes sein Amt beizubehalten.³ Die Sozialdemokraten haben auch einen schweren Stand in ihrer eigenen Fraktion, damit sie die Leute halten. Die Fraktion hat keine anderen Leute.

Dr. PORSCH: Ich vertrete denselben Standpunkt, genauso wie Herold.

WILDERMANN: Wir müssen die Koalition aufrechterhalten. Wir müssen *einig* sein. Wir müssen letzten Endes als Christen doch das Vaterland retten.

STEGERWALD: Die Koalition muß im Interesse des Vaterlandes erhalten bleiben. Genauso wie im Reich. Ich kann aber mit Gräf, den ich genau kenne⁴, nicht zusammen im Ministerium arbeiten.

1 Am Vormittag des 27. März 1920 war es zu einer Einigung über die Kabinettsliste im Reich gekommen. Vgl. Kabinett Bauer, S. 767 Anm. 1.

2 In der Fraktion war die Frage aufgeworfen worden, ob überhaupt ein Ministerpräsident notwendig sei. Vgl. Nr. 131.

3 Stegerwald hatte zunächst ein neues Ministeramt abgelehnt. Vgl. Nr. 126.

4 Gräf war seit März 1919 parlamentarischer Unterstaatssekretär im preußischen Wohlfahrtsministerium unter Stegerwald.

134.

29. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank.

1. Zunächst wird verhandelt über die Vorgänge im Ruhrgebiet.

GRONOWSKI berichtet, wie der Kabinettsbeschluß zustande gekommen, daß ein Ultimatum an die rote Armee gestellt sei.¹

1 Am 28. März 1920 richtete die Reichsregierung an den „Zentralrat für das ganze Industriegebiet“ ein Ultimatum bis zum 30. März, 12 Uhr. Darin wurde die Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität, die Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, die Auflösung der Roten Armee und die Entwaffnung der Bevölkerung und der Einwohnerwehren gefordert. Als verantwortlicher Militärbefehlshaber erließ General von Watter zu diesem Ultimatum scharfe Ausführungsbestimmung. Daraufhin proklamierte der Zentralrat am 29. März 1920 den Generalstreik für das Industriegebiet. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 67.

Dr. REINEKE teilt mit, daß er aus Münster komme. Dort sei die Partei fast im Zerfall und zwar werde gerade aus Arbeiterkreisen dort Front gemacht. Man fühlt sich bedrückt durch das Berliner und das Bielefelder Abkommen.² Es sollen 3 rote Redner durch Volksversammlungen auf die Bevölkerung hinwirken. Man hält dies für verfehlt in Münster. Man macht der Fraktion den Vorwurf, daß sie sich zu sehr auf Verhandlungen einlasse.

Minister STEGERWALD verteidigt das Verhalten betr. den Bielefelder Verhandlungen. Man habe erreicht, daß die Böcke von den Schafen getrennt seien. Es sei dort den guten Elementen, die in der roten Armee mit gegen Kapp gezogen, die Gelegenheit gegeben, sich zurückzuziehen. Dies sei geschehen.

KLOFT erläutert, daß alte Märchen bei der ganzen Sache als Wahrheiten verzapft würden. Auch er verteidigt die Bielefelder Abmachungen. Prof. Schreiber³ würde wohl nicht zu sehr die Fraktion decken, meint er.

Dr. HESS widerspricht dem letzteren und erklärt, daß Prof. Schreiber vollauf überzeugt sei, daß vom Zentrum alles geschehen sei. Er werde nur Günstigstes nach Münster berichten.

Dr. PORSCH berichtet sodann über den Ausgang der Ministerkrise am Sonnabend.⁴ Es war ja beschlossen, 5 Roten gegen 4 Bürgerlichen zuzustimmen, mit der weiteren Forderung, Minister Drews⁵ als 5. Bürgerlichen hinzuzuziehen. Die Sozialdemokraten lehnten das ab und schlugen ihrerseits vor: Prinzipieller Vorschlag 5:5, und zwar sollte dem Zentrum ein weiterer Ministerposten zugebilligt werden und zwar ein Arbeitervereiner. Der zweite Vorschlag war 4:4, wobei Gräf zurücktrete und Braun gleichzeitig Ministerpräsident werde. Die Demokraten lehnten den ersten ab und waren für den zweiten. Dr. Porsch erklärte sich nur vorbehaltlich [der Zustimmung] der Fraktion für Vorschlag II.

Die Fraktion erklärt: mit der Haltung des Vorsitzenden einverstanden.

Herr Dr. HESS bat, dem Vorsitzenden das besondere Vertrauen und den Dank der Fraktion auszusprechen.

Die Fraktion stimmt dem zu.

Auch Minister Stegerwald wurde der Dank ausgesprochen, daß er sich bereit erklärt, die Situation nicht zu verschärfen.⁶

PORSCH erklärt noch, daß durch die Ernennung von Hermes im Reich Braun in Preußen gewissermaßen kaltgestellt sei.⁷

2 Vgl. zum Abkommen der Reichsregierung mit der Berliner Streikleitung vom 20. März 1920, Schulthess 1920 I, S. 69 f. Vgl. zum Bielefelder Abkommen zwischen Regierungsvertretern und den Vertretern der das Ruhrgebiet beherrschenden Arbeiterschaft vom 24. März 1920, ebd., S. 66.

3 Georg Schreiber, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Münster, führendes Mitglied der Zentrumsparlei in Münster.

4 Am Sonnabend, dem 27. März 1920, kam es zur Neubildung des preußischen Kabinetts. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 75 f.

5 Zu Drews vgl. Nr. 182 Anm. 4.

6 Stegerwald wollte ursprünglich kein neues Ministeramt übernehmen. Vgl. Nr. 126 und 133.

7 Bei der Regierungsumbildung im Reich trat der Dirigent der landwirtschaftlichen Abteilung und Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsministerium Andreas Hermes als Reichsernäh-

RICHTARSKY stellt das mit Befriedigung fest.

WILDERMANN spricht im gleichen Sinne.

LINZ meint, daß baldigst nach Einsetzung des neuen Ministers des Innern⁸ die Besetzung der Regierungspräsidenten in Düsseldorf und Minden ins Auge gefaßt werden müsse.

STEGERWALD erklärt, [daß] die Sache mit der Erklärung des Generalstreiks noch klargestellt werden müsse. Die Christlichen Gewerkschaften hätten nicht dazu aufgefordert. Aber prinzipiell widerspreche der Generalstreik nicht dem Zentrumsprogramm, denn man habe in Notwehr gehandelt.

Zur Tagesordnung

ad 1) [Beratung des Antrages des Geschäftsordnungsausschusses, betr. die Genehmigung zur Einleitung und Durchführung des Strafverfahrens sowie die Verhaftung des Abgeordneten von Kessel wegen Verbrechens gegen die §§ 81 Ziffer 2, 82, 47 des Strafgesetzbuches (Hochverrat) – Drucksache 2116]:⁹ Zur Beratung des Strafrechtsantrages gegen von Kessel berichtet BLANK, WENTRUP und BEYER. Beyer soll im Plenum sprechen¹⁰, sofern die anderen Parteien sprechen.

Zu Punkt 2 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für 1919 – Drucksache Nr. 2096]: SCHMIDT und BLANK widerlegen Bedenken, die GRONOWSKI gegen den Nachtragsetat [äußerte].

Zu Punkt 3 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterbringung der mittelbaren Staatsbeamten und Lehrpersonen aus den an fremde Staaten abzutretenden oder von ihnen besetzten preußischen Gebietsteilen (Unterbringungsgesetz) – Drucksache Nr. 1614, 2117] wünscht SCHULTE, daß dieser Punkt zuerst verhandelt werde.

*Zur politischen Aussprache*¹¹

Prof. WILDERMANN gibt eine Reihe Anregungen, die seines Erachtens unbedingt vorgebracht werden müssen. Er weist insbesondere darauf hin, daß die Volkspartei sich besonders belastet habe: es müsse gegen alle Beamten vorgegangen werden, die sich zweifelhaft benommen.

rungsminister für das Zentrum ins Kabinett ein. Otto Braun behielt in Preußen neben der Ministerpräsidentenschaft das Landwirtschaftsministerium bei.

8 Carl Severing stimmte zwar am 29. März 1920 seiner Ernennung zum preußischen Innenminister zu, nahm seine Tätigkeit aber erst nach Abwicklung der Geschäfte als Reichs- und Staatskommissar am 11. April 1920 auf. Vgl. Kurt Koszyk, Carl Severing, in: Westfälische Lebensbilder 11, S. 188. Zwischenzeitlich fungierte Reichsinnenminister Koch auch als preußischer Innenminister. Vgl. Orlow, Preußen, S. 229.

9 Dieser Punkt stand als erster auf der Tagesordnung, die Präsident Leinert am 28. März 1920 für die Sitzung am 30. März 1920 festgestellt hatte. Am folgenden Tag wurde die Tagesordnung von ihm umgestellt.

10 Siehe die Rede Beyers in der 132. Sitzung am 31. März 1920, Sp. 10644-10647.

11 Gemeint ist die Aussprache über die Regierungserklärung des neuen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die in der 131. Sitzung am 30. März 1920 abgeben wurde. Vgl. Sp. 10502-10508.

Wildermann wird bestimmt, als Fraktionsredner zur politischen Lage [zu] sprechen.¹²

HEROLD kommt vom Reichstag und verliest die neuesten Depeschen über die Verhältnisse in Münster.¹³

Dr. PORSCH spricht Herrn Herold den wärmsten Dank aus für seine viele Mühe und Arbeit, die er in der Sache Ruhrstreik p.p. an den Tag gelegt habe.

12 Rede Wildermanns in der 131. Sitzung am 30. März 1920, Sp. 10513-10524.

13 Vgl. Anm. 1.

135.

30. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] gibt einige Eingänge bekannt.
 2. Der Vorsitzende berichtet über das Ergebnis des gestrigen Ältestenrates.¹
- Es wurde sodann in die Tagesordnung eingetreten.
Es war zu den verschiedenen Punkten nichts Weiteres zu bemerken.

1 Die Sitzung des Ältestenrates fand am 29. März 1920, 17.12-19.15 Uhr, statt. Zu den Beschlüssen vgl. das Protokoll der Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

136.

31. 3. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Feststellung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für 1919 – Drucksache Nr. 2096, 2122]: RHIEL (Fulda): Im Ausschuß ist der Etat angenommen worden. Es soll nicht dazu geredet werden, wenn es eben möglich ist. Eventuell wird Merx dazu sprechen.¹

1 Rede Merx in der 132. Sitzung am 31. März 1920, Sp. 10603 f.

Zu Punkt 2 [Zweite und dritte Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. die einstweilige Regelung der Staatshaushaltsausgaben für das Rechnungsjahr 1920 – Drucksache Nr. 2120, 2123]: ist weiter nichts zu bemerken.

Zu Punkt 3 [Zweite und dritte Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung vom 21. März 1919 – Drucksache Nr. 2121, 2124]: ist weiter nichts zu bemerken.

Zu Punkt 4 [Fortsetzung der Besprechung über die gestrige Erklärung der Staatsregierung – Drucksache Nr. 2126]: Zweite Rednerliste soll nicht stattfinden.

Zu Punkt 5 [Beratung des Antrags des Geschäftsordnungsausschusses, betreffend die Genehmigung zur Einleitung und Durchführung eines Strafverfahrens sowie zur Verhaftung des Abgeordneten von Kessel wegen Hochverrats – Drucksache Nr. 2116]: Die Genehmigung soll erteilt werden. Da namentliche Abstimmung voraussichtlich stattfindet, werden die Fraktionsmitglieder gebeten, *hier* zu bleiben.

Zu Punkt 6 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. den Staatsvertrag über die Übertragung der Preußischen Staatseisenbahnen an das Reich – Drucksache Nr. 2097]: nichts Besonderes zu bemerken.

FALTIN spricht sich gegen die Schrift des Dr. Görres aus.²

WILDERMANN: Wir können die Angelegenheit nicht einfach so hinnehmen, ich schlage vor, daß der Vorstand sich eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt.

Punkt 2 der Tagesordnung der Fraktion: Siedlungsgesetz für das Ruhrkohlengebiet.³

HIRTSIEFER spricht sich für das Gesetz aus.

Dr. REINEKE: Was den Behördenaufbau angeht, so bin ich nicht damit einverstanden. Sachlich sind wir einig. Ich habe aber keinen Ausweg gefunden und schließe mich der Ansicht der anderen Herrn an mit der Maßgabe, daß unter dem *Verbandspräsident* Kommissare der beteiligten Provinzen hinzugezogen werden.

2 Gemeint ist Dr. Karl Görres. Um welche Schrift es sich handelt, ist unklar. Vermutlich handelt es sich um eine Ausgabe der von ihm herausgegebenen „Görreskorrespondenz“. Vgl. dazu Nr. 151 Anm. 1.

3 Es handelt sich dabei um die Drucks. Nr. 1741. Der Gesetzentwurf war in erster Lesung in der 111. Sitzung am 3. Februar 1920 beraten und einem besonderen Ausschuß überwiesen worden. Die zweite und dritte Beratung sowie die Annahme des Gesetzes erfolgte in der 142. Sitzung am 5. Mai 1920.

137.

21. 4. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden zunächst eine Reihe Eingänge bekanntgegeben.

2. LINZ bittet um Auskunft, ob die Fraktion damit einverstanden ist, daß der Staatskommissar in Westfalen¹ abberufen wird und daß er diesen Wunsch im Auftrage der Fraktion geltend mache.

Die Fraktion ist damit einverstanden.

KLOFF: Für das *Industrierevier* war die Einsetzung des Staatskommissars m. E. erforderlich. Mit dem Oberpräsidenten in Westfalen, Würmeling², sind weiteste Kreise *nicht* zufrieden. Würmeling sei der Bote des Regierungspräsidenten.³ Ich habe dies gehört, selbst kann ich darüber kein Urteil abgeben. Für den Fall, daß der Kommissar bleiben soll, daß dann auch ein Vertreter der christlichen Arbeiter in maßgebende Stelle berufen wird.⁴ [!]

Hierzu sprechen weiter BUSCH, Dr. REINEKE, Dr. SCHMEDDING, WILDERMANN, KAMP.

Auf Antrag RHIEL wurde die Debatte aufgegeben.

3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabenrechts – Drucksache Nr. 2171]: Verweisung in die Kommission.

Zu Punkt 2 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. den Staatsvertrag über die Übertragung der Preußischen Staatseisenbahnen an das Reich – Drucksache Nr. 2097, 2176 zu 1, 2180]: RHIEL referierte hierüber. Dr. Schmedding wird dazu sprechen.⁵ Es sprachen weiter hierzu: BUSCH, GRONOWSKI, HE-

1 Durch gemeinsamen Erlaß der Reichsregierung und der preußischen Regierung vom 11. Juni 1920 wurde Ernst Mehlich zum Reichs- und Staatskommissar für Westfalen und den unbesetzten Teil des Regierungsbezirks Düsseldorf ernannt. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 131 vom 17. Juni 1920.

2 Oberpräsident von Westfalen war das Zentrumsmitglied Bernhard Würmeling. Er blieb in diesem Amt bis zum 31. März 1922.

3 Regierungspräsident in Münster war vom 24. November 1913 bis zum 18. Juli 1922 Felix Graf von Merveldt.

4 Als Vertreter der christlichen Arbeiterbewegung wurde Johannes Gronowski als Nachfolger Würmelings 1922 Oberpräsident von Westfalen.

5 Rede Schmeddings in der 134. Sitzung am 21. April 1920, Sp. 10741-10743.

ROLD, SCHMIDT (Conz). Für die künftige Verwaltung müssen *Fachleute* herangezogen werden.

4. Kleine Anfrage Schüling u. Gen. wegen der Besoldungsordnung wurde angenommen⁶, vorbehaltlich einiger redaktioneller Änderungen.

5. Kleine Anfrage Kaulen, Dr. Reineke etc. wegen Erhöhung der Preise wegen Abgabe des Viehs an die Entente wurde angenommen⁷, nachdem vorher mit dem Minister Hermes Rücksprache genommen wird. Es soll morgen in der Fraktionssitzung nochmals besprochen werden.

6 Kleine Anfrage Schüling usw. [Z] über eine Anzahlung auf die durch die Besoldungsreform vorgesehenen höheren Bezüge an die Beamten und Lehrer, Drucks. Nr. 2190.

7 Kleine Anfrage Kaulen usw. [Z] über den Preis für die an die Entente abzugebenden Tiere, Drucks. Nr. 2260. Die Anfrage ist vom 24. April 1920 datiert.

138.

22. 4. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Jakoby-Raffauf, gez. Jakoby-Raffauf. Beginn 10 Uhr.

Vorsitzender Dr. PORSCH macht Mitteilungen.

SCHMEDDING: Zu Punkt 1 der Tagesordnung [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die öffentliche Krüppelfürsorge – Drucksache Nr. 2177] weist darauf hin, daß der Staat die Deckung der Krüppelfürsorge übernimmt.¹

GRONOWSKI tritt auch dafür ein.

LINZ bittet zu Punkt 2 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen – Drucksache Nr. 2183], daß auch die Zentrumspartei bei den Provinzialverwaltungen ihre berechtigten Sitze erhält.

BUSCH bittet um Vorstellung der Stiftung des Viehhandelsverbands von 2 120 000 Mk.²

KAULEN: Die Gelder stammen von den Produzenten und Konsumenten.

1 Schmedding redete auch dazu in der 135. Sitzung am 22. April 1920, Sp. 10790-10792.

2 Die Debatte bezieht sich auf Tagesordnungspunkt 3 des Plenums. Vgl. Anm. 4. Zur Beratung stand die Nachweisung über die Verwendung der Überschüsse, die die Preußischen Viehhandelsverbände dem Landwirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt hatten. Buschs Information offenbarte, daß die Viehhandelsverbände noch darüber hinausgehende Überschüsse erwirtschaftet hatten, die sie zu privaten Stiftungen verwandten. Gegen solche Praktiken sprach sich Sprenger in seiner Plenarrede in der 135. Sitzung am 22. April 1920, Sp. 10819, entschieden aus.

SPRENGER stimmt zu, daß die Landwirte Beihilfe zu Viehzucht erhalten.

HEROLD [erklärt], daß die Aufhäufung des Überschusses nicht berechtigt sei, jedoch da die Gelder nun vorhanden sind, muß doch Kontrolle sein, wie das Geld verwendet werden soll.

Dr. REINEKE regt die Prüfung der Rechtsfrage an.

BERGMANN bezweifelt, ob die ganze Summe auch angesetzt ist.

BUSCH trägt vor, einer Kommission die Prüfung zu überweisen.³

Zu Punkt 3 [Beratung der Nachweisung über die Höhe und die Verwendung der Überschüsse der Preußischen Viehhandelsverbände – Drucksache Nr. 2042]⁴, [zu Punkt] 4 [Beratung der Rechnungen über die Verwendung des Zwischenkredits, der zum Zwecke der Errichtung von Rentengütern gewährt worden ist – Drucksache Nr. 2041], [zu Punkt] 5 [Beratung der Übersicht über die Fortschritte der Kultivierung und Besiedlung der domänenfiskalischen Hochmoore – Drucksache Nr. 2080], [zu Punkt] 6 [Beratung der Denkschrift über die Ernennung von Notaren in Preußen – Drucksache Nr. 2077], [zu Punkt] 7 [Beratung des Ministerialerlasses über die Erhöhung der Gebühren der Kreisärzte und der Chemiker für gerichtliche und medizinalpolizeiliche Verrichtungen – Drucksache Nr. 2078], [zu Punkt] 8 [Mitteilung des Finanzministers über die Weiterzahlung der bis Ende März 1920 bewilligten Teuerungszulagen – Drucksache Nr. 2158]: nichts zu bemerken.

Und Punkt 9 [Beratung der Anordnung des Ministers für Volkswohlfahrt vom 9. Dezember 1919, betreffend Einführung einer Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen, sowie den Ausführungserlaß vom gleichen Tage – Drucksache Nr. 2076] soll von der Tagesordnung abgesetzt werden.⁵

GOTTWALD spricht zu Großberlin⁶, eine große Einheitsgemeinde zu befürworten, und bittet bei der Abstimmung alle Mitglieder zugegen zu sein.⁷ Fraktion ist damit einverstanden.

3 Es redete dazu Sprenger, ebd., Sp. 10819-10821, der schließlich auch die Überweisung an einen besonderen Ausschuß beantragte. Die Nachweisung wurde jedoch dem Hauptausschuß überwiesen. Vgl. ebd., Sp. 10835.

4 Dieser Punkt wurde hier irrtümlich aufgeführt, da er soeben beraten worden war.

5 Die Beratung wurde auf Antrag von Gräf (Frankfurt) (SPD) von der Tagesordnung abgesetzt. Er begründete dies mit dem Fehlen des sozialdemokratischen Redners und des Ministers. Vgl. 135. Sitzung am 22. April 1920, Sp. 10789.

6 Gemeint ist der Gesetzentwurf über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, Drucks. Nr. 1286.

7 Vgl. dazu Nr. 139 Anm. 1.

139.

24. 4. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Es wurde dann allgemein kritisiert, daß bei der so sehr wichtigen namentlichen Abstimmung von Groß-Berlin viele gefehlt haben.¹ *Es muß Montag alles zur Stelle sein.*² Die fehlenden Abgeordneten werden telegraphisch herbeigerufen.
3. Gesetzentwurf betr. Erhöhung der Gebühren der Notare etc.³ wird ev. Dr. Reineke sprechen.⁴
4. Zu der Verfassung⁵ referierte BEYER. Es sprachen kurz dazu Dr. PORSCH, LINZ und WILDERMANN.
5. Zum Referat Linz:

Dr. LAUSCHER: Wir können die Intelligenz nicht entbehren. Wir dürfen deswegen die Akademiker nicht unberücksichtigt lassen. Es müssen die qualifizierten, geeigneten Persönlichkeiten ausfindig gemacht werden. Zu diesem Zweck müssen wir einen Ausschuß bilden und dezentralisieren. Es muß in dieser Beziehung eine umfangreiche Organisation stattfinden.

HIRTSIEFER: Wir Arbeitervertreter unterstützen die Auffassung, daß die Intelligenz nicht entbehrt werden kann.

Dr. HAGER schließt sich im allgemeinen den Auffassungen der Vorredner an. Er betont aber besonders, daß wir *Zentrumsleute* haben müssen.

1 Von den 402 Abgeordneten nahmen nur 256 an der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag Dr. Faßbender usw. [Z] zur II. Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung einer Stadt Groß-Berlin, Drucks. Nr. 2217, in der 136. Sitzung am 23. April 1920 teil. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, USPD und einigen Abgeordneten der DDP abgelehnt. Ohne Entschuldigung fehlten 116 Abgeordnete, davon 23 Abgeordnete des Zentrums.

2 In der Schlußabstimmung am 27. April 1920 votierte das Zentrum mit DNVP, DVP und einigen Abgeordneten der DDP gegen das Gesetz. 165 stimmten dafür, 148 dagegen. 67 Abgeordnete fehlten unentschuldigt, davon die sieben Abgeordneten des Zentrums: Behrendt, Küsters, Marx, Richtarsky, Röhrich, Sawatzki, Schoenkaes und der deutsch-hannoversche Hospitant Biester.

3 Gemeint ist der Gesetzentwurf über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, zu den Gerichtskosten und zu den Schreibgebühren der Schiedsmänner, Drucks. Nr. 2184. Der Gesetzentwurf stand auf der Tagesordnung des Plenums.

4 Reineke beantragte die Kommissionsüberweisung. Vgl. 137. Sitzung am 24. April 1920, Sp. 10962.

5 Der Verfassungsentwurf, Drucks. Nr. 2000, stand auf der Tagesordnung des Plenums. Die erste Lesung begann in der 138. Sitzung am 26. April 1920.

140.

26. 4. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge bekanntgegeben.

2. Zu Nr. 1 der Tagesordnung [Beratung des Antrags des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) auf Instandsetzung des Hospizes in Norderney auf Staatskosten – Drucksache Nr. 2197] wird Dr. Faßbender sprechen.¹

Zu 2 [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Hinterlegungsordnung vom 21. April 1913 (Gesetzsamml. S. 225) – Drucksache Nr. 2188] und 3 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Errichtung von Ortsgerichten für Unterliederbach, Sindlingen und Zeilsheim – Drucksache Nr. 1923, 2225]: nichts zu bemerken.

Zu 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 – Drucksache Nr. 2108]: dem Staatshaushaltsausschuß überweisen.

Zu 5 [Erste Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen – Drucksache Nr. 2000]: BEYER (Schlesien) trug die Bestrebungen in Oberschlesien für eine selbständige Republik vor.²

3. Es wurde in die Tagesordnung der Fraktion³ eingetreten.

4. BERGMANN trägt einen Gesetzentwurf vor bezüglich Änderung des Pfandleihengesetzes.⁴ Es soll Dr. Hager mit Bergmann die Angelegenheit besprechen.

5. Es wurde der Antrag, daß beim Fehlen bei namentlicher Abstimmung 50 Mk in die Fraktionskasse gezahlt werden⁵, des längeren besprochen. Herold und Dr. Lauscher werden einen Antrag ausarbeiten, der dann zur Abstimmung kommen soll.

6. Eine kleine Anfrage Kley und Schüling wegen Einbeziehung des neutralen Gebiets bezüglich der Zahlung einer Besatzungszulage wurde angenommen.⁶

1 Reden Faßbenders in der 138. Sitzung am 26. April 1920, Sp. 10972 f., 10977 f.

2 Beyer forderte deshalb in seiner Rede in der 140. Sitzung am 28. April 1920, im Verfassungsentwurf die Rechte der Provinzen auszubauen. Zur Situation in Oberschlesien bemerkte er: „Schauen Sie hin auf die drohenden Wolken, die sich in Oberschlesien bereits aufgetürmt haben, wo man durch die polnische oberschlesische Volkspartei darauf hinarbeitet, einen Freistaat zu bilden, in Anlehnung dieses Freistaates an Polen.“ Sp. 11146-11154, Zitat: Sp. 11153 f.

3 Die Tagesordnung lag nicht vor.

4 Der Antrag wurde in der Fraktionssitzung am 28. April 1920 verabschiedet und als Drucks. Nr. 2324 in die Landesversammlung eingebracht. Vgl. Nr. 142 Anm. 1.

5 Anlaß für diesen Antrag war das Fehlen von Fraktionsmitgliedern bei der Abstimmung über den Antrag Faßbender zur II. Beratung des Gesetzentwurfs zur Bildung einer Stadt Groß-Berlin. Vgl. Nr. 139 Anm. 1.

6 Kleine Anfrage Kley (Neuwied) usw. [Z] über die Besatzungszulage für die Beamten des zwischen den Brückenköpfen eingeklemmten neutralen Gebiets, Drucks. Nr. 2271.

7. WILDERMANN brachte den Fall Faulhaber⁷ zur Sprache.

8. Es wurde die Beschwerde eines Teiles der Geistlichen aus Weroth wegen Nichtbestätigung des Ökonomierats Schmitt zu Molsberg eingehend erörtert.⁸

7 Nicht nachgewiesen.

8 Jacob Schmitt war 1919 stellvertretender Landrat des Kreises Westerbürg geworden und mußte seine Tätigkeit nach sieben Monaten beenden. 1921 zog er für das Zentrum in den preußischen Landtag ein. Vgl. Wer ist's? VIII. Ausgabe, 1922, S. 1378.

141.

27. 4. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank.

1. Dr. PORSCH verliest die Eingänge.

2. Dr. SCHMITT übernimmt es, zu berichten über die Differenzen zwischen Zentrum und Bergischer Zeitung.¹

3. WILDERMANN berichtet über die Besoldungsreform, wie sie in dem Kabinett zur Sprache gekommen.

BLANK, SCHÜLING wünschen baldige Erledigung der Vorlage² analog dem Reichstage.³

KAMP schließt sich dem an.

GRONOWSKI wünscht, daß die Nachprüfung der Klassen⁴ nicht von vornherein in Aussicht gestellt wird. Im Anschluß an die Nachprüfung im Reiche kann ja immerhin später die eine oder andere Klasse höher oder tiefer gesetzt werden.

Die Fraktion stimmt ab und ist für schnelle Erledigung der Vorlage für den Westen.

Zur Tagesordnung

1 Gemeint ist die Bergische Tageszeitung, das Elberfelder Zentrumsorgan. Der Inhalt der Differenzen wurde nicht nachgewiesen.

2 Die Besoldungsreformvorlage, Drucks. Nr. 2340 ff., wurde vom Finanzminister in der 141. Sitzung am 29. April 1920 eingebracht und sofort den Ausschüssen überwiesen. Vgl. Sp. 11203-11210.

3 Die 6. und 7. Novelle zum Reichsbesoldungsgesetz wurde jeweils ohne Debatte am 8. August und 30. Oktober 1919 in der Deutschen Nationalversammlung angenommen. Vgl. Schulthess 1919 I, S. 377 und 469.

4 Gemeint ist die Überprüfung der neuen Beamtenbesoldungsklassen auf soziale Härten.

1. Die Fraktion bestimmt Gronowski als Redner zum Gesetz betr. 1. Mai.⁵ Gronowski soll die Aufhebung des Haenischschen Erlasses betr. Feierns der Schulen⁶ fordern.

HAGER teilt mit, daß in Berlin sogenanntes Schuhgeld gegeben wird, wer am 1. Mai arbeitet und zwar 4 Mk.

BERGMANN bittet vorzubringen, daß die Unternehmer auch die Betriebe aufrecht erhalten. BERGMANN fordert auch Aufhebung des sogenannten Schulerlasses.

HEROLD widerspricht dem, da dies eventuell eine Kabinettskrise herbeiführe.

STEEGMANN berichtet über die Vorgänge im Saargebiet.

PORSCH erklärt, daß niemand an der bona fides des Herrn Steegmann zweifle, aber feststehe, daß er sowie alle Unterzeichner leichtfertig gehandelt.⁷ PORSCH bittet die bezügliche Zeitung, in der die Veröffentlichung stattgefunden, ihm zu beschaffen.

Dr. SCHMITTMANN übernimmt die Beschaffung.

Abg. LINZ weist darauf hin, daß in Wiesbaden und auch in Düsseldorf der Landeshauptmann neu zu wählen sei.⁸ Hier heiße es *videant consules*.

STEGER weist auf die Zusammensetzung der Beiräte zum Reichskommissariat⁹ hin und fordert dort genügende Berücksichtigung des Zentrums. STEGER kommt dann aufs Ruhrgebiet. Er ist der Ansicht, daß alle Wehren abzuschaffen seien¹⁰ und daß die Polizei allein die nötige Gewähr biete. Sie allein müsse erhöht werden.

HEROLD macht Mitteilung bezüglich des Generals Watter.¹¹

5 Rede Gronowskis in der 139. Sitzung am 27. April 1920, Sp. 11052-11061.

6 Kultusminister Haenisch hatte in dem Erlaß verfügt: „Es bleibt dem Ermessen der Schulverbände überlassen, ob am 1. Mai die Schulen geschlossen werden sollen oder nicht. In Orten, wo an gemeindlichen Schulen der Unterricht am 1. Mai ausfällt, ist er auch an staatlichen Anstalten auszusetzen. Auch an Schulen, die den Unterricht nicht aussetzen, darf keinem Lehrer und keinem Schüler aus dem Fernbleiben vom Unterricht an diesem Tage irgendein Nachteil erwachsen.“ Staatsanzeiger Nr. 87 vom 24. April 1920. Gegen diesen Erlaß wandte sich Gronowski in seiner Rede. Vgl. ebd. Sp. 11057 ff.

7 Worum es sich in der Veröffentlichung handelte, wurde nicht nachgewiesen.

8 Hintergrund dieser Information war Punkt 3 der Tagesordnung des Plenums „Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend eine einstweilige Ermächtigung des Provinzialausschusses in Düsseldorf und des Landesausschusses in Wiesbaden – Drucksachen Nr. 1925, 2224“. Im Zuge der Beratungen dieses Punktes kam auch die Notwendigkeit der Neuwahl der Landeshauptmänner zur Sprache. Vgl. 139. Sitzung vom 27. April 1920, Sp. 11091-11096. Nachfolger von August Krekel als Landeshauptmann des Bezirksverbandes des Regierungsbezirks Wiesbaden wurde 1920 der Frankfurter Rechtsanwalt und Stadtrat Wilhelm Woell. Nachfolger von Ludwig von Renvers als Landeshauptmann der Rheinprovinz wurde 1922 das Zentrumsmitglied Johannes Horion.

9 Nicht nachgewiesen.

10 Diese Stellungnahme bezog sich auf den Tagesordnungspunkt 5 „Beratung der großen Anfrage Graef (Anklam) usw. [DNVP] über die Auflösung der Einwohnerwehren – Drucksache Nr. 2179“.

11 Lt. Drahtmeldung vom 25. April 1920 wurde General von Watter, Befehlshaber im Wehrkreis VI, auf seinen Antrag hin seiner Dienststellung enthoben. Vgl. KV Nr. 321 vom 27. April 1920.

142.

28. 4. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Antrag Bergmann bezüglich Erhöhung der Pfandleihgebühren wurde angenommen.¹

2. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge bekanntgegeben.

3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Fortsetzung der ersten Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen – Drucksache Nr. 2000]: nichts zu bemerken, weil schon eingehend erörtert.

Zu Punkt 2 [Beratung der großen Anfrage Graef (Anklam) usw. [DNVP] über die Auflösung der Einwohnerwehren – Drucksache Nr. 2179] wird Stieler sprechen.² Er referierte kurz seine Rede.

VOGELSANG: Die Einwohnerwehren haben versagt, werden auch in Zukunft versagen. Wir müssen Polizeitruppen haben. Die Polizeitruppen müssen unter militärischem Oberbefehl stehen, insbesondere im Ruhrgebiet. Die Gemeinden sind restlos damit einverstanden.

HEROLD: Der General Watter sei lediglich aus *militärischen* Gründen entlassen, weil er den Anordnungen des Generals von Seeckt nicht nachgekommen sei.³

Es sprachen weiter zu diesem Punkt VOGELSANG, STEGER, SPRENGER, Dr. REINEKE und STIELER, NEUMANN, VENNEN, ALTEGOER, HIRTSIEFER und SPRENGER.

Zu Punkt 3 [Beratung des Antrags Dr. Ritter usw. [DNVP] über Fahrpreisermäßigungen für die Jugend – Drucksache Nr. 2018, 2050, 2254] ist weiteres nicht zu bemerken.

Zu Punkt 4 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften – Drucksache Nr. 521, 2178] ist nichts Besonderes zu bemerken.

Zu Punkt 5 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabenrechts – Drucksache Nr. 2171, 2280, 2307] ist nichts Besonderes zu bemerken.

1 Antrag Bergmann usw. [Z, DHann] auf Abänderung des Pfandleihgesetzes, Drucks. Nr. 2324.

2 Rede Stielers in der 141. Sitzung am 29. April 1920, Sp. 11241-11252.

3 Vgl. zur Entlassung von Watters auch Nr. 141. Watter selbst hatte über seinen Abschied erklärt, „daß er sich zu diesem Schritt gezwungen gesehen habe, weil er Ruhe und Ordnung in dem ihm unterstellten Gebiet nicht auf dem ihm *aufgezwungenen* Wege erreichen könne.“ KV Nr. 325 vom 28. April 1920 (Hervorhebung im Original).

Außerhalb der Tagesordnung berichtet OPPENHOFF über die Einladung zur Besichtigung der Museen.

143.

29. 4. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurde betont, daß die Mitglieder der Fraktion in den Ausschußsitzungen bis zum Schluß bleiben sollen, weil bei wichtigen Abstimmungen das Fehlen ein großer Nachteil sein dürfte.

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Teuerungszulagen zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte, Gerichtsvollzieher, zu den Gerichtskosten und zu den Schreibgebühren der Schiedsmänner – Drucksache Nr. 2184, 2322]: Es wird für das Gesetz gestimmt.

Zu Punkt 2 [Einbringung der Besoldungsvorlage durch den Herrn Finanzminister]: WILDERMANN referierte.

LINZ: Wir müssen dagegen sein, daß die Grund- und Gebäudesteuern von dem Staate erhoben werden.¹ Diese müssen den Gemeinden bleiben.

SPRENGER, BUSCH und STIELER und LINZ und BLANK sprechen weiter dazu.

¹ Zur Deckung der Mehrkosten durch die Besoldungsreform wurde in Drucks. Nr. 2347 bestimmt, daß der auf Preußen entfallende Teil der Gewerbesteuer für die Staatskasse vereinnahmt werde.

144.

5. 5. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup und Jakoby-Raffauf, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Über das Beamtenbesoldungsgesetz¹ etc. referierte DINSLAGE.

¹ Das Besoldungsreformgesetz war am 29. April 1920 eingebracht und in die Ausschüsse verwiesen worden. Die Ausschußberatungen waren am 5. Mai abgeschlossen. Vgl. den Antrag der

3. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zum Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk² ist nichts Besonderes zu bemerken. Es soll möglichst wenig dazu gesprochen werden.

Zu Punkt 1 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften – Drucksachen Nr. 521, 2178, 2323]: referierte MÜLLER (Prüm).³

Zu Punkt 2 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung einiger Vorschriften des Gemeindeabgabenrechts – Drucksachen Nr. 2171, 2280, 2307]: referierte BEYER (Oberschlesien).

Zu Punkt 3 [IV. Verzeichnis der von den Ausschüssen für nicht geeignet zur Erörterung in der Vollsitzung erachteten Eingaben – Drucksache Nr. 2118]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt 4 [Abstimmung a) über den Antrag Adolph Hoffmann usw. [USPD] sowie den Änderungsantrag Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] über die Auflösung der Einwohnerwehren, die Bildung von Ortswehren und die Umbildung der Sicherheitswehren – Drucksachen Nr. 2181, 2279, b) über den Antrag Dr. Friedberg usw. [DDP] sowie den Änderungsantrag Rippel usw. [DNVP] über die Verstärkung der staatlichen Sicherheitspolizei und die Einrichtung eines Orts- und Flurschutzes – Drucksachen Nr. 2282, 2329]: Antrag Hoffmann u. Gen. soll abgelehnt werden. Ebenso Abänderungsantrag Gräf. Es soll *für* den Antrag Rippel gestimmt werden. Ebenso soll für den Antrag Friedberg gestimmt werden.

Zu Punkt 6 [Antrag des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik) auf Neuordnung der Schweigepflicht der Ärzte – Drucksache Nr. 2338]: Es soll dem Ausschußantrag zugestimmt werden.

Zu Punkt 7 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die öffentliche Krüppelfürsorge – Drucksachen Nr. 2177, 2339]: Es soll für das Gesetz gestimmt werden, vorbehaltlich der Ausführungen des Redners.

SCHMITTMANN hat Bedenken gegen § 5 und 7.

Frl. Dr. LAUER hat keine Bedenken.

Dr. Schmittmann wird dazu sprechen.⁴

Zu Punkt 8 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Dauer des Vorbereitungsdienstes der Gerichtsreferendare – Drucksachen Nr. 1935, 2328]: soll angenommen werden.⁵

Ausschüsse, Drucks. Nr. 2442. Bereits in der 144. Sitzung am 7. Mai wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung beraten und verabschiedet.

2 Es handelte sich um den Tagesordnungspunkt „Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Verbandsordnung für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk – Drucksachen Nr. 1741, 2417, 2422, 2424, 2431“. In der anschließenden 142. Sitzung wurde er zuerst verhandelt.

3 Rede Müller (Prüm) in der 142. Sitzung am 5. Mai 1920, Sp. 11346 f.

4 Rede Schmittmanns in der 143. Sitzung am 6. Mai 1920, Sp. 11396-11399. Darin erläuterte er auch seine Bedenken gegen die §§ 5 und 7 der Ausschußbeschlüsse (Drucks. Nr. 2339). Vgl. Sp. 11398 f. Frau Dr. Lauer war Berichterstatterin des Ausschusses. Vgl. ebd., Sp. 11388-11393.

5 Ab hier Handschrift Jakoby-Raffauf.

Punkt 9 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 – Drucksachen Nr. 2108, 2387]: Die Resolution⁶ soll abgelehnt werden.

Der Antrag Geil u. Genossen betreff Beamtenzulage im besetzten Gebiete wurde angenommen.⁷

6 Der Ausschußantrag, Drucks. Nr. 2387 zu 2, empfahl die Annahme einer Entschließung, von zwei vorgesehenen Stellen für vortragende Räte im Ministerium für Volkswohlfahrt „die eine dieser Stellen mit einer auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt führenden Frau zu besetzen.“ Die ablehnende Haltung der Fraktion wurde in der Fraktionssitzung am 24. Juni 1920 revidiert. Vgl. Nr. 148.

7 Antrag Geil usw. [Z, DHann] auf Gewährung einer Besatzungszulage an pensionierte Beamte, Drucks. Nr. 2430.

145.

6. 5. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank. Schluß 12.15 Uhr.

1. Verlesung der Eingänge.

a) Die Sozialdemokraten wünschen Verabschiedung des Gesetzes betr. Aufhebung der Standesvorrechte des Adels p.p. in erster Lesung.¹

b) Ebenso verlangen die Sozialisten I. Lesung des Landwirtschaftskammergesetzes.² (Fraktion lehnt dies ab.)

Die Fraktion stimmt nach einem Vortrag des Herrn Justizministers [AM ZEHNHOFF] 1. a) zu.

KLOFT berichtet über die Kandidatenliste im Westen.³

1 Diesen Wunsch äußerte die SPD-Fraktion in der Sitzung des Ältestenrates am 5. Mai 1920, 14.10-15.10 Uhr. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

2 Diesen Wunsch äußerte die SPD-Fraktion ebenfalls in der Ältestenratssitzung. Vgl. ebd.

3 Am 4. Mai 1920 hatte der Provinzialausschuß der rheinischen Zentrumspartei über die vorläufigen Listen der rheinischen Wahlkreise für die Reichstagswahl im Juni 1920 beraten und – lt. Meldung der Kölnischen Volkszeitung – einen Ausgleich der Interessen der verschiedenen Interessengruppen gesucht. Vgl. KV Nr. 345 vom 6. Mai 1920. Dahinter verbarg sich der Konflikt um die Kandidatur Brauns', der als Arbeitervertreter nicht aufgestellt worden war, was auf den negativen Einfluß des Rheinischen Bauernvereins zurückgeführt wurde. Daraufhin wurde der Konflikt am 7. Mai 1920 in der Sitzung des Reichsvorstands der Zentrumspartei mit den Vertretern der innerparteilichen Interessengruppen erörtert. Von Kerkerinck als Vertreter der Bauernvereine sagte zu, den Rheinischen Bauernverein dazu zu bewegen, einer Kandidatur Brauns' in einem rheinischen Wahlkreis nichts entgegenzusetzen. Dafür reklamierte er den für Brauns vorgesehenen sicheren Listenplatz auf der Reichsliste für seinen Kandidaten Crone-Münzebrock. Da die Kandidatur Brauns' in den Rheinlanden trotzdem scheiterte, kam es in der Folgezeit zu einem schweren Konflikt zwischen der Führung der christlichen Bauernvereine und dem Zentrum. Vgl. dazu das Rundschreiben Engelbert von Kerkerinck zur Borgs vom 28. Juli 1920 mit Anlagen, in: NL Würmeling Nr. 22.

Es wird gewünscht, daß Minister Giesberts in der Fraktion bezüglich seiner Stellung zum 1. Mai sich erkläre.⁴

Dort im Rheinland ist beschlossen, daß außer Herold kein Doppelmandat bewilligt werden soll.

Dr. REINEKE spricht über Westfalen. Er vertritt den Standpunkt, daß bei den letzten Wahlen zu viel Arbeitermandate herausgesprungen seien. Man müsse der Landwirtschaft mehr Mandate zuerkennen.

HIRTSIEFER verkündigt die Stellung der Arbeitervereine, daß sie 90:25 im Reichstage vertreten seien. Die Arbeiter stellten doch mehr wie 25% der Zentrumswähler. Er beschwert sich insbesondere über den Abg. Langewand, der dort in einer Versammlung sich sehr abfällig über die Arbeitervereine in der Fraktion ausgesprochen habe. HIRTSIEFER verliest einen Brief aus Osnabrück und weist die Vorwürfe scharf zurück. Er sagt, man solle die Arbeiter nicht weiter reizen, andernfalls müßten dieselben die Konsequenzen ziehen und auch eigene Kandidaten aufstellen.

Minister GIESBERTS erhält sodann das Wort, um sich bezüglich des 1. Mai-Erlasses auszusprechen. GIESBERTS erklärt, daß er die Angelegenheit in einer längeren Sitzung mit seinen Ministerialdirektoren und Räten verhandelt habe. 4–5 Länder haben den 1. Mai als offiziellen Feiertag. Seine Berater machten ihm den Vorschlag, Feiertagsruhe eintreten zu lassen. Er habe Fühlung genommen mit dem Reichspräsidenten, der ihm freie Hand gelassen habe. Am 24. April habe er dann bereits sein Rundtelegramm losgelassen. Im Reichstag sei die Angelegenheit erst am 27.4. verhandelt [worden].⁵ Er bedauert, daß seit Weimar keine Klärung geschaffen sei. Schon 1919 sei die Zentrumspartei nicht geschlossen gewesen. Gröber habe seinerzeit Giesberts das auch zugesagt, daß auf die Dauer diese Differenz über den 1. Mai nicht bleiben könne. GIESBERTS verwehrt sich sehr dagegen, daß er gegen die allgemeine Zentrumspolitik arbeite. Er weist dann auch besonders darauf hin, daß bezüglich der Feiertagsfrage die Frage des 1. Mai sehr schwerwiegend sei.

Präsident PORSCH bittet alle Ständevertretungen p.p., bei den weiteren Verhandlungen sich Mäßigung aufzuerlegen. Er weist insbesondere darauf hin, daß beim parlamentarischen System doch auch Köpfe vorhanden sein müssen, die als Ministerkandidaten in Frage kommen.

GIESBERTS erklärt, daß im Kabinett seinem Erlasse zugestimmt werde.

⁴ In der Sitzung des Reichskabinetts am 15. April 1920 war beschlossen worden, den 1. Mai nicht als Feiertag zu begehen. Am 24. April 1920 wurde schließlich im Kabinett beschlossen, den Dienst in den Reichsverwaltungen wie an einem Sonntag zu regeln. Vgl. Kabinett Müller I, S. 106 f., 153. Giesberts verfügte daraufhin für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung den Feiertagsbetrieb. Vgl. seine Erklärung vom 29. April 1920, in: KV Nr. 332 vom 30. April 1920. Vgl. auch Staatsanzeiger Nr. 91 vom 94. April 1920.

⁵ Der Antrag von SPD und USPD auf Einführung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag wurde in der Deutschen Nationalversammlung am 27. April 1920 abgelehnt. Vgl. Schulthess 1920 I, S. 118.

BELL erklärt, daß er und die Zentrumsminister im Reichskabinetten keinen Zweifel gelassen hätten über ihre grundsätzliche Stellung zum 1. Mai. Er erklärt auch, daß es bedauerlich sei, daß keine generelle Regelung vorher getroffen sei. Das Reichswirtschaftsministerium war nicht zuständig für die Eisenbahnen. Die einzelnen Länder hätten allein entschieden.

JAKOBY-RAFFAUF erklärt, daß der Wahlkreis Trier den Abg. Prof. Kaas auch an I. Stelle als Landwirtschaftsvertreter angenommen habe. Dann sei sofort an II. Stelle Dr. Heß als landwirtschaftlicher Vertreter genannt. Er habe keine Stimme zuerst erhalten. Jetzt soll Dr. Heß doch wieder auf der Liste als landwirtschaftlicher Vertreter fungieren. Dagegen protestieren die landwirtschaftlichen Kreise. Es seien jetzt ganze zwei Plätze für Landwirte in diesem reinen landwirtschaftlichen Kreise aufgestellt.⁶

OPPENHOFF erklärt, daß der Wahlkreis Aachen sich nicht so scharf gegen Doppelmandate ausgesprochen habe wie Köln.

Dr. SCHULTE führt aus, daß im Osten fast nur Arbeitervertreter aufgestellt seien. Das sei für ein Arbeiten der Fraktionen unerträglich.

BERGMANN verweist darauf, daß es leider den Anschein habe, daß aus materiellen Gründen das Zentrum auseinandergesprengt werden solle. Er macht im Hinblick auf die Vorgänge der Landwirtschaft die größten Vorwürfe. Nicht nur Interessenpolitik dürfte allein maßgebend sein. Das Bürgertum werde letzten Endes die Zechen bezahlen. Er weist die Vorwürfe Langewands scharf zurück. Er erklärt, daß Doppelmandate nicht im Sinne der Wähler liegen. Auch die jetzigen Doppelmandatäre haben nicht alle zum Wohle der Fraktion gearbeitet.⁷ Auch sei er der Ansicht, daß in Zukunft nicht Busch Doppelmandatar und Unterstaatssekretär sein könne.

GREBE erklärt, daß Langewands Erklärungen nicht so scharf gehalten seien. Er spricht sodann über die Verhältnisse im Wahlkreise Osnabrück.

Es wird sodann zur Tagesordnung gesprochen.

Zum Fall Wahl Hacks.

NEUMANN (Ratibor) berichtet kurz, daß der Ausschuß für die Gültigkeit sich entschieden habe. Die Fraktion ist gegen die Gültigkeit der Wahl.⁸

LANGEWAND bestreitet die Ausführungen, die im Briefe mitgeteilt seien. Er erklärt, daß Herr Bredow⁹ mit ihm persönliche Differenzen habe. Man habe dort gerade seinerseits immer mit Standeskandidaturen der Arbeiter gedroht, sofern man

6 Im Wahlkreis 24 (Koblenz-Trier) wurden bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 fünf Zentrumsabgeordnete gewählt. Der Reihenfolge nach waren dies: 1. Ludwig Kaas, Professor; 2. Matthias Neyses, Landwirt; 3. Peter Tremmel, Arbeiterverbandssekretär; 4. Theodor von Guérard, Geh. Regierungsrat; 5. Christian Veltin, Winzer. Ersatzleute waren der Reihe nach: 1. Maria Schmitz, Oberlehrerin; 2. Wilhelm Jacoby-Raffauf, Landwirt; 3. Franz Hansen, Direktor; 4. Jacob Gleisinger, Landwirt; 5. Georg Schmelzer, Malermeister; 6. Maria Menken; 7. Conrad Hartong, Oberamtsrichter; 8. Jacob Diehl, Landwirt; 9. Johann Effert, Gewerkschaftssekretär. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 132 vom 18. Juni 1920, 2.-4. Beilage.

7 Zu diesem Zeitpunkt waren Bell, Dransfeld, Herold, Marx, Maxen und Stegerwald Doppelmandatäre der preußischen Landesversammlung und der Deutschen Nationalversammlung.

8 Zur Anfechtung der Wahl von Hacks vgl. Nr. 122.

Hagemann¹⁰ nicht an 1. Stelle stelle. Bredow habe auch verschiedentlich gegen die Geistlichen agitiert, denen er Wohnungseinquartierung angedroht habe.

SPRENGER erklärt, Langewand habe den Hauptpunkt der Verdächtigungen nicht berührt. Er habe den Arbeiterkollegen der Fraktion Vorwürfe gemacht, die er noch aufzuklären habe. Er spricht sodann [darüber], daß Reineke die Stimmung in Westfalen nicht ganz richtig dargestellt [habe]. Nicht bäuerliche Kreise, sondern Akademiker und großbäuerliche Kreise seien es in der Hauptsache, die gegen die Arbeitervertreter agitieren. Er weist darauf hin, daß die bäuerlichen Abgeordneten zuwenig in Versammlungen sprechen. Er macht auch Dr. Reineke den Vorwurf, daß man die Arbeitersekretäre zu viel von den Landversammlungen fernhalte. Er weist dann darauf hin, daß der Münsterische Anzeiger¹¹ und das Paderborner Volksblatt¹² die Hetze betrieben haben. Die Blätter seien fast den deutschnationalen gleichzustellen.

Es ist ein Antrag bezüglich der Doppelmandatare eingegangen¹³, der morgen weiter verhandelt werden soll.

9 Zentrumsolitiker in Osnabrück, Delegierter des zweiten Reichsparteitages 1922. Vgl. Bericht des zweiten Reichsparteitages, S. XIV.

10 Josef Hagemann (1875-1950), Bürgervorsteher, Osnabrück. Er war für den Wahlkreis 15 (Aurich, Osnabrück, Oldenburg) Mitglied der Deutschen Nationalversammlung. Bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 erhielt er zunächst kein Mandat, rückte aber nach dem Tode Eduard Burlages am 30. August 1921 im Wahlkreis 16 (Weser-Ems) nach.

11 Münsterischer Anzeiger, 1852 gegründete Zentrumszeitung in Münster.

12 Gemeint ist das Westfälische Volksblatt, Paderborn, 1849 gegründet.

13 Vgl. Nr. 146 Anm. 5.

146.

7. 5. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, Jakoby-Raffauf und Linz, gez. Jakoby-Raffauf und Linz.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Eingänge bekanntgegeben.

2. Es wurde sodann die Debatte über die Wahlvorschläge fortgesetzt.¹

1 Vgl. Nr. 145.

Es nahmen hierzu das Wort: Dr. TEWES, ESSER, STEGER, Dr. REINEKE, MERX,² JAKOBY-RAFFAUF, KOEPFER, KLOFT.³

3. Antrag Krug u. Gen. wegen Beamtenzulage wurde zurückgestellt.⁴

4. Antrag Kloft: Vermeidung der Doppelmandate⁵, wurde einstimmig angenommen.

5. Tagesordnung: Grundsätzliche Gleichstellung der katholischen und evangelischen Geistlichen in Gehaltsfragen wird einstimmig verlangt.⁶ Krug soll entsprechende Erklärung abgeben.⁷

Antrag Schüling: Betreff der Gemeindebeamten um staatliche Zulage wurde angenommen.⁸

² Ab hier Handschrift Jakoby-Raffauf.

³ Ab hier wieder Handschrift Wentrup.

⁴ Ab hier wieder Handschrift Jakoby-Raffauf.

⁵ Das Original des Antrags befindet sich in NL Porsch IV 14. Der Text lautet: „Die Fraktion hält Doppelmandate zum Reichstag und preußischen Landtag nur in ganz beschränkter Zahl für gängig. (gestr.: Neben den Kollegen Porsch, Herold, Stegerwald und Marx sind weitere Doppelmandate zu vermeiden.)“ gez. Kloft, einstimmige Annahme beglaubigt von Linz.

⁶ Ab hier Handschrift Linz.

⁷ Ab hier wieder Handschrift Jakoby-Raffauf. – Im Rahmen der zweiten und dritten Beratung der Besoldungsreformvorlage wurden mit den Drucks. Nr. 2437 und 2438 auch zwei unterschiedliche Vorlagen zur Gehaltsaufbesserung der katholischen und evangelischen Geistlichkeit verhandelt. Als Zentrumsredner erklärte Eismann, daß das Zentrum grundsätzlich die gehaltliche Gleichstellung der katholischen mit den evangelischen Geistlichen verlange, wegen der Geschäftslage des Hauses aber jetzt von dementsprechenden Anträgen absehe. Er kündigte jedoch entsprechende Initiativen für die in Aussicht gestellte Nachprüfung des Gesetzes an. Vgl. 144. Sitzung am 7. Mai 1920, Sp. 11449–11451.

⁸ Antrag Schüling usw. [Z] auf Gewährung von Besetzungszulagen an die Beamten der Selbstverwaltungskörper, Drucks. Nr. 2473.

147.

23. 6. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift, gez. Blank.

1. Präsident Dr. PORSCH verliest die Eingänge.

2. 13 Uhr Ältestenausschuß. Zur Diskussion steht dort, ob Neuwahlen für den Landtag für die Partei bald erwünscht sind oder nicht.¹

Zur Tagesordnung.

¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrates am 23. Juni 1920, 13.00–14.15 Uhr, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2. Eine Diskussion über den Termin der Neuwahlen wurde dort nicht geführt, sondern lediglich die Geschäftseinteilung bis zur zweiten Lesung des Verfassungsentwurfs besprochen.

Zu 1 [Beratung des Antrags Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Kilian – Drucksache Nr. 2512]: Die Fraktion [be]hält sich ihre EntschlieÙung vor.

Zu 2 [Zweite und dritte Beratung der Gesetzentwürfe über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen – Drucksache Nr. 2247]: Antrag wird zugestimmt.

Zu 3 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betr. die Erhebung von Marktstandsgeld, vom 26. April 1872 (Gesetzsamml. S. 513) – Drucksache Nr. 2511]: Soll dem Gemeindeausschuß überwiesen werden.²

Zu 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Abänderung des § 10 des Gesetzes über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienste vom 10. August 1906 (Gesetzsamml. S. 378) – Drucksache Nr. 2480]: zustimmen.

Zu 5 [Beratung der Verordnung über Erhöhung der Eisenbahnfahrkosten bei Dienstreisen der Staatsbeamten – Drucksache Nr. 2481]: überweisen Haushaltsausschuß.

Zu 6 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Gesetz vom 8. Mai 1916 angeordneten Ausbau von Wasserstraßen des Mains – Drucksache Nr. 2503]: überweisen Haushaltsausschuß.

² Ab hier unbekannte Handschrift.

148.

24. 6. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Mitteilungen gemacht.

2. Frau Dr. LAUER sprach sich dafür aus, daß mit größerer Entschiedenheit dafür eingetreten werde, daß Frauen in den Ministerien als vortragende Rätinnen angestellt werden.¹ Hierfür sprachen sich aus WILDERMANN, Dr. FASSBENDER. Auch die Fraktion ist dieser Auffassung. Es soll dieserhalb mit dem Minister Stegerwald Rücksprache genommen werden. In dieser Beziehung soll der Vorsitzende ermächtigt werden, möglichst schnell mit dem Minister Stegerwald in Verbindung zu treten.

3. Förmliche Anfrage Dr. Faßbender bezüglich Lichtspielgesetz und Kinderschutz wurde genehmigt.²

¹ Vgl. dazu Nr. 144 Anm. 6.

² Kleine Anfrage Dr. Faßbender [Z] über das Lichtspielgesetz, Drucks. Nr. 2562.

4. Förmliche Anfrage wegen Einbringung eines Gesetzentwurfs der Kommunalbeamten mit den Staatsbeamten etc. [!] wurde beschlossen, als Fraktionsantrag *sofort* einzubringen.³

5. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Punkt 1 [Beratung des Antrags Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Kilian – Drucksache Nr. 2512, 2557]: BEYER berichtete über den Sachverhalt. Es soll beantragt werden, die Sache in die Kommission zurückzuverweisen. Beyer wird sprechen.⁴

Punkt 2 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 vom 6. Mai 1920 (Gesetzsamml. S. 159) – Drucksache Nr. 2530] und 3 [Beratung des Antrags des Verfassungsausschusses auf Abänderung der Reichsverfassung über die preußischen Stimmen im Reichsrat – Drucksache Nr. 2538]: erledigt.

Zu Punkt 4 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Verlegung des Amtsgerichts in Wittlage nach Bad Essen – Drucksache Nr. 2545] berichtete BEYER. Wenn gesprochen werden soll, dann wird Beyer sprechen.⁵

6. Kleine Anfrage Kley und Gen. bezüglich Prüfungen wurde genehmigt.⁶

7. Kleine Anfrage Gottwald u. Gen. wurde genehmigt.⁷

3 Große Anfrage Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über die Besoldungsregelung für die Gemeindebeamten, Drucks. Nr. 2572

4 Es sprach am Zehnhoff in der 146. Sitzung am 24. Juni 1920, Sp. 11505, für die Annahme des Antrags.

5 Zu diesem Punkt wurde nicht gesprochen.

6 Kleine Anfrage Kley (Neuwied) usw. [Z] über Ergänzungsprüfungen der Volksschullehrer und Erlaß der Prüfungsordnung für Staatswissenschaftler, Drucks. Nr. 2567.

7 Kleine Anfrage Bensch usw. [Z] über die Unterbringung der katholischen Mittelschullehrer aus den an Polen abgetretenen Gebieten, Drucks. Nr. 2568

149.

5. 7. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Beratung der Nachweisung der außerplanmäßig oder zu Lasten von Hilfsarbeiter- oder Stellvertreterfonds bei den Zentralbehörden beschäftigten Personen – Drucksache Nr. 2419]: Vorschlag BUSCH: Die Sache ist für dieses Jahr erledigt; wir [be]halten uns weitere Schritte vor. Sollte ein Antrag gestellt werden, dann beantragen, dem Hauptausschuß zu überweisen.

Zu Punkt 3 [Beratung der Mitteilung des Ministers des Innern über die Gewährung von Vorschüssen an die Gemeinden des besetzten westlichen Gebiets – Drucksache Nr. 2502]: Es soll nicht geredet werden.

Zu Punkt 4 [Beratung der Mitteilung des Staatsministeriums über die Versorgung der Hinterbliebenen von Kriegsbeschädigten – Drucksache Nr. 2518] und 5 [Beratung der Mitteilung des Ministers für Volkswohlfahrt a) über die Kapitalabfindung für Witwen von Kriegsbeschädigten – Drucksache Nr. 2519, b) über die Gleichstellung der unehelichen Kinder gefallener Krieger mit den ehelichen – Drucksache Nr. 2520]: Nichts Besonderes zu bemerken.

Punkt 6 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Überführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat – Drucksache Nr. 2528]:

Dr. REINEKE berichtete darüber. Er schlug vor, die Sache nicht einer Kommission zu überweisen.

Es nahmen hierzu weiter das Wort: STEGER, KLOFT, Dr. REINEKE, Dr. BELL, MÜLLER (Prüm).

Dr. REINEKE: Wie wird es mit den Regalrechten, wo eine Mutung noch gar nicht stattgefunden hat? Z. B. dem Rechte der Fürsten von Rheina-Wolbeck.

Wenn andere Parteien für Zurückverweisung stimmen, werden wir *dafür* sein.¹

1 Der Abgeordnete Frenzel (DDP) stellte im Namen aller Fraktionen den Antrag auf Überweisung an den Handels- und Gewerbeausschuß. Vgl. 147. Sitzung am 5. Juli 1920, Sp. 11529.

150.

5. 7. 1920, nachmittags: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wenstrup, gez. Wenstrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen. Sodann teilte er die Beschlüsse des Ältestenrates mit.¹ Am Donnerstag soll der Landtag vertagt werden.

2. Zu dem Gesetzentwurf, die Altersgrenze zur Pensionierung auf 65 Jahre herabzusetzen, nimmt die Fraktion eine ablehnende Haltung ein.²

3. Was die Nachprüfung der Besoldungsordnung angeht, so ist die Fraktion der Auffassung, zunächst die Regierung zu ersuchen, die Nachprüfung vorzunehmen.³

1 Die Sitzung des Ältestenrates fand am 5. Juli 1920, 10.05-11.10 Uhr, statt. Zu den Beschlüssen im einzelnen vgl. das Protokoll der Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

2 Gesetzentwurf, betr. Einführung einer Altersgrenze, Drucks. Nr. 2661.

3 Die Nachprüfung der Besoldungsgesetzgebung vom Mai 1920 war in § 1 des Gesetzes mit den Worten „alsbald nach dem im Juni 1920 erfolgenden Wiederzusammentritt der Landesversammlung“ vorgesehen worden. Vgl. Drucks. Nr. 2500 A. Da Parlamentspräsident Leinert von sich aus die Nachprüfung nicht einleitete, kam es zwischen ihm und der DNVP zum Streit. Vgl.

4. Große Anfrage Kloft u. Gen. bezüglich der Brotversorgung im Industriegebiet hat jetzt keinen Zweck mehr. Es soll so von dem zweiten Redner erwähnt werden bei der Etatberatung.⁴

5. Bezüglich des Etats referierte RHIEL (Fulda), dazu nahmen das Wort SPRENGER, ESSER, KLOFT, STEGER, Dr. HAGER, SPRENGER, SCHÜLING, Dr. REINEKE. Rhiel wird als *erster* Redner sprechen.⁵

6. Was den *politischen* Teil angeht, so soll gesprochen werden über Bürokratie, Schulstreik und Landarbeiterstreik.

KLOFT: Bei einer Neuwahl würden wir ein ähnliches Bild erhalten, wie es heute besteht. Eine wesentliche Verschiebung in politischer Beziehung ist nicht zu erwarten. Die Verfassung muß noch gemacht werden, ferner die Besoldungsordnung. Alles andere muß zurückgesetzt werden.

HEROLD: Es ist wohl klar, daß vor Herbst keine Neuwahlen stattfinden können. M. E. soll nur das gemacht werden, wozu wir gewählt sind, in erster Linie die Verfassung. Spätestens Anfang November müßte die Neuwahl stattfinden.

LINZ: Die Verwaltungsreform kann jeden Tag für uns akut werden. Die Reform ist im Ministerium vorbereitet. Die Sozialdemokraten möchten die Reform noch durchführen. Die Landbevölkerung ist sehr daran interessiert, die Landgemeindeordnung zu reformieren.

WILDERMANN: Die Sozialdemokraten wollen sobald keine Neuwahl. Was die Verwaltungsgesetze angeht, so hängen diese mit der Verfassung zusammen. Jedenfalls muß ein Zeitpunkt festgelegt werden, bis zu welchem die Verwaltungsgesetze fertiggestellt werden müssen. Die Provinzialordnung müssen wir jedenfalls noch fertigmachen.

Dr. HAGER: Ich stimme dem Antrage der Demokraten zu, überhaupt keine politische Debatte zu eröffnen. Ich meine, wir beschränken uns lediglich auf die *Finanz*debatte. Was die Auflösung angeht, so stehe ich auf dem Standpunkt des Herrn Herold. Die Verwaltungsgesetze können wir nicht machen. Die ländlichen Kreise sind am meisten darüber empört, daß so viele Landräte aus den sozialdemokratischen Kreisen genommen werden.

SCHÜLING: Im Westen wird großes Gewicht darauf gelegt, daß die Verwaltungsreform noch durchgeführt wird. Wir können nach der alten Landgemeindeordnung im Rheinland nicht mehr leben.

HEROLD: Am besten ist es, wenn *gar nicht geredet* wird. Bei dem Reden kommt heute mit Rücksicht auf die Gesamtlage nichts heraus.

Die Fraktion schließt sich dieser Ansicht an.

148. Sitzung vom 6. Juli 1920, Sp. 11622-11624. Der Antrag Dinslage, Drucks. Nr. 2580, vom 25. Juni 1920 hatte zunächst gefordert, den Besoldungsausschuß mit der Nachprüfung zu beauftragen. Am 6. Juli 1920 wurde dieser Antrag durch Drucks. Nr. 2689 ersetzt, der nurmehr die Nachprüfung im allgemeinen forderte. In der Plenarsitzung am 6. Juli 1920 wurde dieser Antrag dem Besoldungsausschuß überwiesen.

4 Sprenger erwähnte dies in seiner Rede in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920, Sp. 11759.

5 Rede Rhiels in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920, Sp. 11579-11585.

[HEROLD:] Wenn die Verfassung *nicht schnell* gemacht wird, dann befürchte ich, daß dann noch viele andere Gesetze vorgebracht werden, die wir *nicht* erwünschen können. Die Beratung zur Verfassung muß kurz sein. Der Wahltermin darf nicht lange hinausgeschoben werden. Ich meine auch, daß das Volk das Verlangen zur Neuwahl hat. Die Verfassung muß bis zum Herbst fertig werden.

LINZ: Die Provinzialordnung hängt davon ab, wie weit es uns gelingt, die *Autonomie der Provinzen* in die Verfassung hereinzuarbeiten.

GRONOWSKI: Die Demokraten sind der Ansicht, daß *nicht* geredet wird, eventuell nur die *Finanzfrage* zu erörtern.

KLOFT: Ich habe zwei Fragen zu stellen:

1. Warum [ist] Kollege Steger nicht im Siedlungsausschuß?
2. Die Frage der Doppelmandate muß erledigt werden.⁶

GRONOWSKI: Im Reichausschuß⁷ ist die Frage der Doppelmandate erörtert worden. Diese sollen bis zu der baldigst erfolgten Neuwahl beibehalten werden.

6 Bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 wurden acht Zentrumsabgeordnete der preußischen Landesversammlung in den Reichstag gewählt: Bell, Busch, Dransfeld, Herold, Lauscher, Marx, Maxen und Stegerwald. Hedwig Dransfeld legte ihr Landtagsmandat daraufhin am 21. Juni 1920 nieder, Wilhelm Maxen am 10. September 1920. Der Vorstand der Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung beschloß lt. Drahtmeldung vom 8. Juli 1920, daß bis zu der bald zu erwartenden Neuwahl des Landtags die Doppelmandatäre ihre Mandate behalten sollten. Vgl. KV Nr. 510 vom 9. Juli 1920.

7 Vermutlich handelte es sich um die Reichausschußsitzung am 25./26. Juni 1920, auf der die Ergebnisse der Reichstagswahlen beraten wurden. Vgl. den Bericht in der KV Nr. 478 vom 27. Juni 1920.

151.

7. 7. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. Es wird über die Schäden der Görreskorrespondenz verhandelt.¹

GRONOWSKI fordert energisches Vorgehen gegen die Bonifatius-Druckerei.²

Abg. MERX weist darauf hin, daß Bischof von Hähling³ sich doch sehr warm dauernd für die Zentrumsparterie einsetzt. Man dürfe Bonifatius-Verein⁴ und Druckerei nicht in einen Topf werfen.

1 Görres-Korrespondenz für Zentrumswähler und Zentrumspresse, im Januar 1920 gegründeter Pressedienst des rechten Parteiflügels. Vgl. Leugers-Scherzberg, Porsch, S. 244 f.

2 Bonifatius-Druckerei G. m. b. H., gegründet 1869, mit Sitz in Paderborn.

3 Heinrich Hähling von Lanzenauer, 1912-1925 Weihbischof in Paderborn.

4 Bonifatiusverein für das katholische Deutschland, 1849 in Regensburg gegründete Vereinigung zur Förderung der Diasporaseelsorge in Deutschland, Sitz in Paderborn.

Es wird beschlossen 1) Wildermann soll bei Einführung des Bischofs in Paderborn⁵ beim Weihbischof in Paderborn vorstellig werden und ihm die Stimmung der Fraktion bekanntgeben.

2) Bezüglich der Angriffe gegen Dr. Porsch soll eine Erklärung der Fraktion aufgestellt werden⁶, die am 8.7. nochmals beraten werden soll. Die Abgeordneten Merx, Gottwald und Sprenger sollen die Erklärung formulieren.

Zur Tagesordnung

ad 1) [Erste Beratung des Antrags Schüling usw. [Z,USPD,DVP,DNVP,SPD] auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts – Drucksache Nr. 2691]: Es wird angeregt, das Gesetz nicht durchzupfeitschen, sondern den Entwurf der Kommission zu überweisen. Herr Beyer soll die Mitglieder der Kommission vor 2 Uhr zusammenrufen.

ad 2) [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Durchführung des Staatsvertrags über die Übertragung der preußischen Staatseisenbahnen auf das Reich vom 31. März 1920 (Gesetzsamml. S. 97) – Drucksache Nr. 2698]: Kommission.

ad 3) [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren – Drucksache Nr. 2644]: desgleichen.

ad 4) [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Gesetz vom 8. Mai 1916 angeordneten Ausbau von Wasserkraften des Mains – Drucksache Nr. 2503, 2685]: nichts zu bemerken.

ad 5) [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den durch Gesetz vom 9. Juni 1913 angeordneten Ausbau von Wasserkraften im oberen Quellgebiet der Weser – Drucksache Nr. 2521, 2685] und 6) [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betr. das Pfandleihgewerbe, vom 17. März 1881 (Gesetzsamml. 265) – Drucksache Nr. 2656]: desgleichen.

ad 7) [Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920 – Drucksache Nr. 2109]: Zur Fortsetzung der Generaldebatte. Der eventuelle 2. Redner soll sich gegen die Ausführungen Leid's wenden⁷, der sich quasi als Entente-Vertreter hier aufgespielt habe.

Zur Frage der Schulstreiks spricht WILDERMANN. Er rät ab, z. Zt. unsererseits die Frage des Schulstreiks⁸ anzuschneiden.

5 Als Nachfolger des nach Köln berufenen Bischofs Schulte wurde Kaspar Klein am 1. August 1920 als Bischof von Paderborn konsekriert.

6 Hintergrund für die Stellungnahme gegen die Görreskorrespondenz war der Vorwurf, daß das Zentrum am 18. Juli 1919 für die Beseitigung der Ortsschulaufsicht gestimmt habe. Vgl. Leugers-Scherzberg, Porsch, S. 244 f. Die Erklärung der Fraktion vom 8. Juli 1920 wurde u. a. veröffentlicht in KV Nr. 514/515 vom 10. Juli 1920.

7 Vgl. dazu die Rede von Leid (USPD) in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920, Sp. 11606-11617. Sprenger entgegnete darauf in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 in scharfem Ton. Vgl. Sp. 11753.

8 Der Schulstreik in Herne wurde durch eine entgegenkommende Verfügung der preußischen Regierung beigelegt. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 152 vom 12. Juli 1920 (1. Beilage). Ende Juli 1920

Herr RICHTARSKY bittet eventuell auf den Landarbeiterstreik einzugehen.

Herr STEGER bittet zur Frage der Preisbildung für Lebensmittel Stellung zu nehmen. Er weist auf die hohen Frühkartoffel-Preise hin.

KAMP bittet dringend, wenigstens in der Fraktion zur Stellung des Ministers zum Schulstreik Stellung zu nehmen. Er weist auf die Schwierigkeiten in Herne hin. Der Schulstreik droht jeden Tag weiter um sich zu greifen.

MERX unterstützt die Anregung Kamp.

BERGMANN wünscht zur Ernährungsfrage den II. Redner sprechen zu lassen. Desgleichen zum Finanzelend der Gemeinden. Er schlägt Kollege Sprenger als Redner vor.⁹

Herr SCHMITTMANN weist darauf hin, daß im Ministerium des Innern 2 Ministerialdirektoren ernannt sind, ohne daß Linz gefragt sei.

LINZ erwähnt, daß er informiert gewesen sei. Herr von Schütz¹⁰ werde ausscheiden müssen. An seine Stelle werde ein ausgesprochener Zentrumsman in das Ministerium einziehen.

SCHÜLING bittet, eine kleine Anfrage betr. Schmiergeld an der niederrheinischen Grenze einbringen zu dürfen.¹¹

Prof FASSBENDER wünscht, eine große Anfrage vorzubringen betr. der unsittlichen Nackt-Vorführungen in den Berliner Theatern.¹²

Herr KLEY wünscht, eine kleine Anfrage betr. Bimsstein-Industrie einzubringen.¹³

Kleine Anfrage Krug betr. Lehrerbesoldung wird genehmigt.¹⁴

Desgleichen kleine Anfrage Merx betr. Wasserbauverwaltung.¹⁵

wurde jedoch in Düsseldorf unter Beteiligung der örtlichen SPD wieder ein Schulstreik zur Durchsetzung der religionslosen Schule beschlossen. Vgl. ebd. Nr. 169 vom 30. Juli 1920.

9 Sprenger redete tatsächlich in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920, Sp. 11752-11761.

10 Freiherr Schütz von Leerodt, Geheimer Regierungsrat und vortragender Rat im preußischen Ministerium des Innern.

11 Kleine Anfrage Schüling usw. [Z] über Schmuggel an der holländischen Grenze, Drucks. Nr. 2718.

12 Große Anfrage Dr. Faßbender usw. [Z] über die Entsittlichung des Volkes durch Nacktdarstellungen usw., Drucks. Nr. 2702

13 Kleine Anfrage Kley (Neuwied) usw. [Z] über Dringlichkeitsbescheinigungen zur Wagengestellung für Bimssteinerzeugnisse, Drucks. Nr. 2703

14 Kleine Anfrage Krug usw. [Z] über die Zahlung der vollen Gehälter nach dem Dienstehemmensgesetz vom 7. Mai 1920 an die Lehrer, Drucks. Nr. 2704

15 Kleine Anfrage Merx (Köln) usw. [Z] über Arbeiterentlassungen beim Wasserbauamt Kuckerneese, Drucks. Nr. 2705

152.

8. 7. 1920¹: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 14 [Zweite und dritte Beratung des Antrags Schüling usw. [Z,USPD,DVP,DNVP,SPD] auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betr. vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts – Drucksache Nr. 2691, 2712] referierte HERKENRATH. Er sprach sich gegen die Verabschiedung des Gesetzes zur gegenwärtigen Zeit aus.

SCHÜLING: Die anderen Parteien wollen das Gesetz durchführen. Es wäre also für uns taktisch sehr unklug, gegen die jetzige Durchführung zu stimmen. Auch habe der Regierungsvertreter erklärt, daß die Steuervereine damit einverstanden seien.

STIELER: Wir haben einen Abänderungsantrag² gestellt dahin, daß die Zahlung nicht über die der Staatsbeamten steigt. Wird dieser Antrag abgelehnt, dann bin ich gegen das Gesetz.

ESSER: Ich bin persönlich gegen das Gesetz. Doch alle anderen Parteien sind für das Gesetz. Wenn der von Stieler erwähnte Abänderungsantrag nicht angenommen wird, dann bin ich gegen das Gesetz.

LINZ: Ich habe seinerzeit sehr gewarnt, aber Heß hat gesiegt. Ich bin entschieden gegen die Annahme des Gesetzes. Es wäre sehr erwünscht, wenn wir einen Weg finden, ohne die Fraktion zu belasten, die dritte Lesung [zu] verhindern.

Dr. REINEKE: Auf den Abänderungsantrag kommt es nicht an. Ich bin entschieden dagegen, ein so wichtiges Gesetz so schnell zu verabschieden.

STEGERWALD: Ich bin der Ansicht, daß wir die Zurückstellung des Antrages zu erreichen suchen müssen. Auf den Abänderungsantrag lege ich kein großes Gewicht.

2. RHIEL teilt mit, daß die Herren, die für den Hauptausschuß für bestimmte Gebiete Interesse haben, sich melden, damit sie zeitig eingeladen werden können.

3. Der Vorsitzende [PORSCH] gibt verschiedene Eingänge bekannt.

4. KLOFT: Es muß Steger in den Siedlungsausschuß entsprechend dem Beschlusse des Vorstandes.³ Was die Doppelmandate angeht, so muß ich mich dagegen entschieden aussprechen, daß es nur eine bestellte Arbeit sei!⁴

1 Irrtümlich auf den 8. Juni 1920 datiert.

2 Die von Stieler erwähnte Bestimmung war in den Ausschußberatungen im §1, Abs. 3 des Gesetzentwurfs angenommen worden. Vgl. Drucks. Nr. 2712. Während der II. Beratung des Gesetzentwurfs in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920 wurde diese Bestimmung auf Antrag des Abgeordneten Ruer (DDP) gestrichen. Auch der Versuch Stielers, in der anschließenden III. Beratung den Ausschlußbeschuß wieder herzustellen, scheiterte. Vgl. Sp. 11801-11806.

3 Vgl. Nr. 150.

4 Vgl. ebd.

5. SPRENGER berichtet kurz über den Inhalt seiner zu haltenden Rede.⁵ Es machen auf einige Punkte besonders aufmerksam: Dr. REINEKE, LINZ, Dr. LAUSCHER, SCHMITTMANN, BUSCH.

5 Rede Sprengers zum Etat in der 150. Sitzung am 8. Juli 1920, Sp. 11752-11761.

153.

15. 9. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurde zunächst die Tagesordnung des Plenums durchgenommen.

Zu Punkt 1 [Beratung der Denkschrift über die Entwicklung der nebenbahnähnlichen Kleinbahnen in Preußen und die Förderung des Kleinbahnwesens durch die Provinzen, die Kreise und den Staat – Drucksache Nr. 2175; zu Punkt 2: Beratung der Mitteilung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die Verordnungen, betreffend die Verleihungen des Ortszulagerechts an Schulverbände, vom 25. und 31. März 1920 (Gesetzsamml. S. 312, 313, 315 – Drucksache Nr. 2700; zu Punkt 3: Beratung der Verordnung über die Gültigkeitsdauer der Verordnung des Staatsministeriums vom 31. Juli 1917, betreffend die Bekämpfung der Malaria (des Wechselfiebers) in den Kreisen Pleß, Kattowitz Land und Rybnik, Regierungsbezirk Oppeln – Drucksache Nr. 2816; zu Punkt 4: Beratung der Verordnung nebst Ausführungsbestimmungen über Eisenbahnkosten bei Dienstreisen der Offiziere, Oberwachtmeister und Gendarmen der Landgendarmarie – Drucksache Nr. 2841; zu Punkt 5: Beratung der Wahlordnung für die Versammlungen des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk – Drucksache Nr. 2859; zu Punkt 6: Beratung der Anordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften – Drucksachen Nr. 2860, 2912; zu Punkt 7: Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Bergschulvereine – Drucksache Nr. 2799; zu Punkt 8: Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verpflichtung der Gemeinde zur Haltung von Ziegenböcken – Drucksache Nr. 2810; zu Punkt 9: Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Aufschließung von Steinkohlen – Drucksache Nr. 2811]: [. . .]¹

Punkt 10 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung neuer Landeskulturämter – Drucksache Nr. 2861]: Kommissionsüberweisung.

Punkt 11 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) – Drucksachen Nr. 1723, 2522]: Soll an die Kommission zurückverwiesen werden.

Punkt 12 [Zweite und Dritte Beratung des Gesetzes vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. S. 199), betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und

¹ Zu den Tagesordnungspunkten 1 bis 9 wurde vom Protokollanten nichts vermerkt.

aus den jüdischen Synagogengemeinden – Drucksachen Nr. 234 zu 13, 275 zu II, 902, 998, 2822]: Es sollen keine Abänderungsanträge gestellt werden. Die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder ist sehr erwünscht.

Punkt 13 bis 66 [Eingabenberichte – Drucksachen Nr. 2292, 2295, 2724-2735, 2737-2769, 2636, 2779, 2780-2784]: nichts Besonderes zu bemerken.

Punkt 67 [79. Eingabenbericht des Unterrichtsausschusses, Einspruch gegen die Aufhebung des Eheverbots für Lehrerinnen – Drucksache Nr. 2785]: Es soll der Antrag auf Berücksichtigung gestellt werden. Frl. Lauer wird dazu sprechen.² Es soll ein Antrag in Druck gegeben werden.³

Zu den weiteren Petitionen⁴ ist nichts Besonderes zu bemerken.

2. Antrag Esser u. Gen. bezüglich der Beschäftigung der selbständigen Handwerker bei Staatsarbeiten wurde genehmigt.⁵

3. Dr. HESS bittet um eine Besprechung bezüglich der Neuorganisation der Polizei.

RHIEL erklärt, daß die Frage morgen im *Hauptausschuß* zur Aussprache gelangt.⁶

BUSCH: Der Zweck geht dahin, die Regierungspräsidenten auszuschalten. Dies dürfen wir nicht zulassen.

RHIEL bittet, daß Herold, Schmedding und Linz morgen an dem Hauptausschuß teilnehmen. Es soll in der Kommission nur zunächst ein *Bericht* entgegengenommen werden.

4. SCHMIDT (Conz) bespricht eine Verordnung des Regierungspräsidenten von Trier bezüglich der ärztlichen Leichenschau.⁷

5. BERGMANN macht Mitteilung von einem Konflikt zwischen dem Minister Braun und der christlichen Landarbeiterorganisation.⁸ Einige Herrn wollen deswegen beim Minister vorstellig werden. Wenn dort nichts erreicht wird, dann müssen wir formell von der Fraktion aus vorgehen.

6. ALTEGOER erwähnt die Berichte bezüglich der Höchstmietenverordnung.⁹

2 Der Tagesordnungspunkt wurde in der 151. Sitzung am 15. September 1920 auf Antrag Lauers abgesetzt. Vgl. Sp. 12072. In der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920 wurde er an den Ausschuß zurückverwiesen. Vgl. Sp. 12816.

3 Ein entsprechender Antrag wurde nicht nachgewiesen.

4 Gemeint sind die Tagesordnungspunkte 68 bis 79 (Eingabenberichte, Drucks. Nr. 2570, 2655, 2684 zu 1-5).

5 Antrag Esser usw. [Z] auf Vergebung staatlicher Bauarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Drucks. Nr. 2909.

6 Für die 92. Sitzung des Hauptausschusses am 16. September 1920 wurde im Rahmen der Beratung des Haushalts des Innenministeriums für 1920 auch eine „allgemeine Besprechung über die Neuordnung der Polizei“ vorgesehen. Vgl. GStA Merseburg, Rep. 169 D I 32h, Beiheft 1, Bd. 6. Tatsächlich kam die Frage der Polizeiorganisation aber erst in der 93. Sitzung des Hauptausschusses am 18. September 1920 zur Sprache. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung, in: ebd.

7 Nicht nachgewiesen.

8 Nicht nachgewiesen.

9 Dabei handelte es sich um die Eingabenberichte des Gemeindevausschusses, Drucks. Nr. 2743, 2750, 2751, die in der 151. Sitzung am 15. September 1920 verhandelt wurden.

STEGERWALD erklärt, daß nach seiner Ansicht nicht dazu gesprochen werde.¹⁰

7. Freiherr von WANGENHEIM berichtet über die Beschädigung und Entschädigung in den von dem Hochwasser mitgenommenen Gebieten, daß nicht bezahlt werde. Da der Beschluß vorliegt, würde eine kleine Anfrage genügen.¹¹

10 Die Eingaben wurden für erledigt erklärt. Das Wort wurde dazu nicht verlangt.

11 Vgl. die Kleine Anfrage Frhr. von Wangenheim [DHann] über Entschädigung der durch das Hochwasser an der Elbe und Weser Geschädigten, Drucks. Nr. 3814. Diese Anfrage wurde erst am 16. September 1920 eingebracht.

154.

16. 9. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Mitteilungen gemacht.

2. Es wurde sodann in die Tagesordnung der Fraktion¹ eingetreten.

Zu Punkt 1 nahm HEROLD das Wort. Am Freitag soll die oberschlesische und Saarfrage im Plenum erörtert werden.² Neuerdings sind dagegen Bedenken erhoben worden, so daß aus diesem Grund der Präsident heute für den Ältestenrat die Frage erneut auf die Tagesordnung gesetzt hat.

GOEBEL: Ich bin gegen die Debatte, weil es uns schaden kann. Mit Rücksicht auf diese Sachlage habe ich mit den anderen Oberschlesiern Rücksprache genommen, die einstimmig dieser Ansicht waren.

Die Fraktion ist der Ansicht, daß am besten der Präsident eine Erklärung abgibt.³

Was die Saarfrage angeht, so steht die Fraktion auf dem Standpunkt, daß eine Erörterung sehr unzweckmäßig sei.⁴

3. Auf Antrag Dr. FASSBENDER beschloß die Fraktion, daß der Antrag betr. Abänderung des Gesetzes Groß-Berlin wegen Anstellung der besoldeten und unbesoldeten Stadträte als *Fraktionsantrag* eingebracht werden [soll], entweder mit

1 Die Tagesordnung lag nicht vor.

2 Den Hintergrund dafür bildeten zum einen der Aufstand in Oberschlesien im August 1920, zum anderen Beschwerden über Kompetenzüberschreitungen der alliierten Saarregierung. Dazu wurden die Drucks. Nr. 2924 und 2929 eingebracht und in der 153. Sitzung am 17. September 1920 verhandelt. Vgl. Nr. 155.

3 In der Debatte über Drucks. 2924 in der 153. Sitzung am 17. September 1920 nahm der Vizepräsident der Landesversammlung, Porsch, für das Zentrum das Wort und erklärte, daß das Zentrum sich zu dieser Frage nicht äußern würde. Vgl. Sp. 12198 f.

4 Das Zentrum brachte dennoch zusammen mit SPD, DDP, DNVP und DVP den Antrag Siering usw. über Schutz der Saarbevölkerung, Drucks. Nr. 2929, ein. Bell redete dazu sogar in der 153. Sitzung am 17. September 1920 als Antragsteller. Vgl. Sp. 12234-12239.

den andren Parteien zusammen oder auch allein, wenn eine Einigung nicht erzielt werde.⁵

4. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) – Drucksache Nr. 1723, 2522, 2905, 2906, 2907, 2911] berichtete Dr. REINEKE.

KLOFT ist für die Zurückverweisung, um das städtische Gebiet mit hinein zu beziehen, entsprechend dem Antrage der Landmesser.⁶

Dr. REINEKE: Es ist ein irriger Standpunkt, den Kloft vertritt. Die Sache hat mit dieser Materie *nichts* zu tun.

Sollten die Demokraten Zurückverweisung beantragen, dann stimmen wir dafür. Wir beantragen die Zurückverweisung nicht. Wir stimmen alle für 3/4, es ist aber freigestellt auch für 2/3 der Einspruchsberechtigten zu stimmen.⁷

Zu Punkt 2 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzes vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. 199), betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden – Drucksache Nr. 234 zu 13, 275 zu II, 902, 998, 2822, 2903, 2908, 2910]: berichtet Dr. FASSBENDER. Es soll für den Antrag der Deutschnationalen gestimmt werden.⁸ Die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen werden abgelehnt.⁹ Alle müssen zur Stelle sein.

Kleine Anfrage Biester etc. über Zwangswirtschaft bezüglich Vieh wird angenommen.¹⁰

Zu Punkt 3 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Abänderung der Verordnung, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, vom 11. September 1914 – Drucksache Nr. 2539, 2881] und 4 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Gesetze, betr. die vorläufige Regelung des

5 Der Antrag Dr. Faßbender usw. [Z] auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin, Drucks. Nr. 2943, wurde lediglich vom Zentrum unterstützt.

6 Die Landmesserverbände hatten eine Reihe von Wünschen bezüglich des Gesetzes geäußert. Vgl. dazu die Bemerkungen der Redner in der 152. Sitzung am 16. September 1920, Sp. 12107. Die Anträge der Verbände wurden jedoch im einzelnen nicht ermittelt.

7 Der Gesetzentwurf führte für das Umlegungsverfahren das Officialprinzip ein. Nach den Beschlüssen des Ausschusses zu §5 (vgl. Drucks. Nr. 2522) mußte das Verfahren eingestellt werden, wenn mehr als 5/6 der nach Größe und Grundsteuerreinertrag der Grundstücke berechneten Widerspruchsberechtigten sich gegen die Umlegung ausgesprochen. Der Antrag Weisfermel (DNVP), Drucks. Nr. 2911, forderte dies beim Widerspruch von 2/3, der Antrag Frhr. von Wangenheim (DHann), Drucks. Nr. 2905, beim Widerspruch von 3/4 der nach Größe und Grundsteuerreinertrag berechneten Beteiligten.

8 Es handelte sich um den Antrag Koch (DNVP) zur III. Beratung des Gesetzentwurfs, Drucks. Nr. 2908. Dieser Antrag wurde zurückgezogen und am 16. September durch den erweiterten Antrag, Drucks. Nr. 2936, ersetzt.

9 Es handelte sich um die Anträge Hauschildt (SPD), Drucks. 2910, und Adolph Hoffmann (USPD), Drucks. Nr. 2903, zur dritten Beratung des Gesetzentwurfs. Beide Anträge bezweckten, die Rechtsfolgen der Austrittserklärung mit dem Eingangsdatum der Austrittserklärung beim Amtsgericht beginnen zu lassen.

10 Kleine Anfrage Biester usw. [DHann, Z] über die Fleischpreise, Drucks. Nr. 2930.

Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 vom 6. Mai und 24. Juni 1920 (Gesetzsamml. S. 159, 359) – Drucksache Nr. 2900]: nichts Besonderes zu bemerken.

Zu Punkt 5 [Beratung des Antrags Weber usw. [SPD] über die Bestätigung und Vereidigung der Bürgermeister, Beigeordneten und Schöffen – Drucksache Nr. 1063, 2226]: wird Linz noch Mitteilung machen.¹¹

Zu Punkt 6 [Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelschulen – Drucksache Nr. 1322, 2536]: Es soll für Absetzung gestimmt werden.

Zu Punkt 8 [Beratung des Antrags Hammer usw. [DNVP] auf Entschädigung der Tierhalter für gefallene Tiere – Drucksache Nr. 1406, 2443]: MÜLLER (Prüm): Dieser Antrag ist bereits angenommen worden.¹² Eigentümer der Tiere sollen für die Häute mehr erhalten. Wir werden dafür stimmen.

Punkt 3 der Fraktionstagesordnung: Polizeiorganisation.

[Es] berichtete Dr. HESS.

KLOFT: Die Bedenken Dr. Heß' kann ich *nicht* teilen. Es besteht nicht die Absicht, die Verordnungen ohne die Landesversammlung zu erlassen.¹³

LINZ stimmt den Ansichten Heß' zu.

Ebenso BEYER.

RHIEL: Der Plan liegt noch *nicht* vor. Deswegen hat die Beratung noch keinen Zweck.

¹¹ Vgl. Nr. 155

¹² Der Antrag Hammer war in der 112. Sitzung am 4. Februar 1920 dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen worden. Im Plenum wurde er erst in der Fassung des Ausschußantrags, Drucks. Nr. 2443, in der 155. Sitzung am 21. September 1920 angenommen.

¹³ Der Nachtragsetat, der die Erhöhung der Beamtenszahl des Innenministeriums zur Umgestaltung der Polizei vorsah, Drucks. Nr. 3084, wurde erst unter dem 30. September 1920 der Landesversammlung unterbreitet. Er wurde in der 166. Sitzung am 22. Oktober 1920 besprochen und dem Hauptausschuß überwiesen. Zur Debatte über die Neugestaltung der Polizeiorganisation vgl. auch Nr. 153 Anm. 6.

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] werden verschiedene Eingaben bekanntgegeben.

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 27 [Beratung der Anträge Siering usw. [SPD,Z,DDP,DNVP,DVP] über Oberschlesien und das Saargebiet – Drucksachen Nr. 2924, 2929]: Es soll von uns *nicht* dazu gesprochen werden.¹

Zu Punkt 28 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Umlegung von Grundstücken (Umlegungsordnung) – Drucksache Nr. 1723, 2522, 2927] berichtete Dr. REINEKE.

Zu Punkt 29 [Dritte Beratung des Gesetzes vom 13. Dezember 1918 (Gesetzsamml. 199), betreffend die Erleichterung des Austritts aus der Kirche und aus den jüdischen Synagogengemeinden – Drucksache Nr. 234 zu 13, 275 zu II, 902, 998, 2822, 2937]: nichts Besonderes zu bemerken.

Zu Punkt 30 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über Abänderung der Verordnung, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren, vom 11. September 1914 – Drucksache Nr. 2539, 2881] bis 31 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Gesetze, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für 1920 – Drucksache Nr. 2900]: nichts Besonderes zu bemerken.

Zu Punkt 32 [Beratung des Antrags Weber usw. [SPD] über die Bestätigung und Vereidigung der Bürgermeister, Beigeordneten und Schöffen – Drucksache Nr. 1063, 2226]: Zurückverweisung beantragen.

Zu Punkt 33 [Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelschulen – Drucksache Nr. 1322, 2536, 2921, 2928]: Soll abgesetzt werden.

Zu Punkt 34 [Beratung des Antrags Dr. Dr. Kaehler (Greifswald) usw. [DNVP] über die Bewilligung von Mitteln zur Aufrechterhaltung des Lehr- und Forschungsbetriebs an den Universitäten und Hochschulen – Drucksachen Nr. 1382, 1994]: Soll abgelehnt werden. *Ablehnen wegen Mangels an Mitteln.*

3. Es wurde nunmehr die *Verfassung* besprochen.²

Es referierte BEYER (Oberschlesien) über Abschnitt I [Der Staat], II [Die Staatsgewalt] und III [Der Landtag].

Dr. LAUSCHER berichtete über III a) ([Der] Staatsrat). Hieran schloß sich eine Besprechung [an].

HEROLD: Ich bin entschieden dafür, daß der Präsident des Staatsrats den Ministerpräsidenten zu ernennen hat.

LAUSCHER: Der Staatsrat mit dem Präsidenten würde gegenüber dem Landtag mit dem Präsidenten eine zu überragende Rolle einnehmen, mit diesem Argument waren die Linksparteien dagegen. Wir haben dann vorgeschlagen, den Staatsratspräsidenten mit Hilfe des Landtags wählen zu lassen. Auch dies wurde abgelehnt.

¹ Tatsächlich wurde jedoch von Bell zur Saarfrage als Antragsteller gesprochen. Vgl. Nr. 154 Anm. 2.

² Der Verfassungsentwurf, Drucks. Nr. 2000, war in der 140. Sitzung am 28. April 1920 dem Verfassungsausschuß überwiesen worden. Die erste Lesung im Ausschuß hatte vom 16. Juni bis zum 10. Juli 1920 stattgefunden. Die zweite Ausschußberatung begann am 24. September 1920. Vgl. den wörtlichen Bericht der Ausschußverhandlungen, Drucks. Nr. 3120 B.

GRONOWSKI: Die Sozialdemokraten werden m. E. den Staatsratspräsidenten keineswegs mit den gedachten Befugnissen genehmigen. Wie wäre es, wenn der Landtagspräsident oder Vizepräsident des früheren Landtags den Ministerpräsidenten zu ernennen hat.

Dr. PORSCH: Den Vorschlag Gronowski halte ich für undurchführbar. Es ist doch möglich, daß diese nicht wiedergewählt werden.

Dr. HAGER: Es ist m. E. unmöglich, die Verfassung *ohne* die Mehrheitssozialisten zu machen. Wir müssen möglichste Rücksicht auf die Mehrheitssozialisten nehmen. Was den Staatspräsidenten angeht, so stehe ich auf dem Standpunkt des Kollegen Herold.

Dr. SCHMEDDING: Ohne Verfassung möchte ich *nicht* nach Hause gehen. Ich würde mich dem Vorschlage des Kollegen Herold anschließen. Wie aber nach Mitteilung des Dr. Porsch anzunehmen, so ist nicht damit zu rechnen, daß die Sozialdemokraten zustimmen. In diesem Falle müssen wir uns mit der Vorlage zufrieden geben.

HEROLD: Vielleicht könnten der *Landtag* und der *Staatsrat* den *Ministerpräsidenten* wählen und dieser ernennt das Staatsministerium.

Dr. PORSCH: Als Minimum müssen wir verlangen, daß der Landtag den Ministerpräsidenten wählt, der das Staatsministerium ernennt.

HEROLD: Die glücklichste Lösung wäre, wenn wir einen Staatspräsidenten hätten.

Staatsrat:

Dr. SCHMEDDING: Ich halte den § 24m bezüglich der Fristen [für] zu eng.³

BEYER berichtete weiter über Abschnitt IV [Das Staatsministerium], V [Die Gesetzgebung], VI [Das Finanzwesen]. Über Abschnitt VII ([Die] Selbstverwaltung) wird Linz (Wiesbaden) referieren in einer anderen Sitzung.⁴ Über Abschnitt VIII [Die Staatsbeamten] referierte weiter BEYER (Oberschlesien). Was die Übergangsbestimmungen angeht, so ist von besonderer Bedeutung der § 66.⁵

3 Der § 24m regelte das Einspruchsrecht des Staatsrats gegenüber vom Landtag beschlossener Gesetze. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung des Ausschusses war in Abs. 2 an Fristen vorgesehen: „Der Einspruch muß innerhalb zwei Wochen nach der Schlußabstimmung im Landtag beim Staatsministerium eingebracht und spätestens binnen zwei weiteren Wochen mit Gründen versehen sein.“ Abs. 3 bestimmte noch: „Im Falle des Einspruchs wird das Gesetz zur nochmaligen Beschlußfassung vorgelegt. Wenn der Landtag seinen früheren Beschluß mit Zweidrittelmehrheit erneuert, so kann der Staatsrat über den Gegenstand innerhalb zweier Wochen einen Volksentscheid herbeiführen.“ Vgl. Drucks. 3120 D. Während die Bestimmungen des Abs. 2 als Art. 42 Abs. 2 in die Preußische Verfassung unverändert eingingen, wurde die Bestimmung in Abs. 3, daß der Staatsrat binnen zweier Wochen einen Volksentscheid herbeiführen könne, nicht in die Verfassung übernommen. Vgl. Drucks. Nr. 3470.

4 Vgl. das Referat von Linz im Fraktionsprotokoll vom 18. September 1920, Nr. 156.

5 § 66 legte nach den Beschlüssen der ersten Lesung fest: „Änderungen der Verfassung können nur zustande kommen, wenn im Landtage mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind, und mindestens zwei Drittel der Anwesenden, die gleichzeitig mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl ausmachen müssen, zustimmen.“ Vgl. Drucks. Nr. 3120 D.

Dr. PORSCH: Was die Bestimmungen bezüglich Staat und Kirche und Schule⁶ angeht, so hatte ich Bedenken, diese Bestimmungen aufzunehmen.

6 In der 16. Sitzung des Verfassungsausschusses am 10. Juli 1920 waren Anträge über die Aufnahme eines Abschnitts VIIa (Religion und Religionsgesellschaften) verhandelt, aber allesamt abgelehnt worden. Vgl. Drucks. Nr. 3120 B, Sp. 227-234.

156.

18. 9. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Über Abschnitt VII (Selbstverwaltung) der Verfassung referierte LINZ (Wiesbaden).¹

2. Antrag Dr. Heß, Blank auf Erwerb des Dokortitels in der Geodäsie wurde angenommen.²

3. Es wurde in die Debatte zu Punkt 1 [der Tagesordnung der Fraktion]³ eingetreten:

Dr. SCHMEDDING: Was die Umlegung von Steuern angeht, so möchte ich besonders erwähnen, daß die Provinzen in dieser Beziehung sehr eingeengt sind.

STEGERWALD: Ich halte die Konstruktion [für] sehr verwickelt. Ich bin der Ansicht, daß man den Landeshauptmann mit dem Oberpräsidenten verbindet.

Dr. HAGER: Was den Kernpunkt der Autonomie angeht, so ist das Streben um eine staatliche Freiheit im Rheinland sehr stark. Will die Fraktion die Verfassung machen, wenn die Autonomie nicht zugebilligt wird? Die Rheinländer würden wohl nicht so einfach die Frage lösen können.

WILDERMANN: Die Autonomie hat auch große Nachteile. Außer [in] der Rheinprovinz haben wir *nicht* die Mehrheit.

HEROLD: Der Übelstand bei der Autonomie ist eben, weil niemand weiß, was darunter zu verstehen ist und wie diese durchgeführt werden soll. Die Kölnische Volkszeitung hat diesen Gedanken der Autonomie stark wachgerufen. Es handelt sich darum, was jetzt in die Verfassung hinein gearbeitet werden soll.

KAMP: Was die Schule angeht, so ist es eine sehr schwierige Sache. Was wir in einzelnen Provinzen gewinnen würden, würden wir in vielen anderen verlieren.

1 Zum Stand der Beratungen des Verfassungsentwurfs. Vgl. Nr. 155 Anm. 2.

2 Antrag Dr. Heß usw. [Z] über Erwerbung des Dokortitels in der Geodäsie, Drucks. Nr. 2952.

3 Die Tagesordnung der Fraktion lag nicht vor. Vermutlich handelte es sich um die Aussprache über das Referat von Linz über Abschnitt VII (Die Selbstverwaltung) der Verfassung.

Dr. LAUSCHER: In Preußen haben wir es von unserem Standpunkt aus mit einem kultusfeindlichen Staate zu tun. Die Einzelländer haben keinen erheblichen Einfluß mehr auf die Ausgestaltung der Schule.

Dr. FASSBENDER: Die Frage der Autonomie ist m. E. von dem *gesamten* Katholizismus aus zu beurteilen und nicht von dem Rheinlande aus. Ich möchte den Standpunkt von dem Gesichtspunkte der Diaspora aus betrachtet wissen, so wie es Herold und Wildermann bereits hervorgehoben haben.

KAMP: Heute sind die Verhältnisse in Westfalen bedeutend *schlechter* geworden, was die weltliche Schule angeht. Man muß auf das *Kultusministerium* einwirken.

Dr. SCHMITTMANN: Es ist richtig, daß man die Angelegenheit vom *allgemeinen* Standpunkte betrachten muß. Ich betrachte die Sache als *Reichssache*.

Dr. LAUSCHER: Für das Reich kann nur etwas geschehen auf dem Wege der Autonomie der Provinzen. Preußen fügt sich dem Art. 18 nicht.⁴

Dr. BRACKMANN: Wir wünschen ein *selbständiges* Land.⁵

BEYER referierte über die *direkte* Wahl der Provinziallandtage.

Es sollen Linz, Dr. Lauscher, Schmedding und Beyer den Antrag Linz⁶ nochmals durchberaten.

BEYER referierte weiter über Kirche und Schule bezüglich der Verfassung.⁷

4 Art. 18 der WRV regelte das Verfahren für die Neugliederung der Länder. Dabei war das Verfahren wesentlich erleichtert, wenn die Landesregierungen selbst für eine Neugliederung eintraten.

5 Brackmann war Abgeordneter der Deutsch-Hannoverschen Partei.

6 Gemeint ist der Ausschuß-Antrag Nr. 55 zur Regelung der Selbstverwaltung, abgedruckt in: Drucks. Nr. 3120 B, Sp. 208.

7 Vgl. Nr. 155 Anm. 6.

157.

21. 9. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

1. Abg. DINSLAGE berichtet über die bisherigen Verhandlungen bezüglich der Lehrbesoldung¹, insbesondere die Einstufung der Lehrer. Er stellt 3 Fragen: 1) Sol-

1 Der Gesetzentwurf, betr. das Dienst Einkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Dienst-Einkommengesetz – V. D. G.), Drucks. Nr. 2547, wurde in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 einem besonderen (23.) Ausschuß überwiesen. Im 23. Ausschuß erfolgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs. Am 22. September kam es auf Anregung des Finanzministers zu einer gemeinsamen Sitzung des 20. und 23. Ausschusses, in der die

len wir die Lehrer nach Gruppe 8² bringen? 2) Sollen wir die Lehrer mit den Sekretären gleichstellen? 3) Sollen wir der geforderten Einstufung zustimmen, auch wenn der Finanzminister sich dagegen erklärt?

Abg. Dr. HESS gibt bekannt, daß man in katholischen Lehrerkreisen gegen ihn Stimmung gemacht habe, weil er seinerzeit zu sehr für die Akademiker eingetreten sein soll und indirekt gegen die Lehrer sich gestellt habe. Dr. HESS verwahrt sich hiergegen und erinnert daran, daß derartige Verhandlungen der Fraktion nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien.

Abg. KLOFT weist auch ausdrücklich auf die großen Nachwirkungen der Lehrerbesoldung und Einstufung hin.

Abg. SCHÜLING erklärt, daß seines Erachtens die Akademiker bei der Besoldung schlecht weggekommen seien. Er bedauert, daß einzelne Städte zu voreilig Sonder-einstufungen vorgenommen hätten, was jetzt zu Berufungen führe.

Abg. KAMP verwahrt sich dagegen, daß durch die Erklärungen des Abg. Dr. Heß der Leitung des katholischen Lehrerbundes Vorwürfe gemacht werden. Er als Vorsitzender bestreitet irgendwelche ähnliche Äußerung. Dr. HESS erklärt, daß er die Leitung nicht treffen wollte. Er, KAMP, bittet ferner doch nicht immer den Staatsbankrott an die Wand zu malen, wenn es [sich] um die Lehrerbesoldung handle.

Abg. GOTTWALD berichtet ausführlich über die Verhandlungen des Lehrerbesoldungsausschusses³, insbesondere über die entstehenden Kosten und die beabsichtigte Verteilung der Kosten.

Abg. BUSCH wendet sich nochmals scharf dagegen, daß Verhandlungen aus der Fraktion an die Öffentlichkeit kommen. Er fordert Rehabilitierung des Dr. Heß.

Dr. HESS verzichtet jedoch seinerseits und will auch keine Feststellung der Namen.

Es wurde die Verhandlung über diesen Punkt vertagt.

Sodann wurde die Tagesordnung verhandelt.

Prof. FASSBENDER berichtet ausführlich über die Theater- und Kinoskandale p.p. in Berlin. Er fordert schärfstes Vorgehen. Außer Dr. Faßbender sollen Kloft und Hirtsiefer sich noch bereithalten.⁴

Zu Punkt 19 [Beratung der Anträge Dr. Friedberg usw. [DDP], Peters usw. [SPD], Dr. Dr. Porsch usw. [Z] des Landwirtschaftsausschusses und Dr. Schreiber

Frage der gehaltmäßigen Eingruppierung der Lehrer verhandelt werden sollte. Vgl. GStA Merseburg, Rep. 169 D Xf Nr. 9, Beiheft 2, Bd. 1.

2 Gemeint ist die Besoldungsgruppe 8 der planmäßigen unmittelbaren Staatsbeamten mit aufsteigenden Gehältern. Diese Besoldungsgruppe sah ein Eingangsgehalt von 6800 Mark und ein Höchstgehalt von 10200 Mark jährlich vor. Im Regierungsentwurf war eine Entlohnung nach Gruppe 7 mit dem Eingangsgehalt von 6200 Mark und dem Höchstgehalt von 9300 Mark vorgesehen. Vgl. Drucks. Nr. 2547.

3 Vgl. dazu den Ausschlußbericht, Drucks. Nr. 3659

4 Diese Diskussion bezieht sich auf die Besprechung der Großen Anfrage Faßbender, Drucks. Nr. 2702. Faßbender sprach dazu als Fragesteller in der 157. Sitzung am 23. September 1920, Sp. 12399-12407. Weitere Zentrumsredner kamen nicht zu Wort.

(Halle) usw. [DDP] über die Erzeugerpreise und die Freigabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie der Förderung des Zuckerrübenbaues und die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker – Drucksachen Nr. 1700 zu 1, 1707, 1728, 1508 zu b 1, 1630, 1706, 2113] wünscht BERGMANN keine Debatte oder gar, die Sache für erledigt zu erklären.

KAULEN wünscht mit Rücksicht auf die wichtige Düngerfrage, die Sache baldigst erneut auf die Tagesordnung setzen zu lassen.⁵

Antrag Biester p.p.⁶ wurde im Prinzip gebilligt. Er soll aber umredigiert werden.

Abg. MUSIOL gibt eine Erklärung ab betr. seiner Hörsing-Angelegenheit und betr. Oberschlesien.⁷

5 Mit diesem Tagesordnungspunkt waren auch der Antrag Reineke, Drucks. Nr. 1959, und die Große Anfrage Porsch, Drucks. Nr. 1991, verbunden, die sich beide mit der Versorgung mit Kunstdünger beschäftigten. Der Tagesordnungspunkt wurde in der 158. Sitzung am 28. September 1920 beraten.

6 Lediglich nachweisbar waren die Kleinen Anfragen, Drucks. Nr. 2962 und 2964, an denen sich Biester als Mitglied der Deutsch-Hannoverschen Partei beteiligte. Das Zentrum war daran nicht beteiligt.

7 Vgl. Nr. 35.

158.

22. 9. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: unbekannte Handschrift und Handschrift Koepper, gez. Koepper. Schluß 13 Uhr.

Der Abg. Dr. FASSBENDER erstattete Bericht über Groß-Berlin.¹ Der Antrag Dr. Faßbender über Annahme eines Gesetzes, die Einführung des Gesetzes der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 nicht am 1. Oktober eintreten zu lassen, wurde angenommen.²

Der Vorsitzende [PORSCH] macht Mitteilungen über die Sitzung des Ältestenausschuß betr. Auflösung der Landesversammlung.³

1 Dies bezieht sich auf den Tagesordnungspunkt 1 des Plenums der 165. Sitzung vom 22. September 1920 „Erste Beratung der Anträge Hergt usw. [DNVP], Dr. von Richter (Hannover) usw. [DVP], Dr. Faßbender usw. [Z] auf Annahme eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 – Drucksachen Nr. 2904, 2919, 2943“. In den Anträgen ging es darum, daß von den 30 Stadträten des neuen Groß-Berlin 12 unbesoldet sein sollten. Die sozialistische Stadtratsmehrheit hatte die 30 Stadratsposten überwiegend mit Sozialisten besetzt. Vgl. dazu auch Schulthess 1920 I, S. 258.

2 Antrag Dr. Faßbender usw. [Z] auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin, Drucks. Nr. 2957.

3 Vgl. dazu die ausgiebige Diskussion in der Sitzung des Ältestenrates am 21. September 1920, 10.15-13.50 Uhr, Protokoll dieser Sitzung, in: GStA Merseburg Rep. 169 D I 44, Bd. 2. Eine endgültige Entscheidung wurde von den Beratungen in der Fraktion abhängig gemacht.

Der Abg. SPRENGER spricht sich gegen baldige Neuwahlen aus.

Abg. Dr. HESS tritt für die baldige Auflösung der Landesversammlung ein.

Abg. KLOFT hält an einer längeren Tagung fest.

Abg. Dr. REINEKE tritt für baldige Neuwahlen ein.⁴

Abg. SCHULTE spricht sich dagegen aus.

Abg. SCHÜLING spricht sich im gleichen Sinne wie Abg. Schulte aus.

Abg. HEROLD verteidigt seinen Standpunkt, möglichst baldige Auflösung des Hauses und Vornahme von Neuwahlen.

Abg. HESS erklärt zur großen Freude der Versammelten, daß die Beamtengehälter zum 1.10. noch voll ausgezahlt werden können.

Abg. BEYER (Oberschlesien) wendet sich gegen einzelne Behauptungen des Abg. Herold, auf die dieser erwidert und sie richtigstellt.

Abg. STIELER spricht über die politische Lage und kommt zu dem Schluß, daß die Partei sich auf baldige Neuwahlen vorbereite.

Die Ausführungen des Abg. Unterstaatssekretär LINZ sind unverständlich.

Im weiteren Verlauf der Sitzung bringt der Präsident die Sprache auf die in Aussicht gestellte Beratung über die Ernährungsverhältnisse. Es werden als Redner der Fraktion Herr Kaulen und Sprenger [bestimmt].⁵ Herr Unterstaatssekretär BUSCH wird sich mit dem Ernährungsminister, Herrn Hermes, in Verbindung setzen, um durch das Erscheinen des Ministers in der morgigen Fraktionsversammlung eine Vorbesprechung über die schon genannten in Aussicht stehenden Verhandlungen über die Ernährungsfrage herbeiführen zu wollen.⁶

Hierauf erläutert und verteilt der Präsident eine große Anzahl von eingegangenen Schriftstücken.

Es folgt eine längere Aussprache über einen vom Abg. Goebel gestellten Antrag über Auszahlung von Besetzungszulagen an Beamte.⁷

Dann schloß der Präsident die Sitzung gegen 1 Uhr.

4 Ab hier Handschrift Koepper.

5 Die Beratung der Ernährungsverhältnisse fand in der 158. und 160. Sitzung am 28. und 29. September 1920 statt. In der 160. Sitzung am 29. September redeten Sprenger, Sp. 12576-12587, 12608 und Kaulen, Sp. 12602-12604.

6 Vgl. Nr. 159.

7 Antrag Goebel usw. [Z] auf Zahlung der Besetzungszulage, Drucks. Nr. 2978.

159.

23. 9. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank und Schüling, gez. Blank und Schüling.

Reichsernährungsminister HERMES berichtete zunächst über die Ernährungslage.

Abg. BUSCH spricht den Wunsch aus, daß der Herr Minister Hermes den Verhandlungen im Abgeordnetenhaus beiwohnen möge.

Minister HERMES sagt das zu, sofern nicht gerade heute die Verhandlungen stattfinden.¹ Er will mit Ministerpräsident Braun sich auch ins Benehmen setzen.

Abg. SPRENGER hat sodann eine große Menge Bedenken an den Ausführungen des Herrn Ministers. 1. Die [Streckmittel]² des Reichsministeriums seien auch das [Jod]³mehl. 2. Er befürchtet, daß der freie Kartoffelhandel uns eine Lebensmittelkatastrophe bringt. 3. Er befürchtet, daß die Wagengestellung nicht einbringend sein wird. Gerade durch den freien Handel werden die Kartoffeln zunächst zentralisiert und nachher macht der Verteilungstransport Schwierigkeiten.

Minister HERMES antwortet ausführlich, wobei er sich insbesondere über einen Artikel beschwert „Wir fragen“ in der Kölnischen Volkszeitung.⁴

Abg. HEROLD ist der Ansicht, daß für die Ost-Kartoffel baldigst feste Preise festgesetzt werden müßten. Bedenklich würde es sein, wenn mit den hohen Fahrtkosten die Ostkartoffel doppelt so teuer wäre wie die Westkartoffel. Auch bezüglich der Verfütterung der Kartoffel bittet er, baldigst Maßnahmen zu treffen.

Minister HERMES sagt zu, beide Punkte im Auge zu behalten.

BLANK fragt an, ob und wann die Frage des Mittellandkanals⁵ in der Fraktion besprochen werden soll.

PORSCH und HEROLD sind der Ansicht, daß wohl große Bedenken nicht gegen die Mittellinie vorliegen. Nachmittags 2 Uhr sollen die Interessenten eventuell zusammenkommen.

Abg. HIRTSIEFER und KLOFT sprechen sodann weiter zur Ernährungsfrage. Sie bedauern, daß der Minister nicht länger geblieben ist.

HIRTSIEFER sagt, Hermes' Politik sei landwirtschaftliche Ressortpolitik und keine Verbraucherpolitik oder besser deutsche Wirtschaftspolitik. Die Valuta ist auch deshalb so sehr gesunken, weil wir zu große Devisen für die Brotversorgung zahlen mußten, wie dies der Minister selbst angedeutet hat. Er führt weiter aus, daß

1 Die Verhandlungen fanden in der 158. und 160. Sitzung am 28. und 29. September 1920 statt. Eine Anwesenheit von Hermes ließ sich nicht nachweisen. – Neben dem Reichsernährungsministerium verwaltete Hermes auch das preußische Staatskommissariat für Volksernährung. Vgl. Staatsanzeiger Nr. 167 vom 29. Juli 1920.

2 Unsichere Lesart.

3 Unsichere Lesart.

4 Ein entsprechender Artikel konnte in der KV nicht eruiert werden.

5 Vgl. Nr. 181 Anm. 2.

die Produzenten die Preisausnutzungsmöglichkeit nicht aus den Händen geben wollen. Er weist auf die dauernde Preissteigerung in den Inlandswaren und Lebensmitteln [hin]. Auf die Art kann kein Abbau der Höhe stattfinden. Wir können dann nicht ausführen und bekommen keine Devisen.

Dr. HESS weist darauf hin, daß die geforderte Preiserhöhung für Getreide nur für das besetzte Gebiet und nicht für Rheinland in Frage komme.

HIRTSIEFER erklärt, daß es sich um eine Entschließung des Rheinischen Bauernvereins und des Trierer Bauernvereins handle.⁶

Abg. MÜLLER stimmt Herrn Dr. Heß zu, daß die sogenannte Entschließung nur für das besetzte Gebiet in Frage komme.⁷

BUSCH bekräftigt die Ansicht des Abg. Heß. Beantragt eine nochmalige Besprechung mit Minister Dr. Hermes.

Präsident PORSCH: Der Minister ist hierher gebeten worden, um seinen Standpunkt klarzulegen.

KLOFT behauptet, eine Aussprache mit dem Minister beantragt zu haben.

Präsident [PORSCH] sagt, daß sei nicht beantragt worden.⁸

BUSCH bestätigt das.

KLOFT hebt hervor, dann müsse ein Mißverständnis obgewaltet haben.

HEROLD stellt fest, daß Sprenger auf den Vortrag des Ministers doch sofort geantwortet habe.

RICHTARSKY: Ausführungen des Ministers haben mich befriedigt.

6 Gemeint ist die 1. Entschließung des Rheinischen Bauertages vom 11. August 1920, die für die Rheinprovinz Aufschläge für das Brotgetreide, Ausdehnung der Druschprämie bis zum 1. Januar und eine freie Bewirtschaftung bei Gerste und Hafer forderte. Vgl. KV Nr. 611 vom 12. August 1920.

7 Ab hier Handschrift Schüling.

8 Vgl. Nr. 158.

160.

29. 9. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Kleine Anfrage Dr. Heß wegen der Gehaltszahlung an die katholischen Geistlichen wird zurückgezogen.¹

1 Nicht nachgewiesen.

2. Große Anfrage Dr. Heß und Dr. Schmedding wegen Zusammenbruchs der Privateisenbahnen wurde angenommen.²

Es wurde heute in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Wiederholte Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf, betreffend den Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts – Drucksache Nr. 2937] und 2 [Zweite Beratung der Anträge Hergt usw. [DNVP], Dr. von Richter (Hannover) usw. [DVP], Dr. Faßbender usw. [Z] auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 (Gesetzsamml. 123) – Drucksachen Nr. 2904, 2919, 2943, 2991]: Der Vorsitzende [PORSCH] macht darauf aufmerksam, daß alle *anwesend* sein müssen.³

Zu Punkt 3 [Fortsetzung der Beratung der Anträge Dr. Friedberg usw. [DDP], Peters (Hochdonn) usw. [SPD], Dr. Dr. Porsch usw. [Z], des Landwirtschaftsausschusses und Dr. Schreiber (Halle) usw. [DDP] über die Erzeugerpreise und die Freigabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie die Förderung des Zuckerrübenbaues und die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Zucker – Drucksachen Nr. 1700 zu 1, 1707, 1728, 1508 zu b 1, 1630, 1706, 2113] und 4 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das Gemeindevahlrecht in Helgoland – Drucksache Nr. 2953]: Nichts mehr zu bemerken.

Zu Punkt 5 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen – Drucksache Nr. 537, 2939, 3006]: wird Gottwald sprechen.⁴

Zu Punkt 6 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Überführung der standesherrlichen Bergregale an den Staat – Drucksache Nr. 2528, 2951] und 7 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Schleppbetrieb auf dem Rhein-Weser-Kanal und dem Lippe-Kanal – Drucksache Nr. 2657, 2969]: Heute weiter nichts zu bemerken.

Es wurde sodann in die Tagesordnung der Fraktion eingetreten.

Auflösung des Hauses

Der Vorsitzende berichtet darüber. Es müssen noch erledigt werden: 1) Wahlgesetz, 2) Wahlgesetz zum Provinziallandtag, 3) Besoldungsreform.

KLOFT: Wenn wir entschieden dafür sind, daß die Neuwahlen am 12.12. stattfinden sollen, dann wird auch im Reich neu gewählt werden müssen. Die Sozialdemokraten wollen keine Neuwahl. Sie sind der Ansicht, daß im Frühjahr zum Reich neu gewählt wird. Ich bin entschieden dafür, auch mit Rücksicht auf die Stimmung im Lande in diesem Jahre *keine* Neuwahl vorzunehmen.

² Große Anfrage Dr. Heß usw. [Z] über die Notlage der Privatbahnen, Drucks. Nr. 3009.

³ Bei der Abstimmung über Drucks. Nr. 2937 war das Haus sowohl in der 154. Sitzung am 21. September als auch in der 159. Sitzung am 29. September 1920 beschlußunfähig.

⁴ Gottwald sprach nicht zur zweiten Beratung, sondern erst zur dritten Beratung in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920, Sp. 12861-12864.

Dr. REINEKE: Es gibt drei Möglichkeiten: 1) Wahl am 12.12. 2) Wahl im Frühjahr ohne Festsetzung des Termins. 3) Wahl erfolgt 1921. Mitte Dezember auseinandergehen. Ich bin dafür, daß wir bestimmt sagen, Ende Januar muß die Neuwahl stattfinden. Sonst sitzen wir andauernd weiter und unterstützen die Sozialdemokratie. Diese will immer mehr Gesetze machen, die nicht mehr zu unserer Zuständigkeit gehören.

SCHÜLING: Mir ist von leitenden Stellen mitgeteilt worden, daß eine Neuwahl in diesem Jahr nur schädlich sein könnte. Jetzt werde wieder ruhiger gearbeitet, durch die Wahlagitation werde alles wieder in Unruhe gebracht.

Dr. HESS: Je schwieriger die Zeit wird, je günstiger ist es bei einer Wahl für die radikalen Elemente. Ich bin entschieden für *baldige* Neuwahl. Der äußerste Termin ist der Vorschlag Dr. Reineke. Es muß aber festgesetzt werden, welche Gesetze noch erledigt werden sollen.

Dr. BELL: Bei Abwägung aller Schwierigkeiten kann ich mich keineswegs für die Wahl in *diesem* Jahre aussprechen. Wenn wir gegen die Sozialdemokratie einen früheren Wahltermin fordern, dann wird der Reichstag aufgelöst werden. Auch halte ich es für bedenklich, die Wahlen im Januar vorzunehmen. Ich bin dafür, im Frühjahr die Wahlen vorzunehmen ohne Bestimmung eines Termins.

MUSIOL: Ich bin auch dafür, die Wahl für Frühjahr festzuschreiben.

HEROLD: Ich habe immer den Standpunkt vertreten, mit den Sozialdemokraten zu arbeiten. Aber wir müssen dafür streben, daß die Abgeordneten der Sozialdemokraten *weniger* werden. Die Sozialdemokraten wollen alles *unbestimmt* lassen, sie wollen im Reich und Preußen zugleich wählen. Sie werden dann einen *günstigen* Zeitpunkt auswählen. Was den Termin selbst angeht, so wäre der Termin m. E. am besten am 12. Dezember 1920. Am 12.12. ist zu jetzt wohl nicht mehr möglich, aber dann möglichst früh im Januar.

Dr. LAUSCHER macht die Mitteilung, daß die Sozialdemokraten mitteilen ließen, daß sie die Wahl am 12.12. für ausgeschlossen hielten, dagegen nicht dagegen seien, eine Neuwahl im Januar oder Februar stattfinden zu lassen.

HEROLD: Wenn die Sozialdemokraten im Januar wählen wollen, dann können wir uns darauf einigen. Im Frühjahr wird die Ernährung schlimmer sein und dieses Moment müssen wir mit berücksichtigen.

MÜLLER (Neuwied): Ich bin dafür, die Wahlen für den Februar herauszuschieben.

STEGERWALD: Über den März hinaus können wir die Wahlen nicht hinausschieben mit Rücksicht auf die Zusammensetzung im Reich. Ich bin für den Monat März gerade mit Rücksicht auf die Kohlenförderung.

BRUST: Es sind doch hauptsächlich die Rechtsparteien, die die baldigen Neuwahlen wollen.

BURLAGE: Was die Auflösung des Reichstages angeht, so haben die Sozialdemokraten doch dies nicht einfach in der Hand. Sie müßten schon zusammen mit den Deutschnationalen ein Mißtrauensvotum abgeben. Ich halte den Januar für den geeignetsten Zeitpunkt.

HIRTSIEFER: Wir legen Gewicht darauf, daß die Neuwahlen im Januar nur dann stattfinden, wenn der Reichswirtschaftsminister⁵ keine Bedenken hat.

5 Reichswirtschaftsminister war Ernst Scholz (DVP).

161.

30. 9. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup und Jakoby-Raffauf, gez. Jakoby-Raffauf.

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das Gemeindewahlrecht in Helgoland – Drucksache Nr. 2953]: Gemeindeausschuß verweisen, eventuell angenommen werden.

Zu Punkt 2 [Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen – Drucksache Nr. 537, 2939, 3006, 3010, 3011]: Gegebenenfalls wird Gottwald sprechen.¹

Zu Punkt 3 [Beratung der Übersichten von den Staatseinnahmen und -ausgaben für die Rechnungsjahre 1916 und 1917 – Drucksache Nr. 211 A und B, 2965, 2966]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend das Hebammenwesen – Drucksache Nr. 2983]: Es soll dem Hauptausschuß überwiesen werden.

Zu Punkt 6 [Große Anfrage Dr. Friedberg usw. [DDP] über die gewerbsmäßige Nebenarbeit von Staatsbeamten usw. – Drucksache Nr. 1912]: Altegoer wird dazu sprechen.²

Zu Punkt 7 [Große Anfrage Dr. Hager usw. [Z] über die Zahlungsunfähigkeit der Gemeinden – Drucksache Nr. 1934]:³ Hager soll den Antrag begründen.⁴

Zu Punkt 8 [Beratung des Antrags Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Verhinderung des Abbruchs von Ziegeleien – Drucksache Nr. 2326]: Stieler [soll] dazu sprechen.⁵

Zu Punkt 9 [Beratung des Antrags Dr. Friedberg usw. [DDP], betr. Ausbildung der Lehrerinnen der weiblichen Handarbeit und der Hauswirtschaftskunde – Drucksache Nr. 2459], *[Zu Punkt] 10* [Beratung des Antrags Oelze usw. [DNVP]

1 Vgl. Nr. 160 Anm. 4.

2 Altegoer sprach dazu nicht.

3 Ab hier Handschrift Jakoby-Raffauf.

4 Hager redete als Fragesteller in der 161. Sitzung am 30. September 1920, Sp. 12666 f.

5 Stieler sprach nicht.

auf Gewährung freier Fahrt bei Schülersausflügen – Drucksache Nr. 2558], [Zu Punkt] 11 [Beratung des Antrags Dr. Schmittmann usw. [Z, DNVP] über den Einfluß des Wohlfahrtsministeriums in sozial-hygienischer und sanitärer Hinsicht auf die staatlichen Bäder – Drucksache Nr. 2699], [Zu Punkt] 12 [Beratung des Antrags Kopsch (Berlin) usw. [DDP] auf Erhöhung des Ehrensoldes der Kriegsveteranen – Drucksache Nr. 2778]: nichts.

Zu Punkt 13 [Beratung des Antrags Esser usw. [Z] auf Vergebung staatlicher Bauarbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – Drucksache Nr. 2909]: [. . .]⁶

Punkt 14 [Beratung des Antrags Adolph Hoffmann usw. [USPD] über die Maul- und Klauenseuche – Drucksache Nr. 2914]: Jakoby-Raffauf spricht dazu.⁷

Punkt 16 [Beratung des Antrags Lukassowitz usw. [DNVP] auf Bekämpfung der „Infektiösen Anämie“ – Drucksache Nr. 2959]: soll mit [Punkt] 14 verbunden sein.

⁶ Zu diesem Punkt wurde nichts protokolliert.

⁷ Rede Jakoby-Rauffaus in der 162. Sitzung am 1. Oktober 1920, Sp. 12722-12725.

162.

1. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift, gez. mit dem Namen Blank durch den nicht identifizierten Protokollanten.

1. Präsident PORSCH verliert die Eingänge.
2. Mit Zustimmung der Fraktion wird Antwort an Reichsausschuß der akademischen Berufstände abgesandt.¹
3. Bericht über Ältestenratssitzung.²
 - a) Rechtsparteien wünschen baldigst Neuwahlen.
 - b) Zentrum habe Neuwahlen Ende Januar/Anfang Februar gewünscht. Gründe: a) Da Besoldungsordnung erst fertiggestellt werden müsse, was bis 12.12. zweifelhaft

¹ Der „Reichsausschuß der akademischen Berufsstände“ war nach eigenen Angaben eine Vertretung der „berufsständischen Interessen der deutschen Akademiker in kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht“. Mitglieder waren akademische Berufverbände, Akademiker- und Zweigorganisationen mit insgesamt 180 000 Mitgliedern. Im Hinblick auf die preußischen Landtagswahlen richtete der Reichsausschuß an alle Parteien eine ausführliche Anfrage über ihre Programmatik hinsichtlich der Akademiker. Anfrage und Antwort der Zentrumsfraktion in: Zentrums-Akademiker-Blätter Nr. 1 vom 6. Dezember 1920, S. 5 (Exemplar in: NL Würmeling Nr. 3).

² Vgl. die Sitzung des Ältestenrates am 30. September 1920, 10.15-12.30 Uhr, Protokoll dieser Sitzung, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

sei. b) Die Zahlen des Ministeriums des Innern³ seien für das Zentrum nicht maßgebend gewesen, sondern nur sachliche Erwägungen. c) Der demokratische Vorschlag: Innerhalb 3 Monaten nach Verabschiedung der Verfassung Neuwahlen vorzunehmen, wurde angenommen seitens der Mehrheitsparteien.

Die Fraktion spricht sich dann dagegen aus⁴, daß das Landwirtschaftskammergesetz⁵ noch verhandelt wird. Desgleichen gegen Verhütung von Kahlschlägen.⁶ Desgleichen gegen Übernahme der Domänen in eigene Regie p.p.⁷

Dr. HESS erhält Genehmigung zur Einbringung dreier Anträge.⁸

4. Besprechung des Plenums.

[Zu] Punkt 12 der Tagesordnung [Beratung der Anträge a) Schüling usw. [Z] – Drucksache Nr. 2473, b) Dr. Heß usw. [Z] – Drucksache Nr. 2551, c) Krug usw. [Z] – Drucksache Nr. 2942, d) Goebel usw. [Z] – Drucksache Nr. 2978, e) Hauschild usw. [SPD] – Drucksache Nr. 3012, betr. Besatzungszulagen] spricht Herr Dr. Lauscher.⁹

5. Lehrerbesehdungsgesetz¹⁰ – vertagt bis Mittwoch, den 6.10.

6. Es wurden einige Punkte des neuen Wahlgesetzes¹¹ besprochen.

3 Dabei handelte es sich um eine nach Parteien und Wahlkreisen aufgeschlüsselte Übersicht über die Ergebnisse der letzten Wahlen. Vgl. ebd.

4 Die Staatsregierung hatte dem Ältestenrat ein Verzeichnis der Regierungsvorlagen vorgelegt, auf deren Verabschiedung sie noch vor Auflösung der Landesversammlung Wert legte. Vgl. Anlage A zur Niederschrift des Ältestenrates vom 30.9.1920, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

5 Der Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes, Drucks. Nr. 2883, wurde in der 168. Sitzung am 22. Oktober 1920 in erster Lesung beraten und dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen. Nach Abschluß der Ausschußberatungen wurde das Gesetz nicht mehr erledigt. Lediglich zwei Änderungsgesetze zum Landwirtschaftskammergesetz vom 30. Juni 1894 wurden am 16. Dezember 1920 verabschiedet. Vgl. Drucks. Nr. 3882 und 3883.

6 Der Gesetzentwurf über Kahlschläge in Privatwaldungen, Drucks. Nr. 3528, wurde in der 199. Sitzung am 16. Dezember 1920 in erster Lesung beraten und dem Landwirtschaftsausschuß überwiesen. Er wurde nicht mehr erledigt.

7 Ab hier unbekanntes Handschrift. – Der Gesetzentwurf, betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen, Drucks. Nr. 3474, wurde in der 191. Sitzung am 7. Dezember 1920 in erster Lesung beraten und dem Hauptausschuß überwiesen. Nach Abschluß der Ausschußberatungen wurde in der 200. und 201. Sitzung am 17. und 18. Dezember das Gesetz in zweiter Lesung beraten. Namentliche Abstimmungen über den Gesetzentwurf scheiterten in der 202., 204. und 206. Sitzung am 11., 12. und 13. Januar 1921 jeweils an der Beschlußunfähigkeit des Hauses. Dadurch wurde das Gesetz nicht mehr erledigt.

8 Nachweisbar waren lediglich der Antrag Dr. Heß usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts der landwirtschaftlichen Verwaltung für 1920, Drucks. Nr. 3043, und der Antrag Dr. Heß usw. [Z] über Verleihung von Körperschaftsrechten an Landwirtschaftliche Hochschulen usw., Drucks. Nr. 3044.

9 Lauscher sprach dazu nicht. Bei der Beratung in der 163. Sitzung am 6. Oktober redete dazu im Plenum lediglich Schüling als Antragsteller, Sp. 12784-12786.

10 Gesetzentwurf, betr. das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Dienstleistungsgesetz – V. D. G.), Drucks. Nr. 2547. Der Gesetzentwurf war in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 in erster Lesung beraten und an den Ausschuß verwiesen worden. Bis zum 16. Dezember 1920 wurde er in drei Lesungen im Ausschuß verhandelt. Vgl. den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 3659.

11 Gesetzentwurf über die Wahlen zum Preußischen Landtag, Drucks. Nr. 3051. Die erste Beratung des Gesetzes fand in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920 statt.

163.

6. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank, gez. Blank.

Abg. HEROLD leitet die Fraktionssitzung.

Abg. KLOFT führt Beschwerde, daß für die Ausschußsitzungen, die an plenumsfreien Tagen stattfinden, keine Teuerungszulagen [gezahlt werden].

Abg. MAISS klärt die Sache auf, daß aufgrund eines Mißverständnisses des Büros diese Teuerungszulagen nicht gezahlt seien.

Zur Tagesordnung

Zu Punkt 1 [Beratung des Antrags Kopsch (Berlin) usw. [DDP] auf Erhöhung des Ehrensoldes für Kriegsveteranen – Drucksache Nr. 2778] spricht, wenn nötig, Abg. Schüling.¹

Zu Punkt 2 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen – Drucksachen Nr. 537, 2939, 3045] entspinnt sich eine lebhafte Debatte, an der sich die Abg. KLEY, GOTTWALD, KAMP, HEROLD beteiligen. Beschlossen wurde, Vertagung der Sache zu beantragen.²

Zu 3 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für den Schleppbetrieb auf dem Rhein-Weser-Kanal und dem Lippe-Kanal – Drucksache Nr. 2657, 2969] spricht eventuell Kloft.³

Zu 4 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung des Forstdiebstahlggesetzes vom 15. April 1878 (Gesetzsamml. S. 222) – Drucksache Nr. 1724, 3002] spricht eventuell Müller (Prüm).⁴

Zu 5 [Beratung der Anträge a) Schüling usw. [Z] – Drucksache Nr. 2473, b) Dr. Heß usw. [Z] – Drucksache Nr. 2551, c) Krug usw. [Z] – Drucksache Nr. 2942, d) Goebel usw. [Z] – Drucksache Nr. 2978, e) Hauschildt usw. [SPD] – Drucksache Nr. 3012, f) Wittrock usw. [DDP] – Drucksachen Nr. 3040, betr. Besatzungszulagen]: spricht Schüling;⁵ Anträge werden alle angenommen.

Zu 6 [Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Errichtung volkswirtschaftlicher Mittelschulen – Drucksache Nr. 1322, 2536, 2921, 2928]: ablehnen. Dr. Faßbender spricht in dem Sinne.⁶

1 Rede Schülings in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920, Sp. 12754 f.

2 Die Vertagung wurde in der anschließenden Sitzung des Ältestenrates am 6. Oktober 1920, 12.15-13.15 Uhr, beantragt und zugelassen. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

3 Rede Klofts in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920, Sp. 12765 f.

4 Reden Müllers (Prüm) in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920, Sp. 12773 f., 12783.

5 Schüling redete als Antragsteller in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920, Sp. 12784-12786.

6 Rede Faßbenders in der 163. Sitzung am 6. Oktober 1920, Sp. 12806-12809.

Zu 7 [Beratung des Antrags Adolph Hoffmann usw. [USPD] auf Kommunalisierung und Verstaatlichung des Legebildwesens – Drucksache Nr. 1031, 1352, 2867]:

Abg. FASSBENDER ist der Ansicht, daß die Anträge erledigt seien durch andere bereits angenommene Anträge.

Faßbender soll eventuell dazu sprechen.⁷

HEROLD empfiehlt den Bericht über Reichsfilmgesetz⁸ zu lesen.

GRONOWSKI spricht sich für Kommunalisierung aus.

HEROLD ist der Ansicht, daß durch Annahme der Reichsgesetze die Sache erledigt sei.

Zu 8 [Beratung des Antrags Haseloff usw. [DNVP] über Steuerniederschlagungen für Kriegsteilnehmer und Auslandsdeutsche – Drucksache Nr. 1510, 2219]: Erledigt durch Übergang der Steuern aufs Reich.

Zu 9 [Zweite und dritte Beratung des Antrags Gräf (Frankfurt) usw. [SPD] auf Annahme eines Gesetzes über Straferlaß für Dienstvergehen – Drucksache Nr. 1199, 3003]: ablehnen.⁹

Zu 10 [Beratung des 71. Eingaben-Berichts des Unterrichtsausschusses: Umwandlung der Kadettenanstalten in Zivilerziehungsanstalten – Drucksache Nr. 2640]: erledigt.

Zu 11 [Beratung des 79. Eingaben-Berichts des Unterrichtsausschusses: Einspruch gegen die Aufhebung des Eheverbots für Lehrerinnen – Drucksache Nr. 2785]: Zustimmung.

Zu 12 [Beratung des 80. Eingaben-Berichts des Unterrichtsausschusses: Lehrer a. D. Jakubeit in Königsberg (Pr.) Nachzahlung von Gehalt – Drucksache Nr. 2973] und zu 13 [Beratung des 81. Eingaben-Berichts des Unterrichtsausschusses: a) Aufnahme von Knaben in die Unterklassen der höheren Mädchenschulen, b) Gemeinschaftserziehung der Geschlechter in der Schule, c) Gemeinschaftserziehung in den Volksschulen – Drucksache Nr. 2974]: [. . .]¹⁰

Zu 14 [Beratung des 82. Eingaben-Berichts des Unterrichtsausschusses: Sicherung der Rechtsstellung der Lehrkräfte an den Privatschulen – Drucksache Nr. 2975]: Absetzung von der Tagesordnung. Faßbender.¹¹

7 Vom Zentrum redete niemand zu diesem Punkt.

8 Bericht des 23. Ausschusses über den Entwurf eines Gesetzes über die Prüfung von Bildstreifen für Lichtstreifen, Verhandlungen der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 341, Nr. 2317.

9 Der Antrag wurde in zweiter und dritter Lesung in der 165. Sitzung am 19. Oktober 1920 verhandelt. Goebel begründete die ablehnende Haltung, Sp. 12972-75.

10 Zu diesem Punkt wurde nichts protokolliert.

11 Zu Tagesordnungspunkt 14, Drucks. Nr. 2975, hatte der Unterrichtsausschuß Berücksichtigung beantragt. Dies wurde widerspruchslos angenommen. Dagegen wurde Tagesordnungspunkt 12, Drucks. Nr. 2973, von der Tagesordnung abgesetzt. Vgl. 163. Sitzung vom 6. Oktober 1920, Sp. 12816 f.

Zu 15 [Beratung des 83. Eingaben-Berichts des Unterrichtsausschusses: Gewährung des Rechts auf Verleihung des nationalökonomischen Doktorgrades an den Technischen Hochschulen – Drucksache Nr. 2976]: Zustimmung.

Zu 16 [Beratung des 84. Eingaben-Berichts des Unterrichtsausschusses: Staatliche Beschaffung der Lehrmittel – Drucksache Nr. 2977]: Zustimmung.

Zu 17 [Beratung des 6. Eingaben-Berichtes des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik): Um- und Ausgestaltung des öffentlichen Gesundheitswesens – Drucksache Nr. 2955]: Zustimmung.

Zu 18 [Beratung des 7. Eingaben-Berichtes des 10. Ausschusses (Bevölkerungspolitik): Versuche, die Steilschrift einzuführen – Drucksache Nr. 2956]: Zustimmung.

Zu 19 [Beratung des 1. Eingaben-Berichts des 19. Ausschusses (für die Erweiterung und Einschleusung des Fischereihafens Geestemünde), betr. Aufhebung der Artikel 13 und 22 des Staatsvertrags zwischen Bremen und Preußen – Drucksache Nr. 2972]: Zustimmung.

Zu 20 [Beratung des 55. Eingaben-Berichts des Handels und Gewerbeausschusses: Ausbau der Industrieverbände auf gesetzlicher Grundlage – Drucksache Nr. 2981 und zu 21 [Beratung des 56. Eingaben-Berichts des Handels und Gewerbeausschusses: gleichmäßige Belieferung der Brauereien mit Getreide (Gerste) für alle Gliedstaaten – Drucksache Nr. 2982]: Zustimmung.

Abg. WILDERMANN schlägt vor, beim Schulunterhaltungsgesetz unter allen Umständen zu fordern, daß Staat Zuschüsse für schulpflichtige Kinder, also nicht bloß für die eingeschulten Kinder, an die Gemeinden zahlt.

164.

7. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] gibt zunächst die Beschlüsse des Ältestenrates bekannt¹ und weitere Eingänge.

2. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin – Drucksache Nr. 2919, 2943, 2991, 3013, 3047]: Es muß alles vorhanden sein, weil namentliche Abstimmung stattfindet.²

¹ Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung des Ältestenrates am 6. Oktober 1920, 12.15–13.15 Uhr, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

² Bei der namentlichen Schlußabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 161 Stimmen des Zen-

Zu Punkt 2 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Änderung der Amtsgerichtsbezirke Rüthen und Warstein – Drucksache Nr. 3060]: Nichts zu bemerken.

Zu Punkt 3 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Abänderung der Zusammensetzung der Schuldeputationen, Schulvorstände und Schulkommissionen – Drucksache Nr. 537, 2939, 3045, 3061, 3063]:

KAMP: Es handelt sich darum, ob wir einen anderen Standpunkt einnehmen als im Ausschuß.³ Es handelt sich um *Schuldeputationen* und um *Schulvorstände*. Absatz 1 soll angenommen, Absatz 2 soll abgelehnt werden.

Dr. EISMANN, SCHMIDT (Conz), MÜLLER (Prüm) sind entschieden *gegen* die Annahme beider Absätze.

SCHÜLING schließt sich dieser Ansicht an.

Frl. STOFFELS ist anderer Ansicht.

GRONOWSKI: Wir müssen für Absatz 1 eintreten. Im Interesse der Fraktion stimme ich gegen Absatz 2.

KLOFT: Ich schließe mich den Ausführungen des Vorredners an.

SAUERMAN ist derselben Ansicht.

ELSNER: Ich bin der Ansicht, entweder beide Absätze anzunehmen oder abzulehnen.

Dr. EISMANN: Ich mache nochmals darauf aufmerksam, daß wir große Schwierigkeiten haben, wenn wir jetzt einen anderen Standpunkt einnehmen wie früher. Die Mitglieder des Schulvorstandes müssen den Vorsitzenden selbst wählen.

BRUST: Ich werde für beide Absätze stimmen.

SPRENGER: In sachlicher Beziehung ist es zweckmäßiger, wenn weder der Pfarrer noch der Lehrer Vorsitzender ist, sondern der Bürgermeister.

Die Fraktion ist in überwiegender Mehrheit dafür, beide Absätze abzulehnen.

Gottwald wird sprechen.⁴

trums, der DDP, DVP und DNVP gegen 122 Stimmen der SPD und USPD bei 4 Enthaltungen angenommen. Vgl. 164. Sitzung vom 7. Oktober 1920, Sp. 12849. Unentschuldig fehlten 98 Abgeordnete, darunter 23 Abgeordnete des Zentrums.

³ Den Hintergrund der Debatte bildete der Gemeinschaftsantrag Dr. von Richter (DVP, DDP, DNVP) zur III. Beratung des Gesetzentwurfs, Drucks. Nr. 3061. Der Antrag war bereits als Drucks. Nr. 3011 zur II. Beratung des Gesetzentwurfs eingebracht worden, hatte aber in der 161. Sitzung am 30. September 1920 keine Mehrheit erhalten. Vgl. Sp. 12629, 12633. Während die Ausschlußbeschlüsse, Drucks. Nr. 2939, den städtischen Schulinspektionen und den ländlichen Schulvorständen das Recht gaben, ihre Vorsitzenden selbst zu wählen, bezweckte der Antrag von DVP, DDP und DNVP in Absatz 1, daß der Vorsitzende der Schuldeputation vom Bürgermeister ernannt würde, und in Absatz 2, daß der Vorsitzende des Schulvorstandes von der Schulaufsichtsbehörde ernannt würde. Im Ausschuß hatte das Zentrum für die Wahl durch Schuldeputation bzw. Schulvorstand votiert. Der Änderungsantrag von DVP, DDP und DNVP fand in der Schlußabstimmung in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920 die Mehrheit. Vgl. Sp. 12869 f.

⁴ Vgl. die Rede Gottwalds in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920, Sp. 12861-12864. Darin for-

Zu Punkt 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Preußischen Landtag – Drucksache Nr. 3051, 3062] berichtet Dr. HAGER. Es nahmen hierzu das Wort WILDERMANN, BUSCH, KLEY, SCHULTE, HEROLD, GREBE. Dr. HAGER referierte kurz über den Inhalt seiner Rede.⁵

KÜSTERS: Kleine Anfrage bezüglich Sendung des Saatguts in das Rheinland⁶ wird angenommen. Es soll zunächst im Ministerium vorgesprochen werden.

Zu Punkt 5 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen – Drucksache Nr. 3001]: wird ohne Debatte in den Ausschuß verwiesen.

mulierte er die ablehnende Haltung des Zentrums zum Änderungsantrag von DVP, DDP und DNVP, Drucks. Nr. 3061.

5 Rede Hagers in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920, Sp. 12903-12909

6 Nicht nachgewiesen.

165.

20. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden eine Reihe von Eingängen bekanntgegeben.

2. SPRENGER: Ich lege Wert darauf, daß der Zwischenfall, der sich zwischen mir und Kaulen zugetragen hat, erörtert wird. Es soll dieser Punkt zunächst zurückgestellt werden, bis Herold teilnehmen kann.¹

3. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Besprechung der Großen Anfrage Hergt usw. [DNVP] über die Wahl des Dr. Löwenstein zum Stadtschulrat für Groß-Berlin – Drucksache Nr. 2925]: Dr. Heß wird sprechen.²

Zu Punkt 2 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Abänderung des Forstdiebstahlsgesetzes vom 15. April 1878 (Gesetzsamml. S. 222) – Drucksache Nr. 1724, 3002]: nichts Besonderes zu bemerken.

Zu Punkt 3 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Erweiterung des Stadtkreises Mülheim a. d. Ruhr – Drucksache Nr. 3083]:

SAUERMANN: Die Vorlage ist durchaus notwendig. Ich hoffe, daß die Fraktion damit einverstanden ist.

1 Vgl. den Schluß des Protokolls. Der Anlaß des Streits konnte nicht ermittelt werden.

2 Rede Heß' in der 166. Sitzung am 20. Oktober 1920, Sp. 13002-13010.

KLOFT: Es liegt ein merkwürdiger Fall vor, daß eine Vorlage in allen Lesungen angenommen werden soll, ohne daß sie in einer Kommission beraten worden ist. Im übrigen bin ich in diesem Falle dafür, die Vorlage anzunehmen.

BRUST: Ich bin aus *prinzipiellen* Gründen dafür, nicht *ohne* Kommissionsberatung ein Gesetz zu verabschieden.

LINZ: Ich schließe mich den Ausführungen Brusts an.

Zu Punkt 4 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920 vom 6. Mai 1920 (Gesetzsamml. S. 159) – Drucksache Nr. 3084]: RHIEL: Es soll ohne Besprechung dem Hauptausschuß überwiesen werden.

KLOFT: Wir müssen uns darauf vorbereiten, daß eventuell eine große politische Debatte sich daran anschließt.

LINZ: Es fragt sich, welche Stellung die Fraktion dazu einnimmt.

GRONOWSKI: Es ist am besten, wenn es im Ältestenrate vorgebracht wird, die Vorlage *ohne* Debatte dem Hauptausschuß zu überweisen.

SCHMEDDING: Wir haben die Angelegenheit sehr ausgiebig im Ausschuß behandelt.

RHIEL: Es wird auch eine Vorlage eingehen, welche die Organisation angeht. Hierbei können alle die Bedenken vorgebracht werden, die Linz soeben mitgeteilt hat.

Wenn es notwendig sein sollte, wird Dr. Schmedding dazu sprechen.³

Zu Punkt 5 [Beratung der Verordnungen, betr. vorläufige Änderung von Gerichtsbezirken anlässlich der Ausführung des Friedensvertrags – Drucksache Nr. 3005]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt 6 [Beratung des Entwurfs einer Bekanntmachung des Wortlautes des Gesetzes, betr. die Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Privatkredits vom 31. Juli 1895 (Gesetzsamml. S. 310 – Drucksache Nr. 3008): ESSER: Es handelt sich hier nur um eine *formale* Sache.

Zu Punkt 7 [Beratung der Anordnung, betr. die Beschäftigung weiblicher Angestellter in Gast- und Schankwirtschaften – Drucksache Nr. 2860, 2912, 2971]: „so-

³ Es fand keine politische Debatte zu diesem Punkt statt. Die Vorlage wurde ohne Aussprache dem Hauptausschuß überwiesen.

weit die Finanzen des Staates es zulassen“ soll von Dr. Schmedding beantragt werden.⁴

*Deckungsfrage*⁵

BUSCH: Die Sachlage liegt so: Der Grund und Boden ist so teuer, daß die Steuer dementsprechend hoch [ist].

SCHMEDDING trägt die Grundlinien des Ministeriums vor.

KLOFT: Es kommt darauf an, welchen Standpunkt die Fraktion einnimmt. Wir müssen mit einer festen EntschlieÙung kommen.

HEROLD: Die Steuerquelle muß dem *Steuerrecht* entsprechen. M. E. kann der Preußische Minister die Vorlage gar nicht einbringen, weil sie mit den Reichsgesetzen in Konflikt gerät. So wie die Steuern vorgelegt werden, ist die Sache undurchführbar.

DR. REINEKE: Es muß auch eine andere Steuerquelle miterschlossen werden, z. B. Gewerbesteuer.

KLOFT: Gewerbesteuer kann unter keinen Umständen herangezogen werden.

ESSER schließt sich diesen Ausführungen an.

HEROLD: 1) Es muß Grund- und Gebäudesteuer *gleichmäßig* auf den *Ertragswert*. [!] 2) M. E. muß auch die Gewerbesteuer herangezogen werden. 3) Der Prozentsatz darf nicht [. . .]⁶ sein. 4) Die Verordnung muß auf der Grundlage des Rechts geschehen. Eine Deckung ist trotzdem unmöglich. Hier hat man *erst* die Ausgaben beschlossen und fragt es sich, wie wird gedeckt. Die Einnahmen sind nicht zu schaffen. Es bleibt ein Defizit. Ohne Reich ist die Deckung in Preußen unmöglich. Wie hoch soll der Prozentsatz genommen werden? Die Frage muß noch erörtert werden.

BEYER: Wir müssen mit Rücksicht auf die Abstimmung in Oberschlesien die Sätze *sehr mäßig* nehmen.

Es wurde sodann der Zwischenfall Kaulen contra Sprenger erörtert und erledigt.⁷

4 Antrag Dr. Schmedding usw. [Z] zum Antrage des Ausschusses für die Bevölkerungspolitik über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften, Drucks. Nr. 3129. Der Ausschuß hatte u. a. beantragt, zur Durchführung der Anordnung „weibliche Gewerbeaufsichtsbeamtinnen“ anzustellen. Vgl. Drucks. Nr. 2971 zu 2. Der Antrag Schmedding forderte hierzu die Einschränkung, „sobald die Mittel hierfür zur Verfügung stehen“.

5 Gemeint ist eine Vorlage des Finanzministers über die vorläufige Deckung des Staatshaushaltsdefizits. Vgl. die Protokolle der DDP-Fraktionssitzungen vom 19. und 20. Oktober 1920, in: BA Koblenz, R 45 III/64, fol. 20 und 21. Am 20. Oktober 1920 fand abends eine interfraktionale Besprechung über diese Initiative des Finanzministeriums statt. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktionssitzung vom 21. Oktober 1920, in: ebd., fol. 22. Das Ergebnis der Verhandlungen war der Grundsteuergesetzentwurf, Drucks. Nr. 3310, der am 16. November 1920 der Landesversammlung unterbreitet wurde. Vgl. Nr. 182 Anm. 1.

6 Unleserliche Einfügung.

7 Vgl. den Anfang des Protokolls.

166.

21. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup und Jakoby-Raffauf, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] gibt zunächst die Beschlüsse des Ältestenrates bekannt.¹

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt a [Fortsetzung der zweiten Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Allgemeine Finanzverwaltung – Anlagen Band II Nr. 13 – Drucksache Nr. 2916, 3124, 3127]: Rhiel wird sprechen.²

Zu Punkt b [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Handels- und Gewerbeverwaltung – Anlagen Band II Nr. 26 – Drucksache Nr. 2917]: LOEHR spricht sich über die Versorgung mit Kohlen aus, insbesondere darüber, daß Süddeutschland mehr beliefert werde. Der diesbezügliche Antrag Loehr wird³ abgelehnt. Esser wird dazu sprechen.⁴

Zu c [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Justizverwaltung – Anlagen Band II Nr. 27 – Drucksache Nr. 2954]: Dr. Schulte wird dazu sprechen.⁵

1 Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung des Ältestenrates vom 20. Oktober 1920, 12.15-13.25 Uhr, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

2 Rede Rhiels in der 167. Sitzung am 21. Oktober 1920, Sp. 13049-13053.

3 Ab hier Handschrift Jakoby-Raffauf.

4 Esser sprach dazu in der 169. Sitzung am 27. Oktober 1920, Sp. 13197-13208.

5 Schulte redete dazu in der 176. Sitzung am 16. November 1920, Sp. 13711-13723.

167.

22. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank und unbekannte Handschrift. Schluß 12.50 Uhr.

1. Es wird beschlossen, eine kleine Anfrage seitens der Fraktion einzubringen betr. Schließung der Seminarien, besonders bezüglich der Seminarien für Lehrerinnen.¹

2. Dr. REINEKE berichtet über den Entwurf des Landwirtschaftskammergesetzes.²

1 Kleine Anfrage Dr. Dr. Porsch usw. [Z] über den Abbau der Präparanden und die Unterbringung der Präparandenlehrerinnen, Drucks. Nr. 3161.

2 Der Entwurf eines Landwirtschaftskammergesetzes, Drucks. Nr. 2883, stand auf der Tagesordnung des Plenums.

3. HEROLD ist der Ansicht, daß angestrebt werden muß, daß das Gesetz nicht zustande kommt. Sachlich habe er das gestern im Plenum bereits begründet. Erst müsse das Reichsreformgesetz fertig sein.³
4. RICHTARSKY teilt mit, daß Interessenten an ihn herangetreten sind, die Fachkammer für Gärtner p.p. wünschen. Er spricht sich gegen Kreiskammern aus.
5. BERGMANN wünscht auch Fühlung zu nehmen mit dem christlichen Landarbeiterverband. Er weist darauf hin, daß der sozialdemokratische Landarbeiterverband sich gegen Verabschiedung wendet.⁴
6. HEROLD spricht sich gegen das Waldgesetz⁵ aus.
7. OPPENHOFF spricht über die Beschlüsse des Verfassungsausschusses in dritter Lesung⁶, begründet die Stellungnahme desselben in erster und zweiter Lesung.
8. LINZ bittet um sofortige Eintretung in die Besprechung über die Ausführungen Oppenhoffs.
9. Dr. HESS wünscht bei der Besprechung abzusehen von den anderen Gesetzen, sondern sich nur zunächst mit der Verfassung zu beschäftigen.
10. Dr. HAGER stimmt dem zu, da er im Plenum bestimmte Erklärungen für die Neuwahlen, die von Verabschiedung der Verfassung abhängig seien, abgegeben habe.⁷
11. Dr. NEUMANN spricht sich für Erledigung der mit der Verfassung zusammenhängenden Gesetze, insbesondere des Wahlprüfungsgesetzes⁸ aus.
12. Eine Besprechung über die Farbe ergibt die Zustimmung der Fraktion zu *Schwarz-Weiß*.⁹
13. Dr. BEYER referiert über Wahlgesetz und Autonomie sowie über Abstimmung in Oberschlesien.

3 In der Geschäftsordnungsdebatte am Ende der 167. Sitzung am 21. Oktober 1920 hatte Herold erklärt, daß zunächst das Reichsrahmengesetz für die Landwirtschaftskammern abgewartet werden solle, bevor die preußische Landesversammlung mit der Beratung des Landwirtschaftskammergesetzes beginne. Vgl. Sp. 13114.

4 Ab hier unbekannte Handschrift.

5 Gemeint ist der Gesetzentwurf über Kahlschläge in Privatwaldungen, Drucks. Nr. 3528. Vgl. Nr. 162 Anm. 6.

6 Zu den Verfassungsberatungen vgl. Nr. 155 Anm. 2. Die zweite Lesung im Ausschuß hatte vom 24.-29. September 1920 stattgefunden, die dritte Lesung am 8. Oktober 1920. Der Ausschußbericht wurde am 20. Oktober 1920 vorgelegt. Vgl. die wörtlichen Berichte des Ausschusses in: Drucks. Nr. 3120 B.

7 Hager hatte in der 164. Sitzung am 7. Oktober 1920 erklärt, daß die Neuwahlen innerhalb von drei Monaten nach Verabschiedung der Verfassung stattfinden sollten. Vgl. Sp. 12903-12906.

8 Nicht nachgewiesen.

9 Gemeint sind die preußischen Landesfarben. Im Ausschuß wurde die Auffassung vertreten, daß sie bereits durch Kabinettsorder vom 22. Mai 1818 bzw. 12. März 1819 festgelegt seien. Vgl. die Rede Beyers in der 170. Sitzung am 28. Oktober 1920, Sp. 13268. Zur II. Beratung wurden von der DNVP und der DVP Anträge gestellt, in der Verfassung festzulegen: „Die Landesfarben sind schwarz-weiß.“ Vgl. Drucks. Nr. 3145, 3190.

14. Dr. LAUSCHER wünscht, daß die Fraktion aus der Zwangslage, worin sich Preußen betr. der Abtrennung Oberschlesiens befindet, keine Schlüsse auf das Rheinland ziehen möge.

15. LINZ nennt eine Reihe Gebiete, denen besondere Beachtung geschenkt werden muß.

16. Dr. LAUSCHER wünscht, dabei die Denkmalpflege und Heimatschutz mit zu berücksichtigen.

17. Der Präsident [PORSCH] schlägt vor, die Verfassung auf die Tagesordnung für nächsten Mittwoch¹⁰ zu setzen, dem die Fraktion zustimmt.

10 Vgl. die Fraktionssitzung vom 27. Oktober 1920, Nr. 168.

168.

27. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank und zwei unbekannte Handschriften.

1. SCHMEDDING berichtet über Wohlfahrtsetat Drucksache Nr. 3123.¹

2. DRINNENBERG berichtet über Punkt 2 [Beratung der Mitteilung des Justizministers über die Dienstverhältnisse der an die Stelle der bisherigen Gerichtsschreibergehilfen tretenden Justizsekretäre und Registratoren – Drucksache Nr. 3122].²

Zu 3 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Handels- und Gewerbeverwaltung (Fortsetzung) – Anlagen Band II Nr. 26 – Drucksache Nr. 2917, 3136, 3159, 3174]: ESSER schlägt vor, betr. Punkt 1³ (Stellungnahme zum Wahlrecht der Frauen zum Gewerbegericht) nichts zu unternehmen. KLOFT und SPRENGER sprechen für Zulassung der Frauen.⁴

BEYER berichtet über die Verfassung.⁵

1 Es handelt sich um Punkt 1 der Tagesordnung des Plenums „Beratung des Gesetzentwurfs über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände – Drucksache Nr. 3123“.

2 Drinnenberg sprach dazu auch in der 169. Sitzung am 27. Oktober 1920. Vgl. Sp. 13188.

3 Gemeint ist der Punkt 1 des Antrags Haberland (SPD), Drucks. Nr. 3174, der die Staatsregierung ersuchte, auf die Reichsregierung einzuwirken, um sicherzustellen, daß „den Frauen bei den Wahlen zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten sowie bei den in Aussicht genommenen Arbeitsgerichten das aktive und passive Wahlrecht unter denselben Bedingungen wie den Männern gewährt wird.“

4 In seiner Etatrede in der 169. Sitzung am 27. Oktober 1920 erklärte Esser die Zustimmung der Zentrumsfraktion zu Punkt 1 des Antrags Haberland. Vgl. Sp. 13207.

5 Ab hier unbekannte Handschrift. – Vgl. zu den Verfassungsberatungen Nr. 167 Anm. 6. In der 170. Sitzung am 28. Oktober 1920 begann die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs im Plenum.

Staatspräsident (Antrag der Deutschnationalen)⁶ soll abgelehnt werden.

Es entspinnt sich eine lebhafte Debatte über die Frage, ob in die Staatsverfassung aufgenommen werden soll, ob die Staatsarbeiter, soweit sie Abgeordnete sind, den Beamten gleichgestellt werden sollen.⁷

Dr. LAUSCHER: Es muß eine dritte Möglichkeit geschaffen werden, die den Landtag auflösen kann. Selbstentscheid und Volksabstimmung sind unerträgliche Möglichkeiten.⁸

Dr. OPPENHOFF: Dies ist schon zur Sprache gebracht, von den übrigen Mehrheitsparteien aber abgelehnt worden.

Es entspinnt sich eine längere Auseinandersetzung über die Auslegung des Ausdrucks „im Benehmen“.

Debatte über die Berechtigung der Abgeordneten zur unentgeltlichen Benutzung der Eisenbahn.

Längere Aussprache über die Bestimmung der Mitgliedschaft zum Landtag und Staatsrat – Vereinigung in einer Person unstatthaft.

Auf Veranlassung Dr. OPPENHOFFS findet eine längere Debatte über das Einspruchsrecht des Staatsrates bei Geldbewilligungen [statt].

MAISS: In der Reichsverfassung ist nur vom Urlaub für die als Abgeordnete gewählten Beamten und Arbeiter die Rede. Bezüglich des Weiterbezugs von Gehalt und Lohn wird auf ein besonderes Gesetz verwiesen.⁹

Hieran schließt sich eine besondere Aussprache (§ 7a).

Wegen Abwesenheit der Arbeitervertreter wird die Debatte bis morgen ausgesetzt.

Dr. LAUSCHER gibt einen längeren Aufschluß über die Provinzialautonomie, wie sie in den Rheinlanden gewünscht wird. Der Provinziallandtag¹⁰ in Köln sieht die Provinzialautonomie, wie sie im Entwurf der Verfassung festgelegt ist, als ungenügend an.

⁶ Gemeint ist der Antrag Hergt (DNVP), Drucks. Nr. 3146.

⁷ § 7 des Verfassungsentwurfs regelte nach den Beschlüssen der 3. Lesung des Ausschusses, daß Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates und der Körperschaften des öffentlichen Rechts zur Ausübung einer Tätigkeit als Abgeordnete keines Urlaubs bedürfen. Im Falle einer Landtagskandidatur sei ihnen für die Wahlvorbereitung Urlaub bei Gehalts- und Lohnfortzahlung zu gewähren. Vgl. Drucks. Nr. 3120 D.

⁸ Ab hier eine andere unbekannte Handschrift.

⁹ Art. 39 der WRV regelte: „Beamte und Angehörige der Wehrmacht bedürfen zur Ausübung ihres Amtes als Mitglieder des Reichstags oder eines Landtags keines Urlaubs. Bewerben sie sich um einen Sitz in diesen Körperschaften, so ist ihnen der zur Vorbereitung ihrer Wahl erforderliche Urlaub zu gewähren.“ Verhandlungen der verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 338, Anlagen Nr. 780.

¹⁰ Vermutlich handelt es sich um die gemeinsame Sitzung des Vorstands der Rheinischen Zentrumspartei und des Vorstands der Zentrumsfraktion des Rheinischen Provinziallandtages, die Ende Oktober 1920 stattfand und auf der eingehend die Provinzialautonomie beraten wurde. In der Presse wurde lediglich die Resolution dieser Tagung veröffentlicht. Vgl. KV Nr. 847 vom 30. Oktober 1920. Vgl. dazu Nr. 170 Anm. 5.

STEGERWALD: In der gegenwärtigen Zeit kann von einer Erweiterung der Provinzialautonomie nicht die Rede sein, weil dadurch der Zerfall des Reiches herbeigeführt werde.

Dr. HESS: Ich habe in der Zentrumsversammlung in Köln nur gezwungen das Referat übernommen.¹¹ Er gibt weiter den Verlauf der Verhandlungen in der genannten Sitzung bekannt.

Über die Ausführungen der Dres. Lauscher und Heß entspinnt sich eine längere Debatte. Mehrere Redner sprechen die Meinung aus, Dr. Heß durfte das Referat nicht übernehmen.

Dr. Lauscher ist vom Vorstand ersucht worden, der Versammlungsleitung in Köln mitzuteilen, daß in der Versammlung kein Mitglied des Verfassungsausschusses teilnehmen könne, weil morgen die Verfassung im Plenum behandelt wird.

¹¹ Ein Bericht über diese Tagung ließ sich nicht ermitteln. Vgl. Anm. 10.

169.

28. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] macht darauf aufmerksam, daß heute vor 50 Jahren das Soester Programm unterzeichnet sei.¹ Es soll ein Telegramm an den damaligen Mitunterzeichner Schorlemer² geschickt werden.

2. Es wurden verschiedene Eingaben bekanntgegeben.

3. Es wurde sodann in der Beratung der Verfassung fortgefahren.

BEYER (Oberschlesien) berichtet zum § 10.³

LAUSCHER schlägt vor, einen *dritten* Faktor zur Auflösung des Landtags zu schaffen und stellt einen dementsprechenden Antrag.⁴

¹ Wahlprogramm vom 28. Oktober 1870 aus der Gründungsphase der Zentrumsparlei, gedruckt u. a. bei Bachem, Bd. 3, S. 113.

² Friedrich Freiherr von Schorlemer-Overhagen (1842-1921), 1877-1879 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1901-1918 Mitglied des Provinziallandtages.

³ § 10 des Verfassungsentwurfs regelte die vorzeitige Auflösung des Landtags. Nach den Beschlüssen des Ausschusses in dritter Lesung verfügte er in Abs. 1: „Die Auflösung des Landtags erfolgt durch eigenen Beschluß oder durch Volksentscheid. Der Volksentscheid kann auch durch Beschluß des Staatsrats herbeigeführt werden“. Vgl. Drucks. Nr. 3120 C.

⁴ Der Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z] zur II. Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen, Drucks. Nr. 3202. Der Antrag sah als weitere Möglichkeit den „Beschluß des aus den Präsidenten des Landtags, des Staatsministeriums und des Staatsrats zusammengesetzten Staatsausschusses“ vor.

MAISS berichtet zum § 7a.⁵

BEYER: M. E. können wir diesen Paragraphen jetzt nicht mehr streichen, weil dies einen sehr schlechten Eindruck im Lande auslösen würde.

KLOFT schließt sich dieser Ansicht an.

BRUST: Zweierlei Recht können wir nicht schaffen.

Dr. REINEKE: M. E. müßte aus dem *Ministerium* heraus der Antrag gestellt werden, daß dieser Paragraph zurückgestellt werde, weil er mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Widerspruch steht.

HEROLD: Der Staat kann die Zahlung leisten, aber nicht kleine Gemeinden.

SCHMEDDING: Man braucht dann nur in Absatz 3 hinter das Wort „sind“ „vom Staate“ einzufügen.

Es soll ein solcher Antrag gestellt werden.⁶

Dr. REINEKE: Wir müssen einen besonderen Absatz schaffen wie folgt: „Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinne dieser Bestimmung sind nicht Religionsgesellschaften.“

OPPENHOFF: Zu § 58a müssen wir einen Zusatz machen bezüglich des Aufenthalts gemäß der Reichsverfassung Art. 11.

Es soll ein dementsprechender Antrag gestellt werden.⁷

Dr. LAUSCHER: Es ist Bestandteil des Kompromisses, daß bezüglich der Provinziallandtags- und Kreistagswahlen das *allgemeine* Wahlrecht zugebilligt werde. Eine Diskussion in dieser Beziehung hat m. E. keinen Wert.

Dr. REINEKE wehrt sich dagegen.

Dr. HESS: Kleine Anfrage bezüglich der Brohltalbahn wird angenommen.⁸

⁵ Vgl. Nr. 168 Anm. 7.

⁶ Vgl. den Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z] zur II. Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen, Drucks. Nr. 3220.

⁷ § 58a des Verfassungsentwurfs nach der dritten Lesung im Ausschuß regelte die Grundsätze des Wahlrechts für Selbstverwaltungskörperschaften. Vgl. Drucks. Nr. 3120 C. In Antrag Dr. Dr. Porsch usw. [Z] zur II. Beratung des Entwurfs einer Verfassung für Preußen, Drucks. Nr. 3203, forderte das Zentrum, die Wahlberechtigung von einer bestimmten Aufenthaltsdauer in den Gemeindeverbänden und Gemeinden abhängig machen zu können.

⁸ Kleine Anfrage Dr. Heß usw. [Z] über die Brohltalbahn und die Fürsorge für Privatbahnen, Drucks. Nr. 3168.

170.

29. 10. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank.

1. STEGERWALD berichtet über die Tagung des Provinzialausschusses der Rheinischen Zentrumspartei.¹ Er teilt mit, daß Abg. Dr. Heß [sich] seinerzeit nicht gegen die Mitglieder des Verfassungsausschusses so ausgesprochen [habe], wie dieses vor einigen Tagen hier zum Ausdruck gebracht sei.² Dr. Heß habe kurz und klar referiert und in der Diskussion seine persönliche Ansicht auf mehrfache Aufforderung hin bekannt gegeben.

2. Abg. LAUSCHER erklärt, daß ein Mißverständnis zu walten schein. Er habe nicht gesagt, daß Kollege Dr. Heß gegen die Mitglieder des Verfassungsausschusses intrigiert habe. Er habe lediglich den Vorwurf erhoben, daß Kollege Dr. Heß seinerzeit seines Erachtens nicht genügend informiert gewesen sei, um den Vortrag in Köln zu halten. Zur Sache selbst spricht Dr. LAUSCHER sodann zur Provinzialautonomie. Eine Ausdehnung der Provinzialautonomie sei von den Landeshauptmännern ausge[. . .]³ und einstimmig abgelehnt worden.⁴

Dr. HESS dankt dafür, daß [ihm] durch die Bemühungen des Abg. Stegerwald eine gewisse Rechtfertigung zuteil geworden sei. Desgleichen dankt er Herrn Dr. Lauscher für seine Erklärung.

STEGERWALD führt aus, eine sofortige Autonomie der Provinzen als Reichsprovinzen oder Länder führe zum Auseinanderfall des Reiches. Es müsse schrittweise vorgegangen werden.

Abg. SCHMEDDING teilt diese Bedenken auch. Er weist insbesondere auf die finanziellen Schwierigkeiten hin, die z. Zt. einer erweiterten Autonomie entgegenstehen.

Abg. BELL regt Fühlungnahme der Reichs- und Landtagsfraktion in der Autonomiefrage an.

Dr. LAUSCHER stimmt dem zu. Er ist auch der Ansicht, daß eine in Köln angeregte Zurückstellung der III. Lesung der Verfassung bis zur Klarstellung in der Autonomiefrage⁵ vorliege.

1 Vgl. Nr. 168.

2 Vgl. ebd.

3 Unleserliche Wortsilbe.

4 Nicht nachgewiesen. Vgl. dazu Nr. 185 Anm. 8.

5 Der Beschluß der Vorstände der Rheinischen Zentrumspartei und der Zentrumsfraktion des rheinischen Provinziallandtages lautete zu diesem Punkt: „Für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, die Grundzüge der Provinzial-Autonomie in die Verfassung aufzunehmen, sprechen die vereinigten Vorstände die Erwartung aus, daß die Verfassung nicht in dritter Lesung verabschiedet wird, bevor nicht das Zustandekommen des Provinzial-Autonomie-Gesetzes in befriedigender Form gesichert ist.“ KV Nr. 847 vom 30. Oktober 1920.

Saatssekretär LINZ stimmt dem im Prinzip zu. Er will noch nähere Erkundigungen einziehen.⁶

⁶ Vgl. Nr. 173 Anm. 6.

171.

4. 11. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten:¹

OPPENHOFF: Die Sozialdemokraten wollen den § 27b streichen.² Ich bin dafür, diesen Paragraphen beizubehalten. Antrag Hergt soll abgelehnt werden.³

HESS: Ich bin dafür, daß wir den Antrag ablehnen. Die Sicherstellung muß durch besonderes Gesetz geregelt werden.

BRUST schließt sich den Ausführungen des Vorredn[. . .]⁴

*Es soll die jetzige Vorlage verbleiben.*⁵ Es wird besonders hervorgehoben, daß bei den Abstimmungen bezüglich der Verfassung möglichst alle anwesend sind. Antrag Frl. Dr. Lauer bezüglich Bewilligung von Mitteln in Höhe von 200 000 Mk für soziale Ausbildungszwecke wurde angenommen.⁶

1 Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der zweiten Beratung des Verfassungsentwurfs, Drucks. Nr. 2000.

2 § 27b regelte nach den Beschlüssen des Ausschusses in dritter Lesung die Besoldung der Minister. Insbesondere wurde bestimmt: „Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung steht ihnen [. . .] nicht zu.“ Vgl. Drucks. Nr. 3210 C. Heilmann (SPD) beantragte die Ablehnung dieses Paragraphen in der 173. Sitzung am 4. November 1920. Vgl. Sp. 13452 f.

3 Gemeint ist der Antrag Hergt (DNVP) zur zweiten Beratung des Verfassungsentwurfs, Drucks. Nr. 3236. Er bezweckte, die Regelung in § 27b nach den Beschlüssen des Ausschusses in dritter Lesung, daß Ministern dann ein Anspruch auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung zustehe, wenn sie durch eine frühere Tätigkeit im Staatsdienst darauf Anspruch erworben hätten, dahin abzuändern, daß der Anspruch bereits bestehe, wenn er durch eine frühere Tätigkeit im öffentlichen Dienst erworben worden war.

4 Der Satz bricht ab.

5 Während der Plenarsitzung wurde ein Antrag Leidig (DVP), Drucks. Nr. 3252, gestellt, der die Frage des Ruhegehalts und der Hinterbliebenenversorgung einem besonderen Gesetz zuwies. Oppenhoff erklärte daraufhin im Namen der Zentrumsfraktion, daß sie diesem Antrag zustimme, Sp. 13459 f.

6 Antrag Frau Dr. Lauer usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts des Ministeriums für Volkswohlfahrt für 1920 [Mittel für soziale Ausbildungszwecke], Drucks. Nr. 3257.

172.

5. 11. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. OPPENHOFF berichtet über den Kompromiß der Koalitionsparteien.¹

Es sind folgende strittige Punkte.

1. § 10: Auflösung des Landtags.

Wir haben vorgeschlagen, als weitere Möglichkeit für die Auflösung den drei Präsidenten die Befugnis zur Auflösung zu geben.²

2. § 24c: Mitglied des Landtags darf nicht Mitglied des Staatsrats sein.³

3. § 24m: Befugnis des Staatsrats etc.

Wir wünschen Stärkung des Staatsrats.⁴

4. § 58a: Wartezeit für die Kreistags-, Provinziallandtagswahl.⁵

Dr. LAUSCHER: Wenn wir die dritte Lösungsmöglichkeit nicht durchbekommen, dann haben wir tatsächlich keine Lösungsmöglichkeit.

Zu § 24c: Die Fraktion ist der Ansicht, daß wir daran festhalten müssen, daß ein Mitglied des Landtags *nicht* zugleich Mitglied des Staatsrats sein darf. Dr. Lauscher und Oppenhoff sollen zunächst mit den Demokraten verhandeln.

Zu § 24m: Die Fraktion ist der Ansicht, daß Dr. Lauscher und Oppenhoff zunächst mit den Demokraten verhandeln sollen, ebenso auch wegen der anderen Punkte. Es soll betont werden, daß wir sehr großen Wert darauf legen, ev. die

1 Dies bezieht sich auf die Beratungen des Verfassungsentwurfs. Die zweite Lesung im Plenum wurde in der 174. Sitzung am 5. November 1920 abgeschlossen. Zu den Beschlüssen der II. Lesung vgl. Drucks. Nr. 3280. Die dritte Beratung begann in der 180. Sitzung am 26. November 1920.

2 Vgl. zu § 10 Nr. 169 Anm. 3. Der Antrag des Zentrums zur II. Lesung hatte keinen Erfolg gehabt. Zur Dritten Lesung gelang es, ihn am 24. November 1920 als Gemeinschaftsantrag mit der DDP einzubringen. Vgl. Antrag Porsch (Z, DDP), Drucks. Nr. 3342.

3 § 24c regelte nach den Beschlüssen der II. Lesung die Wahl der Abgeordneten des Staatsrats. Vgl. Drucks. Nr. 3280. Die Zentrumsfraktion beantragte am 26. November 1920 zur III. Lesung, daß die gleichzeitige Mitgliedschaft im Landtag und im Staatsrat unzulässig sein solle. Vgl. Drucks. Nr. 3416.

4 Zu § 24 m wurde von den Koalitionsparteien am 24. November 1920 zur III. Lesung der Antrag Hirsch (SPD, Z, DDP), Drucks. Nr. 3392, gestellt, der die rechtliche Position des Staatsrats gegenüber dem Landtag stärkte.

5 Hierzu stellte das Zentrum am 24. November 1920 zur III. Lesung den Antrag Beyer (Oberschlesien), Drucks. Nr. 3389, der bezweckte, die Möglichkeit einzuräumen, nicht nur für die Gemeindewahlen, sondern auch für die Kreistagswahlen die Wahlberechtigung von der Dauer des Aufenthalts abhängig zu machen.

Verfassung daran scheitern lassen. Dr. Lauscher soll auch die Angriffe des von Kries erörtern.⁶

6 Der deutschnationale Abgeordnete von Kries hatte in der 173. Sitzung am 4. November erklärt, daß das Bestreben der Zentrumsparlei zur Einführung der Provinzialautonomie auf den Willen des Zentrums zurückzuführen sei, in einigen Provinzen eine Zentrumsherrschaft zu errichten. Vgl. Sp. 13488-13497. Dagegen nahm Lauscher in der 174. Sitzung am 5. November 1920 entschieden Stellung. Vgl. Sp. 13534-13549.

173.

16. 11. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden zunächst verschiedene Eingänge verlesen.

2. DINSLAGE berichtet über die Besoldungsordnung¹ bezüglich der Lehrer und Obersekretäre und bezüglich der Altpensionäre. Vorgeschlagen wurde bezüglich der Lehrer und Obersekretäre 2/5 Klasse 7, 2/5 Klasse 8, 1/5 Klasse 9.² Der Finanzminister sprach sich gegen die Mehrbelastung aus.³

WILDERMANN: Es muß bei den Ortsklassen mehr unterschieden werden.⁴ Es ist ein Elend, daß die jungen Burschen und Mädchen soviel Geld erhalten. Diese sind es, die die Schokolade kaufen.

SCHÜLING: Der Ortszuschlag ist für den Westen zu niedrig. Es können höchstens 3 Klassen in Frage kommen. Im Westen haben die Beamten nicht zuviel Geld. Am schlimmsten sind die Geistlichen dran.

Dr. HESS: [1.] Was die *Teuerungszulage* angeht, so ist es falsch, nach Bezirken abzugrenzen. 2. Was die Frage der Alt- und Neupensionäre angeht, so müssen wir die Sache mitmachen bezüglich der Gleichstellung. 3. Bei gleicher Leistung gleiche Bezahlung, also müssen dementsprechend die Beamtinnen genauso besoldet werden wie die Beamten. 4. Die Anwärterfrage ist m. E. nicht sehr erheblich.

GOTTWALD, WILDERMANN, KAMP, SCHMITT, Frau WRONKA, BRUST, DRINNEBERG.

a) Die Fraktion ist im allgemeinen der Ansicht, daß die weiblichen und männlichen Beamten *gleichgestellt* werden sollen.

1 Dieser Bericht bezog sich auf die Verhandlungen des 20. Ausschusses, der mit der Überprüfung der Besoldungsreformgesetze vom 7. Mai 1920 beauftragt war. Die Ausschlußbeschlüsse wurden am 13. Dezember vorgelegt. Vgl. Drucks. Nr. 3576-3781.

2 Dieser Vorschlag wurde vom Vorsitzenden des Preußischen Lehrervereins in einer gemeinsamen Sitzung des 20. und 23. Ausschusses zur Frage der Gehaltseinstufung der Lehrer gemacht. Vgl. den Ausschlußbericht, Drucks. Nr. 3659, Sp. 18-22.

3 Vgl. dazu die Diskussion im Ausschuß, ebd.

4 Der Ortszuschlag zum Grundgehalt richtete sich nach den fünf Ortsklassen (A bis E), die durch das Ortsklassenverzeichnis reichsgesetzlich geregelt waren.

b) Die Fraktion ist der Ansicht, daß die Teuerungszulage erhöht wird, aber *gleichzeitig* für *alle*. Die *Kinderzulagen* müssen *erhöht* werden. Teuerungsbezirke dürfen nicht gebildet werden. Wenn die Fraktionen auf die Dreiteilung eingehen, werden wir es auch tun müssen.

Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Kleine Anfrage Menzel (Stettin usw. [DNVP], betr. Verhängung der Schutzhaft über die 6jährige Tochter des Majors Bischoff – Drucksache Nr. 2428, Punkt 2: Kleine Anfrage Matschkewitz usw. [DNVP] über Verweisung des Majors a. D. von Hetzberg von der Forstakademie Hann.-Minden – Drucksache Nr. 2566, Punkt 3: Kleine Anfrage Dr. von Kries usw. [DNVP] über Unwetter-schäden im Netzedistrikt – Drucksache Nr. 2858, Punkt 4: Kleine Anfrage Menzel (Halle) usw. [USPD] über Sedanfeiern – Drucksache Nr. 2894, Punkt 5: Kleine Anfrage Wulfestange usw. [DHann] über Besetzung der Kreisverwaltungen usw. in Hannover durch Beamte, die der plattdeutschen Sprache mächtig sind – Drucksache Nr. 2964, Punkt 6: Kleine Anfrage Frau Dr. Wegscheider usw. [SPD] über Feuerbestattung – Drucksache Nr. 3076, Punkt 7: Kleine Anfrage Dr. von Krause (Ostpreußen) usw. [DVP] über die Beschlagnahme der Domäne Armade bei Frauenstein durch die französische Rheinarmee – Drucksache Nr. 3117, Punkt 8: Kleine Anfrage Jahnke usw. [SPD] über die Entlassung von Hilfspolizeibeamten in Groß-Berlin – Drucksache Nr. 3135, Punkt 9: Kleine Anfrage Wittmaack usw. [SPD] über die Abtretung preußischen Gebietes an Thüringen – Drucksache Nr. 3170, Punkt 10: Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Durchführung des Staatsvertrages über die Übertragung der preußischen Staatseisenbahnen an das Reich vom 31. März 1920 (Gesetzsamml. S. 97) – Drucksachen Nr. 2698, 3279] bis [Punkt] 11 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Dienststrafgewalt über die in den Reichsdienst nicht übernommenen Beamten der früheren preußischen Verwaltung der Zölle und der indirekten Steuern – Drucksache Nr. 3090]: nichts zu bemerken.

Zu Punkt 12 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Beseitigung der Konfliktserhebung bei gerichtlicher Verfolgung der Beamten und Personen des Soldatenstandes wegen Amts- und Diensthandlungen und bei Klagen gegen den Staat wegen Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt – Drucksachen Nr. 1629, 3179]: berichtete GOEBEL.⁵ Die Fraktion ist der Ansicht, daß *gegen* die Vorlage gestimmt werden soll.

LINZ: Wegen des *Autonomiegesetzes*⁶ halte ich es für richtig, wenn die Rheinländer vorher zusammenkommen zwecks Beratung.

⁵ Es sprach dazu Goebel in der 176. Sitzung am 16. November 1920, Sp. 13699-13702.

⁶ Vgl. Nr. 170 Anm. 5. Am 16. Dezember 1920 wurde vom Preußischen Staatsministerium ein neuer Entwurf eines Gesetzes über die Provinzialautonomie verabschiedet und zur öffentlichen Diskussion gestellt. Vgl. Hömig, S. 93 Anm. 3.

174.

23. 11. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge bekanntgegeben.

2. Große Anfrage Hager bezüglich der Aufhebung des Landesökonomiekollegiums¹ soll zunächst in einem kleineren Kreise beraten werden und zwar sollen daran teilnehmen: Herold, Dr. Reineke, Dr. Hager, Kaulen und Bergmann.

Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 2 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs über eine erhöhte Anrechnung der von den Staatsbeamten und Volksschullehrpersonen während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit – Drucksache Nr. 2662, 3278]: Die Fraktion ist der Ansicht, daß dieses Gesetz ohne weitere Debatte angenommen wird.

Zu Punkt 1 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze – Drucksache Nr. 2661, 3277]:

Hierzu referierte Dr. REINEKE.

SCHULTE: macht einen Vermittlungsvorschlag statt 65 68 [und] statt 68 70 zu setzen.²

SCHMEDDING spricht sich gegen den Gesetzentwurf aus.

RHIEL ist derselben Ansicht.

GOTTWALD: Die Lehrer sind für das Gesetz.

LINZ spricht sich gegen das Gesetz aus.

GRONOWSKI spricht sich für eine konkretere Form aus. Er ist für Zurückverweisung an die Kommission.

HEROLD spricht sich gegen das Gesetz aus.

Es nehmen weiter das Wort hierzu SCHÜLING, BLANK, SCHULTE, WENTRUP, DINS-LAGE.

Dr. LAUSCHER: Die Hauptschullehrer sind für das 70. Jahr.

1 Nicht nachgewiesen.

2 Die Regierungsvorlage, Drucks. Nr. 2661, sah vor, den Ruhestand für unmittelbare Staatsbeamte und Volksschullehrer nach Vollendung des 65. Lebensjahres eintreten zu lassen, ebenso den Ruhestand für Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen. Richterliche Beamte sollten nach Vollendung des 68. Lebensjahres in Ruhestand treten. Im Ausschuß war lediglich beschlossen worden, die Altersgrenze für Lehrer an wissenschaftlichen Hochschulen auf das 68. Lebensjahr anzuheben. Vgl. Drucks. Nr. 3277. Die von Schulte vorgeschlagene Anhebung der Altersgrenzen von 65 auf 68 und von 68 auf 70 wurde als Antrag Schulte, Drucks. Nr. 3351, eingebracht.

Die Fraktion ist der Ansicht, daß das Gesetz in die Kommission zurückverwiesen werde.³

³ Der Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission wurde in der 177. Sitzung am 23. November 1920 gegen die Stimmen von Zentrum, DVP und DNVP abgelehnt und die zweite Beratung des Gesetzentwurfs auf die Tagesordnung für die 178. Sitzung am 24. November 1920 gesetzt. Vgl. Sp. 13758-13761.

175.

24. 11. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingaben verlesen.
2. Es wurde sodann in die Tagesordnung der Fraktion eingetreten.

a) *Verfassung:*

Es berichtete darüber BEYER. Die Unabhängigen wollen die Beschlagnahme des Vermögens der Hohenzollern beantragen¹ und diesen Unterhaltsbeitrag geben.

Über den Stand der Auseinandersetzungen zwischen Staat und Hohenzollern in dem Rechtsausschuß² berichtete GOEBEL.

Zum § 10 wollten wir eine *dritte* Auflösungsinstanz haben.³ Über unseren Vorschlag wollen die Sozialdemokraten beraten.

Zum § 12 will Siering eine neue Fassung haben: ‚am dreißigsten Tage nach der Neuwahl‘.⁴

¹ Die USPD brachte einen solchen Antrag nicht ein. Statt dessen brachte die SPD-Fraktion am 25. November 1920 den Antrag Hauschild, Drucks. Nr. 3415, ein, in dem die Staatsregierung aufgefordert wurde, auf den Erlaß eines Reichsgesetzes hinzuwirken, durch das das Vermögen des Hauses Hohenzollern entschädigungslos dem preußischen Staat übereignet würde.

² Zum Gang der Ausschußverhandlungen im einzelnen vgl. die wörtlichen Berichte des Rechtsausschusses zur Beratung der Drucks. Nr. 1722, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D IIb F Nr. 14b, Beiheft 2, Bd. 1. Die Verhandlungen wurden am 1. Dezember abgebrochen, und es wurde die Staatsregierung aufgefordert, eine erneute Prüfung des Vergleichs und seiner Unterlagen vorzunehmen. Vgl. Drucks. Nr. 3654 sowie den mündlichen Bericht des Rechtsausschusses in der 200. Sitzung am 17. Dezember 1920, Sp. 15271-15281.

³ Zu § 10 des Verfassungsentwurfs vgl. Nr. 169 Anm. 3 und Nr. 172 Anm. 2.

⁴ §12 des Verfassungsentwurfs regelte den Zusammentritt des Landtags. Während die Regierungsvorlage nur unbestimmt dekretiert hatte, daß der Landtag nach erfolgter Wahl spätestens am dreißigsten Tage zusammentrete, sah der Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Landesversammlung in zweiter Lesung vor, daß die Neuwahlen vor dem Ablauf der Wahlperiode stattfinden hätten und der Landtag spätestens am 30. Tage nach dem Beginn der neuen Wahlperiode zusammentreten müsse. Vgl. Drucks. 3280. Die Kompromißanträge der Mehrheitsparteien zur III. Lesung, Drucks. Nr. 3376 und 3377, vom 24. November 1920 sahen schließlich vor, daß nur nach vorangegangener Auflösung des Landtags die Neuwahl den Beginn der Wahlperi-

§ 24 1 bringt eine sehr schwere Möglichkeit der Verfassungsänderung. Der Erleichterung wird zugestimmt.⁵

§ 24c behandelt die *Doppelmandate*. Wir wollen die Doppelmandate ausschließen.⁶

Heilmann erklärte: Das Zentrum mag seinen Standpunkt vertreten, wir werden unseren Standpunkt vertreten. Konsequenzen werden wir daraus *nicht* ziehen.

Dr. LAUSCHER: Wir müssen entschieden unseren Standpunkt vertreten. Dies muß den Demokraten klargemacht werden.

In dem Abschnitt „Selbstverwaltung“ soll eine Gewährleistung für die Selbstverwaltung der *Gemeinden* besonders geschaffen werden.

§ 58a: Über die Karrenzeit ist leider versehentlich *nicht* gesprochen worden.⁷

§ 60b: Die Geschäfts- und Landessprache ist die deutsche „Sprache“ soll als §1a hineingebracht werden. Dieser Antrag soll gemeinschaftlich eingebracht werden.⁸

§ 63:⁹ Hier herrschte Zweifel, ob es *Staatsrechte* und *Gebietsrechte* seien. Der erste Satz soll ganz *allgemein* genommen werden.

Dr. BELL schlägt vor, den Satz 1 des § 63 unter Abschnitt IV zu bringen.

OPPENHOFF: Diesen Antrag können wir bei den anderen Parteien nicht durchsetzen.

Die Fraktion ist damit einverstanden.

§ 63 Satz 1 soll ein *besonderer Paragraph* werden. Die anderen Absätze sollen unter Abschnitt *Kirche* kommen.

Es wurde der Punkt 1 der Tagesordnung des Plenums [Zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betr. Einführung einer Altersgrenze – Drucksachen Nr. 2661, 3277, 3351-3358] erörtert. SCHULTE: Bezüglich Oberschlesien sind alle Parteien mit uns-

ode markiere, ansonsten ende die Wahlperiode regulär nach vier Jahren. In jedem Fall sollte jedoch der Landtag spätestens am dreißigsten Tage nach dem Beginn der neuen Wahlperiode zusammentreten.

5 §24 1 in der Fassung nach der zweiten Lesung im Plenum bestimmte, daß Verfassungsänderungen nur bei Anwesenheit von Zweidritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags durch eine Zweidrittelmehrheit gefaßt werden könnten, „die gleichzeitig mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl ausmachen müssen.“ Drucks. Nr. 3280. Die Mehrheitsparteien einigten sich darauf, die letzte Einschränkung zu streichen. Vgl. Drucks. Nr. 3347 vom 24. November 1920.

6 Gemeint sind hier gleichzeitige Mitgliedschaften im preußischen Landtag und im preußischen Staatsrat. Vgl. Nr. 172 Anm. 3. Eine Einigung in diesem Punkt gelang nicht, so daß das Zentrum allein den Antrag, Drucks. Nr. 3416, am 26. November 1920 einbrachte.

7 Vgl. dazu Nr. 172 Anm. 5.

8 Vgl. den Antrag der Mehrheitsparteien, Drucks. Nr. 3345.

9 § 63 des Verfassungsentwurfs regelte den Übergang der Befugnisse des preußischen Königs auf das Staatsministerium, darunter auch die Ablösung der Rechte aus dem landesherrlichen Kirchenregiment gegenüber den evangelischen Kirchen. Das Zentrum versuchte darüber hinaus, durch einen Antrag Porsch, Drucks. Nr. 3344, in diesem Verfassungsartikel auch die Neuregelung des Rechtsverhältnisses gegenüber der katholischen Kirche durch ein Konkordat mit dem Hl. Stuhl vorzusehen.

rem Vorschläge einverstanden. Bezüglich der Altersgrenze geben sie keine Zugeständnisse. Endlich wohl bezüglich der Übergangszeit Milderungen.¹⁰

¹⁰ Die Informationen Schultes beziehen sich vermutlich auf eine interfraktionelle Besprechung über die Anträge Drucks. Nr. 3351-3358. Das Zentrum hatte die Anhebung der Altersgrenzen von 65 auf 68 und von 68 auf 70 in Drucks. Nr. 3351 beantragt. Vgl. dazu Nr. 174 Anm. 2. In Drucks. Nr. 3353 hatte es beantragt, das Gesetz bis auf weiteres auf die unmittelbaren Staatsbeamten und Volksschullehrer der besetzten Teile der Provinz Oberschlesien nicht anzuwenden. Schließlich hatte es in Drucks. Nr. 3355 einen Eventualantrag gestellt, um bei Annahme der Altersgrenzen der Regierungsvorlage während der ersten zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes die Altersgrenze zunächst auf 68 bzw. 70 Jahre zu belassen.

176.

25. 11. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 3 (Landwirtschaftskammergesetz):¹

Hierzu nahm HEROLD das Wort.

Frau HESSBERGER: Wir müssen dafür sorgen, daß auch die Landwirtsfrauen vertreten sind.

BUSCH: Die Frauen sind bereits in dem Gesetzentwurf berücksichtigt.

Dr. REINEKE: Wir müssen das *Gruppenwahlrecht* verlangen. Ich bin dafür, dieses Gesetz mitzumachen, damit die Landwirtschaft endlich zur Ruhe kommt.

BERGMANN: Wegen der Zusammensetzung der Kammer bestand bei uns keine Einigkeit. Wir müssen die *paritätische* Zusammensetzung verlangen. Inhaltlich sind wir mit dem neuen Gesetzentwurf einverstanden. Wenn die Gruppenwahl angenommen wird, dann sind wir damit einverstanden. Aber daran möchte ich das Gesetz *nicht* scheitern lassen.

KAULEN: Wenn der Entwurf Gesetz wird, dann wird ein großer Gegensatz sich bilden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, weil die Arbeitnehmer nicht mitvertreten sind.

RICHTARSKY: Wir müssen die Arbeitnehmer mit in dem Gesetz berücksichtigen. *Ohne Gruppenbildung* ist das Gesetz für uns unannehmbar.

¹ Es handelte sich um die „Erste Beratung des Antrags Siering usw. [SPD, DDP] auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern – Drucksache Nr. 3331“.

Zu Punkt 4 (Landeskulturämter):²

Hierzu referierte MÜLLER (Prüm). Bedenken sind gegen das Gesetz nicht zu erheben. Schulte wird dazu sprechen.³

Zu Punkt 5 (Nachtragshaushalt)⁴:

Hierzu referierte RHIEL (Fulda). Für die Umbildung der Polizei werden erhebliche Summen verlangt. Die neuen Stellen sind in der Kommission von allen Parteien bewilligt worden.

LINZ berichtet Näheres über den militärischen Inspizienten, Herrn von Priesdorff⁵, der uns nahe steht. [Er] soll beseitigt werden.

BUSCH: Wir müssen mal mit Freund⁶ energisch abrechnen.

LINZ: Wir müssen den Minister fassen.

GRONOWSKI: Es muß auch festgestellt werden, ob die grüne Polizei zuverlässig ist.

RHIEL: Bei der Sicherheitspolizei ist es sehr unruhig, weil die Leute nicht wissen, was aus ihnen wird.

Dr. LAUSCHER: Es nützt nichts, wenn wir uns in diesem Saale aufregen, sondern wir müssen in dem *Ministerium selbst* vorstellig werden.

Zu Punkt 6: (Genehmigung zur Strafverfolgung gegen Müller (Hameln))⁷ referierte BEYER. Es soll für den Antrag gestimmt werden.

Zu Punkt 7 [Beratung des Berichts des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Abg. Frau Dr. Wegscheider – Drucksache Nr. 3058], [Punkt] 8 [Beratung des Berichts des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Schulz (Kiel) – Drucksache Nr. 3138], [Punkt] 9 [Beratung des Berichts des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Bubert – Drucksache Nr. 3139], [Punkt] 10 [Beratung des Berichts des Geschäftsordnungsausschusses über den Antrag auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Riedel (Char-

2 Es handelte sich um die „Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung neuer Landeskulturämter – Drucksachen Nr. 2861, 3242“.

3 In der 179. Sitzung am 25. November 1920 fand nur die zweite Beratung des Gesetzentwurfs statt. Es sprachen für das Zentrum Müller (Prüm) und Bensch. Vgl. Sp. 13934 (Müller) und Sp. 13935 f. (Bensch).

4 Es handelte sich um die „Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für 1920 – Drucksachen Nr. 3084, 3301“. Der Nachtragshaushalt sah die Einrichtung von 38 neuen Stellen im Innenministerium und von 3 neuen Stellen im Finanzministerium zur Umbildung der Polizei vor. Vgl. Drucks. Nr. 3084.

5 Kurt von Priesdorff (geb. 1881), Major a. D., Geheimer Regierungsrat, Militärgeschichtsforscher und Schriftsteller. 1936-1942 Herausgeber des elfbändigen Werks „Soldatisches Führertum“.

6 Friedrich Freund, Staatssekretär im preußischen Innenministerium. Vgl. zu ihm auch Nr. 180.

7 Es handelte sich dabei um die Beratung des Geschäftsordnungsausschußberichts, Drucks. Nr. 3057.

lottenburg) – Drucksache Nr. 3140]: Es soll den Anträgen der Geschäftsordnung zugestimmt werden.

Zu Punkt 11: (Lotterieverwaltung)⁸ berichtete SCHÜLING. Die Fraktion ist damit einverstanden, daß der Antrag Struve⁹ angenommen wird. Dieser soll mitunterzeichnet werden.

⁸ Es handelte sich dabei um die „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Lotterieverwaltung – Anlagen Band I Nr. 5 – Drucksache Nr. 3210“.

⁹ Der Antrag Struve zielte darauf ab, für Kriegsbeschädigte und Berufsverletzte neue Lottereeinnahmestellen zu schaffen. Der Antrag wurde, nachdem er zwischen Schüling, Struve (DDP) und Peters (Hochdonn) (SPD) verhandelt worden war, von der SPD als Antrag Peters, Drucks. Nr. 3363, während der Plenardebatte in der 179. Sitzung am 25. November 1920 eingebracht. Vgl. dazu den Wortbeitrag Struves in derselben Sitzung, Sp. 13948 f.

177.

26. 11. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.
2. Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

*Verfassung:*¹ Es berichtete darüber BEYER (Oberschlesien).

¹ In der 180. Sitzung am 26. November 1920 begann die III. Beratung des Verfassungsentwurfs, Drucks. Nr. 2000, die in der 185. Sitzung am 30. November 1920 mit der Annahme der Verfassung endete.

178.

1. 12. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

Antrag Herkenrath bezüglich Lahn-Kanalisation wurde angenommen.¹

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für 1920 aus Anlaß des Überganges der

¹ Antrag Herkenrath usw. [Z] zur II. Beratung des Haushalts der Bauverwaltung für 1920, Drucks. Nr. 3453.

Militärgerichtsbarkeit auf die zivilen Behörden – Drucksache Nr. 3426]: Es soll der Antrag gestellt werden, die Sache in den Hauptausschuß zu überweisen.

Zu Punkt 2 (Bauverwaltung)² referierte KLOFT. Es handelt sich um die Schiffbarmachung der *Ruhr*.

Inzwischen machte Dr. HESS bezüglich der Theater Mitteilung. Der Minister hätte auf Anfrage wegen der Pfarrhauskomödie³ erklärt: Ein führendes Mitglied der Zentrumsparlei sei mit dem Theaterreferenten und der Schauspielerin das Stück durchgegangen, um es passabel zu machen. Dieses Mitglied ist Pfeiffer.⁴

Zu Punkt 3 (Ministerium des Innern):⁵ referierte Dr. REINEKE. Dieser wird auch dazu sprechen.⁶

Der Vorsitzende [PORSCH] trug die Finanzlage des Preußischen Sekretariats⁷ vor. Es wurde von der Fraktion bewilligt, daß jedes Mitglied Mk 100 zahlte.

2 Es handelte sich dabei um die „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Bauverwaltung (Fortsetzung) – Anlagen Band II Nr. 25 – Drucksachen Nr. 2968, 3125, 3183, 3285, 3427“.

3 Vgl. Nr. 121 Anm. 5.

4 Maximilian Pfeiffer, Mitglied der Deutschen Nationalversammlung, Generalsekretär der Deutschen Zentrumsparlei.

5 Es handelte sich dabei um die „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Ministerium des Innern – Anlagen Band II Nr. 28 – Drucksache Nr. 3275“.

6 Rede Reinekes in der 186. Sitzung am 1. Dezember 1920, Sp. 14375-14385.

7 Gemeint ist das Landessekretariat der preußischen Zentrumsparlei. Vgl. Hömig, S. 222.

179.

2. 12. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

Die Sozialdemokraten haben vorgeschlagen, die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen eine Woche *später* nach den Wahlen zum Landtag stattfinden zu lassen.

HEROLD: Ich bin der Ansicht, daß wir die Provinziallandtagswahl mit dem Landtag zusammen stattfinden lassen. Die Kreistagswahlen können später stattfinden.

GREBE: In München hat sich aber herausgestellt, daß [sich] bei der Wahl an *demselben* Tage sehr viele ungültige Stimmen ergeben haben. Auch bin ich nicht der Ansicht, daß wir bei getrennten Wahltagen an Stimmen verlieren.

SCHÜLING: Ich bin der Ansicht, daß wir am besten an *einem* Tage alle Wahlen erledigen.

Zum Reichsratswahlgesetz¹ referierte BEYER. Beyer soll feststellen, was der Ausdruck „Stimmführung“ bedeutet.² Mit dem Gesetzentwurf selbst ist die Fraktion einverstanden.

Bezüglich des Ausschußantrags³ auf Zusatzbestimmung zum Art. 61 Abs. 1 der R. V. „Jedoch stehen Preußen stets mindestens 26 Stimmen zu.“ fragt Dr. LAUSCHER an, welche Stellung die Fraktion zu diesem Antrag einnehme. Die Fraktion ist an sich gegen diesen Antrag. Es soll aber zunächst noch eine interfraktionelle Besprechung stattfinden, in der die Beschlußfassung bzw. Stellungnahme unserer Fraktion vorbehalten werden soll.⁴

Dr. REINEKE berichtet über den Vorgang in dem Ausschuß bezüglich des Landwirtschaftskammergesetzentwurfs.⁵

Weiter nehmen hierzu das Wort: BERGMANN, HEROLD, HARSCH, JAKOBY-RAFFAUF, HIRTSIEFER, HEROLD, STEGER, BUSCH, Dr. REINEKE, HIRTSIEFER, HEROLD, BERGMANN, BUSCH.

WENTRUP beantragt Schluß der Debatte. Der Antrag wurde angenommen.

REINEKE und HEROLD verzichten auf das Wort zur persönlichen Bemerkung.

Es wollen die interessierten Herren nochmals zusammenkommen und das Ergebnis der Fraktion mitteilen.

Wahlrechtsvorlage⁶ soll morgen beraten werden.

1 Antrag Siering usw. [SPD,Z,DDP,DNVP,DVP,USPD] auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen, Drucks. Nr. 3463.

2 Dies bezieht sich auf § 8 der Drucks. Nr. 3463.

3 Um welchen Antrag es sich dabei handelt, ist unklar. Da in Drucks. Nr. 3463 vorgesehen war, daß jede der 11 preußischen Provinzen, die Grenzmark Posen-Westpreußen und die Stadt Berlin je ein Mitglied in den Reichsrat entsenden sollten, mußte die Anzahl der preußischen Stimmen im Reichsrat mindestens 26 betragen, um diese Forderung erfüllen zu können.

4 Es wurde mit dem von allen Fraktionen unterstützten Antrag Siering, Drucks. Nr. 3464, ein Kompromiß gefunden. Demnach sollte auf die Reichsregierung eingewirkt werden, damit jede preußische Provinz einen Vertreter in den Reichsrat entsenden könne.

5 Der Antrag Siering usw. [SPD,DDP] auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammern, Drucks. Nr. 3331, war in der 179. Sitzung am 25. November 1920 dem verstärkten Landwirtschaftsausschuß zur Beratung überwiesen worden. Der Ausschuß beriet den Antrag am 1. und 2. Dezember 1920. Vgl. den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 3518.

6 Vgl. Nr. 180.

180.

3. 12. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup.

1. Wahlgesetz:¹ Hierzu referierte GREBE. Wenn nicht von anderer Seite gesprochen wird, dann soll auch von unsrer Seite nicht geredet werden.²

2. [Zum] Gesetz zu den Provinziallandtagen und Kreistagen³ referierte GREBE.

3. *Ministerium des Innern*:⁴

LINZ: Es handelt sich um die Person des Staatssekretärs Freund. Die Ausführungen des Ministers können uns *nicht* befriedigen.⁵

Dr. LAUSCHER: Was die Sache Pfeiffer⁶ angeht, so hat er gerade erklärt, daß er sich durchaus nicht mit der Pfarrhauskomödie einverstanden erklärt habe; im Gegenteil, er hätte entschieden widersprochen.

MARX: Dasselbe hat Pfeiffer in der Vorstandssitzung erklärt. Haenisch ist mit Vorsicht aufzunehmen.

DINSLAGE berichtet über die Beratungen in dem Besoldungsausschuß bezüglich der Kinderbeihilfen.⁷

Schullastenausgleich:⁸ Hierüber berichtete GOTTWALD.

1 Gesetzentwurf über die Wahlen zum Preußischen Landtag, Drucks. Nr. 3051. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs stand auf der Tagesordnung des Plenums.

2 Es redete Grebe in der 188. Sitzung am 3. Dezember 1920, Sp. 14478 f.

3 Gesetzentwurf, betr. die Wahlen zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen, Drucks. Nr. 3001. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs stand auf der Tagesordnung des Plenums.

4 Gemeint ist der Tagesordnungspunkt des Plenums „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Ministerium des Innern (Fortsetzung) – Anlagen Band II Nr. 28 – Drucksache Nr. 3275“.

5 In der „Deutschen Tageszeitung“ vom 2. Dezember 1920 war der Artikel „Herr Staatssekretär Freund als Charakter“ erschienen, in dem behauptet wurde, daß sich Freund der Kapp-Regierung zur Verfügung gestellt habe. Dies wurde in der 187. Sitzung am 2. Dezember 1920 von den Abgeordneten Lüdicke (DNVP), Sp. 14399, und von Richter (DVP), Sp. 14431 f. aufgegriffen. Innenminister Severing lehnte es in seiner Entgegnung ab, allein aufgrund einer Pressemitteilung eine Untersuchung gegen Freund einzuleiten, ließ aber offen, ob der Fall untersucht würde. Vgl. Sp. 14448 f. Nach weiteren Protesten erklärte Severing in der 188. Sitzung am 3. Dezember 1920, daß ein Verfahren gegen Freund eingeleitet worden sei. Vgl. 14524. Gronowski zeigte sich daraufhin in seiner anschließenden Etarede über die Ausführungen Severings nicht befriedigt. Vgl. Sp. 14537.

6 Vgl. Nr. 178.

7 Bei den Verhandlungen des 23. Ausschusses am 1. Dezember 1920 kam es zu einer Aussprache mit den Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und des Preußischen Lehrervereins. Dabei erhob der Vertreter des Deutschen Beamtenbundes die Forderung nach einer Verdoppelung der vorgesehenen Kinderbeihilfen. Vgl. den wörtlichen Bericht dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D X f Nr. 9, Beiheft 2, Bd. 1.

8 Fragen des Schullastenausgleichs traten im Zusammenhang mit den Beratungen des Volksschullehrer-Dienstentkommensgesetzes, Drucks. Nr. 2547, während der zweiten Lesung im 23. Ausschuß auf. In der Ausschußsitzung am 3. Dezember 1920, ab 18.30 Uhr, legte das Zentrum diesbezügliche Anträge vor. Vgl. die Niederschrift der Ausschußsitzung vom 3. Dezember 1920, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D X f Nr. 9, Beiheft 2, Bd. 1.

181.

4. 12. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurden verschiedene Eingänge verlesen.

2. Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Erste Beratung des Antrags Siering usw. [SPD,Z,DDP,DVP,USPD] auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Wahlen zum Staatsrat – Drucksache Nr. 3454] und 2 [Erste Beratung des Antrags Siering usw. [SPD,Z,DDP,DNPV,DVP,USPD] auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen – Drucksache Nr. 3463]: Diese Anträge sollen der Kommission überwiesen werden.

Zu Punkt 3 [Beratung des Antrags Siering usw. [SPD,Z,DDP,DNPV,DVP,USPD] auf Entsendung eines Vertreters in den Reichsrat durch jede Provinz – Drucksache Nr. 3464]: Dieser Antrag kann im Plenum verhandelt werden.

Zu Punkt 4 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Ministerium des Innern – Anlagen Band Nr. 28 – Drucksache Nr. 3275]: Nichts zu bemerken.

Zu Punkt 5 (Mittellandkanal)¹ berichtete BLANK.² Es werden im Plenum nur kurze Erklärungen abgegeben werden.

RHIEL spricht sich für die *Südlinie* aus. Ebenso DIETRICH.

BLANK, LOEHR und RÜRUP treten für die *Mittellinie* ein.

BLANK legt noch einmal die Vorzüge der Mittellinie dar, wobei auch diejenigen zufrieden sein können, die für die Südlinie eintreten.

Diesen Ausführungen schließt sich LOEHR an.

1 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Vollendung des Mittellandkanals und die durch sie bedingten Ergänzungsbauten an vorhandenen Wasserstraßen – Drucksachen Nr. 2659, 3441“.

2 Der Planung des Mittellandkanals hatte in den Regierungsvorlagen 1899 und 1901 eine Streckenführung zugrunde gelegen, die den Kanal zwischen Hannover und Burg so weit an den Städten Hildesheim, Peine und Braunschweig vorbeiführte, daß Stichkanäle zwischen 16 und 29 km Länge notwendig gewesen wären, um diese Städte an den Kanal anzubinden. Bei der Planung der Vollendung des Mittellandkanals nach dem I. Weltkrieg wurden deshalb andere Streckenführungen vorgeschlagen. Die Südlinie sollte von Peine über Braunschweig, Wolfenbüttel, Oschersleben, Magdeburg nach Burg führen. Die Mittellinie sollte die Städte Peine und Braunschweig möglichst unmittelbar an den Kanal anschließen, aber ansonsten der schleusenärmeren Nordlinie folgen. Vgl. dazu ausführlich den Ausschußbericht, Drucks. Nr. 3441.

182.

9. 12. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Der Vorsitzende [PORSCH] teilt mit, daß um 12 Uhr eine Ältestenratssitzung stattfindet, in der darüber beraten werden solle, ob morgen das Grundsteuergesetz¹ auf die Tagesordnung gesetzt werden solle. Der Präsident wird dies vorschlagen.²

2. SCHULTE berichtete über die letzte Sitzung des Hauptausschusses (Ausführungsgesetz zum Landessteuergesetz), in der die Sozialdemokraten erklärten, eine weitere Beratung nicht vornehmen zu können, weil der Vorschlag des Finanzministers auf gleichzeitige Beratung des Grundsteuergesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz nicht angenommen sei.³

3. Es wurden sodann verschiedene Eingänge verlesen.

Es wurde sodann in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu Punkt 1 [Beratung der Mitteilung des Ministers des Innern über die Verwaltung des Land- und Stadtkreises Elbing – Drucksache Nr. 3452]: Nichts Besondres zu bemerken.

Zu Punkt 2 [Erste Beratung des Antrags Hauschildt usw. [SPD,DDP] auf Annahme eines Gesetzentwurfs über die Erweiterung des Stadtkreises Barmen – Drucksache Nr. 3439]: Kommissionsberatung beantragen. Weitere Ausführungen machte dazu VENNEN.

Zwischendurch machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß der Staatskommissar Drews⁴ keine etatmäßige Stelle habe. Dies sei notwendig und für uns sehr zweckmäßig. Die Demokraten hätten das beschlossen.⁵

Die Fraktion ist damit einverstanden, daß Drews eine etatmäßige Stelle erhält.

SCHÜLING spricht sich in derselben Richtung aus.

1 Der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz, Drucks. Nr. 3310, war der Landesversammlung am 16. November 1920 unterbreitet worden.

2 Die Sitzung des Ältestenrates fand am 9. Dezember 1920, 12.15-13.20 Uhr, statt. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 44, Bd. 2.

3 Für eine separate Beratung des Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz traten in der 129. Sitzung des Hauptausschusses am 8. Dezember 1920 Zentrum, DDP, DVP und DNVP ein. Daraufhin verließen die Vertreter der SPD die Sitzung. Vgl. das Protokoll dieser Sitzung in: GStA Merseburg, Rep. 169 D I 32h, Beiheft 1, Bd. 7. Vgl. auch die Mitteilung in der Sitzung der DDP-Fraktion am 9. Dezember 1920. Protokoll dieser Sitzung, in: BA Koblenz, R 45 III/64, fol. 49.

4 Wilhelm (Bill) Drews, 1917/18 preußischer Innenminister, seit 1. Mai 1919 mit der Vorbereitung der preußischen Verwaltungsreform beauftragt, 1921-1937 Präsident des preußischen Oberverwaltungsgerichts. Vgl. auch Nr. 134.

5 Die Initiative dazu ging von Unterstaatssekretär Meyer (DDP) aus. Er forderte für Drews die Errichtung eines Staatskommissariats für die Verwaltungsreform. Vgl. das Protokoll der DDP-Fraktion der Landesversammlung vom 16. November 1920, in: BA Koblenz, R 45 III/64, fol. 34.

MÜLLER (Prüm) ist derselben Ansicht.

Zu *Punkt 3* (Bergetat):⁶ Es referierte hierzu HARSCH.

6 Es handelte sich um den Tagesordnungspunkt „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung – Anlagen Bd. I Nr. 8 – Drucksachen Nr. 2687, 2918, 3348, 3365, 3456, 3472“.

183.

10. 12. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Von dem Vorsitzenden [PORSCH] wurde eine ausführliche Schrift des Abgeordneten Pfeiffer bezüglich der „Pfarrhauskomödie“ verlesen.¹ Die Sache soll zunächst zurückgestellt werden.

Sodann wurden verschiedene Eingänge verlesen. Dinslage läßt sich wegen Erkrankung seines Sohnes entschuldigen. Es wurde das Schreiben des Päpstlichen Nuntius verlesen, in welchem er seine Anerkennung der Bemühungen des Zentrums bezüglich der Verfassung zum Ausdruck bringt.²

Es wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Über den Großwahltag³ referierte BEYER.

Es wurde in die Tagesordnung des Plenums eingetreten.

Zu *Punkt 1* (Erhöhung der Gerichtsgebühren):⁴ Dieser Gesetzentwurf kann ohne Kommissionsberatung sofort erledigt werden.

Zu *Punkt 2* (Anstellung von weiblichen Personen in Gast- und Schankwirtschaften):⁵ Es soll für den Gesetzentwurf gestimmt werden.

Zu *Punkt 3* [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung (Fortsetzung) – Anlagen

1 Vgl. Nr. 178 und 180. Die Schrift Pfeiffers ließ sich nicht ermitteln.

2 Nicht nachgewiesen.

3 „Großwahltag“ bezeichnet die gleichzeitige Abhaltung mehrerer Wahlen an einem Tag. Auch die Landtagswahlen 1921 sollten zusammen mit anderen Wahlen stattfinden. Vgl. Nr. 179. Die gleichzeitige Abhaltung mehrerer Wahlen bei den Landtagswahlen 1921 führte zu einer großen Anzahl ungültiger Stimmen. Vgl. Klöcker, Landtag, S. 46 f.

4 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Änderung des Gesetzes über Teuerungszuschläge zu den Gebühren der Notare, Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher und zu den Gerichtskosten vom 29. April 1920 (Gesetzsamml. S. 152) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1920 (Gesetzsamml. S. 155) – Drucksache Nr. 3490“.

5 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Beratung der Anordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften – Drucksachen Nr. 2860, 2912, 2971, 3129“.

Band I Nr. 8 – Drucksache Nr. 2687, 2918, 3348, 3365, 3456, 3472] referierte BRUST.

Zu *Punkt 4* (Grundsteuergesetz etc.)⁶ Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß dieses Gesetz wegen der Abstimmung in Oberschlesien *nicht* verabschiedet werden soll.

HEROLD spricht sich dafür aus, mit den bürgerlichen Parteien sich darüber zu verständigen, [daß] der Gesetzentwurf *nicht* auf die Tagesordnung gesetzt werde.

Die Sache wird bis zum Eintreffen der Minister zurückgestellt.

Zu *Punkt 5* (Forstetat)⁷ nahm BUSCH das Wort. Es muß den höheren Forstbeamten ein Dank ausgesprochen werden. Der Sozialdemokrat Gebhardt hat außerordentlich gehetzt.⁸ RHIEL spricht zu diesem Etat.⁹

Punkt 6 (Zentralgenossenschaftskasse)¹⁰: spricht Busch.¹¹

Punkt 7 Seehandlung¹²: nichts zu bemerken.

Es wurde jetzt zum Punkt 4 zurückgekehrt.

RICHTARSKY betont, daß es für die *Polen* nur erwünscht sei, wenn das Gesetz verabschiedet werde. Auch würden wir bei den Wahlen recht erhebliche Schwierigkeiten haben.

BERGMANN spricht sich für das Gesetz aus, obschon er die Bedenken dagegen nicht unterschätzt.

AM ZEHNHOFF teilt den Beschluß des Staatsministeriums mit, daß unter Berücksichtigung auf Oberschlesien das Gesetz eingebracht werden könne.

HAGER spricht sich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen entschieden gegen das Gesetz aus.

Dr. REINEKE: Es muß m. E. erreicht werden, daß wir in keine *sachliche* Behandlung eintreten.

6 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz – Drucksache Nr. 3310“. Vgl. zum Schicksal des Gesetzentwurfs Nr. 184 Anm. 2.

7 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Forstverwaltung – Anlagen Band I Nr. 2 – Drucksachen Nr. 2830, 3157, 3158, 3256, 3492“.

8 Dies bezieht sich auf die Rede des Abgeordneten Gebhardt (SPD) auf der Delegiertenversammlung der Staatsförster. Teile der Rede zitierte Rhiel in seiner Etatrede in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920, Sp. 14967. Vgl. dazu auch die Bemerkung Gebhardts in der 197. Sitzung am 14. Dezember 1920, Sp. 15036.

9 Rede Rhiels in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920, Sp. 14965-14969.

10 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Preußische Zentralgenossenschaftskasse – zweite Anlage zum Haushaltsgesetz – Drucksache Nr. 3493“.

11 Rede Buschs in der 197. Sitzung am 14. Dezember 1920, Sp. 15039-15041.

12 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Preußische Staatsbank (Seehandlung) – Anlagen Band I Nr. 6 – Drucksache Nr. 3442“.

BUSCH spricht sich mit Rücksicht auf die Wahlen gegen das Gesetz aus. Wir müssen z. Zt. das Gesetz ablehnen. Was später zu geschehen hat, muß abgewartet werden.

SCHULTE: Die Sozialdemokraten wollen das Grundsteuergesetz nur aus *Wahlgründen* durchbringen.

Dr. PORSCH unterstreicht die Ausführungen des Vorredners. Er kritisiert scharf das Vorgehen des Finanzministers.

STEGERWALD: Unter den obwaltenden Umständen muß das Gesetz *einggebracht* werden, was die Landesversammlung damit macht, ist ihre Sache. Wenn die Mehrzahl der Demokraten dafür ist, dann müssen wir zusammen mit diesen und den Sozialdemokraten das Gesetz machen. Wenn die Demokraten *nicht* dafür sind, dann können wir allein mit den Sozialdemokraten das Gesetz nicht verabschieden mit Rücksicht auf die bevorstehende Wahl.

MÜLLER (Neuwied), KLOFT, RHIEL und BEYER.

184.

11. 12. 1920: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

1. Es wurden bezüglich des Grundsteuergesetzes¹ verschiedene Erklärungen abgegeben. BUSCH berichtete vertraulich die Verhandlungen bezüglich des Grundsteuergesetzes.

Zu Punkt 1 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz – Drucksache Nr. 3310]: Wenn seitens der Demokraten die Absetzung beantragt wird, dann sollen wir dafür stimmen.²

Zu Punkt 2 (Gemeindewahlrecht in Helgoland):³ berichtete BEYER (Oberschlesien). Es soll dafür gestimmt werden.

1 Es handelt sich dabei um den Gesetzentwurf, Drucks. Nr. 3310, der als Punkt 1 auf der Tagesordnung des Plenums stand.

2 Das Fraktionsprotokoll der DDP vom 11. Dezember 1920 notierte zu diesem Punkt: „Es wird beschlossen, eine schriftliche Erklärung zu formulieren und diese in der Vollsitzung zur Verlesung zu bringen.“ BA Koblenz, R 45 III/64 pag. 50. Die Absetzung des Tagesordnungspunktes wurde vom Abg. Ruer (DDP) anschließend im Plenum mit der Begründung beantragt, daß ein großer Teil der Fraktionsmitglieder auf dem Nürnberger Parteitag der DDP sei. Die SPD sah darin einen gezielten Versuch, den Gesetzentwurf in der laufenden Session nicht mehr verabschieden zu lassen. Vgl. dazu die Geschäftsordnungsdebatte in der 195. Sitzung am 11. Dezember 1920, Sp. 14900-14903. Tatsächlich kam der Gesetzentwurf nicht mehr zur Verabschiedung. Vgl. Sp. 16387 (Sachweiser).

3 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. das Gemeindewahlrecht in Helgoland – Drucksachen Nr. 2953, 3178“.

Zu *Punkt 3* [Erste, zweite und dritte Beratung des Antrags Weisfermel usw. [DNVP,DDP,SPD,Z,DVP,USPD] auf Annahme eines Gesetzentwurfs zur Änderung des Staatsschuldenverwaltungsgesetzes – Drucksache Nr. 3510]: Nichts zu bemerken.

Zu *Punkt 4* [Beratung der Anordnung des Ministers des Innern, betr. die Verwaltung von Gebietsteilen, die bei der Festlegung der deutsch-polnischen Grenze bei Preußen verblieben sind – Drucksache Nr. 3496]: Nichts Besonderes zu bemerken.

Zu *Punkt 5* [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Berg-, Hütten und Salinenverwaltung (Fortsetzung) – Anlagen Band I Nr. 8 – Drucksache Nr. 2687, 2918,3348, 3365, 3456, 3472]: Nichts weiter zu bemerken. Der Antrag Krüger⁴ soll angenommen werden.

Zu *Punkt 5* [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar] C [Preußische Zentralgenossenschaftskasse – zweite Anlage zum Haushaltsgesetz – Drucksache Nr. 3493] und D [Preußische Staatsbank [Seehandlung) – Anlagen Band I Nr. 6 – Drucksache Nr. 3442]: wird Busch sprechen.⁵

2. Große Anfrage Bensch bezüglich [. . .]⁶ der Zeitungen durch die Polen: Die Fraktion ist der Ansicht, daß diese Angelegenheit mit dem *Reich* verhandelt werde. Im übrigen müsse die Fassung geändert werden und eine *kleine* Anfrage sei dann besser, weil hier im Plenum nicht mehr verhandelt werden könne. Bensch wird mit den anderen Parteien verhandeln.⁷

3. [. . .]⁸

4 Gemeint ist der Antrag Dr. Crüger (Charlottenburg) usw. [DDP] zur II. Beratung des Gesetzentwurfs zur Aufschließung von Steinkohlen (Nr. 2811), Drucks. Nr. 3507. Die zweite Beratung dieses Gesetzentwurfs war mit der zweiten Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung verbunden.

5 Rede Buschs in der 197. Sitzung am 14. Dezember 1920, Sp. 15039-15041.

6 Unleserliches Wort.

7 Aus dieser Initiative entstand die Große Anfrage Dominicus usw. [DDP, DNVP, DVP, Z, SPD] über die Unterdrückung der deutschen Presse in Polen, Drucks. Nr. 3575.

8 Zu diesem Punkt wurde nichts protokolliert.

185.

14. 12. 1920:¹ Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: unbekannte Handschrift und Handschrift Wentrup, gez. Wentrup.

Zu *Punkt 1* [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Übertragung richterlicher Geschäfte in Grundbuchsachen auf die Gerichtsschreiber und

1 Das Protokoll ist undatiert.

die Vorsteher der Katasterämter – Drucksachen Nr. 3455, 3516] spricht Abg. Goebel.²

Zu Punkt 2 [Erste, zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Gesetze, betr. die vorläufige Regelung des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1920, vom 6. Mai, 24. Juni und 21. September 1920 (Gesetzsamml. S. 159, 359, 431) (Ausdehnung bis Ende März 1921) – Drucksache Nr. 3524] und 3 [Beratung der Verordnungen des Justizministers über Änderungen von Gerichtsbezirken anlässlich der Ausführung des Friedensvertrages – Drucksachen Nr. 1066, 3005, 3515]: Nichts zu bemerken.

Zu Punkt 4 [Abstimmung über die Anträge zu der Anordnung über die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in Gast- und Schankwirtschaften – Drucksachen Nr. 2860, 2912, 2971, 3129, 3512]: Es soll dagegen gestimmt werden.

Zu Punkt 5 [Dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Einführung einer Altersgrenze – Drucksachen Nr. 2661, 3352 zu 3, 3367, 3430, 3448, 3449, 3462]: Die Fraktion stimmt einmütig für Antrag Schulte.³ Die Fraktion stimmt gegen das Gesetz. Die für das Gesetz sind, werden sich entfernen.⁴

Punkt 6 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Gesetzes, betr. den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 (Gesetzsamml. S. 222) – Drucksachen Nr. 1724, 3002, 3513]: Es soll für das Gesetz gestimmt werden.

Punkt 7 [Zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Verpflichtung der Gemeinden zur Haltung von Ziegenböcken – Drucksachen Nr. 2810, 3514]: Es soll dafür gestimmt werden.

Punkt 8 [Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Forstverwaltung (Fortsetzung) – Anlagen Band I Nr. 2 – Drucksachen Nr. 2830, 3157, 3158, 3256, 3492, 3571]: Nichts mehr zu bemerken.

2 Ab hier Handschrift Wentrup. – Goebel sprach als Berichterstatter in der 196. Sitzung am 14. Dezember 1920, Sp. 14978 f.

3 Gemeint sind die Anträge Schulte, Drucks. Nr. 3448 und 3449. In Drucks. Nr. 3448 wurde der Vorschlag des Zentrums erneuert, die Altersgrenzen auf 68 bzw. 70 Jahre festzulegen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags wurde in Drucks. Nr. 3449 gefordert, zumindest für die ersten beiden Jahre nach Inkrafttreten des Altersgrenzengesetzes die Altersgrenzen auf 68 bzw. 70 Jahre festzulegen. Vgl. dazu Nr. 174 und 175.

4 Die Abstimmung über den Antrag Schulte, Drucks. Nr. 3449, mußte in der 196. Sitzung am 14. Dezember 1920 wegen Beschlußunfähigkeit abgebrochen werden. In der 198. Sitzung am 15. Dezember 1920 wurde die namentliche Abstimmung über den Antrag Schulte wiederholt und eine namentliche Schlußabstimmung über den Gesetzentwurf durchgeführt. Der Antrag Schulte wurde mit 97 zu 147 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt, das Gesetz mit 157 zu 70 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. 24 Zentrumsabgeordnete fehlten bei beiden namentlichen Abstimmungen unentschuldig. 4 Zentrumsabgeordnete stimmten gegen den Antrag Schulte (Merx (Köln), Schüling, Traumann, am Zehnhoff). 13 Zentrumsabgeordnete (Beyer (Oberschlesien), Drinnenberg, Gottwald, Hirtsiefer, Kaulen, Kloft, Lauscher, Marx, Neumann, Reineke, Schoenkaes, Stegerwald, Tewes), die für den Antrag Schulte gestimmt hatten, fehlten unentschuldig bei der Schlußabstimmung. Sieben Zentrumsabgeordnete stimmten in der Schlußabstimmung für den Gesetzentwurf (Blank, Elsner, Kley, Krug, Lauer, Traumann, Vennen).

Besetzung der Kommission für den Hauptausschuß für heute abend: Herold, Dr. Reineke, Schoenkaes, Koepper, Bergmann, Jacoby-Raffauf, Loehr.⁵

BUSCH referierte kurz darüber, ob Domänen in Selbstverwaltung genommen werden sollen oder nicht.⁶ *Grundsatz*: Gegen Selbstverwaltung der Domänen, für *Verpachtung* der Domänen. Nur ausnahmsweise für Verwaltung durch den Staat.

Gesetz über Kahlschläge in Privatwaldungen⁷ soll abgelehnt werden.

Der Vorsitzende [PORSCH] gab ein Schreiben des Oberpräsidenten und Landeshauptmanns von Münster i./W.⁸ bekannt, in welchem die Stellungnahme bezüglich der Autonomie dargelegt wird. Es sollen die Herrn, die sich besonders für die Sache interessieren, darüber beraten und die Antwort entwerfen.

Lehrerbesoldung.⁹ GOTTWALD referierte darüber.

5 Es traten in den Hauptausschuß am 14. Dezember 1920 ein: Elsner, Herold, Kaulen, Loehr (Meggen), Schoenkaes, Dr. Zimmer. Vgl. Sp. 15114.

6 Dieses Referat bezieht sich auf den Gesetzentwurf, betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen, Drucks. Nr. 3437.

7 Gesetzentwurf über Kahlschläge in Privatwaldungen, Drucks. Nr. 3528.

8 Oberpräsident und Landeshauptmann von Westfalen war der Zentrumsolitiker Bernhard Würmeling. Sein Schreiben konnte nicht ermittelt werden. Vermutlich bezog es sich auf die Ablehnung der Ausdehnung der Provinzialautonomie durch die Landeshauptmänner. Vgl. Nr. 170.

9 Der Gesetzentwurf, betr. das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen (Volksschullehrer-Dienstleistungsgesetz – V. D. G. –), Drucks. Nr. 2547, war in der 148. Sitzung am 6. Juli 1920 in erster Lesung beraten und einem besonderen Ausschuß überwiesen worden. In der 200. Sitzung am 17. Dezember 1920 fanden die zweite und dritte Lesung im Plenum statt. Gottwald gab dabei eine Fraktionserklärung ab. Vgl. Sp. 15262 f.

186.

12. 1. 1921: Fraktionssitzung

NL Porsch IV 14: Handschrift Blank und Jakoby-Raffauf, gez. Jakoby-Raffauf.

1. Dr. Tewes erhält Genehmigung zur Einbringung eines Antrages betr. Besteuerung des Handelsgewerbes im Umherziehen.¹

2. ESSER berichtet über Differenzen, die im Handelsausschuß aufgetreten sind bezüglich der Gewerbeschullehrer.²

1 Gemeint ist der Antrag Esser usw. [Z] zur III. Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Gesetzes vom 27. Februar 1880, betr. die Besteuerung des Wanderlagerbetriebes, Drucks. Nr. 4089. Dieser Antrag wurde auf den 14. Januar 1921 datiert und noch am gleichen Tag durch den Antrag Esser, Drucks. Nr. 4094, ersetzt, der von allen Fraktionen unterstützt wurde.

2 Am 10. und 11. Januar 1921 kam es während der ersten Lesung des Berufsschullehrer-Dienstleistungsgesetzes, Drucks. Nr. 3848, im verstärkten Handels- und Gewerbeausschuß zum

3. BEYER ist der Ansicht, daß das Reichsratsgesetz³ noch nicht so brennend sei.
4. Dr. PORSCH stimmt dem zu, s. E. sollte das Gesetz nicht mehr ins Plenum kommen.
5. STIELER erhält Erlaubnis, einen Antrag einzubringen betr. Nebenbezüge für Pflichtüberschichten.⁴
6. Dr. REINEKE und Mehrheit wünscht keinesfalls weitere Tagung nach dem 16. Januar 1921.
7. Dr. PORSCH und Dr. REINEKE machen auf Schwierigkeiten aufmerksam betr. der Ausführungen zum Wahlgesetz.⁵
8. Zu Punkt 1 der Tagesordnung betr. der Domänenbewirtschaftung durch die Treuhandels-Gesellschaft⁶ stimmen wir dagegen.

Zu Punkt 2 [Beratung des Antrages Siering usw. [SPD,USPD,DDP,Z,DVP, DNVP] auf Bestellung des ständigen Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber dem Staatsministerium – Drucksache Nr. 4021, zu Punkt] 3 [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Anwendung der Vorschriften, betreffend ein vereinfachtes Enteignungsverfahren auf die Enteignung von Grundstücken in Festungsbezirken – Drucksache Nr. 3967, zu Punkt] 4 [Erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend Erweiterung des Stadtkreises Neißة – Drucksache Nr. 3934, zu Punkt] 5 [Beratung des 71. Berichts der Staatsschuldenkommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens – Drucksache Nr. 3865, zu Punkt] 6 [Beratung der Mitteilung des Ministers für Volkswohlfahrt über die Erhöhung der Gebühren der Kreisärzte und Chemiker für gerichtliche und medizinapolizeiliche Verrichtungen – Drucksache Nr. 3881, zu Punkt] 7 [Beratung der Mitteilung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung über die Verleihung des Ortszulagerechts an die Schulverbände Everswinkel und Wentorf – Drucksache Nr. 3956, zu Punkt] 8 [Erste Beratung des Antrages Siering usw. [SPD,Z,DDP,DVP, DNVP] auf Annahme eines Gesetzentwurfs über das Übergangsgeld der Staatsminister – Drucksache Nr. 3880, zu

Konflikt über die Frage der Eingruppierung der Gewerbe- und Handelslehrer. Während der Finanzminister die Eingruppierung in Besoldungsklasse 8 forderte, beschloß der Ausschuß die Eingruppierung in die Klasse 9. Vgl. die Niederschriften des Ausschusses, in: GStA Merseburg, Rep. 169 D XI Nr. 8, Bd. 1.

- 3 Gemeint ist der auf den Antrag aller Fraktionen zurückgehende Gesetzentwurf über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrats durch die Provinzialverwaltungen, Drucks. Nr. 3463. In der 189. Sitzung am 4. Dezember 1920 war er in erster Lesung beraten und an den Verfassungsausschuß verwiesen worden. Bis zum Ende der Legislaturperiode wurde er nicht mehr erledigt. Vgl. Sp. 16344 (Sachweiser).
- 4 Aus dieser Initiative erwuchs der Antrag Limbertz usw. [SPD,Z,DDP,DVP, DNVP,USPD] zur III. Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung für 1920, Drucks. Nr. 4066.
- 5 Ab hier Handschrift Jakoby-Rauffauf. – Die Bemerkungen von Porsch und Reineke beziehen sich auf das Gesetz über die Wahlen zum Preußischen Landtag, Drucks. Nr. 3480. Dazu hatte das Staatsministerium am 29. Dezember 1920 eine Verordnung erlassen, Drucks. Nr. 4111, die in der Landesversammlung nicht mehr zur Besprechung kam.
- 6 Es handelte sich dabei um den Tagesordnungspunkt „Wiederholte namentliche Abstimmung über § 3 des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen – Drucksachen 3437, 3769“.

Punkt] 9 [Erste Beratung des Entwurfs eines Anleihegesetzes zur Bereitstellung von Mitteln für Kleinbahnen – Drucksache Nr. 3941, zu Punkt] 10 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung eines dritten Nachtrags zum Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1920 (Schutzpolizei) – Drucksache Nr. 3968, zu Punkt] 11 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Bereitstellung weiterer Staatsmittel für die durch die Gesetze vom 1. April 1905, 8. Mai 1916 und 11. Juli 1917 angeordneten Wasserstraßenbauten – Drucksache Nr. 3970]: nichts zu bemerken.

Punkt 12 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung weiterer Geldmittel für die nach dem Gesetze vom 4. August 1904 (Gesetzsamml. S. 185) durchzuführende Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder – Drucksache Nr. 3920]: Ausschuß überweisen.

Punkt 14 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Abbürdung der Baukostenüberteerung – Drucksache Nr. 3969]: Zur Unterstützung der Baukosten Überteerungszuschüsse wird zugestimmt.

Zu Punkt 15 [Erste Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Änderung der Gesetze über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 (Gesetzsamml. S. 134), 19. August 1897 (Gesetzsamml. S. 343), 2. Juni 1902 (Gesetzsamml. 161) – Drucksache Nr. 3935] ist nichts zu sagen.

Zum Hebammengesetz⁷ spricht Frau Heßberger.⁸

Zum Kultusetat⁹ spricht Dr. Lauscher, Frau Stoffels und Dr. Grebe.¹⁰

7 Gemeint ist der Gesetzentwurf, betreffend das Hebammenwesen, Drucks. Nr. 2983. Die Fortsetzung der zweiten Lesung stand auf der Tagesordnung des Plenums.

8 Reden Heßbergers in der 205. Sitzung am 12. Januar 1921, Sp. 15535-15550, 15602, 15608 f., 15612, 15619.

9 Gemeint war der Tagesordnungspunkt „Zweite Beratung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1920, und zwar Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung – Anlagen Band II Nr. 31 – Drucksachen Nr. 3175, 3300, 3309, 3530, 3584, 3812, 3947-3950, 4010-4012, 4014, 4029“. Er kam in der 207. Sitzung am 13. Januar 1921 zur Verhandlung.

10 Es redeten in der 207. Sitzung am 13. Januar 1921 Lauscher, Sp. 15677-15685, Stoffels, Sp. 15749-15752, und Grebe, Sp. 15728-15732.

Anlagen

Anlagen

1. Mitglieder und Hospitanten der Zentrumsfraktion der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung¹

Name Geburtsdatum Sterbedatum	MdAbgh MdL MdLV	Reichstagsmandate, kommunale, Partei- und andere Ämter bis 1919
Altegoer, Gustav *19. 6.1859	- 1919-1921 1921-März 1933	unbesoldetes Mitglied des Magistrats der Stadt Essen, Mitglied der Handwerkskammer Dortmund, zweiter Vorsitzender des Kirchenvorstands, zweiter Vorsitzender der Zentrumspartei des Wahlkreises Bochum Stadt
Andres, Franz * 5. 4.1872	- 1919-1921 -	Vorstandsmitglied der Kreuznacher Beamtenvereinigung und der Zentrumspartei für den Kreis Kreuznach, 1914 Stadtverordneter in Wiesbaden
Behrendt, Joseph *15.11.1874	- 1919-1921 -	Vorsitzender des kath. Lehrervereins Danzig, Vorstandsmitglied des Verbandes kath. Lehrer Westpreußens, Vorstandsmitglied der Bodenreformer der Ortsgruppe Danzig
Bell, Johannes *23. 9.1868 †21.10.1949	1908-1918 1919-1921 -	1912-1918 MdR. Seit 1900 Stadtverordneter in Essen, Vorstandsmitglied der Rheinischen Zentrumspartei; Mitglied des Vorstandes und Kuratoriums zahlreicher politischer und wirtschaftlicher Vereine
Belzer, Emil *18. 3.1860 †18. 9.1930	1906-1913 25.6.1919-1921 -	1906-1918 MdR.
Bensch, Georg *22.10.1875	- 1919-1921 -	Vorsitzender des kath. Lehrerverbandes der Provinz Posen.
Berens, Gerhard *	- 18.9.1919-1921 -	
Bergmann, Johann *22. 7.1874	- 1919-1921 1921-1928	Vorsitzender der Bezirksorganisation der Zentrumspartei St. Peter, Köln-Ehrenfeld, Mitglied des Hauptausschusses der Kölner Zentrumspartei, Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Köln
Beyer, Eduard *16.11.1854 † 2. 7.1926	1908-1918 1919-1921 1921-1924	Vorsitzender des Neustädter Kreiskriegervereins, zweiter Vorsitzender des Zentrumswahlvereins Neustadt (Oberschlesien)
Biester, Karl *29. 1.1878	- 1919-1921 1921-1933	Abgeordneter der Deutsch-Hannoverschen Partei. Im Vorstand mehrerer deutsch-hannoverscher Vereine, Mitglied der „Zentralstelle Völkerrecht“
Blank, Christian *13. 5.1879	- 1919-1921 1921-1928	Vorsitzender der Zentrumspartei für den 16. Wahlkreis, Vorsitzender und Vorstandsmitglied zahlreicher akademischer, sozialer und Beamtenvereine
Brackmann, Karl * 9. 2.1862	- 1919-1921 -	Abgeordneter der Deutsch-Hannoverschen Partei. Bürgerwortführer in Bremervörde

¹ Neben der Verwendung der üblichen biographischen Hilfsmittel wurden vor allem die auf eigenen Angaben der Abgeordneten beruhenden Kurzbiographien bei Klöcker, Zentrumsfraktion, ausgewertet. Ferner wurden einzelne Angaben aus Plate, Handbuch, und Klöcker, Preußischer Landtag, übernommen.

Anlage

Name Geburtsdatum Sterbedatum	MdAbgh MdL MdLV	Reichstagsmandate, kommunale, Partei- und andere Ämter bis 1919
Brust, August * 1. 8.1862 †20. 4.1924	1903-1918 1919-1921 1921-20.4.1924	Bis 1904 Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, 1913-1918 Stadtverordneter in Buer
Busch, Wilhelm *28.12.1867 †18. 5.1923	1903-1918 1919-1921 1921-18.5.1923	Vorstandsmitglied des Verbandes Rhein.-Westf. Gemeinden, des Rhein. Bauernvereins, der Lokalabt. des Landwirtschaftl. Vereins für Rheinpreußen, Mitglied des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei
Cohaus, Edmund * 8.12.1854 †20. 5.1927	1909-1918 1919-1921 -	Zahlreiche Ehrenämter
Dannenberg, Georg von *16.11.1858 †29. 4.1931	- 1919-1921 1921-1924	Abgeordneter der Deutsch-Hannoverschen Partei. 1909-1912 MdR
Dietrich, Emil *24. 7.1876	- 1919-1921 1921-1933	Vorsitzender des Windthorstbundes Halle, des Volksvereins für das kath. Deutschland in Halle, Vorstandsmitglied des Provinzialausschusses der Zentrumspartei in der Provinz Sachsen und des Bezirksausschusses der kath. Schulorganisation der Provinz Sachsen
Dinslage, Anton * 1. 1.1852 † 8. 1.1922	1893-1918 1919-1921 1921-8.1.1922	Vorsitzender des Kreiskomitees der Zentrumspartei im Kreis Arnberg
Dransfeld, Hedwig *24. 2.1871 †13. 3.1925	- 1919-21.6.1920 -	Seit 1912 Vorsitzende des kath. Frauenbundes Deutschlands
Drinnenberg, August *13. 5.1857	1908-1918 1919-1921 -	Seit 1892 Unterverbandsdirektor Raiffeisener Genossenschaften für den Kreis Fulda
Eismann, Adam *13. 8.1872	- 1919-1921 1921-1928	Seit 1906 Sekretär des Kreiskomitees der Zentrumspartei des Kreises Altenkirchen
Elsner, Heinrich *18. 7.1867	1916-1918 1919-1921 1921-1928	Mitglied des Kreistages, Vorstandsmitglied des Vereins kath. Lehrer Schlesiens, des Landwirtschaftlichen und Bienezüchtervereins, Mitglied des Zentrumswahlkomitees für den Kreis Neurode, Vorsitzender des Lehrerrats, stellvertretender Vorsitzender des Bauernrats
Esser, Thomas *15. 5.1870 †29.11.1948	- 1919-1921 1921-17.2.1922	Seit 1906 Stadtverordneter, seit 1918 unbesoldeter Beigeordneter, seit 1913 Mitglied des Kreistags. Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wirtschaftsstelle für den Handwerkskammerbezirk Köln, stellv. Vorsitzender des Rhein. Genossenschaftsverbandes, Geschäftsführer des Rhein. Handwerkerbundes, Vorstandsmitglied der Handwerkskammer Köln, Mitglied des Beirats für Übergangswirtschaft, Mitglied des Provinzialausschusses der Rhein. Zentrumspartei, des Landes- und des Reichsausschusses.
Faltin, Joseph * 5. 8.1852	1898-1918 1919-1921 1921-19.11.1922	1898-1906 MdR. Seit 1887 Stadtverordneter, seit 1904 Stadtverordnetenvorsteher, seit 1894 stellv. Vorsteher des Kirchenvorstands, Mitglied des Kreistags, stellv. Vorsitzender des Kreiswahlkomitees Gr.-Strehlitz-Cosel, 1. Vorsitzender des Wahlvereins Gr.-Strehlitz
Faßbender, Martin *24. 3.1856 †1943	1903-1918 1919-1921 1919-1932	1907-1918 MdR. 1883-1890 Generalsekretär des Westf. Bauernvereins, Raiffeisen-Genossenschaftler, Vorsitzender des Caritasverbandes Berlin, Mitglied der Beiräte der Zentralstellen für Volkswohlfahrt und Jugendfürsorge
Feldhuß, Maria * 4.10.1870	- 1919-1921 1921-19.11.1922	Vorsitzende der Fürsorgevermittlungsstelle Gleiwitz, des Vereins erwerbstätiger Frauen und Mädchen, des kath. Frauenbundes und anderer sozialer und caritativer Vereine

Mitglieder und Hospitanten der Zentrumsfraktion

Name Geburtsdatum Sterbedatum	MdAbgh MdL MdLV	Reichstagsmandate, kommunale, Partei- und andere Ämter bis 1919
Geil, Hermann *17. 4.1858	1913-1918 1919-1921 -	Mitglied des Kreistages, der Handwerkskammer und des Vorstands des Handwerkerverbandes Wiesbaden, Leiter des Bezirksarbeitsnachweises St. Goarshausen, stellv. Vorsitzender des Kirchenvorstandes, Mitglied des Vorstands des Zentrums-Landesausschusses Wiesbaden, stellv. Vorsitzender des Zentrumswahlvereins Oberlahnstein
Giese, Elisabeth *30. 4.1884 †20. 2.1950	- 15.9.1920-1921 1921-1933	1914-1919 Vorsitzende des Vereins kaufmännischer Gehülfinnen und Beamtinnen in Borbeck, seit 1917 Vorsitzende des kath. Frauenbundes Bottrop
Goebel, Hermann * 4. 7.1873 †(vor 1929)	1908-1918 1919-1921 1921-1928	Vorsitzender des Kreiskomitees der Zentrumspartei Kattowitz, Mitglied des Kirchenvorstands und Vorstandsmitglied verschiedener kath. Vereine
Gospos, Alois *27.12.1856	- 1919-1921 1921-19.11.1922	
Gottwald, Adolf * 7.12.1872	- 1919-1921 1921-18.8.1930	Seit 1900 Vorstandsmitglied des Vereins kath. Lehrer Berlin, seit 1904 im geschäftsführenden Ausschuß des kath. Lehrerverbandes Preußen, seit 1909 Vorstandsmitglied des kath. Lehrerverbandes des Deutschen Reichs
Grebe, Friedrich * 1. 1.1873 †26.11.1931	- 1919-1921 1921-26.11.1931	Mitglied des Zentralvorstandes der Hannoverschen Zentrumspartei, Vorsitzender des Gesamtausschusses der Zentrumspartei für den 15. Wahlkreis (Aurich, Stade, Osnabrück)
Gronowski, Johannes * 4. 2.1874 †27. 8.1957	1908-1918 1919-1921 1921-1933	1902 Arbeitersekretär Dortmund, seit 1906 Stadtverordneter, 1908 Parteisekretär
Hager, Paul * 9. 2.1870 †30.11.1927	1913-1918 1919-1921 1921-30.11.1927	Generaldirektor der Preußischen Lebensversicherungs AG, Mitglied des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte
Harsch, Peter * 2. 7.1874	- 1919-1921 1921-1933	Seit 1904 Bezirksleiter des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter im Wurmrevier
Herkenrath, Heinrich *22. 5.1863	1916-1918 1919-1921 -	Stadtverordneter, Kreistagsabgeordneter
Herold, Carl *20. 7.1848 †13. 1.1931	1889-1918 1919-1921 1921-13.1.1931	1898-1918 MdR. Mitglied des westfälischen Provinziallandtags, des Kreistags und Kreisausschusses Münster, der Amts- und Gemeindevertretung, Direktor des Meiereiverbandes Westfalen, des landw. Hauptvereins für den Reg. Bez. Münster und des landw. Vereins für des Kreis Münster, Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer für Westfalen, des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege, Mitglied des Beirats der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Vorstandsmitglied des Volksvereins für das kath. Deutschland, Vorsitzender des westf. Zentrums, stellv. Vorsitzender der preußischen Zentrumsfraktion und Vorstandsmitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages
Heß, Joseph *13. 5.1878 † 4. 2.1932	1908-1918 1919-1921 1921-4.2.1932	Mitbegründer und Mitglied des wissenschaftlichen katholischen Vereins Unitas-Sugambria, Münster
Heßberger, Maria *10. 7.1870 †28. 5.1944	- 1919-1921 1921-1932	Zweite Vorsitzende im Zentralvorstand des kath. Frauenbundes Deutschlands, Vorsitzende des Zweigvereins Berlin und viele ähnliche Ämter
Hirtsiefer, Heinrich *26. 4.1876 †15. 5.1941	- 1919-1921 1921-1933	1904 Bezirksleiter des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands für Niederrhein und Westfalen, 1907 Stadtverordneter Essen, Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, Vorsitzender des Aufsichtsrats des „Echo vom Niederrhein“, des rhein.-westf. Konsumvereins „Wohlfahrt“ und der Baugenossenschaft „Kleinhaussiedlung“, Mitglied des Vorstands der Zentrumspartei für den Reichstagswahlkreis Essen

Anlage

Name Geburtsdatum Sterbedatum	MdAbgh MdL MdLV	Reichstagsmandate, kommunale, Partei- und andere Ämter bis 1919
Jakoby-Raffauf, Wilhelm *14. 1.1866	- 1919-1921 1921-1932	Gemeindevorsteher, Bürgermeisterei- und Kreistagsmitglied, Vorsteher des Darlehnskassenvereins und Kirchenbauvereins
Kamp, Kaspar *25. 3.1863 † 7. 1.1922	- 1919-1921 1921-7.1.1922	Stadtverordneter Bochum, Vorsitzender des Kath. Lehrerverbandes des Deutschen Reichs, Bezirksleiter in der Kriegsfürsorge und Volksernährung Bochum, Mitglied des Vorstands der Zentrumspartei des Wahlkreises Bochum
Kastert, Bertram * 7.10.1868 †11.11.1935	- 1919-30.5.1919 -	Vorsitzender der Kölner Zentrumspartei, Mitglied des Beirats und Provinzialausschusses der rhein. Zentrumspartei
Kaulen, Carl *22. 4.1851	- 17.6.1919-1921 1921-1924	
Kley, Otto *17. 7.1882	- 1919-1921 -	Vorsitzender des kath. Lehrerverins Neuwied, Vorsitzender des Ortsausschusses Neuwied der kath. Schulorganisation, Vorstandsmitglied der Neuwieder Zentrumspartei, Mitglied des Kreisvorstandes der Zentrumspartei
Kloft, Christian *18.12.1867 †28. 4.1938	- 1919-1921 1921-1933	1899 Stadtverordneter, Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion, stellv. Vorsitzender des Zentrumspartei des Wahlkreises Essen, Mitglied des Provinzialausschusses der rhein. Zentrumspartei, Vorstandsmitglied der Kommunalpolitischen Vereinigung der Zentrumspartei
Koepper, Joseph *28.10.1874 † 4.12.1922	- 1919-1921 1921-4.12.1922	Gemeindegewerksrat, Mitglied verschiedener Gemeindeausschüsse
Koßmann, Bartholomäus * 2.10.1883 † 9. 8.1952	1919-30.7.1919 -	1912-1918 MdR. 1914 Vorsitzender der kath. Bergarbeitergewerkschaft, 1917 Vorstandsmitglied des Verbandes kath. Arbeitervereine (Sitz Berlin), 1909/10 Gemeindeverordneter Neunkirchen
Krug, Philipp *23. 8.1864 †26. 2.1925	- 1919-1921 1921-26.2.1925	Vorsitzender des kath. Lehrerverbandes Rheinland, Mitglied des Prov.-Ausschusses der rhein. Zentrumspartei, Vorstandsmitglied des Zentrumsvereins Düren
Kuckhoff, Joseph *16. 9.1878 † 2.10.1944	- 1919-30.5.1919 -	1912-1918 MdR. Mitglied des Verbandes wissenschaftlicher kath. Studentenvereine Unitas
Küstlers, Matthias *28.12.1856	- 1919-1921 1921-1924	Beigeordneter, Mitglied des Kreistags, Kreis Ausschusses und der Landwirtschaftskammer
Langewand, Franz * 3. 3.1871	- 1919-1921 1932-20.8.1933	1903 Mitglied der Handwerkskammer, Vorstandsmitglied der Schlosserinnung, Mitglied des Zentralvorstandes und des geschäftsführenden Ausschusses der Zentrumspartei Osnabrück
Lauer, Amalie *29. 3.1882 †15.10.1950	- 7.6.1919-1921 1921-1924 und 28.2.1925-1933	
Lauscher, Albert *18. 2.1882 †23. 6.1944	- 1919-1921 1921-1933	
Letocha, August *25. 8.1869	- 1919-1921 1921-19.11.1922	Seit 1899 Leiter der Raiffeisenkasse Radzionkau, stellv. Vorsitzender des Kirchenvorstands, Gemeindeverordneter, Kreistagsabgeordneter, Vorsitzender des Haus- und Grundbesitzervereins
Linz, Wilhelm * 2.11.1850 †27. 9.1925	1903-1918 1919-1921 19.11.1922-1924	Vorsitzender des Vereins zur Bekämpfung der Schwindsuchtgefahr und zur Erbauung gesunder, billiger Wohnungen für den Reg.-Bez. Wiesbaden

Mitglieder und Hospitanten der Zentrumsfraktion

Name Geburtsdatum Sterbedatum	MdAbgh MdL MdLV	Reichstagsmandate, kommunale, Partei- und andere Ämter bis 1919
Loehr, Karl *25. 6.1854	- 1919-1921 -	Aufsichtsratsvorsitzender des Meggener Spar- und Darlehnskassenvereins, stellv. Kirchenvorstand, seit 1893 Mitglied der Handelskammer Altena-Olpe, seit 1899 Mitglied des Kreistags Olpe, seit 1905 des Kreisausschusses, seit 1898 Mitglied des Bezirkseisenbahnrates Köln, seit 1904 Vorsitzender der Schwarzblech-Vereinigung G. m. b. H. Köln, seit 1908 der Roheisen- und Halbzeugverbraucher, seit 1909 Vorstandsmitglied des Berg- und Hüttenmännischen Vereins Siegen, seit 1897 Vorsitzender der Zentrumspartei im Kreis Olpe, seit 1902 des Wahlkreiskomitees Arnsberg-Olpe-Meschede
Maiß, Georg * 3. 8.1860 †(vor 1935)	1908-1918 1919-1921 -	Stellv. Vorsitzender des Kirchenvorstands, Vorsitzender der Beamtenvereinigung für den Kreis Reichenbach, stellv. Vorsitzender des Zentrumswahlvereins für des Kreis Reichenbach
Marx, Wilhelm *15. 1.1863 † 5. 8.1946	1899-1918 1919-1921 -	1910-1918 MdR. Gründer der kath. Schulorganisation, Generaldirektor des Volksvereins für das kath. Deutschland
Maxen, Wilhelm *30. 7.1867 †21.11.1946	- 1919-10.9.1920 -	Diözesanleiter des Volksvereins für das kath. Deutschland, Vorsitzender des kath. Vereins für soziale Bestrebungen und des kath. Männervereins St. Maria, Vorstandsmitglied des Albertus-Magnus-Vereins, Hannover-Linden
Merx, Peter *22. 7.1869	- 1919-1921 1921-1928	Vorstandsmitglied des Verbandes Deutscher Eisenbahnwagenmeister, Vorstandsmitglied und Bezirksvorsteher der Kölner Zentrumspartei
Müller-Neuwied, Heinrich * 4. 2.1856	- 1919-1921 1921-1924	Mitglied des Kreistags Neuwied, Stadtverordneter in Neuwied, Aufsichtsratsvorsitzender des Raiffeisenschen Darlehnskassenvereins Neuwied, Vorsitzender der Handwerkskammer für den Reg.-Bez. Koblenz, Vorsitzender der bürgerlichen christlichen Krankenpflegegesellschaft Neuwied, Vorsitzender des Zentral-Arbeitgeberverbandes Deutscher Dachdeckermeister und des Südwestdeutschen Dachdeckermeisterverbandes
Müller-Prüm, Peter *16. 3.1861	1908-1918 1919-1921 -	Vizepräsident des Trierischen Viehversicherungsverbandes, Mitglied des Hauptverbandes des Trierischen Bauernvereins
Musiol, Joseph *22. 6.1865	- 1919-1921 1921-19.11.1922	Stadtverordneter Beuthen, Mitglied des Ernährungsausschusses für den Reg.-Bez. Oppeln und der örtlichen Prüfungsstelle Beuthen
Neuber, Franz *28.12.1863	- 1919-12.5.1919 -	Vorstandsmitglied des Schlesischen Bauernvereins
Neumann, Alfred *23.12.1871	1913-1918 1919-1921 1921-19.11.1922	
Niestroj, Joseph *18.12.1877	- 1919-1921 1921-19.11.1922	
Oppenhoff, Joseph * 4. 8.1868	- 1919-1921 1921-1928	Vorsitzender der Aachener Zentrumspartei
Porsch, Felix *30. 4.1853 † 8.12.1930	1884-1918 1919-1921 1921-8.12.1930	1881-1893 MdR. 1881-1903 Stadtverordneter Breslau, Vorsitzender der Gesellschaft für die Herausgabe der Schlesischen Volkszeitung, der schlesischen Zentrumspartei, seit 1904 der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1908 des Landesausschusses der preußischen Zentrumspartei, stellv. Vorsitzender des Reichsausschusses der Deutschen Zentrumspartei, Vorsitzender des Altherrenbundes der deutschen katholischen Studentenverbindungen (CV), Vorstandsmitgliedschaften in vielen katholischen Vereinen und Verbänden
Reineke, Werner *18. 5.1878 † 7. 1.1964	- 1919-1921 -	Stadtverordneter, Justitiar des Westf. Bauernvereins, Vorstandsmitglied der Ländlichen Zentralkasse Münster

Anlage

Name Geburtsdatum Sterbedatum	MdAbgh MdL MdLV	Reichstagsmandate, kommunale, Partei- und andere Ämter bis 1919
Rhiel, Andreas *18.10.1861	1908-1918 1919-1921 1921-1933	Vorsitzender des katholischen Männervereins Fulda, zweiter Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der Zentrumspartei im Reg.-Bez. Kas- sel, Mitglied des Reichsausschusses der Zentrumspartei
Richtarsky, Hermann * 6. 4.1857	1908-1918 1919-1921 1921-1924	Mitglied der Gemeindeverwaltung und des Kreistags, Vorsitzender der Mol- kereigenossenschaft Nassiedel, Vorstandsmitglied der Darlehnskasse Nassi- edel, Kreisvorsitzender des schlesischen Bauernvereins
Röhrich, Viktor *27. 7.1862	- 1919-1921 -	Seit 1915 Vorsitzender des Vereins für die Geschichte und Altertumskunde des Ermlands
Rump, Georg *18.11.1875	- 1919-1921 1921-1924	Abgeordneter der Deutsch-Hannoverschen Partei. Ehrenämter in mehreren hannoverschen Vereinen
Rürup, Heinrich *11. 6.1876 †17. 9.1954	- 1919-1921 1921-1932	Stadtverordneter Essen, Vorsitzender der Zentrumspartei Altenessen
Sauermann, Franz *28. 7.1867	1908-1913 1919-1921 -	Stadtverordneter Mülheim, 1907-1918 Stadtverordneter Duisburg
Sawatzki, Anton *23.12.1873	- 1919-1921 -	Verbandspräses der kath. Arbeitervereine Ostdeutschlands, Vorsitzender der westpreußischen Zentrumspartei
Schmedding, Adolf * 3. 5.1873 †12. 6.1937	1903-1918 1919-1921 1921-1928	Stadtverordneter Münster, Vorsitzender des Westf. Provinzialvereins für Kunst und Wissenschaft, Vorstandsmitglied des kath. Caritasverbandes
Schmidt-Conz, Albert *10.12.1877	1913-1918 1919-1921 1921-1933	Gemeindeverordneter, Bürgermeistereiverordneter, Kreistagsabgeordneter für den Kreis Trier, Vorstandsmitglied der Zentrumspartei Trier und der Ge- werkschaft deutscher Eisenbahner
Schmitt, Jakob * 5.10.1865 †19.10.1930	1908-1918 1919-1921 1921-1928	Bis 1905 Präses des Vereins christlicher Arbeiter und Handwerker
Schmittmann, Benedikt * 4. 8.1872 †13. 9.1939	- 1919-1921 -	1917-1918 Leiter des wallonischen Ministeriums für Kunst und Wissenschaft in Belgien, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für soziales Recht
Schoenkaes, Paul *17.12.1873 †14.10.1926	1913-1918 1919-1921 -	Mitglied des Kreistages und Kreis Ausschusses
Schüling, Hermann *30.12.1867	- 1919-1921 1921-1932	Kreisgeschäftsführer des Volksvereins für das kath. Deutschland in Kempen, Vorsitzender der Zentrumspartei Kempen
Schulte, Karl-Anton *27.12.1873	- 1919-1921 1921-31.1.1923	Mitglied des Kirchenvorstands
Sprenger, Joseph *13. 6.1877	- 1919-1921 1921-1928	Seit 1908 Stadtverordneter Gelsenkirchen, Vorsitzender der Kartells der christlichen Gewerkschaften und der Stadtverordnetenfraktion des Zent- trums, Vorstandsmitglied der Gelsenkirchener Zentrumspartei, Mitglied des Provinzialausschusses der westf. Zentrumspartei
Steggmann, Franz *23. 1.1871	- 1919-1921 -	Vorsitzender der Zentrumspartei im Wahlkreis Saarbrücken und des Saarver- bands der Windthorstbünde

Mitglieder und Hospitanten der Zentrumsfraktion

Name Geburtsdatum Sterbedatum	MdAbgh MdL MdLV	Reichstagsmandate, kommunale, Partei- und andere Ämter bis 1919
Steger, Christian *31.12.1872	- 1919-1921 1921-1933	Stadtverordneter Oberhausen, zweiter Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Stadtparlament, Aufsichtsratsmitglied in der Volksverlag AG, Oberhausen (Zentrumsverlag)
Stegerwald, Adam *14.12.1874 † 4.12.1945	1917-1918 MdH 1919-1921 -	Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Mitglied des Reichs- und des preußischen Landesausschusses der Zentrumsparlei, des Beirats und des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumsparlei, Mitglied im Vorstand des Kriegsernährungsamtes und des Finanzbeirats des Reichsschatzamt, des Ausschusses der Gesellschaft für soziale Reform, des Zentralvorstands der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer
Stieler, Georg *22.10.1886	- 1919-1921 1921-1932	Stadtverordneter, Mitglied wichtiger Ernährungsausschüsse in Gemeinde, Provinz und Staat
Stoffels, Elisabeth *30.10.1872 †27. 1.1943	- 1919-1921 1921-1933	1900 Vorstandsmitglied des Vereins kath. deutscher Lehrerinnen, 1910 Vorsitzende des Ausschusses für Volksschulangelegenheiten, 1916 zweite Vorsitzende des Vereins
Tewes, Wilhelm *16. 9.1878	1918 1919-1921 -	1906 Direktor des Verbandes kath. kaufmännischer Vereinigungen Deutschlands, Vorstandsmitglied des Reichsverbandes deutscher Angestellten, Mitglied des deutschen Wirtschaftskongresses
Traumann, Josef *11. 3.1871	- 10.9.1920-1921 -	
Vennen, Heinrich *27. 2.1974	- 1919-1921 1921-1924	Seit 1914 Stadtverordneter, Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender der Zentrumsparlei Elberfeld, Mitglied des Ausschusses des Deutschen Vereins für das Fortbildungswesen, des Vorstandes des Preuß. Fortbildungsschulvereins, des Vorstands seines Provinzvereins Rheinland, des Beirats des Verbandes Preuß. Gewerbe- und Handelslehrer, Obmann seines Unterverbandes Rheinland
Vogelsang, Hermann *12. 1.1879	1917-1918 1919-1921 -	1905 Gewerkschaftssekretär, 1913 Vorsitzender des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands
Wangenheim, Wal- rab Freiherr von *11. 6.1884 † 8. 5.1947	- 1919-1921 1921-1928	Abgeordneter der Deutsch-Hannoverschen Partei
Wentrup, Oskar * 3.12.1877	- 1919-1921 -	Mitglied des Cartellverbandes der kath. deutschen Studentenverbindungen (CV)
Wildermann, Rudolf * 6. 6.1864 †23. 4.1926	1913-1918 1919-1921 1921-23.4.1926	Vorsitzender der Zentrumsparlei des Stadtkreises Recklinghausen, Mitglied des Wahlkreisvorstandes für Borken-Recklinghausen-Buer und des Parteiausschusses für die Provinz Westfalen
Wronka, Gertrud *27.10.1881 †16.10.1952	- 1919-1921 1921-1933	Seit 1916 Vorsitzende des Bezirksvereins Allenstein des Vereins kath. deutscher Lehrerinnen, Vorstandsmitglied verschiedener caritativer Vereine, Vorstandsmitglied der ostpreußischen Zentrumsparlei
am Zehnhoff, Hugo *11. 2.1855 †24. 8.1930	1898-1908 1919-1921 1921-1928	1899-1918 MdR, 1908 stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Anwaltskammer für den Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf, 1913 erster Vorsitzender, Mitglied des großen Wasserstraßenbeirats, stellv. Vorsitzender des historischen Vereins für den Niederrhein
Zimmer-Hönigsdorf, Wilhelm * 2.12.1864	1908-1918 5.6.1919-1921 1921-19.11.1922	

2. Drucksachenregister

Nachgewiesen werden alle Nummern von Drucksachen (**Drucks.**) der preußischen Landesversammlung, auf die in den Dokumenten (**Dok.**) einzeln oder im Rahmen von Tagesordnungspunkten Bezug genommen wird; ferner, wenn auf sie in den Anmerkungen verwiesen wird. Der Nachweis bezieht sich auf die Dokumentennummern.

Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.
4l	102	98	3, 31	191	14, 30, 31
4p	111	101	3, 8	194	12
9	49, 57	104	4, 5	199	14
11	13	107	28	200	52
12	13, 14	111	9	201	40, 57
14	3	115	13	202	49, 57
16	2	117	9	205	26
21	13, 14	118	9, 29	207	90
22	3	121	49, 57	208	90
23	49, 57	123	49	211	161
24	5	128	34, 90	215	49, 57
32	1	131	11	216	114
33	1	132	10, 57	218	109
40	3, 4	133	10	225	49, 57
41	30	134	15	226	86
45	30, 34	135	88, 90	228	14, 113
49	49, 57	138	11, 119	234	46, 64, 71, 116, 153, 154, 155
54	49, 57	143	11	235	90
56	2	144	76	245	49, 57
57	2	146	11, 109, 114	248	19, 24, 50, 53
59	49, 57	149	28, 30	256	57
66	37	152	49, 57	258	34, 90
67	3, 119	154	64	266	49, 57
73	3	155	49, 57	270	42
74	49, 57	156	49, 57	275	46, 64, 71, 116, 153, 154, 155
77	4	157	45	277	34
78	4	158	49, 57	278	43, 44
79	4	162	119	280	23, 56, 57
80	4	164	17	283	47
81	3	171	90	287	49, 57
82	3	174	30	288	109
85	16, 26	175	49, 57	292	15
86	13, 15	176	45	294	44, 45
87	13, 15	180	12, 30		
94	13	190	30		

Drucksachenregister

Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.
314	34	489	40, 42	623	52
315	34	503	44, 46	628	53
319	34	504	44	629	52
337	23	510	44, 46	639	57
340	57	511	42	640	54
343	86	514	44	648	35, 80
346	26	519	43	652	60, 62, 70
349	28	520	44, 52	655	52
352	49, 57	521	44, 142, 144	656	54
358	49, 57	526	45	667	109, 114
359	49, 57	527	46	685	61, 62
362	26, 49	530	44	686	66
363	26, 49, 57	531	46	688	59
369	26	533	52	689	59
370	26	534	45, 109, 113	690	59
371	49	536	47, 52	691	61, 62
372	26	537	47, 48, 65, 87, 88, 160, 161, 163, 164	693	59
375	30, 31			694	59
377	29			695	59
384	28	538	43, 46	696	59
388	29	542	43	697	59
389	41, 44	543	57	698	59
391	31, 32	544	57	699	59
392	49, 57	545	48, 49, 52	727	63
394	57	548	57	728	57
400	95	549	109	734	64
402	30, 31	552	109, 113	742	64
404	49, 52	559	53	744	80
413	32	561	50	746	101
415	31	569	52	754	90
416	32	571	52	759	56
417	49, 57	572	49, 52	763	56, 77
418	31	574	49	764	56
423	49, 57	575	90	765	113
424	49, 53, 56, 57	585	50	770	63
433	37, 53	592	52	773	76, 77
434	37	593	52	778	76
440	43	594	52, 53	779	57, 66
451	34	595	53	780	57
465	35	597	53	781	67
466	35	601	52	783	64, 70, 102
471	43, 46	602	52	793	58, 86, 90
472	42, 43, 44, 45	604	52, 60, 64, 71, 76, 80, 81, 92, 108	794	58
475	37			797	58
477	37			801	112, 114
478	44, 50	609	51, 57	802	58, 60
482	41, 52	613	57, 61, 62	803	68
483	43, 51, 79, 91	614	52	805	90
484	40	617	52	806	59
486	26	618	50	807	59

Drucksachenregister

Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.
810	59	998	71, 153, 154, 155	1231	88, 109
811	60	1000	86, 90	1232	88
816	71	1001	69, 71	1249	100
824	60, 62, 70	1002	69, 86, 90	1250	75, 93, 96
825	62	1003	72	1285	91
826	61	1006	72, 112, 113, 114	1286	92, 107, 138
827	61	1021	72	1322	113, 154, 155, 163
833	61, 109, 114	1027	72	1323	122
835	61	1031	91, 163	1325	116
836	61	1034	71, 72	1329	94
840	86, 90	1035	76, 77	1342	122
843	86	1038	77	1344	106
847	63	1039	76, 80	1345	91
848	63	1054	76	1346	91
849	63	1056	77	1347	91
850	63	1057	91, 109, 114	1349	91
854	76	1058	90	1350	92
856	62	1063	78, 91, 114, 116, 154, 155	1352	163
863	63	1065	28	1355	113
864	63	1066	185	1378	97, 99, 122
865	63	1069	76	1380	99, 122
866	63	1075	78	1382	155
867	63	1076	78	1395	92
868	63	1077	86	1399	94
870	63	1145	90	1400	94
881	70, 71	1149	86	1401	94
882	64	1150	91, 97, 106, 109	1402	94
885	109, 112, 116	1152	47	1406	109, 114, 154
893	109, 112	1164	81	1407	97, 101
894	109	1170	81, 92	1408	94, 113, 114, 116
902	65, 71, 153, 154,155	1172	92	1409	96
903	65, 71	1182	81	1417	96
906	70	1184	81, 83, 112, 113, 114	1422	95
908	66, 70	1191	86	1423	96
909	66	1193	86	1435	98
957	67	1195	83, 100	1439	78
959	109	1196	88, 90	1440	85, 107
962	68	1197	83	1448	109, 114
965	61, 68, 74	1198	86	1457	101
968	68	1199	163	1461	101
980	51, 79, 91	1201	83	1463	100
985	80	1223	90	1467	100, 101, 103
986	68	1226	90	1489	98, 101
990	66, 70	1228	88	1502	103
991	60, 64, 70, 76, 80, 84, 92	1229	114	1503	103
993	70	1230	116	1508	97, 109, 157, 160
997	72			1510	109, 114, 163

Drucksachenregister

Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.
1542	116	1746	116	1978	125
1563	112, 114	1747	116	1979	125
1564	109, 113	1748	116	1991	125, 157
1572	104, 113, 118	1749	116	1994	155
1573	113	1750	116	2000	120, 125, 139, 140, 142, 155, 171, 177
1590	109, 114	1751	116	2010	125
1593	112, 115, 117, 119	1817	113	2011	125
1607	105	1819	110, 113	2012	125
1613	116	1821	116	2013	125
1614	132, 134	1823	118, 119	2014	125
1615	109	1825	111	2015	125
1626	105	1829	112	2018	125, 142
1629	173	1841	118, 119	2038	125
1630	109, 157, 160	1842	119	2041	138
1632	109	1846	114, 117, 121	2042	104, 138
1635	109	1848	116	2043	124
1636	117	1852	117, 118, 119	2050	142
1641	116	1853	114	2064	125
1674	112	1860	116	2076	116, 138
1700	108, 109, 157, 160	1861	116, 117	2077	138
1702	116, 117	1865	119	2078	138
1703	116	1868	113, 114	2080	138
1704	116	1871	119	2096	134, 136
1705	108, 116, 118, 120	1880	117	2097	136, 137
1706	106, 109, 157, 160	1900	16, 66, 68, 122, 125	2108	140, 144
1707	109, 157, 160	1912	161	2109	151
1708	116, 117	1923	140	2113	157, 160
1709	116	1925	141	2115	88, 91, 93
1721	114	1926	118	2116	134, 136
1722	110, 124, 175	1927	119	2117	134
1723	112, 113, 153, 154, 155	1934	119, 161	2118	144
1724	113, 163, 165, 185	1935	144	2120	136
1727	108	1951	120	2121	123, 136
1728	109, 157, 160	1952	125	2122	136
1729	116	1959	121, 157	2123	136
1733	109	1960	121, 125	2124	123, 136
1734	109	1964	122	2126	136
1740	114	1965	122	2158	138
1741	111, 113, 136, 144	1966	122	2171	137, 142, 144
1742	116	1967	122	2172	107
1743	116	1968	122	2175	153
1744	116	1969	122	2176	137
1745	116	1970	122	2177	138, 144
		1971	122	2178	142, 144
		1972	122	2179	141, 142
		1973	122	2180	137
		1974	122	2181	144
		1975	122	2183	138
		1976	122		

Drucksachenregister

Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.
2184	139, 143	2511	147	2725	153
2188	140	2512	147, 148	2726	153
2190	137	2518	149	2727	153
2197	140	2519	149	2728	153
2199	130	2520	149	2729	153
2217	139	2521	151	2730	153
2219	163	2522	153, 154, 155	2731	153
2224	141	2528	149, 160	2732	153
2225	140	2530	148	2733	153
2226	154, 155	2536	154, 155, 163	2734	153
2247	147	2538	148	2737	153
2250	142	2539	154, 155	2738	153
2260	137	2545	148	2739	153
2271	140	2547	157, 162, 180, 185	2740	153
2279	144	2551	162, 163	2741	153
2280	142, 144	2557	148	2742	153
2282	144	2558	161	2743	153
2292	153	2562	148	2744	153
2295	153	2566	173	2745	153
2307	142, 144	2567	148	2746	153
2322	143	2568	148	2747	153
2323	144	2570	153	2748	153
2324	140, 142	2572	148	2749	153
2326	161	2580	150	2750	153
2328	144	2636	153	2751	153
2329	144	2640	163	2752	153
2337	155	2644	151	2753	153
2338	144	2655	153	2754	153
2339	144	2656	151	2755	153
2340	141	2657	160, 163	2756	153
2347	143	2659	181	2757	153
2387	144	2661	150, 174, 175, 185	2758	153
2417	144	2662	174	2759	153
2419	149	2684	153	2760	153
2422	144	2685	151	2761	153
2424	144	2687	182, 183, 184	2762	153
2428	173	2689	150	2763	153
2430	144	2691	151, 152	2764	153
2431	144	2698	151, 173	2765	153
2437	146	2699	161	2766	153
2438	146	2700	153	2767	153
2442	144	2702	151, 157	2768	153
2443	154	2703	151	2769	153
2459	161	2704	151	2778	161, 163
2473	146, 162, 163	2705	151	2779	153
2480	147	2712	152	2780	153
2481	147	2718	151	2781	153
2500	150	2724	153	2782	153
2502	149			2783	153
2503	147, 151			2784	153

Drucksachenregister

Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.
2785	153, 163	2953	160, 161, 184	3084	154, 165, 176
2799	153	2954	166	3090	173
2810	153, 185	2955	163	3117	173
2811	153	2956	163	3120	155, 156, 167, 168, 169
2816	153	2957	158	3122	168
2822	153, 154, 155	2959	161	3123	168
2830	183, 185	2962	157	3124	166
2841	153	2964	157, 173	3125	178
2858	173	2965	161	3127	166
2859	153	2966	161	3129	165, 183, 185
2860	153, 165, 183, 185	2968	178	3135	173
2861	153, 176	2969	160, 163	3136	168
2867	163	2971	165, 183, 185	3138	176
2881	154, 155	2972	163	3139	176
2883	162	2973	163	3140	176
2894	173	2974	163	3145	167
2900	154, 155	2975	163	3146	168
2903	154	2976	163	3157	183, 185
2904	158, 160	2977	163	3158	183, 185
2905	154	2978	158, 163	3159	168
2906	154	2981	163	3161	167
2907	154	2982	163	3168	169
2908	154	2983	161, 186	3170	173
2909	153, 161	2987	162	3174	168
2910	154	2991	160, 164	3175	186
2911	154	3001	164, 180	3178	184
2912	153, 165, 183, 185	3002	163, 165, 185	3179	173
2914	161	3003	163	3183	178
2916	166	3005	165, 185	3190	167
2917	166, 168	3006	160, 161	3202	169
2918	182, 183, 184	3008	165	3203	169
2919	158, 160, 164	3009	160	3210	171, 176
2921	155, 163	3010	161	3220	169
2924	154, 155	3011	161, 164	3236	171
2925	165	3012	162, 163	3242	176
2927	155	3013	164	3256	183, 185
2928	155, 163	3040	163	3257	171
2929	154, 155	3043	162	3275	178, 180, 181
2930	154	3044	162	3277	174
2936	154	3045	163, 164	3277	175
2937	160	3047	164	3278	174
2939	87, 97, 160, 161, 163, 164	3051	162, 164, 180	3279	173
2942	162, 163	3057	176	3280	172, 175
2943	154, 158, 160, 164	3058	176	3285	178
2951	160	3060	164	3300	186
2952	156	3061	164	3301	176
		3062	164	3309	186
		3063	164	3310	165, 182, 183, 184
		3076	173		
		3083	165		

Drucksachenregister

Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.	Drucks.	Dok.
3331	176, 179	3455	185	3769	186
3342	172	3456	182, 183, 184	3812	186
3344	175	3462	185	3814	153
3345	175	3463	179, 181, 186	3848	186
3347	175	3464	179, 181	3865	186
3348	182, 183, 184	3470	155	3880	186
3351	174, 175	3472	182, 183, 184	3881	186
3352	175, 185	3474	162	3882	162
3353	175	3480	186	3883	162
3354	175	3490	183	3920	186
3355	175	3492	183, 185	3934	186
3356	175	3493	183, 184	3935	186
3357	175	3496	184	3941	186
3358	175	3507	184	3947	186
3363	176	3510	184	3948	186
3365	182, 183, 184	3512	185	3949	186
3367	185	3513	185	3950	186
3376	175	3514	185	3956	186
3377	175	3515	185	3967	186
3389	172	3516	185	3968	186
3392	172	3518	179	3969	186
3415	175	3524	185	3970	186
3416	172, 175	3528	162, 167, 185	4010	186
3426	178	3530	186	4011	186
3427	178	3571	185	4012	186
3430	185	3575	184	4014	186
3437	185, 186	3576	173	4021	186
3439	182	3577	173	4029	186
3441	181	3578	173	4066	186
3442	183, 184	3579	173	4089	186
3448	185	3580	173	4094	186
3449	185	3581	173	4111	186
3452	182	3584	186	4121	34
3453	178	3654	175		
3454	181	3659	157, 162, 173		

Die Zentrumsfraktion
in der verfassunggebenden
Preußischen Landesversammlung
1919–1921

Register

Vorbemerkung

Bei den im Register aufgeführten Personen werden in der Regel nur diejenigen Ämter, Berufe und Parlamentszugehörigkeiten angegeben, die im Sachzusammenhang von Bedeutung waren. Bei den Mitgliedern der Zentrumsfraktion der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung werden zudem die Wahlkreise angegeben. Fett gedruckte Seitenzahlen verweisen auf Wortbeiträge in den Fraktionssitzungen.

Die Anlage „Mitglieder und Hospitanten der Zentrumsfraktion der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung“ enthält Angaben zur Mitgliedschaft im Landtag vor 1919 und nach 1921 sowie über Reichstagsmandate, kommunale, Partei- und andere Ämter bis 1919. MdA = Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, MdLV = Mitglied der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, MdNV = Mitglied der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, WK = Wahlkreis

- Aachen** 47, 57, 228
- Abgeordnetenhaus**, Preußisches XIV, XX, XXIV, XXXII, 16, 17
- Abgeordneten- und Kandidatenrechte** 268, 270
- Abstimmungsgebiete** 207
- Abzutretende Gebiete** 107, 140, 161, 169, 175, 210
- 8-Uhr Abendblatt** 81
- Adel** 226
- Adenauer**, Konrad, Oberbürgermeister von Köln (Zentrum) 42
- Adickes**, Franz, Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. 21
- Akademiker** 18, 51, 140 f., 248, 256
- „**Aktionsausschuß der revolutionären Arbeiterschaft**“, Dortmund 203
- Alfeld** 178
- Allenstein** 53
- Altegoer**, Gustav, Malermeister, MdLV (Zentrum), WK 18 (Arnsberg) XXVIII, 4, 19, 53, 59, 96, 108, 138, 157, 159, 188, 192, 208, 223, 240, 255, 297
- Amnestiegesetz** 208
- Andre**, Josef, Schreiner, MdNV (Zentrum) 37
- Andres**, Franz, Obergütervorsteher, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXVIII, 42, 71, 114, 153, 173, 183, 297
- Applerbeck** 203
- Arbeiter- und Soldatenräte** 29, 48, 60, 83, 147
- Arbeiterschaft** 65, 73, 93, 108, 114, 129, 140 f., 156, 202 f., 268
- katholische Arbeiter 95, 216
s. a. Bergarbeiter, Eisenbahnarbeiter, Landarbeiter
- Arbeitszeiten** 92
- Arnsberg** 57, 83
- Ausschüsse** s. Landesversammlung, Verfassunggebende Preußische
- Auswärtiges Amt** s. Reichsministerien
- Autonomie** s. Provinzialautonomie
- Bachem**, Julius, Rechtsanwalt, MdA (Zentrum) 42
- Bachem**, Julius, Regierungsrat im preußischen Kultusministerium, Sohn des Zentrumspolitikers J. Bachem 42
- Bachem**, Karl, Rechtsanwalt, Zentrumshistoriker 13, 16, 21
- Bauer**, Gustav, Reichskanzler, MdNV (SPD) 160
- Bayern** 135, 145
- Beamte/Beamtenpolitik** XVIII, XXV, 3, 14, 19, 27 f., 31, 55, 65 f., 73, 88, 92, 98, 101, 103, 113 f., 122, 126 f., 134, 138, 140 f., 146, 150, 152, 156-158, 161, 166 f., 169 f., 210, 213, 226, 230, 238, 250, 268, 274-276
- Becker** (Arnsberg), Johannes, Arbeiter, MdNV (Zentrum) 36
- Becker** (Nassau), Josef, Maurer, MdNV (Zentrum) 36 f.
- Beckum** 169
- Behindertenpolitik** 217, 225
- Behrendt**, Joseph, Kreisschulinspektor, MdLV (Zentrum), WK 2 (Westpreußen) XXVIII, 42, 60, 63, 79, 101, 107, 130, 167, 219, 297
- Beiräte** 96, 100, 126, 147, 185, 22
- Belagerungszustand** 48, 128
- Bell**, Johannes, Justizrat, Reichskolonialminister, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXVIII, XXX, 3, 14 f., 17, 26, 33 f., 42 f., 47, 74 f., 80, 136, 185, 194, 202, 209, 211, 228, 232, 235, 241, 244, 254, 271, 278, 297
- Belzer**, Emil, Regierungspräsident von Sigmaringen, MdLV (Zentrum), WK Sigmaringen XXVIII, 82, 297
- Benedikt XV.**, Papst 36 f.
- Bensch**, Georg, Kreisschulrat, MdLV (Zentrum), WK 8 (Posen) XXVIII, 97, 122, 124, 132, 177, 280, 290, 297
- Berens**, Gerhard, Lokomotivführer, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXVIII, 97, 105, 108, 113 f., 120, 173, 204, 297
- Bergarbeiter** 22, 24, 44, 189, 203
- Bergbau** 22, 29, 76, 81, 134
- Bergische Tageszeitung** 221
- Bergmann**, Johann, Beigeordneter, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen)

- XXVII, 40 f., 43, 47, 54, 57, 59 f., 61, 77, 78, 81, 86, 91, 96, 97, 120, 131, 141, 151, 155, 163, 165, 169, 173-175, 176, 190, 194, 205, 218, 220, 222, 223, 228, 237, 240, 249, 266, 276, 279, 283, 288, 292, 297
- Bergschulen** 134
- Berlin** 38, 60, 97, 135, 140, 145, 153, 172, 190, 194, 204, 218 f., 241, 249, 260
– Neukölln-Britz 9
– Steglitz 80
- Besatzungsmächte** 22, 46, 70, 91, 146, 157, 168, 170, 173, 181, 199, 217, 241
s. a. Hohe Kommission
- Besetzte Gebiete** 20, 34-36, 38, 46 f., 49, 62 f., 70, 84, 96, 98, 105 f., 146, 148, 154 f., 159, 161, 170, 226, 252
- Besoldung/Besoldungsreform** 92, 115, 118 f., 140 f., 156 f., 185, 196, 205-207, 217, 221, 224, 230, 232-234, 237, 247 f., 250, 253, 256, 274, 292
- Betriebsrätegesetz** 29, 122
- Beushausen, Wilhelm, Landrat von Alfeld** 178
- Beuthen** 48, 103, 106
- Beyer, Eduard, Amtsgerichtsrat, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln)** XXVII, 51, 55, 59, 87, 90, 103, 104, 109 f., 113, 115-117, 126, 132, 137, 139, 141 f., 156, 159, 161, 172, 173, 174, 187-189, 192, 194 f., 198, 200, 206, 208, 213, 219 f., 225, 232, 236, 243-245, 247, 250, 264, 266 f., 269 f., 277, 280 f., 283, 287, 289, 293, 297
- Beyerle, Konrad Anton, Universitätsprofessor, MdNV (Zentrum)** 36
- Bielefeld** 203, 206
- Bielefelder Abkommen** 203, 206, 212
- Biester, Karl, Hofbesitzer, MdLV (DHann/Z), WK 16 (Hannover-Hildesheim)** XXVII, 31, 44, 127, 219, 242, 249, 297
- Bingen** 73
- Bitta, Joseph, Geh. Justizrat, Regierungspräsident von Oppeln, Oberpräsident von Oberschlesien, MdNV (Zentrum)** XX, 16, 37, 62, 107
- Blank, Christian, Oberlandmesser, MdLV (Zentrum), WK 16 (Hannover-Hildesheim)** XXVII, XXXII, 4, 5, 8 f., 14, 17, 23 f., 26, 35, 38, 41 f., 44, 47 f., 51, 52, 56, 61, 64, 67 f., 77, 80, 83, 92 f., 103, 112, 113, 114, 117, 119, 120-122, 128, 131, 133, 135, 138, 144, 147, 157, 159, 164, 166 f., 172, 173, 178-180, 183, 185, 192, 194 f., 198 f., 211, 213, 221, 224, 226, 230, 235, 246 f., 251, 256, 258, 265, 267, 271, 276, 285, 292, 297
- Blum, Johannes, Landwirt, MdNV (Zentrum)** 16 f.
- Bochum** 132
- Bollig, Franz, Gründer der Christlichen Bauernschaft** 50
- Bolschewismus** 8, 240
s. a. Kommunistische Partei Deutschlands
- Bonifatius-Druckerei** 235
- Bonifatiusverein** 235
- Bonn** 47, 119
- Brackmann, Karl, Sanitätsrat, MdLV (DHann/Z), WK 15 (Osnabrück-Aurich)** XXVII, 31, 81, 89, 167, 181, 247, 297
- Brandt, gen. Flender, Alexander von, stellvertretender Staatskommissar im westlichen besetzten Gebiet** 60, 70, 125
- Braun, Otto, preußischer Landwirtschaftsminister, seit 1920 preußischer Ministerpräsident, MdLV (SPD)** XI, XVII, 52, 107, 119, 128 f., 210, 212 f., 240, 251
- Brauns, Heinrich, Sozialpolitiker, MdNV (Zentrum)** 35-37, 226
- Bredow, Zentrumspolitiker in Osnabrück** 228 f.
- Brentano di Tremezzo, Otto Rudolf von, hessischer Justizminister, MdNV (Zentrum)** 91
- Breslau** 26, 112
- Brüning, Georg, Oberbürgermeister von Beuthen** 48
- Brugger, Philipp, Regierungspräsident von Köln** 56-58, 125
- Brunner, Louis, Beirat im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten, MdLV (SPD)** 21
- Brust, August, 2. Geschäftsführer des Niedersächsischen Kohlesyndikats, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden)** XXVII, 4, 11-13, 18, 20, 24, 26, 28 f., 42 f., 45 f., 48, 50-52, 56, 64-66, 68, 70, 73, 76, 87, 88, 89, 92, 96, 104, 105 f., 110, 111, 112-114, 117, 119, 121-124, 125, 126-130, 133 f., 136-138, 140, 141, 142-144, 147 f.,

- 150 f., 154, 157, 162, 170, 173, 178, 199, 254, 261, 263, 270, 272, 274, 288, 298
- Bürgerblockfraktionen** 80
- Bürgerliches Gesetzbuch** 270
- Bürgers, Robert**, Landrat von Recklinghausen 27
- Bund der Oberschlesier** 61
- Burggraf, Joseph**, Landrat von Prüm 145
- Burlage, Eduard**, Reichsgerichtsrat, MdNV (Zentrum) 254
- Busch, Wilhelm**, Postverwalter, Unterstaatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXIV, XXVI f., XXIX, XXXI, 3, 6 f., 9, 12, 16, 17, 19 f., 21, 23, 25, 27 f., 34, 42 f., 45 f., 50, 51, 52 f., 57-60, 68 f., 75, 79, 83, 87 f., 91 f., 102, 108, 115, 116-119, 124 f., 128, 134, 139 f., 152, 158 f., 168, 170, 173, 178 f., 192, 201 f., 207, 209 f., 216-218, 224, 228, 232, 235, 239 f., 248, 250-252, 262, 264, 279 f., 283, 288 f., 290, 292, 298
- Cahensly, Peter Paul**, Kaufmann, MdA (Zentrum) XXIV
- Cassel, Oscar**, Rechtsanwalt, MdLV (DDP) 11
- Centrums-Parlaments-Correspondenz** (C. P. C.) 147
- Charlottenburger Elektrizitätswerke** 144
- Charlottenburger Wasserwerk** 75, 89, 132, 134, 151 f.
- Christlich-demokratischer Soldatenbund** 9
- Christliche Bauernschaft** 49-51
- Christliche Gewerkschaften** 78, 92, 213
- Christlicher Verband weiblicher Hausangestellter** 78
- Cohaus, Edmund**, Fabrikant, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXVIII, 42, 298
- Crone-Münzbrock, August**, Geschäftsführer der Deutschen Bauernvereine 226
- Cuno, Wilhelm**, Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie 205, 208
- Cuno, Willi**, Oberbürgermeister von Hagen (DDP) 203
- Dahlem, Anton**, Rechtsanwalt, MdA (Zentrum) 73
- Dahlen, Johann**, Oberpostassistent (Zentrum) 46
- Dalwigk-Lichtenfels, Adolf** Freiherr von, Regierungspräsident von Aachen 58
- Dannenberg, Georg** von, Rittergutsbesitzer, MdLV (DHann/Z), WK 16 (Hannover-Hildesheim) 31, 178, 298
- Danzig** 63
- Der Tag** 26
- Deutsche Allgemeine Zeitung** 53
- Deutsche Demokratische Partei (DDP)** 5, 8, 10 f., 14, 17, 25, 33 f., 43, 60, 73, 79, 110, 116, 137, 165, 172, 174 f., 196 f., 203, 208 f., 212, 219, 234 f., 242, 257, 273, 278, 286, 289
- Deutsche Tageszeitung** 26, 77, 284
- Deutsche Volkspartei (DVP)** XVII, 5, 43, 205, 219
- Deutscher Beamtenbund** 204, 284
- Deutscher Lehrerverein** 11
- Deutsch-Hannoversche Partei** XXIII, 14, 31, 40, 44, 72, 81, 154, 179, 196, 247, 249
- Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP)** 5, 36, 65 f., 77, 80, 166, 168, 175, 204, 213, 219, 233, 242, 254
- Diaspora** 247
- Diehl, Jacob**, Landwirt, Zentrumsmitglied 228
- Dietrich, Emil**, Lehrer, MdLV (Zentrum), WK 13 (Merseburg) XXVIII, 107, 128, 204, 285, 298
- Dienstmädchen** s. Hausangestellte
- Dinslage, Anton**, Geh. Justizrat, MdLV (Zentrum), WK 18 (Arnsberg) XXVIII, 3, 22, 29, 48, 53, 58 f., 64, 65, 77, 89, 92, 96, 110 f., 115, 119, 122, 127, 151, 160, 167, 173, 174, 181, 183, 194, 205, 207, 224, 247, 274, 276, 284, 287, 298
- Dittrich, Franz**, Domprobst, MdA (Zentrum) XXIV
- Dönhoff, Martha**, MdLV (DDP) 38
- Domänen** 118, 292 f.
s. a. Landwirtschaft/Landwirtschaftspolitik
- Doppelmandate** 227-230, 235, 238, 278

- Dorten**, Hans Adam, rheinischer Separatistenführer 41, 46 f., 69, 73, 124
- Dortmund** 202 f.
- Doyé**, Geh. Regierungsrat im preußischen Innenministerium 201
- Dransfeld**, Hedwig, Schriftstellerin, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXVIII, XXX, 4, 5, 7, 9 f., 37, 38, 42, 43, 68, 72, 82, 199, 228, 235, 298
- Drews**, Wilhelm (Bill), preußischer Staatskommissar für die Verwaltungsreform 212, 286
- Drinnenberg**, August, Amtsgerichtssekretär, MdLV (Zentrum), WK 19 (Hessen-Nassau) XXVIII, 56, 173, 183, 200, 267, 274, 298
- Düsseldorf** 74, 127, 208
- Ebert**, Friedrich, Reichspräsident (SPD) 17, 165, 209, 227
- Effert**, Johann, Gewerkschaftssekretär, Zentrumskandidat 228
- Eichhoff**, Ernst, Oberbürgermeister von Dortmund 203
- Einheitsstaat** 112 f., 127, 135, 137, 139, 143, 145, 163, 165, 168
- Einwohnerwehren** 222 f., 225
s. a. Sicherheitswehren
- Eisenbahnarbeiter** 133
- Eisenbahnen/Eisenbahnverwaltung** 18, 28, 30, 44, 60, 66, 73, 93, 100, 105, 112 f., 122, 131, 146 f., 150, 153, 174, 183, 185, 189, 216, 228, 253
- Eisenbahngewerkschaften** 174
– Eisenbahnverbände 155
– Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner 113, 120
– Gewerkschaftsbund der Eisenbahner 69, 72
- Eismann**, Adam, Pfarrer, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXVIII, 7, 12, 31, 42, 261, 298
- Elsner**, Heinrich, Hauptlehrer, MdLV (Zentrum), WK 9 (Breslau) XXVIII, 129, 141, 147, 174, 261, 292, 298
- Enteignung** 163 f., 199
- Entente** s. Besatzungsmächte
- Ermland** 60
- Ermiler**, Julie, Referentin im preußischen Kultusministerium 169
- Ernährungsverhältnisse und Lebensmittelversorgung** 59, 62, 64 f., 111, 116, 118, 128-130, 132, 134, 145 f., 155, 161, 174 f., 203, 234, 237, 250-252, 254
- Erzberger**, Matthias, Reichsfinanzminister, MdNV (Zentrum) XIV, XXXII, 34, 147, 179, 186, 193, 197
- Erzbergerprozeß** 186
- Esser**, Thomas, Genossenschaftsleiter, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVII, 18, 43, 46 f., 57 f., 70, 78, 80, 81, 98, 111, 152, 154, 230, 234, 238, 240, 263 f., 265, 267, 292, 298
- Etat** s. Preußischer Staatshaushalt
- Eupen** 35, 37, 42, 115, 154
- Euskirchen** 18
- Faltin**, Joseph, Rechtsanwalt, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXVIII, 62, 77, 90, 96, 104, 126 f., 132, 138 f., 142, 215, 298
- Farwick**, Wilhelm, Oberbürgermeister von Aachen, MdNV (Zentrum) 34
- Faßbender**, Martin, Professor, MdLV (Zentrum), WK 3 (Berlin) XXVI f., 39, 43, 78, 88, 97, 101, 110, 118, 147, 152 f., 161, 165, 173, 177, 190 f., 194, 200, 220, 231, 237, 241 f., 247-249, 258, 259, 298
- Fehrenbach**, Constantin, Reichstagspräsident, MdNV (Zentrum) 136
- Feldhuß**, Maria, Waisenpflegerin, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXIX, 42, 298
- Finanzrat** 172, 180, 193 f.
- Fischbeck**, Otto, preußischer Handelsminister (DDP) XVII, 74, 82, 175
- Fischereiwirtschaft** 64, 92, 197
- Fleischer**, Paul, Volkswirt, MdNV (Zentrum) 37
- Forstwirtschaft** 119
– Gesetz über Kahlschläge in Privatwaldungen XVIII, 257, 266, 292
- Fortbildungsschulen** 157-159
- Frankfurt a. M.** 20
- Frauen/Frauenfragen** 38, 64, 77, 120, 158, 185, 199, 226, 230, 267, 274, 279

- Freie Bauernschaft** 49 f., 65
- Freie Gewerkschaften** 201, 203
- Frentzel, Otto**, Vizepräsident der preußischen Landesversammlung (DDP) 31
- Freund, Friedrich**, Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium (DDP) 163, 201, 280, 284
- Friedberg, Robert**, Staatsminister a. D., MdLV (DDP) 10
- Friedensschlüsse**
– Brest-Litowsk 36
– Bukarest 36
- Friedensfrage/Versailler Vertrag** XI, XXV, XXX, 30-38, 65-68, 72, 75, 77 f., 170
- Froberger, Josef**, Redakteur 41, 47
- Fuchs, Johannes**, Regierungspräsident von Trier (Zentrum) 56-58, 110, 165, 168, 178
- Galen, Clemens August Graf von**, Domprobst, später Bischof von Münster 37
- Gau-Algesheim** 73
- Gau-Bickelheim** 73
- Gebhardt, Magnus**, Parteisekretär, MdLV (SPD) 288
- Geheimräte** 113, 125
- Geil, Hermann**, Malermeister, MdLV (Zentrum), WK 19 (Hessen-Nassau) XXIX, 42, 226, 298
- Germania** 198
- Gerstenberger, Liborius**, Redakteur, MdNV (Zentrum) 36 f.
- Gessler, Otto**, Reichsminister für den Wiederaufbau, seit 1920 Reichswehrminister 205
- Gesundheitswesen** 75
- Geueke, Franz**, Redakteur 46
- Gewerbepolitik** s. Handel und Gewerbe
- Gewerkschaften** 29, 123, 205, 207, 209
s. a. Christliche Gewerkschaften, Eisenbahngewerkschaften, Freie Gewerkschaften
- Giesberts, Johannes**, Arbeitersekretär, Reichspostminister, MdNV (Zentrum) XX, 227
- Giese, Elisabeth**, Lyzeallehrerin, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXIX, 299
- Gleisinger, Jacob**, Landwirt, Zentrumskandidat 228
- Goebel, Hermann**, Amtsgerichtsrat, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXVII, 5, 75, 76, 78, 92, 104, 105, 116-118, 127, 150, 157, 190 f., 207, 241, 250, 275, 277, 291, 299
- Göhre, Paul**, Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium (SPD) 21, 67
- Görres, Karl**, Rechtsanwalt XXV, 215
- Görres-Korrespondenz** 235 f.
- Gospos, Alois**, Eisenbahninspekteur, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXIII, XXIX, 42, 167, 175, 299
- Gottwald, Adolf**, Rektor, MdLV (Zentrum), WK 11 (Liegnitz) XXVII, 13, 23, 25, 27 f., 31, 42, 54, 66, 79 f., 83, 87, 89, 91-93, 110, 114, 117 f., 122, 145, 153 f., 157, 172, 173, 188, 190, 218, 232, 236, 248, 253, 255, 258, 261, 274, 276, 284, 292, 299
- Gräf, Eduard**, Arbeitersekretär, Unterstaatssekretär im preußischen Wohlfahrtsministerium, MdLV (SPD) 10 f., 21, 74, 163, 198, 201, 209, 211 f.
- Graw, Joseph**, Grundbesitzer, MdA (Zentrum) 17
- Grebe, Friedrich**, Studienrat, MdLV (Zentrum), WK 15 (Osnabrück-Aurich) XXVIII, 42, 51, 63, 161, 181, 191 f., 200, 207, 228, 262, 282, 284, 294, 299
- Gröber, Adolf**, Landgerichtsdirektor, MdNV (Zentrum) 33, 35-37, 227
- Gröning, Albert von**, Regierungspräsident von Koblenz 58
- Gronowski, Johannes**, Parteisekretär, MdLV (Zentrum), WK 18 (Arnsberg) XXIV, XXVII, 3, 13, 17, 19 f., 33, 42, 46, 56, 97, 112, 123, 131, 152, 154 f., 162 f., 165, 168, 171, 178-180, 183, 197, 199-202, 206, 209-211, 213, 216 f., 221, 222, 235, 245, 259, 261, 263, 276, 280, 284, 299
- Groote, Rudolf von**, Oberpräsident der Rheinprovinz 58
- Grützner, Walter**, Regierungspräsident von Düsseldorf 58, 168
- Grundsteuergesetz** s. Steuern/Steuergesetzgebung
- Guérard, Theodor von**, Geh. Regierungsrat, Zentrumskandidat 228

- Gürich**, Arthur, Geh. Regierungsrat im Kultusministerium 8
- Haas**, August, Beigeordneter, MdLV (SPD) 60, 70
- Haase**, Hugo, Rechtsanwalt, MdNV (USPD) 35
- Hacks**, Franz, Studienrat, MdLV (SPD) 195, 228
- Hähling von Lanzenauer**, Heinrich, Weihbischof in Paderborn 235 f.
- Haenisch**, Konrad, preußischer Kultusminister, MdLV (SPD) XVII, XXXI, 8, 12, 17 f., 25 f., 74, 79, 83, 120, 123, 130, 156, 160 f., 222, 237, 284
- Hagemann**, Josef, Bürgervorsteher, MdNV (Zentrum) 229
- Hagen** 202 f.
- Hager**, Paul, Generaldirektor, MdLV (Zentrum), WK 23 (Düsseldorf-West) XXIV, XXVII, 3, 6, 15, 18, 21, 23, 24, 27, 30, 52, 56, 64, 65, 68, 71, 75, 77, 78, 81, 89, 125, 140 f., 147 f., 151, 162, 168 f., 178, 181, 191 f., 198, 202, 204, 208, 219, 220, 222, 234, 245 f., 255, 262, 266, 276, 288, 299
- Halle** 204
- Hamburger Nachrichten** 193
- Handel und Gewerbe** 20, 24, 53, 59, 62, 65, 108, 156, 292
- Handwerk** 19, 98, 127, 240
- Hannover**, Stadt 160, 164
- Hannoversche Frage** 44, 81, 196, 201, 204, 247
s. a. Provinzen, preußische
- Hansen**, Franz, Direktor, Zentrumskandidat 228
- Harsch**, Peter, Gewerkschaftsbeamter, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVIII, 42, 43, 49, 51, 81, 101, 105, 119, 283, 287, 299
- Hartmann**, Felix Kardinal von, Erzbischof von Köln 21
- Hartong**, Conrad, Oberamtsrichter, Zentrumskandidat 228
- Hausangestellte** 78, 176
- Hausbesitzer** 188
- Hebammengesetz** 294
- v. Heeringen**, Dortmunder Polizeichef 202 f.
- Heilmann**, Ernst, Schriftsteller, MdLV (SPD) 151, 278
- Heim**, Georg, Reallehrer, MdNV (BVP) 33
- Heine**, Margarete, Oberlehrerin, MdLV (DDP) 116
- Heine**, Landrat von Oschersleben 107
- Heine**, Wolfgang, preußischer Innenminister (SPD) XVII f., XXXI, 38, 111, 124, 147, 168, 180, 194, 201, 207
- Heinemann**, Hugo, Unterstaatssekretär im preußischen Justizministerium, MdLV (SPD) 21
- Held**, Theodor, Kaufmann, MdLV (DVP) 44
- Helfferrich**, Karl, Staatssekretär a. D. (DNVP) 186, 193
- Herkenrath**, Heinrich, Redakteur, MdLV (Zentrum), WK 19 (Hessen-Nassau) XXVIII, 65, 79, 124, 129, 134, 138, 144, 171, 181 f., 184, 188, 238, 281, 299
- Hermes**, Andreas, Reichsernährungsminister (Zentrum) 212, 217, 250, 251, 252
- Herne** 236 f.
- Herold**, Carl, Landesökonomierat, MdLV (Zentrum), WK 18 (Arnsberg) XIV, XIX, XXIV, XXVI f., XXIX f., 3, 6, 9, 11-13, 16, 23, 26-28, 30, 33, 35, 38-48, 50-54, 55, 56, 58-62, 72, 82, 116 f., 119, 122, 133-136, 138, 139, 144, 146 f., 151, 160, 167, 171 f., 174, 181, 192 f., 201, 205, 208, 210, 211, 214, 216-218, 220, 222 f., 227 f., 234 f., 240, 241, 244, 245, 246, 247, 250-252, 254, 258 f., 262, 264, 266, 270, 276, 279, 282 f., 288, 292, 299
- Herrenhaus**, preußisches XXII, 17
- Herschel**, Hans, Bürgermeister von Breslau, MdNV (Zentrum) 37
- Heß**, Joseph, Regierungsrat, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XIV, XXIV, XXVI f., 3-5, 7, 10, 11-13, 14, 15, 17 f., 20, 31, 35, 38, 39, 41 f., 43, 46 f., 65-71, 73 f., 78-81, 83 f., 87, 89, 92 f., 95, 96, 101, 102, 104, 108, 110, 111, 112-114, 115, 120 f., 122, 124 f., 127, 130, 134 f., 141, 142, 144, 151, 154, 155 f., 173, 175, 194, 199, 200, 204 f., 208 f., 212, 228, 240, 243, 246, 248, 250, 252, 253, 254, 257, 262, 266, 269-272, 274, 282, 299

- Heßberger, Maria**, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVII, 31, 37 f., 64, 65, 75, 78, 97, 110, 120, 176, 185, 189, 194, 207, 279, 294, 299
- Hessen** 86, 91
- Hessen-Nassau** s. Provinzen, preußische
- Hirsch, Paul**, preußischer Ministerpräsident, MdLV (SPD) XVII f., 12, 14, 19, 31, 40, 43 f., 48, 53, 74, 91, 107, 175
- Hirschfeld, Magnus**, Nervenarzt und Sexualforscher 133
- Hirtsiefer, Heinrich**, Gewerkschaftssekretär, MdLV (Zentrum), WK 23 (Düsseldorf-West) XXVII, 20, 42, 49, 52 f., 55, 58, 65, 89, 105, 112, 117, 119, 122, 129, 152, 157, 167, 171, 180, 182, 183, 186, 188, 191, 210, 215, 219, 223, 227, 248, 251 f., 255, 283, 299
- Hitze, Franz**, Universitätsprofessor, MdNV (Zentrum) 37
- Hochschulen** 121 f., 169, 244
– landwirtschaftliche Hochschulen 115
– technische Hochschulen 161
- Hochwasserkatastrophen** 170, 241
- Höchstmieten** s. Mieten
- Hörsing, Otto Friedrich**, Reichs- und Staatskommissar für Schlesien, MdNV (SPD) 62, 96, 104, 131, 143, 249
- Hohe Kommission** 170, 173, 175
- Hohenzollern, Haus** s. Königshaus, preußisches
- Hohenzollern, Provinz** s. Provinzen, preußische
- Hoffmann, Adolph**, Buchhändler, MdLV (USPD/KPD) 35, 38, 43
- Homosexualität** 133
- Horion, Johannes**, Landeshauptmann der Rheinprovinz (Zentrum) 222
- Hue, Otto**, Gewerkschaftssekretär, MdLV (SPD) 21, 163 f.
- Interfraktionelle Ausschüsse** 5, 7, 88, 138, 140, 143, 155, 161, 163, 170
- Interfraktioneller Ausschuß des Reichstags 1917/18** XVII
- Interfraktionelle Kontakte** 5, 10, 12, 14, 52, 69, 73, 82 f., 96, 107, 122, 124, 139, 142, 144, 160, 165, 180, 196, 209 f., 264, 270, 273, 279, 283, 290
- Irl, Martin**, Malermeister, MdNV (Zentrum) 33, 36
- Itschert, Peter**, Landgerichtsdirektor, MdA (Zentrum) 16 f.
- Jagow, Traugott von**, Regierungspräsident von Brelau, Putschist 201
- Jakoby-Raffauf, Wilhelm**, Landwirt, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXIII, XXVI f., 8, 10, 42, 48, 49, 51, 62, 65, 75, 84, 102, 107, 109, 129, 135, 138, 159, 181, 224, 228, 229, 230, 255 f., 265, 283, 292, 300
- Jansen, Robert**, Parteigeschäftsführer, MdLV (DDP) 60, 163
- Jugendstrafvollzug** 78
- Justizwesen** 71, 88, 134, 157, 169, 219, 224
- Kaas, Ludwig**, Prälat, MdNV (Zentrum) 35, 37, 228
- Kalinowski, Franz**, Geschäftsleiter, MdLV (SPD) 48
- Kamp, Kaspar**, Kreisschulrat, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXIV, XXVIII, 3, 11-13, 16, 23 f., 25, 26, 37, 40, 42, 44, 83, 89, 91, 93, 95, 123, 125, 130, 140, 144, 154, 156, 158, 216, 221, 237, 246-248, 258, 261, 274, 300
- Kapp, Wolfgang**, Generallandschaftsdirektor, Putschist 201-204, 206, 212
- Kapp-Lüttwitz-Putsch** XVII f., XXV, XXXI, 200-207, 284
- Kastert, Bertram**, Oberpfarrer, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVIII, 3, 10, 27, 41-43, 45, 51 f., 54, 59, 61, 69, 91, 124, 300
- Katholische Volkspartei** s. Zentrumsparterie
- Katholischer Lehrerverein** 83, 94
- Kaulen, Carl**, Landwirt, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVI f., 59, 96, 116, 120, 121, 129, 131 f., 134, 157, 159, 168 f., 171, 174, 200, 217, 249, 250, 262, 264, 276, 279, 292, 300
- Kerkerinck zur Borg, Engelbert von**, Vorsitzender des Westfälischen Bauernvereins 226

- Kessel**, Kurt von, Rittergutsbesitzer, MdLV (DNVP) 206, 208, 213, 215
- Kilian**, Otto, Schriftleiter, MdLV (USPD/KPD) 232
- Kindergarten** 158
- Kinder- und Jugendpolitik** 19 f., 64 f., 275, 284
- Kindersterblichkeit** 65
- Kinoskandale** 248
- Kirche, katholische/Bischöfe** 8, 12 f., 15 f., 21-23, 25, 32, 36, 53 f., 63 f., 89, 93-95, 144, 169, 186, 246, 270
- Kirchenaustritt** 110, 118, 239 f., 242, 253
- Kirchenpolitik** 82, 182, 278
- Klausener**, Erich, Landrat in Recklinghausen (Zentrum) 27
- Klein**, Kaspar, Bischof von Paderborn 236
- Kley**, Otto, Kreisschulrat, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXVIII, 11 f., 42, 55, 58, 62, 68, 79 f., 84, 87, 88, 89, 91, 93 f., 95, 101, 104, 115, 118, 122, 124, 144, 150, 155, 160, 161, 170, 172, 179, 185, 196, 220, 232, 237, 258, 262, 300
- Klingenschmidt**, Justizrat, Mitarbeiter H. A. Dortens 46
- Klöcker**, Alois, Generalsekretär der preußischen Zentrumsparlei 158
- Kloft**, Christian, Beigeordneter, MdLV (Zentrum), WK 22 (Düsseldorf-Ost) XXVII, 7, 20, 23, 27 f., 31, 37, 42, 45, 54, 56, 58, 62, 64-66, 70 f., 81, 83, 85, 91, 110, 111, 119-122, 124 f., 127, 129, 133 f., 136, 138, 139, 140, 143, 147, 148, 171, 175, 177, 180, 184, 186, 188, 189, 191 f., 194, 209, 212, 216, 226, 230, 233-235, 238, 242 f., 248, 250-253, 258, 261, 263 f., 267, 270, 282, 289, 300
- Koblenz** 57, 170, 173
- Koch-Weser**, Erich, Reichsinnenminister, MdNV (DDP) 201, 205, 213
- Köln** 4, 20, 22, 35, 41, 45 f., 54, 56-58, 70, 74, 166, 202, 228, 269, 271
- Kölner Ausschuß** 124
- Kölnische Volkszeitung** 45, 50, 61, 63, 69 f., 73 f., 246, 251
- König**, Max, Regierungspräsident in Arnberg (SPD) 121, 167 f., 203
- Königshaus**, preußisches 199
- Vermögensauseinandersetzung mit dem preußischen Staat 178, 198 f., 277 s. a. Wilhelm II.
- Koepfer**, Joseph, Bauerngutsbesitzer, MdLV (Zentrum), WK 9 (Breslau) XXIII, XXVIII, 15, 42, 172, 230, 249, 292, 300
- Kohle/Kohlewirtschaft** 101, 131, 189
- Kommunalisierung** 75, 132, 134, 151 f., 168, 259
- Kommunen/Kommunalangelegenheiten** 28-30, 81, 142, 160, 167, 191, 237 f., 260, 270, 278
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)** 203, 205
- Konen**, Heinrich Matthias, Universitätsprofessor, Zentrumspolitiker 121, 169
- Konzessionspflicht** 152
- Korps Lichtschlag** 202 f.
- Koßmann**, Bartholomäus, Gewerkschaftsvorsitzender, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXII, XXVIII, XXX, 20, 22, 44, 46, 50, 63, 97, 300
- Krankenkassen** 120
- Krekel**, August, Landeshauptmann in Wiesbaden 222
- Kreistage** 27
- Kriegsanleihen** 39
- Kriegsbeschädigte** 49, 53, 60, 205, 281
- Kriegsgefangene** 37, 60, 64, 76, 127
- Kriegshinterbliebene** 60
- Kriegsschuldfrage** s. Wilhelm II.
- Kries**, Wolfgang von, Landrat, MdLV (DNVP) 84, 274
- Krug**, Philipp, Kreisschulrat, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVIII, 32, 42, 58, 80, 95, 115, 117, 133, 150, 154, 159, 167, 173, 230, 237, 300
- Krüger**, Franz, Berliner SPD-Vorsitzender, MdNV (SPD) 201, 208-210
- Kuckhoff**, Joseph, Studienrat, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXII, XXIX, XXXII, 4 f., 7, 9, 12, 15, 18, 21, 23, 27, 29 f., 32, 33, 38-43, 45, 47, 51 f., 54, 59-61, 63, 69 f., 73 f., 91, 124, 300
- Kulturkampf** 11, 94, 169
- Kulturpolitik** 200, 237

Kultuspolitik 151, 247

Küsters, Matthias, Ökonomierat, MdLV (Zentrum), WK 23 (Düsseldorf-West) XXIII, XXVIII, 116, 118, 171, 180, 219, 262, 300

Kunstdünger 249

Kurbäder 120

Landarbeiter 17, 40, 59, 91 f., 114, 120, 176, 184, 234, 237
– christliche Landarbeiterorganisation 240, 266
– sozialdemokratischer Landarbeiterverband 266

Landé, Hugo, kommissarischer Regierungspräsident in Düsseldorf 58, 168

Landeskulturämter 280

Landeshauptleute 246, 271, 292
– Düsseldorf 222
– Wiesbaden 222

Landesökonomiekollegium 276

Landesversammlung, Verfassungsgebende Preußische XVII, XXXII, 3, 6 f., 34, 135 f., 155, 228, 260
– Ausschüsse XXV, 17, 60, 127, 168, 224, 258
 Ältestenrat XXV, 8, 10, 17, 28, 30 f., 38 f., 50, 56, 61, 66 f., 72, 76, 84, 91, 103, 128, 132, 138, 155, 158, 166, 175, 183, 186, 195, 187 f., 204, 206, 214, 226, 230, 233, 241, 249, 256, 258, 265, 286
 Ausschußberichte 84
 Ernährungsausschuß 62, 64
 Gemeindeausschuß 27 f., 56, 87, 112 f.
 Geschäftsordnungsausschuß 22, 29, 48, 53, 115, 194, 196
 Handels- und Gewerbeausschuß 292
 Landwirtschaftsausschuß 159, 283
 Rechtsausschuß 277
 Staatshaushaltsausschuß (Hauptausschuß) 30, 83, 85, 107, 112, 123, 130, 146, 162 f., 173, 196, 238, 240, 286, 292
 Unterrichtsausschuß 64, 79 f., 87, 141, 144, 146, 155, 160
 Untersuchungsausschüsse 60
 Verfassungsausschuß 5 f., 75, 266, 269, 271
 Wahlprüfungsausschuß 195
 14. (Siedlungsausschuß) 131, 235, 238
 15. (Charlottenburger Wasserwerk) 89
 16. (Provinzialautonomie) XVIII, 133, 153

18. (Beamte in den abzutretenden Gebieten) 167

20. (Beamtenbesoldung) 173, 180, 183, 185

21. (Siedlungsverband „Ruhrkohlenbezirk“) 179 f.

23. (Lehrerbesoldung) 247 f., 284

– Beschlußunfähigkeit 198

– Diäten 6, 8, 197 f.

– Geschäftsordnung 111, 115

– Präsidium

 Präsident 17, 155, 162 f., 197, 241

 Stenographen 181

 Vizepräsident 17

Landgemeindeordnung 234

Landräte 23, 27, 38, 83, 143, 145, 178, 234

Landwirtschaft/Landwirtschaftspolitik

XXV, 6, 49 f., 62, 65, 97, 107 f., 117, 121, 128 f., 134, 168, 171, 173-175, 218, 279

– Landeskulturgesetz 24, 52, 55

– Landwirtschaftskammergesetz XVIII, 226, 257, 265 f., 279, 283

– Selbstbewirtschaftung der Domänen XVIII, 257, 292

Langewand, Franz, Schlossermeister, MdLV (Zentrum), WK 15 (Osnabrück-Aurich) XXIX, 42, 44, 227, 228, 229, 300

Lauer, Amalie, Direktorin, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVIII, 100, 101, 159, 161, 165, 190 f., 225, 231, 240, 272, 300

Lauscher, Albert, Universitätsprofessor, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXIII, XXVII, 4, 7, 9, 13, 15 f., 23, 31, 37, 43, 46 f., 52, 54, 58, 61-63, 69-71, 73, 79, 80, 87, 89, 91, 94 f., 113, 116, 117 f., 122, 124 f., 127, 130, 133, 137, 139, 142, 144, 146 f., 153 f., 155, 158, 160, 165, 168, 174, 181, 186, 192, 194 f., 199, 200, 204, 205, 207, 209, 219, 220, 235, 239, 244, 247, 254, 257, 267-272, 274, 276, 278, 280, 283 f., 294, 300

Lautensack, Heinrich, Schriftsteller 194

Leese, Ministerialdirektor im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten 112

Lehrer 89, 92, 107, 150, 152, 179, 185, 210, 247 f., 257, 274, 276

– katholische Lehrer 23 f., 83, 93-95, 122-124, 145, 248

– sozialdemokratische Lehrer 26

– Seminarlehrer 196

Lehrerausbildung 54, 88 f., 160, 265

- Lehrerbesoldungsgesetz** 257, 292
- Lehrerinnen** 158, 265
– katholische Lehrerinnen 27
– Ehelosigkeit der Lehrerinnen 158, 240
- Lehrervereine** s. Deutscher Lehrerverein, Katholischer Lehrerverein, Preußischer Lehrerverein
- Leid**, Carl, Redakteur, MdLV (USPD) 236
- Leinert**, Robert, Präsident der preußischen Landesversammlung (SPD) 11, 17, 52, 82, 133, 146, 163, 213, 233, 286
- Letocha**, August, Direktor, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXIII, XXIX, 42, 300
- Lewald**, Theodor, Staatssekretär im Reichsinnenministerium 151
- Lichtschlag**, Otto, Freikorpsführer 202
- Lichtspielgesetz** 231
- Linden** 164, 166
- Linz**, Wilhelm, Verwaltungsgerichtsdirektor, Unterstaatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXIV, XXVIII, XXXI, 3, 15, 17, 22, 25, 42, 44-46, 48 f., 57 f., 66-69, 71, 73 f., 76, 81, 83, 89, 96 f., 104, 121, 124, 126 f., 132, 136, 145, 153, 163, 165, 167 f., 170, 172, 174, 194, 196 f., 199, 201, 204, 207-209, 213, 216 f., 219, 222, 224, 229, 234 f., 237-239, 240, 243, 245, 246, 247, 250, 263, 266 f., 272, 275 f., 280, 284, 300
- Loë**, Clemens Freiherr von, Präsident des Rheinischen Bauernvereins 49
- Loehr**, Karl, Industrieller, MdLV (Zentrum), WK 18 (Arnsberg) XXVIII, 4, 37, 89, 96, 114, 180, 265, 285, 292, 301
- Löhne/Lohnbedingungen** 20, 28, 41, 93, 114, 123, 133
s. a. Arbeitszeiten, Tarifverträge, Teuerungszulagen
- Londoner Vertrag** 36
- Lorenz**, Hauptmann, Adjutant Severings 203
- Lüdemann**, Hermann, seit 1920 preußischer Finanzminister, MdLV (SPD) XVIII, 208-210, 273, 286, 289, 293
- Lüdicke**, Paul, Rechtsanwalt, MdLV (DNVP) 284
- Lüttwitz**, Walther von, Generalleutnant, Putschist 206
- Maifeiertag** 222, 227 f.
- Maiß**, Georg, Amtsgerichtsrat, MdLV (Zentrum), WK 9 (Breslau) XXIV, XXVIII, 47, 59, 60, 67, 258, 268, 270, 301
- Malmedy** 35, 42, 115, 154
- Mangin**, Charles, Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee 41 f., 91
- Maria Laach** 120
- Marx**, Jakob, Offizial des Trierer Bistums 166
- Marx**, Wilhelm, Oberlandesgerichtsrat, MdLV (Zentrum), WK 23 (Düsseldorf-West) XXIV, XXIX f., 3, 8, 9-11, 56, 166, 219, 228, 235, 284, 301
- Mausbach**, Joseph, Universitätsprofessor, MdNV (Zentrum) 36 f.
- Maxen**, Wilhelm, Pastor, MdLV (Zentrum), WK 16 (Hannover-Hildesheim) XXIX f., 4, 42, 228, 235, 301
- Mayer-Kaufbeuren**, Wilhelm, Reichsschatzminister, MdNV (BVP) 205
- Mehlich**, Ernst, Reichs- und Staatskommissar für Westfalen 216
- Meinberg**, Adolf, Dortmunder KPD-Führer 203
- Menken**, Maria, Zenrumskandidatin 228
- Menzel**, Ministerialdirektor im preußischen Kultusministerium 26
- Merveldt**, Felix Graf von, Regierungspräsident von Münster 216
- Merx**, Peter, Eisenbahn-Wagenmeister, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVIII, 4, 18, 27 f., 42, 105, 113 f., 122, 150, 152, 156, 158, 167, 173, 175, 214, 230, 236, 237, 301
- Meyer**, Oscar, Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium, MdLV (DDP) 21, 27
- Mieten** 174, 187, 188, f., 192, 218, 240
- Milchwirtschaft** 64 f.
- Militär** 63, 72, 141
s. a. Christlich-demokratischer Soldatenbund
- Militarismus** 141, 145

- Minden** 203
- Mittellandkanal** 102, 251, 285
- Mittelstand** 59, 78, 81
- Moesle**, Stephan, Staatssekretär im Reichsfinanzministerium 112
- Molsberg** 221
- Montabaur** 169
- Müller**, Adam, Sektfabrikant, Schwiegervater von F. Porsch 26
- Müller**, Hermann, Reichsaußenminister, 1920 Reichskanzler (SPD) 75, 209
- Müller**, Marie, geb. Netscher, Schwiegermutter von F. Porsch 26
- Müller-Neuwied**, Heinrich, Dachdeckermeister, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXIII, XXIX, 3, 7, 96, 254, 301
- Müller-Prüm**, Peter, Amtsgerichtsrat, Gutsbesitzer, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XX, XXIV, XXVII, 24, 42, 46, 48, 49, 50, 51, 59, 116, 118 f., 125, 138, 145, 152, 166, 172, 175, 181, 184 f., 225, 233, 243, 252, 258, 261, 280, 287, 289, 301
- München** 282
- Münster i. W.** 169, 182, 203, 205, 212, 214
- Münsterischer Anzeiger** 229
- Musiol**, Joseph, Gewerkschafts- und Arbeitersekretär, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXIX, 31, 48, 59, 61, 62, 65, 67, 92, 103, 176, 197, 249, 254, 301
- Nationalversammlung, Verfassungsgebende Deutsche** XIX f., XXX, 3, 7, 16, 33 f., 201 f., 204 f., 221, 227 f.
- Ältestenrat 35
 - interfraktioneller Ausschuß 201
 - Verfassungsausschuß 7, 23
 - Weimar (als Sitz der Nationalversammlung) 14, 66-68, 72, 75, 79 f., 82, 87, 93 f.
- Neuber**, Franz, Generalsekretär des Schlesischen Bauernvereins, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXIV, XXVI, XXIX, 3, 47, 301
- Neuhaus**, Agnes, Hausfrau, MdNV (Zentrum) 34, 36
- Neumann**, Alfred, Amtsgerichtsrat, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXVIII, 64, 145, 223, 228, 266, 301
- 9. November** 148
- Neuß** 177
- Neuwied** 150, 170, 179
- Neyses**, Matthias, Landwirt, MdNV (Zentrum) 228
- Nied a. M.** 174
- Niestroj**, Joseph, Pfarrer, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXIII, XXVIII, 13, 42, 53, 95, 181, 301
- Norrenberg**, Johann, vortragender Rat im preußischen Kultusministerium 125
- Notverordnungen** 5
- November-Revolution** XIV, 46
- Oberhausen** 45, 48
- Oberpräsidenten** 20-23, 38, 70 f., 96, 123, 126, 246
- Hessen-Nassau 38
 - Oberschlesien XX, 16, 107
 - Rheinprovinz 57 f.
 - Schlesien 131, 206
 - Westfalen 17, 30, 38, 216
- Oberreichsanwalt** 206
- Oberschlesische Frage** 241, 249
- Abstimmung 138, 197, 264, 266, 288
 - Autonomie XVII, 5, 31, 79, 82, 87, 103 f., 106 f., 111, 116, 220, 267
 - s. a. Provinzen, preußische
- Oeser**, Rudolf, preußischer Minister der öffentlichen Arbeiten, MdLV (DDP) XVII, 82, 112, 123, 174
- Oppeln** 181
- Oppenhoff**, Joseph, Landgerichtsrat, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXVII, 42, 46, 70, 154, 178, 192, 198, 224, 228, 266, 268, 270, 272 f., 278, 301
- Orden** s. Titelfrage
- Ordonnanzen** 175
- Ortsklassen** 274
- Ortsschulaufsicht**, geistliche XVIII, 23-25, 28, 32, 40, 79 f., 87, 93-95, 144
- Osnabrück** 202, 227-229
- Ostpreußen** s. Provinzen, preußische
- Oswald**, Richard, Filmregisseur 133
- Pacelli**, Eugenio, Nuntius 37, 287

- Paderborn** 235 f.
- Papen**, Franz von, Oberstleutnant a. D., seit 1921 preußischer Zentrumsabgeordneter XXVI
- Paritätsfrage** 86 f., 123-125, 130, 169
- Pensionen** s. Renten und Pensionen
- Pensionsaltersgrenzen** 233, 276, 278 f.
- Personalpolitik** XVIII, XXV, 10, 16, 20, 23, 27, 30, 38 f., 57-59, 83 f., 96, 110 f., 121-124, 134, 143, 167, 169, 196, 219, 237
- Peters**, Hermann, Landmann, MdLV (SPD) 281
- „Pfarrhauskomödie“, Theaterstück 194 f., 197, 282, 284, 287
- Pfeiffer**, Maximilian, Bibliothekar, MdNV (Zentrum) 282, 284, 287
- Pfennings**, Oberlehrerin 37
- Pflug-Baltersbach**, Heinrich, Vorsitzender der Freien Bauernschaft 49
- Plate**, August, Direktor der preußischen Landesversammlung 52
- Poehlmann**, Margarete, Lyzealdirektorin i. R., MdLV (DVP) 38
- Polizeiwesen** 18, 92, 98, 126, 145, 157, 222 f., 240, 243, 280
- Polnische Sprache** 161
- Porsch**, Felix, Rechtsanwalt, MdLV (Zentrum), WK 9 (Breslau) XIV, XIX, XXIV, XXVI f., XXX, XXXII, 3, 5, 8-12, 14-20, 21, 26, 37, 61-63, 67-69, 72, 74, 76 f., 80, 88, 90, 93, 95-98, 101-103, 105-107, 109, 111-113, 116 f., 119, 121, 123, 125-128, 130-132, 135-137, 140-148, 151 f., 154 f., 157 f., 160-163, 165-167, 169-173, 178-181, 183, 185 f., 188-190, 193, 198, 201 f., 204, 206, 209-212, 214, 216 f., 219-224, 227, 229-231, 233, 236, 238, 241, 243, 245 f., 249-253, 256, 260, 262, 265, 267, 269, 272-274, 276 f., 279, 281 f., 285-287, 289, 292 f., 301
- Porsch**, Lili, geb. Müller, Ehefrau von F. Porsch 26
- Posen** s. Provinzen, preußische
- Praschma**, Hans Graf von, Rittergutsbesitzer, MdA (Zentrum) 21
- Preise/Preisbildung** 22, 101, 112, 116, 129, 132, 135, 138, 156, 171, 173-175, 237
- Prelle**, Johannes, Pastor, MdLV (DHann) 31, 154
- Preuß, Hugo**, Reichsinnenminister, MdLV (DDP) 9
- Preußen** 7, 43 f., 60, 145
- Landesfarben „Schwarz-Weiß“ 266
 - Weimarer Koalition in Preußen (1919) XVII, XXV, XXXI, 143
 - Regierung s. Preußische Regierung/Staatsministerium
 - Ministerien s. Preußische Ministerien
 - Staatshaushalt s. Preußischer Staatshaushalt
 - Vermögensauseinandersetzungen mit dem preußischen Königshaus s. Königshaus, preußisches
- Preußische Lehrerzeitung** 155
- Preußische Ministerien**
- allgemeines
 - Ministerbesoldung 272
 - Besetzung der Ministerien 14-17, 201, 207
 - Beiräte in den Ministerien 20-22, 27
 - Ernennung der Staatsminister 245
 - Unterstaatssekretäre, parlamentarische 16 f., 20-22, 25, 27, 87, 179
 - Ministerien
 - Eisenbahnministerium 28, 112, 123, 131, 146, 155, 183, 185
 - Finanzministerium 173, 207, 280
 - Innenministerium 56, 121, 145, 168, 201, 204, 207, 237, 280
 - Justizministerium 192
 - Kultusministerium 38, 83, 113, 121 f., 123-125, 130, 134, 157 f., 169, 179, 196, 247
 - Landwirtschaftsministerium 59, 134, 169
 - Wohlfahrtsministerium 39, 97, 100 f., 211, 226
- Preußische Regierung/Staatsministerium** XI, XXXI, 10, 21 f., 25, 27, 33, 45 f., 53, 56-58, 60, 66-68, 73 f., 79 f., 82-84, 88, 94, 110, 127, 135-137, 143, 145, 151, 155, 158, 163, 165, 167, 169 f., 172, 179, 195-197, 221, 236, 275, 288
- Lehrerbeiratsstelle 27
 - Ernennung des Ministerpräsidenten 244 f.
 - Ministerpräsident 209-211, 245
 - Regierungsbildung 1919 8-16, 21, 26
 - Regierungserklärung 1919 19
 - Regierungserklärung 1920 213
 - Regierungsumbildung 1920 XVIII, 201 f., 208-212
 - Vatikanengesandtschaft 102
 - Vertrauensfrage 71
- Preußische Verfassung** s. Verfassung, preußische
- Preußischer Lehrerverein** 274, 284

- Preußischer Richterverein** 127
- Preußischer Staatshaushalt** 18 f., 28, 61, 117, 166, 168, 214, 234, 236, 263 f., 280
 Bauetat 101, 103, 282
 Bergetat 133 f., 136, 138, 163, 287 f.
 Etat der Domänenverwaltung 120
 Eisenbahnetat 112 f., 166, 168 f.
 Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung 265
 Etat des Finanzministeriums 105 f., 108
 Forstetat 119, 288
 Handels- und Gewerbeetat 77 f., 81, 265
 Etat des Innenministeriums 83-85, 282, 284
 Justizetat 71, 74, 76 f., 265
 Kultusetat 105, 153-155, 161 f., 294
 Etat der Landesversammlung 162
 Landwirtschaftsetat 120 f., 128, 151
 Etat der Lotterieverwaltung 281
 Etat der Oberrechnungskammer 102
 Etat der Preußischen Regierung 143, 147 f.
 Etat der Preußischen Staatsbank (Seehandlung) 288
 Etat der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse 288
 Etat des Volksschulwesens 158
- Priesdorff, Kurt von, Militärschriftsteller** 280
- Privatbergregal** 163 f., 233
- Privatwaldungen** s. Forstwirtschaft
- Provinzen, preußische** 172, 246
 – Hannover XIV
 s. a. Hannoversche Frage
 – Hessen-Nassau XIV, 91
 – Hohenzollern XIV, 82
 – Oberschlesien XVIII, 16, 33, 35, 37, 59, 61 f., 70, 79, 95 f., 105, 107, 138 f., 150, 278 f.
 s. a. Oberschlesische Frage
 – Ostpreußen XIV, 53, 129
 – Posen 164
 – Rheinland XIV, 4, 7, 50, 57-59, 70 f., 91, 124, 127, 138, 170, 175, 191 f., 207, 234, 247, 268
 s. a. Rheinlandbewegung/-frage
 – Sachsen XIV
 – Schlesien XIV, 51, 161
 – Schleswig-Holstein 70, 72, 76
 s. a. Schleswig-Holsteinische Frage
 – Westfalen XIV, 4, 17, 50 f., 124, 128, 168, 191, 216, 247
 – Westpreußen XIV, 129
- Provinzialautonomie** XVII, 31, 82, 90, 103-105, 109 f., 116 f., 126, 132 f., 136-139, 141 f., 153, 174, 206, 235, 246 f., 266, 268 f., 271 f., 275, 292
- Provinzialausschüsse** 126 f., 164
- Provinziallandtage** 72, 126, 164, 200, 247
- Provinzialordnung** 234 f.
- Provinzialverwaltungen** 217
- Prüm** 145
- Rade, Martin, Universitätsprofessor, MdLV (DDP)** 10
- Räte/Rätesystem** 24, 29 f.
 s. a. Arbeiter- und Soldatenräte
- Ratibor** 195
- Recklinghausen** 27
- Regierungspräsidenten** XVIII, 23, 38, 56-59, 83, 96, 123, 126, 194, 240
 – Aachen 57 f., 192
 – Arnsberg 58, 121 f., 124, 165, 167 f., 191 f.
 – Düsseldorf 57 f., 71, 121, 124, 165, 167 f., 191 f., 194, 213
 – Hannover 178, 196
 – Koblenz 57 f., 124, 192
 – Köln 56-58
 – Minden 124, 167, 191 f., 213
 – Münster 122, 191 f., 216
 – Oppeln XX, 16, 62, 107
 – Trier 56-58, 110, 240
- Reginek, Johannes, SPD-Mitglied aus Ratibor** 195
- Reich-Preußen-Verhältnis** 206 f.
- Reichsausschuß der akademischen Berufsstände** 256
- Reichsbesoldungsgesetz** 221
- Reichsfilmggesetz** 259
- Reichs- und Staatskommissare** 45, 48, 57, 73, 104, 216, 222
- Reichsnotopfer** 157
- Reichsministerien**
 – Auswärtiges Amt 4, 10
 – Reichsfinanzministerium 205
 – Reichsjustizministerium 192
 – Reichsschatzministerium 205
 – Reichswehrministerium 205
 – Reichswirtschaftsministerium 228
- Reichsrat** 139, 172, 283
- Reichsregierung** XI, XXXI, 3, 7, 22, 33 f.,

- 42, 69, 72, 75, 82, 107, 151, 157 f., 203, 206, 227, 288
 – Regierungsumbildung 1920 201 f., 208 f., 211 f.
- Reichsschulkonferenz** 131, 190
- Reichsiedlungsgesetz** 109, 116, 131, 166
- Reichstagspräsident** 162
- Reichsverfassung** s. Weimarer Reichsverfassung
- Reichswehr** 203 f.
- Reineke**, Werner, Rechtsanwalt, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXVI f., 4, 6, 8, 9, 16, 18, 26-28, 44 f., 48, 50, 51, 52, 54, 56, 58, 62, 64-66, 75, 77, 79-81, 91, 92, 97, 109, 111, 112, 113, 116 f., 120, 122, 123 f., 128 f., 132, 134, 136, 138, 140, 143, 147, 152, 156, 160, 163, 171, 173-175, 180, 182, 185, 187, 191, 194 f., 200, 204, 207-209, 212, 215 f., 217, 218, 219, 223, 227, 229, 230, 233 f., 238, 239, 242, 244, 250, 254, 264 f., 270, 276, 279, 282 f., 288, 292, 293, 301
- Reinhardt**, Walther, preußischer Kriegsminister XVII, 16
- Reitz**, Lehrer 124
- Renten und Pensionen** 19, 30, 60, 108, 157, 274
- Renvers**, Ludwig von, Landeshauptmann von Düsseldorf 222
- Rheina-Wolbeck**, Fürsten von 233
- Rheinische Musterschau** 115, 143
- Rheinische Zeitung** 41
- Rheinischer Bauernverein** 49, 51, 226
- Rheinlandbewegung/-frage** XVII, XXV, XXX, 3-7, 10, 15, 41-43, 45, 47, 54, 56, 62 f., 68 f., 73 f., 124, 204, 207, 246, 267 s. a. Provinzen, preußische
- Rhiel**, Andreas, Amtsgerichtsrat, MdLV (Zentrum), WK 19 (Hessen-Nassau) XXVII, 12, 52 f., 55, 71, 94, 105, 128, 143, 147, 153, 162, 166, 173, 178, 191, 214, 216, 234, 238, 240, 243, 263, 265, 276, 280, 285, 288 f., 302
- Richtarsky**, Hermann, Landwirt, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XX, XXVIII, 50 f., 56, 59, 65, 92, 96, 104, 114, 151, 158, 163, 166, 171, 174 f., 178, 184, 195, 200, 208, 213, 219, 237, 252, 266, 279, 288, 302
- Richter**, Emil von, Oberpräsident a. D., MdLV (DVP) 284
- Rintelen**, Ludwig, Rechtsanwalt (Zentrum) 16
- Rippel**, Otto, Verlagsbuchhändler, MdLV (DNVP) 107
- Röhrich**, Viktor, Universitätsprofessor, MdLV (Zentrum), WK 1 (Ostpreußen) XXIII, XXIX, 42, 129, 219, 302
- Rosenfeld**, Kurt, Rechtsanwalt, MdLV (USPD) 204
- Rostan**, französischer Hauptmann 41
- Rote Armee** 204, 211 f.
- Ruer**, Otto, Ministerialrat, MdLV (DDP) 106, 139, 238, 289
- Rürup**, Heinrich, Syndikatsdirektor, MdLV (Zentrum), WK 22 (Düsseldorf-Ost) XXVIII, 42, 55, 76, 133 f., 285, 302
- Ruhrgebiet** 7, 20, 22, 46, 70, 105, 127, 130, 202 f., 210 f., 216, 222 f., 234 s. a. Siedlungsverband „Ruhrkohlenbezirk“, Unruhen
- Ruhrprovinz** 127
- Rump**, Georg, Kaufmann, MdLV (DHann/Z), WK 16 (Hannover-Hildesheim) 31, 302
- Runge**, Paul, Polizeipräsident in Köln, MdLV (SPD) 166
- Rupprich** 132
- Saarbrücker Zeitung** 120
- Saargebiet** 22, 24, 42, 63, 222, 241
- Sachsen** 7
- Sachsen**, Provinz s. Provinzen, preußische
- Sachsen-Coburg** 145
- Salm**, rheinischer Separatist 46 f.
- Sauermann**, Franz, Beigeordneter, MdLV (Zentrum), WK 23 (Düsseldorf-West) XXII, XXVIII, 30 f., 42, 46, 48, 65, 74, 92, 110, 129, 191, 261 f., 302
- Savigny**, Karl von, Landrat a. D., MdA (Zentrum) XXIV
- Sawatzki**, Anton, Pfarrer, MdLV (Zentrum), WK 2 (Westpreußen) XXIX, 4, 42, 219, 302
- Scheidemann**, Philipp, Reichsministerpräsident, MdNV (SPD) 3, 17, 33, 52, 160

- Schellberg**, Wilhelm, vortragender Rat im preußischen Kultusministerium 125
- Schiffer**, Eugen, Reichsjustizminister, MdNV (DDP) 208
- Schlesien** s. Provinzen, preußische
- Schleswig-Holsteinische Frage** 204
- Schloßmann**, Arthur, Geh. Medizinalrat, MdLV (DDP) 10
- Schmedding**, Adolf, Landesrat a. D., MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXIV-XXVII, 3, 4, 6, 12, 15 f., 18 f., 28, 30, 39, 43, 46, 47, 48, 50, 53 f., 60, 72, 75, 83 f., 85, 87 f., 96, 100, 101 f., 104 f., 108, 110-114, 117-119, 143, 174, 216 f., 240, 245 f., 253, 263 f., 267, 270 f., 276, 302
- Schmelzer**, Georg, Malermeister, Zentrums-kandidat 228
- Schmidt-Conz**, Albert, Metalldreher, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXIV, XXIX, 3, 21 f., 42, 44, 66, 108, 133, 145 f., 147, 154-157, 171, 174, 176, 213, 217, 240, 247, 261, 302
- Schmitt**, Jacob, stellvertretender Landrat des Kreises Westerburg 221
- Schmitt**, Jakob, Strafanstaltsdirektor, MdLV (Zentrum), WK 22 (Düsseldorf-Ost) XXIX, 93, 95, 123, 134, 160, 195, 208, 221, 274, 302
- Schmittmann**, Benedikt, Universitätsprofessor, MdLV (Zentrum), WK 20 (Köln-Aachen) XXV f., XXVIII, 3, 9, 11, 13, 20, 39, 86-88, 104 f., 109, 116-118, 120, 122, 125-127, 136 f., 139, 143, 157, 181, 185, 199 f., 210, 222, 225, 237, 239, 247, 302
- Schmitz**, Maria, Oberlehrerin, Zentrums-kandidatin 228
- v. **Schönebeck**, Ministerialdirektor im Reichswirtschaftsamt 70
- Schoenkaes**, Paul, Landwirt, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXVIII, 62, 175, 177, 219, 292, 302
- Schorlemer-Overhagen**, Friedrich Freiherr von, Unterzeichner des „Soester Programms“ 269
- Schreiber**, Georg, Universitätsprofessor, Zentrums-politiker in Münster 212
- Schüling**, Hermann, Postverwalter, MdLV (Zentrum), WK 23 (Düsseldorf-West) XXVII, 6, 27, 30, 42, 49, 53, 66, 81, 101, 106, 108, 112, 140 f., 148, 154, 155-157, 163, 167, 170 f., 173, 177, 184, 191, 207, 217, 220, 221, 230, 234, 237 f., 248, 250, 254, 257 f., 261, 274, 276, 281 f., 286, 302
- Schütz von Leerodt**, vortragender Rat im preußischen Innenministerium 237
- Schulpolitik** XVIII, XXV, 8, 14, 23, 26, 40, 79, 82 f., 87-90, 93-95, 104, 126, 131, 144 f., 155, 157 f., 160 f., 165, 168 f., 193, 196, 222, 234, 237, 246 f.
- Schulaufsichtsgesetz s. Ortschulaufsicht, geistliche
 - Schuldeputationsgesetz XVIII, 82, 84, 110, 144-146, 155, 165, 255, 258, 261
 - Schulgesetz 11, 13, 40
 - Schulkompromiß 79, 93 f.
 - Volksschulunterhaltungsgesetz 12, 40, 260
- Schulstreiks** 236
- Schulte**, Karl-Anton, Landgerichtsdirektor, MdLV (Zentrum), WK 8 (Posen) XXIII, XXVI f., 52 f., 60 f., 64, 67, 79, 82, 87, 103, 124, 131, 138 f., 142, 153, 166 f., 181, 197, 210, 213, 228, 250, 262, 265, 276, 278 f., 280, 286, 289, 291, 302
- Schulte**, Karl Joseph, Erzbischof von Köln 236
- Schulwesen**
- Elternbeiräte 179, 188
 - Gemeinschaftsschule 11 f., 40, 144
 - Klosterschulen 169
 - Privatschulen 11 f., 14
 - konfessioneller Religionsunterricht 11, 40, 126, 144
 - Schulbücher 49
 - konfessionelle Schule 9, 11, 13, 89, 192
 - religionslose Schule 110
 - Schulgemeinde 11 f.
- Schulz**, Lehrerin 37
- Schwander**, Rudolf, Oberpräsident von Hessen-Nassau 38
- Schwarzburg-Sondershausen** 145
- Schweinezucht** 174
- Schwerte** 203
- Seeckt**, Hans von, Generaloberst 223
- Severing**, Carl, Reichs- und Staatskommissar für Westfalen, seit 1920 preußischer Innenminister, MdLV (SPD) XI, XVIII, XXXI, 22, 45, 48, 201, 203, 207, 213, 280, 284
- Sicherheitswehren** 145, 207
s. a. Einwohnerwehren

- Siedlungsgesetz** s. Reichssiedlungsgesetz
- Siedlungsverband „Ruhrkohlenbezirk“**
179, 215, 225
- Siedlungspolitik** 210
- Siering, Wilhelm**, Beirat im preußischen Handelsministerium, MdLV (SPD) 277
- Soldatenräte** s. Arbeiter- und Soldatenräte
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** XII, XVIII, 5, 8, 10-12, 14-18, 25, 27, 28 f., 35, 47, 58, 60, 71, 78 f., 83, 114, 120, 123 f., 126 f., 130, 133-135, 146, 155, 160, 169, 191-193, 197 f., 200, 203, 208 f., 211 f., 219, 226 f., 234, 242, 245, 253 f., 272, 277, 282, 286, 289
- Sozialisierung** 144
s. a. Kommunalisierung, Verstaatlichung
- Spahn, Peter**, Staatsminister a. D., MdNV (Zentrum) 16, 21, 33 f.
- Sprenger, Joseph**, Arbeitersekretär, MdLV (Zentrum), WK 18 (Arnsberg) XXVII, 20, 59, 62, 64, 65, 75, 83 f., 89, 111, 128-130, 151, 163, 200, 217, 218, 223 f., 229, 234, 236 f., 239, 250 f., 261 f., 264, 267, 302
- Staatskommissare** 22, 62, 70 f., 96, 251, 286
s. a. Reichs- und Staatskommissare
- Staatspräsident**, preußischer 5 f., 135, 137, 163, 200, 245, 268
- Staatsrat**, preußischer 135, 137, 139, 163, 172, 180, 193, 200, 245, 268, 273
– Präsident des Staatsrat 244 f.
- Starck, Karl von**, Regierungspräsident von Köln, Reichs- und Staatskommissar für die besetzten westlichen Gebiete 57, 60, 70, 101
- Stegmann, Franz**, Rechtsanwalt, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXIX, 11, 222, 302
- Steger, Christian**, Gewerkschaftssekretär, MdLV (Zentrum), WK 23 (Düsseldorf-West) XXV, XXVIII, 29, 42, 44, 45-48, 65, 71, 94, 127, 129, 134, 171, 176, 180, 189, 208, 222 f., 230, 233 f., 235, 237, 238, 283, 303
- Stegerwald, Adam**, Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, preußischer Wohlfahrtsminister, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XVII, XXII, XXVII, XXX, 6, 9, 11, 13, 16, 17, 20, 30, 34, 39, 42, 46 f., 58, 69-71, 74, 75, 79, 84, 88, 93, 97, 111, 121, 135, 136, 137, 143, 167, 174, 175, 188, 192, 198, 202, 206-213, 228, 231, 235, 238, 241, 246, 254, 269, 271, 289, 303
- Stephan, Bernhard**, Oberbürgermeister von Beuthen 48
- Steuern/Steuergesetzgebung** 19 f., 54, 56, 87, 191, 197, 264, 286
– Grundsteuergesetz XVIII, 224, 286, 288 f.
- Stieler, Georg**, Arbeitersekretär, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXVII, 27, 42, 46, 50, 56, 78 f., 83 f., 89, 90, 93, 94, 113, 134, 142, 168, 171, 180, 197, 204, 223 f., 238, 250, 255, 293, 303
- Stoffels, Elisabeth**, Rektorin, MdLV (Zentrum), WK 23 (Düsseldorf-West) XXIV, XXVIII, 3, 24 f., 69, 87, 91, 110, 141, 154 f., 158 f., 261, 294, 303
- Strachwitz, Alfred Graf von**, Rittergutsbesitzer, MdA (Zentrum) XXIV
- Streik/Streikrecht** 66, 73, 91 f., 103, 113 f., 201, 207, 211, 213 f., 234, 237
s. a. Unruhen
- Strombeck, Josef Innozenz von**, Landgerichtsrat, MdA (Zentrum) XXIV
- Struve, Wilhelm**, Facharzt, MdLV (DDP) 281
- Studenten** 140
- Südekum, Albert**, preußischer Finanzminister (SPD) XVII f., 124, 170, 175, 179 f.
- Tarifverträge** 155
- Teuerungszulagen** 20, 108, 156, 185 f., 197 f., 219, 224, 258, 274 f.
- Tewes, Wilhelm**, Verbandsdirektor, MdLV (Zentrum), WK 18 (Arnsberg) XXVII, 4, 6 f., 19, 20, 24, 29, 37, 53, 89, 139, 145, 147, 151, 156, 163, 173, 230, 292, 303
- Theaterskandale** 248
- Thüringen** 145
- Titelfrage** 75, 80
- Transportwesen** 53
- Traumann, Josef**, Oberpostsekretär, MdLV (Zentrum), WK 16 (Hannover-Hildesheim) XXVIII, 303
- Tremmel, Peter**, Gewerkschaftssekretär, MdNV (Zentrum) 228
- Trier** 56 f., 119, 145, 228

Trierer Bauernverein 252

Trimborn, Karl, Rechtsanwalt, MdNV (Zentrum) XII, XIV, XIX f., XXIV, 4, 36, 50, 57, 124, 160

Troeltsch, Ernst, Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium (DDP) 21

Troschke, Maximilian Freiherr von, Landrat von Trier 145

Trott zu Solz, August von, Oberpräsident von Hessen-Nassau 38

Ulrich, Carl, hessischer Ministerpräsident, MdNV (SPD) 91

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 35, 73, 203, 219, 227, 242, 277

Unruhen 207

- Oberschlesien 98, 241
- Ruhrgebiet 202 f., 211, 214
- s. a. Streiks/Streikrecht

Unternehmer 81

Veltin, Christian, Weingutsbesitzer, Zentrumskandidat 228

Vennen, Heinrich, Gewerbelehrer, MdLV (Zentrum), WK 22 (Düsseldorf-Ost) XXVIII, 24, 42, 46, 51, 54, 91, 141, 223, 286, 303

Verband rheinisch-westfälischer Gemeinden 112

Vereine und Verbände, katholische XXII f., 36

Vereinigung deutscher Bauernvereine 49

Verfassung, Preußische XVII f., 165, 204-208

Verfassungsentwurf, preußischer 5 f., 135-137, 139, 163, 172, 179, 193, 200, 204 f., 219 f., 223, 234 f., 244-247, 266-271, 273 f., 277 f., 281, 287

s. a. Finanzrat, Staatspräsident, Staatsrat

Versailler Vertrag s. Friedensvertrag

Verstaatlichung 134

s. a. Kommunalisierung, Sozialisierung

Verwaltungsreform 204 f., 207 f., 234

Viehhandelsverbände 64 f., 169, 217 f.

Viehwirtschaft 64 f., 84, 117, 119 f., 167, 174, 217

Völkerbund 124

Vogelsang, Hermann, Gewerkschaftssekretär, MdLV (Zentrum), WK 21 (Koblenz-Trier) XXIV, XXIX, 3, 21, 22, 37, 42, 60, 62, 101, 114, 133 f., 141, 163 f., 223, 303

Volkshochschulen 82

Volkverein für das katholische Deutschland 36

Waffenstillstandskommission 69**Wahlen**

- zum preußischen Landtag (1913) XIV
- zur Deutschen Nationalversammlung (1919) XV-XVII, XIX, XXII
- Listenverbindungen XVII
- zur preußischen Landesversammlung (1919) XV, XVII, XIX, XXII
- in Hohenzollern-Sigmaringen am 1. Juni 1919 XV
- Listenverbindungen XVI f.
- zum Reichstag (1920) XXV, XXX, 201 f., 205 f., 226-229, 235
- zum ersten preußischen Landtag (1921) XXVI, XXX, 288 f.
- Diskussion um den Wahltermin XVIII, 201 f., 204 f., 207, 230, 234 f., 249 f., 253 f., 256 f., 266
- Kommunalwahlen 12
- zu den Provinziallandtagen 282
- zu den Kreistagen 282

Wahlrecht

- preußisches Dreiklassenwahlrecht XIV-XVI, XX
- zur preußischen Landesversammlung (1919) XV, XIX f., XXII
- zur Deutschen Nationalversammlung (1919) XV
- Frauenwahlrecht 64
- zum Hohenzollernschen Kommunallandtag 90
- zum Reichstag (1920) 205
- zum erste preußischen Landtag (1921) 253, 257, 262, 266, 283 f., 293
- zu den Provinziallandtagen 253, 270, 273, 284
- zu den Kreistagen 270, 273, 284
- zum Reichsrat 283, 293

Wallenborn, Peter, Landesökonomierat, MdA (Zentrum) XXIV

Wangenheim, Walrab Freiherr von, Rechtsanwalt, Landwirt, MdLV (DHann/Z), WK 16 (Hannover-Hildesheim) XXIII,

- XXVII, 31, 42, 43, 71 f., 79, 81, 87, 94 f., 102, 103, 106, 116, 137, 138, 139, 154, 175, 178, 200 f., 204, 241, 303
- Watter**, Oskar von, General 203 f., 211, 222 f.
- Weber**, Helene, Oberlehrerin, MdNV (Zentrum) 37
- Wedel-Gödens**, Clemens Graf von, Landrat von Hannover 178
- Weimar** s. Nationalversammlung
- Weimarer Koalition im Reich (1919)** XVII
- Weimarer Reichsverfassung** XVII, 151, 163-165, 169, 247, 268, 270, 283
- Weinbau** 10, 107, 109, 114
- Weltkrieg (1914-1918)** XIV
- Wellstein**, Georg, Senatspräsident, MdA (Zentrum) XXIV
- Wende**, Erich, vortragender Rat im preußischen Kultusministerium 169
- Wentrup**, Oskar, Rechtsanwalt, MdLV (Zentrum), WK 19 (Hessen-Nassau) XXIII, XXVIII, XXXII, 31, 42, 43, 46, 47, 49, 51, 54, 57, 59, 63, 66, 68, 71, 74, 76, 81, 84, 87 f., 89, 90, 91, 92, 93, 96-98, 101 f., 105-107, 109, 111, 115, 117, 121, 123, 125, 126, 128, 131 f., 140 f., 146, 148, 150, 152-154, 156, 158, 161-163, 167, 169 f., 171, 173, 174, 178 f., 181, 183, 186-190, 192, 201 f., 204-206, 208-211, 213, 214, 219 f., 223 f., 229, 231-233, 238 f., 241, 243, 246, 252, 255, 260, 262, 265, 269, 272-274, 276, 277, 279, 281 f., 283, 284-287, 289 f., 303
- Weroth** 221
- Wesel** 205 f.
- Westfalen** s. Provinzen, preußische
- Westfälischer Bauernverein** 50 f.
- Westfälisches Volksblatt** 229
- Westpreußen** s. Provinzen, preußische
- Wiesbaden** 69, 71
- Wildermann**, Rudolf, Domkapitular, Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium, MdLV (Zentrum), WK 17 (Münster-Minden) XXIV, XXVII, XXXI, 3, 8, 9, 10 f., 12, 13-16, 17, 21, 23-27, 42, 66, 68, 71, 75, 80, 81, 83 f., 87, 89, 92 f., 96, 104, 110, 113, 117 f., 121, 122 f., 125, 130-132, 134 f., 144, 147, 154, 157, 165, 168 f., 178-180, 185 f., 189, 190 f., 193, 196, 205 f., 208, 211, 213, 214, 215 f., 219, 221, 224, 231, 234, 236, 246, 247, 260, 262, 274, 303
- Wilhelm II.**, deutscher Kaiser und preußischer König
– Auslieferung an die Entente 31, 34
– Kriegsschuldfrage 198 f.
s. a. Königshaus, preußisches
- Wirth**, Josef, Reichsfinanzminister, MdNV (Zentrum) 208, 211
- Wirtschaftspolitik** 156
s. a. Zwangswirtschaft
- Wirtz**, Heinrich, Justizrat, 1916-1918 Vorsitzender der Kölner Zentrumsparterie 27
- Woell**, Wilhelm, Landeshauptmann in Wiesbaden 222
- Wohnungsfrage** 20, 97, 101, 155, 174, 199
s. a. Mieten
- Woldt**, Richard, Ingenieur, MdLV (SPD) 81
- Wronka**, Gertrud, Oberlehrerin, MdLV (Zentrum), WK 1 (Ostpreußen) XXVIII, 42, 68, 91 f., 141, 161, 180, 274, 304
- Würmeling**, Bernhard, Oberpräsident von Westfalen, MdA (Zentrum) 17, 30, 37 f., 216, 292
- Wulfestange**, Eduard, Kreissparkassendirektor, MdLV (DHann) 31
- am Zehnhoff**, Hugo, preußischer Justizminister, MdLV (Zentrum) XVII, XXII, XXVII, 5, 7, 16 f., 37, 88, 129, 135, 172, 175, 226, 232, 288, 303
- Zeitungen** 68, 74, 80, 87, 130, 290
- Zensur** 88, 152
- Zentrumsfraktion der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung/des Reichstags** XI f., XIV f., XXIX-XXXII, 33-37, 68, 77, 80, 82, 136 f., 147, 159 f., 168, 197, 207 f., 271
– Arbeitervertreter 227
– Landwirtschaftsvertreter 227
– Vorstand 193, 284
- Zentrumsfraktion der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung**
– Arbeitervertreter XIV, 22, 56, 65, 81, 117, 119, 143, 151, 180, 184, 219, 227, 229, 235, 268
– Arbeitsgruppen 22, 105, 142
– Beamtengruppe 173
– Berufsschichtung XXI, XXV f.
– Besetzung der Ausschüsse 47 f., 141, 143

- Berichte aus den Ausschüssen 197
- Deutsch-Hannoversche Abgeordnete XXIII, 40, 43 f., 79, 154
- Drohung des Regierungsaustritts XVIII, 58, 121, 160
- Fraktionsvorstand XXV, 3, 28, 47, 56, 183, 215, 235, 238, 269
- Frauen 38, 180
- Landwirte 129
- Lehrer 24 f., 93, 95, 140
- Kommission für Handel und Gewerbe 78
- Ostgruppe 53, 61, 79
- Regierungsbeteiligung 10, 14
- Schriftführer 47
- unentschuldigtes Fehlen der Abgeordneten 219 f.
- Unterausschuß „Ortsschulinspektion“ 32
- Zentrumspartei** XII, XXII f., XXXI und Akademiker 140 f., 219, 229 und Arbeiter 227-229 innerparteiliche Interessengruppen XII f., XX, XXVI, 226 konfessioneller Charakter 31 und Landwirtschaft 160, 227-229 und Monarchisten 198 f. und Republikaner 199
- Deutsche Zentrumspartei 198 Aufstellung der Wahllisten (1920) 226, 228
 1. Parteitag (1920) 135
 - Parteivorstand 135, 193, 226
 - Reichsausschuß XXIX, 235
 - Soester Programm 269
- Preussische Zentrumspartei

- Landesausschuß/Landesausschußbüro XIV, XIX, XXIX f., 21, 64, 80, 117, 158, 282
- Organisation XV
- Parteitag (1920) XXIV
- Nassauische Zentrumspartei 73
- Rheinische Zentrumspartei XIV f., XIX, XXX, 50, 78, 227, 268 f., 271
 - Parteitag (1919) XXX, 74, 104, 118, 127, 137, 144
 - Provinzialausschuß 202, 226
- Schlesische Zentrumspartei XIV f., XIX, XXX
- Westfälische Zentrumspartei XIV f., XIX, XXIX f., 227
- verschiedene Parteigliederungen
 - Berlin-Steglitz, Stadträte des Zentrums 80
 - Hattinger Zentrumspartei 61
 - Katholische Volkspartei (Oppeln) 62
 - Kölner Zentrumspartei 27, 51 f., 54
 - Münstersche Zentrumspartei 204, 212
 - Provinzialparteitag für Brandenburg, Mecklenburg und Lübeck (1919) 101
- Zentrale für Heimatdienst** 55, 120
- Zentralverband christlicher Landarbeiter** 59
- Zimmer-Hönigsdorf, Wilhelm**, Landesältester, MdLV (Zentrum), WK 10 (Oppeln) XXIX, 150, 200, 292, 303
- Zwangswirtschaft** 129, 152, 156, 159, 171, 173-176, 242

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien /
im Auftr. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien. –
Düsseldorf : Droste.

Reihe 3, Die Weimarer Republik / hrsg. von Karl Dietrich Bracher und Rudolf Morsey
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]

Bd. 8. Preussen / Verfassunggebende Landesversammlung / Zentrumsfraktion: Die Zentrumsfraktion
in der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung. – 1994

Preussen / Verfassunggebende Landesversammlung / Zentrumsfraktion:

Die Zentrumsfraktion in der verfassunggebenden Preussischen Landesversammlung 1919-1921: Sitzungsproto-
koll / im Auftr. der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien.

Bearb. von August Hermann Leugers-Scherzberg und Wilfried Loth. – Düsseldorf : Droste, 1994

(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien :

Reihe 3, Die Weimarer Republik ; Bd. 8)

ISBN 3-7700-5179-3

NE: Leugers-Scherzberg, August Hermann [Bearb.]; HST



*This publication is printed on paper which meets the
minimum requirements of American National Standard for Information
Sciences – Permanence of Paper for Printed Library Materials,
ANSI Z39. 48-1984*



EX OFFICINA
1994

Satz
Computersatz Bonn
Papier
Geese Hamburg
Gewebe
Bamberger Kaliko
Druck
Verlagsdruckerei Schmidt Neustadt/Aisch
Printed in Germany